

1.0. Im Zentrum unserer Politik: Nachhaltige Entwicklung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Braunkohleverstromung, industrialisierte Landwirtschaft, Individualverkehr mit fossilen Treibstoffen: Wir
2 verbrauchen Ressourcen und belasten unsere Atmosphäre, als ob es kein Morgen gäbe. Klimakrise, Verlust
3 der Artenvielfalt und der Bodenfruchtbarkeit sind Folgen und zugleich zentrale Herausforderungen an
4 jegliche Politik, gleichermaßen weltweit wie in Brandenburg.
- 5 Die Alternative heißt Nachhaltige Entwicklung, heißt Wirtschaften im Einklang mit der Natur, Denken und
6 Handeln in Kreisläufen und bedeutet auch, die soziale Dimension wirtschaftlicher Tätigkeit als
7 unabdingbare Voraussetzung unseres Wohlstandes anzuerkennen. Ökonomie, Ökologie und Soziales
8 bedingen einander. Ökologisches Fehlverhalten ist gleichzeitig ökonomisches und soziales Fehlverhalten.
9 Denn die Schäden, die durch das herkömmliche Wirtschaften an unseren Lebensgrundlagen verursacht
10 werden, werfen Kosten auf, die früher oder später beglichen werden müssen und dies oft zuerst durch die
11 wirtschaftlich Schwachen.
- 12 Wir werden die nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Behörden
13 verankern und dazu die Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten und als Richtschnur vorgeben. Den von
14 rot-rot abgeschafften Nachhaltigkeitsbeirat setzen wir wieder ein und machen ihn zum zentralen
15 Beratungsorgan. Die Koordination der Nachhaltigkeitspolitik in den Ministerien möchten wir auf
16 Staatssekretäresebene in der Staatskanzlei verankern. Den Erfolg wollen wir regelmäßig überprüfen.
- 17 Wir wollen weg von einem Wohlstandsbegriff, der ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP)
18 gekoppelt ist. Das BIP erzeugt ein Trugbild. Verkehrsunfälle, Umweltzerstörung oder Essen, das auf dem
19 Müll landet – all das sorgt für Wachstum und erhöht das BIP. Wir wollen Wohlstand anhand der
20 Nachhaltigkeitsziele neu definieren: Mit einem regionalen Wohlstands-Index für Brandenburg, der sich an
21 den Überprüfungsmechanismus der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen anlehnt und auch
22 Indikatoren wie Bildung, Gesundheit, die Qualität unserer Umwelt, den Umfang von ehrenamtlicher
23 Tätigkeit, die Mobilitätsrate und soziale Aspekte berücksichtigt. Alle Teilstrategien, wie z.B. der Klimaplan
24 oder die Energiestrategie, dürfen sich dann weder gegenseitig noch der Nachhaltigkeitsstrategie
25 widersprechen. Mit uns wird Brandenburg zum Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung unter den
26 Bundesländern.

1.0-A (Projekt) Nachhaltige Entwicklung ins Zentrum der Politik stellen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen die nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Behörden
- 2 verankern und dazu die Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten und als Richtschnur vorgeben. Den von der
- 3 rot-roten Landesregierung abgeschafften Nachhaltigkeitsbeirat wollen wir wieder einsetzen und ihn als
- 4 zentrales Beratungsorgan etablieren. Die Koordination der Nachhaltigkeitspolitik in den Ministerien
- 5 möchten wir auf Staatssekretärebene in der Staatskanzlei verankern.
- 6 Den Erfolg wollen wir regelmäßig überprüfen. Dabei wollen wir weg von einem Wohlstandsbegriff, der
- 7 ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gekoppelt ist. Das BIP erzeugt ein Trugbild.
- 8 Verkehrsunfälle, Umweltzerstörung oder Essen, das auf dem Müll landet – all das sorgt für Wachstum und
- 9 erhöht das BIP. Wir wollen Wohlstand anhand der Nachhaltigkeitsziele neu definieren: Mit einem
- 10 regionalen Wohlstands-Index für Brandenburg, der sich an den Überprüfungsmechanismus der 17
- 11 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen anlehnt und auch Indikatoren wie Bildung, Gesundheit, die
- 12 Qualität unserer Umwelt, den Umfang von ehrenamtlicher Tätigkeit, die Mobilitätsrate und soziale Aspekte
- 13 berücksichtigt.
- 14 Alle Teilstrategien, wie z.B. der Klimaplan oder die Energiestrategie, dürfen sich dann weder gegenseitig
- 15 noch der Nachhaltigkeitsstrategie widersprechen. Für eine integrierte Landesplanung wollen wir den
- 16 Landesentwicklungsplan (LEP) mit den bisher ausgelagerten Plänen zur Braunkohle und zum Flughafen
- 17 BER sowie mit der Mobilitätsstrategie enger verzahnen.

Beschluss

1.0 (Projekt) Nachhaltige Entwicklung ins Zentrum der Politik stellen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen die nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Behörden
- 2 verankern und dazu die Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten und als Richtschnur vorgeben. Den von der
- 3 rot-roten Landesregierung abgeschafften Nachhaltigkeitsbeirat wollen wir wieder einsetzen und ihn als
- 4 zentrales Beratungsorgan etablieren. Die Koordination der Nachhaltigkeitspolitik in den Ministerien
- 5 möchten wir auf Staatssekretärebene in der Staatskanzlei verankern.
- 6 Den Erfolg wollen wir regelmäßig überprüfen. Dabei wollen wir weg von einem Wohlstandsbegriff, der
- 7 ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gekoppelt ist. Das BIP erzeugt ein Trugbild.
- 8 Verkehrsunfälle, Umweltzerstörung oder Essen, das auf dem Müll landet – all das sorgt für Wachstum und
- 9 erhöht das BIP. Wir wollen Wohlstand anhand der Nachhaltigkeitsziele neu definieren: Mit einem
- 10 regionalen Wohlstands-Index für Brandenburg, der sich an den Überprüfungsmechanismus der 17
- 11 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen anlehnt und auch Indikatoren wie Bildung, Gesundheit, die
- 12 Qualität unserer Umwelt, den Umfang von ehrenamtlicher Tätigkeit, die Mobilitätsrate und soziale Aspekte
- 13 berücksichtigt.
- 14 Alle Teilstrategien, wie z.B. der Klimaplan oder die Energiestrategie, dürfen sich dann weder gegenseitig
- 15 noch der Nachhaltigkeitsstrategie widersprechen. Für eine integrierte Landesplanung wollen wir den
- 16 Landesentwicklungsplan (LEP) mit den bisher ausgelagerten Plänen zur Braunkohle und zum Flughafen
- 17 BER sowie mit der Mobilitätsstrategie enger verzahnen.

Beschluss

1.0 Im Zentrum unserer Politik: Nachhaltige Entwicklung

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Braunkohleförderung und -verstromung, industrialisierte Landwirtschaft und Massentierhaltung,
2 Individualverkehr und stetig steigender Flugverkehr mit fossilen Treibstoffen, Plaste ohne Ende: Wir
3 verbrauchen Ressourcen und belasten unsere Umwelt, als ob es kein Morgen gäbe. Klimakrise, Verlust der
4 Artenvielfalt und der Bodenfruchtbarkeit sind Folgen und zugleich zentrale Herausforderungen an jegliche
5 Politik, gleichermaßen weltweit wie in Brandenburg.

6 Die Alternative heißt Nachhaltige Entwicklung, heißt Wirtschaften im Einklang mit der Natur, Denken und
7 Handeln in Kreisläufen und bedeutet auch, die soziale Dimension wirtschaftlicher Tätigkeit als
8 unabdingbare Voraussetzung unseres Wohlstandes anzuerkennen. Ökonomie, Ökologie und Soziales
9 bedingen einander. Ökologisches Fehlverhalten ist gleichzeitig ökonomisches und soziales Fehlverhalten.
10 Denn die Schäden, die durch das herkömmliche Wirtschaften an unseren Lebensgrundlagen verursacht
11 werden, werfen Kosten auf, die früher oder später beglichen werden müssen und dies oft zuerst durch die
12 wirtschaftlich Schwachen. Deshalb wollen wir *Nachhaltigkeit als ein konkret formuliertes Ziel für*
13 *Generationengerechtigkeit in der Landesverfassung verankern.*

14 Wir werden die nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Behörden
15 verankern und dazu die Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten und als Richtschnur vorgeben. Den von
16 rot-rot abgeschafften Nachhaltigkeitsbeirat setzen wir wieder ein und machen ihn zum zentralen
17 Beratungsorgan. Die Koordination der Nachhaltigkeitspolitik in den Ministerien möchten wir auf
18 Staatssekretärebene in der Staatskanzlei verankern. Den Erfolg wollen wir regelmäßig überprüfen.

19 Wir wollen weg von einem Wohlstandsbegriff, der ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP)
20 gekoppelt ist. Das BIP erzeugt ein Trugbild. Verkehrsunfälle, Umweltzerstörung oder Essen, das auf dem
21 Müll landet – all das sorgt für Wachstum und erhöht das BIP. Wir wollen Wohlstand anhand der
22 Nachhaltigkeitsziele neu definieren: Mit einem regionalen Wohlstands-Index für Brandenburg, der sich an
23 den Überprüfungsmechanismus der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen anlehnt und auch
24 Indikatoren wie Bildung, Gesundheit, die Qualität unserer Umwelt, den Umfang von ehrenamtlicher
25 Tätigkeit, die Mobilitätsrate und soziale Aspekte berücksichtigt. Alle Teilstrategien, wie z.B. der Klimaplan
26 oder die Energiestrategie, dürfen sich dann weder gegenseitig noch der Nachhaltigkeitsstrategie
27 widersprechen. Mit uns wird Brandenburg zum Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung unter den
28 Bundesländern.

1.1 Weil gutes Korn nicht vom Himmel fällt: Landwirtschaft

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir streiten für eine vielfältige, in der Region verankerte ökologische Landwirtschaft, die unsere
2 Ressourcen schützt, gesunde Lebensmittel und faire Einkommen für die Landwirt*innen hervorbringt,
3 unsere Kulturlandschaft pflegt und achtsam mit den Tieren umgeht. Die Voraussetzungen dafür sind sehr
4 gemischt: Einerseits machen sich viele Betriebe auf den Weg, gibt es exzellente Agrarforschung, fragen
5 Brandenburger und Berliner Verbraucher*innen immer mehr ökologisch, regional und tiergerecht erzeugte
6 Produkte nach.
7 Andererseits haben vierzig Jahre DDR-Agrarpolitik mit Zwangskollektivierung, rücksichtslosen Maßnahmen
8 zur sogenannten „Bodenverbesserung“ (Melioration) und Höchsttragskonzeption eine Landwirtschaft
9 hervorgebracht, die beträchtlich an der Substanz des Bodens zehrte. In den knapp dreißig Jahren danach
10 hat sich in weiten Teilen des Landes an diesem Zustand wenig geändert. Die Fruchtbarkeit vieler Böden
11 nimmt durch Übernutzung, Wind- und Wassererosion und Vernichtung der Bodenlebewesen ab und wird
12 durch den Einsatz von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln nur kaschiert. Die Artenvielfalt in der
13 offenen Kulturlandschaft nimmt dramatisch ab. Auf die in Folge der Klimaerhitzung zunehmenden
14 Wetterextreme ist die Landwirtschaft im Land kaum vorbereitet. Auch nimmt sie ihre Verantwortung bei
15 der Reduzierung von Klimagasen nicht ausreichend wahr.
16 Der „Brandenburger Weg“ in der Landwirtschaft bedeutet seit 1990 Verteidigung der konventionell
17 wirtschaftenden Großbetriebe und Ausbau der industriellen Massentierhaltung. Der Ausbau des
18 Ökolandbaus stagniert seit Jahren, die Nachfrage übersteigt das Angebot bei Weitem. Höchste Zeit für eine
19 zukunftsorientierte, nachhaltige Landwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der kommenden
20 Generationen orientiert! Mit einer fortschrittlichen Agrarpolitik und einer ökologischer orientierten
21 Verteilung der Subventionen wollen wir Landwirt*innen und Verbraucher*innen einander näher bringen.
22 Den Landwirt*innen wollen wir tragfähige Perspektiven in der regionalen und ökologischen Vermarktung
23 eröffnen, denn wir brauchen sie sowohl als Akteure für eine nachhaltige Landwirtschaft, als auch als
24 Impulsgeber*innen für die regionale Entwicklung.

25 **Ökologische Landwirtschaft voranbringen**

26 Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Ackergiften und Überdüngung gehört zu den
27 Hauptursachen für das Artensterben. Wir streben mittelfristig eine ökologische Landwirtschaft ohne
28 Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an. Mit einem ambitionierten Reduktionsprogramm
29 wollen wir den Einsatz von Ackergiften deutlich reduzieren: Als ersten Schritt wollen wir den Einsatz von
30 Glyphosat auf Landesflächen verbieten. Wir wollen Beratung und Förderung für Alternativen beim
31 Pflanzenschutz ausbauen. In Naturschutz- und Wasserschutzgebieten wollen wir den Einsatz von Pestiziden
32 ganz ausschließen. Die Förderung des Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und der Anlage von
33 blütenreichen Ackerrainen und Heckenstrukturen stärken wir. Auf dem Weg in eine vollständig ökologische
34 Landwirtschaft unterstützen wir auch konventionelle Betriebe, die in bewusster Abkehr vom Leitbild einer
35 industriellen Landwirtschaft auf ihren Bauernhöfen naturschonend wirtschaften.

36 Angesichts von mehr als 300 Mio € an Fördermitteln, die pro Jahr in Brandenburgs Landwirtschaft fließen,
37 ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage zusätzlicher Mittel, sondern eine der
38 Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems. Die europäische Agrarpolitik muss den umweltgerechten,
39 klimafreundlichen Umbau der Landwirtschaft voranbringen. Wir wollen jeden Euro der Agrarförderung auf
40 das Erbringen öffentlicher Leistungen in den Bereichen Klima, Natur- und Umweltschutz, Tierwohl und die
41 Stärkung der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft konzentrieren. Die Vorschläge der
42 EU-Kommission zu reduzierten Flächenprämien ab 60.000 Euro pro Betrieb und zur Einführung
43 betriebsbezogener Obergrenzen von 100.000 Euro bei den Direktzahlungen unterstützen wir.
44 Landwirtschaftsunternehmen müssen von ihren Erträgen leben können, deshalb streben wir langfristig
45 eine Abschaffung der heutigen Flächenprämien an.

46 Die Möglichkeiten zur Junglandwirteförderung wollen wir vollständig nutzen und auf alle
47 Neugründer*innen unabhängig vom Alter ausweiten. Die Liberalisierung der Agrarmarktpolitik und die
48 Fixierung auf den Weltmarkt haben die wirtschaftliche Situation der Landwirt*innen eher verschlechtert
49 als verbessert. Wir wollen daher Maßnahmen ergreifen, um regionale Qualitätsmärkte zu erschließen und
50 die Stellung der Landwirt*innen in der Wertschöpfungskette zu verbessern. Zudem muss die sogenannte
51 gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg nach verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeitet
52 werden: Sie soll unter anderem Maßnahmen zum Schutz landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und
53 dem Aufbau von Bodenhumus vorgeben.

54 Gentechnik in der Landwirtschaft forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen
55 eine zu 100 Prozent gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir wollen die freiwilligen Zusammenschlüsse von
56 landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg zu gentechnikfreien Regionen unterstützen. Das klare
57 Urteil des europäischen Gerichtshofs, dass auch die sogenannte "Genschere" und andere neue
58 Gentechnikmethoden unter das bestehende Gentechnikrecht fallen, begrüßen wir ausdrücklich. Nur so
59 können das Vorsorgeprinzip umgesetzt und die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen und Landwirt*innen
60 garantiert werden. Versuchen, das Gentechnikrecht abzuschwächen, werden wir entschieden
61 entgegentreten. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns gegen Gesetze zur Zulassung und Vermarktung
62 von gentechnisch verändertem Saatgut oder zum Patentschutz gentechnisch veränderter Pflanzen und
63 Tiere ein.

64 **Grünes Klima für Gründung und Hofnachfolge schaffen**

65
66 Landwirtschaftliche Unternehmen sowie Obst- und Gartenbaubetriebe sind für den Erhalt ländlicher
67 Strukturen unverzichtbar. Für eine Vielzahl von Unternehmen steht in den nächsten Jahren eine
68 Hofübergabe an, bei rund Zweidritteln ist diese noch nicht geklärt. Gleichzeitig nimmt die Zahl
69 Gründungswilliger zu. Hier braucht es politische Unterstützung, um Neu-Gründungen und Hofübergaben zu
70 begleiten. Wir wollen dazu eine "Gründungs- und Hofnachfolgestrategie für die Landwirtschaft" entwickeln.
71 Mit der Einrichtung einer "One-Stop-Agentur" wollen wir die bürokratischen Hürden für Gründungswillige
72 möglichst niedrig halten. Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowohl für das Thema Hofnachfolge als
73 auch für Neugründungen wollen wir zielgerichtet ausbauen.

74
75 Wer neu gründen will, braucht Zugang zu Land. Die Art der Bodenprivatisierung durch die
76 Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) befördert die Preistreiberei für landwirtschaftliche
77 Flächen und deren Konzentration in immer größeren Betrieben und steht so einer regional verankerten
78 bäuerlichen Landwirtschaft entgegen. Wir wollen daher Transparenz bei der Bodenvergabe schaffen und
79 sozial-ökologische zum Maßstab der Vergabe machen. Wir wollen mit dem Bund über die Überführung
80 aller BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandeln und diese als Grundstock für eine landeseigenen
81 Siedlungsgesellschaft nutzen. Solange dies noch nicht erreicht ist, wollen wir die Überarbeitung der
82 Vergabe-Regeln für BVVG-Flächen zu Gunsten von Junglandwirt*innen sowie Existenzgründer*innen
83 einfordern. Wir wollen mit den Verbänden ein Agrarstrukturgesetz erarbeiten, um den Erwerb von
84 landwirtschaftlichen Flächen und Anteilen an Landwirtschaftsbetrieben durch außerlandwirtschaftliche
85 Investoren zu erschweren und die

86 Funktion des Bodenmarkts zugunsten ortsansässiger Betriebe zu verbessern. Landeseigene Agrarflächen
87 wollen wir grundsätzlich nicht mehr verkaufen. Die in den 90er Jahren vom Land enteigneten
88 Neusiedlerflächen wollen wir an deren Erben zurückgeben.

89
90 Als Teil unser Wirtschafts- und Agrarpolitik wollen wir in Brandenburg die Anzahl verarbeitender Betriebe
91 wie Molkereien, Saftpressen und Getreidemöhlen erhöhen, damit möglichst viele Produkte unmittelbar in
92 der Region weiterverarbeitet werden können. Auf diese Weise wollen wir Transportwege in den
93 Handelsketten verkürzen, regionale Vermarktung fördern und gut bezahlte Arbeitsplätze nach Brandenburg
94 holen.

95 **Massentierhaltung überwinden**

96 Brandenburg verfügt bundesweit über überdurchschnittlich große Tierhaltungsanlagen. Sauen werden in
97 Kastenstandhaltung eingepfercht, ein Huhn lebt in der Regel mit 24 Artgenossen auf nur einem
98 Quadratmeter. Die Riesenstrukturen der industriellen Massentierhaltung begünstigen Verstöße gegen die
99 ohnehin laxen Nutztierhaltungsverordnung und erschweren ein effektives Vorgehen gegen Missstände. Sie
100 führt systembedingt zu einem enormen Verbrauch von Antibiotika, was die Bildung multiresistenter Keime
101 befördert und letztlich auch die Wirksamkeit von Antibiotika in der Humanmedizin gefährdet. Außerdem
102 sind durch die Abluft bzw. mangelhafte Filter die Anwohner*innen von verunreinigter und teilweise
103 kontaminierter Abluft betroffen. Zudem konzentriert sie die Umweltbelastung rund um die Megaställe.
104 Dort fallen durch industrielle Massentierhaltung riesige Mengen an Tierkot an, die unser Grundwasser
105 immer stärker mit Nitrat-, Phosphat und Schwermetallen belasten. Der Import von Futtermitteln aus
106 Soja-, Palmöl- und anderen Plantagen mit Monokulturen hat katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt
107 in den Herkunftsländern. Unser Export von subventionierten landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu
108 Dumpingpreisen zerstört zugleich lokale Märkte in Afrika und Asien und trägt zum Hunger in der Welt
109 bei.

110 Die rot-rote Landesregierung war bislang unwillig etwas an diesen Zuständen zu ändern. Schlimmer noch,
111 sie förderte den weiteren Ausbau der industriellen Tierhaltung allein seit 2009 mit über 70 Millionen Euro,
112 flankiert durch eine großzügige Genehmigungspraxis des Landesamtes für Umwelt. Dies gilt im Übrigen
113 auch für Schlachthöfe. Erst durch den gemeinsamen Druck durch die lokale Bürgerinitiative und uns
114 musste der Wiesenhof-Schlachthof in Königs Wusterhausen die Schlachtungen auf das genehmigte Maß
115 zurückschrauben. Die Menschen in Brandenburg haben mit dem erfolgreichen Volksbegehren gegen
116 Massentierhaltung Anfang 2016 mit 104.000 Unterschriften deutlich gezeigt, dass sie eine andere
117 Tierhaltung in Brandenburg wollen. Der hieraus resultierende Kompromissbeschluss des Landtags hat
118 einige Forderungen des Volksbegehrens aufgegriffen, ohne jedoch eine Neuausrichtung der
119 Landwirtschaftspolitik erreichen zu können. Für uns sind die Forderungen des Volksbegehrens und die
120 Umsetzung des
121 Tierschutzplans eine wichtige Grundlage für die Ausrichtung der zukünftigen Landwirtschaftspolitik .

122 Um die Massentierhaltung zu überwinden wollen wir in Brandenburg alle uns zur Verfügung stehenden
123 Instrumente nutzen. Dazu gehören unter anderem die Überarbeitung des Landesimmissionsschutzrechts
124 und der Brandenburgischen Bauordnung für mehr Brandschutz. Um Tierschutzverletzungen schon früh zu
125 verhindern wollen wir den Tierschutzverbänden ein Kontrollrecht gegenüber den Genehmigungsbehörden
126 einräumen (Verbandsklagerecht). So wollen wir den Tierschutz bereits bei Genehmigungsverfahren zur
127 Geltung zu bringen und diesen im Betrieb auch sicherstellen. Wir wollen zudem deutlich mehr
128 Tierschutzkontrollen. Bisher werden Tierhaltungsbetriebe in Brandenburg im Durchschnitt nur alle 16,5
129 Jahre kontrolliert, mit Ankündigung und nur in Teilbereichen. Auch bei Tiertransporten wollen wir mehr
130 Kontrolle. Nur 0,4 Prozent der Tierschutzkontrollen bei Tiertransporten finden auf der Straße statt. Doch
131 alle gesetzlichen Vorschriften sind nur hohle Worte, wenn Sie in der Realität nicht durchgesetzt werden.
132 Dafür wollen wir die Kontrollen deutlich ausweiten und Tiertransporte in Länder außerhalb der EU
133 solange aussetzen, bis der gesetzlich vorgeschriebene Tierschutz gewährleistet werden kann. Wir lehnen
134 aber auch Tiertransporte innerhalb der EU ab, bei denen lebende Tiere auf langen Strecken zu
135 Megaschlachtfabriken transportiert werden.

136 Vor allem aber wollen die Alternativen zur industriellen Massentierhaltung voranbringen: Mit einer
137 Neuausrichtung der Agrarinvestitionsförderung sollen nur noch Betriebe gefördert werden, die
138 umweltverträglich und nach strengen Tierschutzstandards arbeiten. Wir wollen die Freilandhaltung
139 insbesondere von Rindern, Schafen, Hühnern und Schweinen fördern. Hier wollen wir die
140 Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern abschaffen. Damit Tiere
141 möglichst wenig leiden und der Transport begrenzt wird, wollen wir die mobile Schlachtung als Alternative
142 voranbringen. Die extensive Schweinefreilandhaltung mit vom Aussterben bedrohten alten Haustierrassen
143 trägt durch das Offenhalten von Kulturlandschaften zur Landschaftspflege bei und steigert den
144 touristischen Wert ländlicher Räume. So produzieren wir nicht nur gesundes Fleisch, sondern stärken
145 zugleich die Attraktivität unserer Region und erhöhen die Artenvielfalt.

146 Klar ist aber auch: Die industrielle Massentierhaltung kann nicht von Brandenburg allein überwunden
147 werden. Bundesweit setzen wir uns dafür ein, flächengebundene Tierhaltung zur Regel zu machen: Nur
148 Betriebe, die ihr Futter überwiegend selbst erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als
149 landwirtschaftlicher Betrieb bekommen. Als Zwischenschritt wollen wir absolute Tierzahlen-Obergrenzen
150 für Ställe einführen, die sich mindestens an den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände sowie des
151 Deutschen Tierschutzbundes orientieren. Wir wollen eine konsequente Anwendung des bestehenden
152 Tierschutzrechtes und der EU-Tierschutzvorgaben in der Landwirtschaft durchsetzen. Tiere dürfen nicht
153 länger an die Ställe angepasst werden, sondern Ställe müssen den Bedürfnissen der Tiere gerecht werden.
154 Das Kupieren von Schwänzen bei Schweinen muss ebenso beendet werden wie das Kürzen von Schnäbeln
155 beim Geflügel und das Enthornen von Rindern. Ebenso wollen wir einen schnellen Ausstieg aus der
156 Kastenstandshaltung für Sauen. Die betäubungslose Kastration von Ferkeln lehnen wir ab.

157 **Wir retten die Bienen!**

158 Bienen und andere Insekten sind für unser Ökosystem und insbesondere für unsere Ernährung
159 unverzichtbar. Die von Monokulturen geprägte Landwirtschaft entzieht ihnen jedoch zunehmend ihre
160 Nahrungsgrundlage und zerstört ihre Lebensräume. In Kombination mit dem massiven Einsatz von
161 Ackergiften und der Überdüngung ist die Artenvielfalt von Wildbienen und Insekten massiv bedroht,
162 gleiches gilt für die Honigbienenenvölker. Eine extensive oder ökologische Landnutzung hingegen schafft
163 eine funktionierende Symbiose zwischen Imkerei und Landwirtschaft. Vielfältige Fruchtfolgen,
164 Randstreifen, Hecken, Steinhäufen und andere Strukturelemente sowie der Verzicht auf Pestizide und
165 Gentechnik sind unverzichtbare Elemente einer insektenfreundlichen Landwirtschaft.

166 Um Lebensräume für Insekten zu schaffen und die Nahrungsgrundlage zu verbessern wollen wir
167 Förderprogramme zur Anpflanzung von Blühstreifen, Randstreifen, extensivem Grünland, Obst-Baumreihen
168 und Gehölzen auflegen und ausweiten sowie die Umstellung auf Ökolandbau besser fördern. Den Einsatz
169 von Pestiziden wollen wir durch Forschung, Beratung und Förderung deutlich reduzieren, um mittelfristig
170 komplett auf sie zu verzichten. Zugleich müssen Bienenweidepflanzungen auf öffentlichen Flächen und
171 Zwischenfruchtaussaaten nach der Getreideernte gefördert werden. Auf Gebäuden der Landesverwaltung
172 und -behörden wollen wir das Aufstellen von betreuten Bienenvölkern unterstützen und werden intensive
173 Zusammenarbeit mit regionalen Imkerverbänden anregen. Das Neuimker*innen-Programm des Landes
174 wollen wir ausbauen.

175

176 **Brandenburgs Landwirtschaft für die Heißzeit wappnen**

177

178 Brandenburgs Landwirtschaft ist im europäischen Vergleich vor allem aufgrund der besonders armen
179 Böden überdurchschnittlich heftig von der Klimaerhitzung betroffen. Die Extremwetterschäden nehmen
180 jährlich zu, die Kompensationszahlungen aus dem Landeshaushalt haben in den letzten Jahren zweistellige
181 Millionenbeträge erreicht. Gleichzeitig gibt es kaum Landesmittel und Beratung zur Klimaanpassung,
182 ebensowenig zur Reduzierung von Klimagasen. Wir wollen ein umfassendes Klimafitnessprogramm für die
183 Brandenburger Landwirtschaft auflegen und viele Maßnahmen wie ökologischen Landbau,
184 Humusaufbauprojekte, Gewässerrandstreifen, Heckenpflanzungen, Bewässerungstechniken oder Weinbau
185 bündeln und mit großen Schritten voranbringen.

1.1-A (Projekt) Massentierhaltung überwinden: Tiere schützen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir wollen ein absehbares Ende der Massentierhaltung und dafür den Tierschutzplan, der aus dem
2 Volksbegehren gegen Massentierhaltung entstanden ist, als ersten Schritt engagiert umsetzen. Wir
3 drängen auf einen schnellen Ausstieg aus der Kastenstandshaltung für Sauen und der Praxis des Kupierens
4 von Schwänzen bei Ferkeln. Das Kürzen von Schnäbeln beim Geflügel wollen wir genauso unterbinden wie
5 das Enthornen von Rindern. Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung durch die Überarbeitung des
6 Landesimmissionsschutzrechts, der Brandenburgischen Bauordnung und einer Neuausrichtung der
7 Agrarinvestitionsförderung durchsetzen. Wir wollen das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände
8 einführen und strengere Kontrollen von Tierhaltungsanlagen durch die Veterinärbehörden durchsetzen. So
9 wollen wir den Tierschutz bereits bei Genehmigungsverfahren zur Geltung bringen und diesen im Betrieb
10 auch sicher stellen. Wir wollen eine absolute Tierzahlen-Obergrenze für Ställe einführen, die sich
11 mindestens an
12 den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände sowie des Deutschen Tierschutzbundes orientiert. Den
13 Brandschutz wollen wir stärken, so dass die Rettung der Tiere auch in der Praxis möglich ist. Eine
14 flächengebundene Tierhaltung muss zur Regel werden. Nur Betriebe, die ihr Futter überwiegend selbst
15 erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als landwirtschaftlicher Betrieb bekommen.
16 Insbesondere die Freilandhaltung von Rindern, Schafen, Hühnern und Schweinen wollen wir fördern.
17 Hierzu wollen wir u.a. die Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern
18 abschaffen.

Beschluss

(Projekt) Massentierhaltung stoppen: Tiere schützen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen ein absehbares Ende der Massentierhaltung und dafür den Tierschutzplan, der aus dem
- 2 Volksbegehren gegen Massentierhaltung entstanden ist, als ersten Schritt engagiert umsetzen. Wir
- 3 drängen auf einen schnellen Ausstieg aus der Kastenstandshaltung für Sauen und der Praxis des Kupierens
- 4 von Schwänzen bei Ferkeln. Das Kürzen von Schnäbeln beim Geflügel wollen wir genauso unterbinden wie
- 5 das Enthornen von Rindern. Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung durch die Überarbeitung des
- 6 Landesimmissionsschutzrechts, der Brandenburgischen Bauordnung und einer Neuausrichtung der
- 7 Agrarinvestitionsförderung durchsetzen. Wir wollen das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände
- 8 einführen und strengere Kontrollen von Tierhaltungsanlagen durch die Veterinärbehörden durchsetzen. So
- 9 wollen wir den Tierschutz bereits bei Genehmigungsverfahren zur Geltung bringen und diesen im Betrieb
- 10 auch sicher stellen. Den Brandschutz wollen wir stärken, sodass die Rettung der Tiere auch in der Praxis
- 11 möglich
- 12 ist.
- 13 Neben klaren Regelungen für die konventionelle Tierhaltung wollen wir vor allem die Alternativen fördern,
- 14 insbesondere die Freilandhaltung von Rindern, Schafen, Hühnern und Schweinen. Hierzu wollen wir u.a. die
- 15 Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern abschaffen.
- 16
- 17 Nicht alle notwendigen Schritte zur Überwindung der Massentierhaltung können wir auf Landesebene
- 18 erreichen. Im Bund wollen wir als nächsten Schritt eine absolute Tierzahlen-Obergrenze für Ställe
- 19 einführen, die sich mindestens an den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände sowie des Deutschen
- 20 Tierschutzbundes orientiert. Eine flächengebundene Tierhaltung muss zur Regel werden. Nur Betriebe, die
- 21 ihr Futter überwiegend selbst erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als landwirtschaftlicher
- 22 Betrieb bekommen.

1.1-B (Projekt) Grünes Klima für Jungbäuer*innen und Hofnachfolge

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Landwirtschaftliche Unternehmen sowie Obst- und Gartenbaubetriebe sind für den Erhalt ländlicher
2 Strukturen unverzichtbar. Für eine Vielzahl von Unternehmen steht in den nächsten Jahren eine
3 Hofübergabe an, bei rund Zweidritteln ist diese noch nicht geklärt. Gleichzeitig nimmt die Zahl
4 Gründungswilliger zu. Hier braucht es politische Unterstützung, um Neu-Gründungen und Hofübergaben zu
5 begleiten. Wir wollen dazu eine "Gründungs- und Hofnachfolgestrategie für die Landwirtschaft" entwickeln.
6 Mit der Einrichtung einer "One-Stop-Agentur" wollen wir die bürokratischen Hürden für Gründungswillige
7 möglichst niedrig halten. Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowohl für das Thema Hofnachfolge als
8 auch für Neugründungen wollen wir zielgerichtet ausbauen. Wer neu gründen will, braucht Zugang zu
9 Land. Wir wollen mit dem Bund über die Überführung aller BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandeln und
10 diese als Grundstock für eine landeseigene Siedlungsgesellschaft nutzen. Solange dies noch nicht
11 erreicht ist, wollen wir die Überarbeitung der Vergaberegeln für BVVG-Flächen zu Gunsten von
12 Junglandwirt*innen sowie Existenzgründer*innen einfordern. Wir wollen ein Agrarstrukturgesetz vorlegen
13 um den Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen und Anteilen an Landwirtschaftsbetrieben durch
14 außerlandwirtschaftliche Investoren zu erschweren und die Funktion des Bodenmarkts zugunsten
15 ortsansässiger Betriebe zu verbessern. Landeseigene Agrarflächen wollen wir grundsätzlich nicht mehr
16 verkaufen.

Beschluss

1.1-B (Projekt) Grünes Klima für Jungbäuer*innen und Hofnachfolge

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Landwirtschaftliche Unternehmen sowie Obst- und Gartenbaubetriebe sind für den Erhalt ländlicher
2 Strukturen unverzichtbar. Für eine Vielzahl von Unternehmen steht in den nächsten Jahren eine
3 Hofübergabe an, bei rund Zweidritteln ist diese noch nicht geklärt. Gleichzeitig nimmt die Zahl
4 Gründungswilliger zu. Hier braucht es politische Unterstützung, um Neu-Gründungen und Hofübergaben zu
5 begleiten. Wir wollen dazu eine "Gründungs- und Hofnachfolgestrategie für die Landwirtschaft" entwickeln.
6 Mit der Einrichtung einer "One-Stop-Agentur" wollen wir die bürokratischen Hürden für Gründungswillige
7 möglichst niedrig halten. Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowohl für das Thema Hofnachfolge als
8 auch für Neugründungen wollen wir zielgerichtet ausbauen. Wer neu gründen will, braucht Zugang zu
9 Land. Wir wollen mit dem Bund über die Überführung aller BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandeln und
10 diese als Grundstock für eine landeseigene Siedlungsgesellschaft nutzen. Solange dies noch nicht
11 erreicht ist, wollen wir die Überarbeitung der Vergaberegeln für BVVG-Flächen zu Gunsten von
12 Junglandwirt*innen sowie Existenzgründer*innen einfordern. Wir wollen ein Agrarstrukturgesetz vorlegen
13 um den Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen und Anteilen an Landwirtschaftsbetrieben durch
14 außerlandwirtschaftliche Investoren zu erschweren und die Funktion des Bodenmarkts zugunsten
15 ortsansässiger Betriebe zu verbessern. Landeseigene Agrarflächen wollen wir grundsätzlich nicht mehr
16 verkaufen.

1.1-C (Projekt) Vielfalt auf dem Acker: Landwirtschaft ohne Gift und Gentechnik

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Ackergiften und Überdüngung gehört zu den
2 Hauptursachen für das Artensterben. Wir Bündnisgrüne streben mittelfristig eine ökologische
3 Landwirtschaft ohne Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an. Mit einem ambitionierten
4 Reduktionsprogramm wollen wir den Einsatz von Ackergiften deutlich reduzieren. Dazu wollen wir
5 Beratung und Förderung für Alternativen beim Pflanzenschutz ausbauen. In Naturschutz- und
6 Wasserschutzgebieten wollen wir den Einsatz von Pestiziden ausschließen. Die Förderung des
7 Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und der Anlage von blütenreichen Ackerrainen und
8 Heckenstrukturen wollen wir stärken. Angesichts von mehr als 300 Mio € an Fördermitteln, die pro Jahr in
9 Brandenburgs Landwirtschaft fließen, ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage
10 zusätzlicher Mittel, sondern eine der Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems. Zudem wollen wir
11 die gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg nach
12 verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeiten: Diese soll Maßnahmen zum Schutz
13 landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und dem Aufbau von Bodenhumus vorgeben.
14 Agrogentechnik forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen eine zu 100 Prozent
15 gentechnikfreie Landwirtschaft. Auf Bundes- und EU-Ebene wollen wir uns gegen Gesetze zur Zulassung
16 und Vermarktung von gentechnisch verändertem Saatgut oder zum Patentschutz gentechnisch veränderter
17 Pflanzen und Tiere einsetzen.

Beschluss

1.1-C (Projekt) Vielfalt auf dem Acker: Landwirtschaft ohne Gift und Gentechnik

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Ackergiften und Überdüngung gehört zu den
2 Hauptursachen für das Artensterben. Wir Bündnisgrüne streben mittelfristig eine ökologische
3 Landwirtschaft ohne Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an. Mit einem ambitionierten
4 Reduktionsprogramm wollen wir den Einsatz von Ackergiften deutlich reduzieren. Dazu wollen wir
5 Beratung und Förderung für Alternativen beim Pflanzenschutz ausbauen. In Naturschutz- und
6 Wasserschutzgebieten wollen wir den Einsatz von Pestiziden ausschließen. Die Förderung des
7 Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und der Anlage von blütenreichen Ackerrainen und
8 Heckenstrukturen wollen wir stärken. Angesichts von mehr als 300 Mio € an Fördermitteln, die pro Jahr in
9 Brandenburgs Landwirtschaft fließen, ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage
10 zusätzlicher Mittel, sondern eine der Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems. Zudem wollen wir
11 die gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg nach
12 verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeiten: Diese soll Maßnahmen zum Schutz
13 landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und dem Aufbau von Bodenumus vorgeben. Zur Verminderung
14 der Bodenerosion, zur Aufwertung des Landschaftsbildes und zur Vermeidung von Sandstürmen wollen wir
15 erreichen, dass verstärkt Windschutzstreifen und Gehölzstrukturen angelegt werden.
16 Agrogentechnik forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen eine zu 100 Prozent
17 gentechnikfreie Landwirtschaft. Auf Bundes- und EU-Ebene wollen wir uns gegen Gesetze zur Zulassung
18 und Vermarktung von gentechnisch verändertem Saatgut oder zum Patentschutz gentechnisch veränderter
19 Pflanzen und Tiere einsetzen.

Beschluss

1.1 Weil gutes Korn nicht vom Himmel fällt: Landwirtschaft

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir streiten für eine vielfältige, in der Region verankerte ökologische Landwirtschaft, die unsere
2 Ressourcen schützt, gesunde Lebensmittel und faire Einkommen für die Landwirt*innen hervorbringt,
3 unsere Kulturlandschaft pflegt und achtsam mit den Tieren umgeht. Die Voraussetzungen dafür sind sehr
4 gemischt: Einerseits machen sich viele Betriebe auf den Weg, gibt es exzellente Agrarforschung, fragen
5 Brandenburger und Berliner Verbraucher*innen immer mehr ökologisch, regional und tiergerecht erzeugte
6 Produkte nach.

7 Andererseits haben vierzig Jahre DDR-Agrarpolitik mit Zwangskollektivierung, rücksichtslosen Maßnahmen
8 zur sogenannten „Bodenverbesserung“ (Melioration) und Höchsttragskonzeption eine Landwirtschaft
9 hervorgebracht, die beträchtlich an der Substanz des Bodens zehrte. In den knapp dreißig Jahren danach
10 hat sich in weiten Teilen des Landes an diesem Zustand wenig geändert. Die Fruchtbarkeit vieler Böden
11 nimmt durch Übernutzung, Wind- und Wassererosion und Vernichtung der Bodenlebewesen ab und wird
12 durch den Einsatz von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln nur kaschiert. Die Artenvielfalt in der
13 offenen Kulturlandschaft nimmt dramatisch ab. Auf die in Folge der Klimaerwärmung zunehmenden
14 Wetterextreme ist die Landwirtschaft im Land kaum vorbereitet. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen
15 ist sie auch kaum in der Lage, ihre Verantwortung bei der Reduzierung von Treibhausgasen
16 wahrzunehmen.

17 Der „Brandenburger Weg“ in der Landwirtschaft bedeutet seit 1990 Verteidigung der konventionell
18 wirtschaftenden Großbetriebe und Ausbau der industriellen Massentierhaltung. Der Ausbau des
19 Ökolandbaus stagniert seit Jahren, die Nachfrage übersteigt das Angebot bei Weitem. Höchste Zeit für eine
20 zukunftsorientierte, nachhaltige Landwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der kommenden
21 Generationen orientiert! Mit einer fortschrittlichen Agrarpolitik und einer Verteilung der Subventionen
22 nach ökologischen Kriterien wollen wir Landwirt*innen und eine regional verankerte Landwirtschaft
23 fördern. Den Landwirt*innen wollen wir tragfähige Perspektiven in der Vermarktung regionaler und
24 ökologischer Produkte eröffnen und dadurch die Landwirtschaft den Verbraucher*innen wieder näher
25 bringen. Wir brauchen Landwirt*innen sowohl als Akteure für eine nachhaltige Landwirtschaft, als auch als
26 Impulsgeber*innen für die regionale Entwicklung.

27 **Ökologische Landwirtschaft voranbringen**

28 Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Ackergiften und Überdüngung gehört zu den
29 Hauptursachen für das Artensterben. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir den Anteil ökologischer
30 Landwirtschaftsflächen bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode auf 25 % erhöhen. Wir streben
31 mittelfristig eine ökologische Landwirtschaft ohne chemisch-synthetische Pestizide und Kunstdünger für
32 ganz Brandenburg an. Mit einem ambitionierten Reduktionsprogramm wollen wir den Einsatz von
33 Ackergiften deutlich reduzieren: Als ersten Schritt wollen wir den Einsatz von Glyphosat auf Landesflächen
34 verbieten. Wir wollen Beratung und Förderung für Alternativen beim Pflanzenschutz ausbauen. In
35 Naturschutz- und Wasserschutzgebieten wollen wir den Einsatz von Pestiziden ganz ausschließen. Die

36 Förderung des Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und der Anlage von blütenreichen Ackerrainen und
37 Heckenstrukturen stärken wir. Auf dem Weg in eine vollständig ökologische Landwirtschaft unterstützen
38 wir auch
39 konventionelle Betriebe, die in bewusster Abkehr vom Leitbild einer industriellen Landwirtschaft auf ihren
40 Bauernhöfen naturschonend wirtschaften.

41 Angesichts von mehr als 300 Mio € an Fördermitteln, die pro Jahr in Brandenburgs Landwirtschaft fließen,
42 ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage zusätzlicher Mittel, sondern eine der
43 Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems. Die europäische Agrarpolitik muss den umweltgerechten,
44 klimafreundlichen Umbau der Landwirtschaft voranbringen. Wir wollen jeden Euro der Agrarförderung auf
45 das Erbringen öffentlicher Leistungen in den Bereichen Klima, Natur- und Umweltschutz, Tierwohl und die
46 Stärkung der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft konzentrieren. Es muss Schluss sein mit dem
47 Mantra "Wachse oder Weiche". Die Vorschläge der EU-Kommission zu reduzierten Flächenprämien ab
48 60.000 Euro pro Betrieb und zur Einführung betriebsbezogener Obergrenzen von 100.000 Euro bei den
49 Direktzahlungen unterstützen wir. Landwirtschaftsunternehmen müssen von ihren Erträgen leben können,
50 deshalb streben wir langfristig eine Abschaffung der heutigen Flächenprämien an.

51 Die Möglichkeiten zur Junglandwirteförderung wollen wir vollständig nutzen und auf alle
52 Neugründer*innen unabhängig vom Alter ausweiten. Die Liberalisierung der Agrarmarktpolitik und die
53 Fixierung auf den Weltmarkt haben die wirtschaftliche Situation der Landwirt*innen eher verschlechtert
54 als verbessert. Wir wollen daher Maßnahmen ergreifen, um regionale Qualitätsmärkte zu erschließen und
55 die Stellung der Landwirt*innen in der Wertschöpfungskette zu verbessern. Zudem muss die sogenannte
56 gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg nach verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeitet
57 werden: Sie soll unter anderem Maßnahmen zum Schutz landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und
58 dem Aufbau von Bodenhumus vorgeben.

59 Gentechnik in der Landwirtschaft forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen
60 eine zu 100 Prozent gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir wollen die freiwilligen Zusammenschlüsse von
61 landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg zu gentechnikfreien Regionen unterstützen. Das klare
62 Urteil des europäischen Gerichtshofs, dass auch die sogenannte "Genschere" und andere neue
63 Gentechnikmethoden unter das bestehende Gentechnikrecht fallen, begrüßen wir ausdrücklich. Nur so
64 können das Vorsorgeprinzip umgesetzt und die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen und Landwirt*innen
65 garantiert werden. Versuchen, das Gentechnikrecht abzuschwächen, werden wir entschieden
66 entgegentreten. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns gegen Gesetze zur Zulassung und Vermarktung
67 von gentechnisch verändertem Saatgut oder zum Patentschutz gentechnisch veränderter Pflanzen und
68 Tiere ein.

69 **Grünes Klima für Gründung und Hofnachfolge schaffen**

70
71 Landwirtschaftliche Unternehmen sowie Obst- und Gartenbaubetriebe sind für den Erhalt ländlicher
72 Strukturen unverzichtbar. Für eine Vielzahl von Unternehmen steht in den nächsten Jahren eine
73 Hofübergabe an, bei rund Zweidritteln ist diese noch nicht geklärt. Gleichzeitig nimmt die Zahl
74 Gründungswilliger zu. Hier braucht es politische Unterstützung, um Neu-Gründungen und Hofübergaben zu
75 begleiten. Wir wollen dazu eine "Gründungs- und Hofnachfolgestrategie für die Landwirtschaft" entwickeln.
76 Mit der Einrichtung einer "One-Stop-Agentur" wollen wir die bürokratischen Hürden für Gründungswillige
77 möglichst niedrig halten. Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowohl für das Thema Hofnachfolge als
78 auch für Neugründungen wollen wir zielgerichtet ausbauen.

79
80 Wer neu gründen will, braucht Zugang zu Land. Die Art der Bodenprivatisierung durch die
81 Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) befördert die Preistreiberei für landwirtschaftliche
82 Flächen und deren Konzentration in immer größeren Betrieben und steht so einer regional verankerten
83 bäuerlichen Landwirtschaft entgegen. Wir wollen daher Transparenz bei der Bodenvergabe schaffen und
84 sozial-ökologische Kriterien zum Maßstab der Vergabe machen. Wir wollen mit dem Bund über die
85 Überführung aller BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandeln und diese als Grundstock für eine

86 landeseigene Siedlungsgesellschaft nutzen. Solange dies noch nicht erreicht ist, wollen wir die
87 Überarbeitung der Vergabe-Regeln für BVVG-Flächen zu Gunsten von Junglandwirt*innen sowie
88 Existenzgründer*innen einfordern. Wir wollen mit den Verbänden ein Agrarstrukturgesetz erarbeiten, um
89 den Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen und Anteilen an Landwirtschaftsbetrieben durch
90 außerlandwirtschaftliche Investoren zu
91 verhindern und die Funktion des Bodenmarkts zugunsten ortsansässiger Betriebe zu verbessern.
92 Landeseigene Agrarflächen wollen wir grundsätzlich nicht mehr verkaufen. Die in den 90er Jahren vom
93 Land enteigneten Neusiedlerflächen wollen wir an deren Erben zurückgeben.

94
95 Als Teil unserer Wirtschafts- und Agrarpolitik wollen wir in Brandenburg die Anzahl verarbeitender Betriebe
96 wie Molkereien, Mostereien und Getreidemühlen erhöhen, damit möglichst viele Produkte unmittelbar in
97 der Region weiterverarbeitet werden können. Auf diese Weise wollen wir Transportwege in den
98 Handelsketten verkürzen, regionale Vermarktung fördern und gut bezahlte Arbeitsplätze nach Brandenburg
99 holen.

100 **Massentierhaltung stoppen**

101 Brandenburg verfügt bundesweit über überdurchschnittlich große Tierhaltungsanlagen. Sauen werden in
102 Kastenstandshaltung eingepfercht, Masthühner leben in der Regel mit 24 Artgenossen auf nur einem
103 Quadratmeter. Die Riesenstrukturen der industriellen Massentierhaltung begünstigen Verstöße gegen die
104 ohnehin laxen Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung und erschweren ein effektives Vorgehen gegen
105 Missstände. Sie führt systembedingt zu einem enormen Verbrauch von Antibiotika, was die Bildung
106 multiresistenter Keime befördert und letztlich auch die Wirksamkeit dieser in der Humanmedizin
107 gefährdet. Außerdem sind durch die Abluft bzw. mangelhafte Filter die Anwohner*innen von verunreinigter
108 Abluft betroffen. Zudem konzentriert sie die Umweltbelastung rund um die Megaställe. Dort fallen durch
109 industrielle Massentierhaltung riesige Mengen an Urin und Kot der Nutztiere an, die unser Grundwasser
110 immer stärker mit Nitrat-, Phosphat und Schwermetallen belasten. Der Import von Futtermitteln aus Soja-
111 und anderen Plantagen mit Monokulturen hat katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt in den
112 Herkunftsländern. Unser Export von subventionierten landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu
113 Dumpingpreisen zerstört zugleich lokale Märkte in Afrika und Asien und trägt zum Hunger in der Welt
114 bei.

115 Die rot-rote Landesregierung war bislang unwillig etwas an diesen Zuständen zu ändern. Schlimmer noch,
116 sie förderte den weiteren Ausbau der industriellen Tierhaltung allein seit 2009 mit über 70 Millionen Euro,
117 flankiert durch eine großzügige Genehmigungspraxis des Landesamtes für Umwelt. Dies gilt im Übrigen
118 auch für Schlachthöfe. Erst durch den gemeinsamen Druck mit der lokalen Bürgerinitiative KW-stinkt's
119 wurde offensichtlich, dass Wiesenhof in Niederlehme bei Königs Wusterhausen illegal die Zahl der
120 Schlachtungen hochgeschraubt hatte, woraufhin dieser die Schlachtmenge wieder auf das genehmigte
121 Maß zurückschrauben musste. Trotz erheblicher Bedenken wurde die Kapazitätserweiterung für die
122 Schlachtung, Zerlegung und Verarbeitung von 160.000 Tieren am Tag durch das Landesumweltamt im
123 November 2018 nachträglich genehmigt. Die Menschen in Brandenburg haben mit dem erfolgreichen
124 Volksbegehren gegen Massentierhaltung Anfang 2016 mit 104.000 Unterschriften deutlich gezeigt, dass
125 sie eine
126 andere Tierhaltung in Brandenburg wollen. Der hieraus resultierende Kompromissbeschluss des Landtags
127 hat einige Forderungen des Volksbegehrens aufgegriffen, ohne jedoch eine Neuausrichtung der
128 Landwirtschaftspolitik erreichen zu können. Für uns sind die Forderungen des Volksbegehrens und die
129 Umsetzung des Tierschutzplans eine wichtige Grundlage für die Ausrichtung der zukünftigen
130 Landwirtschaftspolitik .

131 Um die Massentierhaltung zu überwinden wollen wir in Brandenburg alle uns zur Verfügung stehenden
132 Instrumente nutzen. Dazu gehören unter anderem die Überarbeitung des Landesimmissionsschutzrechts
133 und der Brandenburgischen Bauordnung für mehr Brandschutz. Um Tierschutzverletzungen schon früh zu
134 verhindern, wollen wir den Tierschutzverbänden ein Kontrollrecht gegenüber den Genehmigungsbehörden
135 einräumen (Verbandsklagerecht). So wollen wir den Tierschutz bereits bei Genehmigungsverfahren zur

136 Geltung bringen und diesen im Betrieb auch sicherstellen. Wir wollen zudem deutlich mehr und
137 unangekündigte Tierschutzkontrollen. Bisher werden Tierhaltungsbetriebe in Brandenburg im Durchschnitt
138 nur alle 16,5 Jahre kontrolliert, mit Ankündigung und nur in Teilbereichen. Auch bei Tiertransporten wollen
139 wir mehr Kontrolle. Nur 0,4 Prozent der Tierschutzkontrollen bei Tiertransporten finden auf der Straße
140 statt. Doch alle gesetzlichen Vorschriften sind nur hohle Worte, wenn Sie in der Realität nicht
141 durchgesetzt werden. Dafür wollen wir die Kontrollen deutlich ausweiten und Tiertransporte in Länder
142 außerhalb der EU solange aussetzen, bis der gesetzlich vorgeschriebene Tierschutz gewährleistet werden
143 kann. Wir lehnen aber auch Tiertransporte innerhalb der EU ab, bei denen lebende Tiere auf langen
144 Strecken zu Megaschlachtfabriken transportiert werden.

145 Vor allem aber wollen wir die Alternativen zur industriellen Massentierhaltung voranbringen: Mit einer
146 Neuausrichtung der Agrarinvestitionsförderung sollen nur noch Betriebe gefördert werden, die
147 umweltverträglich und nach strengen Tierschutzstandards arbeiten. Wir wollen die Freilandhaltung
148 insbesondere von Rindern, Schafen, Hühnern, Ziegen und Schweinen fördern. Hierfür wollen wir u.a. die
149 Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern abschaffen. Wir wollen
150 Konzepte moderner nachhaltiger Landwirtschaft ohne Tierhaltung (biovegan) erproben. Der Tierbestand
151 soll an der verfügbaren lokalen Futtermittelproduktion ausgerichtet, auf Futtermittelimporte (z.B. Soja)
152 verzichtet und damit zugleich die Tierdichte verringert werden. Damit Tiere möglichst wenig leiden und
153 der Transport begrenzt wird, wollen wir die mobile Schlachtung als Alternative voranbringen. Die extensive
154 Schaf-, Ziegen- und Schweinefreilandhaltung mit vom Aussterben bedrohten alten
155 Haustierrassen trägt durch das Offenhalten von Kulturlandschaften zur Landschaftspflege bei und steigert
156 den touristischen Wert ländlicher Räume. So produzieren wir nicht nur Fleisch unter nachhaltigen
157 Bedingungen, sondern stärken zugleich die Attraktivität unserer Region und erhöhen die Artenvielfalt.

158 Klar ist aber auch: Die industrielle Massentierhaltung kann nicht von Brandenburg allein überwunden
159 werden. Bundesweit setzen wir uns dafür ein, flächengebundene Tierhaltung zur Regel zu machen: Nur
160 Betriebe, die ihr Futter überwiegend selbst erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als
161 landwirtschaftlicher Betrieb bekommen. Als Zwischenschritt wollen wir absolute Tierzahlen-Obergrenzen
162 für Ställe einführen, die sich mindestens an den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände sowie des
163 Deutschen Tierschutzbundes orientieren. Wir wollen eine konsequente Anwendung des bestehenden
164 Tierschutzrechtes und der EU-Tierschutzvorgaben in der Landwirtschaft durchsetzen. Tiere dürfen nicht
165 länger an die Ställe angepasst werden, sondern Ställe müssen den Bedürfnissen der Tiere gerecht werden.
166 Das Kupieren von Schwänzen bei Schweinen muss ebenso beendet werden wie das Kürzen von Schnäbeln
167 beim Geflügel und das Enthornen von Rindern. Ebenso wollen wir einen schnellen Ausstieg aus der
168 Kastenstandshaltung für Sauen. Die betäubungslose Kastration von Ferkeln lehnen wir ab.

169 **Wir retten die Bienen!**

170 Bienen und andere Insekten sind für unser Ökosystem und insbesondere für unsere Ernährung
171 unverzichtbar. Die von Monokulturen geprägte Landwirtschaft entzieht ihnen jedoch zunehmend ihre
172 Nahrungsgrundlage und zerstört ihre Lebensräume. In Kombination mit dem massiven Einsatz von
173 Ackergiften und der Überdüngung ist die Artenvielfalt von Wildbienen und anderen Insekten massiv
174 bedroht, gleiches gilt für die Honigbienenvölker. Eine extensive oder ökologische Landnutzung hingegen
175 schafft eine funktionierende Symbiose zwischen Imkerei und Landwirtschaft. Vielfältige Fruchtfolgen,
176 Randstreifen, Hecken, Steinhäufen und andere Strukturelemente sowie der Verzicht auf
177 chemisch-synthetische Pestizide und Gentechnik sind unverzichtbare Elemente einer insektenfreundlichen
178 Landwirtschaft.

179 Um Lebensräume für Insekten zu schaffen und die Nahrungsgrundlage zu verbessern wollen wir
180 Förderprogramme zur Anpflanzung von Blühstreifen, Randstreifen, extensivem Grünland, Obst-Baumreihen
181 und Gehölzen auflegen und ausweiten sowie die Umstellung auf Ökolandbau besser fördern. Den Einsatz
182 von Pestiziden wollen wir durch Forschung, Beratung und Förderung deutlich reduzieren, um mittelfristig
183 komplett auf sie zu verzichten. Zugleich müssen Bienenweidepflanzungen auf öffentlichen Flächen und
184 Zwischenfruchtaussaaten nach der Getreideernte gefördert werden. Auf Gebäuden der Landesverwaltung

185 und -behörden wollen wir das Aufstellen von betreuten Bienenvölkern unterstützen und werden intensive
186 Zusammenarbeit mit regionalen Imkerverbänden anregen. Das Neuimker*innen-Programm des Landes
187 wollen wir ausbauen.

188

189 **Brandenburgs Landwirtschaft für die Heizeit wappnen**

190

191 Brandenburgs Landwirtschaft ist im europäischen Vergleich vor allem aufgrund der besonders armen
192 Böden überdurchschnittlich heftig von der Klimaerhitzung betroffen. Die Extremwetterschden nehmen
193 jährlich zu, die Kompensationszahlungen aus dem Landeshaushalt haben in den letzten Jahren zweistellige
194 Millionenbeträge erreicht. Gleichzeitig gibt es kaum Landesmittel und Beratung zur Klimaanpassung,
195 ebensowenig zur Reduzierung von Klimagasen. Wir wollen ein umfassendes Klimafitnessprogramm für die
196 Brandenburger Landwirtschaft auflegen und viele Maßnahmen wie ökologischen Landbau,
197 Humusaufbauprojekte, Wasserrückhalt und -regulierung, Gewässerrandstreifen, Heckenpflanzungen,
198 Bewsserungstechniken oder Weinbau bündeln und mit großen Schritten voranbringen.

1.2. Natürlich regional: Ernährung und Verbraucherschutz

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 **Ökologische und regionale Lebensmittel auf den Tisch**

2 Äpfel aus dem eigenen Garten, Gemüse vom Bauern nebenan, immer mehr Brandenburger*innen suchen
3 nach Alternativen zu Massentierhaltung, Fast Food und Lebensmittelindustrie. Unsere Vision ist, einen
4 großen Teil des Brandenburger und Berliner Lebensmittelbedarfs durch regionale Produkte und über kurze
5 Transportwege zu decken. Ökologische und soziale Standards und mehr Transparenz schützen
6 Verbraucher*innen und ermöglichen einen bewussteren Konsum. Gentechnik und Ackergifte haben auf
7 unseren Tellern nichts zu suchen. In öffentlichen Einrichtungen, Kitas, Schulen, Kantinen, Mensen,
8 Krankenhäusern, Pflegeheimen und der Verwaltung wollen wir den Anteil an regionalen und ökologischen
9 Lebensmitteln deutlich steigern. Wir unterstützen Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer
10 Angebote.

11 Solidarische Landwirtschaft, Hofläden, Märkte und Existenzgründer*inneninitiativen eröffnen neue
12 Perspektiven. Menschen gehen neue Wege, um Einfluss auf die Produktion gesunder Lebensmittel zu
13 nehmen – und um den ländlichen Raum zu entfalten. Wir unterstützen solche neuen Formen der
14 Partnerschaft zwischen Verbraucher*innen und Erzeuger*innen und fördern diese
15 Wertschöpfungsplattformen mit Förderprogrammen und Beratung.

16 Klima- und Tierschutz beginnt auf dem Teller. Was wir essen, hat auch Einfluss darauf, was in anderen
17 Teilen der Welt passiert. Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem,
18 wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja
19 und Mais, werden durch unser Essverhalten mitverursacht.

20 Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist eine Misere. 22 Millionen Tonnen mit einem Gegenwert von
21 22 Milliarden EUR werden jedes Jahr in Deutschland weggeworfen. Das System von Erzeugung, Verkauf und
22 Verbrauch ist aus der Balance geraten. Wir werden deswegen ein Aktionsprogramm gegen
23 Lebensmittelverschwendung initiieren, mit dem Ziel einer bundesweiten Regelung in Supermärkten und
24 entlang der Lebensmittelketten.

25 **Verbraucher*innen besser schützen**

26 Verbraucher*innen möchten wissen, was sie konsumieren. Bewusste Konsumententscheidungen setzen
27 Information und Transparenz voraus. Die Verbraucherzentralen leisten einen wichtigen Beitrag zur
28 Information und Beratung. Wir wollen alle Standorte der Verbraucherzentralen sichern und finanziell
29 besser ausstatten. Die derzeit zur Verfügung gestellten achtzig Cent pro Einwohner*in und Jahr wollen wir
30 auf einen Euro erhöhen.

31 Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass es eine einfache gesetzliche Kennzeichnungspflicht für alle
32 Nahrungsmittel gibt. Bei tierischen Produkten wie Fleisch und Milch muss klar sein, aus welchen
33 Haltungsbedingungen sie stammen. Die Kennzeichnung bei Eiern hat gezeigt wie es geht und zum

34 schnellen Ende der Käfighaltung beigetragen. Für die in Brandenburg produzierten Produkte wollen wir
35 eine Regionalkennzeichnung mit hohen Qualitätsstandards voranbringen.

36 Die Hygienequalität in Restaurants und Lebensmittelbetrieben wollen wir nach dem Vorbild Dänemarks
37 mit einer Hygieneampel verbessern. Mit den Farben Rot, Gelb und Grün im Eingangsbereich von Betrieben
38 und auf den betriebseigenen Homepages sollen die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen transparent
39 dargestellt werden. Das schafft Klarheit für die Verbraucher*innen und belohnt diejenigen Betriebe, die
40 sich um die Einhaltung hoher Standards bemühen.

41 **Schluss mit der Plastikflut**

42 Die Gurke in Plastikfolie, die kleinen Schokoriegel gleich doppelt in Plaste verpackt, Plastik Kaffeekapseln,
43 jede*r Brandenburger*in produziert fast 40 kg Plastikmüll im Jahr. Weltweit landen acht Millionen Tonnen
44 Plastikmüll jedes Jahr in unseren Ozeanen, gefährden unser Öko-System und töten Fische und Vögel.
45 Mikroplaste ist selbst im Brandenburger Anglerverband inzwischen Thema.

46
47 Wir wollen Müll vermeiden, wo es nur geht und einen Aktionsplan ins Leben rufen, um die
48 Plastikverschwendung wirkungsvoll zu bekämpfen. Dazu gehört die Einführung von Mehrwegsystemen wie
49 es einige Kommunen zum Beispiel bei Kaffee-to-go-Bechern schon praktizieren und die Unterstützung von
50 plastikfreien Kommunen als Modellprojekt, die Förderung von Repair-Cafés und Gebrauchtwarenläden nach
51 belgischem Vorbild, die Stärkung des Recyclingsystems. In der Landesverwaltung wollen wir mit gutem
52 Beispiel vorangehen. Die Wirtschaftsförderung des Landes wollen wir umbauen, um mehr Unternehmen
53 beim Ressourcenschutz zu unterstützen.

54 Das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAGV) braucht genügend Personal
55 und eine strenge Aufsicht für seinen verantwortungsvollen Aufgabenbereich. Skandale wie der
56 unkontrollierte Handel mit gestohlenen und möglicherweise unwirksamen Medikamenten dürfen sich
57 nicht wiederholen. Die Lebensmittelüberwachung wollen wir finanziell und personell besser ausstatten,
58 einen jährlichen Lagebericht im Landtag einführen und den Verbraucherschutz als Forschungsgebiet in
59 Brandenburg etablieren.

60 Verbraucher*innenbildung in Kita und Schule ist die Basis für ein kluges Verbraucher*innenverhalten. Das
61 wollen wir auch zum Bestandteil der Ausbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen machen.

62 Wir werden darauf achten, dass die Regeln der EU-Datenschutzgrundverordnung eingehalten werden,
63 damit Verbraucher*innen gut geschützt sind, egal ob sie online oder offline einkaufen.

1.2-A (Projekt) Mehr ökologische und regionale Lebensmittel auf unseren Tellern!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Immer mehr Menschen legen Wert auf eine gesunde und nachhaltige Ernährung. In Berlin übersteigt die
- 2 große Nachfrage nach regionalen Bio-Produkten derzeit das Angebot, vor allem bei Obst und Gemüse. Wir
- 3 wollen den Ökolandbau fördern, indem wir ein landeseigenes Regionallabel mit hohen Qualitätsstandards
- 4 etablieren. Wir wollen, dass der Schwerpunkt der Förderpolitik des Landes auf die Unterstützung kleinerer
- 5 Betriebe und Nischenmärkte gelegt wird. Immer mehr junge Unternehmen entdecken das Handwerk der
- 6 Lebensmittelproduktion neu. Wir fördern Unternehmen, die neben Nachhaltigkeit auch auf gute
- 7 Arbeitsbedingungen Wert legen. Denn so entstehen gute Arbeitsplätze, das Geld bleibt in der Region, die
- 8 nachhaltige Lebensmittelproduktion wird zum Standortfaktor und wir tun gleichzeitig etwas für den
- 9 Klimaschutz. Wir wollen in öffentlichen Kantinen, Kitas und Schulen, Krankenhäusern und
- 10 Seniorenresidenzen konsequent regionale Produkte und auch mehr bio auf den Teller bringen. Um das
- 11 Kita- und
- 12 Schulessen zu verbessern, wollen wir die Einrichtung von Kita- und Schulküchen fördern und die
- 13 Vernetzungsstelle Schul- und Kitaverpflegung personell aufstocken.

Beschluss

(Projekt) Mehr ökologische und regionale Lebensmittel auf unseren Tellern!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Immer mehr Menschen legen Wert auf eine gesunde und nachhaltige Ernährung. In Berlin übersteigt die
- 2 große Nachfrage nach regionalen Bio-Produkten derzeit das Angebot, vor allem bei Obst und Gemüse. Wir
- 3 wollen den Ökolandbau fördern, indem wir ein landeseigenes Regionallabel mit hohen Qualitätsstandards
- 4 etablieren. Wir wollen, dass der Schwerpunkt der Förderpolitik des Landes auf die Unterstützung kleinerer
- 5 Betriebe und Nischenmärkte gelegt wird. Immer mehr junge Unternehmen entdecken das Handwerk der
- 6 Lebensmittelproduktion neu. Wir fördern Unternehmen, die neben Nachhaltigkeit auch auf gute
- 7 Arbeitsbedingungen Wert legen. Denn so entstehen gute Arbeitsplätze, das Geld bleibt in der Region, die
- 8 nachhaltige Lebensmittelproduktion wird zum Standortfaktor und wir tun gleichzeitig etwas für den
- 9 Klimaschutz. Wir wollen in öffentlichen Kantinen, Kitas und Schulen, Krankenhäusern und
- 10 Seniorenresidenzen konsequent regionale Produkte und auch mehr bio auf den Teller bringen. Um das
- 11 Kita- und
- 12 Schulessen zu verbessern, wollen wir die Einrichtung von Kita- und Schulküchen fördern und die
- 13 Vernetzungsstelle Schulverpflegung personell aufstocken.

1.2-B (Projekt) Schluss mit überflüssigem Plaste- und Verpackungsmüll

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Vermüllung unserer Natur mit Plaste gehört zu den größten globalen Umweltkrisen. Wir wollen einen
2 Aktionsplan gegen Plastemüll ins Leben rufen. Dafür gibt es bereits viele Initiativen: Pfandsysteme für den
3 Kaffeebecher, Mehrwegbeutel aus Stoff und Refill-Stationen für Wasserflaschen. Einweggeschirr und
4 –besteck wollen wir vom Markt verdrängen. Supermärkte wollen wir anregen, auf Plasteschalen oder
5 Folien etwa für Obst und Gemüse zu verzichten und kompostierbare Tüten, z. B. aus Maisstärke, anzubieten,
6 für Lieferanten schlagen wir wiederverwendbare Verpackungen und Kisten vor. Wir setzen uns für einen
7 verantwortungsbewussten Umgang mit Folien in der Landwirtschaft ein und wollen den Gebrauch deutlich
8 reduzieren. Ein Unterpflügen tolerieren wir nicht. Wir unterstützen die Einrichtung von Repair-Cafés und
9 kommunalen Gebrauchtwarenläden. Wir wollen das Land Brandenburg zum Vorreiter in der Entwicklung
10 von abbaubarem Plaste machen. Mit 2,5 Millionen EUR unterstützt das Land ein
11 Forschungsprojekt am Potsdamer Fraunhofer-Institut für Polymerforschung, das gerade zu 100 Prozent
12 abbaubares Plaste entwickelt. Das wollen wir intensivieren. Die Einführung einer kommunalen
13 Verbrauchssteuer auf Plasteprodukte wollen wir prüfen. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft, in der
14 keine Ressourcen verloren gehen. Auf allen Ebenen, im Bund, der Europäische Union und bei den Vereinten
15 Nationen brauchen wir verbindliche Aktionspläne und Verbote für bestimmte Artikel aus Einwegplaste.

Beschluss

(Projekt) Schluss mit überflüssigem Plaste- und Verpackungsmüll

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Die Vermüllung unserer Natur mit Plaste gehört zu den größten globalen Umweltkrisen. Wir wollen einen
- 2 Aktionsplan gegen Plastemüll ins Leben rufen. Dafür gibt es bereits viele Initiativen: Pfandsysteme für den
- 3 Kaffebecher, Mehrwegbeutel aus Stoff und Refill-Stationen für Wasserflaschen. Supermärkte wollen wir
- 4 anregen, auf Plasteschalen oder Folien etwa für Obst und Gemüse zu verzichten und kompostierbare Tüten,
- 5 z. B. aus Maisstärke, anzubieten, für Lieferanten schlagen wir wiederverwendbare Verpackungen und Kisten
- 6 vor. Wir setzen uns für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Folien in der Landwirtschaft ein und
- 7 wollen den Gebrauch deutlich reduzieren. Ein Unterpflügen tolerieren wir nicht. Wir unterstützen die
- 8 Einrichtung alternativer Modelle wie Repair-Cafés, kommunale Gebrauchtwarenläden oder
- 9 unverpackt-Läden . Wir wollen das Land Brandenburg zum Vorreiter in der Entwicklung von abbaubarem
- 10 Plaste machen. Mit 2,5 Millionen EUR unterstützt das Land ein Forschungsprojekt am Potsdamer
- 11 Fraunhofer-Institut für Polymerforschung, das gerade zu 100 Prozent abbaubares Plaste entwickelt. Das
- 12 wollen wir intensivieren. Die Einführung einer kommunalen Verbrauchssteuer auf Plasteprodukte wollen
- 13 wir prüfen. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft, in der keine Ressourcen verloren gehen. Auf allen
- 14 Ebenen, im Bund, der Europäische Union und bei den Vereinten Nationen brauchen wir verbindliche
- 15 Aktionspläne und Verbote für bestimmte Artikel aus Einwegplaste.

Beschluss

1.2 Natürlich regional: Ernährung und Verbraucherschutz

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 **Ökologische und regionale Lebensmittel auf den Tisch**

2 Äpfel aus dem eigenen Garten, Gemüse vom Bauern nebenan, immer mehr Brandenburger*innen suchen
3 nach Alternativen zu Massentierhaltung, Fast Food und Lebensmittelindustrie. Unsere Vision ist, einen
4 großen Teil des Brandenburger und Berliner Lebensmittelbedarfs durch regionale Produkte und über kurze
5 Transportwege zu decken. Ökologische und soziale Standards und mehr Transparenz schützen
6 Verbraucher*innen und ermöglichen einen bewussteren Konsum. Gentechnik und Ackergifte haben auf
7 unseren Tellern nichts zu suchen. In öffentlichen Einrichtungen, Kitas, Schulen, Kantinen, Mensen,
8 Krankenhäusern, Pflegeheimen und der Verwaltung wollen wir den Anteil an regionalen und ökologischen
9 Lebensmitteln deutlich steigern. Entsprechende Kriterien können bei Ausschreibungen der festgelegt
10 werden. Wir unterstützen Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote.

11 Solidarische Landwirtschaft, Hofläden, Märkte und Existenzgründer*inneninitiativen eröffnen neue
12 Perspektiven. Menschen gehen neue Wege, um Einfluss auf die Produktion gesunder Lebensmittel zu
13 nehmen – und um den ländlichen Raum zu entfalten. Wir unterstützen solche neuen Formen der
14 Partnerschaft zwischen Verbraucher*innen und Erzeuger*innen und fördern diese
15 Wertschöpfungsplattformen mit Förderprogrammen und Beratung.

16 Klima- und Tierschutz beginnt auf dem Teller. Was wir essen, hat auch Einfluss darauf, was in anderen
17 Teilen der Welt passiert. Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem,
18 wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja
19 und Mais, werden durch unser Essverhalten mitverursacht.

20 Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist eine Misere. 22 Millionen Tonnen mit einem Gegenwert von
21 22 Milliarden EUR werden jedes Jahr in Deutschland weggeworfen. Das System von Erzeugung, Verkauf und
22 Verbrauch ist aus der Balance geraten. Wir werden deswegen ein Aktionsprogramm gegen
23 Lebensmittelverschwendung initiieren, mit dem Ziel Lebensmittelabfälle entlang der
24 Lebensmittelversorgungsketten zu reduzieren, zum Beispiel in Supermärkten und öffentlichen Kantinen
25 von Schulen, Kitas, Krankenhäusern oder Seniorenheimen.

26 **Verbraucher*innen besser schützen**

27 Verbraucher*innen möchten wissen, was sie konsumieren. Bewusste Konsumententscheidungen setzen
28 Information und Transparenz voraus. Die Verbraucherzentralen leisten einen wichtigen Beitrag zur
29 Information und Beratung. Wir wollen alle Standorte der Verbraucherzentralen sichern und finanziell
30 besser ausstatten. Die derzeit zur Verfügung gestellten achtzig Cent pro Einwohner*in und Jahr wollen wir
31 auf einen Euro erhöhen. Damit wollen wir die Verbraucherzentralen in die Lage versetzen, die mobile
32 Beratung in den ländlichen Regionen auszubauen und Musterfeststellungsklagen durchzuführen, zum
33 Beispiel bei Problemen mit Fernwärmeanbietern, Versicherungsschutz bei Elementarschäden oder der
34 Kündigung von Prämiensparverträgen durch die Sparkassen.

35 Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass es eine einfache gesetzliche Kennzeichnung für alle
36 Nahrungsmittel gibt. Mit einem Brandenburger Label für tierische Produkte wie Fleisch und Milch könnten
37 Haltungsbedingungen klar definiert und für Verbraucher*innen transparent werden. Die Kennzeichnung bei
38 Eiern hat gezeigt wie es geht und zum schnellen Ende der Käfighaltung beigetragen. Für die in
39 Brandenburg produzierten Produkte wollen wir eine Regionalkennzeichnung mit hohen Qualitätsstandards
40 voranbringen.

41 Die Hygienequalität in Restaurants und Lebensmittelbetrieben wollen wir nach dem Vorbild Dänemarks
42 mit einer Hygieneampel verbessern. Mit den Farben Rot, Gelb und Grün im Eingangsbereich von Betrieben
43 und auf den betriebseigenen Homepages sollen die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen transparent
44 dargestellt werden. Das schafft Klarheit für die Verbraucher*innen und belohnt diejenigen Betriebe, die
45 sich um die Einhaltung hoher Standards bemühen.

46
47 Verbraucher*innenbildung in Kita und Schule ist die Basis für ein kluges Verbraucher*innenverhalten. Das
48 wollen wir auch zum Bestandteil der Ausbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen machen.

49
50 Das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAGV) braucht genügend Personal
51 und eine strenge Aufsicht für seinen verantwortungsvollen Aufgabenbereich. Skandale wie der
52 unkontrollierte Handel mit gestohlenen und möglicherweise unwirksamen Medikamenten dürfen sich
53 nicht wiederholen. Die Lebensmittelüberwachung wollen wir finanziell und personell besser ausstatten,
54 einen jährlichen Lagebericht im Landtag einführen und den Verbraucherschutz als Forschungsgebiet in
55 Brandenburg etablieren.

56
57 Wir werden darauf achten, dass die Regeln der EU-Datenschutzgrundverordnung eingehalten werden,
58 damit Verbraucher*innen gut geschützt sind, egal ob sie online oder offline einkaufen.

59 **Schluss mit der Plastikflut**

60 Die Gurke in Plastikfolie, die kleinen Schokoriegel gleich doppelt in Plaste verpackt, Plastik Kaffeekapseln,
61 jede*r Brandenburger*in produziert fast 40 kg Plastikmüll im Jahr. Weltweit landen acht Millionen Tonnen
62 Plastikmüll jedes Jahr in unseren Ozeanen, gefährden unser Öko-System und töten Fische und Vögel.
63 Mikroplaste ist selbst im Brandenburger Anglerverband inzwischen Thema.

64
65 Für den Einsatz von Plastikfolien beim Anbau von Gemüse und
66 Feldfrüchten wollen wir klare Obergrenzen festsetzen und deren Einsatz
67 in Naturschutz- und Vogelschutzgebieten generell ausschließen.

68
69 Wir wollen Müll vermeiden, wo es nur geht und einen Aktionsplan ins Leben rufen, um die
70 Plasteverschwendung wirkungsvoll zu bekämpfen. Dazu gehört die Einführung von Mehrwegsystemen wie
71 es einige Kommunen zum Beispiel bei Kaffee-to-go-Blechern schon praktizieren und die Unterstützung von
72 plastefreien Kommunen als Modellprojekt, die Förderung von Repair-Cafés und Gebrauchtwarenläden nach
73 belgischem Vorbild, die Stärkung des Recyclingsystems. Hierfür ist auch das Eindämmen von
74 Verbundverpackungen elementar. In der Landesverwaltung wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen. Die
75 Wirtschaftsförderung des Landes wollen wir umbauen, um mehr Unternehmen beim Ressourcenschutz zu
76 unterstützen.

77 Wir werden darauf achten, dass die Regeln der EU-Datenschutzgrundverordnung eingehalten werden, damit
78 Verbraucher*innen gut geschützt sind, egal ob sie online oder offline einkaufen. Onlinekriminalität muss
79 wirkungsvoll bekämpft werden, die Polizei braucht dazu die entsprechende Fortbildung und Ausstattung

1.3. Schützen, was uns am Leben hält: Umwelt- und Naturschutz

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir wollen an die Politik der ersten Jahre unseres Bundeslandes nach 1990 anknüpfen und wieder zum
2 bundesweit beachteten Vorbild einer natur- und umweltverträglichen Regionalentwicklung werden. Die
3 Lebensraumverluste und den damit verbundenen gravierenden Schwund der Artenvielfalt wollen wir
4 stoppen. Industrialisierte konventionelle Landwirtschaft, Zerschneidung von Natur und Landschaft durch
5 immer neue Straßen und ausufernde Siedlungsgebiete, Aushöhlung der Naturschutzgesetze,
6 Vernachlässigung von Schutzgebieten, Zurückweichen vor den Nutzungsinteressen einzelner Landnutzer zu
7 Lasten der Allgemeinheit – dem Rückbau des Naturschutzes durch Rot-Rot setzen wir unser grünes
8 Konzept entgegen.

9 Wir wollen den Personalabbau in der Landes-Naturschutzverwaltung umkehren. Den Naturschutz im
10 Geschäftsbereich des Umweltministeriums wollen wir personell so aufstellen, dass die Behörden den
11 gewachsenen Anforderungen aufgrund von EU-Richtlinien und anderen gesetzlichen Grundlagen gerecht
12 werden können. Die Biosphärenreservate und Naturparke wollen wir zu Modellregionen für eine
13 nachhaltige Landnutzung und Naturtourismus entwickeln. Unsere Wälder wollen wir komplett ökologisch
14 bewirtschaften, unsere Seen und Flüsse in einen besseren ökologischen Zustand bringen und der
15 Artenvielfalt den Schutz besorgen, den sie benötigt. Illegale Müllablagerungen wollen wir systematisch
16 beseitigen.

17

18 **Unser Countdown für mehr Naturschutz**

19 In den nächsten fünf Jahren wollen wir unter anderem:

20 - 100 % des Landeswaldes nach den Regeln des FSC ökologisch zertifizieren lassen

21 - 20 % der Landwirtschaftsfläche pestizidfrei machen - durch ökologische Landwirtschaft (bisher 11%)

22 - 10 % der Landesfläche zum landesweiten Biotopverbund erklären (z. B. Hecken, durchgängige Bachläufe,
23 Wanderungskorridore für bedrohte Arten und als grüne Adern in der Landschaft);

24 - 2 % der Landesfläche als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenartenutzungsfrei machen;

25 - 1 % der Waldflächen rechtssicher als Naturwaldzellen ausweisen und für die Wald- und Wildtierforschung
26 (insbesondere Waldinsekten, Waldvögel) reservieren.

27 - 0 % Anbau und Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft

28 **Brandenburger Großschutzgebiete zu Modellregionen der Nachhaltigkeit entwickeln**

29 Brandenburg hatte 1990 das im Einigungsvertrag festgeschriebene Erbe des Nationalparkprogramms
30 angetreten und dieses „Tafelsilber der Deutschen Einheit“ in den ersten Legislaturperioden zu einem
31 bundesweit vorbildlichen Großschutzgebietssystem aus dem Nationalpark Unteres Odertal, 3
32 Biosphärenreservaten und 11 Naturparks entwickelt. Der so geschützte Naturreichtum ist seither auch
33 die Basis des touristischen Erfolgs des Landes.

34
35 Allerdings wurde ab 2003 schrittweise mit dem Abbau der zuständigen Verwaltungen und der Naturwacht
36 begonnen. Zuletzt wurde im April 2018 die Abteilung Großschutzgebiete im Landesamt für Umwelt
37 aufgelöst und die zentrale Koordinierung abgeschafft. Die Stellenausstattung der Biosphärenreservate
38 wurde halbiert. Damit können auch immer weniger Drittmittel aus Naturschutzprogrammen in die
39 Regionen geholt werden. Hinzu kommt der massive Abbau der Naturwacht. Die Sparmaßnahmen haben
40 dazu geführt, dass besonders in den größeren Schutzgebieten die Naturwacht kaum noch in der Fläche
41 präsent ist.

42 Unser Ziel ist es Biosphärenreservate und Naturparke bei der Landnutzung und Regionalentwicklung zu
43 Modellregionen der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Wir wollen ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele
44 modellhaft durch die Kombination von Stärkung des Naturtourismus, ökologischer Landwirtschaft, Schutz
45 der Hotspots der biologischen Vielfalt, regionaler Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher
46 Produkte, regionaler Wirtschaftsräume und Stadt-Land-Partnerschaften zusammenführen. Dadurch werden
47 sowohl die regionale Wirtschaftskraft als auch die Lebensqualität im ländlichen Raum gestärkt. Dazu ist
48 eine adäquate Personalausstattung der Biosphärenreservatsverwaltungen mit zwölf bis fünfzehn Stellen
49 und der Naturparkverwaltungen mit mindestens fünf Stellen nach den Standards und Empfehlungen von
50 UNESCO-MAB-Nationalkomitee, EUROPARC, Verband Deutscher Naturparke und Bundesamt für Naturschutz
51 nötig. Die Zuwendungen an die Stiftung Naturschutzfonds wollen wir so erhöhen, dass
52 die Stellen der Naturwacht in den Großschutzgebieten in Abhängigkeit von Flächengröße und Komplexität
53 der jeweiligen Großschutzgebiete erhöht werden können. Die Großschutzgebiete sind wieder in einer
54 organisatorischen Einheit mit fachlich-strategischer Koordinierung im Geschäftsbereich
55 Umwelt/Landwirtschaft zusammen zu führen. Im Rahmen europäischer Fördergelder richten wir Programm
56 zur gezielten nachhaltigen Entwicklung dieser Modellregionen im „Entwicklungsprogramm für den
57 ländlichen Raum in Brandenburg und Berlin (EPLR)“ aus.

58 **Wald und Forstwirtschaft nachhaltiger gestalten**

59 Mit einem Anteil von 37 Prozent an der Gesamtfläche des Landes, bieten die Wälder Brandenburgs ein
60 einzigartiges ökologisches Potential. Doch leider sind diese wenig vielfältig. Fast drei Viertel des
61 Waldbildes werden von der Kiefer dominiert - zum größten Teil in Form von eintönigen und instabilen
62 Monokulturen. In Zeiten des Klimawandels wird die Anfälligkeit dieser künstlichen Forsten leider allzu
63 deutlich. Waldbrände haben zuletzt ein dramatisches Ausmaß angenommen, die Massenvermehrungen von
64 Schadinsekten wird weiter begünstigt, zu wenig Grundwasser neu gebildet und Sturmschäden sind immens
65 hoch. Wenn sich klimatische Extreme häufen, wird der Umgang mit dem Wald in Zukunft von noch größerer
66 Bedeutung sein.

67 Wir setzen uns daher für einen Waldumbau hin zu einem artenreichen Mischwald ein, der diese
68 Problematiken lindert, einen Beitrag zur Artenvielfalt leistet und gleichzeitig die Attraktivität der Wälder
69 für die Naherholung steigert. Unter Laubbäumen wird mehr Grundwasser, frei von Belastungen aus der
70 Landwirtschaft, neu gebildet. Für das Vorantreiben einer ambitionierten Waldumbau-Strategie der
71 Landesforstverwaltung in privaten und öffentlichen Forsten wollen wir die notwendigen Mittel
72 bereitstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Landesbetrieb Forst handlungsfähig bleibt und nicht weiter
73 kaputtgespart wird.

74 Dabei muss der Landeswald zum Vorbild für die von uns geforderte nachhaltige Entwicklung werden und
75 vollständig FSC-Siegel zertifiziert (Forest Stewardship Council für nachhaltige Forstwirtschaft) werden. Wir
76 wollen die zur Privatisierung vorgesehenen Waldflächen des Preußenvermögens und die Liegenschaften
77 der ehemaligen Sowjettruppen dem Landesbetrieb Forst übertragen. Weiterhin wollen wir das Jagdrecht
78 novellieren, die Zahl der jagbaren Arten deutlich reduzieren und dabei die Jagd auf Vögel beenden. Ziel der
79 Jagd muss eine effektive Begrenzung der Populationsdichten von Schwarz-, Reh-, Dam- und Rotwild sein,
80 um Fraßschäden zu verringern und eine natürliche Erneuerung des Waldes zu ermöglichen. Die
81 Mindestanforderungen an die sogenannte gute fachliche Praxis in der Forstwirtschaft wollen wir im
82 Landeswaldgesetz verankern. Fördermittel sollen nur noch für über die in diesem Gesetz formulierten
83 Mindestansprüche hinausgehenden Leistungen ausgereicht werden. Zusammenschlüsse von

84 Kleinwaldbesitzern in Form von Forstbetriebsgemeinschaften begrüßen wir, sie sollen durch
85 kostengünstige Beratung unterstützt werden. Im Landeswaldgesetz wollen wir zudem eine differenzierte
86 Bewirtschaftung von Kleinwaldflächen in dicht besiedelten Gemeinden festlegen und klare
87 Verfahrensregeln zur Anlage und Sicherung von Schutz- und Erholungswäldern definieren.

88

89 **Den Baum im Dorf lassen und Alleen schützen**

90 Landschafts-, dorf- und stadtbildprägende Einzelbäume und Baumreihen dürfen nicht verloren gehen - wir
91 wollen sie gesetzlich besonders schützen. Alleebäume, die aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt
92 werden mussten, sollen im Verhältnis 2:1 innerhalb eines Jahres nach der Fällung neu gepflanzt werden.
93 Den derzeit geschrumpften Bestand an Alleebäumen möchten wir nicht nur erhalten sondern damit weiter
94 ausbauen. Wir wollen auch wieder eine landesweit gültige Baumschutzsatzung etablieren.

95 **Unsere Seen, Flüsse und Bäche in einen guten ökologischen Zustand bringen**

96 Von den 190 Brandenburger Seen mit einer Wasserfläche von mehr als 50ha sind nur 24 in einem guten
97 oder sehr guten ökologischen Zustand. Der überwiegende Teil weist hingegen eine mäßige bis schlechte
98 Qualität auf. Um die Seen vor weiteren Verunreinigungen vor allem durch Pestizide und Dünger zu
99 schützen, wollen wir an allen Gewässern Randstreifen mit einer Breite von zehn Metern festlegen. Diese
100 schützen nicht nur das Wasser unserer Seen und Flüsse vor Giften und Dünger, sondern helfen auch die
101 Artenvielfalt zu erhalten und die Landschaft zu verschönern. Viele Seen in Brandenburg sind von einem
102 sinkenden Wasserspiegel betroffen. In der Lausitz geht dies auf die Entwässerungsmaßnahmen der
103 Tagebaubetreiber zurück. Auf unseren Druck hin wurden die Tagebaubetreiber zu Ausgleichseinleitungen
104 an einigen Seen verpflichtet. Wir kämpfen für weitere Maßnahmen gegen den Wasserverlust.

105 Es gibt besorgniserregende Ausbaupläne für mehrere Brandenburger Flüsse. Für die Oder wird unter dem
106 Deckmantel der Sicherstellung einer Mindesttiefe für Eisbrecherfahrten zum Hochwasserschutz ein
107 massiver Ausbau vorangetrieben. An der Elbe wird trotz eines Ausbaustopps, den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
108 auf der Bundesebene 2002 durchgesetzt haben, seit über zehn Jahren kontinuierlich gebaut. Deren Ziel ist
109 es, eine nahezu ganzjährige Fahrtiefe von 1,60 Meter zwischen Geesthacht und Dresden zu gewährleisten.
110 Doch die damit verbundenen großen Hoffnungen für die Güterschifffahrt haben sich nicht erfüllt, die
111 Befestigungsmaßnahmen an den Ufern und die Einbringung von Buhnen führen lediglich zu einer
112 stärkeren Strömung und der voranschreitenden Erosion des Flussbetts. Damit trocknen die Flussauen bei
113 mittleren und niedrigen Wasserständen aus und wertvolle Feuchtwiesen gehen verloren, Auwälder werden
114 beeinträchtigt. Solche Entwässerungs-tendenzen werden an allen ausgebauten und begradigten Flüssen
115 beobachtet.

116 Wir wollen in den nächsten fünf Jahren unsere Flüsse entsprechend der Europäischen
117 Wasserrahmenrichtlinie in einen besseren ökologischen Zustand bringen, sie vor weiteren
118 Verschlechterungen bewahren und vorbeugenden Hochwasserschutz betreiben. Dafür möchten wir den
119 Flüssen zunächst ausreichend Raum geben und zusätzliche Überschwemmungsgebiete ausweisen. Diese
120 sollen nicht weiter für Ackerbau und Neubau zur Verfügung stehen, stattdessen wollen wir hier extensive
121 Landnutzungen fördern. Altwasserarme und Auengebiete wollen wir reaktivieren und wieder an die
122 natürliche Dynamik ihrer Flüsse anschließen. Auf diese Weise möchten wir der Elbe, der schwarzen Elster
123 und der Havel langfristig – so weit wie möglich – ihre natürlichen Formen zurückgeben. Wir werden keinen
124 weiteren den Ausbau unserer Flüsse zulassen. Oder und Elbe müssen als freifließende Flüsse ohne
125 (weitere) Staustufen erhalten bleiben. Damit begegnen wir auch den zunehmenden
126 Extremwetterereignissen, wie z.B. längere regenarme
127 Zeiten, höhere Temperaturen und Extremniederschläge: Bei Hochwasser gibt es schließlich mehr Raum für
128 Retention und Versickerung, bei Trockenheit wird so der Abfluss verlangsamt.

129 Die Folgen des Braunkohlenbergbaus in der Lausitz schlagen sich seit ca. zehn Jahren in der Belastung der
130 Spree und vieler ihrer Zuflüsse mit Eisenhydroxid und Sulfat nieder. Das lebensfeindliche Eisenhydroxid
131 verschlammt Ufer und Gewässersohle und vernichtet wichtige Lebensräume. Dieses stammt aus den
132 ehemaligen und aktiven Tagebaugebieten in Sachsen und Brandenburg und bedroht mit dem Spreewald

133 ein UNESCO-Biosphärenreservat mit FFH-Status (Fauna-Flora-Habitat EU-Richtlinie) und eine wichtige
134 Tourismusregion. Der steigende Sulfatgehalt des Spreewassers bedroht mittlerweile sogar die
135 Trinkwasserversorgung von Berlin und den Städten Frankfurt (Oder) und Lübbenau. Bisher sind keine
136 Vorkehrungen getroffen worden, um eine zusätzliche Belastung der Spree auszuschließen – eine sträfliche
137 Vernachlässigung unserer natürlichen Ressourcen.

138 Um die Spree vor einer steigenden Sulfat- und Eisenockerbelastung zu schützen, legen wir einen
139 Masterplan mit konkreten Zielen, Maßnahmen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten vor. Für die
140 Braunkohletagebaue führen wir strenge Einleitwerte für Eisen und Sulfat ein. Die Vorsperre Bühlow und
141 die Talsperre Spremberg wollen wir regelmäßig rääumen lassen, um auch in Hochwassersituationen das
142 Weiterfließen des Eisenockerschlamms zu verhindern. Eine Verklappung des Eisenschlamms in anderen
143 stehenden Gewässern lehnen wir ab. In Zusammenarbeit mit der lokalen Bürgerinitiative konnten wir die
144 Entsorgung Eisenhydroxidschlämme im Altdöberner See verhindern. Wir streben eine Deponierung oder
145 eine Wiedernutzung des darin enthaltenen Eisens an.

146 **Moore schützen - Moorböden erhalten**

147 Das Land Brandenburg gehört zu den vier moorreichsten Bundesländern im Norddeutschen Tiefland und
148 trägt damit eine besondere Verantwortung für den Schutz der Moore. Die Moorböden müssen ihrer
149 Funktion als Wasser-, Nährstoff- und Kohlenstoffspeicher in der Landschaft gerecht werden können. Dazu
150 wollen wir das Moorschutzprogramm aufgreifen und zu einer fundierten brandenburgischen
151 Moorschutzstrategie für umfassenden Moorschutz weiterentwickeln.

152 Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die landwirtschaftliche Nutzung der Moorböden
153 an den ökologischen und Klimaschutzziele ausgerichtet wird. Dazu wollen wir moorschonende und
154 moorerhaltende Bewirtschaftungsweisen mit geländenahen Wasserständen fördern. Hierfür wollen wir
155 sowohl die Entwicklung und den Einsatz standortangepasster Grünlandtechnik, als auch
156 Verwertungsketten von Biomasse aus nassem Moor prioritär unterstützen und fördern.

157 Torfwachstum zur Speicherung von Wasser- Nährstoffen und CO₂ wollen wir durch den Schutz der noch
158 vorhandenen naturnahen Moore und die Wiedervernässung von entwässerten Moore aktiv fördern.
159 Degradierete Moorflächen, die nicht mehr wirtschaftlich nutzbar sind, sollen – wenn dies fachlich vertretbar
160 und technisch möglich ist – wieder vernässt werden. Dazu wollen wir spezielle Projekte fördern.

161 **Artenvielfalt retten!**

162 Brandenburg bietet vielen seltenen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten eine Heimat. Um die seltenen
163 und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten zu bewahren, wollen wir das Maßnahmenprogramm „Biologische
164 Vielfalt“ zu einer echten Strategie weiterentwickeln, insbesondere ist ein Umsteuern in der Landnutzung
165 dafür zwingend erforderlich. Das Artensterben hat mittlerweile sehr viele unserer für Brandenburg
166 typischen heimischen Arten erreicht. Viele Arten auf der Roten Liste haben ihren Lebensraum in unserer
167 Kulturlandschaft. In riesigen Maisschlägen oder anderen intensiven Monokulturen finden sie keine
168 Lebensräume mehr. Arten die früher sehr häufig waren oder deren Bestände sich nach der Wende deutlich
169 erholt hatten wie Feldlerche, Kiebitz und Rotbauchunke sind seit jüngster Zeit wieder selten geworden
170 oder akut bedroht. Viele dieser Arten sind auch Indikatoren für die Qualität unserer Umwelt, ihr
171 Verschwinden sollte uns zu denken geben. Wenn wir ihnen effektiv helfen wollen müssen wir
172 nicht nur weitere Schutzgebiete einrichten, sondern insbesondere die Landnutzung umweltverträglicher
173 gestalten. Bei der Straßenpflege wollen wir erreichen, dass die Straßenrandflächen landesweit im Sinne
174 des Artenschutzes nicht mehr mit Pestiziden behandelt und die Mähzeiten entsprechend berücksichtigt
175 werden (Blühwiesen).

176 Wir werden Konflikte mit Arten wie Wolf, Biber und Kormoran, die es geschafft haben erfolgreich nach
177 Brandenburg zurück zu kehren, weder ignorieren noch populistisch ausschlichten. Wir werden mögliche
178 Konflikte, die mit Landnutzer*innen entstehen, ernst nehmen und Interessen verantwortungsvoll abwägen.
179 Dabei werden wir weder zulassen, dass geschützte Arten wieder verfolgt und ausgerottet werden noch das
180 Landnutzer*innen um ihre Existenz fürchten müssen. Das gilt insbesondere für den Wolf, der die

181 Weidetierhaltung in Brandenburg vor große Herausforderungen stellt. Hier setzen wir auf eine bessere
182 Ausstattung der Behörden für eine intensive fachlich fundierte Aufklärungsarbeit und die
183 Weiterentwicklung der bundesweit vorbildlichen Wolfsverordnung. Herdenschutzmaßnahmen wollen wir
184 zu 100 Prozent finanzieren und weitere Maßnahmen wie Vergrämung konsequent fortentwickeln. Dabei
185 stehen wir zum Grundsatz: In letzter Konsequenz müssen Wölfe, die Menschen gefährlich geworden sind
186 oder trotz
187 Herdenschutzmaßnahmen wiederholt Weidetiere gerissen haben, entnommen werden. Die Verordnung muss
188 jedoch deutlich praxistauglicher gestaltet werden. Für vom Wolf gerissene Tiere wollen wir unbürokratisch
189 entschädigen. Die Ehrenamtlichen Wolfsbeauftragten der Landkreise, die u.a. Anlaufstellen für die Anliegen
190 der Bürger im Umgang mit Wölfen sind, wollen wir in ihrer Position stärken.

191 Wir wollen der Bildung für den nachhaltigen Schutz unserer Lebensgrundlagen einen zentralen
192 Stellenwert einräumen. Umweltbildung muss in den Kitas und Schulen beginnen und auch die Bürger mit
193 berücksichtigen. Wir wollen alle Menschen stärker für den Erhalt und Schutz unserer natürlichen
194 Lebensgrundlagen sensibilisieren. Parallel dazu muss das Brandenburger Biotopverbund-Konzept rasch
195 umgesetzt werden. Wir wollen zehn Prozent der Landesfläche zum landesweiten Biotopverbund erklären (z.
196 B. Hecken, durchgängige Bachläufe, Wanderungskorridore für Reptilien und Amphibien) und zwei Prozent
197 der Landesfläche als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei machen; indem
198 v.a. alte Waldbestände des Landeswaldes sowie rekultivierte Bergbaufolgelandschaften ihrer natürlichen
199 Entwicklung überlassen werden. Ein Prozent der Waldflächen wollen wir rechtssicher als Naturwaldzellen
200 ausweisen und für die Wald- und Wildtierforschung (insbesondere für Waldinsekten, Waldvögel)
201 reservieren. Weiterhin treten wir dafür ein, dass der gesetzliche Biotopschutz ausgeweitet wird, damit die
202 Inseln der Artenvielfalt in unserer Landschaft wirksam geschützt werden.

203 **Illegale Müllberge beseitigen**

204 Skrupellose Müllhändler, die sich auf Kosten der Umwelt und der Steuerzahler*innen bereichern, richten
205 durch illegale Müllablagerungen enormen Schaden im Land an. Diese Art der Umweltkriminalität macht
206 über undurchsichtige Firmengeflechte Millionengewinne. Weit über 100 solcher illegalen Lager sind
207 inzwischen bekannt, allein 2017 kamen sechs neue hinzu. In den meisten Fällen ist die Gefährdungslage
208 unbekannt. An mehreren Standorten ist das Grundwasser nachweislich belastet.

209 Wir wollen detaillierte Untersuchungen aller illegalen Müllablagerungen, um anhand einer
210 Gefahrenabschätzung deren Beräumungen priorisieren zu können. Bestehende Müllunternehmen müssen
211 künftig strenger kontrolliert werden. Durch Änderung der Bundesgesetze wollen wir erreichen, dass
212 unzuverlässige Unternehmen mit dubiosen Praktiken keine neuen Anlagen genehmigt bekommen. Vor der
213 Inbetriebnahme neuer Abfallanlagen sollen ausreichend hohe Sicherheitsleistungen von den Betreibern
214 hinterlegt werden, die notfalls für entstehende Entsorgungs- und Sanierungsmaßnahmen herangezogen
215 werden können. Wie wollen die Steuerzahler nicht für Altlasten aufkommen lassen müssen.

216 Langfristig ist die Vermeidung von Müll die beste Strategie gegen illegalen Müll. Wir setzen uns daher für
217 eine Wirtschaftsweise ein, die ressourcenschonend und in Kreisläufen arbeitet. Gerade die Vermüllung
218 unserer Natur mit Plaste gehört zu den größten globalen Umweltkrisen. Wir wollen einen Aktionsplan
219 gegen Plastemüll ins Leben rufen. Dafür gibt es bereits viele Initiativen: Pfandsysteme für Kaffeebecher,
220 Mehrwegbeutel aus Stoff und Refill-Stationen für Wasserflaschen. Einweggeschirr und –besteck wollen wir
221 vom Markt verdrängen. Supermärkte wollen wir anregen, auf Plasteschalen oder Folien etwa für Obst und
222 Gemüse zu verzichten und kompostierbare Tüten, z. B. aus Maisstärke, anzubieten. Für Lieferanten schlagen
223 wir wiederverwendbare Verpackungen und Kisten vor. Wir setzen uns für einen verantwortungsbewussten
224 Umgang mit Folien in der Landwirtschaft ein und wollen den Gebrauch deutlich reduzieren. Ein
225 Unterpflügen tolerieren wir nicht. Wir unterstützen die Einrichtung von Repair-
226 Cafés und kommunalen Gebrauchtwarenläden.

227 Wir wollen das Land Brandenburg zum Vorreiter in der Entwicklung von abbaubarem Plaste machen. Mit
228 2,5 Millionen EUR unterstützt das Land ein Forschungsprojekt am Potsdamer Fraunhofer-Institut für
229 Polymerforschung, das gerade zu 100 Prozent abbaubares Plaste entwickelt. Das wollen wir intensivieren.

230 Die Einführung einer kommunalen Verbrauchssteuer auf Plastikprodukte wollen wir prüfen. Unser Ziel ist
231 eine echte Kreislaufwirtschaft, in der keine Ressourcen verloren gehen. Auf allen Ebenen, im Bund, der
232 Europäische Union und bei den Vereinten Nationen, brauchen wir verbindliche Aktionspläne und Verbote
233 für bestimmte Artikel aus Einwegplaste.

1.3-A (Projekt) Unser Countdown für mehr Naturschutz

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen Lebensraumverluste und den Schwund der Artenvielfalt, wie das Insektensterben, stoppen. Der
2 industrialisierten konventionellen Landwirtschaft, der Zerschneidung von Natur und Landschaft durch
3 immer neue Straßen und ausufernde Siedlungsgebiete, der Aushöhlung der Naturschutzgesetze, der
4 Vernachlässigung von Schutzgebieten, dem Zurückweichen vor den Nutzungsinteressen einzelner
5 Landnutzer zu Lasten der Allgemeinheit, dem Rückbau des Naturschutzes unter der rot-roten
6 Landesregierung setzen wir dafür unser bündnisgrünes Konzept entgegen: In den nächsten fünf Jahren
7 wollen wir den Personalabbau der letzten zehn Jahre im Naturschutz rückgängig machen. Die
8 Naturschutzstationen und Großschutzgebiets-verwaltungen wollen wir wieder arbeitsfähig machen und
9 ausbauen. Den Flächenschutz wollen wir ausweiten und vorantreiben. Den ehrenamtliche Naturschutz
10 wollen wir wieder stärken und das Widerspruchsrecht der Naturschutzbeiräte wiederherstellen.
- 11 Als feste Zielgrößen wollen wir u.a.:
- 12 100 % des Landeswaldes lassen wir nach den Regeln des FSC ökologisch zertifizieren.
13 20 % der Landwirtschaftsfläche machen wir durch Ökolandbau pestizidfrei.
14 10 % der Landesfläche erklären wir zum landesweiten Biotopverbund.
15 2 % der Landesfläche machen wir als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei.
16 1 % der Waldflächen weisen wir rechtssicher als Naturwaldzellen aus und reservieren sie für die Wald- und
17 Wildtierforschung (insbesondere Waldinsekten, Waldvögel).
18 0 % erlauben wir Anbau und Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft.

Beschluss

(Projekt) Unser Countdown für mehr Naturschutz

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen Lebensraumverluste und den Schwund der Artenvielfalt, wie das Insektensterben, stoppen. Der
- 2 industrialisierten konventionellen Landwirtschaft, der Zerschneidung von Natur und Landschaft durch
- 3 immer neue Straßen und ausufernde Siedlungsgebiete, der Aushöhlung der Naturschutzgesetze, der
- 4 Vernachlässigung von Schutzgebieten, dem Zurückweichen vor den Nutzungsinteressen einzelner
- 5 Landnutzer zu Lasten der Allgemeinheit, dem Rückbau des Naturschutzes unter der rot-roten
- 6 Landesregierung setzen wir dafür unser bündnisgrünes Konzept entgegen: In den nächsten fünf Jahren
- 7 wollen wir den Personalabbau der letzten zehn Jahre im Naturschutz rückgängig machen. Die
- 8 Naturschutzstationen und Großschutzgebiets-verwaltungen wollen wir wieder arbeitsfähig machen und
- 9 ausbauen. Den Flächenschutz wollen wir ausweiten und vorantreiben. Den ehrenamtliche Naturschutz
- 10 wollen wir wieder stärken und das Widerspruchsrecht der Naturschutzbeiräte wiederherstellen.
- 11 Als feste Zielgrößen wollen wir u.a.:
- 12 100 % des Landeswaldes lassen wir nach den Regeln des FSC ökologisch zertifizieren.
- 13 25 % der Landwirtschaftsfläche machen wir durch Ökolandbau pestizidfrei.
- 14 10 % der Landesfläche erklären wir zum landesweiten Biotopverbund.
- 15 2 % der Landesfläche machen wir als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei.
- 16 1 % der Waldflächen weisen wir rechtssicher als Naturwaldzellen aus und reservieren sie für die Wald- und
- 17 Wildtierforschung (insbesondere Waldinsekten, Waldvögel).
- 18 0 % erlauben wir Anbau und Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft.

1.3-B (Projekt) Großschutzgebiete zu Modellregionen der Nachhaltigkeit machen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Unser Ziel ist Biosphärenreservate und Naturparke bei der Landnutzung und Regionalentwicklung zu
2 Modellregionen der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Wir wollen ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele
3 modellhaft durch die Kombination von Stärkung des Naturtourismus, ökologischer Landwirtschaft, Schutz
4 der Hotspots der biologischen Vielfalt, regionaler Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher
5 Produkte, regionaler Wirtschaftsräume und Stadt-Land-Partnerschaften zusammenführen. Dadurch werden
6 sowohl die regionale Wirtschaftskraft als auch die Lebensqualität im ländlichen Raum gestärkt. Dazu ist
7 eine adäquate Personalausstattung der Biosphärenreservatsverwaltungen mit zwölf bis fünfzehn Stellen
8 und der Naturparkverwaltungen mit mindestens fünf Stellen nach den Standards und Empfehlungen von
9 UNESCO-MAB-Nationalkomitee, EUROPARC, Verband Deutscher Naturparke und Bundesamt für Naturschutz
10 nötig. Die Zuwendungen an die Stiftung Naturschutzfonds wollen wir so erhöhen, dass die
11 Stellen der Naturwacht in den Großschutzgebieten in Abhängigkeit von Flächengröße und Komplexität der
12 jeweiligen Großschutzgebiete erhöht werden können. Die Großschutzgebiete wollen wir wieder in einer
13 organisatorischen Einheit mit fachlich-strategischer Koordinierung im Geschäftsbereich
14 Umwelt/Landwirtschaft zusammenführen. Im Rahmen europäischer Fördergelder richten wir Programme
15 zur gezielten nachhaltigen Entwicklung dieser Modellregionen im „Entwicklungsprogramm für den
16 ländlichen Raum in Brandenburg und Berlin (EPLR)“ aus.

Beschluss

(Projekt) Großschutzgebiete zu Modellregionen der Nachhaltigkeit machen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Unser Ziel ist Biosphärenreservate und Naturparke bei der Landnutzung und Regionalentwicklung zu
2 Modellregionen der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Wir wollen ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele
3 modellhaft durch die Kombination von Stärkung des Naturtourismus, ökologischer Landwirtschaft, Schutz
4 der Hotspots der biologischen Vielfalt, regionaler Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher
5 Produkte, regionaler Wirtschaftsräume und Stadt-Land-Partnerschaften zusammenführen. Dadurch werden
6 sowohl die regionale Wirtschaftskraft als auch die Lebensqualität im ländlichen Raum gestärkt. Dazu ist
7 eine adäquate Personalausstattung der Biosphärenreservatsverwaltungen mit zwölf bis fünfzehn Stellen
8 und der Naturparkverwaltungen mit mindestens fünf Stellen nach den Standards und Empfehlungen von
9 UNESCO-MAB-Nationalkomitee, EUROPARC, Verband Deutscher Naturparke und Bundesamt für Naturschutz
10 nötig. Die Zuwendungen an die Stiftung Naturschutzfonds wollen wir so erhöhen, dass die
11 Stellen der Naturwacht in den Großschutzgebieten in Abhängigkeit von Flächengröße und Komplexität der
12 jeweiligen Großschutzgebiete erhöht werden können. Die Großschutzgebiete wollen wir wieder in einer
13 organisatorischen Einheit mit fachlich-strategischer Koordinierung im Geschäftsbereich
14 Umwelt/Landwirtschaft zusammenführen. Im Rahmen europäischer Fördergelder richten wir Programme
15 zur gezielten nachhaltigen Entwicklung dieser Modellregionen im „Entwicklungsprogramm für den
16 ländlichen Raum in Brandenburg und Berlin (EPLR)“ aus. Das Vorhaben, die Naturparke Niederlausitzer
17 Heidellandschaft und Niederlausitzer Landrücken zu einem Biosphärenreservat weiterzuentwickeln
18 unterstützen wir weiterhin.

1.3-C (Projekt) Für natürliche Flüsse und eine Klare Spree

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen unsere Flüsse in einen besseren ökologischen Zustand bringen, sie vor weiteren
- 2 Verschlechterungen bewahren und vorbeugenden Hochwasserschutz betreiben. Dafür wollen wir den
- 3 Flüssen ausreichend Raum geben. Überschwemmungsgebiete wollen wir nicht weiter für Ackerbau und
- 4 Neubau zur Verfügung stellen, stattdessen wollen wir dort extensive Landnutzungen fördern.
- 5 Altwasserarme und Auengebiete wollen wir wieder reaktivieren und an die natürliche Dynamik ihrer Flüsse
- 6 anschließen. Auf diese Weise wollen wir der Elbe, der Schwarzen Elster und der Havel langfristig ihre
- 7 natürlichen Formen zurückgeben. Einen Ausbau von Oder oder Elbe lehnen wir ab. Damit wollen wir auch
- 8 den zunehmenden Extremwetterereignissen durch den Klimawandel begegnen: Bei Hochwasser gibt es
- 9 mehr Raum für Retention und Versickerung, bei Trockenheit wird der Abfluss verlangsamt.
- 10 Um die Spree vor einer steigenden Sulfat- und Eisenockerbelastung zu schützen, wollen wir einen
- 11 Masterplan mit konkreten Zielen, Maßnahmen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten vorlegen. Für die
- 12 Braunkohletagebaue wollen wir strenge Einleitwerte für Eisen und Sulfat einführen. Die Vorsperre Bühlow
- 13 und die Talsperre Spremberg wollen wir regelmäßig beräumen lassen, um auch in Hochwassersituationen
- 14 das Weiterfließen des Eisenockerschlamms zu verhindern. Eine Verklappung des Eisenschlammes in anderen
- 15 stehenden Gewässern lehnen wir ab und streben eine Deponierung oder eine Wiedernutzung des darin
- 16 enthaltenen Eisens ein.

Beschluss

(Projekt) Für natürliche Flüsse und eine Klare Spree

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen unsere Flüsse in einen besseren ökologischen Zustand bringen, sie vor weiteren
- 2 Verschlechterungen bewahren und vorbeugenden Hochwasserschutz betreiben. Dafür wollen wir den
- 3 Flüssen ausreichend Raum geben. Überschwemmungsgebiete wollen wir nicht weiter für Acker- und
- 4 Siedlungsbau zur Verfügung stellen, stattdessen wollen wir dort extensive Landnutzungen fördern.
- 5 Altwasserarme und Auengebiete wollen wir wieder reaktivieren und an die natürliche Dynamik ihrer Flüsse
- 6 anschließen. Auf diese Weise wollen wir der Elbe, der Schwarzen Elster und der Havel langfristig ihre
- 7 natürlichen Formen zurückgeben. Einen Ausbau von Oder oder Elbe lehnen wir ab. Damit wollen wir auch
- 8 den zunehmenden Extremwetterereignissen durch den Klimawandel begegnen: Bei Hochwasser gibt es
- 9 mehr Raum für Retention und Versickerung, bei Trockenheit wird der Abfluss verlangsamt.
- 10 Um die Spree vor einer steigenden Sulfat- und Eisenockerbelastung zu schützen, wollen wir einen
- 11 Masterplan mit konkreten Zielen, Maßnahmen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten vorlegen. Für die
- 12 Braunkohletagebaue wollen wir strenge Einleitwerte für Eisen und Sulfat einführen. Die Vorsperre Bühlow
- 13 und die Talsperre Spremberg wollen wir regelmäßig beräumen lassen, um auch in Hochwassersituationen
- 14 das Weiterfließen des Eisenockerschlamms zu verhindern. Eine Verklappung des Eisenschlammes in anderen
- 15 stehenden Gewässern lehnen wir ab und streben eine Deponierung oder eine Wiedernutzung des darin
- 16 enthaltenen Eisens an.

Beschluss

1.3 Schützen, was uns am Leben hält: Umwelt- und Naturschutz

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir wollen an die Politik der ersten Jahre unseres Bundeslandes nach 1990 anknüpfen und wieder zum
2 bundesweit beachteten Vorbild einer natur- und umweltverträglichen Regionalentwicklung werden. Die
3 Lebensraumverluste und den damit verbundenen gravierenden Schwund der Artenvielfalt wollen wir
4 stoppen. Industrialisierte konventionelle Landwirtschaft, Zerschneidung von Natur und Landschaft durch
5 immer neue Straßen und ausufernde Siedlungsgebiete, Aushöhlung der Naturschutzgesetze,
6 Vernachlässigung von Schutzgebieten, Zurückweichen vor den Nutzungsinteressen einzelner Landnutzer zu
7 Lasten der Allgemeinheit – dem Rückbau des Naturschutzes durch Rot-Rot setzen wir unser grünes
8 Konzept entgegen.

9 Wir wollen den Personalabbau in der Landes-Naturschutzverwaltung umkehren. Den Naturschutz im
10 Geschäftsbereich des Umweltministeriums wollen wir personell so aufstellen, dass die Behörden den
11 gewachsenen Anforderungen aufgrund von EU-Richtlinien und anderen gesetzlichen Grundlagen gerecht
12 werden können. Die Biosphärenreservate und Naturparke wollen wir zu Modellregionen für eine
13 nachhaltige Landnutzung und Naturtourismus entwickeln. Unsere Wälder wollen wir komplett ökologisch
14 bewirtschaften, unsere Seen und Flüsse in einen besseren ökologischen Zustand bringen und der
15 Artenvielfalt den Schutz besorgen, den sie benötigt. Illegale Müllablagerungen wollen wir systematisch
16 beseitigen.

17

18 **Unser Countdown für mehr Naturschutz**

19 In den nächsten fünf Jahren wollen wir unter anderem:

20 - 100 % des Landeswaldes nach den Regeln des FSC ökologisch zertifizieren lassen

21 - 25 % der Landwirtschaftsfläche pestizidfrei machen - durch ökologische Landwirtschaft (bisher 11%)

22 - 10 % der Landesfläche zum landesweiten Biotopverbund erklären (z. B. Hecken, durchgängige Bachläufe,
23 Wanderungskorridore für bedrohte Arten und als grüne Adern in der Landschaft);

24 - 2 % der Landesfläche als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei machen;

25 - 1 % der Waldflächen rechtssicher als Naturwaldzellen ausweisen und für die Wald- und Wildtierforschung
26 (insbesondere Waldinsekten, Waldvögel) reservieren.

27 - 0 % Anbau und Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft

28 **Brandenburger Großschutzgebiete zu Modellregionen der Nachhaltigkeit entwickeln**

29 Brandenburg hatte 1990 das im Einigungsvertrag festgeschriebene Erbe des Nationalparkprogramms
30 angetreten und dieses „Tafelsilber der Deutschen Einheit“ in den ersten Legislaturperioden zu einem
31 bundesweit vorbildlichen Großschutzgebietsystem aus dem Nationalpark Unteres Odertal, 3

32 Biosphärenreservaten und 11 Naturparks entwickelt. Der so geschützte Naturreichtum ist seither auch

33 die Basis des touristischen Erfolgs des Landes.

34

35 Allerdings wurde ab 2003 schrittweise mit dem Abbau der zuständigen Verwaltungen und der Naturwacht
36 begonnen. Zuletzt wurde im April 2018 die Abteilung Großschutzgebiete im Landesamt für Umwelt
37 aufgelöst und die zentrale Koordinierung abgeschafft. Die Stellenausstattung der Biosphärenreservate
38 wurde halbiert. Damit können auch immer weniger Drittmittel aus Naturschutzprogrammen in die
39 Regionen geholt werden. Hinzu kommt der massive Abbau der Naturwacht. Die Sparmaßnahmen haben
40 dazu geführt, dass besonders in den größeren Schutzgebieten die Naturwacht kaum noch in der Fläche
41 präsent ist.

42 Unser Ziel ist es Biosphärenreservate und Naturparke bei der Landnutzung und Regionalentwicklung zu
43 Modellregionen der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Wir wollen ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele
44 modellhaft durch die Kombination von Stärkung des Naturtourismus, ökologischer Landwirtschaft, Schutz
45 der Hotspots der biologischen Vielfalt, regionaler Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher
46 Produkte, regionaler Wirtschaftsräume und Stadt-Land-Partnerschaften zusammenführen. Dadurch werden
47 sowohl die regionale Wirtschaftskraft als auch die Lebensqualität im ländlichen Raum gestärkt. Dazu ist
48 eine adäquate Personalausstattung der Biosphärenreservatsverwaltungen mit zwölf bis fünfzehn Stellen
49 und der Naturparkverwaltungen mit mindestens fünf Stellen nach den Standards und Empfehlungen von
50 UNESCO-MAB-Nationalkomitee, EUROPARC, Verband Deutscher Naturparke und Bundesamt für Naturschutz
51 nötig. Die Zuwendungen an die Stiftung Naturschutzfonds wollen wir so erhöhen, dass
52 die Stellen der Naturwacht in den Großschutzgebieten in Abhängigkeit von Flächengröße und Komplexität
53 der jeweiligen Großschutzgebiete erhöht werden können. Die Großschutzgebiete sind wieder in einer
54 organisatorischen Einheit mit fachlich-strategischer Koordinierung im Geschäftsbereich
55 Umwelt/Landwirtschaft zusammen zu führen. Im Rahmen europäischer Fördergelder richten wir Programm
56 zur gezielten nachhaltigen Entwicklung dieser Modellregionen im „Entwicklungsprogramm für den
57 ländlichen Raum in Brandenburg und Berlin (EPLR)“ aus.

58 **Wald und Forstwirtschaft nachhaltiger gestalten**

59 Mit einem Anteil von 37 Prozent an der Gesamtfläche des Landes, bieten die Wälder Brandenburgs ein
60 einzigartiges ökologisches Potential. Doch leider sind diese wenig vielfältig. Fast drei Viertel der
61 Waldbestände werden von monotonen Kiefernforsten dominiert, die hinsichtlich der
62 Grundwasserneubildung und der Artenvielfalt große Defizite aufweisen. In Zeiten des Klimawandels
63 offenbart sich die Anfälligkeit dieser Forsten gegenüber Umwelteinflüssen in besonderer Weise.
64 Waldbrände haben zuletzt ein dramatisches Ausmaß angenommen, die Massenvermehrung von
65 Schadinsekten wird weiter begünstigt und Sturmschäden sind immens hoch. Wenn sich die klimatischen
66 Extreme häufen, wird der Umgang mit dem Wald in Zukunft von noch größerer Bedeutung sein.

67 Deshalb setzen wir uns für eine Forcierung des Waldumbaus hin zu standortangepassten, möglichst
68 artenreichen Mischwäldern ein. Damit wollen wir die Neubildung von unbelastetem Grundwasser unter
69 Waldflächen und die Funktion der Wälder für das Lokalklima fördern, die Biologische Vielfalt in den
70 Wäldern erhöhen und gleichzeitig die Attraktivität der Wälder für die Naherholung steigern. Für das
71 Vorantreiben einer ambitionierten Waldumbau-Strategie der Landesforstverwaltung in privaten und
72 öffentlichen Forsten wollen wir die notwendigen Mittel bereitstellen. Dabei setzen wir auf die
73 Waldbesitzer*innen, die Wirtschaft und den Landesforst. Durch Beratung und Vernetzung wollen wir die
74 wirtschaftliche Nutzung von Brandenburger Holz auch jenseits von Parkettfabriken attraktiv machen. Wir
75 setzen uns dafür ein, dass der Landesbetrieb Forst handlungsfähig bleibt und nicht weiter kaputtgespart
76 wird.

77 Dabei muss der Landeswald zum Vorbild für die von uns geforderte nachhaltige Entwicklung werden und
78 vollständig FSC-Siegel zertifiziert (Forest Stewardship Council für nachhaltige Forstwirtschaft) werden. Wir
79 wollen die zur Privatisierung vorgesehenen Waldflächen des Preußenvermögens und die Liegenschaften
80 der ehemaligen Sowjettruppen dem Landesbetrieb Forst übertragen. Weiterhin wollen wir das Jagdrecht
81 novellieren, die Zahl der jagbaren Arten deutlich reduzieren und dabei die Jagd auf Vögel beenden.
82 Fütterung von Wildtieren werden wir verbieten. Ziel der Jagd muss eine effektive Begrenzung der

83 Populationsdichten von Schwarz-, Reh-, Dam- und Rotwild sein, um Fraßschäden zu verringern und eine
84 natürliche Erneuerung des Waldes zu ermöglichen. Die Mindestanforderungen an die sogenannte gute
85 fachliche Praxis in der Forstwirtschaft wollen wir im Landeswaldgesetz verankern. Fördermittel sollen nur
86 noch für über die in diesem Gesetz formulierten Mindestansprüche hinausgehenden Leistungen
87 ausgereicht werden. Zusammenschlüsse von Kleinwaldbesitzern in Form von Forstbetriebsgemeinschaften
88 begrüßen wir, sie sollen durch kostengünstige Beratung unterstützt werden. Im Landeswaldgesetz wollen
89 wir zudem eine differenzierte Bewirtschaftung von Kleinwaldflächen in dicht besiedelten Gemeinden
90 festlegen und klare Verfahrensregeln zur Anlage und Sicherung von Schutz- und Erholungswäldern
91 definieren.

92

93 **Den Baum im Dorf lassen und Alleen schützen**

94 Landschafts-, dorf- und stadtbildprägende Einzelbäume und Baumreihen dürfen nicht verloren gehen - wir
95 wollen sie gesetzlich besonders schützen. Alleebäume, die aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt
96 werden mussten, sollen im Verhältnis 2:1 innerhalb eines Jahres nach der Fällung neu gepflanzt werden.
97 Den derzeit geschrumpften Bestand an Alleebäumen möchten wir nicht nur erhalten sondern auch mit
98 neuen Alleen weiter ausbauen. Wir wollen auch wieder eine landesweit gültige Baumschutzsatzung
99 etablieren.

100 **Unsere Seen, Flüsse und Bäche in einen guten ökologischen Zustand bringen**

101 Von den 190 Brandenburger Seen mit einer Wasserfläche von mehr als 50ha sind nur 24 in einem guten
102 oder sehr guten ökologischen Zustand. Der überwiegende Teil weist hingegen eine mäßige bis schlechte
103 Qualität auf. Um die Seen vor weiteren Verunreinigungen vor allem durch Pestizide und Dünger zu
104 schützen, wollen wir an allen Gewässern Randstreifen mit einer ausreichenden Breite festlegen. Diese
105 schützen nicht nur das Wasser unserer Seen und Flüsse vor Giften und Dünger und stärken den
106 Biotopverbund, sondern helfen auch die Artenvielfalt zu erhalten und die Landschaft zu verschönern. Die
107 Kriterien für die regelmäßigen Untersuchungen der Badegewässer wollen wir überprüfen und wo immer
108 sinnvoll ausweiten. Die Zahl der automatisierten Messstellen zur Erfassung der Belastung der
109 Oberflächengewässer mit Nitrat wollen wir erhöhen. Darüber hinaus wollen wir entschiedene Maßnahmen
110 zur Verringerung des Nitrat-, Pestizid- und Antibiotikaeintrages ergreifen. Viele Seen in Brandenburg sind
111 von einem
112 sinkenden Wasserspiegel betroffen. In der Lausitz geht dies auch auf die Grundwasserabsenkungen des
113 Tagebaubetreibers zurück. Auch auf unseren Druck hin wurde der Tagebaubetreiber zu
114 Ausgleichseinleitungen und Wassereinleitungen an einigen Seen verpflichtet. Wir kämpfen für weitere
115 Maßnahmen gegen den Wasserverlust und die Regenierung der betroffenen Seen und Moore.

116 Es gibt besorgniserregende Ausbaupläne für mehrere Brandenburger Flüsse. Für die Oder wird unter dem
117 Deckmantel der Sicherstellung einer Mindesttiefe für Eisbrecherfahrten zum Hochwasserschutz ein
118 massiver Ausbau vorangetrieben. An der Elbe wird trotz eines Ausbaustopps, den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
119 auf der Bundesebene 2002 durchgesetzt haben, seit über zehn Jahren kontinuierlich gebaut. Deren Ziel ist
120 es, eine nahezu ganzjährige Fahrtiefe von 1,60 Meter zwischen Geesthacht und Dresden zu gewährleisten.
121 Doch die damit verbundenen großen Hoffnungen für die Güterschifffahrt haben sich nicht erfüllt, die
122 Befestigungsmaßnahmen an den Ufern und die Einbringung von Buhnen führen lediglich zu einer
123 stärkeren Strömung und der voranschreitenden Erosion des Flussbetts. Damit trocknen die Flussauen bei
124 mittleren und niedrigen Wasserständen aus und wertvolle Feuchtwiesen gehen verloren, Auwälder werden
125 beeinträchtigt. Solche Entwässerungs-tendenzen werden an allen ausgebauten und begradigten Flüssen
126 beobachtet.

127 Wir wollen unsere Bäche und Flüsse entsprechend der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie in einen
128 besseren ökologischen Zustand bringen, sie vor weiteren Verschlechterungen bewahren und vorbeugenden
129 Hochwasserschutz betreiben. Dafür möchten wir den Flüssen ausreichend Raum geben.
130 Überschwemmungsgebiete sollen nicht weiter für Acker- und Siedlungsbau zur Verfügung stehen,
131 stattdessen wollen wir hier extensive Landnutzungen fördern. Altwasserarme und Auengebiete wollen wir

132 reaktivieren und wieder an die natürliche Dynamik ihrer Flüsse anschließen. Auf diese Weise möchten wir
133 die Auen der Elbe, der Schwarzen Elster, der Spree und der Havel langfristig naturnah entwickeln. Wir
134 werden keinen weiteren Ausbau unserer Flüsse zulassen. Oder und Elbe müssen als freifließende
135 Flüsse ohne (weitere) Staustufen erhalten bleiben. Damit begegnen wir auch den zunehmenden
136 Extremwetterereignissen, wie z.B. längere regenarme Zeiten, höhere Temperaturen und
137 Extremniederschläge: Bei Hochwasser gibt es
138 schließlich mehr Raum für Retention und Versickerung, bei Trockenheit wird so der Wasserrückhalt
139 gefördert.

140 Die Folgen des Braunkohlenbergbaus in der Lausitz schlagen sich seit ca. zehn Jahren in der Belastung der
141 Spree und vieler ihrer Zuflüsse mit Eisenhydroxid und Sulfat nieder. Das lebensfeindliche Eisenhydroxid
142 verschlammt Ufer und Gewässersohle und vernichtet so wertvolle Lebensräume. Die Ockerfrachten haben
143 bisher viele Kilometer Fließgewässer verodet und bedrohen nun mit dem Spreewald nicht nur ein
144 UNESCO-Biosphärenreservat mit wertvollen FFH-Gebieten (Fauna-Flora-Habitat EU-Richtlinie), sondern
145 auch eine wichtige Tourismusregion. Insbesondere die Probleme mit der Talsperre Spremberg sind nicht
146 ansatzweise gelöst. Die Anreicherung mit Eisenocker findet stetig statt und bildet ein ungeheures
147 Gefährdungspotential, das mit einem der nächsten großen Hochwässer zum ökologischen Kollaps im
148 Spreewald führen kann. Der hohe Sulfatgehalt des Spreewassers stammt zu 65 % aus dem aktiven
149 Braunkohlentagebau und bedroht mittlerweile sogar die Versorgung mit sauberem Trinkwasser von Berlin,
150 der
151 Städte Frankfurt (Oder) und Lübbenau sowie deren Umland. Da ein Herausfiltern des Sulfats nicht möglich
152 ist, kommt als einzige Gegenmaßnahme die Verdünnung des Spreewassers mit unbelastetem Wasser in
153 Frage, welches wiederum in der angespannten Wassersituation im Einzugsgebiet der Spree selbst knapp
154 ist.

155 Um die Spree vor einer steigenden Sulfat- und Eisenockerbelastung zu schützen, legen wir einen
156 Masterplan mit konkreten Zielen, Maßnahmen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten vor. Für die
157 Braunkohletagebaue führen wir strenge Einleitwerte für Eisen und Sulfat ein. Die Vorsperre Bühlow und
158 die Talsperre Spremberg wollen wir regelmäßig beräumen lassen, um auch in Hochwassersituationen das
159 Weiterfließen des Eisenoockerschlamms zu verhindern. Eine Verklappung des Eisenschlamms in anderen
160 stehenden Gewässern lehnen wir ab. In Zusammenarbeit mit der lokalen Bürgerinitiative konnten wir die
161 Entsorgung Eisenhydroxidschlamm im Altdöberner See verhindern. Wir streben eine Deponierung oder
162 eine Wiedernutzung des darin enthaltenen Eisens an.

163 164 **Umgang mit Wasser an den Klimawandel anpassen**

165
166 Mit der Temperaturhöhung, der Verlängerung der Vegetationsperiode und einer unvorteilhaften
167 Umverteilung der Niederschlagsmengen im Jahresverlauf sendet der Klimawandel seine Vorboten. Der
168 Hitzesommer 2018 führte zu extrem niedrigen Wasserständen in der Landschaft und im Grundwasser.
169 Bereits jetzt führt der Wassermangel zu Konflikten um die Wassernutzung zwischen Landwirtschaft,
170 Naturschutz, Schifffahrt, Tourismus und Gewässeranliegern. Neben ausgeprägten Trockenzeiten werden
171 künftig auch lokale Extremniederschläge mit Überflutungen, Sturm und Hagel vermehrt auftreten und an
172 Intensität zunehmen, wie dies just ein Jahr vor dem Hitzesommer in Teilen des Landes zu beobachten war.
173 Davon betroffen sind insbesondere die Land- und Forstwirtschaft, aber auch alle anderen Land- und
174 Gewässernutzer bis hin zum Gartenbesitzer.

175
176 Wir wollen ein Gesamtkonzept zur Anpassung an den Klimawandel im Politikfeld Wasser erarbeiten. Dazu
177 wollen wir eine gesamtgesellschaftliche Debatte zum Gemeingut Wasser führen, um das
178 Problembewusstsein für das Schutzgut Wasser vor dem Hintergrund des Klimawandels zu schärfen und die
179 diversen Interessenlagen, Konflikte und Lösungsmöglichkeiten auszuleuchten. Wir wollen die Akzeptanz für
180 innovative Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserhaushalts herstellen und gesellschaftlich tragfähige
181 Kompromisse erreichen. Im Umgang mit den Trockenzeiten wollen wir den Einsatz intelligenter
182 wassersparender Bewässerungssysteme in der Landwirtschaft und im Gartenbau landesweit voranbringen.

183 Es geht aber auch darum, die Grundwasserneubildung zu fördern, um die Trinkwasserversorgung, aber auch
184 die Ressourcen für die Erhaltung unserer Gewässer und Feuchtgebiete und die Bewässerungssysteme zu
185 sichern. Dazu müssen wir insbesondere den Wasserrückhalt in den Hochflächen des Landes fördern und die
186 Stauhaltungen in künstlichen Gewässersystemen ausbauen. Es geht aber künftig auch darum, schnell auf
187 lokale Starkniederschläge zu reagieren und Überflutungen von Siedlungsbereichen und
188 landwirtschaftlichen Nutzflächen in der Vegetationsperiode zu vermeiden. Wir wollen die
189 Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass landesweit in Gewässern I. und II. Ordnung intelligente
190 Steuerungssysteme für die Regulierung der Wasserstände eingesetzt werden können. Damit wollen wir die
191 Beitragskosten für die Gewässerunterhaltungsverbände trotz steigender Anforderungen an die
192 Wasserbewirtschaftung in Grenzen halten. Die Sicherung einer guten Wasser- und Gewässerqualität in den
193 Tagebaugebieten gehört eindeutig zu den Tagesaufgaben. Die erforderlichen Maßnahmen müssen bei der
194 Berechnung der notwendigen Rücklagen des Bergbautreibenden für die Renaturierung der Tagebaugebiete
195 und die Beseitigung der Tagesaufgaben einfließen und dürfen nicht zu Lasten der Steuerzahler gehen!

196 **Moore schützen - Moorböden erhalten**

197 Das Land Brandenburg gehört zu den vier moorreichsten Bundesländern im Norddeutschen Tiefland und
198 trägt damit eine besondere Verantwortung für den Schutz der Moore. Die Moorböden müssen ihrer
199 Funktion als Wasser-, Nährstoff- und Kohlenstoffspeicher in der Landschaft gerecht werden können. Dazu
200 wollen wir das Moorschutzprogramm aufgreifen und zu einer fundierten brandenburgischen
201 Moorschutzstrategie für umfassenden Moorschutz weiterentwickeln.

202 Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die landwirtschaftliche Nutzung der Moorböden
203 an den ökologischen und Klimaschutzzielen ausgerichtet wird. Dazu wollen wir moorschonende und
204 moorerhaltende Bewirtschaftungsweisen mit geländenahen Wasserständen fördern. Hierfür wollen wir
205 sowohl die Entwicklung und den Einsatz standortangepasster Grünlandtechnik, als auch
206 Verwertungsketten von Biomasse aus nassem Moor prioritär unterstützen und fördern.

207 Torfwachstum zur Speicherung von Wasser- Nährstoffen und CO₂ wollen wir durch den Schutz der noch
208 vorhandenen naturnahen Moore und die Wiedervernässung von entwässerten Moore aktiv fördern.
209 Degradierete Moorflächen, die nicht mehr wirtschaftlich nutzbar sind, sollen – wenn dies fachlich vertretbar
210 und technisch möglich ist – wieder vernässt werden. Dazu wollen wir spezielle Projekte fördern.

211 **Artenvielfalt retten!**

212 Brandenburg bietet vielen seltenen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten eine Heimat. Um die seltenen
213 und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten zu bewahren, wollen wir das Maßnahmenprogramm „Biologische
214 Vielfalt“ zu einer echten Strategie weiterentwickeln, insbesondere ist ein Umsteuern in der Landnutzung
215 dafür zwingend erforderlich. Das Artensterben hat mittlerweile sehr viele unserer für Brandenburg
216 typischen heimischen Arten erreicht. Viele Arten auf der Roten Liste haben ihren Lebensraum in unserer
217 Kulturlandschaft. In riesigen Maisschlägen oder anderen intensiven Monokulturen finden sie keine
218 Lebensräume mehr. Arten die früher sehr häufig waren oder deren Bestände sich nach der Wende deutlich
219 erholt hatten wie Feldlerche, Kiebitz und Rotbauchunke sind seit jüngster Zeit wieder selten geworden
220 oder akut bedroht. Viele dieser Arten sind auch Indikatoren für die Qualität unserer Umwelt, ihr
221 Verschwinden sollte uns zu denken geben. Wenn wir ihnen effektiv helfen wollen müssen wir
222 nicht nur weitere Schutzgebiete einrichten, sondern insbesondere die Landnutzung umweltverträglicher
223 gestalten. Bei der Straßenpflege wollen wir erreichen, dass die Straßenrandflächen landesweit im Sinne
224 des Artenschutzes nicht mehr mit Pestiziden behandelt und die Mähzeiten entsprechend berücksichtigt
225 werden (Blühwiesen).

226 Wir werden Konflikte mit Arten wie Wolf, Biber und Kormoran, die es geschafft haben erfolgreich nach
227 Brandenburg zurück zu kehren, weder ignorieren noch populistisch ausschlichten. Wir werden mögliche
228 Konflikte, die mit Landnutzer*innen entstehen, ernst nehmen und Interessen verantwortungsvoll abwägen.
229 Dabei werden wir weder zulassen, dass geschützte Arten wieder verfolgt und ausgerottet werden noch das
230 Landnutzer*innen um ihre Existenz fürchten müssen. Das gilt insbesondere für den Wolf, der die

231 Weidetierhaltung in Brandenburg vor große Herausforderungen stellt. Hier setzen wir auf eine bessere
232 Ausstattung der Behörden für eine intensive fachlich fundierte Aufklärungsarbeit und die
233 Weiterentwicklung der bundesweit vorbildlichen Wolfsverordnung. Herdenschutzmaßnahmen wollen wir
234 zu 100 Prozentfinanzieren und weitere Maßnahmen wie Vergrämung konsequent fortentwickeln. Dabei
235 stehen wir zum Grundsatz: In letzter Konsequenz müssen Wölfe, die Menschen gefährlich geworden sind
236 oder trotz
237 Herdenschutzmaßnahmen wiederholt Weidetiere gerissen haben, entnommen werden. Die Verordnung muss
238 jedoch deutlich praxistauglicher gestaltet werden. Für vom Wolf gerissene Tiere wollen wir unbürokratisch
239 entschädigen. Die Ausrufung wolfsfreier Zonen, die Aufhebung des Schutzstatus oder eine darauf
240 abzielende Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes lehnen wir ab. Die Ehrenamtlichen
241 Wolfsbeauftragten der Landkreise, die u.a. Anlaufstellen für die Anliegen der Bürger im Umgang mit Wölfen
242 sind, wollen wir in ihrer Position stärken.

243 Wir wollen der Bildung für den nachhaltigen Schutz unserer Lebensgrundlagen einen zentralen
244 Stellenwert einräumen. Umweltbildung muss in den Kitas und Schulen beginnen und auch die Bürger mit
245 berücksichtigen. Wir wollen alle Menschen stärker für den Erhalt und Schutz unserer natürlichen
246 Lebensgrundlagen sensibilisieren. Parallel dazu muss das Brandenburger Biotopverbund-Konzept rasch
247 umgesetzt werden. Wir wollen zehn Prozent der Landesfläche zum landesweiten Biotopverbund erklären (z.
248 B. Hecken, durchgängige Bachläufe, Wanderungskorridore für Reptilien und Amphibien) und zwei Prozent
249 der Landesfläche als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei machen; indem
250 v.a. alte Waldbestände des Landeswaldes sowie rekultivierte Bergbaufolgelandschaften ihrer natürlichen
251 Entwicklung überlassen werden. Ein Prozent der Waldflächen wollen wir rechtssicher als Naturwaldzellen
252 ausweisen und für die Wald- und Wildtierforschung (insbesondere für Waldinsekten, Waldvögel)
253 reservieren. Weiterhin treten wir dafür ein, dass der gesetzliche Biotopschutz ausgeweitet wird, damit die
254 Inseln der Artenvielfalt in unserer Landschaft wirksam geschützt werden. Die Zerschneidung unserer
255 Landschaft durch Verkehrsstrassen ist ein Grund für den Artenrückgang. Wir werden darauf hinwirken, dass
256 Planungen für neue Straßen und Bahnabschnitte zwingend Überquerungshilfen auch für grössere
257 Säugetiere enthalten. Für die A 24 werden wir Planungsverfahren für mindestens zwei Wildbrücken
258 durchführen.

259 **Illegale Müllberge beseitigen**

260 Skrupellose Müllhändler, die sich auf Kosten der Umwelt und der Steuerzahler*innen bereichern, richten
261 durch illegale Müllablagerungen enormen Schaden im Land an. Diese Art der Umweltkriminalität macht
262 über undurchsichtige Firmengeflechte Millionengewinne. Weit über 100 solcher illegalen Lager sind
263 inzwischen bekannt, allein 2017 kamen sechs neue hinzu. In den meisten Fällen ist die Gefährdungslage
264 unbekannt. An mehreren Standorten ist das Grundwasser nachweislich belastet.

265 Wir wollen detaillierte Untersuchungen aller illegalen Müllablagerungen, um anhand einer
266 Gefahrenabschätzung deren Beräumungen priorisieren zu können. Bestehende Müllunternehmen müssen
267 künftig strenger kontrolliert werden. Durch Änderung der Bundesgesetze wollen wir erreichen, dass
268 unzuverlässige Unternehmen mit dubiosen Praktiken keine neuen Anlagen genehmigt bekommen. Vor der
269 Inbetriebnahme neuer Abfallanlagen sollen ausreichend hohe Sicherheitsleistungen von den Betreibern
270 hinterlegt werden, die notfalls für entstehende Entsorgungs- und Sanierungsmaßnahmen herangezogen
271 werden können. Wie wollen die Steuerzahler nicht für Altlasten aufkommen lassen müssen.

272 Langfristig ist die Vermeidung von Müll die beste Strategie gegen illegalen Müll. Wir setzen uns daher für
273 eine Wirtschaftsweise ein, die ressourcenschonend und in Kreisläufen arbeitet. Gerade die Vermüllung
274 unserer Natur mit Plaste gehört zu den größten globalen Umweltkrisen. Wir wollen einen Aktionsplan
275 gegen Plastikmüll ins Leben rufen. Dafür gibt es bereits viele Initiativen: Pfandsysteme für Kaffeebecher,
276 Mehrwegbeutel aus Stoff und Refill-Stationen für Wasserflaschen. Einweggeschirr und –besteck wollen wir
277 vom Markt verdrängen. Supermärkte wollen wir anregen, auf Plasteschalen oder Folien etwa für Obst und
278 Gemüse zu verzichten und kompostierbare Tüten, z. B. aus Maisstärke, anzubieten. Für Lieferanten schlagen
279 wir wiederverwendbare Verpackungen und Kisten vor. Wir setzen uns für einen verantwortungsbewussten

280 Umgang mit Folien in der Landwirtschaft ein und wollen den Gebrauch deutlich reduzieren. Ein
281 Unterpfügen tolerieren wir nicht. Wir unterstützen die Einrichtung von Repair-
282 Cafés und kommunalen Gebrauchtwarenläden.

283 Wir wollen das Land Brandenburg zum Vorreiter in der Entwicklung von abbaubarem Plaste machen. Mit
284 2,5 Millionen EUR unterstützt das Land ein Forschungsprojekt am Potsdamer Fraunhofer-Institut für
285 Polymerforschung, das gerade zu 100 Prozent abbaubares Plaste entwickelt. Das wollen wir intensivieren.
286 Die Einführung einer kommunalen Verbrauchssteuer auf Plasteprodukte wollen wir prüfen. Unser Ziel ist
287 eine echte Kreislaufwirtschaft, in der keine Ressourcen verloren gehen. Auf allen Ebenen, im Bund, der
288 Europäische Union und bei den Vereinten Nationen, brauchen wir verbindliche Aktionspläne und Verbote
289 für bestimmte Artikel aus Einwegplaste.

1.4. Dezentral, umweltverträglich und beteiligend: Ausbau der Erneuerbaren Energien

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Umstellung auf erneuerbare Energien bringt viele Vorteile: Weniger Umweltschäden, eine höhere
2 regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze sowie eine Verringerung der Abhängigkeit von
3 Energielieferungen aus dem Ausland. Unser Ziel ist der vollständige Umstieg auf natürliche und saubere
4 Energien. Das wollen wir mit dem besten Verhältnis von Kosten und Ertrag umsetzen und plädieren dafür,
5 dass Energie sparsam verwendet und nah am Verbrauch produziert wird. Insbesondere Wind- und
6 Solarenergie wollen wir in Brandenburg umweltverträglich, dezentral und beteiligend ausbauen. Dafür
7 müssen die Netze entsprechend angepasst und die Netzkosten gerechter verteilt werden. Die
8 Umlagekosten für erneuerbare Energien im Strompreis werden sinken. Wir wollen zudem sicherstellen,
9 dass die regionale Wertschöpfung aus erneuerbarer Energieerzeugung steigt, damit die
10 Brandenburger*innen stärker von der Energiewende profitieren.

11 Energie bestimmt unser Leben auch bei der Versorgung mit Wärme und Mobilität. Die öffentliche Hand
12 kann im ganzen Land Vorreiter für den Umstieg auf Elektromobilität und die energieeffizientesten Gebäude
13 sein. Für Landesverwaltung und -behörden konnten wir den Landtag bereits von einem Umstieg auf 100
14 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien überzeugen und streben nun auch für die Wärme eine
15 Versorgung aus Erneuerbaren an. Brandenburg besitzt die Ideen, die Investoren und die Technologien, um
16 bei sparsamem Umgang mit Energie jedem einen hohen Lebensstandard bieten zu können.

17 18 **Erneuerbare Energien ausbauen**

19 Um unser Ziel zu realisieren, benötigen wir in Brandenburg v.a. den entschlossenen weiteren Ausbau der
20 Windenergie auf zwei Prozent der Landesfläche und eine Verdopplung der bisherigen Fotovoltaikleistung.
21 Somit könnte der erneuerbare Strom auch für Verkehr und die Beheizung von Gebäuden mittels
22 Wärmepumpe zur Verfügung stehen. Das Potential der Sonnenenergie wird bei weitem noch nicht
23 ausgeschöpft. Für geeignete Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden wollen wir eine
24 Dachflächenpotenzialanalyse vorlegen und für Privathaushalte und Vermieter*innen ein Anreizprogramm
25 auflegen. Die bisher kaum genutzte Erdwärme wollen wir in der Förder- und Energiepolitik stärker
26 berücksichtigen. Sie bietet eine emissionsfreie, Tages- und Jahreszeit unabhängige Energiequelle mit wenig
27 Platzbedarf, die mit unterschiedlichen Temperaturen und Tiefenbereichen eine Vielzahl an
28 Nutzungsvarianten ermöglicht. Konflikte mit dem Denkmalschutz wollen wir pragmatisch lösen.

29 Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir nach Thüringer Vorbild eine Servicestelle zur Vergabe
30 und Kontrolle eines Qualitätssiegels „Faire Windenergie“ initiieren. Ziel der Servicestelle soll sowohl die
31 umfassende Beratung bei der Realisierung von neuen Windenergieanlagen, als auch die Klärung
32 planerischer und finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen und Kommunen sein. Aber für
33 uns ist auch klar: Akzeptanz für Windenergie kann nicht erkaufte werden, sondern benötigt einen
34 Mindestabstand von 1000 Metern zu bewohnten Gebieten und eine bessere Beteiligung und Teilhabe der
35 Anwohner*innen. Wir konnten bereits durchsetzen, dass die Regionalen Planungsgemeinschaften besser

36 ausgestattet sind. Wir wollen sie weiter darin stärken, einen ausgewogenen Interessensausgleich
37 herstellen zu können.

38 Der Wunsch, Energie aus erneuerbaren Quellen preiswert erzeugen zu wollen, muss klare Grenzen haben.
39 Deshalb haben Windenergieanlagen in Naturschutz- Großschutz- und Vogelschutzgebieten nichts zu
40 suchen. In anderen Schutzgebieten wollen wir sie nur zulassen, wenn es mit den Schutzziele vereinbar ist.
41 Bei der energetischen Biogasnutzung wollen wir den Ausbau stoppen und den Anbau von Energiepflanzen
42 generell nachhaltiger gestalten. Wir wollen durch eine mindestens dreijährige Fruchtfolge der
43 zunehmenden „Vermaisung“ der Landschaft begegnen. Um die Artenvielfalt in der Agrarlandschaft wieder
44 zu fördern, wollen wir mittel- bis langfristig den Ausstieg aus der Maisverwertung als Energieträger
45 einleiten. Nahrungsmittelproduktion und Reststoffverwertung müssen Vorrang vor der Erzeugung und
46 Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen als Energieträger haben.

47 Mit dem Ausbau der moorschonenden und moorerhaltenden Grünlandbewirtschaftung werden künftig
48 vermehrt Verwertungsmöglichkeiten für Biomasse aus nassen Mooren erforderlich werden. Wir wollen
49 Projekte unterstützen, die die Verwendung von Moor-Biomasse zur energetischen Verwertung entwickeln
50 und erproben. Beim Anbau schnell wachsender Hölzer in Agroforstsystemen und Kurzumtriebsplantagen
51 muss das Land Regelungen zur „guten fachlichen Praxis“ festlegen. Naturschutz und Energiewende müssen
52 Hand in Hand gehen. Bei der Abwägung von Standorten ist für uns die Schwere des Eingriffs in Natur und
53 Artenvielfalt entscheidend. Ein artenreicher Mischwald kann kein geeigneter Standort für
54 Windenergieanlagen sein. Ein artenarmer Kiefernstangenforst kann allerdings ein besserer Standort sein,
55 als eine artenreiche offene Landschaft. Dies gilt es stets im Einzelfall abzuwägen.

56 Die Energieerzeugung aus Wasserkraft steht im Land Brandenburg im Widerspruch zu den Vorgaben der
57 EU-Wasserrahmenrichtlinie. Wie inzwischen mehrere Studien belegen, ist das Wasserdargebot in den
58 Brandenburger Flüssen und Bächen nicht rentabel zu nutzen, wenn die Anlagen mit funktionierenden
59 Fischwanderhilfen für den Auf- und Abstieg der Fische kombiniert werden sollen. Jede neue
60 Wasserkraftanlage stellt eine Verschlechterung für den Zustand des Gewässers dar. Deshalb soll es über
61 den Bestand hinaus keine neuen Wasserkraftanlagen im Land Brandenburg geben.

62 **Strom, Wärme und Mobilität vernetzen**

63 Die Erneuerbaren Energien erzeugen immer zuverlässiger und preiswerter Strom. Diese Entwicklung wird
64 sich fortsetzen. Wir wollen, dass erneuerbare Energie aus Brandenburg einen immer größeren Beitrag zur
65 Beheizung der Gebäude und zum Antrieb von Fahrzeugen leistet. Es ist bereits möglich, dass die
66 Brandenburger*innen ihre Zukunft zu 100 Prozent erneuerbar planen und genießen können. Diese
67 Entwicklung unterstützen wir Bündnisgrünen, wo es nur geht.

68 Zunächst fordern wir Investitionen in die Flexibilisierung der Nachfrage: So können Verbraucher*innen
69 Strom vermehrt zu den Zeiten nutzen, in denen er besonders günstig ist. Mit einem schrittweisen Umstieg
70 auf Elektromobilität, können neben Zügen und Straßenbahnen auch Busse und Autos mit erneuerbarer
71 Energie angetrieben werden. Brandenburg muss sich hier noch stärker für die effiziente Erzeugung und
72 Speicherung von Wärme und E-Gas aus Strom einsetzen, damit die drei Sektoren des Energieverbrauchs
73 intelligent verknüpft werden können. Dadurch kann sich in Brandenburg der Bedarf an Netzausbau und
74 Speichern deutlich verringern. Die dennoch notwendigen Investitionen schaffen Arbeitsplätze und
75 verbessern die Zukunftsfähigkeit der Brandenburger Infrastruktur. Weil Freileitungen in vielerlei Hinsicht
76 problematisch sind, wollen wir mit einem Erdkabelgesetz die Erdverkabelung zum Standard machen.

77 **Chancen der Energiewende für die Regionalwirtschaft nutzen**

78 Bei so viel Veränderung benötigt Brandenburg eine unabhängige Energieagentur, wie es sie bereits in
79 vielen anderen Bundesländern gibt. Sie muss den Bürger*innen und Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite
80 stehen. Die bestehende Energieabteilung in der Wirtschaftsförderung reicht dafür nicht aus. Gemeinden, in
81 denen Anlagen für Erneuerbare Energie errichtet werden sollen, benötigen mehr Unterstützung vom Land,
82 damit sie wirkliche Partner der Energiewende werden können. Die Wertschöpfung aus Wind- und
83 Solaranlagen muss dort verbleiben, wo die Energie erzeugt wird. Wir wollen mit einer frühzeitigeren

84 Beteiligung der Bürger*innen am Planungsprozess und mehr finanzieller Teilhabe von Stadtwerken,
85 Kommunen und Bürger*innen die ländlichen Regionen Brandenburgs deutlich stärker von den
86 Investitionen und Profiten aus dem Betrieb der Wind- und Solaranlagen profitieren lassen. Projekte zur
87 Energie in Bürgerhand sind uns wichtig und wollen wir mehr unterstützen.

88 Ebenso wollen wir den Weg für Brandenburger Bürger*innen und Unternehmen ebnen, die in erneuerbare
89 Energien und Kraft-Wärme-Kopplung investieren und ihren selbst erzeugten Strom ohne viel Bürokratie
90 selber nutzen wollen. Jede(r) Verbraucher(in) – auch alle Mieter*innen – sollen ihren selbst erzeugten
91 Strom ohne bürokratische Auflagen und Abgaben nutzen können. Schließlich entrichten wir ja auch keine
92 Steuern auf die Äpfel aus dem eigenen Garten. Ebenso kämpfen wir für bundeseinheitliche Netzentgelte,
93 damit die Kosten für den Netzausbau fair verteilt werden.

94 **Erneuerbare Energien ermöglichen Braunkohleausstieg**

95 Nach fast 20 Jahren Erneuerbare-Energien-Gesetz sind die Kosten für die erneuerbare Stromversorgung
96 unter die Kosten einer fossilen Energieversorgung gesunken. In Brandenburg stehen ca. 6.800 MW
97 Windenergie, ca. 3.379 MW Photovoltaik und ca. 420 MW Biomasse zur Verfügung. Es ist bereits gelungen,
98 deutschlandweit über 40 Prozent und in Brandenburg über 80 Prozent des Stromverbrauchs aus
99 erneuerbaren Quellen bereitzustellen. Jedoch exportiert Brandenburg über die Hälfte des hier erzeugten
100 Stroms. Statt Braunkohlestrom zu exportieren, wollen wir den schrittweisen Kohleausstieg entschlossen
101 fortsetzen, um die hohen Treibhausgasemissionen aus der Braunkohleverstromung deutlich zu reduzieren.
102 Fracking, eine stark risikobehaftete Bohrmethode, bei der Millionen Liter Wasser mit Chemikalien wie
103 Bioziden, Säuren und Korrosionsschutzmittel versetzt werden, bei der diese Chemikalien und brennbares
104 Methan in Brunnenwasser gelangen können, lehnen wir grundsätzlich ab und wollen wir verbieten.

1.4-A (Projekt) Grüne Energie: Brandenburg wird erneuerbar

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben. Dabei setzen wir auf den Dreiklang
- 2 dezentral, umweltverträglich, beteiligend. Bei Biogas sehen wir die Grenze der Umweltverträglichkeit
- 3 bereits erreicht und wollen einen weiteren Ausbau stoppen. Das Potenzial der Sonnenenergie wird
- 4 dagegen bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Für geeignete Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden
- 5 wollen wir eine Dachflächenpotenzialanalyse vorlegen und für Privathaushalte und Vermieter*innen ein
- 6 Anreizprogramm auflegen. Das bisher kaum genutzte Erdwärme-Potential wollen wir in der Förder- und
- 7 Energiepolitik stärker berücksichtigen. Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir nach
- 8 Thüringer Vorbild eine Servicestelle zur Vergabe und Kontrolle eines Qualitätssiegels „Faire Windenergie“
- 9 initiieren. Ziel der Servicestelle soll sowohl die umfassende Beratung bei der Realisierung von neuen
- 10 Windenergieanlagen als auch die Klärung planerischer und finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten für
- 11 Bürger*innen und Kommunen sein.
- 12 Die Stromproduktion aus den Erneuerbaren in Brandenburg steigt. Doch aufgrund des Überschusses an
- 13 Braunkohlestrom entstehen immer häufiger Engpässe im Übertragungsnetz, sodass insbesondere
- 14 einspeisende Windanlagen gedrosselt werden müssen. Ertüchtigung und teilweiser Ausbau der
- 15 Hochspannungsleitungen sind erforderlich. Weil Freileitungen in vielerlei Hinsicht problematisch sind,
- 16 wollen wir mit einem Erdkabelgesetz die Erdverkabelung zum Standard machen.

Beschluss

(Projekt) Grüne Energie: Brandenburg wird erneuerbar

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben. Dabei setzen wir auf den Dreiklang
- 2 dezentral, umweltverträglich, beteiligend. Bei Biogas sehen wir die Grenze der Umweltverträglichkeit
- 3 bereits erreicht und wollen einen weiteren Ausbau stoppen. Das Potenzial der Sonnenenergie wird
- 4 dagegen bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Für geeignete Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden
- 5 wollen wir eine Dachflächenpotenzialanalyse vorlegen und für Privathaushalte und Vermieter*innen ein
- 6 Anreizprogramm auflegen. Das bisher kaum genutzte Erdwärme-Potential wollen wir in der Förder- und
- 7 Energiepolitik stärker berücksichtigen. Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir nach
- 8 Thüringer Vorbild eine Servicestelle zur Vergabe und Kontrolle eines Qualitätssiegels „Faire Windenergie“
- 9 initiieren. Ziel der Servicestelle soll sowohl die umfassende Beratung bei der Realisierung von neuen
- 10 Windenergieanlagen als auch die Klärung planerischer und finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten für
- 11 Bürger*innen und Kommunen sein.
- 12 Die Stromproduktion aus den Erneuerbaren in Brandenburg steigt. Doch aufgrund des Überschusses an
- 13 Braunkohlestrom entstehen immer häufiger Engpässe im Übertragungsnetz, sodass insbesondere
- 14 einspeisende Windanlagen gedrosselt werden müssen. Ertüchtigung und teilweiser Ausbau der
- 15 Hochspannungsleitungen sind erforderlich. Weil Freileitungen in vielerlei Hinsicht problematisch sind,
- 16 wollen wir mit einem Erdkabelgesetz die Erdverkabelung zum Standard machen.

Beschluss

1.4 Dezentral, umweltverträglich und beteiligend: Ausbau der Erneuerbaren Energien

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Umstellung auf erneuerbare Energien bringt viele Vorteile: Weniger Umweltschäden, eine höhere
2 regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze sowie eine Verringerung der Abhängigkeit von
3 Energielieferungen aus dem Ausland. Unser Ziel ist der vollständige Umstieg auf natürliche und saubere
4 Energien. Das wollen wir mit dem besten Verhältnis von Kosten und Ertrag umsetzen und plädieren dafür,
5 dass Energie sparsam verwendet und nah am Verbrauch produziert wird. Insbesondere Wind- und
6 Solarenergie wollen wir in Brandenburg umweltverträglich, dezentral und beteiligend ausbauen. Dafür
7 müssen die Netze entsprechend angepasst und die Netzkosten gerechter verteilt werden. Die
8 Umlagekosten für erneuerbare Energien im Strompreis werden sinken. Wir wollen zudem sicherstellen,
9 dass die regionale Wertschöpfung aus erneuerbarer Energieerzeugung steigt, damit die
10 Brandenburger*innen stärker von der Energiewende profitieren.

11 Energie bestimmt unser Leben auch bei der Versorgung mit Wärme und Mobilität. Die öffentliche Hand
12 kann im ganzen Land Vorreiter für den Umstieg auf Elektromobilität und die energieeffizientesten Gebäude
13 sein. Für Landesverwaltung und -behörden konnten wir den Landtag bereits von einem Umstieg auf 100
14 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien überzeugen und streben nun auch für die Wärme eine
15 Versorgung aus Erneuerbaren an. Brandenburg besitzt die Ideen, die Investoren und die Technologien, um
16 bei sparsamem Umgang mit Energie jedem einen hohen Lebensstandard bieten zu können.

17 18 **Erneuerbare Energien ausbauen**

19 Um unser Ziel zu realisieren, benötigen wir in Brandenburg v.a. den entschlossenen weiteren Ausbau der
20 Windenergie auf zwei Prozent der Landesfläche und eine Verdopplung der bisherigen Fotovoltaikleistung.
21 Ende 2020 fallen die ersten Windkraftanlagen aus der EEG Förderung und müssen dann beweisen, dass
22 Windkraft auch unter veränderten Rahmenbedingungen am Markt bestehen kann. Somit könnte der
23 erneuerbare Strom auch für Verkehr und die Beheizung von Gebäuden mittels Wärmepumpe zur Verfügung
24 stehen. Das Potential der Sonnenenergie wird bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Für geeignete
25 Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden wollen wir eine Dachflächenpotenzialanalyse vorlegen und für
26 Privathaushalte und Vermieter*innen ein Anreizprogramm auflegen. Die bisher kaum genutzte Erdwärme
27 wollen wir in der Förder- und Energiepolitik stärker berücksichtigen. Sie bietet eine emissionsfreie, Tages-
28 und Jahreszeit unabhängige Energiequelle mit wenig Platzbedarf, die mit unterschiedlichen Temperaturen
29 und Tiefenbereichen eine Vielzahl an Nutzungsvarianten ermöglicht. Konflikte mit dem Denkmalschutz
30 wollen wir pragmatisch lösen.

31 Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir nach Thüringer Vorbild eine Servicestelle zur Vergabe
32 und Kontrolle eines Qualitätssiegels „Faire Windenergie“ initiieren. Ziel der Servicestelle soll sowohl die
33 umfassende Beratung bei der Realisierung von neuen Windenergieanlagen, als auch die Klärung
34 planerischer und finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen und Kommunen sein. So wären
35 zum Beispiel Strompreisvergünstigungen, Anteilskäufe oder ein jährliche Dividende für Anwohner*innen

36 vorstellbar. Ebenso wäre auch eine Gewinnbeteiligung von Kommunen möglich, um mit dem Geld z.B. Kitas
37 und Schulen zu sanieren. Aber für uns ist auch klar: Akzeptanz für Windenergie kann nicht erkaufte werden,
38 sondern benötigt einen Mindestabstand von 1000 Metern zu bewohnten Gebieten und eine bessere
39 Beteiligung und Teilhabe der Anwohner*innen. Wir konnten bereits durchsetzen, dass die Regionalen
40 Planungsgemeinschaften besser ausgestattet sind. Wir wollen sie weiter darin stärken, einen
41 ausgewogenen Interessensausgleich herstellen zu können. Wir wollen Wege finden, die Ausgleichs- und
42 Ersatzmaßnahmen wieder unkompliziert ortsnah umzusetzen.

43 Der Wunsch, Energie aus erneuerbaren Quellen preiswert erzeugen zu wollen, muss klare Grenzen haben.
44 Deshalb haben Windenergieanlagen in Naturschutz- Großschutz- und Vogelschutzgebieten nichts zu
45 suchen. In anderen Schutzgebieten wollen wir sie nur zulassen, wenn es mit den Schutzziele vereinbar ist.
46 Bei der Prüfung der Zulässigkeit von Windkraftanlagen müssen zudem die jeweils aktuellen Erkenntnisse
47 der Wissenschaft berücksichtigt werden. Daher sollen die Tierökologischen Abstandskriterien (TAK) unter
48 Berücksichtigung der Empfehlungen der jeweils aktuellen Helgoländer Liste regelmäßig fortgeschrieben
49 werden.

50 .Bei der energetischen Biogasnutzung wollen wir den Ausbau stoppen und den Anbau von Energiepflanzen
51 generell nachhaltiger gestalten. Wir wollen durch eine mindestens dreijährige Fruchtfolge der
52 zunehmenden „Vermaisung“ der Landschaft begegnen. Um die Artenvielfalt in der Agrarlandschaft wieder
53 zu fördern, wollen wir mittel- bis langfristig den Ausstieg aus der Maisverwertung als Energieträger
54 einleiten. Nahrungsmittelproduktion und Reststoffverwertung müssen Vorrang vor der Erzeugung und
55 Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen als Energieträger haben. Zudem muss die Biomasse in einem
56 vertretbaren Radius von der Biogasanlage anfallen.

57 Mit dem Ausbau der moorschonenden und moorerhaltenden Grünlandbewirtschaftung werden künftig
58 vermehrt Verwertungsmöglichkeiten für Biomasse aus nassen Mooren erforderlich werden. Wir wollen
59 Projekte unterstützen, die die Verwendung von Moor-Biomasse zur energetischen Verwertung entwickeln
60 und erproben. Beim Anbau schnell wachsender Hölzer in Agroforstsystemen und Kurzumtriebsplantagen
61 muss das Land Regelungen zur „guten fachlichen Praxis“ festlegen. Naturschutz und Energiewende müssen
62 Hand in Hand gehen. Bei der Abwägung von Standorten ist für uns die Schwere des Eingriffs in Natur und
63 Artenvielfalt entscheidend. Grundsätzlich sind wir gegen die Nutzung von Windenergie im Wald, denn ein
64 artenreicher Mischwald kann kein geeigneter Standort für Windenergieanlagen sein. Ein artenarmer
65 Kiefernstangenforst kann allerdings ein besserer Standort sein, als eine artenreiche offene Landschaft.
66 Dies gilt es stets im Einzelfall abzuwägen.

67 Die Energieerzeugung aus Wasserkraft steht im Land Brandenburg im Widerspruch zu den Vorgaben der
68 EU-Wasserrahmenrichtlinie. Wie inzwischen mehrere Studien belegen, ist das Wasserdargebot in den
69 Brandenburger Flüssen und Bächen nicht rentabel zu nutzen, wenn die Anlagen mit funktionierenden
70 Fischwanderhilfen für den Auf- und Abstieg der Fische kombiniert werden sollen. Jede neue
71 Wasserkraftanlage stellt eine Verschlechterung für den Zustand des Gewässers dar. Deshalb soll es über
72 den Bestand hinaus keine neuen Wasserkraftanlagen im Land Brandenburg geben.

73 **Strom, Wärme und Mobilität vernetzen**

74 Die Erneuerbaren Energien erzeugen immer zuverlässiger und preiswerter Strom. Diese Entwicklung wird
75 sich fortsetzen. Wir wollen, dass erneuerbare Energie aus Brandenburg einen immer größeren Beitrag zur
76 Beheizung der Gebäude und zum Antrieb von Fahrzeugen leistet. Es ist bereits möglich, dass die
77 Brandenburger*innen ihre Zukunft zu 100 Prozent erneuerbar planen und genießen können. Diese
78 Entwicklung unterstützen wir Bündnisgrünen, wo es nur geht. Dabei müssen auch Energiespeicher
79 aufgebaut und (weiter-)entwickelt werden. Allerdings kann der Bedarf an Speichern durch andere
80 Maßnahmen gesenkt werden.

81 Zunächst fordern wir Investitionen in die Flexibilisierung der Nachfrage: So können Verbraucher*innen
82 Strom vermehrt zu den Zeiten nutzen, in denen er besonders günstig ist. Mit einem schrittweisen Umstieg
83 auf Elektromobilität, können neben Zügen und Straßenbahnen auch Busse und Autos mit erneuerbarer
84 Energie angetrieben werden und in Ruhe- und Ladezeiten auch als Energiespeicher genutzt werden.

85 Brandenburg muss sich hier noch stärker für die effiziente Erzeugung und Speicherung von Wärme und
86 E-Gas aus Strom einsetzen, damit die drei Sektoren des Energieverbrauchs intelligent verknüpft werden
87 können. Dadurch kann sich in Brandenburg der Bedarf an Netzausbau und Speichern deutlich verringern.
88 Die dennoch notwendigen Investitionen schaffen Arbeitsplätze und verbessern die Zukunftsfähigkeit der
89 Brandenburger Infrastruktur. Weil Freileitungen in vielerlei Hinsicht problematisch sind, wollen wir mit
90 einem Erdkabelgesetz die Erdverkabelung zum Standard machen.

91 **Chancen der Energiewende für die Regionalwirtschaft nutzen**

92 Bei so viel Veränderung benötigt Brandenburg eine unabhängige Energieagentur, wie es sie bereits in
93 vielen anderen Bundesländern gibt. Sie muss den Bürger*innen und Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite
94 stehen. Die bestehende Energieabteilung in der Wirtschaftsförderung reicht dafür nicht aus. Gemeinden, in
95 denen Anlagen für Erneuerbare Energie errichtet werden sollen, benötigen mehr Unterstützung vom Land,
96 damit sie wirkliche Partner der Energiewende werden können. Die Wertschöpfung aus Wind- und
97 Solaranlagen muss dort verbleiben, wo die Energie erzeugt wird. Wir wollen mit einer frühzeitigeren
98 Beteiligung der Bürger*innen am Planungsprozess und mehr finanzieller Teilhabe von Stadtwerken,
99 Kommunen und Bürger*innen die ländlichen Regionen Brandenburgs deutlich stärker von den
100 Investitionen und Profiten aus dem Betrieb der Wind- und Solaranlagen profitieren lassen. Projekte zur
101 Energie in Bürgerhand sind uns wichtig und wollen wir mehr unterstützen.

102 Ebenso wollen wir den Weg für Brandenburger Bürger*innen und Unternehmen ebnen, die in erneuerbare
103 Energien und Kraft-Wärme-Kopplung investieren und ihren selbst erzeugten Strom ohne viel Bürokratie
104 selber nutzen wollen. Jede(r) Verbraucher(in) – auch alle Mieter*innen – sollen ihren selbst erzeugten
105 Strom ohne bürokratische Auflagen und Abgaben nutzen können. Schließlich entrichten wir ja auch keine
106 Steuern auf die Äpfel aus dem eigenen Garten. Ebenso kämpfen wir für bundeseinheitliche Netzentgelte,
107 damit die Kosten für den Netzausbau fair verteilt werden.

108 **Erneuerbare Energien ermöglichen Braunkohleausstieg**

109 Nach fast 20 Jahren Erneuerbare-Energien-Gesetz sind die Kosten für die erneuerbare Stromversorgung
110 unter die Kosten einer fossilen Energieversorgung gesunken. In Brandenburg stehen ca. 6.800 MW
111 Windenergie, ca. 3.379 MW Photovoltaik und ca. 420 MW Biomasse zur Verfügung. Es ist bereits gelungen,
112 deutschlandweit über 40 Prozent und in Brandenburg über 80 Prozent des Stromverbrauchs aus
113 erneuerbaren Quellen bereitzustellen. Jedoch exportiert Brandenburg über die Hälfte des hier erzeugten
114 Stroms. Statt Braunkohlestrom zu exportieren, wollen wir den schrittweisen Kohleausstieg entschlossen
115 fortsetzen, um die hohen Treibhausgasemissionen aus der Braunkohleverstromung deutlich zu reduzieren.
116 Fracking, eine stark risikobehaftete Bohrmethode, bei der Millionen Liter Wasser mit Chemikalien wie
117 Bioziden, Säuren und Korrosionsschutzmittel versetzt werden, bei der diese Chemikalien und brennbares
118 Methan in Brunnenwasser gelangen können, lehnen wir grundsätzlich ab und wollen wir verbieten.

1.5-A (Projekt) Raus aus der Kohle, Strukturpolitik anpacken

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir schließen den Aufschluss neuer Tagebaue im Landesrecht aus. Spätestens mit dem Auskohlen der
- 2 bestehenden Tagebaue muss Schluss mit der Braunkohleverstromung in Brandenburg sein. Bis dahin
- 3 müssen wir sicherstellen, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle verdient, sondern auch die
- 4 anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens drei Mrd EUR allein für die Lausitz - trägt. Die
- 5 Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte Arbeitsplätze und ist damit
- 6 ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten
- 7 Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue Welzow und Jänschwalde
- 8 gegenüber der LEAG festzusetzen. Analog des Berlin/Bonn-Gesetzes wollen wir gemeinsam mit dem Bund
- 9 und Sachsen ein Verwaltungsabkommen zum Strukturwandel in der Lausitz verhandeln, um die
- 10 Finanzierung des Strukturwandels auf ein festes Fundament zu stellen.
- 11 Wir wollen einen Lausitz-Steuerungskreis aus Vertretern aus der Region, der Politik und Vertretern aus
- 12 Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft einsetzen. Der Steuerungskreis soll einen Masterplan für die
- 13 zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Wir
- 14 wollen in einer Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ den Masterplan weiter ausarbeiten und die
- 15 Umsetzung koordinieren. Die Geschäftsstelle stellt eindeutige und messbare Ziele und Zeitpläne auf,
- 16 übernimmt die Abstimmung von interkommunalen/ regionalen Förderanträgen und die Kommunikation
- 17 und Öffentlichkeitsarbeit.

1.5 Aus alt mach neu: Kohleausstieg und Strukturwandel

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir setzen uns für eine ökologische, sichere und preiswerte Energieversorgung in Brandenburg ein. Für
2 dieses Ziel brauchen wir den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung. Die
3 Rahmenbedingungen für die Energiewende wurden auf der UN-Klimakonferenz in Paris gesetzt. In Brüssel
4 und Berlin müssen nun verbindliche Beschlüsse gefasst werden, wie der Weg zum notwendigen
5 Klimaschutz gesetzlich ausgestaltet wird. Denn wenn wir nicht rasch und zielorientiert handeln, treibt uns
6 die Klimakatastrophe in immer höherem Tempo in eine bedrohliche Krise – dafür war der heiße Sommer
7 von 2018 nur ein Vorgeschmack. Auch in den Braunkohleregionen schafft ein klarer Ausstiegsfahrplan,
8 verbunden mit verbindlich zugesagten Strukturhilfen, endlich Klarheit, wie es weiter gehen kann.

9 Brandenburg ist bisher auf einem guten Weg beim Ausbau erneuerbarer Energien. Auf Grund der parallel
10 beibehaltenen Braunkohleverstromung hat das bisher jedoch kaum Auswirkungen auf Brandenburgs
11 extrem hohen CO₂-Ausstoß. Pro Kopf hat Brandenburg den mit Abstand höchsten CO₂-Ausstoß aller
12 Bundesländer! Ohne den Kohleausstieg wiederum kann weder Brandenburg noch Deutschland seine
13 beschlossenen Klimaziele realisieren.

14 Kohleausstieg als Einstieg in die Energiewende-Zukunft verstehen

15 Auch weil der längst überfällige Strukturwandel in der Lausitz von den bisherigen Landesregierungen
16 fahrlässig auf die lange Bank geschoben wurde, ist ein Wandel in der Energiepolitik dringend geboten.
17 Durch die Verschleppung von echten Lösungen ist bei Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen an und in
18 den Kohlegruben eine große Verunsicherung entstanden. Wir wollen einen klaren Kohleausstiegsfahrplan
19 mit neuen Chancen für die Betroffenen. Die Energieerzeugung aus Braunkohle ist klimapolitisch und
20 wirtschaftlich ein Auslaufmodell. In der Vergangenheit wurden Schäden durch den Braunkohleabbau in
21 Kauf genommen. Nicht nur die Lausitzer Landschaft wurde verwüstet, die Tagebaue gefährden zunehmend
22 auch die Trinkwasserversorgung der gesamten Region. Auch die Kosten für die Rekultivierung steigen
23 unaufhörlich und können nicht annähernd vom Betreiber im nötigen Umfang erbracht werden. Zudem
24 subventioniert Brandenburg noch immer die Braunkohle durch den Verzicht auf Entgelte für die Entnahme
25 von
26 Grundwasser zur Trockenlegung der Tagebaue.

28 Kohleausstieg schnellstmöglich umsetzen

29 Die „Kohlekommission“ auf Bundesebene wurde mit Aufgaben überfrachtet. Ob bzw. wann und mit welchen
30 konkreten Festsetzungen der von ihr vorzulegende Kohleausstiegs-Fahrplan von Bundesregierung und
31 Bundestag beschlossen wird, ist noch offen. Mit Blick auf die Klimaziele von Paris ist gleichwohl klar, dass
32 es in Brandenburg keine neuen Tagebaue geben darf und auch die Verkleinerung genehmigter Tagebaue in
33 Betracht gezogen werden muss. Wir setzen uns weiterhin mit aller Kraft gegen die Genehmigung des
34 Tagebaus Welzow Süd II ein. Zudem wollen wir alles dafür tun, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle
35 verdient, sondern auch die anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens 3 Mrd EUR allein für die

36 Lausitz - trägt. Die Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte
37 Arbeitsplätze und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die
38 rechtlichen Möglichkeiten Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer
39 Tagebaue Welzow und Jänschwalde gegenüber der LEAG festzusetzen.

40 **Chancen nutzen, Risiken vermeiden**

41 Weder die Landesregierung noch die CDU haben bisher die notwendige Entschlossenheit gezeigt, den
42 kohleausstiegsbedingten Strukturwandel in der Lausitz zukunftsfähig zu gestalten. Die von der letzten
43 Landesregierung favorisierte CCS-Technologie zur Verpressung von Kohlendioxid im Untergrund ist
44 gescheitert. Planungen für den Ausstieg aus der Braunkohle wurden erst begonnen, nachdem die
45 Bundesregierung 2015 die Stilllegung erster Kraftwerksblöcke von Jänschwalde beschlossen hatte. Andere
46 Parteien zitieren gerne die Kosten des Klimaschutzes und blenden dabei völlig aus, dass die
47 menschengemachte Klimaerhitzung erhebliche und bedrohlich wachsende Kosten mit sich bringt. Doch für
48 immer mehr Bürger*innen und Kommunen, die viel Geld für die Bewältigung von Trockenheit und
49 Starkregenereignissen ausgeben müssen, ist die Anpassung an die Klimakrise schon jetzt Realität – und
50 sehr teuer. Wir wollen mit neuen Investitionen in den Klimaschutz künftige Schäden vermeiden, neue
51 Arbeitsplätze schaffen
52 und weltweit nachgefragte Lösungen „Made in Brandenburg“ entwickeln.

53 Wir wollen die potentiell verschwindenden Industriearbeitsplätze in der Braunkohlewirtschaft auch durch
54 vergleichbare Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien ersetzen. Die vielen qualifizierten und erfahrenen
55 Fachkräfte in gut bezahlten Industriearbeitsplätzen sind eine Stärke der Lausitz, gerade im Vergleich mit
56 anderen peripheren Regionen Brandenburgs. Wir wollen diese Strukturen nicht aufgeben - nicht nur, um die
57 Wirtschaftskraft der Lausitz zu erhalten, sondern auch um den direkt Betroffenen einen sozialverträglichen
58 Umstieg zu ermöglichen. Es ist wichtig für die Region, diese Fachkräfte nicht zu verlieren, sondern ihnen
59 vor Ort Entwicklungschancen zu bieten. Die meisten Beschäftigten aus der Braunkohlebranche wie
60 Verfahrenstechniker*innen, Maschinenbauer*innen, Elektrotechniker*innen, Mechatroniker*innen usw. sind
61 nicht auf den Energieträger Braunkohle festgelegt und werden für die Transformation zur zukunftsfähigen
62 Energieregion gebraucht. Diese in der Region vorhandenen Kompetenzen
63 müssen entschlossen als Standortvorteil für die Ansiedlung von Anlagen- und Ausrüstungsherstellern aus
64 dem Bereich der Energiewende genutzt werden.

65 Ein klarer Zeitplan hilft, die gesteckten Ziele zu erreichen. Zur Umsetzung braucht man nicht nur Geld,
66 sondern auch ein Team, welches mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist. Je eher wir
67 damit beginnen und ein finales Datum definieren, umso erfolgreicher kann der Prozess gestaltet werden.
68 Um den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz voranzubringen, schlagen wir vor, gemeinsam mit der
69 Bundesregierung und dem Land Sachsen Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen zum
70 Strukturwandel in der Lausitz zu führen. Hierbei sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen,
71 klimaschutzbedingten Strukturwandel in der Lausitz zu definieren, sowie Vereinbarungen über folgende
72 Maßnahmen zu treffen und umzusetzen:

73 **Lausitz-Steuerungskreis einsetzen**

74 Ein Steuerungskreis soll einen Masterplan für die zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die
75 Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Dieses Gremium setzt sich aus Vertretern aus der Region
76 (Innovationsregion Lausitz, Wirtschaftsregion Lausitz), der Politik (Bund, Land Sachsen, Land Brandenburg)
77 und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

78 **Handlungsfahrplan für die Zukunft der Braunkohle in der Lausitz erstellen**

79 Der Steuerungskreis erarbeitet – in enger Abstimmung mit allen weiteren Akteuren in der Lausitz – ein
80 zentrales, strategisches Referenzdokument (Masterplan) sowie einen entsprechenden Zeitplan (Roadmap).
81 Dieser muss mit übergeordneten politischen Prozessen verzahnt werden. Ein solches Dokument dient den
82 vielfältigen Akteur*innen in der Region als Leitfaden für ihr künftiges Handeln.

83 **Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ einrichten**

84 Die Geschäftsstelle soll entlang der Vorgaben des Steuerungskreises den Masterplan formulieren und
85 ausarbeiten. Sie koordiniert und überwacht die Umsetzung in den verschiedenen Projekten und Initiativen.
86 Gleichzeitig soll sie jährlich über den Umsetzungsstand Bericht gegenüber den Landtag erstatten.
87 Aufgaben der Geschäftsstelle sind insbesondere:

- 88 • die Koordinierung bei der Aufstellung von eindeutigen und messbaren Zielen,
- 89 • die Abstimmung von interkommunalen/regionalen Förderanträgen und
- 90 • die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

91 **Strukturwandel- und Innovationsfonds (Lausitzfonds) schaffen**

92 Für die Prozessgestaltung und die anstehenden Investitionen, benötigt die Lausitz Mittel in nicht
93 unerheblichem Umfang. Diese Gelder sollen in einem regionalen Fonds bereitgestellt werden. Ein solcher
94 Fonds soll folgende Aufgaben haben:

- 95 • strategische Koordination und Abstimmung von Zielen und Handlungsfeldern,
- 96 • Akquisition externer finanzieller Ressourcen,
- 97 • Finanzierungsmechanismus Finanzierungsinstrument für Investitionen in der Region.

98 Grundsätzlich sollte der regionale Finanzierungsfonds komplementär zu Förderangeboten des Landes,des
99 Bundes und der EU wirken.

100 **Lausitzstiftung gründen**

101 Neben der Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Infrastruktur braucht es ebenso die Stärkung des
102 zivilgesellschaftlichen Engagements für die Gestaltung des Strukturwandels. Kommunale Initiativen,
103 Einzel-Projekte oder auch kleinere Startups können helfen, die Attraktivität der Region maßgeblich zu
104 steigern. Um derartige Entwicklungen zu fördern, bedarf es einer entsprechenden Stiftung als
105 Fördermittelgeberin und Beraterin. Wir wollen diese Stiftung einrichten und mit festen Einzahlungen über
106 15 Jahre verankern. Sollten die Mittel nicht im jeweiligen Jahr ausgegeben werden, sollen sie für die
107 Folgejahre weiterhin zur Verfügung stehen.
108
109

Beschluss

(Projekt) Raus aus der Kohle, Strukturpolitik anpacken

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir schließen den Aufschluss neuer Tagebaue im Landesrecht aus, zudem wollen wir bereits genehmigte
- 2 Tagebaue verkleinern. Bis dahin müssen wir sicherstellen, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle
- 3 verdient, sondern auch die anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens drei Mrd EUR allein für die
- 4 Lausitz - trägt. Die Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte
- 5 Arbeitsplätze und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die
- 6 rechtlichen Möglichkeiten Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue
- 7 Welzow und Jänschwalde gegenüber der LEAG festzusetzen. Kann oder will sie diese nicht erbringen, sollen
- 8 die neuen Hauptbetriebspläne nicht genehmigt werden. Analog des Berlin/Bonn-Gesetzes wollen wir
- 9 gemeinsam mit dem Bund und Sachsen ein Verwaltungsabkommen zum Strukturwandel in der Lausitz
- 10 verhandeln, um die Finanzierung des Strukturwandels auf ein festes Fundament zu stellen.
- 11 Wir wollen einen Lausitz-Steuerungskreis mit Vertretern aus der Region, der Politik und Vertretern aus
- 12 Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft einsetzen. Der Steuerungskreis soll einen Masterplan für die
- 13 zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Wir
- 14 wollen in einer Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ den Masterplan weiter ausarbeiten und die
- 15 Umsetzung koordinieren. Die Geschäftsstelle stellt eindeutige und messbare Ziele und Zeitpläne auf,
- 16 übernimmt die Abstimmung von interkommunalen/ regionalen Förderanträgen sowie die Kommunikation
- 17 und Öffentlichkeitsarbeit. Wir wollen eine Lausitz-Stiftung einrichten und mit festen Einzahlungen über 15
- 18 Jahre verankern.

Beschluss

1.5 Aus alt mach neu: Kohleausstieg und Strukturwandel

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir setzen uns für eine ökologische, sichere und preiswerte Energieversorgung in Brandenburg ein. Für
2 dieses Ziel brauchen wir den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung. Die
3 Rahmenbedingungen für die Energiewende wurden auf der UN-Klimakonferenz in Paris gesetzt. In Brüssel
4 und Berlin müssen nun verbindliche Beschlüsse gefasst werden, wie der Weg zum notwendigen
5 Klimaschutz gesetzlich ausgestaltet wird. Denn wenn wir nicht rasch und zielorientiert handeln, treibt uns
6 die Klimakatastrophe in immer höherem Tempo in eine bedrohliche Krise – dafür war der heiße Sommer
7 von 2018 nur ein Vorgeschmack. Auch in den Braunkohleregionen schafft ein klarer Ausstiegsfahrplan,
8 verbunden mit verbindlich zugesagten Strukturhilfen, endlich Klarheit, wie es weiter gehen kann.

9 Brandenburg ist bisher auf einem guten Weg beim Ausbau erneuerbarer Energien. Auf Grund der parallel
10 beibehaltenen Braunkohleverstromung hat das bisher jedoch kaum Auswirkungen auf Brandenburgs
11 extrem hohen CO₂-Ausstoß. Pro Kopf hat Brandenburg den mit Abstand höchsten CO₂-Ausstoß aller
12 Bundesländer! Ohne den Kohleausstieg wiederum kann weder Brandenburg noch Deutschland seine
13 beschlossenen Klimaziele realisieren.

14 **Kohleausstieg als Einstieg in die Energiewende-Zukunft verstehen**

15 Auch weil der längst überfällige Strukturwandel in der Lausitz von den bisherigen Landesregierungen
16 fahrlässig auf die lange Bank geschoben wurde, ist ein Wandel in der Energiepolitik dringend geboten.
17 Durch die Verschleppung von echten Lösungen ist bei Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen an und in
18 den Kohlegruben eine große Verunsicherung entstanden. Wir wollen einen klaren Kohleausstiegsfahrplan
19 mit neuen Chancen für die Betroffenen. Die Energieerzeugung aus Braunkohle ist klimapolitisch und
20 wirtschaftlich ein Auslaufmodell. In der Vergangenheit wurden Schäden durch den Braunkohleabbau in
21 Kauf genommen. Nicht nur die Lausitzer Landschaft wurde verwüstet, die Tagebaue gefährden zunehmend
22 auch die Trinkwasserversorgung der gesamten Region. Auch die Kosten für die Rekultivierung steigen
23 unaufhörlich und können nicht annähernd vom Betreiber im nötigen Umfang erbracht werden. Zudem
24 subventioniert Brandenburg noch immer die Braunkohle durch den Verzicht auf Entgelte für die Entnahme
25 von
26 Grundwasser zur Trockenlegung der Tagebaue.

27 28 **Kohleausstieg schnellstmöglich umsetzen**

29 Die „Kohlekommission“ auf Bundesebene wurde mit Aufgaben überfrachtet. Ob bzw. wann und mit welchen
30 konkreten Festsetzungen der von ihr vorzulegende Kohleausstiegs-Fahrplan von Bundesregierung und
31 Bundestag beschlossen wird, ist noch offen. Mit Blick auf die Klimaziele von Paris ist gleichwohl klar, dass
32 es in Brandenburg keine neuen Tagebaue geben darf. Zudem wollen wir bereits genehmigte Tagebaue
33 verkleinern. Wir setzen uns weiterhin mit aller Kraft gegen die Genehmigung des Tagebaus Welzow Süd II
34 ein. Zudem wollen wir alles dafür tun, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle verdient, sondern auch

35 die anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens 3 Mrd EUR allein für die Lausitz - trägt. Die
36 Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte Arbeitsplätze und ist damit
37 ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten
38 Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue Welzow und
39 Jänschwalde gegenüber der LEAG festzusetzen. Kann oder will sie diese nicht erbringen, sollen die neuen
40 Hauptbetriebspläne nicht genehmigt werden. Das Landesbergamt muss hier entschlossen handeln und die
41 Ermessenskriterien zur Bestimmung voll ausschöpfen.
42 Das aus altem DDR-Recht resultierende Eigentum des Bundes an Brandenburger Bodenschätzen und die
43 damit einhergehende Benachteiligung von Brandenburger Grundbesitz wollen wir endlich beenden.
44 Deswegen setzen wir uns für ein sofortiges Verkaufsmoratorium und die baldige Löschung der
45 bundeseigenen "selbstständigen Bergwerkseigentume" im Zuge der überfälligen Modernisierung und
46 Vereinheitlichung des deutschen Bergrechts ein.

47 **Chancen nutzen, Risiken vermeiden**

48 Weder die Landesregierung noch die CDU haben bisher die notwendige Entschlossenheit gezeigt, den
49 kohleausstiegsbedingten Strukturwandel in der Lausitz zukunftsfähig zu gestalten. Die von der letzten
50 Landesregierung favorisierte CCS-Technologie zur Verpressung von Kohlendioxid im Untergrund ist
51 gescheitert. Planungen für den Ausstieg aus der Braunkohle wurden erst begonnen, nachdem die
52 Bundesregierung 2015 die Stilllegung erster Kraftwerksblöcke von Jänschwalde beschlossen hatte. Andere
53 Parteien zitieren gerne die Kosten des Klimaschutzes und blenden dabei völlig aus, dass die
54 menschengemachte Klimaerhitzung erhebliche und bedrohlich wachsende Kosten mit sich bringt. Doch für
55 immer mehr Bürger*innen und Kommunen, die viel Geld für die Bewältigung von Trockenheit und
56 Starkregenereignissen ausgeben müssen, ist die Anpassung an die Klimakrise schon jetzt Realität – und
57 sehr teuer. Wir wollen mit neuen Investitionen in den Klimaschutz künftige Schäden vermeiden, neue
58 Arbeitsplätze schaffen
59 und weltweit nachgefragte Lösungen „Made in Brandenburg“ entwickeln.

60 Wir wollen die potentiell verschwindenden Industriearbeitsplätze in der Braunkohlewirtschaft auch durch
61 vergleichbare Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien ersetzen. Die vielen qualifizierten und erfahrenen
62 Fachkräfte in gut bezahlten Industriearbeitsplätzen sind eine Stärke der Lausitz, gerade im Vergleich mit
63 anderen peripheren Regionen Brandenburgs. Wir wollen diese Strukturen nicht aufgeben - nicht nur, um die
64 Wirtschaftskraft der Lausitz zu erhalten, sondern auch um den direkt Betroffenen einen sozialverträglichen
65 Umstieg zu ermöglichen. Es ist wichtig für die Region, diese Fachkräfte nicht zu verlieren, sondern ihnen
66 vor Ort Entwicklungschancen zu bieten. Die meisten Beschäftigten aus der Braunkohlebranche wie
67 Verfahrenstechniker*innen, Maschinenbauer*innen, Elektrotechniker*innen, Mechatroniker*innen usw. sind
68 nicht auf den Energieträger Braunkohle festgelegt und werden für die Transformation zur zukunftsfähigen
69 Energieregion gebraucht. Diese in der Region vorhandenen Kompetenzen
70 müssen entschlossen als Standortvorteil für die Ansiedlung von Anlagen- und Ausrüstungsherstellern aus
71 dem Bereich der Energiewende genutzt werden.

72 Ein klarer Zeitplan hilft, die gesteckten Ziele zu erreichen. Zur Umsetzung braucht man nicht nur Geld,
73 sondern auch ein Team, welches mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist. Je eher wir
74 damit beginnen und ein finales Datum definieren, umso erfolgreicher kann der Prozess gestaltet werden.
75 Um den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz voranzubringen, schlagen wir vor, gemeinsam mit der
76 Bundesregierung und dem Land Sachsen Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen zum
77 Strukturwandel in der Lausitz zu führen. Hierbei sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen,
78 klimaschutzbedingten Strukturwandel in der Lausitz zu definieren, sowie Vereinbarungen über folgende
79 Maßnahmen zu treffen und umzusetzen:

80 **Lausitz-Steuerungskreis einsetzen**

81 Ein Steuerungskreis soll einen Masterplan für die zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die
82 Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Dieses Gremium setzt sich aus Vertretern aus der Region

83 (Innovationsregion Lausitz, Wirtschaftsregion Lausitz), der Politik (Bund, Land Sachsen, Land Brandenburg)
84 und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

85 **Handlungsfahrplan für die Zukunft der Braunkohle in der Lausitz erstellen**

86 Der Steuerungskreis erarbeitet – in enger Abstimmung mit allen weiteren Akteuren in der Lausitz – ein
87 zentrales, strategisches Referenzdokument (Masterplan) sowie einen entsprechenden Zeitplan (Roadmap).
88 Dieser muss mit übergeordneten politischen Prozessen verzahnt werden. Ein solches Dokument dient den
89 vielfältigen Akteur*innen in der Region als Leitfaden für ihr künftiges Handeln.

90 **Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ einrichten**

91 Die Geschäftsstelle soll entlang der Vorgaben des Steuerungskreises den Masterplan formulieren und
92 ausarbeiten. Sie koordiniert und überwacht die Umsetzung in den verschiedenen Projekten und Initiativen.
93 Gleichzeitig soll sie jährlich über den Umsetzungsstand Bericht gegenüber den Landtag erstatten.

94 Aufgaben der Geschäftsstelle sind insbesondere:

- 95 • die Koordinierung bei der Aufstellung von eindeutigen und messbaren Zielen,
- 96 • die Abstimmung von interkommunalen/regionalen Förderanträgen und
- 97 • die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

98 **Strukturwandel- und Innovationsfonds (Lausitzfonds) schaffen**

99 Für die Prozessgestaltung und die anstehenden Investitionen, benötigt die Lausitz Mittel in nicht
100 unerheblichem Umfang. Diese Gelder sollen in einem regionalen Fonds bereitgestellt werden. Ein solcher
101 Fonds soll folgende Aufgaben haben:

- 102 • strategische Koordination und Abstimmung von Zielen und Handlungsfeldern,
- 103 • Akquisition externer finanzieller Ressourcen,
- 104 • Finanzierungsmechanismus für Investitionen in der Region.

105 Grundsätzlich sollte der regionale Finanzierungsfonds ergänzend zu Förderangeboten des Landes,des
106 Bundes und der EU wirken.

107 **Lausitzstiftung gründen**

108 Neben der Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Infrastruktur braucht es ebenso die Stärkung des
109 zivilgesellschaftlichen Engagements für die Gestaltung des Strukturwandels. Kommunale Initiativen,
110 Einzel-Projekte oder auch kleinere Startups können helfen, die Attraktivität der Region maßgeblich zu
111 steigern. Um derartige Entwicklungen zu fördern, bedarf es einer entsprechenden Stiftung als
112 Fördermittelgeberin und Beraterin. Wir wollen diese Stiftung einrichten und mit festen Einzahlungen über
113 15 Jahre verankern. Sollten die Mittel nicht im jeweiligen Jahr ausgegeben werden, sollen sie für die
114 Folgejahre weiterhin zur Verfügung stehen.
115
116

1.6. Ziele setzen und erreichen: Mobilität

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Strategien, die die Landesregierung in den letzten Jahren im Bereich der Mobilität vorgelegt hat, haben
2 nicht dazu beigetragen die Verkehrswende in Brandenburg einzuleiten. So ist etwa das in der
3 Mobilitätsstrategie formulierte Ziel, den Anteil des Umweltverbunds (Fuß, Rad, Öffentlicher Verkehr) an den
4 zurückgelegten Wegen von 47 Prozent (Stand 2008) auf 50 Prozent in 2030 zu erhöhen, völlig ambitionslos.
5 Wir wollen erreichen, dass dieser Anteil bis 2030 auf zwei Drittel am gesamten Verkehrsvolumen steigt.
6 Zudem soll es überall in Brandenburg möglich sein, ohne ein eigenes Auto ein gutes Leben zu führen.

7 **Trendwende für den öffentlichen Nahverkehr einleiten**

8 Zwischen 2006 und 2016 sind die Fahrgastzahlen im Brandenburger Regionalverkehr um 60 Prozent
9 gestiegen. Gleichzeitig wurden im Jahr 2016 674.000 km weniger Zugkilometer vom Land bei den
10 Verkehrsträgern bestellt als in 2006. Von einst 557 Bahnhöfen (1990) sind nur noch 318 (2018) übrig
11 geblieben. Wichtige Infrastrukturprojekte wurden jahrelang nicht angegangen und kommen nun erst nach
12 2030. Die vom Bund bereitgestellten Finanzmittel für den Regionalverkehr (sogenannte
13 Regionalisierungsmittel) werden nur zu zwei Drittel für den eigentlichen Zweck der Zugbestellungen
14 eingesetzt. Die jetzt durch die Neuausschreibung der Verkehrsverträge für einige Zugverbindungen
15 beschlossenen Verbesserungen werden allerdings erst 2022 wirksam und durch einige Verschlechterungen
16 auch konterkariert. Bis dahin werden die Fahrgastzahlen allerdings voraussichtlich noch einmal um mehr
17 als 25 Prozent steigen.

18
19 Die Folgen dieser Entwicklungen müssen viele Menschen täglich, im wahrsten Sinne des Wortes, hautnah
20 erleben. Dabei hat der öffentliche Nahverkehr viele Vorteile gegenüber dem privaten Autoverkehr: Er hat
21 eine geringere Klimabelastung, verursacht weniger Unfallopfer, deutlich weniger Lärm und
22 Flächenverbrauch. Er transportiert Menschen, die anders kaum mobil sein könnten, weil sie sich z.B. kein
23 Auto leisten können oder aufgrund des Alters nicht mehr Auto fahren. Öffentlicher Nahverkehr ist
24 Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Infrastruktur und Mobilitätsangebote insgesamt so beschaffen sind, dass
25 die Menschen nicht auf das Auto angewiesen sind. Es ist höchste Zeit hier wirksame Maßnahmen zu
26 ergreifen.

27 Verbesserungen kosten Geld, deshalb wollen wir als erstes die Zweckentfremdung der
28 Regionalisierungsmittel stufenweise beenden und diese mittelfristig komplett für die Bestellung von
29 Zugkilometern einsetzen. Das Land muss außerdem zusätzlich eigenes Geld in die Hand nehmen, um den
30 übrigen öffentlichen Nahverkehr zu finanzieren. Im Personenbeförderungsgesetz ist das Ziel
31 festgeschrieben, eine vollständige Barrierefreiheit in Bussen und Straßenbahnen bis 2022 herzustellen. Um
32 dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die Gelder für den kommunalen ÖPNV um 10 Mio. Euro pro Jahr
33 erhöhen sowie weitere 10 Mio. Euro pro Jahr für den Erhalt der Straßenbahnen zur Verfügung zu stellen
34 und damit die Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte bei dieser Aufgabe deutlich unterstützen. Im
35 Gegenzug wollen wir als Land Mindeststandards bei der Bedienung von einzelnen Orten entwickeln. Wir
36 wollen auch prüfen, welches Potenzial gemeindeübergreifende Tram-Verbindungen

37 (Überland-Straßenbahnen) haben, wenn
38 bestehende Linien verlängert werden.

39 Da viele Mobilitätsströme Brandenburgs Berlin als Durchgangs-, Ausgangs- oder Zielpunkt haben, fordern
40 wir einen gemeinsamen Landesnahverkehrsplan (LNVP) für beide Länder. Regionalbahnen, die überall
41 halten, und Regionalexpress, die nur in den größeren Orten halten, sollen sich künftig hierbei stärker
42 voneinander unterscheiden. Zusätzlich wollen wir einen Metropolexpress (ME) einführen. Dieser soll die
43 Lücke zwischen S-Bahn und Regionalverkehr schließen, indem er im Berliner Umland an möglichst allen
44 Bahnhöfen, in Berlin dagegen nur an den zentralen Knotenpunkten hält. Erforderlich sind auch
45 Querverbindungen innerhalb Brandenburgs. Für die Strecken, auf denen das über den Schienenverkehr
46 nicht möglich ist, fordern wir den Aufbau eines Netzes landesbedeutsamer Buslinien, analog zu dem
47 bereits bestehenden System in Sachsen-Anhalt. Dieses kann das Konzept der bestehenden Plus-Busse
48 aufgreifen und erweitern.

49 Wir wollen mindestens einen einstunden-Takt an Wochentagen durch Regionalverkehr und
50 landesbedeutsame Buslinien zwischen 5 und 22 Uhr und eine weitere Verbindung um Mitternacht. Für die
51 S-Bahn in Brandenburg ist der zehnminuten-Takt unser mittelfristiges Ziel. Bei vielfrequenzierten Strecken
52 ist eine Taktverdichtung weit darüber hinaus notwendig. Die vom Bund angekündigte Unterstützung für die
53 Einführung eines Taktfahrplans (Deutschlandtakt) unterstützen wir ausdrücklich und wollen einen
54 Brandenburg-Takt bereits vorher im Land so weit wie möglich erreichen, u.a. durch abgestimmtere
55 Fahrzeiten von Bahn- und Busverkehr.

56 **Infrastruktur anpassen**

57 Ohne Infrastrukturanpassungen ist an vielen Stellen eine Verbesserung des Leistungsangebots nicht
58 möglich. Stilllegungen, Abkopplungen und Entwidmungen von Zugstrecken lehnen wir gänzlich ab.
59 Ungenutzte Strecken sowie kaum genutzte Güterverkehrsstrecken möchten wir dauerhaft für den
60 Personenverkehr sichern. Strecken und Bahnhalte wollen wir reaktivieren, insbesondere da, wo größere
61 Zentren verbunden werden. Kapazitätsengpässe, die Auswirkungen auf das Gesamtnetz haben (z.B. Bahnhof
62 Königs-Wusterhausen, Hamburger Bahn zwischen Spandau und Nauen, eingleisige Regionalstrecken)
63 wollen wir dringend beseitigen. Wir fordern, dass an allen neuralgischen Punkten die S-Bahnlinien
64 zweigleisig ausgebaut werden, um die Fahrplanstabilität zu gewährleisten und notwendige
65 Taktverdichtungen zu ermöglichen. Für die Bahnhofsgebäude konnten wir die Landesregierung von einem
66 Sanierungsprogramm überzeugen. Wir bleiben dran, um den Erhalt der Gebäude zu sichern und
67 Neunutzungen anzuregen. Seit Bündnis 90/Die
68 Grünen in Berlin mitregieren, geht es mit den Infrastrukturplanungen endlich wieder voran. So haben
69 Brandenburg, Berlin und die Bahn eine Rahmenvereinbarung für Infrastrukturverbesserungen beschlossen.
70 Auch auf Brandenburger Seite sind starke Bündnisgrüne notwendig, damit es in diesem Bereich
71 ambitioniert voran geht.

72 Wir wollen die Emissionen beim Verkehr auf der Schiene deutlich senken. Dies wollen wir über die
73 Elektrifizierung der Strecken einerseits und über technologieoffene eigenelektrische Antriebe der
74 Fahrzeuge andererseits erreichen. Bei der Stromversorgung wollen wir dabei auf 100 Prozent Erneuerbare
75 Energien zurückgreifen. Fahrräder und öffentlicher Nahverkehr sind die perfekten Partner. Rund um die
76 Bahnhöfe wollen wir diebstahlsichere und wetterfeste Abstellplätze, abschließbare Boxen bis hin zu
77 Fahrradparkhäusern mit Reparatur-Service wie in Bernau und Potsdam anbieten.

78 **Tarife attraktiv gestalten**

79 Steht für uns zunächst die Angebotsverbesserung im Vordergrund, wollen wir mittelfristig auch die Tarife
80 umgestalten, um das dann verbesserte Angebot auch finanziell attraktiv zu gestalten. Um die Nutzung des
81 ÖPNV deutlich zu vereinfachen, möchten wir sehr günstige Monatstickets anbieten, die sich bereits ab 15
82 Fahrten im Monat rechnen. Langfristig sollen Jahrestickets für das gesamte VBB-Gebiet ab 1€ am Tag
83 erhältlich sein (365€-Ticket) und Schüler*innen, Auszubildende und Studierende kostenlos fahren.
84 Beginnend wollen wir ein 365€-Schüler*innenticket anbieten und das Wirrwarr der verschiedenen

85 kreislichen Erstattungsregeln harmonisieren. Senioren und Familientickets sollen insgesamt günstiger
 86 werden. Wir wollen, dass Berlin in das Brandenburger Sozianticket integriert wird. Das Lösen von
 87 Fahrscheinen in Bussen und Zügen mit Bargeld muss ohne Aufpreis möglich sein. Wir wollen auch die
 88 rechtlichen Möglichkeiten schaffen, lokal umlagefinanzierte Systeme zur vollständigen
 89 Fahrscheinfreiheit zu etablieren. Langfristig können wir uns einen komplett umlagefinanzierten
 90 öffentlichen Nahverkehr vorstellen.

91 Wir wollen, dass das Tarifgebiet des VBB über die Landesgrenze Brandenburgs hinaus wachsen kann. Auf
 92 dem Weg zu einem Deutschlandtarif streben wir zunächst mit den angrenzenden Bundesländern ein
 93 einheitliches Tarifgebiet an. Vor allem im Bereich der Lausitz durch gemeinsame Tarife mit den
 94 Verkehrsverbänden VVO und ZVON oder im Norden mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
 95 ergäbe sich dadurch ein Mehrwert. Auch bei den Doppelstädten an der deutsch-polnischen Grenze muss
 96 dieses Anliegen verfolgt werden. Den Berlin-C-Bereich wollen wir auf einige Orte wie Bestensee, Zossen
 97 oder Rehfelde ausweiten. Wir wollen, dass Tarifzongrenzen Städte und Gemeinden nicht mehr
 98 durchschneiden, wie das z.B. bei Oranienburg mit seinen Ortsteilen der Fall ist.

99 Da für viele Strecken ein Wechsel zwischen Rad, Bus und Bahn notwendig ist, muss es das langfristige Ziel
 100 des Verkehrsverbands Berlin-Brandenburg (VBB) sein, auch Bike- und Carsharing oder ähnliche innovative
 101 Kombinationsmöglichkeiten anzubieten. Wir wollen den VBB so zu einem allgemeinen
 102 Mobilitätsdienstleister weiterentwickeln. Gerade der Weg von und bis zum nächsten Einstieg von und bis
 103 zur Haltestelle - die sogenannte "Letzte Meile" - ist oft die entscheidende Hürde. Deshalb ist eine
 104 Einbeziehung des Taxigewerbes anzuregen und durchaus erstrebenswert, besonders wenn gleich mehrere
 105 Personen in dieselbe Richtung weiterreisen möchten.

106 **Zur Abstimmung auf der LDK**

107 ***Hier besteht auch viel Potenzial für autonomes Fahren. Dafür wollen wir Pilotprojekte starten, um die***
 108 ***Auswirkungen zu erforschen. Dafür böten sich z.B. die vom RE2 größtenteils abgekoppelten Orte Raddusch,***
 109 ***Kolkwitz und Kunersdorf an.***

110 Wir wollen außerdem eine Smartphone-App, die eine verkehrsträgerübergreifende Fahrplanauskunft sowie
 111 den gleichzeitigen Fahrscheinerwerb ermöglicht. Im Zusammenspiel mit qualitativ ansprechendem
 112 Fahrradverleih an den Bahnhöfen wollen wir die kombinierte Nutzung von Fahrrädern und öffentlichem
 113 Nahverkehr deutlich attraktiver machen.

114 **Radverkehr – Potential erkennen und nutzen**

115 Brandenburg ist ein Fahrradland, doch der Zustand unserer Radwege ist alarmierend – das Radverkehrsnetz
 116 ist lückenhaft und die bestehende Substanz verfällt. Die Hälfte aller Radwege außerorts ist älter als 15
 117 Jahre. Ähnlich sieht es bei den touristischen Radwegen aus. Mittel für die Instandhaltung und den
 118 Radwegeausbau wurden gekürzt – obwohl der Radverkehr deutschlandweit aktuell einen Boom erlebt.

119 Die „Radverkehrsstrategie 2030“ der rot-roten Landesregierung ist in weiten Teilen eine bloße
 120 Beschreibung des Ist-Zustands und enthält keine ehrgeizigen Ziele. Auch die Finanzen sind ernüchternd:
 121 Für 2017 und 2018 flossen insgesamt nur rund 6,3 Millionen Euro in den Radverkehr. Das entspricht
 122 gerade einmal etwas mehr als vier Prozent an der Gesamtsumme der Ausgaben für Straßen! Für uns steht
 123 fest: Das ist viel zu wenig, um die bestehenden Radwege zu erhalten und bestehende Lücken im Wegenetz
 124 zu schließen.

125 Wir treten für einen grundlegenden Wandel der Radverkehrspolitik in Brandenburg ein und wollen das
 126 Fahrrad als gleichberechtigtes Fahrzeug neben dem Auto fördern. Wir brauchen ein Gesetz zur Förderung
 127 des Radverkehrs, in welchem nach dem Vorbild des Berliner Radgesetzes Maßnahmen verpflichtend
 128 festgeschrieben werden. Jeder Ort in Brandenburg soll sicher mit dem Fahrrad erreichbar sein. Wo der
 129 Verkehr dies auf der Straße unsicher macht, muss ein baulich getrennter Radweg geschaffen werden.
 130 Hierfür schlagen wir das Sonderprogramm „Straßenbegleitende Radwege“ im Haushalt vor. Die
 131 Investitionen in den Radverkehr müssen mindestens dem Anteil des Radverkehrs an allen zurückgelegten

132 Wegen entsprechen. Bike & Ride und Fahrradmitnahme: Radfahren muss für Pendler*innen wie für
133 Tourist*innen attraktiver werden. Wir brauchen mehr Bike & Ride-Parkplätze und die Fahrradmitnahme im
134 ÖPNV muss weiter ausgebaut werden.

135 Auch für längere Wege im Alltag kommt das Fahrrad immer stärker zum Einsatz, nicht zuletzt, weil die
136 Nutzung von E-Bikes kontinuierlich ansteigt. Wir brauchen deshalb überregionale Radschnellwege, die
137 Dörfer und Städte verbinden. Die in Berlin geplanten Radschnellwege wollen wir auf Brandenburger Seite
138 sinnvoll weiter führen. Wir wollen einen Radschnellweg, der als Außenring die Orte im Berliner Umland
139 miteinander verbindet. Alle Orte mit mehr als 12.000 Einwohner*innen, die weniger als 15 km voneinander
140 entfernt liegen, sollen durch breitspurige Radschnellwege verbunden werden. Zu diesem Vorschlag gehört
141 auch, dass Radwege zunehmend unabhängig von Straßen verlaufen werden. Um die Zuständigkeiten
142 eindeutig zu klären, muss im Brandenburger Straßengesetz die Kategorie "selbstständiger Radweg"
143 eingeführt werden. Es soll eine Plattform für verbesserten Dialog zwischen benachbarten Kommunen und
144 Landkreisen geschaffen werden, um die Zusammenarbeit beim Bau von Radwegen zu koordinieren. Zudem
145 sollen Planungshoheit und Baulast von Radwegen vermehrt beim Land liegen. Landkreise und Kommunen
146 sollen bei den Kosten für die Baumaßnahmen entlastet werden und künftig die Finanzierung des
147 Radverkehrs nur zu zehn Prozent selbst tragen, die restlichen 90 Prozent der Baulast sollen beim Land
148 liegen. So wird es teilweise bereits in Sachsen gehandhabt. Wir wollen, dass Brandenburg mindestens ein
149 Drittel des bisherigen Landesstraßenbauetats für Radinfrastruktur bereitstellt. Mit jährlich mindestens 20
150 Euro pro Einwohner*in entspricht das ca. 50 Millionen Euro im Jahr. Zudem braucht es ein regelmäßiges
151 Monitoring, um den Sanierungs- und Ausbaubedarf transparent zu machen.

152

153 **Vision Zero - Verkehrssicherheit erhöhen**

154

155 Noch immer sterben in Brandenburg jährlich deutlich über 100 Menschen bei Verkehrsunfällen. Bezogen
156 auf die Einwohner*innenzahl nimmt Brandenburg bundesweit wiederholt traurige Spitzenplätze ein. Aus
157 unserer Sicht muss das Ziel lauten, dass es gar keine Todesopfer mehr gibt. Technische Errungenschaften
158 wie Gurte, Airbags und ABS sowie bessere Rettungs- und Intensivmedizin haben bereits einen erheblichen
159 Beitrag zur Senkung der Opferzahlen geleistet. Weitere Neuerungen müssen konsequent genutzt werden.
160 Im Fuhrpark der Landesverwaltung wollen wir den Abbiegeassistenten verbindlich einführen. Aber auch die
161 nicht-technische Verkehrspolitik ist gefordert ihren Anteil beizutragen. Wir erkennen an, dass der Mensch
162 Fehler macht und wollen doppelt vorsorgen: Durch geeignete Maßnahmen sowohl die Fehleranfälligkeit
163 senken, als auch dafür sorgen, dass Fehler nur den geringstmöglichen Schaden anrichten können. Große
164 Teile der Verkehrswissenschaft, der Unfallforscher*innen und der Versicherer sind
165 sich einig: Innerorts sollte Tempo 30 die Regelgeschwindigkeit sein und höhere Geschwindigkeiten an den
166 Hauptachsen gekennzeichnet werden. Um diesem Ziel näher zu kommen, wollen wir mit einer
167 Bundesratsinitiative eine dahingehende Änderung der StVO erreichen. Bis dahin wollen wir in einer
168 besonders unfallträchtigen Gemeinde einen Modellversuch durchführen. Auf den Autobahnen wollen wir
169 den landesrechtlichen Spielraum ausnutzen um Tempo 120 als Höchstgeschwindigkeit festzulegen. An
170 unfallträchtigen Alleen wollen wir durch Leitplanken dazu beitragen, dass Unfälle nicht mehr tödlich am
171 Baum enden. Radfahrer*innen und Fußgänger*innen benötigen dann ausreichend Platz und im Zweifel
172 eigene Wege. Verkehrssicherheitskampagnen von Verbänden, die sich der Vision Null Verkehrstote
173 verschrieben haben, wollen wir unterstützen. Schließlich wollen wir durch die allgemeine Verkehrspolitik
174 erreichen, dass das Auto öfter stehen gelassen wird, denn eine Autofahrt ist bis zu 40mal gefährlicher als die
175 Nutzung von Bus und Bahn.

177 **BER – Luftverkehr begrenzen**

178 Der Bau des Flughafens BER ist von einer einzigartigen, desaströsen Fehlerkette geprägt. Durch Fehler in
179 Planung und Bauausführung sind die Kosten für das Projekt von ursprünglich geplanten 2,5 Mrd. Euro auf
180 derzeit über 7 Mrd. Euro gestiegen. Beim Lärmschutz der Anwohner*innen wird dagegen gespart.
181 Entsprechender Schallschutz wird nur noch bei einem Bruchteil der Gebäude eingebaut, der größere Teil

182 wird mit 30 Prozent des speziellen Gebäudewertes abgefunden. Immerhin gibt es jetzt
183 Ultrafeinstaub-Messungen.

184
185 Wir wollen das Projekt bestmöglich zu Ende führen. Dazu muss für uns sichergestellt werden, dass der
186 Luftverkehr für die Finanzierung des Betriebs stärker herangezogen wird und keine weiteren Steuergelder
187 versenkt werden. Durch das Bevölkerungswachstum und die Siedlungsentwicklung wird der BER immer
188 mehr zu einem nahezu innerstädtischen Flughafen, sodass die Lärmschutzmaßnahmen in vollem Umfang
189 durchzusetzen sind. Außerdem muss endlich anerkannt werden, dass der Luftverkehr Grenzen hat. Wir
190 wollen dafür sorgen, dass die jetzt diskutierten Ausbaupläne (Masterplan 2040) für den BER ad acta gelegt
191 werden. Eine dritte Start- und Landebahn schließen wir für die Zukunft kategorisch aus. Die
192 Anpflner*innen brauchen ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Der Flughafen Tegel muss wie
193 vorgesehen nach der Eröffnung des BER geschlossen werden. Die in der Entgeltordnung vorgesehenen
194 verkehrsfördernden Maßnahmen wollen wir komplett abschaffen und stattdessen empfindliche
195 Lärmentgelte
196 einführen.

197 Insgesamt möchten wir darauf hinweisen, dass der ausgewählte Standort nur für eine begrenzte Kapazität
198 geeignet ist. Sollte es zu Kapazitätsengpässen kommen, ist nicht der Flughafen zu klein, sondern der
199 Luftverkehr zu groß geworden. Als Alternative zu Kurzstreckenflügen möchten wir den Fernverkehr auf der
200 Schiene entwickeln. Um übermäßige Mittel- und Langstreckenflüge zu vermeiden, werben wir für einen
201 Kulturwechsel hin zum Urlaub in der Region. Diesen wollen wir u.a. durch besseren öffentlichen
202 Nahverkehr deutlich attraktiver machen. Weitere Steigerungen im Luftverkehr sind schon allein aus
203 klimapolitischen Erwägungen inakzeptabel. In diesem Fall befürworten wir ein marktwirtschaftliches
204 Versteigern der Start- und Landerechte. Auf Bundesebene kämpfen wir für eine Luftverkehrs- und/oder
205 Kerosinsteuer, die beim Flugverkehr die wahren gesellschaftlichen Kosten darstellt.

1.6-A (Projekt) Trendwende für die Öffis

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir wollen einen gemeinsamen Nahverkehrsplan mit Berlin, damit die Mobilitätspolitik nicht an den
2 Landesgrenzen endet. Die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel wollen wir stufenweise
3 komplett für den Schienenverkehr einsetzen und damit deutlich mehr Züge bestellen. Wichtige
4 Querverbindungen zwischen den Bahnlinien wollen wir durch ein Netz landesbedeutsamer Buslinien
5 schaffen. Wir wollen Regionalbahnen an allen Bahnhaltungen halten lassen, während Regionalexpress die
6 größeren Halte schneller verbinden. Wir wollen die neue Zugart „Metropolexpress“ einführen, die das
7 Umland schnell an das Berliner Zentrum anbindet. Wir wollen auf allen Strecken zwischen 5 und 22 Uhr
8 mindestens einen Einstundentakt an Wochentagen durch Regionalverkehr und landesbedeutsame Busse
9 und eine weitere Verbindung um Mitternacht. Für die S-Bahn in Brandenburg ist der Zehnminutentakt
10 unser Ziel. Infrastrukturengpässe und nötige Erweiterungen wollen wir mit dem Ziel eines integralen
11 Taktfahrplans
12 (Brandenburgtakt bzw. Deutschlandtakt) zügig angehen. Durch die Elektrifizierung der Strecken,
13 technologieoffene eigenelektrische Antriebe der Fahrzeuge sowie die Versorgung durch 100 Prozent
14 erneuerbare Energien wollen wir die Emissionen des ÖPNV deutlich senken. In den Zügen und den
15 landesbedeutsamen Buslinien wollen wir kostenloses W-LAN etablieren. Wir wollen langfristig sehr
16 günstige Monats- & Jahrestickets (365 Euro-Ticket) anbieten sowie Schüler*innen und Auszubildende
17 kostenlos fahren lassen. Als ersten Schritt wollen wir ein 365 Euro-Ticket für Schüler*innen einführen. Die
18 Tarifzonengrenzen wollen wir kritisch überprüfen und mit Regionen der angrenzenden Bundesländer
19 gemeinsame Tarifgebiete entwickeln. Damit wollen wir den VBB erweitern und einem deutschlandweiten
20 Tarifsystem (Deutschlandtarif) näher kommen.

Beschluss

Trendwende für die Öffis

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir wollen einen gemeinsamen Nahverkehrsplan mit Berlin, damit die Mobilitätspolitik nicht an den
2 Landesgrenzen endet. Die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel wollen wir stufenweise
3 komplett für den Schienenverkehr einsetzen und damit deutlich mehr Züge bestellen. Wichtige
4 Querverbindungen zwischen den Bahnlinien wollen wir durch ein Netz landesbedeutsamer Buslinien
5 schaffen. Wir wollen Regionalbahnen an allen Bahnhöfen halten lassen, während Regionalexpress die
6 größeren Halte schneller verbinden. Wir wollen die neue Zugart „Metropolexpress“ einführen, die das
7 Umland schnell an das Berliner Zentrum anbindet. Wir wollen auf allen Strecken zwischen 5 und 22 Uhr
8 mindestens einen Einstundentakt an Wochentagen durch Regionalverkehr und landesbedeutsame Busse
9 und eine weitere Verbindung um Mitternacht. Für die S-Bahn in Brandenburg ist der Zehnminutentakt
10 unser Ziel. Infrastrukturengpässe und nötige Erweiterungen wollen wir mit dem Ziel eines integralen
11 Taktfahrplans
12 (Brandenburgtakt bzw. Deutschlandtakt) zügig angehen. Durch die Elektrifizierung der Strecken,
13 technologieoffene eigenelektrische Antriebe der Fahrzeuge sowie die Versorgung durch 100 Prozent
14 erneuerbare Energien wollen wir die Emissionen des ÖPNV deutlich senken. In den Zügen und den
15 landesbedeutsamen Buslinien wollen wir kostenloses W-LAN etablieren. Wir wollen langfristig sehr
16 günstige Monats- & Jahrestickets (365 Euro-Ticket) anbieten sowie Schüler*innen, Studierende und
17 Auszubildende kostenlos fahren lassen. Als ersten Schritt wollen wir ein 365 Euro-Ticket für Schüler*innen
18 und Auszubildende einführen. Die Tarifzongrenzen wollen wir kritisch überprüfen und mit Regionen der
19 angrenzenden Bundesländer gemeinsame Tarifgebiete entwickeln. Damit wollen wir den VBB erweitern
20 und einem deutschlandweiten Tarifsystem (Deutschlandtarif) näher kommen.

1.6-B (Projekt) DrahteseIn Futter und Fläche geben: freie Bahn für den Radverkehr

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Für den Klimaschutz und die Lebensqualität ist eine flächendeckende, gute Radinfrastruktur unverzichtbar.
- 2 Die politische Planung dafür wollen wir im Verkehrsministerium in einem eigenständigen Referat bündeln.
- 3 Wir wollen, dass das Land jährlich mindestens 20 Euro pro Einwohner*in für den Radverkehr ausgibt. Wir
- 4 wollen ein Radgesetz auf den Weg bringen, in dem das langfristige Ziel eines Radverkehrsanteils von 25
- 5 Prozent am Gesamtverkehr (Modal Split) festgeschrieben wird.
- 6 Dafür sollen zwischen allen Orten mit mehr als 12.000 Einwohner*innen, die weniger als 15 km
- 7 voneinander entfernt liegen, breitspurige Radschnellwege angelegt werden. Radwege sollen zunehmend
- 8 unabhängig von Straßen verlaufen. Um die Zuständigkeiten eindeutig zu klären, wollen wir im
- 9 Brandenburger Straßengesetz die Kategorie "selbstständiger Radweg" einführen. Zudem sollen
- 10 Planungshoheit und Baulast von Radwegen vermehrt beim Land liegen. Landkreise und Kommunen sollen
- 11 die Kosten all ihrer geförderten Baumaßnahmen für den Radverkehr nur zu zehn Prozent selbst tragen. Die
- 12 übrigen 90 Prozent sollen aus EU- & Landesmitteln finanziert werden. Die vom Land Berlin geplanten
- 13 Radschnellwege sollen vom Land Brandenburg bis in das Berliner Umland verlängert werden. Ebenso
- 14 braucht es einen Radschnellweg, der als Außenring die Berliner Vororte miteinander verbindet. Ein
- 15 umfassendes Monitoring soll der Verschleppung von Vorhaben vorbeugen. Eine „Lastenradprämie“ von
- 16 1.000 Euro soll die Anschaffung
- 17 betrieblich oder gemeinnützig genutzter Lastenräder fördern.

Beschluss

Drahtesel/Futter und Fläche geben: freie Bahn für den Radverkehr

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Für den Klimaschutz und die Lebensqualität ist eine flächendeckende, gute Radinfrastruktur unverzichtbar.
- 2 Die politische Planung dafür wollen wir im Verkehrsministerium in einem eigenständigen Referat bündeln.
- 3 Wir wollen, dass das Land jährlich mindestens 20 Euro pro Einwohner*in für den Radverkehr ausgibt. Wir
- 4 wollen ein Radgesetz auf den Weg bringen, in dem das langfristige Ziel eines Radverkehrsanteils von 25
- 5 Prozent am Gesamtverkehr (Modal Split) festgeschrieben wird.
- 6 Dafür sollen zwischen allen Orten mit mehr als 12.000 Einwohner*innen, die weniger als 15 km
- 7 voneinander entfernt liegen, breitspurige Radschnellwege angelegt werden. Radwege sollen zunehmend
- 8 unabhängig von Straßen verlaufen. Um die Zuständigkeiten eindeutig zu klären, wollen wir im
- 9 Brandenburger Straßengesetz die Kategorie "selbstständiger Radweg" einführen. Zudem sollen
- 10 Planungshoheit und Baulast von Radwegen vermehrt beim Land liegen. Landkreise und Kommunen sollen
- 11 die Kosten aller ihrer geförderten Baumaßnahmen für den Radverkehr nur zu zehn Prozent selbst tragen. Die
- 12 übrigen 90 Prozent sollen aus EU- & Landesmitteln finanziert werden. Die vom Land Berlin geplanten
- 13 Radschnellwege sollen vom Land Brandenburg bis in das Berliner Umland verlängert werden. Ebenso
- 14 braucht es einen Radschnellweg, der als Außenring die Berliner Vororte miteinander verbindet. Ein
- 15 umfassendes Monitoring soll der Verschleppung von Vorhaben vorbeugen. Eine „Lastenradprämie“ von
- 16 1.000 Euro soll die Anschaffung
- 17 betrieblich oder gemeinnützig genutzter Lastenräder fördern.

1.6-C (Projekt) BER – Flugverkehr begrenzen, Vorrang für Lärmschutz

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen das Projekt BER bestmöglich zu Ende führen. Der Luftverkehr muss selbst für die
- 2 Wirtschaftlichkeit sorgen. Es dürfen keine weiteren Steuergelder versenkt werden. Illusorische
- 3 Ausbaupläne lehnen wir ab, da der Flughafen durch Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung faktisch
- 4 immer mehr innerstädtisch wird und dies auch aus klimapolitischen Erwägungen inakzeptabel wäre. Das
- 5 Wachstum des Luftverkehrs in der Hauptstadtregion hat aufgrund massiver Anwerbung von Billig-Airlines
- 6 bisher immer alle Prognosen übertroffen. Wir wollen dieser Entwicklung nicht tatenlos gegenüberstehen,
- 7 sondern den Flugverkehr auf das nötige Maß begrenzen. Das Projekt Masterplan 2040 lehnen wir ab. Der
- 8 BER darf im dichtbesiedelten Gebiet nicht für 55 Mio Passagiere ausgebaut werden. Weder mit noch ohne
- 9 Planfeststellungsverfahren. Bei Kapazitätsengpässen müssen die Start- und Landerechte
- 10 marktwirtschaftlich versteigert werden. Die Offenhaltung von Tegel ist für uns keine Option. Konkret
- 11 fordern wir ein
- 12 generelles Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und eine endgültige Absage an alle Pläne zu einer dritten
- 13 Start- und Landebahn. Alle betroffenen Haushalte müssen den Schallschutz gemäß den Schutzziele des
- 14 Planfeststellungsbeschlusses erhalten.

Beschluss

BER – Flugverkehr begrenzen, Vorrang für Lärmschutz

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen das Projekt BER bestmöglich zu Ende führen. Der Luftverkehr muss selbst für die
- 2 Wirtschaftlichkeit sorgen. Es dürfen keine weiteren Steuergelder versenkt werden. Illusorische
- 3 Ausbaupläne lehnen wir ab, da der Flughafen durch Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung faktisch
- 4 immer mehr innerstädtisch wird und dies auch aus klimapolitischen Erwägungen inakzeptabel wäre. Das
- 5 Wachstum des Luftverkehrs in der Hauptstadtregion hat aufgrund massiver Anwerbung von Billig-Airlines
- 6 bisher immer alle Prognosen übertroffen. Wir wollen dieser Entwicklung nicht tatenlos gegenüberstehen,
- 7 sondern den Flugverkehr auf das nötige Maß begrenzen. Das Projekt Masterplan 2040 lehnen wir ab. Der
- 8 BER darf im dichtbesiedelten Gebiet nicht für 55 Mio Passagiere ausgebaut werden. Weder mit noch ohne
- 9 Planfeststellungsverfahren. Bei Kapazitätsengpässen müssen die Start- und Landerechte
- 10 marktwirtschaftlich versteigert werden. Die Offenhaltung von Tegel ist für uns keine Option. Konkret
- 11 fordern wir ein
- 12 generelles Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und eine endgültige Absage an alle Pläne zu einer dritten
- 13 Start- und Landebahn. Alle betroffenen Haushalte müssen den Schallschutz gemäß den Schutzzielen des
- 14 Planfeststellungsbeschlusses erhalten.

Beschluss

1.6 Ziele setzen und erreichen: Mobilität

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Strategien, die die Landesregierung in den letzten Jahren im Bereich der Mobilität vorgelegt hat, haben
2 nicht dazu beigetragen die Verkehrswende in Brandenburg einzuleiten. So ist etwa das in der
3 Mobilitätsstrategie formulierte Ziel, den Anteil des Umweltverbunds (Fuß, Rad, Öffentlicher Verkehr) an den
4 zurückgelegten Wegen von 47 Prozent (Stand 2008) auf 50 Prozent in 2030 zu erhöhen, völlig ambitionslos.
5 Wir wollen erreichen, dass dieser Anteil bis 2030 auf zwei Drittel am gesamten Verkehrsvolumen steigt.
6 Zudem soll es überall in Brandenburg möglich sein, ohne ein eigenes Auto ein gutes Leben zu führen.

8 **Straßen erhalten statt neubauen**

9
10 In Brandenburg ist die Straßeninfrastruktur bereits gut ausgebaut. Allerdings sind viele Straßen und
11 Brücken sanierungsbedürftig. Eine Spatenstichpolitik, die immer weitere Neubauprojekte anschiebt, die
12 wiederum Folgekosten nach sich ziehen, lehnen wir daher ab. Wir wollen stattdessen das Prinzip Erhalt vor
13 Neubau etablieren. Wir setzen auf die Pflege und den Erhalt der bestehenden Straßen. Um die
14 Investitionsentscheidungen nachvollziehbar zu machen, wollen wir alle Straßenbaumaßnahmen nach
15 nachvollziehbaren Kriterien priorisieren. Ausbau darf es nur dort geben, wo zuvor alle Möglichkeiten
16 genutzt wurden, um Verkehr zu vermeiden, zu verlagern und zu beruhigen. Dort wo Lückenschlüsse und die
17 Beseitigung von Engpässen oder auch Ortsumgehungen zur Entlastung von Anwohner*innen notwendig
18 sind, setzen wir auf kostengünstige und umweltverträgliche Lösungen. Das betrifft auch den
19 Flächenverbrauch sowie die Lärmbelastung und die Verkehrssicherheit. Wo Straßen zu groß für den Bedarf
20 sind,

21 müssen auch ein Rückbau und eine Rückgewinnung von Naturflächen möglich sein. Innenstadtflächen
22 wollen wir möglichst für die Menschen zurückgewinnen, die Aufenthaltsqualität in Zentrumslagen steigern
23 und damit Handel und Gastronomie stärken.

24
25 Den geplanten Ausbau der A14 lehnen wir als überdimensioniert ab und wollen stattdessen einen Ausbau
26 der B189 mit den lang ersehnten Ortsumfahrungen. Die B96 wollen wir lediglich maßvoll mit der
27 Einrichtung von Überholspuren und Ortsumfahrungen an geeigneten Stellen ausbauen. Dabei darf es
28 keinen weiteren Flächenfraß und Zerschneidung von unzerschnittenen Flächen geben, insbesondere nicht
29 Naturparks oder anderer geschützter Flächen, wie bei der geplanten Schneise für die Ortsumgehung der
30 B96 um Fürstenberg/Havel. Durch den Verzicht auf überdimensionierte Projekte kann der
31 Investitionsrückstau im Bestand finanziert werden.

32
33 Wir wollen eine Roadmap für Formen der alternativen Betankung. Vor allem wollen wir Elektromobilität
34 fördern, um den ökologischen Fußabdruck des Verkehrs zu verbessern. Die Landesverwaltung muss hier
35 Vorreiter werden und ihre Fahrzeugflotte auf Elektroantrieb umstellen. Wo das technisch noch nicht
36 möglich oder sinnvoll ist, unterstützen wir die Nutzung von Erdgas (CNG) als Brückentechnologie. Wir
37 setzen uns für den Ausbau des Netzes von Elektro-Ladepunkten und Erdgastankstellen ein. Für die

38 verstärkte Nutzung von Carsharing wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern.

39

40 Den Güterverkehr wollen wir von den Straßen auf die Schiene holen. Das schont sowohl die Umwelt, als
41 auch unser Klima und unser aller Nerven. Immer mehr Menschen leiden unter dem wachsenden
42 Güterverkehr. Neben den gesundheitlichen Folgen werden auch die Schäden an Gebäuden und Straßen zur
43 Belastung für die öffentlichen und privaten Kassen. Die ab 2019 festgesetzten LKW-Mautsätze decken die
44 unserer Volkswirtschaft entstehenden Kosten der Luftverschmutzung nur zu 75 Prozent ab, die Kosten der
45 Lärmbelastung sogar nur zu 28%. Um stärkere Anreize für Investitionen in emissionsarme Fahrzeuge und
46 für Verkehrsverlagerungen und damit für den Klimaschutz zu erreichen, wollen wir die LKW-Maut zu einer
47 Logistikabgabe weiter entwickeln. Dabei soll die Maut auf Bundesstraßen höher ausfallen, als auf den
48 Autobahnen, um den LKW-Verkehr wieder auf den Autobahnen zu konzentrieren. Dort wo alle anderen
49 Maßnahmen versagen, wollen wir Durchfahrtsverbote für den Transit-LKW-Verkehr durchsetzen.

50 **Trendwende für den öffentlichen Nahverkehr einleiten**

51 Zwischen 2006 und 2016 sind die Fahrgastzahlen im Brandenburger Regionalverkehr um 60 Prozent
52 gestiegen. Gleichzeitig wurden im Jahr 2016 674.000 km weniger Zugkilometer vom Land bei den
53 Verkehrsträgern bestellt als in 2006. Von einst 557 Bahnhöfen (1990) sind nur noch 318 (2018) übrig
54 geblieben. Wichtige Infrastrukturprojekte wurden jahrelang nicht angegangen und kommen nun erst nach
55 2030. Die vom Bund bereitgestellten Finanzmittel für den Regionalverkehr (sogenannte
56 Regionalisierungsmittel) werden nur zu zwei Drittel für den eigentlichen Zweck der Zugbestellungen
57 eingesetzt. Die jetzt durch die Neuausschreibung der Verkehrsverträge für einige Zugverbindungen
58 beschlossenen Verbesserungen werden allerdings erst 2022 wirksam und durch einige Verschlechterungen
59 auch konterkariert. Bis dahin werden die Fahrgastzahlen allerdings voraussichtlich noch einmal um mehr
60 als 25 Prozent steigen.

61

62 Die Folgen dieser Entwicklungen müssen viele Menschen täglich, im wahrsten Sinne des Wortes, hautnah
63 erleben. Dabei hat der öffentliche Nahverkehr viele Vorteile gegenüber dem privaten Autoverkehr: Er hat
64 eine geringere Klimabelastung, verursacht weniger Unfallopfer, deutlich weniger Lärm und
65 Flächenverbrauch. Er transportiert Menschen, die anders kaum mobil sein könnten, weil sie sich z.B. kein
66 Auto leisten können oder aufgrund des Alters nicht mehr Auto fahren. Öffentlicher Nahverkehr ist
67 Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Infrastruktur und Mobilitätsangebote insgesamt so beschaffen sind, dass
68 die Menschen nicht auf das Auto angewiesen sind. Es ist höchste Zeit hier wirksame Maßnahmen zu
69 ergreifen.

70 Verbesserungen kosten Geld, deshalb wollen wir als erstes die Zweckentfremdung der
71 Regionalisierungsmittel stufenweise beenden und diese mittelfristig komplett für die Bestellung von
72 Zugkilometern einsetzen. Das Land muss außerdem zusätzlich eigenes Geld in die Hand nehmen, um den
73 übrigen öffentlichen Nahverkehr zu finanzieren. Im Personenbeförderungsgesetz ist das Ziel
74 festgeschrieben, eine vollständige Barrierefreiheit in Bussen und Straßenbahnen bis 2022 herzustellen. Um
75 dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die Gelder für den kommunalen ÖPNV um 10 Mio. Euro pro Jahr
76 erhöhen sowie weitere 10 Mio. Euro pro Jahr für den Erhalt der Straßenbahnen zur Verfügung stellen und
77 damit die Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte bei dieser Aufgabe deutlich unterstützen. Im
78 Gegenzug wollen wir als Land Mindeststandards bei der Bedienung von einzelnen Orten entwickeln. Wir
79 wollen auch prüfen, welches Potenzial gemeindeübergreifende Tram-Verbindungen
80 (Überland-)Straßenbahnen, Mehrsystembahnen
81 haben, wenn bestehende Linien verlängert werden.

82 Da viele Mobilitätsströme Brandenburgs Berlin als Durchgangs-, Ausgangs- oder Zielpunkt haben, fordern
83 wir einen gemeinsamen Landesnahverkehrsplan (LNVP) für beide Länder. Regionalbahnen, die überall
84 halten, und Regionalexpress, die nur in den größeren Orten halten, sollen sich künftig hierbei stärker
85 voneinander unterscheiden. Zusätzlich wollen wir einen Metropoexpress (ME) einführen. Dieser soll die
86 Lücke zwischen S-Bahn und Regionalverkehr schließen, indem er im Berliner Umland an möglichst allen
87 Bahnhöfen, in Berlin dagegen nur an den zentralen Knotenpunkten hält. Erforderlich sind auch

88 Querverbindungen innerhalb Brandenburgs, insbesondere über Kreisgrenzen hinweg. Für die Strecken, auf
89 denen das über den Schienenverkehr nicht möglich ist, fordern wir den Aufbau eines Netzes
90 landesbedeutsamer Buslinien, analog zu dem bereits bestehenden System in Sachsen-Anhalt. Dieses kann
91 das Konzept der bestehenden Plus-Busse aufgreifen und erweitern.

92 Wir wollen mindestens einen einstunden-Takt an Wochentagen durch Regionalverkehr und
93 landesbedeutsame Buslinien zwischen 5 und 22 Uhr und eine weitere Verbindung um Mitternacht.
94 Langfristig schwebt uns ein brandenburgisches Nachtliniennetz vor. Zunächst ist es vor allem wichtig, dass
95 von Freitag bis Sonntag mehr Züge in der Nacht fahren - möglichst in allen Regionen Brandenburgs. Alle
96 kreisfreien Städte sollen unter der Woche über die Hauptverkehrsstrecken im 20-Minuten-Takt
97 angebunden sein. Für die S-Bahn in Brandenburg ist der zehnminuten-Takt unser mittelfristiges Ziel. Bei
98 vielfrequenzierten Strecken ist eine Taktverdichtung weit darüber hinaus notwendig. Die vom Bund
99 angekündigte Unterstützung für die Einführung eines Taktfahrplans (Deutschlandtakt) unterstützen wir
100 ausdrücklich und wollen einen Brandenburg-Takt bereits vorher im Land so weit wie möglich erreichen,
101 u.a. durch abgestimmtere Fahrzeiten von Bahn- und Busverkehr.

102 Wir setzen uns dafür ein, die Verbindungen nach Polen in Richtung Szczecin, Gorzów Wielkopolski, Poznań,
103 Zielona Góra und Wrocław deutlich auszubauen und bedarfsgerecht zu takten, um der wachsenden
104 Nachfrage nach grenzüberschreitenden Verbindungen gerecht zu werden.

105 **Infrastruktur anpassen**

106 Ohne Infrastrukturanpassungen ist an vielen Stellen eine Verbesserung des Leistungsangebots nicht
107 möglich. Stilllegungen, Abkopplungen und Entwidmungen von Zugstrecken lehnen wir gänzlich ab.
108 Ungenutzte Strecken sowie kaum genutzte Güterverkehrsstrecken möchten wir dauerhaft für den
109 Personenverkehr sichern. Strecken und Bahnhalte wollen wir reaktivieren, insbesondere da, wo größere
110 Zentren verbunden werden. Das gilt im besonderen für die Stammbahn, die als Regionalbahnstrecke
111 zwischen Potsdam und der Berliner Innenstadt als Entlastung für die überlastete Regionalexpresslinie 1
112 dringend benötigt wird. Kapazitätsengpässe, die Auswirkungen auf das Gesamtnetz haben (z.B. Bahnhof
113 Königs-Wusterhausen, Hamburger Bahn zwischen Spandau und Nauen, eingleisige Regionalstrecken)
114 wollen wir dringend beseitigen und notwendige Ausweichstrecken bzw. Überholstellen schaffen. Wir
115 fordern, dass an allen neuralgischen Punkten die S-Bahnlinien zweigleisig ausgebaut werden, um die
116 Fahrplanstabilität zu
117 gewährleisten und notwendige Taktverdichtungen zu ermöglichen. Für die Bahnhofsgebäude konnten wir
118 die Landesregierung von einem Sanierungsprogramm überzeugen. Wir bleiben dran, um den Erhalt der
119 Gebäude zu sichern und Neunutzungen anzuregen. Seit Bündnis 90/Die Grünen in Berlin mitregieren, geht
120 es mit den Infrastrukturplanungen endlich wieder voran. So haben Brandenburg, Berlin und die Bahn eine
121 Rahmenvereinbarung für Infrastrukturverbesserungen beschlossen. Auch auf Brandenburg Seite sind
122 starke Bündnisgrüne notwendig, damit es in diesem Bereich ambitioniert voran geht.

123 Wir wollen die Emissionen beim Verkehr auf der Schiene deutlich senken. Dies wollen wir über die
124 Elektrifizierung der Strecken einerseits und über technologieoffene eigenelektrische Antriebe der
125 Fahrzeuge andererseits erreichen. Bei der Stromversorgung wollen wir dabei auf 100 Prozent Erneuerbare
126 Energien zurückgreifen. Fahrräder und öffentlicher Nahverkehr sind die perfekten Partner. Rund um die
127 Bahnhöfe wollen wir diebstahlsichere und wetterfeste Abstellplätze, abschließbare Boxen bis hin zu
128 Fahrradparkhäusern mit Reparatur-Service wie in Bernau und Potsdam anbieten.

129 **Tarife attraktiv gestalten**

130 Steht für uns zunächst die Angebotsverbesserung im Vordergrund, wollen wir mittelfristig auch die Tarife
131 umgestalten, um das dann verbesserte Angebot auch finanziell attraktiv zu gestalten. Um die Nutzung des
132 ÖPNV deutlich zu vereinfachen, möchten wir sehr günstige Monatstickets anbieten, die sich bereits ab 15
133 Fahrten im Monat rechnen. Langfristig sollen Jahrestickets für das gesamte VBB-Gebiet ab 1€ am Tag
134 erhältlich sein (365€-Ticket) und Schüler*innen, Auszubildende und Studierende kostenlos fahren.
135 Beginnend wollen wir ein 365€-Ticket für Schüler*innen und Auszubildende anbieten und das Wirrwarr der
136 verschiedenen kreislichen Erstattungsregeln harmonisieren. Senioren und Familientickets sollen

137 insgesamt günstiger werden. Dabei anfallende Mehrkosten muss das Land übernehmen. Wir wollen, dass
138 Berlin in das Brandenburger Sozialticket integriert wird. Das Lösen von Fahrscheinen in Bussen und Zügen
139 mit Bargeld muss ohne Aufpreis möglich sein. Wir wollen auch die rechtlichen
140 Möglichkeiten schaffen, lokal umlagefinanzierte Systeme zur vollständigen Fahrscheinfreiheit zu
141 etablieren. Langfristig können wir uns einen komplett umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehr
142 vorstellen, wenn damit für die kommunalen Aufgabenträger der relative Kostendeckungsgrad gesteigert
143 und die absoluten Kosten gesenkt werden.

144 Wir wollen, dass das Tarifgebiet des VBB über die äußere Landesgrenze Brandenburgs hinaus wachsen
145 kann. Auf dem Weg zu einem Deutschlandtarif streben wir zunächst mit den angrenzenden Bundesländern
146 ein einheitliches Tarifgebiet an. Vor allem im Bereich der Lausitz durch gemeinsame Tarife mit den
147 Verkehrsverbänden VVO und ZVON oder im Norden mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
148 ergäbe sich dadurch ein Mehrwert. Auch im deutsch-polnischen Grenzgebiet und insb. bei den
149 deutsch-polnischen Doppelstädten muss dieses Anliegen verfolgt werden. Den Berlin-C-Bereich wollen wir
150 auf einige Orte wie Bestensee, Zossen oder Rehfelde ausweiten. Wir wollen, dass Tarifzongrenzen Städte
151 und Gemeinden nicht mehr durchschneiden, wie das z.B. bei Oranienburg mit seinen Ortsteilen der Fall
152 ist.

153 Da für viele Strecken ein Wechsel zwischen Rad, Bus und Bahn notwendig ist, muss es das langfristige Ziel
154 des Verkehrsverbands Berlin-Brandenburg (VBB) sein, auch Bike- und Carsharing oder ähnliche innovative
155 Kombinationsmöglichkeiten anzubieten. Wir wollen den VBB so zu einem allgemeinen
156 Mobilitätsdienstleister weiterentwickeln. Gerade der Weg von zu Hause bis zur Haltestelle bzw. von dort
157 nach Hause - die sogenannte "Letzte Meile" - ist oft die entscheidende Hürde. Deshalb ist eine Einbeziehung
158 des Taxigewerbes anzuregen und durchaus erstrebenswert, besonders wenn gleich mehrere Personen in
159 dieselbe Richtung weiterreisen möchten.

160 Hier besteht auch viel Potenzial für autonomes Fahren. Dafür wollen wir Pilotprojekte starten, um die
161 Auswirkungen zu erforschen.

162 Wir wollen außerdem eine Smartphone-App, die eine verkehrsträgerübergreifende Wegeauskunft, inklusive
163 Fahrrad- und Carsharing sowie den gleichzeitigen Fahrscheinerwerb für all diese Produkte ermöglicht. Im
164 Zusammenspiel mit qualitativ ansprechendem Fahrradverleih an den Bahnhöfen wollen wir die
165 kombinierte Nutzung von Fahrrädern und öffentlichem Nahverkehr deutlich attraktiver machen.

166 **Radverkehr – Potential erkennen und nutzen**

167 Brandenburg ist ein Fahrradland, doch der Zustand unserer Radwege ist alarmierend – das Radverkehrsnetz
168 ist lückenhaft und die bestehende Substanz verfällt. Die Hälfte aller Radwege außerorts ist älter als 15
169 Jahre. Ähnlich sieht es bei den touristischen Radwegen aus. Mittel für die Instandhaltung und den
170 Radwegeausbau wurden gekürzt – obwohl der Radverkehr deutschlandweit aktuell einen Boom erlebt.

171 Die „Radverkehrsstrategie 2030“ der rot-roten Landesregierung ist in weiten Teilen eine bloße
172 Beschreibung des Ist-Zustands und enthält keine ehrgeizigen Ziele. Auch die Finanzen sind ernüchternd:
173 Für 2017 und 2018 flossen insgesamt nur rund 6,3 Millionen Euro in den Radverkehr. Das entspricht
174 gerade einmal etwas mehr als vier Prozent an der Gesamtsumme der Ausgaben für Straßen! Für uns steht
175 fest: Das ist viel zu wenig, um die bestehenden Radwege zu erhalten und bestehende Lücken im Wegenetz
176 zu schließen.

177 Wir treten für einen grundlegenden Wandel der Radverkehrspolitik in Brandenburg ein und wollen das
178 Fahrrad als gleichberechtigtes Fahrzeug neben dem Auto fördern. Wir brauchen ein Gesetz zur Förderung
179 des Radverkehrs, in welchem nach dem Vorbild des Berliner Radgesetzes Maßnahmen verpflichtend
180 festgeschrieben werden. Jeder Ort in Brandenburg soll sicher mit dem Fahrrad erreichbar sein. Wo der
181 Verkehr dies auf der Straße unsicher macht, muss ein baulich getrennter Radweg geschaffen werden.
182 Hierfür schlagen wir das Sonderprogramm „Straßenbegleitende Radwege“ im Haushalt vor. Die
183 Investitionen in den Radverkehr müssen mindestens dem Anteil des Radverkehrs an allen zurückgelegten
184 Wegen entsprechen. Bike & Ride und Fahrradmitnahme: Radfahren muss für Pendler*innen wie für

185 Tourist*innen attraktiver werden. Kreisgrenzen dürfen keine Hindernisse für Verknüpfungen darstellen. Wir
186 brauchen mehr Bike & Ride-Parkplätze und die Fahrradmitnahme im ÖPNV muss weiter ausgebaut
187 werden.

188 Auch für längere Wege im Alltag kommt das Fahrrad immer stärker zum Einsatz, nicht zuletzt, weil die
189 Nutzung von E-Bikes kontinuierlich ansteigt. Wir brauchen deshalb überregionale Radschnellwege, die
190 Dörfer und Städte verbinden. Die in Berlin geplanten Radschnellwege wollen wir auf Brandenburger Seite
191 sinnvoll weiter führen. Wir wollen einen Radschnellweg, der als Außenring die Orte im Berliner Umland
192 miteinander verbindet. Alle Orte mit mehr als 12.000 Einwohner*innen, die weniger als 15 km voneinander
193 entfernt liegen, sollen durch breitspurige Radschnellwege verbunden werden. Zu diesem Vorschlag gehört
194 auch, dass Radwege zunehmend unabhängig von Straßen verlaufen werden. Um die Zuständigkeiten
195 eindeutig zu klären, muss im Brandenburger Straßengesetz die Kategorie "selbstständiger Radweg"
196 eingeführt werden. Es soll eine Plattform für verbesserten Dialog zwischen benachbarten Kommunen und
197 Landkreisen geschaffen werden, um die Zusammenarbeit beim Bau von Radwegen zu koordinieren. Zudem
198 sollen Planungshoheit und Baulast von Radwegen vermehrt beim Land liegen. Landkreise und Kommunen
199 sollen bei den Kosten für die Baumaßnahmen entlastet werden und künftig die Finanzierung des
200 Radverkehrs nur zu zehn Prozent selbst tragen, die restlichen 90 Prozent der Baulast sollen beim Land
201 liegen. So wird es teilweise bereits in Sachsen gehandhabt. Wir wollen, dass Brandenburg mindestens ein
202 Drittel des bisherigen Landesstraßenbauetats für Radinfrastruktur bereitstellt und die personellen
203 Voraussetzungen für die Umsetzung der Projekte schafft. Mit jährlich mindestens 20 Euro pro Einwohner*in
204 entspricht das ca. 50 Millionen Euro im Jahr. Zudem braucht es ein regelmäßiges Monitoring, um den
205 Sanierungs- und Ausbaubedarf transparent zu machen.

206

207 **Vision Zero - Verkehrssicherheit erhöhen**

208

209 Noch immer sterben in Brandenburg jährlich deutlich über 100 Menschen bei Verkehrsunfällen. Bezogen
210 auf die Einwohner*innenzahl nimmt Brandenburg bundesweit wiederholt traurige Spitzenplätze ein. Aus
211 unserer Sicht muss das Ziel lauten, dass es gar keine Todesopfer mehr gibt. Technische Errungenschaften
212 wie Gurte, Airbags und ABS sowie bessere Rettungs- und Intensivmedizin haben bereits einen erheblichen
213 Beitrag zur Senkung der Opferzahlen geleistet. Weitere Neuerungen müssen konsequent genutzt werden.
214 Im Fuhrpark der Landesverwaltung wollen wir den Abbiegeassistenten verbindlich einführen. Aber auch die
215 nicht-technische Verkehrspolitik ist gefordert ihren Anteil beizutragen. Wir erkennen an, dass der Mensch
216 Fehler macht und wollen doppelt vorsorgen: Durch geeignete Maßnahmen sowohl die Fehleranfälligkeit
217 senken, als auch dafür sorgen, dass Fehler nur den geringstmöglichen Schaden anrichten können. Große
218 Teile der Verkehrswissenschaft, der Unfallforscher*innen und der Versicherer sind
219 sich einig: Innerorts sollte Tempo 30 die Regelgeschwindigkeit sein und höhere Geschwindigkeiten an den
220 Hauptachsen gekennzeichnet werden. Um diesem Ziel näher zu kommen, wollen wir mit einer
221 Bundesratsinitiative eine dahingehende Änderung der StVO erreichen. Bis dahin wollen wir in einer
222 besonders unfallträchtigen Gemeinde einen Modellversuch durchführen. Auf den Autobahnen wollen wir
223 den landesrechtlichen Spielraum ausnutzen um Tempo 120 als Höchstgeschwindigkeit festzulegen. An
224 unfallträchtigen Alleen wollen wir durch Leitplanken dazu beitragen, dass Unfälle nicht mehr tödlich am
225 Baum enden. Radfahrer*innen und Fußgänger*innen benötigen dann ausreichend Platz und im Zweifel
226 eigene Wege. Verkehrssicherheitskampagnen von Verbänden, die sich der Vision Null Verkehrstote
227 verschrieben haben, wollen wir unterstützen. Schließlich wollen wir durch die allgemeine Verkehrspolitik
228 erreichen, dass das Auto öfter stehen gelassen wird, denn eine Autofahrt ist bis zu 40mal gefährlicher als
229 die
230 Nutzung von Bus und Bahn.

231 **BER – Luftverkehr begrenzen**

232 Der Bau des Flughafens BER ist von einer einzigartigen, desaströsen Fehlerkette geprägt. Durch Fehler in
233 Planung und Bauausführung sind die Kosten für das Projekt von ursprünglich geplanten 2,5 Mrd. Euro auf
234 derzeit über 7 Mrd. Euro gestiegen. Beim Lärmschutz der Anwohner*innen wird dagegen gespart.

235 Entsprechender Schallschutz wird nur noch bei einem Bruchteil der Gebäude eingebaut, der größere Teil
236 wird mit 30 Prozent des speziellen Gebäudewertes abgefunden. Immerhin gibt es jetzt
237 Ultrafeinstaub-Messungen.

238
239 Wir wollen das Projekt bestmöglich zu Ende führen. Dazu muss für uns sichergestellt werden, dass der
240 Luftverkehr für die Finanzierung des Betriebs stärker herangezogen wird und keine weiteren Steuergelder
241 versenkt werden. Durch das Bevölkerungswachstum und die Siedlungsentwicklung wird der BER immer
242 mehr zu einem nahezu innerstädtischen Flughafen, sodass die Lärmschutzmaßnahmen in vollem Umfang
243 durchzusetzen sind. Außerdem muss endlich anerkannt werden, dass der Luftverkehr Grenzen hat. Wir
244 wollen dafür sorgen, dass die jetzt diskutierten Ausbaupläne (Masterplan 2040) für den BER ad acta gelegt
245 werden. Eine dritte Start- und Landebahn schließen wir für die Zukunft kategorisch aus. Die
246 Anwohner*innen brauchen ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Der Flughafen Tegel muss wie
247 vorgesehen nach der Eröffnung des BER geschlossen werden. Die in der Entgeltordnung vorgesehenen
248 verkehrsfördernden Maßnahmen wollen wir komplett abschaffen und stattdessen empfindliche
249 Lärmentgelte
250 einführen.

251 Insgesamt möchten wir darauf hinweisen, dass der ausgewählte Standort nur für eine begrenzte Kapazität
252 geeignet ist. Sollte es zu Kapazitätsengpässen kommen, ist nicht der Flughafen zu klein, sondern der
253 Luftverkehr zu groß geworden. Als Alternative zu Kurzstreckenflügen möchten wir den Fernverkehr auf der
254 Schiene entwickeln. Um übermäßige Mittel- und Langstreckenflüge zu vermeiden, werben wir für einen
255 Kulturwechsel. Urlaub in der Region wollen wir u.a. durch besseren öffentlichen Nahverkehr deutlich
256 attraktiver machen. Weitere Steigerungen im Luftverkehr sind schon allein aus klimapolitischen
257 Erwägungen inakzeptabel. In diesem Fall befürworten wir ein marktwirtschaftliches Versteigern der Start-
258 und Landerechte. Auf Bundesebene kämpfen wir für eine Luftverkehrs- und/oder Kerosinsteuer, die beim
259 Flugverkehr die wahren gesellschaftlichen Kosten darstellt.

1.7. Grüne Gründerzeit: sozial-ökologisch Wirtschaften

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Mehrere Megatrends wirken sich grundlegend auf Wirtschaft und Gesellschaft aus: Die Digitalisierung auf
2 die Art, wie wir kommunizieren, wie wir uns informieren, wie wir produzieren und konsumieren.
3 Gleichzeitig wirkt sich die Klimakrise und das Fördermaximum von fossilen Energieträgern auf die
4 finanzielle und politische Verfügbarkeit dieser Rohstoffe aus. Die demografische Entwicklung führt zu
5 einem massiven Fachkräftemangel. Hinzu kommt eine aktuelle Phase der Hochkonjunktur auf der einen
6 und der wachsenden Vermögens- und Einkommensunterschiede auf der anderen Seite. Grundansatz
7 unserer Wirtschaftspolitik ist es, die vorhandenen Mittel nachhaltig in die Zukunft zu investieren. Das
8 bedeutet Ressourcen sparsam einzusetzen und die Umwelt nicht zu verschmutzen, die Wertschöpfung fair
9 zu verteilen und Armut zu bekämpfen sowie das gesamtgesellschaftliche Kosten-Nutzen-Verhältnis zu
10 betrachten. Wir wollen die Wirtschaftspolitik darauf ausrichten, dass Produktion und Dienstleistungen in
11 Brandenburg in Zukunft ökologischer, solidarischer, digitaler, kommunikativer, dezentraler und vernetzter
12 werden. Brandenburg soll Vorreiter in Sachen sozialökologischer Marktwirtschaft werden. Kleine und
13 mittelständische Unternehmen sowie Gründer*innen sind häufig die Treiber*innen dieser Transformation
14 und sind für uns Hauptaugenmerk unserer Wirtschaftspolitik. Mit der Förderung dieser wollen wir zudem
15 den immer größer werdenden Monopolstrukturen etwas entgegensetzen.

16 17 **Auf Qualität statt Quantität setzen**

18 Während die Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit vor allem auf Quantität setzte, um Arbeitsplätze zu
19 schaffen bzw. die Arbeitslosigkeit zu senken, stehen wir heute vor einem zunehmenden Fachkräftemangel,
20 der eine Verschiebung hin zu einer neuen qualitativen Wirtschaftsförderung verlangt. Auch die
21 ökologischen Leitplanken verlangen eine konsumkritische Abkehr von der undifferenziert immer weiteren
22 Steigerung der Produktion. Es kommt auch darauf an, Wegwerfprodukte durch langlebige Waren zu
23 ersetzen, zu reparieren statt wegzuschmeißen, Dinge Second Hand zu nutzen statt neu anzuschaffen und
24 Dinge zu teilen, statt zu besitzen. Mit nachhaltiger Wirtschaftsförderung wollen wir die vielen Ideen, die
25 diese Ansätze bereits beherzigen, vorantreiben.

26 Die Wirtschaftspolitik der rot-roten Landesregierung schenkt diesen neuen Impulsen wenig Beachtung.
27 Das fortwährende Festhalten an der Braunkohlewirtschaft ist symptomatisch für einen
28 innovationsfeindlichen Wirtschaftskonservatismus, der für die Gewinne von heute die Chancen von morgen
29 opfert und Regionen ihre Zukunft raubt. Viel zu wenig wird hingegen auf die vielerorts kleinteilig geprägte
30 Wirtschaft unseres Landes eingegangen. Es fehlt eine professionelle und aktivierende Gründungs- und
31 Innovationsförderung, ein Fokus auf Kreativität und Gründung im Bildungsbereich und eine Strategie
32 gegen den Brain-Drain von Querdenker*innen, Akademiker*innen und Fachkräften. Wir treten dafür ein,
33 dass Brandenburg das Image eines innovativen Wirtschaftsraums bekommt.

34 Ziel einer landesweiten Start-Up- und Innovationspolitik muss es sein, sich nicht nur auf
35 Hochschulstandorte und junge Akademiker*innen zu konzentrieren. Das Potenzial ist auch in anderen
36 Teilen des Landes und beispielsweise im Handwerk hoch. Wir setzen uns für die kostenfreie

37 Meisterausbildung in Brandenburg ein und wollen, dass auch hier Aspekte der Digitalisierung und der
38 Innovationsförderung stärker Berücksichtigung finden.

39

40 **Gründungen anschieben**

41 In Zeiten von Hochkonjunktur und Fachkräftemangel wollen wir weg von den Investitionszuschüssen und
42 Fördermitteln für Beton, hin zu Strukturen, die Kreativität und Innovation ermöglichen und damit
43 Gründungen anschieben! Da nicht jede Idee beim ersten Versuch funktioniert, brauchen wir auch in
44 Brandenburg eine neue fehlertolerante Gründungskultur. Leider stehen die Chancen dafür in Brandenburg
45 derzeit schlecht. Laut Gründungsmonitor der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist Brandenburg 2017
46 im Drei-Jahres-Vergleich der Bundesländer von Rang 13 auf Rang 15 abgerutscht. Interessant ist dabei der
47 Blick auf die Ergebnisse des Green Economy Gründungsmonitors 2017: Bei den grünen Gründungen weist
48 Brandenburg zwischen 2006 und 2016 die zweithöchste Gründungsintensität aller Bundesländer auf. Dies
49 zeigt, dass Brandenburg als ländlich geprägtes Bundesland mit einer großen Relevanz des Energiesektors
50 gute Bedingungen für Start-Ups mit Schwerpunkten in den Bereichen Kreislaufwirtschaft,
51 Landwirtschaft & Ernährung und in den erneuerbaren Energien bietet. Die Green Economy fasst in
52 Brandenburg schneller Fuß als andernorts. Einige Standorte haben einen Leuchtturmeffekt und locken
53 junge Start-Ups an, wie z.B. der Digital Hub Potsdam, SAP, der Filmpark Babelsberg und Hennigsdorf als
54 Pilot-Stadt für die FFTH-Technologie (Glasfaser bis ins Gebäude).

55 Viele Untersuchungen zeigen, dass Frauen anders gründen. Deshalb wollen wir Netzwerkstrukturen und
56 Forschung zu Genderaspekten stärker unterstützen. Bestehende Strukturen wie das
57 Unternehmerinnen-Netzwerk in Brandenburg sind wichtig und müssen weiterhin gefördert und unterstützt
58 werden. Um diesen Mut anzuerkennen, zeichnen wir monatlich im ganzen Land eine "Grüne Gründerin" für
59 eine innovative, nachhaltige Geschäftsidee aus. Die positiven Ansätze im Land wie der Business Plan
60 Wettbewerb, das Gründungsnetz Brandenburg, die Gründungsförderung der Hochschulen und die
61 landesweiten Lotsendienste haben die Wahrnehmung Brandenburgs als Gründerland schon verbessert.
62 Diese Aktivitäten vieler Akteure in Kooperation mit dem Wirtschafts- und mit dem Sozialministerium
63 begrüßen wir ausdrücklich. Sie müssen aber noch effizienter, konzeptionell weiter ausgearbeitet und
64 verstetigt werden.

65 Eine passgenaue Gründer*innen-Förderung soll den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen. Nur
66 ein kleiner Teil der Gründungen sind „Wachstumsgründungen“, also solche, die mit ihren Projekten auf ein
67 nachhaltiges Wachstum zielen. Zudem tragen sie zu der Entstehung eines qualifizierten Arbeitsmarkts bei,
68 der dann wiederum weitere innovative Unternehmen anzieht. Wachstumsgründungen sind digitaler,
69 innovativer, aber auch kapitalintensiver als andere Gründungen. Für diesen Bedarf braucht es besondere
70 Förderinstrumente. Vier Faktoren müssen dabei zusammenspielen: Inspiration, Qualifizierung, Infrastruktur
71 und Finanzierung. Damit können Formate und Orte geschaffen werden, die die Wahrscheinlichkeit von
72 Gründungen erhöhen. Um eine größere Kompetenz für den Bereich Innovation und Start-Up Politik in der
73 Landesregierung zu verankern, fordern wir einen Innovations- und Start-Up-Beirat, angesiedelt beim
74 Wirtschaftsministerium.

75 Die Gründungszentren an unseren Hochschulen wollen wir ausbauen – sie sollen gemeinsam mit den
76 Technologiezentren stärker in die jeweilige Region hineinwirken. Entsprechende Strukturen an den
77 außeruniversitären Forschungszentren kommen bislang nicht in den Genuss einer Landesförderung.
78 Notwendig sind aber auch außeruniversitäre Innovationszentren, in denen – themen- oder
79 branchenspezifisch – mit geeigneten Moderationsformen an der Sammlung und Konkretisierung
80 spezifischer Lösungsideen gearbeitet wird. Sie sollten eine inspirierende Gemeinschaft bieten, die durch
81 Formate wie Hackathons oder Prototypenwochen branchenübergreifende Innovationen sowie Teamfindung
82 ermöglicht. Das Angebot wird durch Weiterbildungsangebote zu Themen der Unternehmensführung, wie
83 Innovationsmanagement, Projektmanagement, Finanzplanung abgerundet. Wir möchten, dass mindestens
84 zwei Innovationszentren, die sich an unterschiedlichen Orten außerhalb des Berliner Umlandes befinden,
85 modellhaft gefördert und im Rahmen
86 eines begleitenden Forschungsprojekts evaluiert werden. Darüber hinaus möchten wir einen landesweit

87 wirkenden Inkubator einrichten, in dem besonders chancenreiche Start-Ups das Angebot erhalten, in einem
88 Start-Up-Bootcamp einen Feinschliff zu bekommen. Es kann als Auftrag vergeben oder im Rahmen einer
89 langfristigen Projektförderung betrieben werden.

90

91 **Soziales Unternehmertum stärken**

92 Wir wollen die Wirtschaftspolitik des Landes auch für soziales Unternehmertum oder Projekte zur
93 ökologischen Nachhaltigkeit verfügbar machen. Gewinn- und wachstumsorientierte Start-Ups,
94 beispielsweise aus Medizintechnik oder Softwareentwicklung, sollen soziale und ökologische Kriterien
95 einhalten müssen, um von der Wirtschaftsförderung zu profitieren. Unsere Wirtschaftsförderpolitik darf
96 deshalb nicht einseitig ökonomisch orientiert sein, sondern muss sich an ökologischen Kriterien, fairer
97 Bezahlung der Arbeitnehmer*innen, sowie der Verhinderung von Monopolstrukturen orientieren. Ideen, die
98 unsere Gemeinschaft stärken oder ökologisch nachhaltig sind, verdienen Vorfahrt.

99 Zur Unterstützung von jungen oder kleinen Unternehmen wollen wir unter Berücksichtigung der
100 regionalspezifischen Bedarfslagen offene Werkstätten etablieren. In ihnen können Geräte und
101 Technologien genutzt und geteilt werden, die für jedes einzelne Unternehmen alleine zu teuer wären. Zur
102 Refinanzierung der Werkstätten schlagen wir Nutzungsgebühren vor, die je nach Größe und
103 Wirtschaftskraft der Nutzer unterschiedlich hoch ausfallen. Für derartige offene Werkstätten wollen wir die
104 Fachhochschulen im Land nutzen. Auch genossenschaftliche oder vereinsartige Trägerstrukturen in
105 Anlehnung an landwirtschaftliche Maschinenringe sind dafür denkbar. Das ist auch eine Frage der
106 Ressourcenschonung, da somit weniger Geräte notwendig sind und diese besser ausgelastet sind.

107 **Das richtige Umfeld schaffen**

108 Gerade Unternehmer*innen in den grünen und sozialen Ökonomien, haben eine hohe innere Motivation.
109 Sie brauchen aber Stärkung, Inspiration und Vernetzung, wofür kreative, offene und kulturelle Milieus eine
110 Voraussetzung sind. Sogenannte weiche Standortfaktoren wie ein funktionierender öffentlicher
111 Nahverkehr, wohnortnahe Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und ansprechender Wohnraum sind
112 letztlich Teil einer guten Wirtschaftspolitik. Auch eine menschenrechtsorientierte und offene
113 Gesellschaftspolitik (humane Asylpolitik, Gleichstellung und aktive Antidiskriminierungspolitik) trägt zu
114 einem attraktiven Standort bei. Unerlässlich für eine erfolgreiche Unternehmenslandschaft ist eine gute
115 digitale Infrastruktur mit glasfaserbasiertem Breitbandanschluss. Genauso braucht es eine unbürokratische
116 Verwaltung, die es ermöglicht Anträge etc. komplett online abzuwickeln.

117 Co-Working-Spaces liegen in Brandenburg im Trend. Wir sehen sie als wichtige Grundlage um eine
118 attraktive Arbeit der Zukunft im ländlichen Raum zu gewährleisten und den negativen Faktoren des
119 demografischen Wandels entgegenzuwirken. Daher wollen wir ein Förderprogramm auflegen, um in ganz
120 Brandenburg in zehn Regionen solche Initiativen zu starten.

1.7-A (Projekt) Es kann so einfach sein: Sanften und naturnahen Tourismus ausbauen!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Tourismuswirtschaft ist in Brandenburg mit knapp 18.400 Beschäftigten eine umsatzstarke und
2 beschäftigungsintensive Branche. Tagestourist*innen und Urlauber*innen genießen die Schönheit der
3 Landschaft, der Dörfer und Städte, der historischen Schlösser und Gärten. Davon profitieren Gaststätten und
4 Beherbergungsbetriebe, der Einzelhandel ebenso wie die Anbieter von Freizeitaktivitäten im Bereich Sport,
5 Erholung, Freizeit und Kultur. Wir setzen auf nachhaltigen und umweltverträglichen Tourismus mit
6 vielfältigen Sport-, Gesundheits-, Wellness- und Kulturangeboten. Wir wollen die Attraktivität unseres
7 Landes für den Tourismus weiter stärken, indem wir dafür sorgen, dass unsere Natur erhalten bleibt und die
8 Infrastruktur gestärkt wird. Lebendige Dörfer, gute regionale Nahversorgung, schnelles Internet und
9 nachhaltige Mobilität kommen den Menschen vor Ort sowie dem Tourismus zugute. Fahrradurlaub und
10 Wassertourismus boomen, diese Chancen wollen wir nutzen. Tourist*innen wollen immer häufiger
11 stressfrei ohne Auto anreisen. Deshalb wollen wir die Mobilitätsangebote vor Ort mit ÖPNV und Fahrrad
12 ausweiten. In der Landesplanung wollen wir die Weichen stellen für umweltfreundlichen und naturnahen
13 Tourismus. Die Tourismusverbände und die Tourismusmarketingagentur des Landes (TMB) wollen wir
14 stärken und die sinkenden EU-Mittel hier konzentrieren. - Das könnte so einfach sein! Indem wir unser
15 touristisches Potenzial besser ausschöpfen, schaffen wir neue Jobs und Einkommensmöglichkeiten und
16 damit auch Perspektiven auch für junge Leute in den ländlichen Regionen.

Beschluss

Es kann so einfach sein: Sanften und naturnahen Tourismus ausbauen!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Tourismuswirtschaft ist in Brandenburg mit knapp 18.400 Beschäftigten eine umsatzstarke und
2 beschäftigungsintensive Branche. Tagestourist*innen und Urlauber*innen genießen die Schönheit der
3 Landschaft, der Dörfer und Städte, der historischen Schlösser und Gärten. Davon profitieren Gaststätten und
4 Beherbergungsbetriebe, der Einzelhandel ebenso wie die Anbieter von Freizeitaktivitäten im Bereich Sport,
5 Erholung, Freizeit und Kultur. Wir setzen auf nachhaltigen und umweltverträglichen Tourismus mit
6 vielfältigen Sport-, Gesundheits-, Wellness- und Kulturangeboten. Wir wollen die Attraktivität unseres
7 Landes für den Tourismus weiter stärken, indem wir dafür sorgen, dass unsere Natur erhalten bleibt und die
8 Infrastruktur gestärkt wird. Lebendige Dörfer, gute regionale Nahversorgung, schnelles Internet und
9 nachhaltige Mobilität kommen den Menschen vor Ort sowie dem Tourismus zugute. Fahrradurlaub und
10 Wassertourismus boomen, diese Chancen wollen wir nutzen. Allerdings müssen wir verhindern,
11 dass Hausboote zu Partybooten missbraucht werden, von denen aus die von anderen Erholungssuchenden
12 gesuchte Ruhe gestört wird. Ebenso müssen die Schilfgürtel besser geschützt werden. Die Wasserpolizei
13 muss daher mehr Personal bekommen. Tourist*innen wollen immer häufiger stressfrei ohne Auto anreisen.
14 Deshalb wollen wir die Mobilitätsangebote vor Ort mit ÖPNV und Fahrrad ausweiten. In der
15 Landesplanung wollen wir die Weichen stellen für umweltfreundlichen und naturnahen Tourismus. Die
16 Tourismusverbände und die Tourismusmarketingagentur des Landes (TMB) wollen wir stärken und die
17 sinkenden EU-Mittel hier konzentrieren. - Das könnte so einfach sein! Indem wir unser touristisches
18 Potenzial besser ausschöpfen, schaffen wir neue Jobs und Einkommensmöglichkeiten und damit
19 Perspektiven auch für junge Leute in den ländlichen Regionen.

1.7-B (Projekt) Raum für Ideen: Innovationszentren und Sharing-Werkstätten

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir wollen außeruniversitäre Innovationszentren schaffen, in denen – themen- oder branchenspezifisch -
2 mit geeigneten Moderationsformen an der Sammlung und Konkretisierung spezifischer Lösungsideen
3 gearbeitet wird. Sie können eine inspirierende Gemeinschaft bieten, in denen durch Formate wie
4 Hackathons oder Prototypen-Wochen branchenübergreifende Innovationen sowie Teamfindung stattfinden
5 können. Das Angebot wird durch Weiterbildungsangebote zu Themen der Unternehmensführung, wie
6 Innovationsmanagement, Projektmanagement, Finanzplanung abgerundet. Wir wollen mindestens zwei
7 Innovationszentren, die sich an unterschiedlichen Orten außerhalb des Berliner Umlandes befinden
8 modellhaft fördern und im Rahmen eines begleitenden Forschungsprojekts evaluieren lassen. Zur
9 Unterstützung von jungen oder kleinen Unternehmen wollen wir unter Berücksichtigung der
10 regionalspezifischen Bedarfslagen offene Werkstätten etablieren. In ihnen können Geräte und
11 Technologien genutzt und geteilt werden, die für
12 jedes einzelne Unternehmen alleine zu teuer wären. Zur Refinanzierung der Werkstätten schlagen wir
13 Nutzungsgebühren vor, die je nach Größe und Wirtschaftskraft der Nutzer unterschiedlich hoch ausfallen.
14 Für derartige offene Werkstätten wollen wir die Fachhochschulen im Land nutzen. Auch
15 genossenschaftliche oder vereinsartige Trägerstrukturen in Anlehnung an landwirtschaftliche
16 Maschinenringe sind dafür denkbar. Das ist auch eine Frage der Ressourcenschonung, da somit weniger
17 Geräte notwendig sind und diese besser ausgelastet sind.

Beschluss

Raum für Ideen: Innovationszentren und Sharing-Werkstätten

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen außeruniversitäre Innovationszentren schaffen, in denen – themen- oder branchenspezifisch -
- 2 mit geeigneten Moderationsformen an der Sammlung und Konkretisierung spezifischer Lösungsideen
- 3 gearbeitet wird. Sie können eine inspirierende Gemeinschaft bieten, in denen durch Formate wie
- 4 Hackathons oder Prototypen-Wochen branchenübergreifende Innovationen sowie Teamfindung stattfinden
- 5 können. Das Angebot wird durch Weiterbildungsangebote zu Themen der Unternehmensführung, wie
- 6 Innovationsmanagement, Projektmanagement, Finanzplanung abgerundet. Wir wollen mindestens zwei
- 7 Innovationszentren, die sich an unterschiedlichen Orten außerhalb des Berliner Umlandes befinden
- 8 modellhaft fördern und im Rahmen eines begleitenden Forschungsprojekts evaluieren lassen. Zur
- 9 Unterstützung von jungen oder kleinen Unternehmen wollen wir unter Berücksichtigung der
- 10 regionalspezifischen Bedarfslagen offene Werkstätten etablieren. In ihnen können Geräte und
- 11 Technologien genutzt und geteilt werden, die für
- 12 jedes einzelne Unternehmen alleine zu teuer wären. Zur Refinanzierung der Werkstätten schlagen wir
- 13 Nutzungsgebühren vor, die je nach Größe und Wirtschaftskraft der Nutzer unterschiedlich hoch ausfallen.
- 14 Für derartige offene Werkstätten wollen wir die Fachhochschulen im Land nutzen. Auch
- 15 genossenschaftliche oder vereinsartige Trägerstrukturen in Anlehnung an landwirtschaftliche
- 16 Maschinenringe sind dafür denkbar. Das ist auch eine Frage der Ressourcenschonung, da somit weniger
- 17 Geräte notwendig sind und diese besser ausgelastet sind.

Beschluss

1.7. Grüne Gründerzeit: sozial-ökologisch Wirtschaften

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Mehrere Megatrends wirken sich grundlegend auf Wirtschaft und Gesellschaft aus: Die Digitalisierung auf
2 die Art, wie wir kommunizieren, wie wir uns informieren, wie wir produzieren und konsumieren.
3 Gleichzeitig wirkt sich die Klimakrise und das Fördermaximum von fossilen Energieträgern auf die
4 finanzielle und politische Verfügbarkeit dieser Rohstoffe aus. Die demografische Entwicklung führt zu
5 einem massiven Fachkräftemangel. Hinzu kommt eine aktuelle Phase der Hochkonjunktur auf der einen
6 und der wachsenden Vermögens- und Einkommensunterschiede auf der anderen Seite. Grundansatz
7 unserer Wirtschaftspolitik ist es, die vorhandenen Mittel nachhaltig in die Zukunft zu investieren. Das
8 bedeutet Ressourcen sparsam einzusetzen und die Umwelt nicht zu verschmutzen, die Wertschöpfung fair
9 zu verteilen und Armut zu bekämpfen sowie das gesamtgesellschaftliche Kosten-Nutzen-Verhältnis zu
10 betrachten.

11
12 Sei es die Schweinemastanlage in Tornitz oder die Rodung des Waldes bei Taubendorf für den
13 Braunkohletagebau Jänschwalde - wenn es um die Nutzung von Boden, Immobilien und Ressourcen geht,
14 wird Unternehmen oft viel Freiraum geschenkt, obwohl der gesamtgesellschaftliche Nutzen höchst
15 fragwürdig ist. Wirtschaft darf aber kein Selbstzweck sein, sondern muss den Bedürfnissen der Bevölkerung
16 gerecht werden und die Bewahrung der Natur im Blick behalten. Wir wollen die Wirtschaftspolitik darauf
17 ausrichten, dass Produktion und Dienstleistungen in Brandenburg in Zukunft ökologischer, solidarischer,
18 digitaler, kommunikativer, dezentraler und vernetzter werden. Brandenburg soll Vorreiter in Sachen
19 sozialökologischer Marktwirtschaft werden. Kleine und mittelständische Unternehmen sowie
20 Gründer*innen sind häufig die Treiber*innen dieser Transformation und sind für uns Hauptaugenmerk
21 unserer Wirtschaftspolitik. Mit der Förderung dieser wollen wir zudem den immer größer werdenden
22 Monopolstrukturen
23 etwas entgegensetzen.

24 25 **Auf Qualität statt Quantität setzen**

26 Während die Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit vor allem auf Quantität setzte, um Arbeitsplätze zu
27 schaffen bzw. die Arbeitslosigkeit zu senken, stehen wir heute vor einem zunehmenden Fachkräftemangel,
28 der eine Verschiebung hin zu einer neuen qualitativen Wirtschaftsförderung verlangt. Auch die
29 ökologischen Leitplanken verlangen eine konsumkritische Abkehr von der undifferenziert immer weiteren
30 Steigerung der Produktion. Es kommt auch darauf an, Wegwerfprodukte durch langlebige Waren zu
31 ersetzen, zu reparieren statt wegzuschmeißen, Dinge Second Hand zu nutzen statt neu anzuschaffen und
32 Dinge zu teilen, statt zu besitzen. Mit nachhaltiger Wirtschaftsförderung wollen wir die vielen Ideen, die
33 diese Ansätze bereits beherzigen, vorantreiben.

34 Die Wirtschaftspolitik der rot-roten Landesregierung schenkt diesen neuen Impulsen wenig Beachtung. Das
35 fortwährende Festhalten an der Braunkohlewirtschaft ist symptomatisch für einen innovationsfeindlichen
36 Wirtschaftskonservatismus, der für die Gewinne von heute die Chancen von morgen opfert und Regionen

37 ihre Zukunft raubt. Viel zu wenig wird hingegen auf die vielerorts kleinteilig geprägte Wirtschaft unseres
38 Landes eingegangen. Es fehlt eine professionelle und aktivierende Gründungs- und Innovationsförderung,
39 ein Fokus auf Kreativität und Gründung im Bildungsbereich und eine Strategie gegen die Abwanderung
40 von Wissen und Kreativität, von Querdenker*innen, Akademiker*innen und Fachkräften. Wir treten dafür ein,
41 dass Brandenburg das Image eines innovativen Wirtschaftsraums bekommt.

42 Ziel einer landesweiten Start-Up- und Innovationspolitik muss es sein, sich nicht nur auf
43 Hochschulstandorte und junge Akademiker*innen zu konzentrieren. Das Potenzial ist auch in anderen
44 Teilen des Landes und beispielsweise im Handwerk hoch. Wir setzen uns für die kostenfreie
45 Meistersausbildung in Brandenburg ein und wollen, dass auch hier Aspekte der Digitalisierung und der
46 Innovationsförderung stärker Berücksichtigung finden.

47 48 **Gründungen anschieben**

49 In Zeiten von Hochkonjunktur und Fachkräftemangel wollen wir weg von den Investitionszuschüssen und
50 Fördermitteln für Beton, hin zu Strukturen, die Kreativität und Innovation ermöglichen und damit
51 Gründungen anschieben! Da nicht jede Idee beim ersten Versuch funktioniert, brauchen wir auch in
52 Brandenburg eine neue fehlertolerante Gründungskultur. Leider stehen die Chancen dafür in Brandenburg
53 derzeit schlecht. Laut Gründungsmonitor der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist Brandenburg 2017
54 im Drei-Jahres-Vergleich der Bundesländer von Rang 13 auf Rang 15 abgerutscht. Interessant ist dabei der
55 Blick auf die Ergebnisse des Green Economy Gründungsmonitors 2017: Bei den grünen Gründungen weist
56 Brandenburg zwischen 2006 und 2016 die zweithöchste Gründungsintensität aller Bundesländer auf. Dies
57 zeigt, dass Brandenburg als ländlich geprägtes Bundesland mit einer großen Relevanz des Energiesektors
58 gute Bedingungen für Start-Ups mit Schwerpunkten in den Bereichen Kreislaufwirtschaft,
59 Landwirtschaft & Ernährung und in den erneuerbaren Energien bietet. Die Green Economy fasst in
60 Brandenburg schneller Fuß als andernorts. Einige Standorte haben einen Leuchtturmeffekt und locken
61 junge Start-Ups an, wie z.B. der Digital Hub Potsdam, SAP, der Filmpark Babelsberg und Hennigsdorf als
62 Pilot-Stadt für die FFTH-Technologie (Glasfaser bis ins Gebäude).

63 Viele Untersuchungen zeigen, dass Frauen anders gründen. Deshalb wollen wir Netzwerkstrukturen und
64 Forschung zu Genderaspekten stärker unterstützen. Bestehende Strukturen wie das
65 Unternehmerinnen-Netzwerk in Brandenburg sind wichtig und müssen weiterhin gefördert und unterstützt
66 werden. Um diesen Mut anzuerkennen, zeichnen wir monatlich im ganzen Land eine "Grüne Gründerin" für
67 eine innovative, nachhaltige Geschäftsidee aus. Die positiven Ansätze im Land wie der Business Plan
68 Wettbewerb, das Gründungsnetz Brandenburg, die Gründungsförderung der Hochschulen und die
69 landesweiten Lotsendienste haben die Wahrnehmung Brandenburgs als Gründerland schon verbessert.
70 Diese Aktivitäten vieler Akteure in Kooperation mit dem Wirtschafts- und mit dem Sozialministerium
71 begrüßen wir ausdrücklich. Sie müssen aber noch effizienter, konzeptionell weiter ausgearbeitet und
72 verstetigt werden.

73 Eine passgenaue Gründer*innen-Förderung soll den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen. Nur
74 ein kleiner Teil der Gründungen sind „Wachstumsgründungen“, also solche, die mit ihren Projekten auf ein
75 nachhaltiges Wachstum zielen. Zudem tragen sie zu der Entstehung eines qualifizierten Arbeitsmarkts bei,
76 der dann wiederum weitere innovative Unternehmen anzieht. Wachstumsgründungen sind digitaler,
77 innovativer, aber auch kapitalintensiver als andere Gründungen. Für diesen Bedarf braucht es besondere
78 Förderinstrumente. Vier Faktoren müssen dabei zusammenspielen: Inspiration, Qualifizierung, Infrastruktur
79 und Finanzierung. Damit können Formate und Orte geschaffen werden, die die Wahrscheinlichkeit von
80 Gründungen erhöhen. Um eine größere Kompetenz für den Bereich Innovation und Start-Up Politik in der
81 Landesregierung zu verankern, fordern wir einen Innovations- und Start-Up-Beirat, angesiedelt beim
82 Wirtschaftsministerium.

83 Die Gründungszentren an unseren Hochschulen wollen wir ausbauen – sie sollen gemeinsam mit den
84 Technologiezentren stärker in die jeweilige Region hineinwirken. Entsprechende Strukturen an den
85 außeruniversitären Forschungszentren kommen bislang nicht in den Genuss einer Landesförderung.

86 Notwendig sind aber auch außeruniversitäre Innovationszentren, in denen – themen- oder
87 branchenspezifisch – mit geeigneten Moderationsformen an der Sammlung und Konkretisierung
88 spezifischer Lösungsideen gearbeitet wird. Sie sollten eine inspirierende Gemeinschaft bieten, die durch
89 Formate wie Hackathons oder Prototypenwochen branchenübergreifende Innovationen sowie Teamfindung
90 ermöglicht. Das Angebot wird durch Weiterbildungsangebote zu Themen der Unternehmensführung, wie
91 Innovationsmanagement, Projektmanagement, Finanzplanung abgerundet. Wir möchten, dass mindestens
92 zwei Innovationszentren, die sich an unterschiedlichen Orten außerhalb des Berliner Umlandes befinden,
93 modellhaft gefördert und im Rahmen
94 eines begleitenden Forschungsprojekts evaluiert werden. Darüber hinaus möchten wir einen landesweit
95 wirkenden Inkubator einrichten, in dem besonders chancenreiche Start-Ups das Angebot erhalten, in einem
96 Start-Up-Bootcamp einen Feinschliff zu bekommen. Es kann als Auftrag vergeben oder im Rahmen einer
97 langfristigen Projektförderung betrieben werden.

98

99 **Soziales Unternehmertum stärken**

100 Wir wollen die Wirtschaftspolitik des Landes auch für soziales Unternehmertum oder Projekte zur
101 ökologischen Nachhaltigkeit verfügbar machen. Gewinn- und wachstumsorientierte Start-Ups,
102 beispielsweise aus Medizintechnik oder Softwareentwicklung, sollen soziale und ökologische Kriterien
103 einhalten müssen, um von der Wirtschaftsförderung zu profitieren. Unsere Wirtschaftsförderpolitik darf
104 deshalb nicht einseitig ökonomisch orientiert sein, sondern muss sich an ökologischen Kriterien, fairer
105 Bezahlung der Arbeitnehmer*innen, sowie der Verhinderung von Monopolstrukturen orientieren. Ideen, die
106 unsere Gemeinschaft stärken oder ökologisch nachhaltig sind, verdienen Vorfahrt.

107 Zur Unterstützung von jungen oder kleinen Unternehmen wollen wir unter Berücksichtigung der
108 regionalspezifischen Bedarfslagen offene Werkstätten etablieren. In ihnen können Geräte und
109 Technologien genutzt und geteilt werden, die für jedes einzelne Unternehmen alleine zu teuer wären. Zur
110 Refinanzierung der Werkstätten schlagen wir Nutzungsgebühren vor, die je nach Größe und
111 Wirtschaftskraft der Nutzer unterschiedlich hoch ausfallen. Für derartige offene Werkstätten wollen wir die
112 Fachhochschulen im Land nutzen. Auch genossenschaftliche oder vereinsartige Trägerstrukturen in
113 Anlehnung an landwirtschaftliche Maschinenringe sind dafür denkbar. Das ist auch eine Frage der
114 Ressourcenschonung, da somit weniger Geräte notwendig sind und diese besser ausgelastet sind.

115 **Das richtige Umfeld schaffen**

116 Gerade Unternehmer*innen in den grünen und sozialen Ökonomien, haben eine hohe innere Motivation.
117 Sie brauchen aber Stärkung, Inspiration und Vernetzung, wofür kreative, offene und kulturelle Milieus eine
118 Voraussetzung sind. Sogenannte weiche Standortfaktoren wie ein funktionierender öffentlicher
119 Nahverkehr, wohnortnahe Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und ansprechender Wohnraum sind
120 letztlich Teil einer guten Wirtschaftspolitik. Auch eine menschenrechtsorientierte und offene
121 Gesellschaftspolitik (humane Asylpolitik, Gleichstellung und aktive Antidiskriminierungspolitik) trägt zu
122 einem attraktiven Standort bei. Unerlässlich für eine erfolgreiche Unternehmenslandschaft ist eine gute
123 digitale Infrastruktur mit glasfaserbasiertem Breitbandanschluss. Genauso braucht es eine unbürokratische
124 Verwaltung, die es ermöglicht Anträge etc. komplett online abzuwickeln.

125 Co-Working-Spaces liegen in Brandenburg im Trend. Wir sehen sie als wichtige Grundlage um eine
126 attraktive Arbeit der Zukunft im ländlichen Raum zu gewährleisten und den negativen Faktoren des
127 demografischen Wandels entgegenzuwirken. Daher wollen wir ein Förderprogramm auflegen, um in ganz
128 Brandenburg in zehn Regionen solche Initiativen zu starten.

1.8. Lebenswert und bezahlbar: Landesplanung und Wohnungsbau

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Eine Planung für das ganze Land

Wir wollen, dass die Landesplanung eine nachhaltige Entwicklung des ganzen Landes ermöglicht, die gemeinsame Entwicklung Brandenburgs und Berlins voranbringt und die Lebensqualität in allen Räumen Brandenburgs fördert. In den wachsenden Landesteilen an den Rändern Berlins soll sie ordnen und steuern, in den altindustrialisierten Regionen den Strukturwandel aktiv und nachhaltig gestalten und die ländlichen Räume soll sie nicht weiter alleine lassen. Der aktuelle Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP-HR) setzt keine in die Zukunft gerichteten Ziele, sondern schreibt die Konzeption des „Stärken stärken“ fort und schwächt damit die ländlichen Räume. Gerade Kleinstädte außerhalb des Berliner Umlandes werden hierdurch stark benachteiligt.

Wir wollen eine zukunftsorientierte Landesplanung an einer zentralen Nachhaltigkeitsstrategie orientieren, statt vieles in eigenständige Planwerke auszulagern. Die eigenständigen Braunkohlepläne und der Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP-FS) müssen in den Landesentwicklungsplan (LEP-HR) integriert werden. Das gilt auch für die Mobilitätsstrategie. Nur so können wir die Anforderungen der wachsenden Metropole mit einer umweltfreundlichen Mobilität sinnvoll verknüpfen. Die Siedlungsentwicklung ist v.a. entlang bestehender und künftiger Schienenachsen zu lenken. So können wir die Grün- und Frischluftschneisen rund um die Hauptstadt erhalten. Die Landesplanung muss mit den Gemeinden im Berliner Umland in einen Kommunikationsprozess mit dem Ziel einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung treten, will sie das Ziel des Siedlungssternes nicht an Partikularinteressen einzelner Gemeinden verlieren.

Bei einem Leerstand von etwa 10% in den Städten des weiteren Metropolenraums darf nicht nur der Neubau im Berliner Umland zur Lösung der Wohnungsnot herangezogen werden. Wir möchten Anreize setzen, damit auch der weitere Metropolenraum vom Berliner Wachstum profitieren und der Wohndruck auf das ganze Land verteilt werden kann. Gerade Orte mit hohem Wohnungsleerstand sollen profitieren. Dazu gehört eine Stärkung der Orte im ländlichen Raum, v.a. durch eine bessere Anbindung an das Landesschienennetz. Ebenso wollen wir den Freiraumverbund stärken und verbindliche Vorgaben zur Flächeninanspruchnahme für Siedlung, Rohstoffe und Verkehr definieren und umzusetzen. Dazu gehört auch die Ausweisung von Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservaten.

28 Boden verpachten statt verkaufen

Die explodierenden Bodenpreise in den Innenbereichen gefährden den sozialen Zusammenhalt, den notwendigen ökologischen und altersgerechten Umbau unseres Gebäudebestandes und die öffentlichen Haushalte. Die aktuellen Preissteigerungen sind nicht mehr mit sozial und ökologisch verträglichen Nutzungen zu erwirtschaften. Betroffen sind neben dem urbanen Raum, inzwischen auch die Wälder und Fluren des Außenbereichs. Unter solchen Bedingungen ist keine ökologische oder kleinteilige Land- und Forstwirtschaft mehr möglich. Daher wollen wir den Ausverkauf öffentlichen Bodens stoppen und Liegenschaften und Flächen des Landes grundsätzlich nur noch im Erbbaurecht oder als Pachtland

36 vergeben. Die Vergabe soll nach inhaltlichen Kriterien, nicht weiterhin nach Höchstgebot erfolgen. Ein
37 Verkauf soll künftig nur mit der Begründung eines öffentlichen Interesses und einer entsprechenden
38 Genehmigung wirksam werden.

39 Das Reichssiedlungsgesetz, Landpachtgesetz und Grundstücksverkehrsgesetz wollen wir durch ein
40 Agrarstrukturverbesserungsgesetz ablösen und ein Leitbild für eine regional verankerte Landwirtschaft
41 erarbeiten. Zur Realisierung von landwirtschaftlichen Vorkaufsrechten ist eine landeseigene
42 Siedlungsgesellschaft zu gründen. Darüber hinaus ist ein transparenter und fairer Grundstücksmarkt zu
43 schaffen. Mit einer Bundesratsinitiative wollen wir erreichen, dass Anteilskäufe an Unternehmen in
44 gleicher Weise mit Grunderwerbsteuer belastet werden wie reine Flächenkäufe.

45 Beim Flächenverbrauch pro Kopf nimmt Brandenburg bundesweit eine Spitzenposition ein. Diese Flächen
46 gehen der Natur, dem Wald und der Landwirtschaft verloren. Um dies zu ändern fordern wir den Ausbau
47 von Naturschutzgebieten und den konsequenten Erhalt von Naturräumen. Um in absehbarer Zeit eine
48 ausgeglichene Versiegelungsbilanz zu erreichen, wollen wir eine Entsiegelungsstrategie zur Rückgabe
49 menschlich genutzter Flächen an die Natur erarbeiten, um die neu entstehende Flächenversiegelung
50 komplett auszugleichen. Dafür sind verschiedene Maßnahmen denkbar, wie ein Flächenpool,
51 Flächenzertifikate aber auch ganz allgemein die Stärkung der Innenentwicklung gegenüber der
52 Ausweisung von Neubauflächen. Qualitätsverbessernde Nachverdichtungen, Aufstockungen und
53 Dachausbauten schonen nicht nur den Flächenverbrauch, sondern führen gleichzeitig zu einer besseren
54 Infrastrukturauslastung bei Straßen, Kanalisation und ÖPNV. Als unterstützende Maßnahmen hierfür
55 wollen wir eine Reaktivierung der
56 Ortskerne, den Abriss baufälliger Gebäude und die Sanierung von Bürgerhäusern.

57 **Ökologisch, Wirtschaftlich und mit Baukultur Bauen**

58 Bei baulichen Investitionen werden häufig nur die Herstellungskosten betrachtet, obwohl die meisten
59 Kosten während der Nutzung durch Betrieb und Instandsetzungen anfallen. An den Gesamtkosten über den
60 Nutzungszeitraum haben die Planung und Errichtung des Gebäudes nur einen Anteil von 10 bis max. 30%.
61 Es ist also äußerst kosteneffizient und wirtschaftlich ein Gebäude zu errichten, das so wenig Heiz- und
62 Betriebsenergie benötigt, wie möglich, das einfach zu reinigen und zu warten ist und in dem langlebige
63 Bauteile und Baustoffe verbaut werden. Wir möchten, dass die Landesförderung künftig für kommunale
64 Baumaßnahmen und bei landeseigenen Bauten die Lebenszykluskosten ermittelt und anhand dieser ihre
65 Investitionsentscheidungen ausrichtet.

66 Bei Bauten unter direkter oder indirekter Beteiligung des Landes wollen wir die Verwendung von
67 pestizidhaltigen und gesundheitsbeeinträchtigende Baustoffen sowie Bauteilen ausschließen. Bei der
68 Auswahl von Baukonstruktion und Baustoffen sind ihre gesundheitlichen, ökologischen und
69 wirtschaftlichen Auswirkungen beim Bau, bei der Nutzung, Instandhaltung und Entsorgung zu beachten.
70 Mit einer entsprechenden Änderung der Landesbauordnung soll die Holzbauweise unterstützt werden.

71 Wesentlich für eine nachhaltige Entwicklung unserer Städte und Dörfer ist eine gute Baukultur mit
72 bürgerschaftlicher Teilhabe an den Planungsprozessen. Klimaschonende, nachhaltige und schöne Gebäude
73 brauchen eine gute Planung von interessierten Bauherr*innen. Daher fordern wir die Einrichtung und
74 Förderung von externen Gestaltungsbeiräten für die Städte und Dörfer Brandenburgs, um Bauherr*innen,
75 Planer*innen, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Verwaltungen individuell zu
76 einzelnen Vorhaben beraten zu können. Die im Zuge des Beratungsverfahrens dokumentierten Ergebnisse
77 sind den zuständigen kommunalen Gremien vorzustellen. Durch diese zusätzliche und unabhängige
78 fachliche Beratung unter Beteiligung der Öffentlichkeit wird die Entscheidungsfindung versachlicht,
79 bereichert und letztendlich gestärkt. Ziel ist es, die Individualität unserer Dörfer und Städte zu bewahren
80 und ihr baulich-räumliches Erscheinungsbild positiv weiterzuentwickeln.

81 **Mehr bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen**

82 Das Land Brandenburg hat den sozialen Wohnungsbau lange stark vernachlässigt. Allein zwischen 2012
83 und 2015 hat die Gesamtzahl aller Wohnungen mit Mietpreis und Belegungsbindung um 30 Prozent

84 abgenommen. Inzwischen hat man zwar den Fehler erkannt und begonnen umzusteuern. Die Mieten im
85 Berliner Umland und in Potsdam steigen dennoch weiter. Auch die eingeführte Mietpreisbremse konnte
86 das nicht verhindern, Mieten von 10 Euro nettokalt pro Quadratmeter sind heute keine Seltenheit mehr.
87 Menschen im Leistungsbezug (z.B. ALG2) oder mit niedrigen Einkommen, Studierende, Familien, ältere
88 Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Geflüchtete können sich das nicht leisten und haben auf
89 dem Wohnungsmarkt zunehmend weniger Chancen. Gleichzeitig steigt im mittleren Einkommenssegment
90 der prozentuale Anteil des Einkommens, welcher für die Miete verwendet werden muss.

91 Wir sehen daher dringenden Bedarf, mehr sozial verträglichen Wohnraum mit tragbaren Mieten zu
92 schaffen. Dabei wollen wir die soziale Mischung der Bevölkerung in den Städten und Gemeinden im
93 ganzen Land erhalten. Das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg und das Landesprogramm für
94 den sozialen Wohnungsbau wollen wir im Bereich Neubau von Mietwohnungen deutlich aufstocken. Für
95 den Bau von dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen sollen nicht nur Darlehen sondern auch
96 Baukostenzuschüsse gewährt werden, um Miethöhen im Bereich des jeweiligen KdU-Satzes der
97 Kommunen (Kosten für Unterkunft und Heizung) zu gewährleisten. Ebenso wollen wir mehr bezahlbaren
98 Wohnraum für mittlere Einkommen schaffen und den Bau von Wohnungen bezuschussen, deren Miethöhen
99 bis zu maximal zwanzig Prozent über dem jeweiligen KdU-Satz der Kommunen liegen können. Wir wollen
100 die Städte und Gemeinden im Land, die selber noch keine Wohnungsbauaktivitäten entfaltet haben, gezielt
101 ansprechen und motivieren die angebotenen
102 Fördermittel zu nutzen. Auch Wohnungsbaukooperationen zwischen solchen Kommunen wollen wir
103 unterstützen und extra fördern.

104 Wir wollen die Eigeninitiative der Menschen stärken und die Gründung von Genossenschaften und
105 Baugemeinschaften vorantreiben. Inklusives und Mehrgenerationenwohnen soll besonders unterstützt
106 werden. Kommunen, Land und Bund sind gefordert, Grundstücke für kommunalen Wohnungsbau zu
107 angemessenen Konditionen zur Verfügung zu stellen. Mit einem Zweckentfremdungsgesetz wollen wir
108 Leerstandsspekulation und Zweckentfremdung von Wohnungen entgegenwirken.

1.8-A (Projekt) Attraktiv und nachhaltig planen und bauen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Für öffentlich geförderte Neubau- und Sanierungsvorhaben müssen zukunftssichere Standards gelten. Das
2 betrifft neben energetischen Qualitäten (Energiehausplus im Neubau), Schallschutz, Belichtung und
3 Belüftung natürlich auch die Verwendung von gesundheitlich unbedenklichen, ressourcenschonenden und
4 nachhaltigen Baumaterialien und -techniken. Wir wollen, dass die Landesförderung bei kommunalen
5 Baumaßnahmen und landeseigenen Bauten die Verwendung von pestizidhaltigen und
6 gesundheitsbeeinträchtigenden Baustoffen definitiv ausschließt. Die Energiehausplus-Bauweise soll
7 verpflichtend werden. Auch fordern wir ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Standort- und
8 Investitionsentscheidungen. Hierfür sind auch Lebenszyklusbetrachtungen notwendig. Bei der Auswahl von
9 Baukonstruktion und Baustoffen sind die Auswirkungen nicht nur für Bau und Nutzung, sondern auch
10 Instandhaltung und Entsorgung zu betrachten. Wichtige Voraussetzung ist immer eine Planung an den
11 Bedürfnissen der späteren
12 Nutzung. Deshalb braucht es Workshopverfahren mit den späteren Nutzer*innen und Vertreter*innen der
13 Bauherr*innen unter Leitung und Moderation beteiligungserfahrener Planer*innen. Das Ergebnis dieses
14 Verfahrens bildet die Grundlage für die haushalterische und inhaltliche Investitionsentscheidung.
15 Gestaltungsbeiräte helfen bei der baukulturellen Ausgestaltung. Gute Planung führt zu geringeren Kosten
16 für Infrastruktur und Instandhaltung, da Gebäude effizienter genutzt und Nachbesserungen eingespart
17 werden.

Beschluss

Attraktiv und nachhaltig planen und bauen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Für öffentlich geförderte Neubau- und Sanierungsvorhaben müssen zukunftssichere Standards gelten. Das
- 2 betrifft neben energetischen Qualitäten, Schallschutz, Belichtung und Belüftung auch die Verwendung von
- 3 gesundheitlich unbedenklichen, ressourcenschonenden und nachhaltigen Baumaterialien und -techniken.
- 4 Wir wollen, dass die Landesförderung bei kommunalen Baumaßnahmen und landeseigenen Bauten die
- 5 Verwendung von gesundheits- oder umweltbeeinträchtigenden Baustoffen sowie Bauteilen, die
- 6 überwiegend aus halogenhaltigen Kohlenwasserstoffen bestehen, definitiv ausschließen. Die
- 7 Energiehausplus-Bauweise soll im Neubau verpflichtend werden.
- 8
- 9 Auch fordern wir ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Standort- und
- 10 Investitionsentscheidungen. Bei der Auswahl von Baukonstruktion und Baustoffen sind die Auswirkungen
- 11 nicht nur für Bau und Nutzung, sondern für den gesamten Lebenszyklus zu betrachten. Weitere
- 12 Voraussetzung für eine gelingende Planung ist eine an den Bedürfnissen der späteren Nutzung
- 13 ausgerichtete Aufgabenstellung. Deshalb braucht es Workshopverfahren mit den späteren Nutzer*innen
- 14 und Vertreter*innen der Bauherr*innen unter Leitung und Moderation beteiligungserfahrener Planer*innen.
- 15 Das Ergebnis dieses Verfahrens bildet die Grundlage für die haushalterische und inhaltliche
- 16 Investitionsentscheidung. Gute Planung führt zu geringeren Kosten für Infrastruktur und Instandhaltung,
- 17 da Gebäude effizienter genutzt und Nachbesserungen eingespart werden.
- 18 Wir integrieren alle bestehenden Entwicklungspläne in den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion
- 19 (LEP-HR) und sorgen mit einer Entsiegelungsstrategie dafür, dass ab 2025 die neu entstehende
- 20 Flächenversiegelung komplett ausgeglichen wird.

1.8-B (Projekt) Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen – sozial, gerecht und zukunftssicher

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Steigende Mieten und knapper werdender bezahlbarer Wohnraum belasten nicht nur die Landeshauptstadt
- 2 und die Gemeinden im Berliner Umland. Menschen mit geringeren Einkommen, Familien, Ältere, Menschen
- 3 mit Behinderung, Studierende oder Geflüchtete haben es schwer auf dem Wohnungsmarkt. Wir brauchen
- 4 Wohnungen mit bezahlbaren Nettokaltmieten, die an die Bewirtschaftungskosten gekoppelt und
- 5 sozialorientiert gestaltet sind. Dazu wollen wir das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg und
- 6 das Landesprogramm für den sozialen Wohnungsbau im Bereich Neubau von Mietwohnungen aufstocken,
- 7 die Wohnungsbaugesellschaften besser bei der Planung neuer Bauvorhaben unterstützen und, wo nötig,
- 8 die Gründung neuer Kommunalen Wohnungsbaugesellschaften fördern. Kommunen, Land und Bund
- 9 müssen Grundstücke für sozialen Wohnungsbau zu angemessenen Konditionen zur Verfügung stellen, in
- 10 der Regel auf Erbpachtbasis. Auch die Gründung von Genossenschaften oder Baugemeinschaften wollen
- 11 wir vorantreiben. Für
- 12 Wohnungsbauprojekte von Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder Baugemeinschaften soll
- 13 zugunsten der „Konzeptvergabe“ vom Versteigerungsprinzip abgewichen werden. Ältere Menschen, die ihre
- 14 zu groß gewordenen Wohnungen oder Häuser aufgeben, wollen wir beim Umzug in kleinere Wohnungen
- 15 besonders unterstützen, z.B. durch Umzugshilfen, Tauschportale und erleichterten Zugang zu
- 16 Wohnberechtigungsscheinen. Die Wohnungsbaugesellschaften sollen einen Wohnungstausch ohne
- 17 Mieterhöhung ermöglichen.

Beschluss

Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen – sozial, gerecht und zukunftssicher

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Steigende Mieten und knapper werdender bezahlbarer Wohnraum belasten nicht nur die Landeshauptstadt
- 2 und die Gemeinden im Berliner Umland. Menschen mit geringeren Einkommen, Familien, Ältere, Menschen
- 3 mit Behinderung, Studierende oder Geflüchtete haben es schwer auf dem Wohnungsmarkt. Wir brauchen
- 4 Wohnungen mit bezahlbaren Nettokaltmieten, die an die Bewirtschaftungskosten gekoppelt und
- 5 sozialorientiert gestaltet sind. Dazu wollen wir das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg und
- 6 das Landesprogramm für den sozialen Wohnungsbau im Bereich Neubau von Mietwohnungen aufstocken,
- 7 die Wohnungsbaugesellschaften besser bei der Planung neuer Bauvorhaben unterstützen und, wo nötig,
- 8 die Gründung neuer Kommunalen Wohnungsbaugesellschaften fördern. Kommunen, Land und Bund
- 9 müssen Grundstücke für sozialen Wohnungsbau zu angemessenen Konditionen zur Verfügung stellen, in
- 10 der Regel auf Erbpachtbasis. Die Vergabe dieser Grundstücke für Wohnungsbauprojekte kommunaler
- 11 Wohnungsbaugesellschaften,
- 12 Genossenschaften oder Baugemeinschaften soll in der Regel in qualitätsorientierten Konzeptvergaben
- 13 erfolgen. Auch die Gründung von Genossenschaften oder Baugemeinschaften wollen wir vorantreiben.
- 14 Ältere Menschen, die ihre zu groß gewordenen Wohnungen oder Häuser aufgeben, wollen wir beim Umzug
- 15 in kleinere Wohnungen besonders unterstützen, z.B. durch Umzugshilfen, Tauschportale und erleichterten
- 16 Zugang zu Wohnberechtigungsscheinen. Die Wohnungsbaugesellschaften sollen einen Wohnungstausch
- 17 ohne Mieterhöhung ermöglichen.

1.8-C (Projekt) Baukultur für lebenswerter Dörfer und Städte in Brandenburg

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Demokratie, Teilhabe und Beteiligung sowie Heimat und Identifikation mit einem lebenswerten und
2 schönen Brandenburg hängen in vielfältiger Weise mit der Gestaltung unserer gebauten Umwelt und
3 Kulturlandschaft zusammen. Hierfür sind überwiegend die Kommunen zuständig und es gibt in
4 Brandenburg keine Institution in der diese Themen der Baukultur komplex, inter- und transdisziplinär
5 sowie praxis- und alltagsnah behandelt sehen. Die beste Art und Weise dem Extremismus und dunklem
6 Populismus entgegenzuwirken ist Bildung und Kommunikation. Hierzu bedarf es nicht nur der Menschen,
7 sondern auch eines Ortes und einer Institution in der diese Debatten geführt werden und aus der heraus
8 sie vor Ort in das Land gebracht werden. Und dies in einer Art und Weise, die die Menschen mitnimmt und
9 ihnen Lösungen zur Gestaltung ihrer gebauten Umwelt und Kulturlandschaft nicht vorsetzt, sondern anregt
10 daran im Sinne einer mitzuwirken. Wir wollen daher eine Landesstiftung Baukultur befördern, die als
11 privatrechtliche Stiftung der mittelbaren Landesverwaltung die Aufgabe hat im Dialog mit der Bevölkerung
12 die Gestaltung der Zukunft der gebauten Umwelt und Kulturlandschaft des Landes partizipativ zu
13 diskutieren.

Beschluss

(Projekt) Baukultur für lebenswerter Dörfer und Städte in Brandenburg

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Demokratie, Teilhabe und Beteiligung sowie Heimat und Identifikation mit einem lebenswerten und
- 2 schönen Brandenburg hängen in vielfältiger Weise mit der Gestaltung unserer gebauten Umwelt und
- 3 Kulturlandschaft zusammen. Hierfür sind überwiegend die Kommunen zuständig und es gibt in
- 4 Brandenburg keine Institution in der diese Themen der Baukultur komplex, inter- und transdisziplinär
- 5 sowie praxis- und alltagsnah behandelt sehen. Die beste Art und Weise dem Extremismus und dunklem
- 6 Populismus entgegenzuwirken ist Bildung und Kommunikation. Hierzu bedarf es nicht nur der Menschen,
- 7 sondern auch eines Ortes und einer Institution in der diese Debatten geführt werden und aus der heraus
- 8 sie vor Ort in das Land gebracht werden. Und dies in einer Art und Weise, die die Menschen mitnimmt und
- 9 ihnen Lösungen zur Gestaltung ihrer gebauten Umwelt und Kulturlandschaft nicht vorsetzt, sondern anregt
- 10 daran im Sinne einer mitzuwirken. Wir wollen daher eine Landesstiftung Baukultur befördern, die als
- 11 privatrechtliche Stiftung der mittelbaren Landesverwaltung die Aufgabe hat im Dialog mit der Bevölkerung
- 12 die Gestaltung der Zukunft der gebauten Umwelt und Kulturlandschaft des Landes partizipativ zu
- 13 diskutieren.

Beschluss

1.8. Lebenswert und bezahlbar: Landesplanung und Wohnungsbau

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Eine Planung für das ganze Land

2 Wir wollen, dass die Landesplanung eine nachhaltige Entwicklung des ganzen Landes ermöglicht, die
3 gemeinsame Entwicklung Brandenburgs und Berlins voranbringt und die Lebensqualität in allen Räumen
4 Brandenburgs fördert. In den wachsenden Landesteilen im Umland Berlins soll sie ordnen und steuern, in
5 den altindustrialisierten Regionen den Strukturwandel aktiv und nachhaltig gestalten und die ländlichen
6 Räume soll sie nicht weiter alleine lassen. Der aktuelle Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion
7 (LEP-HR) setzt keine in die Zukunft gerichteten Ziele, sondern schreibt die Konzeption des „Stärken
8 stärken“ fort und schwächt damit die ländlichen Räume. Gerade Kleinstädte außerhalb des Berliner
9 Umlandes werden hierdurch stark benachteiligt.

10 Wir wollen eine zukunftsorientierte Landesplanung an einer zentralen Nachhaltigkeitsstrategie
11 orientieren, statt vieles in eigenständige Planwerke auszulagern. Die eigenständigen Braunkohlepläne und
12 der Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP-FS) müssen in den
13 Landesentwicklungsplan (LEP-HR) integriert werden. Das gilt auch für die Mobilitätsstrategie. Nur so
14 können wir die Anforderungen der wachsenden Metropole mit einer umweltfreundlichen Mobilität sinnvoll
15 verknüpfen. Die Siedlungsentwicklung ist grundsätzlich entlang bestehender und künftiger
16 Schienenachsen zu lenken. So können wir die Grün- und Frischluftschneisen rund um die Hauptstadt
17 erhalten. Die Landesplanung muss mit den Gemeinden im Berliner Umland in einen
18 Kommunikationsprozess mit dem Ziel einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung treten, will sie das Ziel des
19 Siedlungsternes nicht an Partikularinteressen einzelner Gemeinden verlieren.

20 Bei einem Leerstand von etwa 10% in einigen Städten des weiteren Metropolenraums darf nicht nur der
21 Neubau im Berliner Umland zur Lösung der Wohnungsnot herangezogen werden. Wir wollen die
22 Grundlagen schaffen, damit auch der weitere Metropolenraum vom Berliner Wachstum profitieren und der
23 Wohndruck auf das ganze Land verteilt werden kann. Gerade Orte mit hohem Wohnungsleerstand sollen
24 profitieren. Dazu gehört eine Stärkung der Orte im ländlichen Raum, in erster Linie durch eine bessere
25 Anbindung an das Landesschienennetz. Ebenso wollen wir den Freiraumverbund stärken und verbindliche
26 Vorgaben zur Flächeninanspruchnahme für Siedlung, Rohstoffe und Verkehr definieren und umsetzen. Dazu
27 gehört auch die Ausweisung von Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservaten.

28 Boden verpachten statt verkaufen

29 Die explodierenden Bodenpreise in den Innenbereichen vor allem des Berliner Umlandes gefährden den
30 sozialen Zusammenhalt, den notwendigen ökologischen und altersgerechten Umbau unseres
31 Gebäudebestandes und die öffentlichen Haushalte. Die aktuellen Preissteigerungen sind nicht mehr mit
32 sozial und ökologisch verträglichen Nutzungen zu erwirtschaften. Betroffen sind neben dem urbanen
33 Raum, inzwischen auch die Wälder und Fluren des Außenbereichs. Unter solchen Bedingungen ist keine
34 ökologische oder kleinteilige Land- und Forstwirtschaft mehr möglich. Daher wollen wir den Ausverkauf

35 öffentlichen Bodens stoppen und Liegenschaften und Flächen des Landes grundsätzlich nur noch im
36 Erbbaurecht oder als Pachtland vergeben. Die Vergabe soll nach inhaltlichen Kriterien, nicht weiterhin nach
37 Höchstgebot erfolgen. Ein Verkauf soll künftig nur mit der Begründung eines öffentlichen Interesses und
38 einer entsprechenden Genehmigung wirksam werden.

39 Das Reichssiedlungsgesetz, Landpachtgesetz und Grundstücksverkehrsgesetz wollen wir durch ein
40 Agrarstrukturverbesserungsgesetz ablösen und ein Leitbild für eine regional verankerte Landwirtschaft
41 erarbeiten. Zur Realisierung von landwirtschaftlichen Vorkaufsrechten ist eine landeseigene
42 Siedlungsgesellschaft zu gründen. Darüber hinaus ist ein transparenter und fairer Grundstücksmarkt zu
43 schaffen. Mit einer Bundesratsinitiative wollen wir erreichen, dass Anteilskäufe an Unternehmen in
44 gleicher Weise mit Grunderwerbsteuer belastet werden wie reine Flächenkäufe.

45 Beim Flächenverbrauch pro Kopf nimmt Brandenburg bundesweit eine Spitzenposition ein. Diese Flächen
46 gehen der Natur, dem Wald und der Landwirtschaft verloren. Um dies zu ändern fordern wir den Ausbau
47 von Naturschutzgebieten und den konsequenten Erhalt von Naturräumen. Bis 2025 wollen wir eine
48 ausgeglichene Versiegelungsbilanz zu erreichen. Dazu wollen wir eine Entsiegelungsstrategie zur
49 Rückgabe menschlich genutzter Flächen an die Natur erarbeiten, um die neu entstehende
50 Flächenversiegelung komplett auszugleichen. Dafür sind verschiedene Maßnahmen denkbar, wie ein
51 Flächenpool, Flächenzertifikate aber auch ganz allgemein die Stärkung der Innenentwicklung gegenüber
52 der Ausweisung von Neubauflächen. Qualitätsverbessernde Nachverdichtungen, Aufstockungen und
53 Dachausbauten schonen nicht nur den Flächenverbrauch, sondern führen gleichzeitig zu einer besseren
54 Infrastrukturauslastung bei Straßen, Kanalisation und ÖPNV. Als unterstützende Maßnahmen hierfür
55 wollen wir eine Reaktivierung der
56 Ortskerne, den Abriss baufälliger Gebäude und die Sanierung von Bürgerhäusern.

57 **Ökologisch, Wirtschaftlich und mit Baukultur Bauen**

58 Bei baulichen Investitionen werden häufig nur die Herstellungskosten betrachtet, obwohl die meisten
59 Kosten während der Nutzung durch Betrieb und Instandsetzungen anfallen. An den Gesamtkosten über den
60 Nutzungszeitraum haben die Planung und Errichtung des Gebäudes nur einen Anteil von 10 bis max. 30%.
61 Es ist also äußerst kosteneffizient und wirtschaftlich ein Gebäude zu errichten, das so wenig Heiz- und
62 Betriebsenergie benötigt, wie möglich, das einfach zu reinigen und zu warten ist und in dem langlebige
63 Bauteile und Baustoffe verbaut werden. Wir möchten, dass die Landesförderung künftig für kommunale
64 Baumaßnahmen und bei landeseigenen Bauten die Lebenszykluskosten ermittelt und anhand dieser ihre
65 Investitionsentscheidungen ausrichtet.

66 Bei Bauten unter direkter oder indirekter Beteiligung des Landes wollen wir die Verwendung von
67 gesundheits- oder umweltbeeinträchtigenden Baustoffen sowie Bauteilen, die überwiegend aus
68 halogenhaltigen Kohlenwasserstoffen bestehen, ausschließen. Bei der Auswahl von Baukonstruktion und
69 Baustoffen sind ihre gesundheitlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen beim Bau, bei der
70 Nutzung, Instandhaltung und Entsorgung zu beachten. Mit weitergehenden Änderungen der
71 Landesbauordnung soll die Holzbauweise unterstützt werden.

72 Wesentlich für eine nachhaltige Entwicklung unserer Städte und Dörfer ist eine gute Baukultur mit
73 bürgerschaftlicher Teilhabe an den Planungsprozessen. Klimaschonende, nachhaltige und schöne Gebäude
74 brauchen eine gute Planung von interessierten Bauherr*innen. Daher fordern wir die Einrichtung und
75 Förderung von externen Gestaltungsbeiräten für die Städte und Dörfer Brandenburgs, um Bauherr*innen,
76 Planer*innen, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Verwaltungen individuell zu
77 einzelnen Vorhaben beraten zu können. Die im Zuge des Beratungsverfahrens dokumentierten Ergebnisse
78 sind den zuständigen kommunalen Gremien vorzustellen. Durch diese zusätzliche und unabhängige
79 fachliche Beratung unter Beteiligung der Öffentlichkeit wird die Entscheidungsfindung versachlicht,
80 bereichert und letztendlich gestärkt. Ziel ist es, die Individualität unserer Dörfer und Städte zu bewahren
81 und ihr baulich-räumliches Erscheinungsbild positiv weiterzuentwickeln.

82 **Mehr bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen**

83 Das Land Brandenburg hat den sozialen Wohnungsbau lange stark vernachlässigt. Allein zwischen 2012
84 und 2015 hat die Gesamtzahl aller Wohnungen mit Mietpreis und Belegungsbindung um 30 Prozent
85 abgenommen. Inzwischen hat man zwar den Fehler erkannt und begonnen umzusteuern. Die Mieten im
86 Berliner Umland und in Potsdam steigen dennoch weiter. Auch die eingeführte Mietpreisbremse konnte
87 das nicht verhindern, Mieten von 10 Euro nettokalt pro Quadratmeter sind heute keine Seltenheit mehr.
88 Menschen im Leistungsbezug (z.B. ALG2) oder mit niedrigen Einkommen, Studierende, Familien, ältere
89 Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Geflüchtete können sich das nicht leisten und haben auf
90 dem Wohnungsmarkt zunehmend weniger Chancen. Gleichzeitig steigt im mittleren Einkommenssegment
91 der prozentuale Anteil des Einkommens, welcher für die Miete verwendet werden muss.

92 Wir sehen daher dringenden Bedarf, mehr sozial verträglichen Wohnraum mit tragbaren Mieten zu
93 schaffen. Dabei wollen wir die soziale Mischung der Bevölkerung in den Städten und Gemeinden im
94 ganzen Land erhalten. Das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg und das Landesprogramm für
95 den sozialen Wohnungsbau wollen wir im Bereich Neubau von Mietwohnungen deutlich aufstocken. Für
96 den Bau von dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen sollen nicht nur Darlehen sondern auch
97 Baukostenzuschüsse gewährt werden, um Miethöhen im Bereich des jeweiligen KdU-Satzes der
98 Kommunen (Kosten für Unterkunft und Heizung) zu gewährleisten. Ebenso wollen wir mehr bezahlbaren
99 Wohnraum für mittlere Einkommen schaffen und den Bau von Wohnungen bezuschussen, deren Miethöhen
100 bis zu maximal zwanzig Prozent über dem jeweiligen KdU-Satz der Kommunen liegen können. Wir wollen
101 die Städte und Gemeinden im Land, die selber noch keine Wohnungsbauaktivitäten entfaltet haben, gezielt
102 ansprechen und motivieren die angebotenen
103 Fördermittel zu nutzen. Auch Wohnungsbaukooperationen zwischen solchen Kommunen wollen wir
104 unterstützen und extra fördern.

105 Wir wollen die Eigeninitiative der Menschen stärken und die Gründung von Genossenschaften und
106 Baugemeinschaften vorantreiben. Inklusives und Mehrgenerationenwohnen soll besonders unterstützt
107 werden. Kommunen, Land und Bund sind gefordert, Grundstücke für kommunalen Wohnungsbau zu
108 angemessenen Konditionen zur Verfügung zu stellen. Mit einem Zweckentfremdungsgesetz wollen wir
109 Leerstandspekulation und Zweckentfremdung von Wohnungen entgegenwirken.

110

111

112

113

114 **1.8 B (Projekt) Baukultur für lebenswerter Dörfer und Städte in Brandenburg**

115

116 Demokratie, Teilhabe und Beteiligung sowie Heimat und Identifikation mit einem lebenswerten und
117 schönen Brandenburg hängen in vielfältiger Weise mit der Gestaltung unserer gebauten Umwelt und
118 Kulturlandschaft zusammen. Hierfür sind überwiegend die Kommunen zuständig und es gibt in
119 Brandenburg keine Institution in der diese Themen der Baukultur komplex, inter- und transdisziplinär
120 sowie praxis- und alltagsnah behandelt sehen. Die beste Art und Weise dem Extremismus und dunklem
121 Populismus entgegenzuwirken ist Bildung und Kommunikation. Hierzu bedarf es nicht nur der Menschen,
122 sondern auch eines Ortes und einer Institution in der diese Debatten geführt werden und aus der heraus
123 sie vor Ort in das Land gebracht werden. Und dies in einer Art und Weise, die die Menschen mitnimmt und
124 ihnen Lösungen zur Gestaltung ihrer gebauten Umwelt und Kulturlandschaft nicht vorsetzt, sondern anregt
125 daran im Sinne einer mitzuwirken. Wir wollen daher eine Landesstiftung Baukultur befördern, die als
126 privatrechtliche Stiftung der mittelbaren Landesverwaltung die Aufgabe hat im Dialog mit der Bevölkerung
127 die Gestaltung der Zukunft der gebauten Umwelt und Kulturlandschaft des Landes partizipativ zu
128 diskutieren.

2.0 Gemeinsam und gerecht - für ein solidarisches Brandenburg

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Längst nicht alle können am
- 2 Wohlstand unserer Gesellschaft teilhaben, die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter
- 3 auseinander. Unser Ziel ist es Teilhabe und Selbstbestimmung für jede und jeden Einzelne*n zu
- 4 verwirklichen und Armut zu bekämpfen. Wir stehen für ein gerechteres Land mit starken öffentlichen
- 5 Institutionen, guten Kitas und Schulen, guten Ausbildungs- und Studienangeboten, guten Arbeitsplätzen,
- 6 guten Kultur- und Sportangeboten, einem guten Gesundheitssystem sowie guter Pflege im Alter. Das ist der
- 7 Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält und die Grundlage für den sozialen Frieden!

Beschluss

2.0. Gemeinsam und gerecht - für ein solidarisches Brandenburg

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Längst nicht alle können am
- 2 Wohlstand unserer Gesellschaft teilhaben, die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter
- 3 auseinander. Unser Ziel ist es Teilhabe und Selbstbestimmung für jede und jeden Einzelne*n zu
- 4 verwirklichen und Armut zu bekämpfen. Deshalb müssen wir in der Sozialpolitik neue Wege gehen. Rund
- 5 13% aller Brandenburger*innen sind arm oder von Armut bedroht, davon sind Kinder und junge Leute in
- 6 der Ausbildung überdurchschnittlich betroffen. Armut und Ausgrenzung bedrohen den Zusammenhalt
- 7 unserer Gesellschaft, viele Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut sind nur auf Bundesebene umsetzbar,
- 8 wie z.B. eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente im Alter und ein gerechtes Steuersystem, in dem
- 9 alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu einer intakten und funktionierenden Gesellschaft
- 10 beitragen. Wir stehen für ein gerechteres Land mit starken öffentlichen Institutionen, guten Kitas und
- 11 Schulen, guten Ausbildungs- und Studienangeboten, guten Arbeitsplätzen, guten Kultur- und
- 12 Sportangeboten, einem guten Gesundheitssystem sowie guter Pflege im Alter. Das ist der Kitt, der unsere
- 13 Gesellschaft zusammenhält und die Grundlage für den sozialen Frieden!

2.1. Auf den Anfang kommt es an: Kinder, Jugend und Familie

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Familien stärken, Kinderarmut bekämpfen

2 Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ganz gleich,
3 in welcher Konstellation, ob das in einer Mutter-Vater-Kind(er)-Konstellation, bei Alleinerziehenden,
4 Patchwork- oder Regenbogenfamilien geschieht. Wir kämpfen für ein gerechtes Land, in dem jedes einzelne
5 Kind gesund aufwachsen und seine Potenziale entfalten kann.

6 Kinderarmut dürfen wir in einem reichen Land wie unserem nicht zulassen. Jedes vierte Kind in
7 Brandenburg unter drei Jahren ist arm oder armutsgefährdet. Besonders häufig arm sind die Kinder
8 alleinerziehender Mütter oder in kinderreichen Familien. Sie wollen wir deshalb besonders unterstützen.
9 Aufwachsen in Armut bedeutet mehr als finanzielle Not, es betrifft die gesamte Lebenssituation. Denn
10 Armut führt zu sozialer Ausgrenzung, oft ein Leben lang. Schließlich stehen in keinem anderen
11 Industrieland die Chancen für einen späteren sozialen Aufstieg so schlecht wie in Deutschland. Wir wollen
12 deshalb nicht nur an einem „Runden Tisch“ über Kinderarmut reden, sondern das Problem mit konkreten
13 Maßnahmen wie der „Bildungskarte gegen Kinderarmut“ ernsthaft anpacken. Die Karte soll Kindern, die
14 Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket haben, einen freien und unbürokratischen Zugang zu
15 Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten ermöglichen. Besonders wichtig ist uns, dass
16 anspruchsberechtigte Kinder kostenfrei und unbürokratisch am Mittagessen in Kita, Schule oder Hort
17 teilnehmen können. Das Land muss den Eigenanteil von einem Euro übernehmen. Auf Bundesebene setzen
18 wir uns für Regelsätze, die Teilhabe wirklich ermöglichen und für eine Kindergrundsicherung ein.

19 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Politik. Wir setzen uns für
20 familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und mehr zeitliche Selbstbestimmung für
21 Familien ein. Gleichzeitig möchten wir erreichen, dass Frauen und Männer ihren Wunsch nach
22 partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben können und Zeit haben, Kinder oder
23 pflegebedürftige Angehörige zu versorgen. Die Situation von Alleinerziehenden nehmen wir besonders in
24 den Blick.

25 Mehr Hebammen ausbilden

26 Jedes einzelne Kind muss gute Startchancen ins Leben haben, von Anfang an. Wir wollen, dass Frauen
27 überall in Brandenburg ihre Kinder selbstbestimmt auf die Welt bringen können, unabhängig davon, ob sie
28 sich für eine Klinik, ein Geburtshaus oder eine Hausgeburt entscheiden. Es kann nicht sein, dass Familien
29 kein Hebamme mehr für die Geburtvorbereitung und die Wochenbettbetreuung finden und
30 Geburtsstationen aus Personalmangel geschlossen werden müssen. Wir brauchen dringend mehr
31 Hebammen. Dafür wollen wir ausreichend Ausbildungskapazitäten schaffen und das Fach
32 Hebammenwissenschaften an einer Brandenburger Hochschule einführen.

33 „Frühe Hilfen“: Kindeswohl und Kinderschutz sichern

34 Für eine starke soziale, emotionale, motorische, kognitive und sprachliche Entwicklung brauchen vor allem
35 Kinder aus Familien in schwierigen Lebenslagen eine frühe Förderung. Wir wollen die Mittel für den
36 Kinderschutz und die „Frühen Hilfen“ aufstocken und die Netzwerke „Gesunde Kinder“ professionalisieren
37 und ausbauen. Kitas wollen wir zu Eltern-Kind-Zentren oder Mehr-Generationenhäusern weiterentwickeln.
38 Hier können niedrigschwellige Angebote wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-Kurse, Vermittlung
39 von unterstützenden Patenschaften oder Senior*innenkreise stattfinden. Das Land soll hier Modellprojekte
40 vor allem in berlinfernen Regionen fördern.

41 **Die Welt entdecken: Frühkindliche Bildung verbessern**

42 Die ersten Lebensjahre entscheiden besonders stark über die Entwicklung eines Menschen. Deswegen
43 brauchen wir gute Kitas und müssen sie entsprechend ausstatten. In der Relation von Personal zu Kindern
44 liegt Brandenburg trotz leichter Verbesserungen regelmäßig auf den hinteren Rängen. Wir wollen sowohl
45 die Qualität in den Kitas weiterentwickeln als auch die gerade begonnene Einführung der Beitragsfreiheit
46 fortsetzen. Bis dieses Ziel erreicht ist, setzen wir uns für gerechte und vergleichbare Elternbeiträge in den
47 Kommunen ein. Die Gruppengrößen wollen wir senken und die Zahl der Kinder, die eine Fachkraft betreut,
48 möglichst schnell auf die wissenschaftlich empfohlene Relation von 1:3 für Unter-Dreijährige und 1:7,5 für
49 Drei- bis Sechsjährige verbessern. Gleichzeitig wollen wir die Elternbeitragsfreiheit stärker ausweiten und
50 landesfinanzierten Betreuungszeiten durch die Einführung einer dritten Betreuungsumfangsstufe
51 bedarfsgerecht ausbauen. Das auf unsere Initiative hin beschlossene
52 landesweite Kita-Qualitätsmonitoring soll künftig alle Kitas bei der Weiterentwicklung der pädagogischen
53 Qualität beraten können. Das Kitagesetz wollen wir über einen öffentlichen Beteiligungsprozess
54 umfassend reformieren, um den erweiterten Bildungsauftrag, die Qualitätssicherung, die räumliche und
55 zeitliche Bedarfsabdeckung, eine gerechte Finanzierung und Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung zu
56 regeln. Wir wollen flächendeckend gezielte Sprachförderung, Musik- und Bewegungsangebote und gutes
57 Essen, ohne dass Eltern dafür draufzahlen müssen. Das Programm „Kiez-Kita“ wollen wir weiter verbessern.
58 Die Zahl von 100 Kitas, die aufgrund ihres Sozialindex jetzt im Rahmen des Programms „Kiez-Kita“ eine
59 halbe bis ganze Stelle zusätzlich beantragen können, ist zu klein.

60 Für uns gehört die Kindertagespflege ebenso zur Säule der Kinderbetreuung wie die Kindertagesstätte.
61 Auch hier muss gelten: Gute Qualität der Arbeit, gute Ausbildung, gute Bezahlung, die über den
62 Mindestlohn hinaus geht und eine regelmäßige Evaluierung.

63 Damit sich Kinder optimal entwickeln können, brauchen sie die Unterstützung verschiedener
64 Berufsgruppen. Hierzu wollen wir in den Kitas multiprofessionelle Teams einsetzen. Neben Erzieher*innen
65 gehört hierzu auch Personal aus den Bereichen der Sozialarbeit, Psychologie und Gesundheit. Für die
66 Kinder und Eltern benachteiligter Familien wollen wir niedrigschwellige Beratungs-, Bildungs- und
67 Therapieprogramme anbieten.

68 **Kinderrechte umsetzen, Kinder und Jugendliche beteiligen**

69 Kinder und Jugendliche haben ein Recht, unbeschwert aufzuwachsen und sich zu entwickeln. Wir wollen
70 Kinder darin unterstützen, ihre Rechte durchzusetzen. Deshalb werden wir ein Konzept erarbeiten, wie wir
71 die Kinderrechts-Charta in Brandenburg am besten umsetzen können. Alle Kinder und Jugendlichen sollen
72 künftig in Brandenburg eine eigene Anlaufstelle finden, die ihnen mit juristischem Rat zur Seite steht. Die
73 Initiative der Landesregierung, sich im Bundesrat für „Kinderrechte ins Grundgesetz“ einzusetzen,
74 unterstützen wir. Aufgrund unserer hartnäckigen Initiative im Landtag wurde die Kinder- und
75 Jugendbeteiligung jetzt verpflichtend in die Kommunalverfassung aufgenommen. Wir wollen die konkrete
76 Ausgestaltung der Beteiligung vor Ort von Landesseite unterstützen, denn es ist wichtig, dass die
77 Beteiligung auch wirksam ist. Da es viele tolle Beispiele für gut funktionierende Kinder- und
78 Jugendparlamente, Jugendbeiräte oder Jugendforen gibt, wollen wir eine landesweite
79 Informationskampagne mit Best-Practice-Beispielen starten.

80 **Kinder und Jugendhilfe stärken**

81 Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Angebots- und Unterstützungssystem, das Familien
82 bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenslagen auf Augenhöhe berät und ihnen unter die
83 Arme greift. Wir wollen eine freundliche, den Menschen und den Familien zugewandte Behörde, die
84 präventiv und proaktiv tätig wird und so Benachteiligungen vermeidet und abbaut. Jugendämter sollen
85 stärker zur Schaffung von positiven Lebensbedingungen beitragen und eine kinder- und
86 familienfreundliche Umwelt gestalten, damit Familien gar nicht erst in Bedrängnis geraten. Um zuzuhören
87 und sensibel mit den Betroffenen umzugehen müssen sich Sozialarbeiter*innen ausreichend Zeit nehmen
88 können. Derzeit sind die einzelnen Fallzahlen in der Kinder- und Jugendhilfe viel zu hoch. Wir setzen uns
89 für bessere Rahmenbedingungen, mehr finanzielle Ressourcen und qualifiziertes Personal sowie gute
90 Fortbildungs- und Supervisionsangebote für die Mitarbeiter*innen ein.

91 Wir betrachten Jugend- und Jugendsozialarbeit als Anspruch nicht nur für benachteiligte, sondern für alle
92 Jugendlichen. Jugend- und Jugendsozialarbeit ist außerschulische Bildungsarbeit mit politischer, sozialer,
93 kultureller und persönlichkeitsbildender Funktion. Die Sozialraumorientierung wollen wir ausbauen und
94 möglichst über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus weitere Einrichtungen, z.B. Schulen, stärker in die
95 Gestaltung eines kinder- und familienfreundlichen Umfelds einbeziehen.

96 Skandalöses Versagen wie das der Fachaufsicht des Landesjugendamts und des Ministeriums für Bildung,
97 Jugend und Sport in den Haasenburg-Heimen darf sich nicht wiederholen. Unsere Fraktion brachte die
98 Vorgänge auf die Tagesordnung des Landtags und setzte eine Untersuchung sowie Neu-Konzeption des
99 Umgangs mit dieser Klientel durch. Wir wollen die empfohlenen Maßnahmen umsetzen, die Fachaufsicht
100 personell aufstocken und die Einrichtungen fachlich beraten, unterstützen und ggf. auch kontrollieren. Für
101 Konfliktsituationen zwischen Betroffenen und dem Jugendamt wollen wir das Netz regionaler
102 Ombudsstellen weiter ausbauen.

2.1-A (Projekt) Ein guter Start ins Leben: Hebammenversorgung und „Frühe Hilfen“ ausbauen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Ein guter Start ins Leben ist die Grundlage für das gesunde Aufwachsen eines Kindes, für den Aufbau fester
2 Bindungen und für ein gelingendes Familienleben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass es in Brandenburg
3 auch in Zukunft ein ausreichendes und qualitätsgesichertes Angebot an Leistungen der Geburtshilfe sowie
4 der Vor- und Nachsorge gibt. Deshalb wollen wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen und
5 Entbindungspfleger erweitern und das Fach Hebammenwissenschaften als Studienfach an einer
6 Brandenburger Hochschule einführen. Jede Frau soll die Möglichkeit haben, ihr Kind selbstbestimmt zur
7 Welt zu bringen, sei es in einer Klinik, in einem Geburtshaus oder Zuhause. Wir wollen die noch
8 bestehenden Geburtsstationen an den Kliniken erhalten und den hebammengeleiteten Kreissaal
9 einführen. Die vier Geburtshäuser und die Gründung von neuen Geburtshäusern wollen wir fördern. Die
10 derzeitige Aus- und Fortbildung von Familienhebammen sowie von Gesundheits- und
11 Kinderkrankenpfleger*innen für den
12 Einsatz in den „Frühen Hilfen“ wollen wir fortsetzen. Die Angebote der „Frühen Hilfen“ und die „Netzwerke
13 gesunder Kinder“ wollen wir in allen Landkreisen und kreisfreien Städten weiter professionalisieren und
14 ausbauen. Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung in der Geburtshilfe ein und wollen auf Bundesebene
15 die Frage der Haftpflichtversicherungsprämien so geregelt haben, dass auch in Zukunft Haus- und
16 Geburtshausgeburten stattfinden können.

Beschluss

Ein guter Start ins Leben: Hebammenversorgung und „Frühe Hilfen“ ausbauen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Ein guter Start ins Leben ist die Grundlage für das gesunde Aufwachsen eines Kindes, für den Aufbau fester
2 Bindungen und für ein gelingendes Familienleben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass es in Brandenburg
3 auch in Zukunft ein ausreichendes und qualitätsgesichertes Angebot an Leistungen der Geburtshilfe sowie
4 der Vor- und Nachsorge gibt. Deshalb wollen wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen und
5 Entbindungspfleger erweitern und das duale Studienfach Hebammenkunde an einer Brandenburger
6 Hochschule einführen. Um Hebammen nach ihrer Ausbildung in Brandenburg für eine weitere Tätigkeit in
7 Brandenburg zu begeistern und zu halten, wollen wir Stipendien einführen, wie es sie auch für
8 Medizin-Studierende gibt. Jede Frau soll die Möglichkeit haben, ihr Kind selbstbestimmt zur Welt zu
9 bringen, sei es in einer Klinik, in einem Geburtshaus oder Zuhause. Wir wollen die noch bestehenden
10 Geburtsstationen an den Kliniken erhalten und den hebammengeleiteten Kreissaal einführen. Die vier
11 Geburtshäuser und die Gründung von neuen Geburtshäusern wollen wir fördern. Die derzeitige Aus- und
12 Fortbildung von Familienhebammen sowie von Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*innen für den
13 Einsatz in den „Frühen Hilfen“ wollen wir fortsetzen. Die Angebote der „Frühen Hilfen“ und die „Netzwerke
14 gesunder Kinder“ wollen wir in allen Landkreisen und kreisfreien Städten weiter professionalisieren und
15 ausbauen. Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung in der Geburtshilfe ein und wollen auf Bundesebene
16 die Frage der Haftpflichtversicherungsprämien so geregelt haben, dass auch in Zukunft Haus- und
17 Geburtshausgeburten stattfinden können.

2.1-B (Projekt) Familien stark machen – Bildungskarte gegen Kinderarmut

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Chancen für ein gutes Leben sind ungleich verteilt. 21 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18
2 Jahren in Brandenburg sind arm oder von Armut bedroht. Armut trifft besonders Alleinerziehende und
3 kinderreiche Familien. Wir wollen Familien besser fördern und Alleinerziehende gezielt unterstützen,
4 indem wir die Beratungs- und Unterstützungsangebote, wie die „Frühen Hilfen“, Trennungs- und
5 Erziehungsberatung, Elternkurse und Familienzentren ausbauen. Das Bildungs- und Teilhabepaket erreicht
6 viele Familien nicht. Wenn Kinder oder Jugendliche sich das Mittagessen in Kita oder Schule nicht leisten
7 können, im Kino oder bei den Klassenfahrten nicht dabei sein können, dann läuft etwas gründlich schief.
8 Wir wollen, dass alle Kinder, die einen Anspruch auf das Paket haben, mit Hilfe einer „Bildungskarte“ einen
9 freien und unbürokratischen Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Sportangeboten erhalten. Besonders die
10 Teilnahme am Mittagessen muss unkompliziert und kostenfrei möglich sein. Das Land
11 soll den bisherigen Eigenanteil von einem Euro übernehmen. Den Aufbau kommunaler Präventionsketten
12 gegen Kinderarmut wollen wir voranbringen. Kinderarmut muss auf Bundesebene endlich wirksam
13 bekämpft werden. Deshalb wollen wir eine Bundesratsinitiative für eine Reform des Bildungs- und
14 Teilhabepakets starten. Wir streiten für Regelsätze, die Teilhabe wirklich ermöglichen, einen automatisch
15 ausgezahlten Kindergeldbonus, der Familien wirklich erreicht und eine Kindergrundsicherung. Denn: Jedes
16 Kind muss dem Staat gleich viel wert sein.

Beschluss

Familien stark machen – Bildungskarte gegen Kinderarmut

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Die Chancen für ein gutes Leben sind ungleich verteilt. 21 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18
- 2 Jahren in Brandenburg sind arm oder von Armut bedroht. Armut trifft besonders Alleinerziehende und
- 3 kinderreiche Familien. Wir wollen Familien besser fördern und Alleinerziehende gezielt unterstützen,
- 4 indem wir die Beratungs- und Unterstützungsangebote, wie die „Frühen Hilfen“, Trennungs- und
- 5 Erziehungsberatung, Elternkurse und Familienzentren ausbauen. Das Bildungs- und Teilhabepaket erreicht
- 6 viele Familien nicht. Wenn Kinder oder Jugendliche sich das Mittagessen in Kita oder Schule nicht leisten
- 7 können, im Kino oder bei den Klassenfahrten nicht dabei sein können, dann läuft etwas gründlich schief.
- 8 Wir wollen, dass alle Kinder, die einen Anspruch auf das Paket haben, mit Hilfe einer „Bildungskarte“ einen
- 9 freien und unbürokratischen Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Sportangeboten erhalten. Besonders die
- 10 Teilnahme am Mittagessen muss unkompliziert und kostenfrei möglich sein. Das Land
- 11 soll den bisherigen Eigenanteil von einem Euro übernehmen. Den Aufbau kommunaler Präventionsketten
- 12 gegen Kinderarmut wollen wir voranbringen. Kinderarmut muss auf Bundesebene endlich wirksam
- 13 bekämpft werden. Deshalb wollen wir eine Bundesratsinitiative für eine Reform des Bildungs- und
- 14 Teilhabepakets starten. Wir streiten für Regelsätze, die Teilhabe wirklich ermöglichen, einen automatisch
- 15 ausgezahlten Kindergeldbonus, der Familien wirklich erreicht und eine Kindergrundsicherung. Denn: Jedes
- 16 Kind muss dem Staat gleich viel wert sein.

2.1-C (Projekt) Gute Kitas beitragsfrei

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die ersten Lebensjahre entscheiden besonders stark über die Entwicklung eines Kindes, denn hier wird der
2 Grundstein für die sozialen, emotionalen, motorischen, sprachlichen und kognitiven Fähigkeiten gelegt.
3 Kitas sind Bildung und die sollte für Eltern kostenfrei sein. Deshalb wollen wir sowohl in die
4 Weiterentwicklung der Qualität und den Ausbau des Angebots als auch in die Beitragsfreiheit investieren.
5 Die Zeit, die ein*e Erzieher*in für jedes Kind hat, ist immer noch viel zu knapp bemessen und Brandenburg
6 ist nach wie vor Schlusslicht beim Betreuungsschlüssel. Deshalb wollen wir die Gruppengrößen senken
7 und die Zahl der Kinder, die eine Fachkraft betreut, möglichst schnell auf die empfohlene Relation von 1:3
8 für Unter-Dreijährige und 1:7,5 für Drei- bis Sechsjährige verbessern. Wir wollen den Beruf mit guten
9 Arbeitsbedingungen, besserer Entlohnung und interessanten Fortbildungsmöglichkeiten attraktiver für
10 junge Menschen machen, für Männer ebenso wie für Frauen. Die Kita-
11 Finanzierung wollen wir auf neue Füße stellen. Die Ausbildung an den Erzieherfachschulen muss
12 kostenfrei sein. Wie in den dualen Ausbildungsberufen müssen junge Menschen eine
13 Ausbildungsvergütung erhalten. Das wollen wir in einem Kita-Gesetz neu regeln und individuell an die
14 Bedürfnisse der Kinder (Alter, Betreuungszeiten, Integrationskinder) anpassen.

Beschluss

Gute Kitas beitragsfrei

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Die ersten Lebensjahre entscheiden besonders stark über die Entwicklung eines Kindes, denn hier wird der
- 2 Grundstein für die sozialen, emotionalen, motorischen, sprachlichen und kognitiven Fähigkeiten gelegt.
- 3 Kitas sind Bildung und die sollte für Eltern kostenfrei sein. Deshalb wollen wir sowohl in die
- 4 Weiterentwicklung der Qualität und den Ausbau des Angebots als auch in die Beitragsfreiheit investieren.
- 5 Die Zeit, die ein*e Erzieher*in für jedes Kind hat, ist immer noch viel zu knapp bemessen und Brandenburg
- 6 ist nach wie vor Schlusslicht beim Betreuungsschlüssel. Deshalb wollen wir die Gruppengrößen senken
- 7 und die Zahl der Kinder, die eine Fachkraft betreut, möglichst schnell auf die empfohlene Relation von 1:3
- 8 für Unter-Dreijährige und 1:7,5 für Drei- bis Sechsjährige verbessern. Wir wollen den Beruf mit guten
- 9 Arbeitsbedingungen, besserer Entlohnung und interessanten Fortbildungsmöglichkeiten attraktiver für
- 10 junge Menschen machen, für Männer ebenso wie für Frauen. Die Kita-
- 11 Finanzierung wollen wir auf neue Füße stellen. Die Ausbildung an den Erzieherfachschulen muss
- 12 kostenfrei sein. Wie in den dualen Ausbildungsberufen müssen junge Menschen eine
- 13 Ausbildungsvergütung erhalten. Das wollen wir in einem Kita-Gesetz neu regeln und individuell an die
- 14 Bedürfnisse der Kinder (Alter, Betreuungszeiten, Inklusions- und Integrationskinder) anpassen.

Beschluss

2.1. Auf den Anfang kommt es an: Kinder, Jugend und Familie

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Familien stärken, Kinderarmut bekämpfen

2 Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ganz gleich,
3 in welcher Konstellation, ob das in einer Mutter-Vater-Kind(er)-Konstellation, bei Alleinerziehenden,
4 Patchwork- oder Regenbogenfamilien geschieht. Wir kämpfen für ein gerechtes Land, in dem jedes einzelne
5 Kind gesund aufwachsen und seine Potenziale entfalten kann.

6 Kinderarmut dürfen wir in einem reichen Land wie unserem nicht zulassen. Jedes vierte Kind in
7 Brandenburg unter drei Jahren ist arm oder armutsgefährdet. Besonders häufig arm sind die Kinder
8 alleinerziehender Mütter oder in kinderreichen Familien. Sie wollen wir deshalb besonders unterstützen.
9 Aufwachsen in Armut bedeutet mehr als finanzielle Not, es betrifft die gesamte Lebenssituation. Denn
10 Armut führt zu sozialer Ausgrenzung, oft ein Leben lang. Schließlich stehen in keinem anderen
11 Industrieland die Chancen für einen späteren sozialen Aufstieg so schlecht wie in Deutschland. Wir wollen
12 deshalb nicht nur an einem „Runden Tisch“ über Kinderarmut reden, sondern das Problem mit konkreten
13 Maßnahmen wie der „Bildungskarte gegen Kinderarmut“ ernsthaft anpacken. Die Karte soll Kindern, die
14 Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket haben, einen freien und unbürokratischen Zugang zu
15 Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten ermöglichen. Besonders wichtig ist uns, dass
16 anspruchsberechtigte Kinder kostenfrei und unbürokratisch am Mittagessen in Kita, Schule oder Hort
17 teilnehmen können. Das Land muss den Eigenanteil von einem Euro übernehmen. Auf Bundesebene setzen
18 wir uns für Regelsätze, die Teilhabe wirklich ermöglichen und für eine Kindergrundsicherung ein.

19 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Politik. Wir setzen uns für
20 familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und mehr zeitliche Selbstbestimmung für
21 Familien ein. Gleichzeitig möchten wir erreichen, dass Frauen und Männer ihren Wunsch nach
22 partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben können und Zeit haben, Kinder oder
23 pflegebedürftige Angehörige zu versorgen. Die Situation von Alleinerziehenden nehmen wir besonders in
24 den Blick.

25 Mehr Hebammen ausbilden

26 Jedes einzelne Kind muss gute Startchancen ins Leben haben, von Anfang an. Wir wollen, dass Frauen
27 überall in Brandenburg ihre Kinder selbstbestimmt auf die Welt bringen können, unabhängig davon, ob sie
28 sich für eine Klinik, ein Geburtshaus oder eine Hausgeburt entscheiden. Es kann nicht sein, dass Familien
29 keine Hebamme mehr für die Geburtsvorbereitung und die Wochenbettbetreuung finden und
30 Geburtsstationen aus Personalmangel geschlossen werden müssen. Wir brauchen dringend mehr
31 Hebammen und Entbindungspfleger. Dafür wollen wir ausreichend Ausbildungskapazitäten schaffen und
32 das duale Studienfach Hebammenkunde an einer Brandenburger Hochschule einführen. Wir setzen uns für
33 eine bessere Bezahlung von Hebammen, gute Arbeitsbedingungen und den hebammengeleiteten Kreißaal

34 ein. Die Frage der Haftpflichtversicherungsprämien wollen wir auf Bundesebene endlich so regeln, dass
35 auch in Zukunft Haus- und Geburtshausgeburten stattfinden können.

36 **„Frühe Hilfen“: Kindeswohl und Kinderschutz sichern**

37 Für eine starke soziale, emotionale, motorische, kognitive und sprachliche Entwicklung brauchen vor allem
38 Kinder aus Familien in schwierigen Lebenslagen eine frühe Förderung. Wir wollen die Mittel für den
39 Kinderschutz und die „Frühen Hilfen“ aufstocken und die Netzwerke „Gesunde Kinder“ professionalisieren
40 und ausbauen. Kitas wollen wir zu Eltern-Kind-Zentren oder Mehr-Generationenhäusern weiterentwickeln.
41 Hier können niedrigschwellige Angebote wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-Kurse, Vermittlung
42 von unterstützenden Patenschaften oder Senior*innenkreise stattfinden. Das Land soll hier Modellprojekte
43 vor allem in berlinfernen Regionen fördern. Eine Verstetigung der bestehenden Mehrgenerationenhäuser
44 über die Bundesförderung hinaus streben wir an.

45 **Die Welt entdecken: Frühkindliche Bildung verbessern**

46 Die ersten Lebensjahre entscheiden besonders stark über die Entwicklung eines Menschen. Deswegen
47 brauchen wir gute Kitas und müssen sie entsprechend ausstatten. In der Relation von Personal zu Kindern
48 liegt Brandenburg trotz leichter Verbesserungen regelmäßig auf den hinteren Rängen. Wir wollen sowohl
49 die Qualität in den Kitas weiterentwickeln als auch die gerade begonnene Einführung der Beitragsfreiheit
50 fortsetzen. Bis dieses Ziel erreicht ist, setzen wir uns für gerechte und vergleichbare Elternbeiträge in den
51 Kommunen ein. Die Gruppengrößen wollen wir senken und die Zahl der Kinder, die eine Fachkraft betreut,
52 möglichst schnell auf die wissenschaftlich empfohlene Relation von 1:3 für Unter-Dreijährige und 1:7,5 für
53 Drei- bis Sechsjährige verbessern. Gleichzeitig wollen wir die Elternbeitragsfreiheit stärker ausweiten und
54 die landesfinanzierten Betreuungszeiten durch die Einführung einer dritten Betreuungsumfangsstufe
55 bedarfsgerecht ausbauen. Besonders alleinerziehende Eltern
56 brauchen oft längere Betreuungszeiten, die auch Schichtdienst möglich machen.

57 Das auf unsere Initiative hin beschlossene landesweite Kita-Qualitätsmonitoring soll künftig alle Kitas bei
58 der Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität beraten können. Das Kitagesetz wollen wir über einen
59 öffentlichen Beteiligungsprozess umfassend reformieren, um den erweiterten Bildungsauftrag, die
60 Qualitätssicherung, die räumliche und zeitliche Bedarfsabdeckung, eine gerechte Finanzierung und
61 Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung zu regeln. Wir wollen flächendeckend gezielte
62 Sprachförderung, Musik- und Bewegungsangebote und gutes Essen, ohne dass Eltern dafür draufzahlen
63 müssen. Das Programm „Kiez-Kita“ wollen wir weiter verbessern. Die Zahl von 100 Kitas, die aufgrund ihres
64 Sozialindex jetzt im Rahmen des Programms „Kiez-Kita“ eine halbe bis ganze Stelle zusätzlich
65 beantragen können, ist zu klein.

66 Für uns gehört die Kindertagespflege ebenso zur Säule der Kinderbetreuung wie die Kindertagesstätte.
67 Auch hier muss gelten: Gute Qualität der Arbeit, gute Ausbildung, gute Bezahlung, die über den
68 Mindestlohn hinaus geht und eine regelmäßige Evaluierung.

69 Damit sich Kinder optimal entwickeln können, brauchen sie die Unterstützung verschiedener
70 Berufsgruppen. Hierzu wollen wir in den Kitas multiprofessionelle Teams einsetzen. Neben Erzieher*innen
71 gehört hierzu auch Personal aus den Bereichen der Sozialarbeit, Psychologie und Gesundheit. Für die
72 Kinder und Eltern benachteiligter Familien wollen wir niedrigschwellige Beratungs-, Bildungs- und
73 Therapieprogramme anbieten.

74 **Kinderrechte umsetzen, Kinder und Jugendliche beteiligen**

75 Kinder und Jugendliche haben ein Recht, unbeschwert aufzuwachsen und sich zu entwickeln. Wir wollen
76 Kinder darin unterstützen, ihre Rechte durchzusetzen. Deshalb werden wir ein Konzept erarbeiten, wie wir
77 die Kinderrechts-Charta in Brandenburg am besten umsetzen können. Alle Kinder und Jugendlichen sollen
78 künftig in Brandenburg eine eigene Anlaufstelle finden, die ihnen mit juristischem Rat zur Seite steht. Die
79 Initiative der Landesregierung, sich im Bundesrat für „Kinderrechte ins Grundgesetz“ einzusetzen,
80 unterstützen wir. Aufgrund unserer hartnäckigen Initiative im Landtag wurde die Kinder- und
81 Jugendbeteiligung jetzt verpflichtend in die Kommunalverfassung aufgenommen. Wir wollen die konkrete

82 Ausgestaltung der Beteiligung vor Ort von Landesseite unterstützen, denn es ist wichtig, dass die
83 Beteiligung auch wirksam ist. Da es viele tolle Beispiele für gut funktionierende Kinder- und
84 Jugendparlamente, Jugendbeiräte oder Jugendforen gibt, wollen wir eine landesweite
85 Informationskampagne mit Best-Practice-Beispielen starten.

86 **Kinder und Jugendhilfe stärken**

87 Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Angebots- und Unterstützungssystem, das Familien
88 bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenslagen auf Augenhöhe berät und ihnen unter die
89 Arme greift. Wir wollen eine freundliche, den Menschen und den Familien zugewandte Behörde, die
90 präventiv und proaktiv tätig wird und so Benachteiligungen vermeidet und abbaut. Jugendämter sollen
91 stärker zur Schaffung von positiven Lebensbedingungen beitragen und eine kinder- und
92 familienfreundliche Umwelt gestalten, damit Familien gar nicht erst in Bedrängnis geraten. Um zuzuhören
93 und sensibel mit den Betroffenen umzugehen müssen sich Sozialarbeiter*innen ausreichend Zeit nehmen
94 können. Derzeit sind die einzelnen Fallzahlen in der Kinder- und Jugendhilfe viel zu hoch. Wir setzen uns
95 für bessere Rahmenbedingungen, mehr finanzielle Ressourcen und qualifiziertes Personal sowie gute
96 Fortbildungs- und Supervisionsangebote für die Mitarbeiter*innen ein.

97 Wir betrachten Jugend- und Jugendsozialarbeit als Anspruch nicht nur für benachteiligte, sondern für alle
98 Jugendlichen. Jugend- und Jugendsozialarbeit ist außerschulische Bildungsarbeit mit politischer, sozialer,
99 kultureller und persönlichkeitsbildender Funktion. Die Sozialraumorientierung wollen wir ausbauen und
100 möglichst über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus weitere Einrichtungen, z.B. Schulen, stärker in die
101 Gestaltung eines kinder- und familienfreundlichen Umfelds einbeziehen.

102 Skandalöses Versagen wie das der Fachaufsicht des Landesjugendamts und des Ministeriums für Bildung,
103 Jugend und Sport in den Haasenburg-Heimen darf sich nicht wiederholen. Unsere Fraktion brachte die
104 Vorgänge auf die Tagesordnung des Landtags und setzte eine Untersuchung sowie Neu-Konzeption des
105 Umgangs mit dieser Klientel durch. Wir wollen die empfohlenen Maßnahmen umsetzen, die Fachaufsicht
106 personell aufstocken und die Einrichtungen fachlich beraten, unterstützen und ggf. auch kontrollieren. Für
107 Konfliktsituationen zwischen Betroffenen und dem Jugendamt wollen wir das Netz regionaler
108 Ombudsstellen weiter ausbauen.

2.2-A (Projekt) Wir machen Kinder fit fürs digitale Zeitalter

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen Kinder und Jugendliche zu souveränen, aktiven Netzteilnehmer*innen machen. Medienbildung
- 2 unter fachübergreifenden und fächerverbindenden Aspekten ist Querschnittsaufgabe jeden Unterrichts.
- 3 Programmieren kann schon spielerisch in der Kita gelernt werden und sollte auch in der Grundschule auf
- 4 dem Stundenplan stehen. An allen weiterführenden Schulen wollen wir Informatik oder das neue Fach
- 5 "Digitale Welten" als Wahlpflichtfach etablieren. Neben technischen Fähigkeiten müssen im Unterricht
- 6 auch essentielle Kenntnisse zu ethischen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen unseres
- 7 technischen Lebensumfelds vermittelt werden. Über Chancen, Gefahren und Risiken des Netzes wollen wir
- 8 Kinder und Jugendliche umfassend aufklären. Wir wollen mit einem integrierten Konzept gemeinsam mit
- 9 den Kommunen die technische Ausstattung an allen Brandenburger Schulen für innovativen, digital
- 10 gestützten Unterricht auf den erforderlichen Stand bringen. Dazu gehören ein Breitbandanschluss, WLAN
- 11 und Medienbeauftragte für alle Schulen. Auf einer landesweiten Plattform wollen wir freie Lernangebote
- 12 (Open Educational Resources) zugänglich machen und so den Austausch zwischen Lehrer*innen
- 13 unterstützen. Wir werden auch die außerschulische Medienarbeit stärken und die Kooperation mit Schulen
- 14 und Kitas fördern. Wir wollen einen Runden Tisch Medienbildung etablieren, um alle beteiligten
- 15 Akteur*innen besser zu vernetzen.

2.2-B (Projekt) Neue Lehrer*innen braucht das Land!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Der eklatante Mangel an Lehrer*innen ist eines der gravierendsten Probleme, mit dem die Schulen derzeit
2 zu kämpfen haben. Um den großen Bedarf zu decken, wollen wir die Ausbildungskapazitäten an der
3 Universität Potsdam dauerhaft erweitern, insbesondere in den Studiengängen Förder- und
4 Inklusionspädagogik. Wir wollen auch prüfen, ob an der Universität Cottbus ein Lehramtsstudium, evtl.
5 speziell für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), eingeführt werden kann.
6 Doch dies allein wird nicht reichen. Schon jetzt sind mehr als 20 Prozent der Lehrkräfte
7 Quereinsteiger*innen, bald wird es jede*r zweite Lehrer*in sein. Und sie werden noch viele Jahre benötigt.
8 Sie können eine Bereicherung für die Schule sein. Sie müssen aber während der Einstiegsphase so
9 qualifiziert werden, dass sie fachlich und didaktisch an die von der Kultusministerkonferenz formulierten
10 pädagogischen Standards herangeführt werden. Dazu wollen wir Fortbildungs- und
11 Weiterbildungsangebote sowie
12 das Beratungs- und Unterstützungssystem ausbauen. Wir wollen möglichst vielen Quereinsteiger*innen
13 einen vollwertigen Lehramtsabschluss ermöglichen. Um auch Lehrkräfte für metropolenferne Regionen zu
14 werben, bedarf es eines engen Zusammenwirkens von Landesregierung, Schulverwaltung, Kommunen und
15 Schulen. Unsere Vorschläge hierzu, wie z.B. Vorverträge, dezentrale Seminarstandorte der
16 Lehramtsausbildung und Stipendien mit Lehrverpflichtung liegen seit 2011 vor. Wir wollen sie endlich zur
17 Anwendung bringen.

2.2-C (Projekt) Guter Ganzttag landesweit!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Unser Ziel ist die möglichst flächendeckende Erweiterung des Ganztagsangebots für Grund-, wie auch
- 2 weiterführende Schulen. Von einer guten Ganztagschule erwarten wir eine Rhythmisierung des Tages,
- 3 Phasen intensiven Lernen wechseln sich mit Entspannungsphasen ab. Kollektive und individuelle
- 4 Unterrichtsphasen haben ihren Platz im Tagesverlauf, ebenso wie ein gesundes Mittagessen. Das Konzept
- 5 der Verlässlichen Halbtagsgrundschule wollen wir ausbauen und für die fünften und sechsten
- 6 Jahrgangsstufen, die nicht mehr im Hort betreut werden („Lückekinder“), um zusätzliche
- 7 Nachmittagsangebote ergänzen. Wir möchten erreichen, dass sich auch mehr weiterführende Schulen für
- 8 den Ganzttag entscheiden.

- 9 Die Ganztagsangebote wollen wir durch das Land verlässlich und auskömmlich finanzieren und qualitativ
- 10 weiterentwickeln, das beinhaltet auch ein eigenes Budget und die organisatorische und pädagogische
- 11 Beratung sowie Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen.

2.2-D (Projekt) Mehr Kreativität und Handwerk in die Schulen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen jungen Menschen schon früh die Möglichkeit geben, sich kreativ zu entfalten, eigene Ideen zu
- 2 entwickeln und handwerkliche Fähigkeiten zu erwerben. Wir wollen deshalb in unseren Schulen mehr
- 3 Freiräume für kreative und offene Projekte. Dazu soll das Land an allen weiterführenden Schulen Schritt
- 4 für Schritt offene Werkstätten („Fablabs“) einrichten, um Schüler*innen Räume zur kreativen Entfaltung zu
- 5 geben. Unser Ziel ist es, dass ähnlich wie in Dänemark alle Schüler*innen frühzeitig handwerkliches
- 6 Geschick und Erfindergeist entwickeln. Sie sollen Vertrauen seitens der Lehrkräfte und der Schulverwaltung
- 7 bekommen und diese Räume selbstverwaltet organisieren. Die „Fablabs“ bieten außerdem die Möglichkeit,
- 8 Nachhaltigkeit zu „lernen“. So sollen sie auch Raum für die Reparatur defekter Geräte, Fahrräder oder
- 9 sonstiger Dinge bieten. Bei künstlerischen Projekten kann der Fokus auf der Wiederverwendung
- 10 gebrauchter Gegenstände liegen. Für Personal und Ausstattung wollen wir im
- 11 Landeshaushalt ein eigenes Budget bereitstellen.

2.2-E (Projekt) Bau von Kitas und Schulen: Räume zum Leben und Lernen schaffen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Viele unserer Kitas und Schulen sind baulich in einem schlechten Zustand und müssen dringend saniert
- 2 werden. Oft ist auch nicht genügend Platz vorhanden, flexible Neubauten mit vielfältigen
- 3 Nutzungsmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Die Herausforderungen unserer Zeit, individualisiertes
- 4 Lernen und Inklusion, Bewegungsmangel, Ganzttag und Digitalisierung erfordern aber andere Räume als die
- 5 herkömmlichen Klassenzimmer. Wir wollen Orte zum Leben und Lernen schaffen, die die Lernfreude und
- 6 Kreativität unserer Kinder wecken und die positive Wechselwirkung von Architektur, Organisation und
- 7 Pädagogik nutzen. Denn der Raum ist bekanntlich „der dritte Pädagoge“. Deshalb wollen wir ein
- 8 Förderprogramm auflegen, um die Kommunen bei der Sanierung und beim Neubau von Kitas und Schulen
- 9 besser zu unterstützen. Wir wollen die Kita- und Schulbaurichtlinie modernisieren, ein zeitgemäßes
- 10 Musterraumkonzept entwickeln und eine kompetente Beratung für Kita- und Schulträger anbieten. Dabei
- 11 stehen
- 12 gesundheitliche, ökologische und pädagogische Aspekte im Mittelpunkt.

2.2 Bildung fürs Leben: Schule und Ausbildung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Gute Bildung für jedes einzelne Kind – das ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Denn gute Bildung
2 eröffnet die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. In Deutschland hängt der Bildungserfolg noch immer
3 zu sehr von der sozialen Herkunft eines Kindes ab. Das wollen wir ändern. Wir sehen Schulen als Lern- und
4 Lebensorte, die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte erweitern. Alle Kinder können und wollen lernen.
5 Dafür muss es gute Rahmenbedingungen geben und Freiräume, in denen sich alle Beteiligten entfalten
6 und gute Arbeit leisten können.

7 **Lehrer*innen und Seiteneinsteiger*innen ausbilden und qualifizieren**

8 Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Gute Lehrer*innen für unsere Kinder und Jugendlichen zu finden und zu
9 qualifizieren ist die zentrale Herausforderung der Schulpolitik in den nächsten fünf Jahren. Unsere
10 Warnungen vor einem drohenden Lehrkräftemangel wurden viele Jahre lang ignoriert. Das rächt sich nun.
11 Die Universität Potsdam bildet als einzige, brandenburgische Universität Lehrkräfte für fast alle
12 Schulformen und Schulstufen aus. Knapp ein Fünftel aller Studierenden der Universität Potsdam, also ca.
13 3.300, sind derzeit im Lehramt immatrikuliert. Jährlich verlassen 500 Lehramtsstudierende die Universität
14 Potsdam, eingestellt werden müssten in diesem und den nächsten Jahren aber zwischen 950 und 1200
15 neue Lehrer*innen pro Jahr. Inzwischen hat die Universität angekündigt, die Zahl der
16 Lehramts-Studienplätze schrittweise bis zum Jahr 2020 auf 1.000 zu erhöhen, was erfahrungsgemäß zu
17 etwa 800 ausgebildeten Lehrer*innen jährlich führt. Und auch nach 2023/24 werden weiter jährlich mehr
18 als 600 Lehrer*innen benötigt.

19 Um den großen Bedarf an Lehrkräften zu decken, wollen wir deshalb die Kapazitäten für die
20 Lehramtsausbildung auf Dauer erweitern, insbesondere in den Studiengängen Förder- und
21 Inklusionspädagogik. Wir brauchen nicht nur mehr, sondern auch möglichst gut ausgebildete Lehrer*innen.
22 Wir wollen die Einführung eines Lehramtsstudiums an der Universität Cottbus, evtl. speziell für die
23 MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), prüfen. Außerdem wollen wir neue
24 Ausbildungswege entwickeln, zum Beispiel ein duales Studium oder Ein-Fach-Lehrkräfte. Die
25 Lehramtsausbildung wollen wir reformieren und praxisnäher gestalten. Kurzfristig lässt sich der große
26 Bedarf nur über Seiteneinsteiger*innen decken. Wir setzen uns für gute Konzepte ein, um diese zu
27 gewinnen und von Anfang an entsprechend zu qualifizieren.

28 Mit einer Erhöhung der Vertretungsreserve auf sechs Prozent wollen wir dem hohen Unterrichtsausfall
29 begegnen.

30 Wir wollen den Arbeitsplatz Schule in den ländlichen Regionen attraktiver gestalten und hier auch ganz
31 neue Lösungen ermöglichen, wie zum Beispiel Vorverträge, dezentrale Seminarstandorte der
32 Lehramtsausbildung, Stipendien mit Lehrverpflichtung sowie Aufstiegschancen.

33 Zugleich setzen wir uns für einen bundesweit einheitlichen Rahmen für die Bezahlung ein, um den
34 ruinösen Konkurrenzkampf zwischen reichen und armen Ländern um die Bezahlung und Besoldung von
35 Lehrkräften zu beenden. Damit die Lehrkräfte sich stärker auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren

36 können, wollen wir die Schulorganisation anders gestalten und zusätzliches Verwaltungspersonal
37 einführen, z. B. für die Unterstützung der Klassenleitung bei organisatorischen Tätigkeiten. Zur Entlastung
38 der Schulleitung von Verwaltungsaufgaben wollen wir an großen Schulen hauptamtliche
39 Verwaltungsleitungen einsetzen.

40 Der Beruf der Lehrkraft hat sich in den letzten Jahren rasant verändert: Heute werden beispielsweise mehr
41 Präsenz an der Schule, Zusammenarbeit mit Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und anderen
42 Expert*innen und die Nutzung digitaler Medien erwartet. Wir wollen, dass die Vor- und Nachbereitung des
43 Unterrichts in der Schule erfolgen kann. Die Schaffung angemessener Arbeitsplätze für Lehrer*innen
44 innerhalb der Schulen ist dazu dringend erforderlich.

45 **Medienbildung und Digitalisierung voranbringen**

46 Um in der modernen Lebenswelt selbstbestimmt teilhaben zu können, ist ein grundlegendes Verständnis
47 der digitalen Technik unverzichtbar. Die neuen Medien bieten große Chancen, aber auch große Gefahren.
48 Sie verändern Kommunikation und Alltag, auch Lernen und Lehren in Schule, Uni und Freizeit ändern sich.
49 Wir wollen mit einem integrierten Konzept gemeinsam mit Bund und Kommunen die technische
50 Ausstattung an allen Brandenburger Schulen für innovativen, digital gestützten Unterricht auf den
51 erforderlichen Stand bringen. Dazu gehören ein schneller Breitbandanschluss und WLAN sowie ausreichend
52 Computer, Laptops oder Tablets. Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig den verantwortungsbewussten
53 Umgang mit digitalen Medien lernen. Neben technischen Fähigkeiten gehören dazu ergänzend zur
54 fachübergreifenden Medienbildung auch essentielle Kenntnisse zu ethischen, rechtlichen und politischen
55 Rahmenbedingungen unseres technischen Lebensumfelds. An allen weiterführenden Schulen wollen wir
56 Informatik

57 oder das neue Fach "Digitale Welten" als Wahlpflichtfach etablieren. Auf einer landesweiten Plattform
58 wollen wir freie Lernangebote (Open Educational Resources) zugänglich machen und so den Austausch
59 zwischen Lehrer*innen unterstützen. Wir wollen einen Runden Tisch Medienbildung etablieren, um alle
60 beteiligten Akteur*innen besser zu vernetzen.

61 **Die Schule im Dorf lassen - Grundschulstandorte erhalten**

62 Zur Qualität von Bildung gehört für uns auch, dass unsere Kinder nicht täglich wertvolle Lebenszeit an
63 Bushaltestellen und in Schulbussen verschwenden. Deshalb wollen wir möglichst viele
64 Grundschulstandorte erhalten oder schaffen, ohne Abstriche an der Bildungsqualität zu machen. In den
65 ländlichen Räumen kann dieses Ziel beispielsweise mit Filialgrundschulen mit Außenstellen bis zur 4.
66 Klasse und einem zentralen Standort bis zur 6. Klasse erreicht werden.

67 **Von der Kita in die Schule - mehr Zeit (und Geld) für gelungene Übergänge**

68 Guter Unterricht beginnt vor dem ersten Schultag. Um den Übergang der Kinder von der Kita zur
69 Grundschule zu verbessern, müssen Schulen und Kitas besser kooperieren können. Das gilt auch für den
70 Übergang von der Schule zur weiteren Ausbildung. Schließlich gehören die Übergänge im Bildungssystem
71 zu den sensibelsten Phasen im Bildungsweg eines Kindes.

72 **Längeres gemeinsames Lernen auch nach Klasse sechs**

73 Auch nach der 6. Klasse gilt für uns: Die Qualität der Schule ist entscheidend. Für die Qualität ist es
74 förderlich, wenn Kinder und Jugendliche deutlich länger gemeinsam lernen können. Die bestehende
75 Schulstruktur in der Sekundarstufe I ist das Ergebnis halbherziger Schulreformen der Vergangenheit. Wir
76 wollen, dass Kinder und Jugendliche möglichst lange gemeinsam lernen. Als ersten Schritt einer
77 Veränderung wollen wir daher die Oberschule stärken und zu einer Schule weiterentwickeln, die auch den
78 Bildungsgang zur allgemeinen Hochschulreife einschließt. Wir möchten eine Schulform, die alle Abschlüsse
79 ermöglicht und niemanden frühzeitig ausschließt. Darum bestärken wir alle Schulträger, die gemeinsames
80 Lernen bis zur 10. Klasse oder darüber hinaus anbieten wollen. In ländlichen Regionen wollen wir
81 Schulträger und Schulen ermutigen, Oberschulen und Gymnasien zu Gesamtschulen mit Oberstufe

82 zusammenzulegen. Modularisierte Oberstufen und doppelqualifizierende Bildungsgänge, die Abitur und
83 Berufsausbildung („Berufsabitur“) verbinden, finden unsere Unterstützung.

84 **Inklusive Schule: Mehr individuelle Förderung für alle!**

85 Wir unterstützen das Ziel eines inklusiven Bildungssystems. Inklusiver Unterricht bedeutet die individuelle
86 Förderung jedes Kindes – ganz gleich ob mit oder ohne Förderbedarf, ob leistungsstark oder eher schwach.
87 Wir wollen Schulen dazu befähigen, sich noch weiter zu öffnen und gleichzeitig die besonderen
88 Fähigkeiten aller Lernenden zu entwickeln. Wir unterstützen das Ziel, dass möglichst alle Schulen das
89 Konzept der „Schule für Gemeinsames Lernen“ übernehmen. Gleichzeitig brauchen wir inklusive
90 Schwerpunktschulen für besondere Förderbedarfe wie „körperliche und motorische Entwicklung“, „Sehen“,
91 „Hören“ und „geistige Entwicklung“. Vor allem in der Sekundarstufe besteht bei der Inklusion noch
92 Nachholbedarf. Die Lehrkräfte brauchen mehr und bessere Angebote, sich entsprechend zu qualifizieren.
93 Uns ist wichtig, dass der Anspruch auf einen Hortbesuch von Kindern mit Förderbedarf auch nach
94 Abschluss der sechsten Jahrgangsstufe unkompliziert in allen Kommunen möglich ist. Die schulinterne
95 Verwendung der Mittel für die Inklusion darf nicht für den Vertretungsunterricht herangezogen werden.
96 Zudem wollen wir die Klassengrößen für den inklusiven Unterricht weiter senken. Wir wollen es Schulen
97 ermöglichen, in demokratischer Selbstentscheidung bis Klasse neun auf Ziffernnoten zu verzichten und
98 den Lernfortschritt und die Lernentwicklung in verbalen Beurteilungen sowie Ziel- und Bilanzgesprächen
99 zu dokumentieren.

100 Die Kulturelle Bildung wollen wir stärken und allen Kindern und Jugendlichen während ihrer Schulzeit
101 vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen.

102 Wir fördern Kreativität und neue Unterrichtformen wie projektbezogene Gruppenarbeit und stellen dafür
103 auch entsprechende Räumlichkeiten, wie Werkstätten und sogenannte „Fablabs“ (Fabrikationslabore)
104 bereit.

105 Die Schulsozialarbeit wurde in den letzten Jahren weiter ausgebaut, aber es gibt noch Lücken, die wir
106 schließen wollen. Auch die schulpсихologische Betreuung wollen wir schrittweise verbessern.

107 **Willkommen: Geflüchtete Kinder und Jugendliche gut integrieren**

108 Ohne eine engagierte Arbeit an unseren Schulen wird Integration nicht gelingen. Für den Unterricht in den
109 Vorbereitungsklassen und besonders für die Übergänge in die Regelklassen brauchen wir gut fortgebildete
110 Lehrkräfte und Schulsozialarbeit. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von Lehrkräften zu
111 nutzen, die selbst geflüchtet sind und unterstützen das „Refugee Teacher Program“ an der Universität
112 Potsdam.

113 **Ganztagschulen weiterentwickeln**

114 Wir wollen die Anzahl und Qualität der Ganztagschulen bedarfsgerecht steigern. Von einer guten
115 Ganztagschule erwarten wir eine Rhythmisierung des Tages: Phasen des intensiven Lernens wechseln sich
116 mit Entspannungsphasen ab. Kollektive und individuelle Unterrichtsphasen sowie Gruppenarbeit haben
117 ihren Platz im Tagesverlauf, ebenso wie eine Versorgung mit gesundem Essen aus regionalen Produkten.
118 Mehr Qualität erfordert eine bessere Integration von Schule und Hort, vor allem bessere Angebote für die
119 Jahrgangsstufen vier bis sechs. Wir wollen, dass sich Lehrkräfte und Horterzieher*innen gemeinsam
120 fortbilden und integrierte Konzepte entwickeln können. Die Ganztagsangebote der weiterführenden
121 Schulen in der Sekundarstufe I (Klasse sieben bis zehn) wollen wir weiter ausbauen. Die Jugendsozialarbeit
122 wollen wir dabei einbeziehen und verstärken. Neben gut qualifizierten Lehr- und Fachkräften brauchen die
123 Schulen auch selbst zu verwaltende Budgets für freie Honorarkräfte, damit spezielle
124 Bildungsangebote gemacht werden können. Damit erreichen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie
125 und Berufstätigkeit und leisten durch zusätzliche Bildungsangebote einen Beitrag zu mehr
126 Bildungsgerechtigkeit.

127 **Berufsorientierung fördern**

128 Bundesweit gibt es 326 Ausbildungsberufe und über 16 000 Studienangebote – die individuell richtige
129 Entscheidung zu treffen ist eine der großen Herausforderungen auf dem Lebensweg junger Menschen.

130 In der Schule als zentralem Lern- und Lebensort für die Schüler*innen muss Berufs- und
131 Studienorientierung (BSO) eine größere Rolle spielen, zum Beispiel im Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT)
132 bzw. in der Oberstufe im Seminarkurs zur Studien- und Berufsorientierung. Wir wollen die
133 Berufsorientierung zu einem Qualitätsmerkmal jeder Schule machen und das Qualitätssiegel „Exzellente
134 Berufsorientierung“ fördern. Die Betriebspraktika an den weiterführenden Schulen müssen einen festen
135 Platz im Schuljahreskalender haben, ebenso das Praxislernen oder die Gründung von Schülerfirmen.
136 Kooperationen von Unternehmen, Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer, Bundesagentur
137 für Arbeit, Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg mit Schulen sowie den Aufbau von
138 Berufs- und Studienorientierungs-Teams an den weiterführenden Schulen wollen wir stärken.

139 Die Zustimmung der Brandenburger Jugendlichen zu ihrem Land und zu ihrer Heimat wollen wir durch eine
140 qualifizierte Berufs- und Studienorientierung an den Schulen fördern, zum Beispiel mit einem regionalen
141 runden Tisch, an dem Betriebe und Unternehmen, Schulen und die Jugendberufsagentur den Übergang in
142 die duale Ausbildung oder das duale Studium thematisieren. Den „Brandenburgischen
143 Ausbildungskonsenses“ wollen wir fortschreiben, um die betriebliche Berufsorientierung und die duale
144 Ausbildung weiter zu stärken. Analog wollen wir ein Konzept entwickeln, das die Studienorientierung und
145 den Übergang von Schule zur Hochschule im Fokus hat.

146 **Duale Ausbildung stärken**

147 Die beruflich duale Ausbildung ist ein wichtiger Erfolgsfaktor in unserem Bildungssystem. Wir wollen sie
148 stärken und die Oberstufenzentren personell und technisch gut ausstatten, damit sie mit den veränderte
149 Rahmenbedingungen in der Praxis Schritt halten können. Noch immer gibt es zahlreiche unbesetzte
150 Lehrstellen, während gleichzeitig junge Menschen auf der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz
151 sind und viele Unternehmen gar nicht ausbilden. Um Betriebe und Bewerber*innen besser
152 zusammenzubringen, brauchen wir Verbesserungen im Öffentlichen Personennahverkehr und ein
153 kostenfreies Azubi-Ticket.

154 Fast jede*r dritte Auszubildende in Brandenburg wechselt die Lehrstelle oder bricht die Ausbildung sogar
155 ganz ab. Diese Zahl wollen wir deutlich reduzieren. Fehlende Ausbildungspläne, Überstunden sowie
156 schlechte Bezahlung sind laut Ausbildungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes in vielen
157 Ausbildungsberufen ein Problem. Wir setzen uns für Mindestausbildungsvergütungen und bessere
158 Beratung und Kontrolle der Ausbildungsbetriebe ein.

159 Die Ausbildung an beruflichen Schulen muss für zukünftige Erzieher*innen, Altenpfleger*innen und
160 Sozialassistent*innen kostenfrei sein. Wir wollen für diese Berufe eine duale Ausbildung, die eine
161 Ausbildungsvergütung einschließt, einführen.

162 Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt, doch bei vielen Jugendlichen mit
163 Vermittlungshemmnissen stößt es an seine Grenzen. Daher brauchen wir gute Schulsozialarbeit und
164 Qualifizierungsmaßnahme wie „produktives Lernen“ oder überbetriebliche Lernorte, die benachteiligte oder
165 geflüchtete Jugendliche auf ihrem Weg in die Ausbildung oder Berufsfindung begleiten.

166 **Räume für individuelles und kreatives Lernen bauen**

167 Gute Schule ist angstfrei, macht Spaß, bietet ausreichend Zeit bei Lernproblemen, gibt Unterstützung und
168 ermöglicht individuelle Lernwege. In den Kommunen machen wir uns dafür stark, an moderne Lernformen
169 angepasste Unterrichtsräume zu schaffen. Die Raumempfehlungen wollen wir im Hinblick auf moderne
170 Pädagogik und Inklusion aktualisieren. Gerade für Ganztagschulen gibt es viele Möglichkeiten, mit
171 offenen Raumkonzepten zu differenziertem Unterricht anzuregen, moderne Medien einzubeziehen und
172 Schule als Lebensraum zu gestalten. Deshalb wollen wir ein Förderprogramm für die Sanierung oder den
173 Neubau von Schulen auflegen.

174 **Schulen in freier Trägerschaft**

175 Schulen in freier Trägerschaft bereichern die Schullandschaft. Daher setzen wir uns auch für ein faires,
176 transparentes und verlässliches Finanzierungsmodell für die Schulen in freier Trägerschaft ein. Die
177 Wartefrist bis zur Bezuschussung durch das Land wollen wir auf zwei Jahre verkürzen. Auch kleine (Eltern-)
178 Initiativen wollen wir besser unterstützen. Außerdem wollen wir alle Schulen in die
179 Schulentwicklungsplanung und die kommunalen Bildungslandschaften einbeziehen, ebenso wie in die
180 Schulvisitation.

181 **Mehrsprachigkeit ist ein Gewinn**

182 Brandenburg braucht endlich ein Mehrsprachigkeitskonzept, das auch Polnisch als Nachbarsprache,
183 Sorbisch als Minderheitensprache und die Herkunftssprachen der Lernenden berücksichtigt. In der
184 Sprachforschung ist unbestritten, dass die Zweitsprache umso besser gelernt werden kann, je besser die
185 Muttersprache beherrscht wird. Wir wollen Mehrsprachigkeit stärker fördern und bedarfsgerechte
186 Angebote für alle Altersgruppen schaffen.

187 **Lebenslanges Lernen ermöglichen**

188 Die Erwachsenenbildung ist unverzichtbar für das berufliche, politische und kulturelle Leben in unserer
189 demokratischen Gesellschaft. Volkshochschulen ergänzen die Weiterbildungslandschaft und tragen durch
190 die Sprach- und Integrationskurse maßgeblich zur Integration der Geflüchteten bei. Wir wollen die
191 Grundförderung für die Volkshochschulen aufstocken und setzen uns für faire Honorare und qualifiziertes
192 Personal ein.

193 Den Zweiten Bildungsweg wollen wir ausbauen und gerade auch in den ländlichen Räumen erreichbar
194 machen. Er ist eine Möglichkeit, versäumte Bildungschancen nachzuholen und die persönlichen
195 Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt zu verbessern. Lange Anfahrtswege sind jedoch oftmals ein Hindernis für
196 den erfolgreichen Abschluss. Dem wollen wir mit verstärkten online-Angeboten begegnen.

197 Bibliotheken als wichtige kulturelle Treffpunkte stehen in der finanziellen Verantwortung der Kommunen.
198 Wir wollen sie als Standortfaktoren in die regionalen Entwicklungsplanungen einbeziehen.

199 **Partizipation: Gute Bildung wächst von unten**

200 Wir sind überzeugt: Gute Bildung lässt sich nicht „von oben“ verordnen. Sie kann nur „von unten“ wachsen.
201 Wir setzen auf die Zusammenarbeit aller Beteiligten: Von Eltern, Schulen, Zivilgesellschaft, staatlicher
202 Verwaltung und bis zur regionalen Wirtschaft. Wir wollen die Vertretungsorgane von Schülerinnen und
203 Schülern in ihren Rechten stärken, vor allem auf der Kreis- und Landesebene. In allen Bildungsbereichen
204 wollen wir zudem die Vernetzung der Eltern voranbringen. Deshalb unterstützen wir den weiteren Aufbau
205 von Kita-Beiräten. Auch Sport- und Kulturvereine, Träger der Jugendhilfe und andere Einrichtungen sollen
206 stärker in die Gestaltung der Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche einbezogen werden.

207 **Mehr Geld für Bildung**

208 Bildung eröffnet Zukunft – für den Einzelnen, aber auch für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft.
209 Darum sind Bildungsausgaben für uns Bündnisgrüne unverzichtbare Investitionen in die Zukunft. Wir
210 wollen allen Kindern und Jugendlichen gleich gute Bildungschancen bieten – unabhängig von ihrer
211 Herkunft, von ihren Lebensumständen und dem Geldbeutel ihrer Eltern. Die notwendigen Verbesserungen
212 des Bildungssystems sind nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb wollen wir deutlich mehr Geld in das
213 Bildungssystem stecken - für eine bessere Qualität in unseren Kitas und Schulen.

Beschluss

Wir machen Kinder fit fürs digitale Zeitalter

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen Kinder und Jugendliche zu souveränen, aktiven Netzteilnehmer*innen machen. Medienbildung
- 2 unter fachübergreifenden und fächerverbindenden Aspekten ist Querschnittsaufgabe jeden Unterrichts.
- 3 Programmieren kann schon spielerisch in der Kita gelernt werden und sollte auch in der Grundschule auf
- 4 dem Stundenplan stehen. An allen weiterführenden Schulen wollen wir Informatik oder das neue Fach
- 5 "Digitale Welten" als Wahlpflichtfach etablieren. Neben technischen Fähigkeiten müssen im Unterricht
- 6 auch essentielle Kenntnisse zu ethischen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen unseres
- 7 technischen Lebensumfelds vermittelt werden. Über Chancen, Gefahren und Risiken des Netzes wollen wir
- 8 Kinder und Jugendliche umfassend aufklären. Wir wollen mit einem integrierten Konzept gemeinsam mit
- 9 den Kommunen die technische Ausstattung an allen Brandenburger Schulen für innovativen, digital
- 10 gestützten Unterricht auf den erforderlichen Stand bringen. Dazu gehören ein Breitbandanschluss, WLAN
- 11 und Medienbeauftragte für alle Schulen. Auf einer landesweiten Plattform wollen wir freie Lernangebote
- 12 (Open Educational Resources) zugänglich machen und so den Austausch zwischen Lehrer*innen
- 13 unterstützen. Wir werden auch die außerschulische Medienarbeit stärken und die Kooperation mit Schulen
- 14 und Kitas fördern. Wir wollen einen Runden Tisch Medienbildung etablieren, um alle beteiligten
- 15 Akteur*innen besser zu vernetzen.

Beschluss

Neue Lehrer*innen braucht das Land!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Der eklatante Mangel an Lehrer*innen ist eines der gravierendsten Probleme, mit dem die Schulen derzeit
2 zu kämpfen haben. Um den großen Bedarf zu decken, wollen wir die Ausbildungskapazitäten an der
3 Universität Potsdam dauerhaft erweitern, insbesondere in den Studiengängen Förder- und
4 Inklusionspädagogik. Wir wollen auch prüfen, ob an der Universität Cottbus ein Lehramtsstudium, evtl.
5 speziell für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), eingeführt werden kann.
6 Doch dies allein wird nicht reichen. Schon jetzt sind mehr als 25 Prozent der neu eingestellten Lehrkräfte
7 Quereinsteiger*innen, bald wird es jede*r zweite neue Lehrer*in sein. Und sie werden noch viele Jahre
8 benötigt. Sie können eine Bereicherung für die Schule sein. Sie müssen aber während der Einstiegsphase
9 so qualifiziert werden, dass sie fachlich und didaktisch an die von der Kultusministerkonferenz
10 formulierten pädagogischen Standards herangeführt werden. Dazu wollen wir Fortbildungs- und
11 Weiterbildungsangebote sowie das Beratungs- und Unterstützungssystem ausbauen. Wir wollen möglichst
12 vielen Quereinsteiger*innen einen vollwertigen Lehramtsabschluss ermöglichen. Um auch Lehrkräfte für
13 metropolenferne Regionen zu werben, bedarf es eines engen Zusammenwirkens von Landesregierung,
14 Schulverwaltung, Kommunen und Schulen. Unsere Vorschläge hierzu, wie z.B. Vorverträge, dezentrale
15 Seminarstandorte der Lehramtsausbildung und Stipendien mit Lehrverpflichtung liegen seit 2011 vor. Wir
16 wollen sie endlich zur Anwendung bringen.

Beschluss

Guter Ganzttag landesweit!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Unser Ziel ist die möglichst flächendeckende Erweiterung des Ganztagsangebots für Grund-, wie auch
- 2 weiterführende Schulen. Von einer guten Ganzttagsschule erwarten wir eine Rhythmisierung des Tages,
- 3 Phasen intensiven Lernen wechseln sich mit Entspannungsphasen ab. Kollektive und individuelle
- 4 Unterrichtsphasen haben ihren Platz im Tagesverlauf, ebenso wie ein gesundes Mittagessen. Das Konzept
- 5 der Verlässlichen Halbtagsgrundschule wollen wir ausbauen und für die fünften und sechsten
- 6 Jahrgangsstufen, die nicht mehr im Hort betreut werden („Lückekinder“), um zusätzliche
- 7 Nachmittagsangebote ergänzen. Wir möchten erreichen, dass sich auch mehr weiterführende Schulen für
- 8 den Ganzttag entscheiden.

- 9 Die Ganztagsangebote wollen wir durch das Land verlässlich und auskömmlich finanzieren und qualitativ
- 10 weiterentwickeln, das beinhaltet auch ein eigenes Budget und die organisatorische und pädagogische
- 11 Beratung sowie Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen.

Beschluss

Mehr Kreativität und Handwerk in die Schulen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen jungen Menschen schon früh die Möglichkeit geben, sich kreativ zu entfalten, eigene Ideen zu
- 2 entwickeln und handwerkliche Fähigkeiten zu erwerben. Wir wollen deshalb in unseren Schulen mehr
- 3 Freiräume für kreative und offene Projekte. Dazu soll das Land an allen weiterführenden Schulen Schritt
- 4 für Schritt offene Werkstätten („Fablabs“) einrichten, um Schüler*innen Räume zur kreativen Entfaltung zu
- 5 geben. Unser Ziel ist es, dass ähnlich wie in Dänemark alle Schüler*innen frühzeitig handwerkliches
- 6 Geschick und Erfindergeist entwickeln. Sie sollen Vertrauen seitens der Lehrkräfte und der Schulverwaltung
- 7 bekommen und diese Räume selbstverwaltet organisieren. Die „Fablabs“ bieten außerdem die Möglichkeit,
- 8 Nachhaltigkeit zu „lernen“. So sollen sie auch Raum für die Reparatur defekter Geräte, Fahrräder oder
- 9 sonstiger Dinge bieten. Bei künstlerischen Projekten kann der Fokus auf der Wiederverwendung
- 10 gebrauchter Gegenstände liegen. Für Personal und Ausstattung wollen wir im
- 11 Landeshaushalt ein eigenes Budget bereitstellen. Ebenso sollen an allen Schulen wieder Schulgärten
- 12 angelegt werden.

Beschluss

Bau von Kitas und Schulen: Räume zum Leben und Lernen schaffen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Viele unserer Kitas und Schulen sind baulich in einem schlechten Zustand und müssen dringend saniert
- 2 werden. Oft ist auch nicht genügend Platz vorhanden, flexible Neubauten mit vielfältigen
- 3 Nutzungsmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Die Herausforderungen unserer Zeit, individualisiertes
- 4 Lernen und Inklusion, Bewegungsmangel, Ganzttag und Digitalisierung erfordern aber andere Räume als die
- 5 herkömmlichen Klassenzimmer. Wir wollen Orte zum Leben und Lernen schaffen, die die Lernfreude und
- 6 Kreativität unserer Kinder wecken und die positive Wechselwirkung von Architektur, Organisation und
- 7 Pädagogik nutzen. Denn der Raum ist bekanntlich „der dritte Pädagoge“. Deshalb wollen wir ein
- 8 Förderprogramm auflegen, um die Kommunen bei der Sanierung und beim Neubau von Kitas und Schulen
- 9 besser zu unterstützen. Wir wollen die Kita- und Schulbaurichtlinie modernisieren, ein zeitgemäßes
- 10 Musterraumkonzept entwickeln und eine kompetente Beratung für Kita- und Schulträger anbieten. Dabei
- 11 stehen
- 12 gesundheitliche, ökologische und pädagogische Aspekte im Mittelpunkt.

Beschluss

2.2. Bildung fürs Leben: Schule und Ausbildung

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Gute Bildung für jedes einzelne Kind – das ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Denn gute Bildung
2 eröffnet die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. In Deutschland hängt der Bildungserfolg noch immer
3 zu sehr von der sozialen Herkunft eines Kindes ab. Das wollen wir ändern. Wir sehen Schulen als Lern- und
4 Lebensorte, die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte erweitern. Alle Kinder können und wollen lernen.
5 Dafür muss es gute Rahmenbedingungen geben und Freiräume, in denen sich alle Beteiligten entfalten
6 und gute Arbeit leisten können.

7 **Lehrer*innen und Seiteneinsteiger*innen ausbilden und qualifizieren**

8 Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Gute Lehrer*innen für unsere Kinder und Jugendlichen zu finden und zu
9 qualifizieren ist die zentrale Herausforderung der Schulpolitik in den nächsten fünf Jahren. Unsere
10 Warnungen vor einem drohenden Lehrkräftemangel wurden viele Jahre lang ignoriert. Das rächt sich nun.
11 Die Universität Potsdam bildet als einzige, brandenburgische Universität Lehrkräfte für fast alle
12 Schulformen und Schulstufen aus. Knapp ein Fünftel aller Studierenden der Universität Potsdam, also ca.
13 3.300, sind derzeit im Lehramt immatrikuliert. Jährlich verlassen 500 Lehramtsstudierende die Universität
14 Potsdam, eingestellt werden müssten in diesem und den nächsten Jahren aber zwischen 950 und 1200
15 neue Lehrer*innen pro Jahr. Inzwischen hat die Universität angekündigt, die Zahl der
16 Lehramts-Studienplätze schrittweise bis zum Jahr 2020 auf 1.000 zu erhöhen, was erfahrungsgemäß zu
17 etwa 800 ausgebildeten Lehrer*innen jährlich führt. Und auch nach 2023/24 werden weiter jährlich mehr
18 als 600 Lehrer*innen benötigt.

19 Um den großen Bedarf an Lehrkräften zu decken, wollen wir deshalb die Kapazitäten für die
20 Lehramtsausbildung auf Dauer erweitern, insbesondere in den Studiengängen Förder- und
21 Inklusionspädagogik. Wir brauchen nicht nur mehr, sondern auch möglichst gut ausgebildete Lehrer*innen.
22 Wir wollen die ein Lehramtsstudium an der Universität Cottbus, beginnend mit den MINT-Fächern
23 (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), einführen. Außerdem wollen wir, gemeinsam mit den
24 anderen Bundesländern, neue Ausbildungswege entwickeln, zum Beispiel ein duales Studium oder
25 Ein-Fach-Lehrkräfte. Die Lehramtsausbildung wollen wir reformieren und praxisnäher gestalten. Kurzfristig
26 lässt sich der große Bedarf nur über Seiteneinsteiger*innen decken. Wir setzen uns für gute Konzepte ein,
27 um diese zu gewinnen und von Anfang an entsprechend zu qualifizieren.

28 Mit einer weiteren Erhöhung der Vertretungsreserve wollen wir dem hohen Unterrichtsausfall und dem
29 Wegfall von Teilungs- und Förderunterricht begegnen.

30 Wir wollen den Arbeitsplatz Schule in den ländlichen Regionen attraktiver gestalten und hier auch ganz
31 neue Lösungen ermöglichen, wie zum Beispiel Vorverträge, dezentrale Seminarstandorte der
32 Lehramtsausbildung, Stipendien mit Lehrverpflichtung sowie Aufstiegschancen.

34 Wir wollen die Mittel aus dem Digitalpakt des Bundes und der Länder gezielt für den Aufbau der digitalen
35 Bildungsinfrastruktur in den strukturschwachen Kommunen einsetzen.

36 Zugleich setzen wir uns für einen bundesweit einheitlichen Rahmen für die Bezahlung ein, um den
37 ruinösen Konkurrenzkampf zwischen reichen und armen Ländern um die Bezahlung und Besoldung von
38 Lehrkräften zu beenden. Damit die Lehrkräfte sich stärker auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren
39 können, wollen wir die Schulorganisation anders gestalten und zusätzliches Verwaltungspersonal
40 einführen, z. B. für die Unterstützung der Klassenleitung bei organisatorischen Tätigkeiten. Zur Entlastung
41 der Schulleitung und der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben wollen wir an großen Schulen
42 hauptamtliche Verwaltungsleitungen einsetzen.

43 Der Beruf der Lehrkraft hat sich in den letzten Jahren rasant verändert: Heute werden beispielsweise mehr
44 Präsenz an der Schule, Zusammenarbeit mit Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und anderen
45 Expert*innen und die Nutzung digitaler Medien erwartet. Wir wollen, dass die Vor- und Nachbereitung des
46 Unterrichts in der Schule erfolgen kann. Die Schaffung angemessener Arbeitsplätze für Lehrer*innen
47 innerhalb der Schulen ist dazu dringend erforderlich.

48
49 Wir wollen die Schulen stärker als bisher befähigen, auf spezifische Herausforderungen und Problemlagen
50 direkt zu reagieren. Dafür sollen die Schulen einen schuleigenen Fortbildungsetat erhalten, über den sie
51 autonom verfügen können. So eröffnen wir die Möglichkeit, mit Hilfe gezielter Fortbildungen oder
52 professioneller Schulberater*innen schnell geeignete Maßnahmen zu treffen.

53 **Medienbildung und Digitalisierung voranbringen**

54 Um in der modernen Lebenswelt selbstbestimmt teilhaben zu können, ist ein grundlegendes Verständnis
55 der digitalen Technik unverzichtbar. Die neuen Medien bieten große Chancen, aber auch große Gefahren.
56 Sie verändern Kommunikation und Alltag, auch Lernen und Lehren in Schule, Uni und Freizeit ändern sich.
57 Wir wollen mit einem integrierten Konzept gemeinsam mit Bund und Kommunen die technische
58 Ausstattung an allen Brandenburger Schulen für innovativen, digital gestützten Unterricht auf den
59 erforderlichen Stand bringen. Dazu gehören ein schneller Breitbandanschluss und WLAN sowie
60 ausreichend Computer, Laptops oder Tablets. Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig den
61 verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien lernen. Neben technischen Fähigkeiten gehören
62 dazu ergänzend zur fachübergreifenden Medienbildung auch essentielle Kenntnisse zu ethischen,
63 rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen unseres technischen Lebensumfelds. An allen
64 weiterführenden Schulen wollen wir Informatik
65 oder das neue Fach "Digitale Welten" als Wahlpflichtfach etablieren. Auf einer landesweiten Plattform
66 wollen wir freie Lernangebote (Open Educational Resources) zugänglich machen und so den Austausch
67 zwischen Lehrer*innen unterstützen. Wir wollen einen Runden Tisch Medienbildung etablieren, um alle
68 beteiligten Akteur*innen besser zu vernetzen.

69 **Die Schule im Dorf lassen - Grundschulstandorte erhalten**

70 Zur Qualität von Bildung gehört für uns auch, dass unsere Kinder nicht täglich wertvolle Lebenszeit an
71 Bushaltestellen und in Schulbussen verschwenden. Deshalb wollen wir möglichst viele
72 Grundschulstandorte erhalten oder schaffen, ohne Abstriche an der Bildungsqualität zu machen. In den
73 ländlichen Räumen kann dieses Ziel beispielsweise mit Filialgrundschulen mit Außenstellen bis zur 4.
74 Klasse und einem zentralen Standort bis zur 6. Klasse erreicht werden.

75 **Von der Kita in die Schule - mehr Zeit (und Geld) für gelungene Übergänge**

76 Guter Unterricht beginnt vor dem ersten Schultag. Um den Übergang der Kinder von der Kita zur
77 Grundschule zu verbessern, müssen Schulen und Kitas besser kooperieren können. Das gilt auch für den
78 Übergang von der Schule zur weiteren Ausbildung. Schließlich gehören die Übergänge im Bildungssystem
79 zu den sensibelsten Phasen im Bildungsweg eines Kindes.

80 **Längeres gemeinsames Lernen auch nach Klasse sechs**

81 Auch nach der 6. Klasse gilt für uns: Die Qualität der Schule ist entscheidend. Für die Qualität ist es
82 förderlich, wenn Kinder und Jugendliche deutlich länger gemeinsam lernen können. Die bestehende
83 Schulstruktur in der Sekundarstufe I ist das Ergebnis halbherziger Schulreformen der Vergangenheit. Wir
84 wollen, dass Kinder und Jugendliche möglichst lange gemeinsam lernen. Als ersten Schritt einer
85 Veränderung wollen wir daher die Oberschule stärken und zu einer Schule weiterentwickeln, die auch den
86 Bildungsgang zur allgemeinen Hochschulreife einschließt. Wir möchten eine Schulform, die alle Abschlüsse
87 ermöglicht und niemanden frühzeitig ausschließt. Darum bestärken wir alle Schulträger, die gemeinsames
88 Lernen bis zur 10. Klasse oder darüber hinaus anbieten wollen. In ländlichen Regionen wollen wir
89 Schulträger und Schulen ermutigen, Oberschulen und Gymnasien zu Gesamtschulen mit Oberstufe
90 zusammenzulegen. Modularisierte Oberstufen und doppelqualifizierende Bildungsgänge, die Abitur und
91 Berufsausbildung („Berufsabitur“) verbinden, finden unsere Unterstützung.

92 **Inklusive Schule: Mehr individuelle Förderung für alle!**

93 Wir unterstützen das Ziel eines inklusiven Bildungssystems. Inklusiver Unterricht bedeutet die individuelle
94 Förderung jedes Kindes – ganz gleich ob mit oder ohne Förderbedarf, ob leistungsstark oder eher schwach.
95 Wir wollen Schulen dazu befähigen, sich noch weiter zu öffnen und gleichzeitig die besonderen
96 Fähigkeiten aller Lernenden zu entwickeln. Wir unterstützen das Ziel, dass möglichst alle Schulen das
97 Konzept der „Schule für Gemeinsames Lernen“ übernehmen. Gleichzeitig brauchen wir inklusive
98 Schwerpunktschulen für besondere Förderbedarfe wie „körperliche und motorische Entwicklung“, „Sehen“,
99 „Hören“ und „geistige Entwicklung“. Vor allem in der Sekundarstufe besteht bei der Inklusion noch
100 Nachholbedarf. Die Lehrkräfte brauchen mehr und bessere Angebote, sich entsprechend zu qualifizieren.
101 Uns ist wichtig, dass der Anspruch auf einen Hortbesuch von Kindern mit Förderbedarf auch nach
102 Abschluss der sechsten Jahrgangsstufe unkompliziert in allen Kommunen möglich ist. Die schulinterne
103 Verwendung der Mittel für die Inklusion darf nicht für den Vertretungsunterricht herangezogen werden.
104 Zudem wollen wir die Klassengrößen für den inklusiven Unterricht weiter senken. Wir wollen es Schulen
105 ermöglichen, in demokratischer Selbstentscheidung bis Klasse neun auf Ziffernnoten zu verzichten und
106 den Lernfortschritt und die Lernentwicklung in verbalen Beurteilungen sowie Ziel- und Bilanzgesprächen
107 zu dokumentieren.

108 Die kulturelle Bildung wollen wir stärken und allen Kindern und Jugendlichen während ihrer Schulzeit
109 vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen.

110 Wir fördern Kreativität und neue Unterrichtsformen wie projektbezogene Gruppenarbeit und stellen dafür
111 auch entsprechende Räumlichkeiten, wie Werkstätten und sogenannte „Fablabs“ (Fabrikationslabore)
112 bereit.

113 Die Schulsozialarbeit wurde in den letzten Jahren weiter ausgebaut, aber es gibt noch Lücken, die wir
114 schließen wollen. Auch die schulpsychologische Betreuung wollen wir schrittweise verbessern.

115 **Willkommen: Geflüchtete Kinder und Jugendliche gut integrieren**

116 Ohne eine engagierte Arbeit an unseren Schulen wird Integration nicht gelingen. Für den Unterricht in den
117 Vorbereitungsklassen und besonders für die Übergänge in die Regelklassen brauchen wir gut fortgebildete
118 Lehrkräfte und Schulsozialarbeit. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von Lehrkräften zu
119 nutzen, die selbst geflüchtet sind und unterstützen das „Refugee Teacher Program“ an der Universität
120 Potsdam.

121 **Ganztagschulen weiterentwickeln**

122 Wir wollen die Anzahl und Qualität der Ganztagschulen bedarfsgerecht steigern. Von einer guten
123 Ganztagschule erwarten wir eine Rhythmisierung des Tages: Phasen des intensiven Lernens wechseln sich
124 mit Entspannungsphasen ab. Kollektive und individuelle Unterrichtsphasen sowie Gruppenarbeit haben
125 ihren Platz im Tagesverlauf, ebenso wie eine Versorgung mit gesundem Essen aus regionalen Produkten.
126 Mehr Qualität erfordert eine bessere Integration von Schule und Hort, vor allem bessere Angebote für die
127 Jahrgangsstufen vier bis sechs. Wir wollen, dass sich Lehrkräfte und Horterzieher*innen gemeinsam

128 fortbilden und integrierte Konzepte entwickeln können. Die Ganztagsangebote der weiterführenden
129 Schulen in der Sekundarstufe I (Klasse sieben bis zehn) wollen wir weiter ausbauen. Die Jugendsozialarbeit
130 wollen wir dabei einbeziehen und verstärken. Neben gut qualifizierten Lehr- und Fachkräften brauchen die
131 Schulen auch selbst zu verwaltende Budgets für freie Honorarkräfte, damit spezielle
132 Bildungsangebote gemacht werden können. Damit erreichen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie
133 und Berufstätigkeit und leisten durch zusätzliche Bildungsangebote einen Beitrag zu mehr
134 Bildungsgerechtigkeit.

135 **Berufsorientierung fördern**

136 Bundesweit gibt es 326 Ausbildungsberufe und über 16 000 Studienangebote – die individuell richtige
137 Entscheidung zu treffen ist eine der großen Herausforderungen auf dem Lebensweg junger Menschen.

138 In der Schule als zentralem Lern- und Lebensort für die Schüler*innen muss Berufs- und
139 Studienorientierung (BSO) eine größere Rolle spielen, zum Beispiel im Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT)
140 bzw. in der Oberstufe im Seminarskurs zur Studien- und Berufsorientierung. Wir wollen die
141 Berufsorientierung zu einem Qualitätsmerkmal jeder Schule machen und das Qualitätssiegel „Exzellente
142 Berufsorientierung“ fördern. Die Betriebspraktika an den weiterführenden Schulen müssen einen festen
143 Platz im Schuljahreskalender haben, ebenso das Praxislernen oder die Gründung von Schülerfirmen.
144 Kooperationen von Unternehmen, Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer, Bundesagentur
145 für Arbeit, Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg mit Schulen sowie den Aufbau von
146 Berufs- und Studienorientierungs-Teams an den weiterführenden Schulen wollen wir stärken.

147 Die Zustimmung der Brandenburger Jugendlichen zu ihrem Land und zu ihrer Heimat wollen wir durch eine
148 qualifizierte Berufs- und Studienorientierung an den Schulen fördern, zum Beispiel mit einem regionalen
149 runden Tisch, an dem Betriebe und Unternehmen, Schulen und die Jugendberufsagentur den Übergang in
150 die duale Ausbildung oder das duale Studium thematisieren. Den „Brandenburgischen
151 Ausbildungskonsenses“ wollen wir fortschreiben, um die betriebliche Berufsorientierung und die duale
152 Ausbildung weiter zu stärken. Analog wollen wir ein Konzept entwickeln, das die Studienorientierung und
153 den Übergang von Schule zur Hochschule im Fokus hat.

154 **Duale Ausbildung stärken**

155 Die beruflich duale Ausbildung ist ein wichtiger Erfolgsfaktor in unserem Bildungssystem. Wir wollen sie
156 stärken und die Oberstufenzentren personell und technisch gut ausstatten, damit sie mit den veränderte
157 Rahmenbedingungen in der Praxis Schritt halten können. Noch immer gibt es zahlreiche unbesetzte
158 Lehrstellen, während gleichzeitig junge Menschen auf der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz
159 sind und viele Unternehmen gar nicht ausbilden. Um Betriebe und Bewerber*innen besser
160 zusammenzubringen, brauchen wir Verbesserungen im Öffentlichen Personennahverkehr und ein
161 kostenfreies Azubi-Ticket.

162 Fast jede*r dritte Auszubildende in Brandenburg wechselt die Lehrstelle oder bricht die Ausbildung sogar
163 ganz ab. Diese Zahl wollen wir deutlich reduzieren. Fehlende Ausbildungspläne, Überstunden sowie
164 schlechte Bezahlung sind laut Ausbildungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes in vielen
165 Ausbildungsberufen ein Problem. Wir setzen uns für Mindestausbildungsvergütungen und bessere
166 Beratung und Kontrolle der Ausbildungsbetriebe ein.

167 Die Ausbildung an beruflichen Schulen muss für zukünftige Erzieher*innen, Altenpfleger*innen und
168 Sozialassistent*innen kostenfrei sein. Wir wollen für diese Berufe eine duale Ausbildung, die eine
169 Ausbildungsvergütung einschließt, einführen.

170 Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt, doch bei vielen Jugendlichen mit
171 Vermittlungshemmnissen stößt es an seine Grenzen. Daher brauchen wir gute Schulsozialarbeit und
172 Qualifizierungsmaßnahme wie „produktives Lernen“ oder überbetriebliche Lernorte, die benachteiligte oder
173 geflüchtete Jugendliche auf ihrem Weg in die Ausbildung oder Berufsfindung begleiten.

174 **Räume für individuelles und kreatives Lernen bauen**

175 Gute Schule ist angstfrei, macht Spaß, bietet ausreichend Zeit bei Lernproblemen, gibt Unterstützung und
176 ermöglicht individuelle Lernwege. In den Kommunen machen wir uns dafür stark, an moderne Lernformen
177 angepasste Unterrichtsräume zu schaffen. Die Raumempfehlungen wollen wir im Hinblick auf moderne
178 Pädagogik und Inklusion aktualisieren. Gerade für Ganztagschulen gibt es viele Möglichkeiten, mit
179 offenen Raumkonzepten zu differenziertem Unterricht anzuregen, moderne Medien einzubeziehen und
180 Schule als Lebensraum zu gestalten. Deshalb wollen wir ein Förderprogramm für die Sanierung oder den
181 Neubau von Schulen auflegen.

182 **Schulen in freier Trägerschaft**

183 Schulen in freier Trägerschaft bereichern die Schullandschaft. Daher setzen wir uns auch für ein faires,
184 transparentes und verlässliches Finanzierungsmodell für die Schulen in freier Trägerschaft ein. Die
185 Wartefrist bis zur Bezuschussung durch das Land wollen wir auf zwei Jahre verkürzen. Auch kleine (Eltern-)
186 Initiativen wollen wir besser unterstützen. Außerdem wollen wir alle Schulen in die
187 Schulentwicklungsplanung und die kommunalen Bildungslandschaften einbeziehen, ebenso wie in die
188 Schulvisitation.

189 **Mehrsprachigkeit ist ein Gewinn**

190 Brandenburg braucht endlich ein Mehrsprachigkeitskonzept, das auch Polnisch als Nachbarsprache,
191 Sorbisch als Minderheitensprache und die Herkunftssprachen der Lernenden berücksichtigt. In der
192 Sprachforschung ist unbestritten, dass die Zweitsprache umso besser gelernt werden kann, je besser die
193 Muttersprache beherrscht wird. Wir wollen Mehrsprachigkeit stärker fördern und bedarfsgerechte
194 Angebote für alle Altersgruppen schaffen.

195 **Lebenslanges Lernen ermöglichen**

196 Die Erwachsenenbildung ist unverzichtbar für das berufliche, politische und kulturelle Leben in unserer
197 demokratischen Gesellschaft. Volkshochschulen ergänzen die Weiterbildungslandschaft und tragen durch
198 die Sprach- und Integrationskurse maßgeblich zur Integration der Geflüchteten bei. Wir wollen die
199 Grundförderung für die Volkshochschulen aufstocken und setzen uns für faire Honorare und qualifiziertes
200 Personal ein.

201 Den Zweiten Bildungsweg wollen wir ausbauen und gerade auch in den ländlichen Räumen erreichbar
202 machen. Er ist eine Möglichkeit, versäumte Bildungschancen nachzuholen und die persönlichen
203 Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt zu verbessern. Lange Anfahrtswege sind jedoch oftmals ein Hindernis für
204 den erfolgreichen Abschluss. Dem wollen wir mit verstärkten online-Angeboten begegnen.

205 Bibliotheken als wichtige kulturelle Treffpunkte stehen in der finanziellen Verantwortung der Kommunen.
206 Wir wollen sie als Standortfaktoren in die regionalen Entwicklungsplanungen einbeziehen.

207 **Partizipation: Gute Bildung wächst von unten**

208 Wir sind überzeugt: Gute Bildung lässt sich nicht „von oben“ verordnen. Sie kann nur „von unten“ wachsen.
209 Wir setzen auf die Zusammenarbeit aller Beteiligten: Von Eltern, Schulen, Zivilgesellschaft, staatlicher
210 Verwaltung und bis zur regionalen Wirtschaft. Wir wollen die Vertretungsorgane von Schülerinnen und
211 Schülern in ihren Rechten stärken, vor allem auf der Kreis- und Landesebene. In allen Bildungsbereichen
212 wollen wir zudem die Vernetzung der Eltern voranbringen. Deshalb unterstützen wir den weiteren Aufbau
213 von Kita-Beiräten. Auch Sport- und Kulturvereine, Träger der Jugendhilfe und andere Einrichtungen sollen
214 stärker in die Gestaltung der Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche einbezogen werden.

215 **Mehr Geld für Bildung**

216 Bildung eröffnet Zukunft – für den Einzelnen, aber auch für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft.
217 Darum sind Bildungsausgaben für uns Bündnisgrüne unverzichtbare Investitionen in die Zukunft. Wir
218 wollen allen Kindern und Jugendlichen gleich gute Bildungschancen bieten – unabhängig von ihrer
219 Herkunft, von ihren Lebensumständen und dem Geldbeutel ihrer Eltern. Die notwendigen Verbesserungen

220 des Bildungssystems sind nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb wollen wir deutlich mehr Geld in das
221 Bildungssystem stecken - für eine bessere Qualität in unseren Kitas und Schulen.

2.3 Ideenschmiede und Zukunftslabor: Wissenschaft und Hochschule

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Unser Land verfügt über eine gute und vielfältige Hochschullandschaft mit gut 50.000 Studienplätzen.
2 Unsere Hochschulen und hochschulnahen Institute, ihre Wissenschaftler*innen und Studierenden sind
3 wichtig für den gesellschaftlichen und kulturellen Diskurs, für soziale, wirtschaftliche und technische
4 Innovationen und für die Vielfalt in Brandenburger Städten. Sie setzen Impulse und geben Antworten auf
5 die Fragen unserer Zukunft: Ob zur Klimakrise, zum Strukturwandel oder zu einem sozial gerechten
6 Miteinander. Sie sind der Hort wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit in Lehre, Forschung und
7 Wissenstransfer. In einem Land wie Brandenburg, das über materielle Rohstoffe nicht verfügt oder wie die
8 Braunkohle aus ökologischen Gründen nicht mehr länger ausbeuten darf, sind Forschung und Entwicklung
9 von den Grundlagen bis zur Anwendung das Potenzial nachhaltiger Landesentwicklung. Wir wollen
10 Brandenburgs Hochschulen deshalb im Interesse der Landesentwicklung die Möglichkeiten verschaffen,
11 dieses Potenzial in gesellschaftlicher Verantwortung noch besser auszuschöpfen.

12 Nach wie vor liegt Brandenburg bundesweit auf dem vorletzten Platz in der Hochschulfinanzierung.
13 Nirgendwo in Deutschland wird weniger Geld pro Einwohner*in investiert als hier. Pro Kopf wird in
14 unserem Bundesland nur 13,7 Cent für Hochschulen ausgegeben, während der Bundesschnitt bei 20 Cent
15 liegt. Dies ist ein Unterschied von 46%!

16 Unser Ziel ist die Entwicklung einer Hochschullandschaft, die den Wissenschaften konkurrenzfähige
17 Möglichkeiten bieten, eng mit der Landesentwicklung und der Überwindung ihrer Strukturprobleme
18 verknüpft ist und sich zugleich kooperativ, arbeitsteilig und produktiv in die gemeinsame
19 Hochschullandschaft der Region Berlin-Brandenburg einpasst.

20 **Finanzierung der Hochschulen verbessern**

21 Wir wollen die Grundmittel der Hochschulen aufstocken, um sie freier von Töpfchenwirtschaft, Drittmitteln
22 und Programmsteuerung werden zu lassen. Freie Mittel sind für die Hochschulen unerlässlich, um
23 Innovationen voranzubringen, Grundlagenforschung zu betreiben und eine leistungsstarke Verwaltung
24 aufzubauen. Denn Grundlagenforschung zu kulturellen und gesellschaftlichen Fragen muss gegenüber
25 wirtschaftlich verwertbarer Wissensproduktion wieder mehr in den Fokus rücken. Dafür ist die Abschaffung
26 des Kooperationsverbots wichtig, um auch mehr Geld vom Bund bekommen zu können. Zusätzlich werden
27 wir ein Landesforschungsprogramm auflegen, welches die Forschungsthemen Klimakrise, Strukturwandel
28 und Nachhaltigkeit besonders berücksichtigt.

29 Nach dem Ende des Hochschulpakts von Bund und Ländern im Jahr 2020 erwarten wir, dass der Bund seine
30 Förderung von derzeit vier auf mindestens sechs Milliarden Euro pro Jahr erhöht. Erfolgreiche Projekte aus
31 dem Qualitätspakt Lehre wollen wir verstetigen. Eine Finanzierung der Hochschulen durch die Einführung
32 von Studiengebühren lehnen wir ab. Versteckte Studiengebühren, wie die Rückmeldegebühren wollen wir
33 abschaffen, da sie nicht geeignet sind die Finanzierung der Hochschulen nachhaltig zu verbessern und eine
34 nicht gerechtfertigte Belastung der Studierenden darstellen.

35 Wir schauen in der Hochschulpolitik über den Tellerrand. Die in Brandenburg und Berlin entstandene
36 Wissenschaftsregion bietet unserem Land eine gute Grundlage für die weitere qualitative und nachhaltige
37 Entwicklung der Hochschulen. Wir wollen Schwerpunkte setzen und die Einrichtungen besser vernetzen.
38 Durch gegenseitige Anerkennung wollen wir flexible Übergänge ermöglichen. Auch die Kooperation mit
39 den Hochschulen in Sachsen und Polen wollen wir ausbauen.

40 **Varianten zur Abstimmung auf der LDK:**

41 **Variante 1: Für Mangelberufe im medizinischen Bereich wollen wir in Brandenburg bessere**
42 **Studienmöglichkeiten schaffen und vermehrt Studiengänge in den Gesundheitsberufen anbieten und**
43 **ausbauen. Die mit dem Gesundheitscampus Berlin-Brandenburg angeschobene Entwicklung wollen wir**
44 **weiter vorantreiben. Wir wollen das Fach Hebammenwissenschaften an einer Brandenburger Hochschule**
45 **einführen und eine Medizinische Hochschule gründen, um ein staatliches Medizinstudium auch in**
46 **Brandenburg möglich zu machen.**

47 **Variante 2: Eine eigene medizinische Fakultät oder gar Hochschule wird aus diesen Überlegungen heraus**
48 **von uns abgelehnt. Berlin bietet für die akademische Ausbildung von Mediziner*innen die besten**
49 **Voraussetzungen. Ein staatliches Medizinstudium auch in Brandenburg möglich zu machen, würde noch**
50 **lange nicht das Problem der medizinischen Unterversorgung in unseren ländlichen Regionen beseitigen. Hier**
51 **müssen andere Lösungen her.**

52 **Hochschulen als Orte gelebter Demokratie**

53 Wir werden eine Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) auf den Weg bringen,
54 das die Autonomie der Hochschulen stärkt, ihnen neue Eigenverantwortlichkeiten gibt, ihre eigenen
55 demokratischen Entscheidungsprozesse fördert und die Abhängigkeit von Ministerien mindert. In Zukunft
56 sollen die Hochschulen die "Dienstherren" der Professor*innen sein, nicht das Land. Jedoch dürfen dabei die
57 Hochschulen, solange sie noch nicht die Tarifhoheit besitzen, nicht auf den Pensionslasten und den
58 Tarifierhöhungen sitzen bleiben. Jedoch dürfen dabei die Hochschulen, solange sie noch nicht die
59 Tarifhoheit besitzen, nicht auf den Pensionslasten und Tarifierhöhungen sitzen bleiben. Das Land soll sich
60 auf die Wissenschaftsverwaltung, auf Koordination und Rechtsaufsicht beschränken. Wenn das Land den
61 Hochschulen Aufgaben überträgt, dann sollen die beim Land frei gewordenen Personalstellen auf die
62 Hochschulen verteilt werden. Alle vier Statusgruppen – Studierende, akademischer Mittelbau,
63 Professor*innen und nichtwissenschaftliches Personal – sollen die Hochschule aktiv mitgestalten
64 können.

65 Wir wollen die Möglichkeiten zum Studieren und die Studienbedingungen für die jungen Menschen in
66 Brandenburg verbessern. Innovative Lehr- und Lernformen an den Hochschulen wollen wir durch
67 Landesprogramme fördern und verstärkt in die Lehre investieren. Die Verbesserung der Lehr- und
68 Studienbedingungen kann auch mithilfe eines wirksamen Qualitätssicherungs- und -managementssystem,
69 das sich allerdings nicht in ein überzogenes Berichts(un)wesen ergehen darf, durch die Hochschulen selbst
70 vorgebracht werden. Hier gibt es in Brandenburg schon gute Beispiele. Wie wollen die Hochschulen
71 dabei unterstützen, effiziente Strukturen für die Qualitätsentwicklung insbesondere in Lehre und Studium
72 aufzubauen oder weiter zu entwickeln.

73 Wir werden die Bedingungen für erfolgreiche Forschung und Entwicklung weiter optimieren. Dazu gehört
74 auch der Ausbau des Wissenstransfers von den Brandenburgischen Hochschulen in die brandenburgische
75 Gesellschaft und Wirtschaft durch Ausgründungen, Weiterbildung und regionale Verankerung. Wir werden
76 den Ausbau der Brandenburger Wissenschaftslandschaft auch unter der Perspektive betreiben, dass er in
77 den jeweiligen Landesteilen maßgeblich zur regionalen Entwicklung beiträgt. Die Drittmittelforschung
78 bindet in der Regel öffentliche Mittel und muss daher für uns ein hohes Maß an Transparenz erfüllen. Denn
79 Transparenz schafft nicht nur die Akzeptanz für die öffentlich Zuweisungen für Wissenschaft und
80 Forschung, sondern auch die Möglichkeit, die Gesellschaft an der ethischen Debatte über
81 Forschungsvorhaben stärker zu beteiligen. Deshalb unterstützen wir Konzepte für den öffentlichen Zugang
82 zu Daten und deren Nutzbarkeit im Wissenschaftsbereich (Open Access und Open Data im Sinne der

83 Datengrundlagen) sowie Transparenz- und Zivilklauseln gegen militärische Forschung oder diese
84 unterstützende Projekte.

85 Gute Lehre und Forschung im internationalen Wettbewerb brauchen gute Arbeitsbedingungen mit
86 angemessener Bezahlung, sicheren Arbeitsverhältnissen und klaren Zukunftsaussichten. Der
87 Wissenschaftsbereich stellt besondere Anforderungen. Hierzu können flexible Arbeitsverhältnisse (zum
88 Beispiel bei kurzfristigen Forschungsprojekten) und eine leistungsbezogene Entlohnung gehören. Diese
89 Besonderheiten wollen wir in einem eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag berücksichtigt sehen.

90 Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht eine langfristige berufliche Perspektive. Mit unbefristeten
91 Stellen für dauerhaft anfallende Aufgaben wollen wir den akademischen Mittelbau stärken und neue
92 Personalkategorien jenseits der Professur schaffen.

93 Ein einheitliches Dienstrecht für alle Beschäftigten im Wissenschaftsbereich schafft die notwendigen
94 Instrumente für eine effiziente und vorausschauende Personalplanung.

95 Auch wollen wir den Hochschulen als Arbeitgeberverbund Tarifhoheit geben. Nur so kommt es in
96 Hochschule und Wissenschaft zu Beschäftigungsverhältnissen, die durch Tarifvereinbarungen abgesichert
97 sind. Wir wollen dem Berliner Modell folgen und endlich einen eigenen Tarifvertrag für die studentischen
98 Beschäftigten realisieren.

99 Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert, zumal in der Besetzung von
100 Professuren. Wir wollen die Chancengleichheit voranbringen, daher werden wir die Hochschulen in die
101 Pflicht nehmen, die Gleichstellungsstandards der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) erfüllen.

102 **Bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen**

103 Jedes Jahr zu Semesteranfang wiederholt sich das Bild: Tausende von Studierenden sind auf
104 Wohnungssuche und finden weder eine bezahlbare Wohnung noch einen Platz in einer Wohngemeinschaft
105 oder einem Wohnheim. Die Situation verschärfte sich durch rasant steigende Mieten ganz besonders in
106 Potsdam. Wir wollen uns gemeinsam mit den Hochschulstädten und Studentenwerken für mehr Neubau
107 von Studierendenwohnungen und Wohnheimen einsetzen, u.a. indem die Studentenwerke befähigen, selbst
108 Kredite aufzunehmen.

109 Auf Bundesebene kämpfen wir für eine Erhöhung und eine Reform des BAföGs.

110

111 Perspektivisch wollen wir in Brandenburg klimaneutrale Hochschulen schaffen und unterstützen Konzepte
112 für den Einsatz von Erneuerbaren Energien, Wärmewende und den ressourcenschonenden Umgang mit
113 Verbrauchsmaterialien.

2.3-A (Projekt) Raus aus dem Prekariat: Von der Wissenschaft leben können

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Brandenburg verfügt über eine vielfältige Hochschullandschaft mit gut 50.000 Studienplätze. Doch
- 2 Prekarisierung und Outsourcing von Beschäftigung sind an der Tagesordnung. Vor allem junge
- 3 Wissenschaftler*innen sind befristet angestellt und befinden sich dadurch oft in starken
- 4 Abhängigkeitsverhältnissen. Wir wollen, dass öffentliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen
- 5 gute, existenzsichernde Arbeitsplätze anbieten. Länger laufende Verträge sollen eine planbare Karriere in
- 6 der Wissenschaft, eine langfristige Lebensplanung und die Gründung einer Familie ermöglichen. Wir
- 7 unterstützen die Forderung nach Abschluss eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte, um ihnen
- 8 angemessene Arbeitskonditionen zu sichern.

Beschluss

(Projekt) Raus aus dem Prekariat: Von der Wissenschaft leben können

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Brandenburg verfügt über eine vielfältige Hochschullandschaft mit gut 50.000 Studienplätze. Doch
- 2 Prekarisierung und Outsourcing von Beschäftigung sind an der Tagesordnung. Vor allem junge
- 3 Wissenschaftler*innen sind befristet angestellt und befinden sich dadurch oft in starken
- 4 Abhängigkeitsverhältnissen. Wir wollen, dass öffentliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen
- 5 gute, existenzsichernde Arbeitsplätze anbieten. Länger laufende Verträge sollen eine planbare Karriere in
- 6 der Wissenschaft, eine langfristige Lebensplanung und die Gründung einer Familie ermöglichen. Wir
- 7 unterstützen die Forderung nach Abschluss eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte, um ihnen
- 8 angemessene Arbeitskonditionen zu sichern.

Beschluss

Ideenschmiede und Zukunftslabor: Wissenschaft und Hochschule

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Unser Land verfügt über eine gute und vielfältige Hochschullandschaft mit gut 50.000 Studienplätzen.
2 Unsere Hochschulen und hochschulnahen Institute, ihre Wissenschaftler*innen und Studierenden sind
3 wichtig für den gesellschaftlichen und kulturellen Diskurs, für soziale, wirtschaftliche und technische
4 Innovationen und für die Vielfalt in Brandenburger Städten. Sie setzen Impulse und geben Antworten auf
5 die Fragen unserer Zukunft: Ob zur Klimakrise, zum Strukturwandel oder zu einem sozial gerechten
6 Miteinander. Sie sind der Hort wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit in Lehre, Forschung und
7 Wissenstransfer. In einem Land wie Brandenburg, das über materielle Rohstoffe nicht verfügt oder wie die
8 Braunkohle aus ökologischen Gründen nicht mehr länger ausbeuten darf, sind Forschung und Entwicklung
9 von den Grundlagen bis zur Anwendung das Potenzial nachhaltiger Landesentwicklung. Wir wollen
10 Brandenburgs Hochschulen deshalb im Interesse der Landesentwicklung die Möglichkeiten verschaffen,
11 dieses Potenzial in gesellschaftlicher Verantwortung noch besser auszuschöpfen.

12 Nach wie vor liegt Brandenburg bundesweit auf dem vorletzten Platz in der Hochschulfinanzierung.
13 Nirgendwo in Deutschland wird weniger Geld pro Einwohner*in investiert als hier. Pro Kopf wird in
14 unserem Bundesland nur 137 Euro für Hochschulen ausgegeben, während der Bundesschnitt bei 200 Euro
15 liegt. Dies ist ein Unterschied von 46%!

16 Unser Ziel ist die Entwicklung einer Hochschullandschaft, die den Wissenschaften konkurrenzfähige
17 Möglichkeiten bieten, eng mit der Landesentwicklung und der Überwindung ihrer Strukturprobleme
18 verknüpft ist und sich zugleich kooperativ, arbeitsteilig und produktiv in die gemeinsame
19 Hochschullandschaft der Region Berlin-Brandenburg einpasst.

20 Finanzierung der Hochschulen verbessern

21 Wir wollen die Grundmittel der Hochschulen aufstocken, um sie freier von Töpfchenwirtschaft, Drittmitteln
22 und Programmsteuerung werden zu lassen. Freie Mittel sind für die Hochschulen unerlässlich, um
23 Innovationen voranzubringen, Grundlagenforschung zu betreiben und eine leistungsstarke Verwaltung
24 aufzubauen. Denn Grundlagenforschung muss gegenüber wirtschaftlich verwertbarer Wissensproduktion
25 wieder mehr in den Fokus rücken. Dafür ist die Abschaffung des Kooperationsverbots wichtig, um auch
26 mehr Geld vom Bund bekommen zu können. Zusätzlich werden wir ein Landesforschungsprogramm
27 auflegen, welches die Forschungsthemen Klimakrise, Strukturwandel und Nachhaltigkeit besonders
28 berücksichtigt. Zudem muss Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe der Hochschulen im Hochschulgesetz
29 verankert werden.

30 Nach dem Ende des Hochschulpakts von Bund und Ländern im Jahr 2020 erwarten wir, dass der Bund seine
31 Förderung von derzeit vier auf mindestens sechs Milliarden Euro pro Jahr erhöht. Erfolgreiche Projekte aus
32 dem Qualitätspakt Lehre wollen wir verstetigen. Eine Finanzierung der Hochschulen durch die Einführung
33 von Studiengebühren lehnen wir ab. Versteckte Studiengebühren, wie die Rückmeldegebühren wollen wir
34 abschaffen, da sie nicht geeignet sind die Finanzierung der Hochschulen nachhaltig zu verbessern und eine
35 nicht gerechtfertigte Belastung der Studierenden darstellen. Nach dem Urteil des

36 Bundesverfassungsgerichts 2017 zur Verfassungswidrigkeit der von 2001 bis 2008 erhobenen
37 Rückmeldegebühren im Land Brandenburg, müssen diese – wie im Land Berlin bereits geschehen – auch in
38 Brandenburg endlich zurückgezahlt werden.

39 Wir schauen in der Hochschulpolitik über den Tellerrand. Die in Brandenburg und Berlin entstandene
40 Wissenschaftsregion bietet unserem Land eine gute Grundlage für die weitere qualitative und nachhaltige
41 Entwicklung der Hochschulen. Wir wollen Schwerpunkte setzen und die Einrichtungen besser vernetzen.
42 Durch gegenseitige Anerkennung wollen wir flexible Übergänge ermöglichen. Auch die Kooperation mit
43 den Hochschulen in Sachsen und Polen wollen wir ausbauen.

44 Für Mangelberufe im medizinischen Bereich wollen wir in Brandenburg bessere Studienmöglichkeiten
45 schaffen. Wir wollen das duale Studienfach Hebammenkunde an einer Brandenburger Hochschule
46 einführen. Außerdem wurde mit dem Gesundheitscampus Brandenburg bereits eine Entwicklung
47 angeschoben, die wir weiter vorantreiben wollen. Die Gründung einer Medizinische Hochschule oder
48 Fakultät aus Landesmitteln ist allerdings derzeit nicht möglich. Sollten sich aber die Rahmenbedingungen
49 verändern z.B. durch Mittel vom Bund, stehen wir einem entsprechenden Vorhaben offen gegenüber. Dies
50 könnte ein wichtiger Beitrag zum Strukturwandel in der Lausitz sein.

51 Um das Problem der medizinischen Unterversorgung in unseren ländlichen Regionen zu beseitigen, wollen
52 wir außerdem Kooperationen zwischen Brandenburger Kliniken und Berliner Hochschulen sowie die
53 Absprachen mit dem Land Berlin intensivieren. Zudem wollen wir Vorteile wie günstigen Wohnraum, Kita-
54 und Schulplätze in Kommunen der zweiten und dritten Reihe um Berlin besser kommunizieren und dort
55 die Lebensqualität weiter gezielt verbessern. Dadurch gewinnen wir Fachkräfte – insbesondere im
56 medizinischen Bereich – nachhaltig für Brandenburg.

57 **Hochschulen als Orte gelebter Demokratie**

58 Wir werden eine Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) auf den Weg bringen,
59 das die Autonomie der Hochschulen stärkt, ihnen neue Eigenverantwortlichkeiten gibt, ihre eigenen
60 demokratischen Entscheidungsprozesse fördert und die Abhängigkeit von Ministerien mindert. In Zukunft
61 sollen die Hochschulen die "Dienstherren" der Professor*innen sein, nicht das Land. Das Land soll sich auf
62 die Wissenschaftsverwaltung, auf Koordination und Rechtsaufsicht beschränken. Wenn das Land den
63 Hochschulen Aufgaben überträgt, dann sollen die beim Land frei gewordenen Personalstellen auf die
64 Hochschulen verteilt werden.

65
66 Wir setzen uns für eine partizipatorisch-demokratische Kultur an den Hochschulen ein. Für Studierende
67 soll die Hochschule ein Ort sein, an dem sie auch gesellschaftliche Kompetenzen erlangen. Wir setzen uns
68 daher für ein gesellschaftspolitisches Mandat der Studierendenschaften ein, wie es z.B. in Berlin gilt. Es darf
69 Studierendenschaften nicht verboten werden, Position zu gesellschaftspolitischen Fragen zu beziehen.

70 Alle vier Statusgruppen – Studierende, akademischer Mittelbau, Professor*innen und
71 nichtwissenschaftliches Personal – sollen die Hochschule aktiv mitgestalten können und mehr
72 Mitbestimmung bekommen.

73 Die Senate und Fakultäts- bzw. Fachbereichsräte müssen viertelparitätisch besetzt werden. Für
74 Angelegenheiten, die eine professorale Mehrheit vorsehen, können die paritätisch besetzten Kerngremien
75 durch ein erweitertes Gremium ergänzt werden. Die professorale Mehrheit wird momentan auf viele
76 Tatbestände ausgedehnt, wo dies rechtlich nicht erforderlich ist. Grundsätzlich ist es auch an der Zeit, nach
77 40 Jahren das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 zur professoralen Mehrheit zu überprüfen.
78 Zudem müssen auch die Hochschulverträge bzw. Zielvereinbarungen in Zukunft demokratisch an den
79 Hochschulen legitimiert werden und nicht allein durch die Hochschulleitungen ausgehandelt werden.

80 Wir wollen die Möglichkeiten zum Studieren und die Studienbedingungen für die jungen Menschen in
81 Brandenburg verbessern. Innovative Lehr- und Lernformen an den Hochschulen wollen wir durch
82 Landesprogramme fördern und verstärkt in die Lehre investieren. Die Verbesserung der Lehr- und
83 Studienbedingungen kann auch mithilfe eines wirksamen Qualitätssicherungs- und -managementssystem,
84 das sich allerdings nicht in ein überzogenes Berichts(un)wesen ergehen darf, durch die Hochschulen selbst

85 vorangebracht werden. Hier gibt es in Brandenburg schon gute Beispiele. Wie wollen die Hochschulen
86 dabei unterstützen, effiziente Strukturen für die Qualitätsentwicklung insbesondere in Lehre und Studium
87 aufzubauen oder weiter zu entwickeln.

88 Wir werden die Bedingungen für erfolgreiche Forschung und Entwicklung weiter optimieren. Dazu gehört
89 auch der Ausbau des Wissenstransfers von den Brandenburgischen Hochschulen in die brandenburgische
90 Gesellschaft und Wirtschaft durch Ausgründungen, Weiterbildung und regionale Verankerung. Wir werden
91 den Ausbau der Brandenburger Wissenschaftslandschaft auch unter der Perspektive betreiben, dass er in
92 den jeweiligen Landesteilen maßgeblich zur regionalen Entwicklung beiträgt. Die Drittmittelforschung
93 bindet in der Regel öffentliche Mittel und muss daher für uns ein hohes Maß an Transparenz erfüllen. Denn
94 Transparenz schafft nicht nur die Akzeptanz für die öffentlich Zuweisungen für Wissenschaft und
95 Forschung, sondern auch die Möglichkeit, die Gesellschaft an der ethischen Debatte über
96 Forschungsvorhaben stärker zu beteiligen. Deshalb unterstützen wir Konzepte für den öffentlichen Zugang
97 zu Daten und deren Nutzbarkeit im Wissenschaftsbereich (Open Access und Open Data im Sinne der
98 Datengrundlagen) sowie Transparenz- und Zivilklauseln gegen militärische Forschung oder diese
99 unterstützende Projekte.

100 Gute Lehre und Forschung im internationalen Wettbewerb brauchen gute Arbeitsbedingungen mit
101 angemessener Bezahlung, sicheren Arbeitsverhältnissen und klaren Zukunftsaussichten. Der
102 Wissenschaftsbereich stellt besondere Anforderungen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein,
103 Besonderheiten des Wissenschaftsbetriebs in den TV-L aufzunehmen, zum Beispiel eine
104 Befristungszulage

105 Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht eine langfristige berufliche Perspektive. Mit unbefristeten
106 Stellen für dauerhaft anfallende Aufgaben wollen wir den akademischen Mittelbau stärken und neue
107 Personalkategorien jenseits der Professur schaffen.

108
109 Um Wissenschaftler*innen eine frühere und familienfreundlichere Karriereperspektive bieten zu können,
110 streben wir die Ausweitung eines verbindlichen tenure-track bei Juniorprofessuren an. Das
111 Hochschulgesetz muss zudem so geändert werden, dass nach entsprechender Evaluierung ein Aufstieg
112 auch von einer W2- auf eine W3-Professur möglich ist. Damit wird das Brandenburgische Hochschulsystem
113 auch international wettbewerbsfähiger und wirkt dem entgegen, dass gerade junge Wissenschaftlerinnen
114 aus der Professor*innenlaufbahn fallen.

115
116 Lehraufträge werden noch immer missbräuchlich für Daueraufgaben eingesetzt, obwohl sie die Lehre laut
117 Hochschulgesetz nur „ergänzen“ sollen. Die Neuregelungen von 2014 haben das Kernproblem nicht gelöst.
118 Wir wollen sicherstellen, dass Lehraufträge auf ihren Ursprungszweck zurückgeführt werden –
119 Praxisbezüge in der Lehre. Lehraufträge müssen angemessen vergütet werden, d.h., sie dürfen nicht billiger
120 sein als Lehre durch angestelltes Personal, damit sie keine Dumping-Alternative mehr zu regulären Stellen
121 sind. Dafür wollen wir die finanziellen Voraussetzungen schaffen. Die Hochschulen sollen dazu
122 verbindliche Dauerstellenkonzepte erarbeiten und der ungewollten Teilzeit im akademischen Mittelbau
123 entgegenwirken. Die Lehrverpflichtung muss sich wieder an realistischen Tätigkeitsprofilen orientieren,
124 hierzu wollen wir die Lehrverpflichtungsverordnung ändern.

125 Auch wollen wir den Hochschulen als Arbeitgeberverbund Tarifhoheit geben. Nur so kommt es in
126 Hochschule und Wissenschaft zu Beschäftigungsverhältnissen, die durch Tarifvereinbarungen abgesichert
127 sind. Die Personalkategorie der „Hilfskräfte“ wollen wir in der jetzigen Form abschaffen. Studentische
128 Beschäftigte sollen nach Tarif bezahlt werden. Wir wollen dem Berliner Modell folgen und endlich einen
129 eigenen Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten realisieren. Absolvent*innen mit Masterabschluss
130 sind nicht zu Dumpinglöhnen als Hilfskräfte, sondern als akademische Mitarbeiter*innen einzustellen. Die
131 Aufnahme studentischer Beschäftigter ins Personalvertretungsgesetz war ein wichtiger Schritt, es muss
132 jedoch Nachjustierungen geben, um die Personalratsarbeit für Studierende attraktiv und mit dem Studium
133 vereinbar zu gestalten.

134 Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert, insbesondere in der
135 Besetzung von Professuren. Die Qualitätsstandards für Chancengleichheit und Familienorientierung, die
136 die Brandenburgische Landeshochschulrektorenkonferenz und das MWFK unterzeichnet haben, wollen wir
137 verbindlicher ausgestalten. Die Hochschulen sollen sich Zielquoten geben für die Erhöhung des
138 Frauenanteils in Bereichen mit Unterrepräsentanz. Außerdem wollen wir die Frauen- und
139 Geschlechterforschung an Brandenburgischen Hochschulen stärken. Die Gleichstellungsbeauftragten der
140 Hochschulen sollen – ebenso wie die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten – mit einem
141 Organklagerecht ausgestattet werden.

142
143 Für Fälle von Diskriminierung und insbesondere Rassismus muss es an den Hochschulen weisungsfreie
144 Beauftragte geben, die über ausreichend zeitliche und finanzielle Kapazitäten verfügen und die
145 entsprechende Expertise aufweisen. Die Regelungslücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes für
146 Studierende wollen wir durch landesrechtliche Vorgaben schließen. Die Belange von LSBTIQ* sollen an
147 den Hochschulen in Zukunft stärker Berücksichtigung finden.
148 Die Angebote der Hochschulen für Geflüchtete begrüßen wir und setzen uns für deren Fortführung und
149 Weiterentwicklung ein.

150 **Bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen**

151 Jedes Jahr zu Semesteranfang wiederholt sich das Bild: Tausende von Studierenden sind auf
152 Wohnungssuche und finden weder eine bezahlbare Wohnung noch einen Platz in einer Wohngemeinschaft
153 oder einem Wohnheim. Die Situation verschärfte sich durch rasant steigende Mieten ganz besonders in
154 Potsdam. Wir wollen uns gemeinsam mit den Hochschulstädten und Studentenwerken für mehr Neubau
155 von Studierendenwohnungen und Wohnheimen einsetzen, u.a. indem die Studentenwerke befähigen, selbst
156 Kredite aufzunehmen.

157 Auf Bundesebene kämpfen wir für eine Erhöhung und eine Reform des BAföGs.

158
159 Perspektivisch wollen wir in Brandenburg klimaneutrale Hochschulen schaffen und unterstützen Konzepte
160 für den Einsatz von Erneuerbaren Energien, Wärmewende und den ressourcenschonenden Umgang mit
161 Verbrauchsmaterialien.

162 Immer mehr Wissenschaftler*innen gründen während Ihrer Forschungsphase eine Familie und fallen für
163 mehrere Monate aus. Natürlich bringt dies Probleme für die zumeist drittmittelfinanzierten, nur wenige
164 Jahre andauernden Forschungsprojekte. Wir werden uns daher einsetzen, dass das Land Brandenburg die
165 Möglichkeit vorsieht, für aus Landesmitteln finanzierte Projekte formlos zusätzliche Mittel für
166 Arbeitsvertragsverlängerungen aufgrund familienbedingter Auszeiten zu beantragen. Die während der
167 familienbedingten Auszeiten eingesparten Mittel sollen für die jeweiligen Elternzeitvertretungen genutzt
168 werden.

2.4-A (Projekt) Öffentliche Verwaltung zum Vorbild für „gute Arbeit“ machen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir wollen den Öffentlichen Dienst in Brandenburg zum Vorbild für „gute Arbeit“ machen und die
2 Verwaltung attraktiver und leistungsfähiger gestalten. Davon profitieren die Mitarbeiter*innen genauso wie
3 die Bürger*innen. Wir planen eine Ausbildungsinitiative und eine finanzielle Besserstellung der unteren
4 Einkommensgruppen, besonders in der Justiz. Wir setzen uns für familienfreundliche Arbeitsbedingungen
5 und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Die Übernahme von Führungspositionen auch in Teilzeit
6 und das Rückkehrrecht auf Vollzeit sind für uns selbstverständlich. Wir sorgen für gute Fort- und
7 Weiterbildungsangebote und setzen auf eine konsequente Qualifikation für eine wertschätzende
8 Personalführung. Da, wo Frauen unterrepräsentiert sind, setzen wir uns für eine fünfzig Prozent Quote ein,
9 insbesondere in den Führungsebenen und Aufsichtsgremien. Die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten
10 wollen wir im Landesgleichstellungsgesetz ausbauen. Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb
11 wollen wir das Gesundheitsmanagement verbessern, jede Verwaltung soll einen eigenen Etat für
12 Gesundheitsangebote bekommen. Die Beteiligungsrechte der Personalräte in den öffentlichen
13 Verwaltungen wollen wir stärken. Befristete Arbeitsverhältnisse, die ohne sachlichen Grund abgeschlossen
14 werden, führen zu prekären Arbeitsbedingungen und verschieben das wirtschaftliche Risiko der
15 Arbeitgeber*innen einseitig auf die Beschäftigten. Deshalb wollen wir, dass im gesamten Bereich des
16 öffentlichen Dienstes keine befristeten Arbeitsverhältnisse ohne Sachgrund mehr abgeschlossen werden.
17 Betriebe der öffentlichen Hand, die in privaten Gesellschaftsformen geführt werden, müssen der
18 Tarifbindung unterworfen werden.

2.4 Chancen für alle: Faire Arbeit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Ob Erwerbsarbeit, Ehrenamt oder Familienarbeit: Arbeit hat in unserer Gesellschaft einen zentralen
2 Stellenwert. Gute Erwerbsarbeit ist für viele die Grundlage für ein gesichertes Einkommen, soziale
3 Anerkennung und ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Globalisierung und Digitalisierung wirken sich
4 besonders stark auf die Arbeitswelt aus. In Brandenburg sind viele neue Arbeitsplätze entstanden, die Zahl
5 der Arbeitslosen ist heute mit unter sieben Prozent so niedrig, wie noch nie seit 1991. Doch viele der
6 Arbeitsplätze sind befristet, Minijobs oder unsichere Leiharbeit. Auch das Lohngefälle zu den westlichen
7 Bundesländern ist nach wie vor groß, mehr als ein Drittel aller Beschäftigten in Brandenburg arbeitet im
8 Niedriglohnsektor - oft in Jobs, in denen sie so wenig verdienen, dass sie mit Wohngeld oder
9 Arbeitslosengeld II (ALG II) aufstocken müssen.

10 Wir wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht. Unser grünes
11 Gesellschaftsbild ist geprägt von Chancengleichheit, Solidarität und Teilhabe. Sozialverträgliche
12 Beschäftigung und faire Entlohnung gehören für uns zu den Grundlagen nachhaltigen Wirtschaftens.
13 Schlecht bezahlte, unsichere Jobs erschweren die Lebens- und Familienplanung und führen auf Dauer zu
14 Armut im Alter. Die Herausforderung der Zukunft wird es sein, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der allen
15 Menschen gerechte Chancen und fairen Arbeitslohn bietet.

16 Wir setzen uns für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, für ein Ende der
17 Lohndiskriminierung von Frauen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. „Typische Frauenberufe“,
18 beispielsweise in der Pflege, müssen endlich aufgewertet und besser bezahlt werden –
19 Geschlechterstereotype bei der Berufswahl wollen wir überwinden.

20 Arbeit bedeutet gerade für Menschen mit Behinderung gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir
21 ihnen bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglichen und dazu Modellprojekte initiieren.

22
23 Verkaufsoffene Sonntage sehen wir sehr kritisch. Sie behindern die Familienzeit der Angestellten,
24 untergraben den letzten weitgehend kommerzfreien Wochentag und begünstigen die großen Ketten
25 gegenüber den kleinen Läden, die zusätzliche Öffnungstage oft nicht stemmen können. Wir wollen sie
26 deshalb auf ganz besondere Anlässe reduzieren.

27 **Öffentliche Hand als Vorbild**

28 Errungenschaften wie der Mindestlohn dürfen nicht aufgeweicht werden. Prekäre Entlohnung im
29 öffentlichen Auftrag darf es nicht geben. Das betrifft die Vergaberichtlinien des Landes Brandenburg
30 genauso wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse an Musik- und Hochschulen. Wer aus öffentlichen Mitteln
31 finanziert wird, muss eine faire Bezahlung erhalten. Die öffentliche Hand wollen wir zum Vorbild für gute
32 Arbeit machen. Mobbing, Überstunden, ständige Erreichbarkeit: Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb
33 werben wir für eine gesundheitsfördernde Arbeitskultur und altersgerechte Arbeitsplätze.

34 Die Beteiligungsrechte der Personalräte im Personalvertretungsgesetz Brandenburg wollen wir ausbauen,
35 besonders in Bezug auf Arbeitsverdichtung und die Auswirkungen der Digitalisierung. Verstöße gegen die
36 Beteiligungsrechte der Personalräte müssen gerichtlich unterbunden werden können.

37 **Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen**

38 Immer noch sind in Brandenburg mehr als 80.000 Menschen ohne Arbeit. Um sie dauerhaft in Arbeit zu
39 vermitteln, müssen sie individuelle Betreuung und Zugang zu aktivierender und qualifizierender Förderung
40 erhalten. Wir wollen die Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose verbessern. Wir brauchen sinnvolle
41 Weiterbildungsmaßnahmen, die nachhaltig wirken und nicht nur dazu dienen die Statistik zu schönen.
42 Diese müssen auf Augenhöhe mit den Betroffenen regelmäßig evaluiert und weiter ausgebaut werden. Die
43 Sanktionen gegenüber ALG II-Bezieher*innen sind wirkungslos und diskriminierend. Die
44 Hinzuverdienstregeln sind zudem so restriktiv, dass sich Arbeit kaum lohnt und das ALG II zu einer
45 Stilllegungsprämie verkommt. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Ende der Sanktionen, bessere
46 Hinzuverdienstregeln und eine Reform der Grundsicherung. Statt Androhung und Strafe wollen wir
47 Motivation, Anerkennung und gute Beratung. Das setzt voraus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
48 der Jobcenter
49 und Arbeitsagenturen gut geschult sind und Zeit zur individuellen Betreuung haben. Auf Bundesebene
50 setzen wir uns für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zum bedingungslosen Grundeinkommen
51 (BGE) ein

52 Die Lage der Langzeitarbeitslosen ist besonders schwierig. Arbeitsmarktprogramme, die diesen Menschen
53 lediglich eine kurzfristige Beschäftigung auf dem „zweiten“ oder „dritten“ Arbeitsmarkt ermöglichen, haben
54 sich im Land Brandenburg als nicht zielführend erwiesen. Im Gegenteil, viele der Teilnehmenden der
55 ehemaligen Maßnahmen standen wegen der fehlenden Nachhaltigkeit der Programme bald wieder ohne
56 Arbeit da. Wir möchten, dass für diese Menschen Arbeit öffentlich durch Programme gefördert wird. Für uns
57 steht dabei im Vordergrund, dass die Programme auf Langfristigkeit angelegt sind. Mit einem
58 Passiv-Aktiv-Transfer werden ALG II und Kosten der Unterkunft in einen Zuschuss zu den Lohnkosten
59 umgewandelt. Langzeitarbeitslosen Menschen wird dadurch die Aufnahme einer regulären,
60 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erleichtert. Soziale Teilhabe wird wieder möglich. Wir werden
61 uns gegenüber der kommunalen Ebene und im Bund für die Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers
62 einsetzen. Die
63 bestehende Maßnahme „Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und
64 Familienbedarfsgemeinschaften“ möchten wir fortführen.

Beschluss

(Projekt) Öffentliche Verwaltung zum Vorbild für „gute Arbeit“ machen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen den Öffentlichen Dienst in Brandenburg zum Vorbild für „gute Arbeit“ machen und die
- 2 Verwaltung attraktiver und leistungsfähiger gestalten. Davon profitieren die Mitarbeiter*innen genauso wie
- 3 die Bürger*innen. Wir planen eine Ausbildungs-offensive und eine finanzielle Besserstellung der unteren
- 4 Einkommensgruppen, besonders in der Justiz. Wir setzen uns für familienfreundliche Arbeitsbedingungen
- 5 und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Die Übernahme von Führungspositionen auch in Teilzeit
- 6 und das Rückkehrrecht auf Vollzeit sind für uns selbstverständlich. Wir sorgen für gute Fort- und
- 7 Weiterbildungsangebote und setzen auf eine konsequente Qualifikation für eine wertschätzende
- 8 Personalführung. Da, wo Frauen unterrepräsentiert sind, setzen wir uns für eine fünfzig Prozent Quote ein,
- 9 insbesondere in den Führungsebenen und Aufsichtsgremien. Die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten
- 10 wollen wir im Landesgleichstellungsgesetz ausbauen. Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb
- 11 wollen wir das Gesundheitsmanagement verbessern, jede Verwaltung soll einen eigenen Etat für
- 12 Gesundheitsangebote bekommen. Die Beteiligungsrechte der Personalräte in den öffentlichen
- 13 Verwaltungen wollen wir stärken. Befristete Arbeitsverhältnisse, die ohne sachlichen Grund abgeschlossen
- 14 werden, führen zu prekären Arbeitsbedingungen und verschieben das wirtschaftliche Risiko der
- 15 Arbeitgeber*innen einseitig auf die Beschäftigten. Deshalb wollen wir, dass im gesamten Bereich des
- 16 öffentlichen Dienstes keine befristeten Arbeitsverhältnisse ohne Sachgrund mehr abgeschlossen werden.
- 17 Betriebe der öffentlichen Hand, die in privaten Gesellschaftsformen geführt werden, müssen der
- 18 Tarifbindung unterworfen werden. Ausserdem setzen wir uns dafür ein, dass die Verwaltung verstärkt
- 19 Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbildet.

Beschluss

Chancen für alle: Faire Arbeit

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Ob Erwerbsarbeit, Ehrenamt oder Familienarbeit: Arbeit hat in unserer Gesellschaft einen zentralen
2 Stellenwert. Gute Erwerbsarbeit ist für viele die Grundlage für ein gesichertes Einkommen, soziale
3 Anerkennung und ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Globalisierung und Digitalisierung wirken sich
4 besonders stark auf die Arbeitswelt aus. In Brandenburg sind viele neue Arbeitsplätze entstanden, die Zahl
5 der Arbeitslosen ist heute mit unter sieben Prozent so niedrig, wie noch nie seit 1991. Doch viele der
6 Arbeitsplätze sind befristet, Minijobs oder unsichere Leiharbeit. Auch das Lohngefälle zu den westlichen
7 Bundesländern ist nach wie vor groß, mehr als ein Drittel aller Beschäftigten in Brandenburg arbeitet im
8 Niedriglohnsektor - oft in Jobs, in denen sie so wenig verdienen, dass sie mit Wohngeld oder
9 Arbeitslosengeld II (ALG II) aufstocken müssen.

10 Wir wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht. Unser grünes
11 Gesellschaftsbild ist geprägt von Chancengleichheit, Solidarität und Teilhabe. Sozialverträgliche
12 Beschäftigung und faire Entlohnung gehören für uns zu den Grundlagen nachhaltigen Wirtschaftens.
13 Schlecht bezahlte, unsichere Jobs erschweren die Lebens- und Familienplanung und führen auf Dauer zu
14 Armut im Alter. Die Herausforderung der Zukunft wird es sein, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der allen
15 Menschen gerechte Chancen und fairen Arbeitslohn bietet.

16 Wir setzen uns für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, für ein Ende der
17 Lohndiskriminierung von Frauen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. „Typische Frauenberufe“,
18 beispielsweise in der Pflege, müssen endlich aufgewertet und besser bezahlt werden –
19 Geschlechterstereotype bei der Berufswahl wollen wir überwinden.

20 Arbeit bedeutet gerade für Menschen mit Behinderung gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir
21 ihnen bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglichen und dazu Modellprojekte initiieren.

22
23 Verkaufsoffene Sonntage sehen wir sehr kritisch. Sie behindern die Familienzeit der Angestellten,
24 untergraben den letzten weitgehend kommerzfreien Wochentag und begünstigen die großen Ketten
25 gegenüber den kleinen Läden, die zusätzliche Öffnungstage oft nicht stemmen können. Wir wollen sie
26 deshalb auf ganz besondere Anlässe reduzieren.

Öffentliche Hand als Vorbild

27
28 Errungenschaften wie der Mindestlohn dürfen nicht aufgeweicht werden. Prekäre Entlohnung im
29 öffentlichen Auftrag darf es nicht geben. Das betrifft die Vergaberichtlinien des Landes Brandenburg
30 genauso wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse an Musik- und Hochschulen. Wer aus öffentlichen Mitteln
31 finanziert wird, muss eine faire Bezahlung erhalten. Die öffentliche Hand wollen wir zum Vorbild für gute
32 Arbeit machen. Mobbing, Überstunden, ständige Erreichbarkeit: Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb
33 werben wir für eine gesundheitsfördernde Arbeitskultur und altersgerechte Arbeitsplätze.

34 Die Beteiligungsrechte der Personalräte im Personalvertretungsgesetz Brandenburg wollen wir ausbauen,
35 besonders in Bezug auf Arbeitsverdichtung und die Auswirkungen der Digitalisierung. Verstöße gegen die
36 Beteiligungsrechte der Personalräte müssen gerichtlich unterbunden werden können.

37 **Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen**

38 Immer noch sind in Brandenburg mehr als 80.000 Menschen ohne Arbeit. Um sie dauerhaft in Arbeit zu
39 vermitteln, müssen sie individuelle Betreuung und Zugang zu aktivierender und qualifizierender Förderung
40 erhalten. Wir wollen die Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose verbessern. Wir brauchen sinnvolle
41 Weiterbildungsmaßnahmen, die nachhaltig wirken und nicht nur dazu dienen die Statistik zu schönen.
42 Diese müssen auf Augenhöhe mit den Betroffenen regelmäßig evaluiert und weiter ausgebaut werden. Die
43 Sanktionen gegenüber ALG II-Bezieher*innen sind wirkungslos und diskriminierend. Die
44 Hinzuverdienstregeln sind zudem so restriktiv, dass sich Arbeit kaum lohnt und das ALG II zu einer
45 Stilllegungsprämie verkommt. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Ende der Sanktionen, bessere
46 Hinzuverdienstregeln und eine Reform der Grundsicherung. Statt Androhung und Strafe wollen wir
47 Motivation, Anerkennung und gute Beratung. Das setzt voraus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
48 der Jobcenter
49 und Arbeitsagenturen gut geschult sind und Zeit zur individuellen Betreuung haben. Auf Bundesebene
50 setzen wir uns für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zum bedingungslosen Grundeinkommen
51 (BGE) ein

52 Die Lage der Langzeitarbeitslosen ist besonders schwierig. Arbeitsmarktprogramme,
53 die auf die Förderung und Integration dieser Personengruppe in den Arbeitsmarkt abzielen unterstützen
54 wir. Dazu zählen wir auch die Möglichkeit des „Sozialen Arbeitsmarkts“, bei dem Unternehmen, die
55 Langzeitarbeitslose einstellen Lohnkostenzuschüsse erhalten. Wichtig für den Erfolg dieser Maßnahme ist
56 ein begleitendes Coaching und kontinuierliche Weiterbildung der Beschäftigten mit dem Ziel der
57 Integration in den „ersten“ Arbeitsmarkt. Diese Maßnahmen unterstützen wir, in dem wir uns für die
58 Bereitstellung ausreichend qualifizierten Personals einsetzen und ggf. zusätzliche Mittel für betriebsnahe
59 Weiterbildung bereitstellen.

60
61 Für uns steht dabei im Vordergrund, dass die Programme auf Langfristigkeit angelegt sind.
62 Langzeitarbeitslosen Menschen wird dadurch die Aufnahme einer regulären, sozialversicherungspflichtigen
63 Beschäftigung erleichtert. Soziale Teilhabe wird wieder möglich. Die bestehende Maßnahme
64 „Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften“ möchten wir
65 fortführen.

2.5. Gut und gesund leben: Gesundheit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Ziel unserer Gesundheitspolitik in Brandenburg ist, Gesundheitsschutz und -vorsorge zu verstärken,
2 Krankheit zu vermeiden und Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. In
3 Brandenburg leben besonders viele alte und sehr alte Menschen mit einem entsprechend hohen Risiko
4 chronischer Erkrankungen. Der Krankenstand ist überdurchschnittlich hoch. Brandenburg hat bundesweit
5 den höchsten Anteil an Raucher*innen. 42,6 Prozent greifen regelmäßig zur Zigarette. Das ist alarmierend.
6 Arme und sozial benachteiligte Menschen sind häufiger als andere krank. Ganz besonders hart wirkt sich
7 Armut auf die Gesundheit der Jüngsten aus. Kinder aus einkommensarmen Familien sind von
8 Gesundheitsproblemen wie starkem Übergewicht, kariösen Zähnen und Entwicklungsverzögerungen
9 überproportional häufig betroffen. Dabei hat jedes Kind ein Recht darauf, gesund aufzuwachsen!

10 Die Angebote des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) stellen für viele Menschen einen wichtigen
11 Zugangspunkt zur Gesundheitsversorgung dar. Der ÖGD leistet viel durch zielgruppenspezifische Angebote
12 und direkte Ansprache. Dafür muss der ÖGD ein attraktiver Arbeitgeber werden, der auch junge
13 Generationen von Ärzt*innen und Gesundheitsfachkräften für eine Tätigkeit begeistern kann. Wir wollen
14 Möglichkeiten entwickeln, um beispielsweise die Unterschiede der Gehälter von Ärzt*innen im ÖGD und in
15 Krankenhäusern anzugleichen.

16 Unser Gesundheitssystem ist ein dynamischer und wachsender Arbeitsbereich, der vielen Menschen in
17 allen Landesteilen eine gute Perspektive bietet. Mit fast 100.000 Beschäftigten in Pflege, Reha- und
18 Wellnesseinrichtungen ist er bereits einer der größten Wirtschaftszweige. Eine der größten
19 Herausforderungen der Zukunft wird die Fachkräftesicherung in diesem Sektor sein. Daher fordern wir für
20 Brandenburg die Einrichtung eines runden Tisches zur Fachkräftesicherung für Gesundheit und Pflege, der
21 ein verbindliches Massnahmepaket erarbeitet und die Umsetzung begleitet.

22 Ein Ur-Grünes Herzensanliegen ist die Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin, mit der Trennung von
23 Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung. Deswegen werden wir im Bund weiter Druck für eine
24 Bürger*innenversicherung machen, um die Lasten von Krankheit endlich solidarisch gerecht zu verteilen.

25 **Kindergesundheit stärken**

26 Gesundheit ist die Grundlage für einen guten Start ins Leben eines Kindes. Wir wollen Hebammen und
27 Entbindungspfleger in ihrer verantwortungsvollen Berufsausübung stärken und dafür Sorge tragen, dass es
28 in Brandenburg auch in Zukunft ein ausreichendes und qualitätsgesichertes Angebot an Leistungen der
29 Geburtshilfe sowie der Vor- und Nachsorge gibt. Die Schließung weiterer Geburtsstationen lehnen wir ab.

30 Jedes Kind verdient die Chance, gesund aufzuwachsen. Doch es zeigt sich zum Beispiel bei den
31 Schuleingangsuntersuchungen, dass Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus häufiger eine Sprach-
32 und Sprechstörung haben oder übergewichtig sind. Deshalb wollen wir den öffentlichen Gesundheitsdienst
33 mit pädiatrischen Angeboten stärken und Kinder von Anfang an gezielt fördern, indem wir das Kindeswohl
34 und den Kinderschutz sichern. Die „Frühen Hilfen“ und die Netzwerke „Gesunde Kinder“ möchten wir

35 ausbauen und professionalisieren. Sie eröffnen Eltern Ressourcen, um ihre Kinder beim Aufwachsen gut zu
36 unterstützen und zu begleiten. Für ein gesundes Aufwachsen brauchen Kinder gesunde Ernährung in Kitas
37 und Schulen. Die Kinder, die mehr Unterstützung brauchen, zum Beispiel in Form von Sprach- und
38 Bewegungsförderung oder Angeboten der Logo-, Ergo- oder Physiotherapie sollen diese schnell und
39 unkompliziert erhalten.

40 Des Weiteren unterstützen wir das Modellprojekt Schulgesundheitsfachkräfte, bei dem Pflegefachkräfte
41 aktiv Gesundheitsbildung an Schulen leisten, Präventionsangebote machen und Lehrer*innen bei der
42 Betreuung erkrankter Schüler*innen unterstützen. Wir wollen prüfen, ob die Schulgesundheitsfachkräfte
43 aus der Form des Modellprojekts in eine dauerhafte Förderung überführt werden können.

44 **Prävention und Beratung ausbauen**

45 Eine gute gesundheitliche Versorgung benötigt zielgruppengerechte Angebote. Die Menschen im Land
46 Brandenburg sind vielfältig. Dieser Vielfalt wollen wir mit der Stärkung von Beratungseinrichtungen und
47 Präventionsangeboten begegnen. Wir möchten bestehende Beratungsangebote bei Suchterkrankungen
48 oder zur sexuellen Gesundheit erhalten und weiterentwickeln. Auf den Prüfstand gehören ebenfalls die
49 Entwicklung von präventiv wirkenden Angeboten zu Ernährung und Diabetes. Unabhängige
50 Patient*innenberatung und Selbsthilfe-Initiativen fördern wir.

51 Etwa dreizehn Prozent aller Todesfälle sind in Deutschland auf den Konsum von Tabak zurückzuführen,
52 verursacht durch eine ganze Reihe besonders häufiger Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems, der
53 Atemwege und Krebsleiden. Im Gegensatz zu anderen Suchterkrankungen wird der Entzug bei Tabak nicht
54 von den Krankenkassen finanziert. Wir wollen daher prüfen, inwieweit Angebote zur
55 Raucher*innenentwöhnung und vor allem zur Prävention durch die Suchtberatungsstellen ausgebaut
56 werden können. Gleichzeitig wollen wir dafür Sorge tragen, dass der Nichtraucher*innenschutz konsequent
57 umgesetzt wird. Das geltende Rauchverbot soll auf alle öffentlich zugänglichen Gebäude ausgeweitet
58 werden und bisherige Ausnahmeregelungen müssen fallen.

59 **Medizinische Versorgung im ganzen Land sichern**

60 Wir wollen integrierte Versorgungsangebote ausweiten und die stationäre und ambulante Versorgung
61 besser verzahnen. Dazu wollen wir die Übernahme von Hausarztpraxen durch junge Ärzt*innen erleichtern,
62 zum Beispiel indem die Kommunen Praxisräume bereitstellen, den Auf- und Ausbau von
63 Gesundheitszentren fördern, und den Fortbestand bestehender Projekte wie rollende Arztpraxen und
64 nichtärztliche Praxisassistent*innen *AGNES 2* (Arztentlastende Gemeinde-nahe E-Health-gestützte
65 Systemische Intervention) vorantreiben. Unser Anspruch bleibt die wohnortnahe medizinische Versorgung;
66 mithilfe von Telemedizin kann diese ergänzt und erheblich bereichert werden. Telemedizin wird in Zukunft
67 Teil der Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum werden. Gerade in ländlich
68 strukturierten Flächenstaaten wie Brandenburg kann die Versorgung in Zukunft nur durch die enge
69 Verzahnung der verschiedenen Sektoren der Versorgung (Prävention, ambulante und stationäre Versorgung,
70 Nachsorge, Pflege und
71 Rehabilitation) gesichert werden. Es geht um mehr Kooperation zwischen kleinen und großen Kliniken
72 sowie allen Akteuren der Versorgungskette. Für Brandenburg geht es daher nicht um einen Abbau von
73 Krankenhäusern, sondern um einen Umbau der Standorte zu modernen sektorübergreifenden
74 Gesundheitsanbietern.

75 Dabei sollen der Strukturfonds des Bundes für Umbaumaßnahmen an den Kliniken und der
76 Innovationsfonds für Projektmanagement und Technik genutzt werden. Die Teilnahme des Landes
77 Brandenburg am Krankenhausstrukturfonds und am Innovationsfonds sind systematisch zum Aufbau
78 ambulant-stationärer Gesundheitszentren einzusetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das
79 gemeinsame Landesgremium für sektorübergreifende gesundheitliche Versorgung zukunftsfähige
80 Konzepte in allen Regionen des Landes unterstützt.

81 Eine gemeinsame Krankenhausplanung mit Berlin ist auch in diesem Zusammenhang sinnvoll und
82 unterstützt die wohnortnahe Versorgung von Patient*innen in Brandenburg. Wir setzen uns für eine

83 Planung ein, die das Land Berlin und dessen Angebote der medizinischen Versorgung im Hinblick auf die
84 Behandlungsqualität von Patient*innen und der finanziellen und personellen Ressourcen im
85 Gesundheitswesen beider Länder einbezieht.

86 Das länderübergreifende Projekt ANNOTEM zur Schlaganfallversorgung ist dafür ein gutes Beispiel.
87 Überordnetes Ziel ist die Sicherstellung der flächendeckenden bedarfsgerechten Versorgung in allen
88 Disziplinen. An allen 54 Krankenhausstandorten wollen wir integrierte medizinische Versorgungsangebote
89 erhalten oder entwickeln.

90 **Notfallversorgung muss flächendeckend gesichert sein**

91 Den in Brandenburg eingeschlagenen Weg, die Notfallversorgung mit den Mitteln aus dem bundesweiten
92 Innovationsfonds sektorübergreifend weiter zu entwickeln, halten wir für richtig. Im Ergebnis des
93 landesweiten Projekts müssen Vorschläge für eine flächendeckende Notfall- und Akutversorgung in
94 gleichwertiger Qualität in allen Landesteilen stehen.

95 Ebenso wichtig ist es für uns, das Projekt zur qualifizierten und schnellen Notfallversorgung von
96 Herzinfarktpatient*innen „QS-Notfall“ als flächendeckendes Herzinfarktregister auf das gesamte Land
97 auszuweiten. In Brandenburg erkranken im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich mehr Menschen
98 an einem Herzinfarkt und sterben auch daran. Das muss sich ändern. Die Erfordernisse dünnbesiedelter
99 Regionen müssen mitbedacht werden. Im wirklichen Notfall zählt jede Sekunde, die ein*e Patient*in nicht
100 auf dem Weg in die Notaufnahme verliert. Daher stehen wir auch zur Hilfsfrist von 15 Minuten im Land und
101 lehnen jegliche Debatten zur Erhöhung ab. Die neuen Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses zur
102 Notfallversorgung sehen wir kritisch, da diese nicht hinreichend den Bedürfnissen einer flächendeckenden
103 Versorgung in ländlichen Räumen Rechnung tragen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Krankenhäuser in
104 Brandenburg für ihre Notaufnahmen angemessen entlohnt werden.

105 **Zur Abstimmung auf LDK:**

106 **Mediziner*innen und medizinisches Fachpersonal in Brandenburg ausbilden**

107 *Brandenburg hat deutschlandweit die geringste Ärzt*innendichte (2016: 363,98 pro 100.000 Einwohner*innen).
108 Was schon an sich ein Problem darstellt, wird durch den hohen Anteil der älteren Bevölkerung verschärft. Zur
109 Lösung von Fachkräfteproblemen gibt es nicht das eine Patentrezept. Hier braucht es eine Vielzahl koordinierter
110 Maßnahmen auf Landesebene, in den Kreisen und Gemeinden vor Ort. Wir möchten neben Stipendien für
111 Medizinstudierende, die später auf dem Land praktizieren wollen, auch Anreize für Assistenzärzt*innen schaffen,
112 einen Teil ihrer Ausbildung in ländlichen Regionen zu absolvieren. Und insgesamt fordern wir auch mehr
113 Medizinstudienplätze. Brandenburg bringt sich hier bisher gar nicht ein, neben Bremen ist es das einzige
114 Bundesland ohne eine eigene medizinische Fakultät. Die private Medizinische Hochschule Theodor-Fontane in
115 Neuruppin und Brandenburg an der Havel ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber sie kann nicht die
116 Kapazitäten einer öffentlichen Hochschule
117 leisten. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass an einer der Brandenburger Universitäten in naher Zukunft
118 eine Medizinfakultät aufgebaut wird. Wir möchten dort die im Gesundheitscampus Brandenburg angeschobene
119 Entwicklung hin zu einem Wissenschaftsstandort, der gezielt die gesundheitlichen Herausforderungen ländlicher
120 Räume in den Fokus nimmt, als spezifisches Profil der Brandenburger Hochschulmedizin etablieren. Bei der
121 Studierendenauswahl soll die individuelle Motivation der Bewerber*innen eine große Rolle spielen. Wir
122 begrüßen den Aufbau des Gesundheitscampus Brandenburg und wollen diesen bis zur Etablierung einer
123 funktionierenden Hochschulmedizin auch weiter vorantreiben.*

124 **Medikamentenversorgung in der Fläche und Arzneisicherheit für Patient*innen sicherstellen**

125 Zu einem funktionierenden Gesundheitssystem gehört auch eine gute Erreichbarkeit von Apotheken. Diese
126 ziehen sich immer weiter aus der Fläche zurück. Gemeinsam mit Apotheker*innen möchten wir daran
127 arbeiten, die Medikamentenversorgung auch in Zukunft flächendeckend zu gewährleisten. Der
128 Versandhandel von rezeptpflichtigen Arzneien kann eine sinnvolle Ergänzung gerade im ländlichen Raum
129 darstellen, ein Verbot halten wir daher für nicht zielführend.

130 **Mehr Schutz für besonders Schutzbedürftige – Antworten auf organisierte Kriminalität in der Pflege und** 131 **dem Pharmahandel**

132 Der Staat muss gerade im Bereich der Pflege und Gesundheit seiner Aufsichts, Kontroll- und
133 Fürsorgepflicht verlässlich nachkommen. Menschen, die sich aufgrund von Pflegebedürftigkeit oder einer
134 schweren Erkrankung in einer besonders sensiblen Lebenssituation befinden, müssen geschützt werden.
135 Landesbehörden wie die Arzneimittelaufsicht müssen mit ausreichendem und gut geschultem Personal
136 ausgestattet sein. Die Staatsanwaltschaften bei Arzneimittelkriminalität und Pflegebetrug wollen wir
137 personell und strukturell stärken.

138 **Medizinische Versorgung – barrierefrei**

139 Die Arztpraxis im dritten Stock, die Apotheke mit vier Stufen vor der Türe: Viele bestehende Angebote der
140 gesundheitlichen Versorgung sind nicht barrierefrei zugänglich und nutzbar. Damit ist eine freie Arzt- oder
141 Therapeut*innenwahl für Menschen mit Beeinträchtigungen nicht gewährleistet. Landesweit ist der Anteil
142 an Praxen, Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und Ambulanzen mit barrierefreiem Zugang nicht
143 bedarfsgerecht und entspricht somit nicht der UN-Behinderungskonvention. Wir wollen die besonderen
144 Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen in der ambulanten, teilstationären und stationären
145 medizinischen Versorgung besser berücksichtigen. Daher wollen wir uns auf Bundesebene für
146 Förderprogramme einsetzen, die die Herstellung der barrierefreien Zugänglichkeit von Praxen und
147 Apotheken unterstützen.

148 **Psychiatrische Versorgung verbessern**

149 Psychische Erkrankungen sind mittlerweile die zweithäufigste Ursache für Krankschreibungen in
150 Brandenburg. Doch nicht nur in ländlichen Regionen reichen die Behandlungsplätze für Menschen mit
151 psychischen Erkrankungen bei Weitem nicht aus. Es fehlen insbesondere psychiatrische Angebote für junge
152 Menschen und für Mütter mit Kindern. Betroffene Menschen brauchen einen schnellen Zugang zu
153 Therapieangeboten. Monatelanges Warten führt zu gesundheitlicher Verschlechterung und birgt das Risiko
154 der Chronifizierung. Wir wollen daher ambulante gemeindenahere Angebote ausbauen, Nachsorgeangebote
155 aufbauen und Kriseneinrichtungen stärken. Die Angebote der Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi) vor Ort,
156 Psychiatrische Institutsambulanzen (PIAs), Tageskliniken und kommunale psychiatrische Verbände wollen
157 wir von Landesseite stärker fördern.

158 **Suchterkrankungen vorbeugen**

159 Eine besondere Herausforderung im Bereich der psychischen Erkrankungen stellen Suchterkrankungen dar.
160 Die Vielfalt der Suchtformen reicht von Medien- und Computerspielsucht bis zur Substanzabhängigkeit.
161 Diese Vielfalt findet sich auch in unseren Lösungsansätzen wieder. Menschen mit Suchterkrankungen sind
162 für uns genauso hilfebedürftige Kranke wie andere. Wir werden mithelfen, gesellschaftliche Stigmata
163 abzubauen, die Betroffene allzu oft davon abhalten, professionelle Hilfe zu suchen.

164 Ein Viertel aller erwachsenen Brandenburger*innen konsumiert Alkohol in riskanten Mengen und immer
165 noch rauchen zu viele der Erwachsenen täglich Zigaretten. Die gesundheitlichen Folgen durch Alkohol-
166 und Tabakkonsum sind schwer. Zusätzlich zu diesen dominierenden Drogen zeigen sich jetzt vor allem im
167 Südosten Brandenburgs Auswirkungen des Crystal Meth Konsums, der zu gravierenden gesundheitlichen
168 Schäden führt. Unsere Suchtpolitik wollen wir vor allem an den tatsächlichen Zahlen der Betroffenen
169 ausrichten. Wir werden daher den Fokus landesweit noch stärker auf Alkohol und Tabak setzen ohne
170 spezifische regionale Angebote zum Beispiel hinsichtlich Crystal Meth zu vernachlässigen.

171 Wir setzen auf Prävention und Entkriminalisierung statt auf die Fortsetzung der gescheiterten Drogen- und
172 Suchtpolitik und werden gemeinsam mit Berlin neue Wege in der Drogenpolitik gehen.

173 **Patient*innenrechte stärken**

174 Patient*innen wollen nicht nur passiv behandelt werden, sie wollen auch selbst handeln, selbst
175 mitbestimmen und mitreden. Das gilt sowohl für ihre Behandlung bei Ärzt*innen als auch im Krankenhaus

176 oder bei anderen gesundheitlichen Dienstleistungen. Wir wollen prüfen, wie die Arbeit der unabhängigen
177 Patientenfürsprecher*innen in Brandenburg in Zukunft gestaltet werden muss, um dieses Ziel zu
178 erreichen.

179 **Antibiotikaeinsatz sinnvoll einsetzen**

180 Die Verbreitung multiresistenter Keime in stationären Einrichtungen ist beunruhigend. Das ist ein
181 komplexes Problem, für das es keine einfachen Lösungen gibt. Wir wollen Kampagnen gegen den
182 unkritischen Antibiotikaeinsatz in der ambulanten Medizin prüfen. Für die Resistenzentwicklung
183 mitverantwortlich ist der weitverbreitete Antibiotikaeinsatz in der industriellen Massentierhaltung. Für uns
184 ist daher klar: Mit der Eindämmung des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft reduzieren wir
185 automatisch auch die Gefahr multiresistenter Bakterien. Den Einsatz von Reserveantibiotika in der
186 Landwirtschaft wollen wir ausschließen. Sie sollen nur für sehr schwere Erkrankungen beim Menschen als
187 letztes Mittel eingesetzt werden.

188 189 **Ambrosia bekämpfen**

190
191 Die fortschreitende Ausbreitung der Ambrosia-Pflanze stellt eine außerordentliche Belastung in einigen
192 Landkreisen dar. Schon wenige Pollen dieser aus Nordamerika eingewanderten Pflanzenart können bei
193 einigen Menschen schwere Allergien auslösen. Wir wollen die weitere Ausbreitung gezielt verhindern und
194 die vorhandenen Bestände nachhaltig zurückdrängen. Dafür wollen wir ein Monitoring aufbauen und die
195 betroffenen Landkreise und Kommunen bei der Erfassung und Bekämpfung organisatorisch und fachlich
196 unterstützen.

2.5-A (Projekt) Ärzt*innen für Brandenburg: Medizinische Fakultät gründen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Der Mangel an Ärzt*innen ist die zentrale Herausforderung in der Gesundheitsversorgung der Zukunft. Wir
- 2 wollen vielfältige Instrumente nutzen, um Menschen für eine Tätigkeit in Brandenburg zu begeistern. Wir
- 3 wollen aber besonders junge Menschen in und aus Brandenburg gewinnen, Ärzt*innen hier im Land zu
- 4 werden und wollen dafür eine medizinische Fakultät an einer der Brandenburger Universitäten einrichten.
- 5 Diese soll ihren Forschungs- und Ausbildungsschwerpunkt klar auf die Gesundheitsversorgung in ländlichen
- 6 Räumen setzen. Die Ortsentscheidung ist für uns auch eine wichtige strukturpolitische Weichenstellung im
- 7 Land. Um Absolvent*innen nicht wieder an den europäischen Arbeitsmarkt zu verlieren, wollen wir sie mit
- 8 Stipendien, enger Verzahnung von landesweiter Patient*innenversorgung mit der Lehre und fachlich wie
- 9 finanziell attraktiven Facharztweiterbildungsprogrammen für eine langfristige Tätigkeit in Brandenburg
- 10 begeistern.

Beschluss

(Projekt) Medizinische Versorgung modern denken

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Eine zuverlässige, hochwertige und gut erreichbare medizinische Versorgung ist eine der zentralen
- 2 Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung der Zukunft. Sie zu gestalten bedeutet für uns, den Blick
- 3 auf alle beteiligten Gesundheitsberufe zu richten. Wenn geburtshilfliche Abteilungen wegen
- 4 Hebammenmangel schließen müssen und Pflegebedürftige keinen ambulanten Pflegedienst mehr finden,
- 5 dann wird klar, dass medizinische Versorgung mehr ist als Mediziner Ausbildung. Junge Menschen, die hier
- 6 im Land in der Gesundheitsversorgung arbeiten wollen, brauchen neben einer konkurrenzfähigen
- 7 Bezahlung vor allem auch attraktive Arbeitsplätze mit einer neuen Kultur der Zusammenarbeit.
- 8 Beschäftigte in Gesundheitsberufen möchten nicht mehr in einem durch Status und starre Hierarchien
- 9 geprägten System arbeiten. Wir wollen Versorgung so denken, dass alle Gesundheitsberufe eng
- 10 zusammenarbeiten und dies wissenschaftlich begleiten lassen. Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz mindert
- 11 den Fachkräftemangel
- 12 erheblich und ist ein Standortvorteil.
- 13 Wir wollen vorhandene Ressourcen effizient zu nutzen. Dies gilt sowohl für die Verzahnung von
- 14 ambulanten und stationären Angeboten als auch für eine gemeinsam abgestimmte Krankenhausplanung
- 15 mit dem Land Berlin. Diese wollen wir auf Augenhöhe weiterführen. Bei der Ausbildung von medizinischen
- 16 Fachkräften schätzen wir den Beitrag des Gesundheitscampus ebenso wie die Kooperation mit der Charité.
- 17 Wir möchten zukünftig noch mehr angehenden Mediziner*innen die Möglichkeit geben, ihre Ausbildung in
- 18 den Brandenburger Lehrkrankenhäusern abzuschließen.
- 19 Sollten sich die Rahmenbedingungen verändern z.B. durch Mittel vom Bund, stehen wir der Gründung einer
- 20 staatlichen medizinischen Fakultät offen gegenüber. Dies könnte ein wichtiger Beitrag zum Strukturwandel
- 21 in der Lausitz sein.

Beschluss (vorläufig)

Gut und gesund leben: Gesundheit

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Ziel unserer Gesundheitspolitik in Brandenburg ist, Gesundheitsschutz und -vorsorge zu verstärken,
- 2 Krankheit zu vermeiden und Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. In
- 3 Brandenburg leben besonders viele alte und sehr alte Menschen mit einem entsprechend hohen Risiko
- 4 chronischer Erkrankungen. Der Krankenstand ist überdurchschnittlich hoch. Brandenburg hat bundesweit
- 5 den höchsten Anteil an Raucher*innen. 42,6 Prozent greifen regelmäßig zur Zigarette. Das ist alarmierend.
- 6 Arme und sozial benachteiligte Menschen sind häufiger als andere krank. Ganz besonders hart wirkt sich
- 7 Armut auf die Gesundheit der Jüngsten aus. Kinder aus einkommensarmen Familien sind von
- 8 Gesundheitsproblemen wie starkem Übergewicht, kariösen Zähnen und Entwicklungsverzögerungen
- 9 überproportional häufig betroffen. Dabei hat jedes Kind ein Recht darauf, gesund aufzuwachsen!

- 10 Die Angebote des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) stellen für viele Menschen einen wichtigen
- 11 Zugangspunkt zur Gesundheitsversorgung dar. Der ÖGD leistet viel durch zielgruppenspezifische Angebote
- 12 und direkte Ansprache. Dafür muss der ÖGD ein attraktiver Arbeitgeber werden, der auch junge
- 13 Generationen von Ärzt*innen und Gesundheitsfachkräften für eine Tätigkeit begeistern kann. Wir wollen
- 14 Möglichkeiten entwickeln, um beispielsweise die Unterschiede der Gehälter von Ärzt*innen im ÖGD und in
- 15 Krankenhäusern anzugleichen.

- 16 Unser Gesundheitssystem ist ein dynamischer und wachsender Arbeitsbereich, der vielen Menschen in
- 17 allen Landesteilen eine gute Perspektive bietet. Mit fast 100.000 Beschäftigten in Pflege, Reha- und
- 18 Wellnesseinrichtungen ist er bereits einer der größten Wirtschaftszweige. Eine der größten
- 19 Herausforderungen der Zukunft wird die Fachkräftesicherung in diesem Sektor sein. Daher fordern wir für
- 20 Brandenburg die Einrichtung eines runden Tisches zur Fachkräftesicherung für Gesundheit und Pflege, der
- 21 ein verbindliches Massnahmepaket erarbeitet und die Umsetzung begleitet.

- 22 Ein Ur-Grünes Herzensanliegen ist die Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin von Gesetzlicher und
- 23 Privater Krankenversicherung. Deswegen werden wir im Bund weiter Druck für eine
- 24 Bürger*innenversicherung machen, um die Lasten von Krankheit endlich solidarisch gerecht zu verteilen.

- 25 **Kindergesundheit stärken**

- 26 Gesundheit ist die Grundlage für einen guten Start ins Leben eines Kindes. Wir wollen Hebammen und
- 27 Entbindungspfleger in ihrer verantwortungsvollen Berufsausübung stärken und dafür Sorge tragen, dass es
- 28 in Brandenburg auch in Zukunft ein ausreichendes und qualitätsgesichertes Angebot an Leistungen der
- 29 Geburtshilfe sowie der Vor- und Nachsorge gibt. Die Schließung weiterer Geburtsstationen lehnen wir ab.

- 30 Jedes Kind verdient die Chance, gesund aufzuwachsen. Doch es zeigt sich zum Beispiel bei den
- 31 Schuleingangsuntersuchungen, dass Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus häufiger eine Sprach-
- 32 und Sprechstörung haben oder übergewichtig sind. Deshalb wollen wir den öffentlichen Gesundheitsdienst
- 33 mit pädiatrischen Angeboten stärken und Kinder von Anfang an gezielt fördern, indem wir das Kindeswohl

34 und den Kinderschutz sichern. Die „Frühen Hilfen“ und die Netzwerke „Gesunde Kinder“ möchten wir
35 ausbauen und professionalisieren. Sie eröffnen Eltern Ressourcen, um ihre Kinder beim Aufwachsen gut zu
36 unterstützen und zu begleiten. Für ein gesundes Aufwachsen brauchen Kinder gesunde Ernährung in Kitas
37 und Schulen. Die Kinder, die mehr Unterstützung brauchen, zum Beispiel in Form von Sprach- und
38 Bewegungsförderung oder Angeboten der Logo-, Ergo- oder Physiotherapie sollen diese schnell und
39 unkompliziert erhalten.

40 Des Weiteren unterstützen wir das Modellprojekt Schulgesundheitsfachkräfte, bei dem Pflegefachkräfte
41 aktiv Gesundheitsbildung an Schulen leisten, Präventionsangebote machen und Lehrer*innen bei der
42 Betreuung erkrankter Schüler*innen unterstützen. Wir wollen prüfen, ob die Schulgesundheitsfachkräfte
43 aus der Form des Modellprojekts in eine dauerhafte Förderung überführt werden können.

44 **Prävention und Beratung ausbauen**

45 Eine gute gesundheitliche Versorgung benötigt zielgruppengerechte Angebote. Die Menschen im Land
46 Brandenburg sind vielfältig. Dieser Vielfalt wollen wir mit der Stärkung von Beratungseinrichtungen und
47 Präventionsangeboten begegnen. Wir möchten bestehende Beratungsangebote bei Suchterkrankungen
48 oder zur sexuellen Gesundheit erhalten und weiterentwickeln. Auf den Prüfstand gehören ebenfalls die
49 Entwicklung von präventiv wirkenden Angeboten zu Ernährung und Diabetes. Unabhängige
50 Patient*innenberatung und Selbsthilfe-Initiativen fördern wir.

51 Etwa dreizehn Prozent aller Todesfälle sind in Deutschland auf den Konsum von Tabak zurückzuführen,
52 verursacht durch eine ganze Reihe besonders häufiger Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems, der
53 Atemwege und Krebsleiden. Im Gegensatz zu anderen Suchterkrankungen wird der Entzug bei Tabak nicht
54 von den Krankenkassen finanziert. Wir wollen daher prüfen, inwieweit Angebote zur
55 Raucher*innenentwöhnung und vor allem zur Prävention durch die Suchtberatungsstellen ausgebaut
56 werden können. Gleichzeitig wollen wir dafür Sorge tragen, dass der Nichtraucher*innenschutz konsequent
57 umgesetzt wird. Das geltende Rauchverbot soll auf alle öffentlich zugänglichen Gebäude ausgeweitet
58 werden und bisherige Ausnahmeregelungen müssen fallen.

59 **Medizinische Versorgung im ganzen Land sichern**

60 Wir wollen integrierte Versorgungsangebote ausweiten und die stationäre und ambulante Versorgung
61 besser verzahnen. Wir wollen die Übernahme von Hausarztpraxen durch junge Ärzt*innen erleichtern, zum
62 Beispiel indem die Kommunen Praxisräume bereitstellen, den Auf- und Ausbau von Medizinischen
63 Versorgungszentren (MVZ) in Zusammenarbeit mit örtlichen Kliniken fördern, und den Fortbestand
64 bestehender Projekte wie rollende Arztpraxen und nichtärztliche Praxisassistent*innen *AGnES 2*
65 (Arztentlastende Gemeinde-nahe E-Health-gestützte Systemische Intervention) vorantreiben. Unser
66 Anspruch bleibt die wohnortnahe medizinische Versorgung; mithilfe von Telemedizin kann diese ergänzt
67 und erheblich bereichert werden. Telemedizin wird in Zukunft Teil der Sicherung der
68 Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum werden. Gerade in ländlich strukturierten Flächenstaaten wie
69 Brandenburg kann die Versorgung in Zukunft nur durch die enge Verzahnung der verschiedenen Sektoren
70 der Versorgung (Prävention,
71 ambulante und stationäre Versorgung, Nachsorge, Pflege und Rehabilitation) gesichert werden. Es geht um
72 mehr Kooperation zwischen kleinen und großen Kliniken sowie allen Akteuren der Versorgungskette. Für
73 Brandenburg geht es daher nicht um einen Abbau von Krankenhäusern, sondern um einen Umbau der
74 Standorte zu modernen sektorübergreifenden Gesundheitsanbietern.

75 Dabei sollen der Strukturfonds des Bundes für Umbaumaßnahmen an den Kliniken und der
76 Innovationsfonds für Projektmanagement und Technik genutzt werden. Die Teilnahme des Landes
77 Brandenburg am Krankenhausstrukturfonds und am Innovationsfonds sind systematisch zum Aufbau
78 ambulant-stationärer Gesundheitszentren einzusetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das
79 gemeinsame Landesgremium für sektorübergreifende gesundheitliche Versorgung zukunftsfähige
80 Konzepte in allen Regionen des Landes unterstützt.

81 Eine gemeinsame Krankenhausplanung mit Berlin ist auch in diesem Zusammenhang sinnvoll und
82 unterstützt die wohnortnahe Versorgung von Patient*innen in Brandenburg. Wir setzen uns für eine
83 Planung ein, die das Land Berlin und dessen Angebote der medizinischen Versorgung im Hinblick auf die
84 Behandlungsqualität von Patient*innen und der finanziellen und personellen Ressourcen im
85 Gesundheitswesen beider Länder einbezieht.

86 Das länderübergreifende Projekt ANNOTEM zur Schlaganfallversorgung ist dafür ein gutes Beispiel.
87 Überordnetes Ziel ist die Sicherstellung der flächendeckenden bedarfsgerechten Versorgung in allen
88 Disziplinen. An allen 54 Krankenhausstandorten wollen wir integrierte medizinische Versorgungsangebote
89 erhalten oder entwickeln.

90 **Notfallversorgung muss flächendeckend gesichert sein**

91 Den in Brandenburg eingeschlagenen Weg, die Notfallversorgung mit den Mitteln aus dem bundesweiten
92 Innovationsfonds sektorübergreifend weiter zu entwickeln, halten wir für richtig. Im Ergebnis des
93 landesweiten Projekts müssen Vorschläge für eine flächendeckende Notfall- und Akutversorgung in
94 gleichwertiger Qualität in allen Landesteilen stehen.

95 Ebenso wichtig ist es für uns, das Projekt zur qualifizierten und schnellen Notfallversorgung von
96 Herzinfarktpatient*innen „QS-Notfall“ als flächendeckendes Herzinfarktregister auf das gesamte Land
97 auszuweiten. In Brandenburg erkranken im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich mehr Menschen
98 an einem Herzinfarkt und sterben auch daran. Das muss sich ändern. Die Erfordernisse dünnbesiedelter
99 Regionen müssen mitbedacht werden. Im wirklichen Notfall zählt jede Sekunde, die ein*e Patient*in nicht
100 auf dem Weg in die Notaufnahme verliert. Daher stehen wir auch zur Hilfsfrist von 15 Minuten im Land und
101 lehnen jegliche Debatten zur Erhöhung ab. Die neuen Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses zur
102 Notfallversorgung sehen wir kritisch, da diese nicht hinreichend den Bedürfnissen einer flächendeckenden
103 Versorgung in ländlichen Räumen Rechnung tragen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Krankenhäuser in
104 Brandenburg für ihre Notaufnahmen angemessen entlohnt werden.

105 **Medizinische Versorgung modern denken**

106
107
108 Eine zuverlässige, hochwertige und gut erreichbare medizinische Versorgung ist eine der zentralen
109 Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung der Zukunft. Sie zu gestalten bedeutet für uns, den Blick
110 auf alle beteiligten Gesundheitsberufe zu richten. Wenn geburtshilfliche Abteilungen wegen
111 Hebammenmangel schließen müssen und Pflegebedürftige keinen ambulanten Pflegedienst mehr finden,
112 dann wird klar, dass medizinische Versorgung mehr ist als Medizinerausbildung. Junge Menschen, die hier
113 im Land in der Gesundheitsversorgung arbeiten wollen, brauchen neben einer konkurrenzfähigen
114 Bezahlung vor allem auch attraktive Arbeitsplätze mit einer neuen Kultur der Zusammenarbeit.
115 Beschäftigte in Gesundheitsberufen möchten nicht mehr in einem durch Status und starre Hierarchien
116 geprägten System arbeiten. Wir wollen Versorgung so denken, dass alle Gesundheitsberufe eng
117 zusammenarbeiten und dies wissenschaftlich begleiten lassen. Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz mindert
118 den Fachkräftemangel
119 erheblich und ist ein Standortvorteil. Darüber hinaus wollen wir alle Beschäftigten im Gesundheitswesen
120 für den Umgang mit Vielfalt stärken, um den Herausforderungen sowie den Ansprüchen an eine vielfältige
121 Patient*innenversorgung gerecht werden zu können. (Diversitykompetenz)

122 **Medikamentenversorgung in der Fläche und Arztsicherheit für Patient*innen sicherstellen**

123 Zu einem funktionierenden Gesundheitssystem gehört auch eine gute Erreichbarkeit von Apotheken. Diese
124 ziehen sich immer weiter aus der Fläche zurück. Gemeinsam mit Apotheker*innen möchten wir daran
125 arbeiten, die Medikamentenversorgung auch in Zukunft flächendeckend zu gewährleisten. Der
126 Versandhandel von rezeptpflichtigen Arzneimitteln kann eine sinnvolle Ergänzung gerade im ländlichen Raum
127 darstellen, ein Verbot halten wir daher für nicht zielführend.

128 **Mehr Schutz für besonders Schutzbedürftige – Antworten auf organisierte Kriminalität in der Pflege und** 129 **dem Pharmahandel**

130 Der Staat muss gerade im Bereich der Pflege und Gesundheit seiner Aufsichts, Kontroll- und
131 Fürsorgepflicht verlässlich nachkommen. Menschen, die sich aufgrund von Pflegebedürftigkeit oder einer
132 schweren Erkrankung in einer besonders sensiblen Lebenssituation befinden, müssen geschützt werden.
133 Landesbehörden wie die Arzneimittelaufsicht müssen mit ausreichendem und gut geschultem Personal
134 ausgestattet sein. Die Staatsanwaltschaften bei Arzneimittelkriminalität und Pflegebetrug wollen wir
135 personell und strukturell stärken.

136 **Medizinische Versorgung – barrierefrei**

137 Die Arztpraxis im dritten Stock, die Apotheke mit vier Stufen vor der Türe: Viele bestehende Angebote der
138 gesundheitlichen Versorgung sind nicht barrierefrei zugänglich und nutzbar. Damit ist eine freie Arzt- oder
139 Therapeut*innenwahl für Menschen mit Beeinträchtigungen nicht gewährleistet. Landesweit ist der Anteil
140 an Praxen, Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und Ambulanzen mit barrierefreiem Zugang nicht
141 bedarfsgerecht und entspricht somit nicht der UN-Behinderungskonvention. Wir wollen die besonderen
142 Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen in der ambulanten, teilstationären und stationären
143 medizinischen Versorgung besser berücksichtigen. Daher wollen wir uns auf Bundesebene für
144 Förderprogramme einsetzen, die die Herstellung der barrierefreien Zugänglichkeit von Praxen und
145 Apotheken unterstützen.

146 **Psychiatrische Versorgung verbessern**

147 Psychische Erkrankungen sind mittlerweile die zweithäufigste Ursache für Krankschreibungen in
148 Brandenburg. Doch nicht nur in ländlichen Regionen reichen die Behandlungsplätze für Menschen mit
149 psychischen Erkrankungen bei Weitem nicht aus. Es fehlen insbesondere psychiatrische Angebote für junge
150 Menschen und für Mütter mit Kindern. Betroffene Menschen brauchen einen schnellen Zugang zu
151 Therapieangeboten. Monatelanges Warten führt zu gesundheitlicher Verschlechterung und birgt das Risiko
152 der Chronifizierung. Wir wollen daher ambulante gemeindenahere Angebote ausbauen, Nachsorgeangebote
153 aufbauen und Kriseneinrichtungen stärken. Die Angebote der Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi) vor Ort,
154 Psychiatrische Institutsambulanzen (PIAs), Tageskliniken und kommunale psychiatrische Verbände wollen
155 wir von Landesseite stärker fördern.

156 **Suchterkrankungen vorbeugen**

157 Eine besondere Herausforderung im Bereich der psychischen Erkrankungen stellen Suchterkrankungen dar.
158 Die Vielfalt der Suchtformen reicht von Medien- und Computerspielsucht bis zur Substanzabhängigkeit.
159 Diese Vielfalt findet sich auch in unseren Lösungsansätzen wieder. Menschen mit Suchterkrankungen sind
160 für uns genauso hilfebedürftige Kranke wie andere. Wir werden mithelfen, gesellschaftliche Stigmata
161 abzubauen, die Betroffene allzu oft davon abhalten, professionelle Hilfe zu suchen.

162 Ein Viertel aller erwachsenen Brandenburger*innen konsumiert Alkohol in riskanten Mengen und immer
163 noch rauchen zu viele der Erwachsenen täglich Zigaretten. Die gesundheitlichen Folgen durch Alkohol-
164 und Tabakkonsum sind schwer. Zusätzlich zu diesen dominierenden Drogen zeigen sich jetzt vor allem im
165 Südosten Brandenburgs Auswirkungen des Crystal Meth Konsums, der zu gravierenden gesundheitlichen
166 Schäden führt. Unsere Suchtpolitik wollen wir vor allem an den tatsächlichen Zahlen der Betroffenen
167 ausrichten. Wir werden daher den Fokus landesweit noch stärker auf Alkohol und Tabak setzen ohne
168 spezifische regionale Angebote zum Beispiel hinsichtlich Crystal Meth zu vernachlässigen.

169 Wir setzen auf Prävention und Entkriminalisierung statt auf die Fortsetzung der gescheiterten Drogen- und
170 Suchtpolitik und werden gemeinsam mit Berlin neue Wege in der Drogenpolitik gehen.

171 **Patient*innenrechte stärken**

172 Patient*innen wollen nicht nur passiv behandelt werden, sie wollen auch selbst handeln, selbst
173 mitbestimmen und mitreden. Das gilt sowohl für ihre Behandlung bei Ärzt*innen als auch im Krankenhaus

174 oder bei anderen gesundheitlichen Dienstleistungen. Wir wollen prüfen, wie die Arbeit der unabhängigen
175 Patientenfürsprecher*innen in Brandenburg in Zukunft gestaltet werden muss, um dieses Ziel zu
176 erreichen.

177 **Antibiotika sinnvoll einsetzen**

178 Die Verbreitung multiresistenter Keime in stationären Einrichtungen ist beunruhigend. Das ist ein
179 komplexes Problem, für das es keine einfachen Lösungen gibt. Wir wollen Kampagnen gegen den
180 unkritischen Antibiotikaeinsatz in der ambulanten Medizin prüfen. Für die Resistenzentwicklung
181 mitverantwortlich ist der weitverbreitete Antibiotikaeinsatz in der industriellen Massentierhaltung. Für uns
182 ist daher klar: Mit der Eindämmung des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft reduzieren wir
183 automatisch auch die Gefahr multiresistenter Bakterien. Den Einsatz von Reserveantibiotika in der
184 Landwirtschaft wollen wir ausschließen. Sie sollen ausschließlich bei Menschen eingesetzt werden.

186 **Ambrosia bekämpfen**

188 Die fortschreitende Ausbreitung der Ambrosia-Pflanze stellt eine außerordentliche Belastung in einigen
189 Landkreisen dar. Schon wenige Pollen dieser aus Nordamerika eingewanderten Pflanzenart können bei
190 einigen Menschen schwere Allergien auslösen. Wir wollen die weitere Ausbreitung gezielt verhindern und
191 die vorhandenen Bestände nachhaltig zurückdrängen. Dafür wollen wir ein Monitoring aufbauen und die
192 betroffenen Landkreise und Kommunen bei der Erfassung und Bekämpfung organisatorisch und fachlich
193 unterstützen.

2.6. Würdevoll alt werden: Pflege

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Ziel grüner Politik ist es, die Gesundheit und Selbstständigkeit älterer Menschen möglichst lange zu
2 erhalten. Die entscheidenden Rahmenbedingungen dafür entstehen im Quartier, in der Kommune. Für ein
3 gutes Leben im hohen Alter brauchen Menschen ein gutes Wohnumfeld, die gute Erreichbarkeit von
4 Arztpraxis, Apotheke, Bank und Geschäften. Insbesondere für mobilitätseingeschränkte ältere Menschen
5 sind ein barrierefreier Öffentlichen Personennahverkehr und der barrierefreie Zugang zu sozialen und
6 kulturellen Angeboten entscheidend.

7 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen wünscht sich, in den vertrauten vier Wänden bis zum
8 Lebensende wohnen zu bleiben. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Organisation von Pflege, sondern
9 vor allem auch auf die Planung und Gestaltung des Wohnumfeldes. Wir brauchen neue Wohnformen. Wir
10 wollen den Genossenschaftsbau stärker fördern, prüfen, wie und für wen Wohngemeinschaften eine echte
11 Alternative zu den eigenen vier Wänden oder der stationären Pflegeeinrichtung sein können. Außerdem
12 wollen wir den barrierefreien sozialen Wohnungsbau entschlossener fördern. Unser Ziel ist, gute
13 Rahmenbedingungen für lebenswerte Orte für Zu-Pflegende und Pflegende zu schaffen.

14 **Neue Wege in der Pflege**

15 In Brandenburg gibt es überdurchschnittlich viele pflegebedürftige Menschen (im Bundesdurchschnitt sind
16 es 3,5 Prozent, in Brandenburg 4,5 Prozent). Durch den demographischen Wandel werden zukünftig noch
17 mehr alte und sehr alte Menschen hier leben. Gleichzeitig gibt es immer weniger junge Leute und eine
18 zurückgehende Zahl an Pflegekräften. Wenn die Entwicklung so weiter geht, wird immer weniger
19 Pflegepersonal immer mehr Pflegebedürftigen gegenüber stehen.

20 Das Altern ist vielfältig und bunt geworden. Wir stehen für eine würdevolle Pflege, die begleitet und
21 unterstützt. Die Anforderungen an Pflege und Unterstützung steigen, da die Zielgruppen vielschichtiger
22 werden. Menschen mit einer Demenz, mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen, mit
23 verschiedenen sexuellen Identitäten – all diese Konstellationen und Bedürfnisse müssen auch im Alter
24 berücksichtigt werden. Alte Menschen wollen selbst entscheiden, wie und mit wem sie leben und wie sie
25 gepflegt werden. Ambulante Pflegeangebote, zukunftsweisende Wohnformen und solidarische
26 Nachbarschaften entsprechen zeitgemäßer Pflege. Alle diese Initiativen werden wir unterstützen.
27 Insbesondere wollen wir die „Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“ (FAPIQ) stärken, die sich um den
28 Aufbau eines guten Pflegeumfeldes vor Ort kümmert. Pflegestützpunkte und Pflegenetzwerke wollen wir
29 ausbauen.

30 **Mehr Nachwuchs, gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen**

31 Die pflegerische Arbeit ist äußerst belastend: Die Arbeit ist körperlich und seelisch anstrengend, die
32 Bezahlung schlecht. Zwischen 80 und 85 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Der Krankenstand ist weit
33 über dem Bundesdurchschnitt. Die durchschnittliche Verweildauer im Beruf liegt bundesweit nur bei 8,4
34 Jahren. Der gewerkschaftliche und berufspolitische Organisationsgrad ist niedrig, die Fortbildungs- und
35 Aufstiegsmöglichkeiten sind schlecht. In der Pflege gibt es weiterhin einen unterschiedlichen Mindestlohn

36 in West- und Ostdeutschland (10,55 Euro versus 10,05 Euro), die Teilzeitquote liegt zwischen 53 Prozent
37 und 75 Prozent. Damit ist Altersarmut vorprogrammiert.

38 Wir wollen die Attraktivität des Berufs steigern, indem wir die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in
39 der Pflege deutlich verbessern. Für den Fall, dass sich die Angehörigen der Pflegeberufe im Land
40 Brandenburg für eine Pflegekammer aussprechen, werden wir eine rasche Gründung der Kammer
41 unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kammer den professionell Pflegenden ermöglicht, über
42 Inhalte ihrer Arbeit, die Qualifikation und Zusatzqualifikationen ihres Berufs, die Einhaltung der
43 Berufsordnung und somit auch Versorgungsqualität mitzubestimmen. Weiterhin setzen wir uns für eine
44 vollständige Kostenfreiheit in der Ausbildung und eine Ausbildungsvergütung ein. Das Angebot einer
45 akademischen Pflegeausbildung wollen wir ausweiten.

46 Wir möchten, dass die Pflegekräfte in Zukunft ein Stimmrecht bei der Planung und Verzahnung von
47 sektorenübergreifenden Versorgungsfragen erhalten.

48 **Mehr Mitsprache für Pflegebedürftige**

49 Wir wollen auch im Pflegebereich mehr Demokratie. Die Bewohner*innen in Heimen und ihre
50 Interessenvertretung – die Heimbeiräte – müssen ein größeres Mitspracherecht bei der Gestaltung des
51 Alltags und bei Veränderungen des Angebots erhalten.

52 **Maßnahmen gegen Abrechnungsbetrug**

53 Die Verdachtsfälle von Abrechnungsbetrug ambulanter Pflegedienste in Brandenburg und Berlin sorgen für
54 viel Verunsicherung. Um den pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen eine größtmögliche
55 Sicherheit gewährleisten zu können, wollen wir das bestehende Prüfsystem ambulanter Pflegedienste
56 weiterentwickeln. Die Bundesregierung hat mit dem Pflegestärkungsgesetz III zwar Maßnahmen gegen
57 den Abrechnungsbetrug ergriffen. Es wurden aber hauptsächlich nur die Möglichkeiten für Pflegekassen
58 erweitert, gegen Betrugsfälle vorzugehen. Es fehlt hingegen weiterhin die Beteiligung der Sozialhilfeträger,
59 die über die Hilfe zur Pflege einen großen Teil der Kosten für Pflege in Deutschland tragen. Wir wollen im
60 Land Brandenburg durch das Landesamt für Soziales und Versorgung Prüfsysteme für ambulante
61 Pflegedienste einführen, die dem Betrug entgegen wirken.

62 **Lebensende in Würde**

63 Zu einer guten Pflege gehört es auch, den Sterbenden ein Lebensende in Würde zu ermöglichen. Wir
64 streben an, über die bestehenden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen hospizliche Leistungen in
65 stationären Pflegeeinrichtungen auszubauen.

66 Ein Großteil der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Pflege wird bundesgesetzlich geregelt. Mit
67 Bundesratsinitiativen wollen wir für eine Reform der Pflegeversicherung, die Einführung einer Pflegezeit
68 analog zur Elternzeit, sowie eine steuerfinanzierte, auskömmliche Garantierente und ein einheitliches
69 Rentenrecht in Ost und West eintreten. Wir fordern verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der
70 Pflege ein, damit klar geregelt wird, wie viele Patient*innen eine Pflegekraft maximal gut betreuen kann.

2.6-A (Projekt) Gute Pflege im Wohnumfeld

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Im Land Brandenburg leben 112.000 pflegebedürftige Menschen. Ihre Zahl wird in den in den nächsten
2 Jahren weiter zunehmen. Die meisten pflegebedürftigen Menschen möchten möglichst lange in ihrer
3 vertrauten Wohnumgebung bleiben. Wir wollen die Angebote dafür stärken und die Bildung eines
4 pflegefreundlichen Wohnumfeldes unterstützen. Die Arbeit der Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“
5 (FAPIQ) wollen wir durch eine dauerhafte Förderung aus Landesmitteln verstetigen. Sie unterstützt
6 Kommunen und Bürger*innen beim Aufbau pflegefreundlicher Bedingungen vor Ort, in Dörfern, Städten
7 und Gemeinden. Die Arbeitsbelastung in der Pflege verdichtet sich mehr und mehr und es wird immer
8 schwieriger, Pflegepersonal zu gewinnen. Wir wollen auf Grundlage der Erkenntnisse aus dem
9 Modellprojekt „Innovative Personaleinsatz- und Personalentwicklungskonzepte“ prüfen, welche
10 Möglichkeiten das Land bei der Umsetzung von familienfreundlicherer Arbeitsorganisation und größerer
11 Zeitsouveränität für
12 Pflegekräfte hat. Für den Fall, dass sich die Angehörigen der Pflegeberufe im Land Brandenburg für eine
13 Pflegekammer aussprechen, werden wir eine rasche Gründung der Kammer unterstützen. Pflege als
14 Berufsfeld muss attraktiver werden. Die Ausbildung an den Pflegefachschulen muss kostenfrei sein. Wie in
15 den dualen Ausbildungsberufen auch, müssen junge Menschen eine Ausbildungsvergütung erhalten.
16 Außerdem wollen wir flexible Ausbildungsangebote schaffen, um Pflegehelfer*innen zu Fachkräften weiter
17 zu qualifizieren.

Unterstützer*innen

Mathias Raudies (Oder-Spree KV)

Beschluss

(Projekt) Gute Pflege im Wohnumfeld

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Im Land Brandenburg leben 112.000 pflegebedürftige Menschen. Ihre Zahl wird in den in den nächsten
2 Jahren weiter zunehmen. Die meisten pflegebedürftigen Menschen möchten möglichst lange in ihrer
3 vertrauten Wohnumgebung bleiben. Wir wollen die Angebote dafür stärken und die Bildung eines
4 pflegefreundlichen Wohnumfeldes unterstützen. Die Arbeit der Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“
5 (FAPIQ) wollen wir durch eine dauerhafte Förderung aus Landesmitteln verstetigen. Sie unterstützt
6 Kommunen und Bürger*innen beim Aufbau pflegefreundlicher Bedingungen vor Ort, in Dörfern, Städten
7 und Gemeinden. Die Arbeitsbelastung in der Pflege verdichtet sich mehr und mehr und es wird immer
8 schwieriger, Pflegepersonal zu gewinnen. Wir wollen auf Grundlage der Erkenntnisse aus dem
9 Modellprojekt „Innovative Personaleinsatz- und Personalentwicklungskonzepte“ prüfen, welche
10 Möglichkeiten das Land bei der Umsetzung von familienfreundlicherer Arbeitsorganisation und größerer
11 Zeitsouveränität für
12 Pflegekräfte hat. Für den Fall, dass sich die Angehörigen der Pflegeberufe im Land Brandenburg für eine
13 Pflegekammer aussprechen, werden wir eine rasche Gründung der Kammer unterstützen. Pflege als
14 Berufsfeld muss attraktiver werden. Die Ausbildung an den Pflegefachschulen muss kostenfrei sein. Wie in
15 den dualen Ausbildungsberufen auch, müssen junge Menschen eine Ausbildungsvergütung erhalten.
16 Außerdem wollen wir flexible Ausbildungsangebote schaffen, um Pflegehelfer*innen zu Fachkräften weiter
17 zu qualifizieren.

Beschluss

Würdevoll alt werden: Pflege

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Ziel grüner Politik ist es, die Gesundheit und Selbstständigkeit älterer Menschen möglichst lange zu
2 erhalten. Die entscheidenden Rahmenbedingungen dafür entstehen im Quartier, in der Kommune. Für ein
3 gutes Leben im hohen Alter brauchen Menschen ein gutes Wohnumfeld, die gute Erreichbarkeit von
4 Arztpraxis, Apotheke, Bank und Geschäften. Insbesondere für mobilitätseingeschränkte ältere Menschen
5 sind ein barrierefreier Öffentlichen Personennahverkehr und der barrierefreie Zugang zu sozialen und
6 kulturellen Angeboten entscheidend.

7 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen wünscht sich, in den vertrauten vier Wänden bis zum
8 Lebensende wohnen zu bleiben. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Organisation von Pflege, sondern
9 vor allem auch auf die Planung und Gestaltung des Wohnumfeldes. Wir brauchen neue Wohnformen. Wir
10 wollen den Genossenschaftsbau stärker fördern und prüfen, wie und für wen Wohngemeinschaften eine
11 echte Alternative zu den eigenen vier Wänden oder der stationären Pflegeeinrichtung sein können. Dabei
12 wollen wir die Kommunen unterstützen, dafür passende Bauplanungen aufzulegen. Außerdem wollen wir
13 den barrierefreien sozialen Wohnungsbau entschlossener fördern. Unser Ziel ist, gute Rahmenbedingungen
14 für lebenswerte Orte für Zu-Pflegende und Pflegende zu schaffen.

15 **Neue Wege in der Pflege**

16 In Brandenburg gibt es überdurchschnittlich viele pflegebedürftige Menschen (im Bundesdurchschnitt sind
17 es 3,5 Prozent, in Brandenburg 4,5 Prozent). Durch den demographischen Wandel werden zukünftig noch
18 mehr alte und sehr alte Menschen hier leben. Gleichzeitig gibt es immer weniger junge Leute und eine
19 zurückgehende Zahl an Pflegekräften. Wenn die Entwicklung so weiter geht, wird immer weniger
20 Pflegepersonal immer mehr Pflegebedürftigen gegenüber stehen. Schon heute ist es in vielen Regionen
21 schwierig, einen ambulanten Pflegedienst zu finden. Der Pflegenotstand ist bereits Realität.

22 Das Altern ist vielfältig und bunt geworden. Wir stehen für eine würdevolle Pflege, die begleitet und
23 unterstützt. Die Anforderungen an Pflege und Unterstützung steigen, da die Zielgruppen vielschichtiger
24 werden. Menschen mit einer Demenz, mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen, mit
25 verschiedenen sexuellen Identitäten – all diese Konstellationen und Bedürfnisse müssen auch im Alter
26 berücksichtigt werden. Alte Menschen wollen selbst entscheiden, wie und mit wem sie leben und wie sie
27 gepflegt werden. Ambulante Pflegeangebote, zukunftsweisende Wohnformen und solidarische
28 Nachbarschaften entsprechen zeitgemäßer Pflege. Alle diese Initiativen werden wir unterstützen.
29 Insbesondere wollen wir die „Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“ (FAPIQ) stärken, die sich um den
30 Aufbau eines guten Pflegeumfeldes vor Ort kümmert. Pflegestützpunkte und Pflegenetzwerke wollen wir
31 ausbauen.

32 **Mehr Nachwuchs, gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen**

33 Die pflegerische Arbeit ist sehr erfüllend, aber auch belastend: Die Arbeit ist körperlich und seelisch
34 anstrengend, die Bezahlung schlecht. Zwischen 80 und 85 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Der

35 Krankenstand ist weit über dem Bundesdurchschnitt. Die durchschnittliche Verweildauer im Beruf liegt
 36 bundesweit nur bei 8,4 Jahren. Der gewerkschaftliche und berufspolitische Organisationsgrad ist niedrig,
 37 die Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sind schlecht. In der Pflege gibt es weiterhin einen
 38 unterschiedlichen Mindestlohn in West- und Ostdeutschland (10,55 Euro versus 10,05 Euro), die
 39 Teilzeitquote liegt zwischen 53 Prozent und 75 Prozent. Damit ist Altersarmut vorprogrammiert.
 40 Wir wollen die Attraktivität des Berufs steigern, indem wir die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in
 41 der Pflege deutlich verbessern. Darüberhinaus wollen wir eine breit angelegte Imagekampagne im Land
 42 Brandenburg, um die Attraktivität der pflegerischen Tätigkeit wieder in den Vordergrund zu rücken. Für den
 43 Fall, dass sich die Angehörigen der Pflegeberufe im Land Brandenburg für eine Pflegekammer aussprechen,
 44 werden wir eine rasche Gründung der Kammer unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kammer den
 45 professionell Pflegenden ermöglicht, über Inhalte ihrer Arbeit, die Qualifikation und Zusatzqualifikationen
 46 ihres Berufs, die Einhaltung der Berufsordnung und somit auch Versorgungsqualität mitzubestimmen.
 47 Weiterhin setzen wir uns für eine vollständige Kostenfreiheit in der Ausbildung und eine angemessene
 48 Ausbildungsvergütung ein. Von Landesseite wollen wir die Ausbildung in der Altenpflege besonders
 49 fördern, um auch hier genügend Nachwuchs zu sichern. Das Angebot einer
 50 akademischen Pflegeausbildung wollen wir ausweiten.

51 Wir möchten, dass die Pflegekräfte in Zukunft ein Stimmrecht bei der Planung und Verzahnung von
 52 sektorenübergreifenden Versorgungsfragen erhalten.

53 **Mehr Mitsprache für Pflegebedürftige**

54 Wir wollen auch im Pflegebereich mehr Demokratie. Die Bewohner*innen in Heimen und ihre
 55 Interessenvertretung – die Heimbeiräte – müssen ein größeres Mitspracherecht bei der Gestaltung des
 56 Alltags und bei Veränderungen des Angebots erhalten.

57 **Maßnahmen gegen Abrechnungsbetrug**

58 Die Verdachtsfälle von Abrechnungsbetrug ambulanter Pflegedienste in Brandenburg und Berlin sorgen für
 59 viel Verunsicherung. Um den pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen eine größtmögliche
 60 Sicherheit gewährleisten zu können, wollen wir das bestehende Prüfsystem ambulanter Pflegedienste
 61 weiterentwickeln. Die Bundesregierung hat mit dem Pflegestärkungsgesetz III zwar Maßnahmen gegen
 62 den Abrechnungsbetrug ergriffen. Es wurden aber hauptsächlich nur die Möglichkeiten für Pflegekassen
 63 erweitert, gegen Betrugsfälle vorzugehen. Es fehlt hingegen weiterhin die Beteiligung der Sozialhilfeträger,
 64 die über die Hilfe zur Pflege einen großen Teil der Kosten für Pflege in Deutschland tragen. Wir wollen im
 65 Land Brandenburg durch das Landesamt für Soziales und Versorgung Prüfsysteme für ambulante
 66 Pflegedienste einführen, die dem Betrug entgegen wirken.

67 **Lebensende in Würde**

68 Zu einer guten Pflege gehört es auch, den Sterbenden ein Lebensende in Würde zu ermöglichen. Wir
 69 streben an, über die bestehenden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen hospizliche Leistungen in
 70 stationären Pflegeeinrichtungen auszubauen.

71 Ein Großteil der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Pflege wird bundesgesetzlich geregelt. Wir
 72 wollen eine umfassende Reform der Pflegeversicherung, die Einführung einer Pflegezeit analog zur
 73 Elternzeit, sowie eine Dynamisierung der Leistungen der Pflegeversicherung: Das Geld, das es für die
 74 Pflegegrade gibt, soll jährlich aufgrund der zunehmenden Kosten steigen. Dabei soll insbesondere die
 75 Bezahlung der Beschäftigten berücksichtigt werden. Die Pflegeversicherung würde mehr zahlen und die
 76 Zuzahlungen der Pflegebedürftigen zu den Heimkosten würden weniger stark steigen. Darüber hinaus
 77 streiten wir für eine steuerfinanzierte, auskömmliche Garantierente und ein einheitliches Rentenrecht in
 78 Ost und West. Wir fordern verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der Pflege ein, damit klar
 79 geregelt wird, wie viele Patient*innen eine Pflegekraft maximal gut betreuen kann. Auszubildende dürfen
 80 dabei nicht eingerechnet werden.

2.7. Willkommen bei uns: Integration von Geflüchteten

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Weltweit sind über 68 Millionen Menschen auf der Flucht. Von ihnen kommt in Brandenburg nur ein
2 winziger Teil an: Im Jahr 2017 wurden 4.340 Geflüchtete im Land Brandenburg aufgenommen und im
3 ersten Halbjahr 2018 etwa 1.500. Denn sowohl auf europäischer, als auch auf Bundesebene, sowie im Land
4 selbst, findet eine zunehmende Verschärfung der Flüchtlingspolitik statt. Wir schotten uns ab. Diese Politik
5 steht im Widerspruch zu unserer im Grundgesetz verankerten Verpflichtung, geflüchteten Menschen Hilfe
6 und Unterstützung zu gewähren und ein neues Zuhause zu geben.

7 **Kommunen bei Integration unterstützen**

8 Integration findet vor allem in den Kommunen statt. Vieles können die Landkreise und kreisfreien Städte
9 eigenständig entscheiden: Die Einführung der Gesundheitskarte, den Vollzug der Abschiebungen, die
10 Festlegung der Gebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Selbstzahler*innen. Das führt dazu, dass
11 Integration in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich gelingt. Wir wollen die
12 Kommunen stärker unterstützen, indem wir mehr in die Integration investieren - in Sprachkurse, Bildung
13 und Ausbildung und den Zugang zu Arbeit und Wohnungen. Die zu uns geflüchteten Menschen sollen ein
14 selbstbestimmtes Leben führen können. Dazu gehört auch, dass wir prüfen wollen, ob und wie politische
15 Beteiligungsformen für Migrant*innen ermöglicht werden können. Außerdem möchten wir die Zahl der
16 Migrationssozialarbeiter*innen deutlich aufstocken.

17 Das großartige ehrenamtliche Engagement der zahlreichen Willkommensinitiativen im Land wollen wir
18 weiter stärken, indem das Land pauschal Kosten der Verwaltung von Initiativen oder gemeinnützigen
19 Trägern der Alltags- und Freizeitkultur, die mit Geflüchteten arbeiten, übernimmt.

20 **Integration in Arbeit voranbringen**

21 Geflüchtete Menschen machen 6 Prozent aller Arbeitssuchenden im Land Brandenburg aus. Unter allen
22 arbeitslosen Menschen beträgt ihr Anteil 4,4 Prozent.

23 Eine wichtige Voraussetzung für gelingende Integration ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Dafür müssen
24 geflüchtete Menschen schnell und ausreichend Deutsch lernen. Sprachlernangebote und
25 Arbeitsmarktprogramme wollen wir daher deutlich ausbauen und flexibilisieren. Für neu angekommene
26 geflüchtete Menschen sind Sprachmittlungsangebote eine wichtige Bedingung für den Anfang in der
27 neuen Umgebung.

28 **Geflüchtete Kinder und Jugendliche besser integrieren**

29 Der Besuch von Kitas und Schulen ist der Schlüssel zum Erfolg der Integration von Kindern und
30 Jugendlichen. Wir wollen Kitas und Schulen stärken, um den Umgang mit Vielfalt und individuelle
31 Förderung zu gewährleisten. Daher setzen wir uns für eine grundsätzliche Verbesserung des
32 Betreuungsschlüssels und die Qualitätssicherung in Kitas ein.

33 Der Schulbesuch geflüchteter Kinder und Jugendlicher muss für jedes Kind gesichert sein, ihre Verteilung
34 in den Schulen hat sich nach anfänglicher Konzentration etwas verbessert. Auf unseren Druck hin wurden
35 so auch die Freien Schulen mit einbezogen. Die Schulsozialarbeit wollen wir weiter ausbauen.

36 In Brandenburg leben rund 1.300 unbegleitete minderjährige Geflüchtete in jugendhilferechtlicher
37 Zuständigkeit. Das Land erfüllt mit einer Quote von ca. 80 Prozent das Aufnahmesoll nicht. Unsere
38 Landtagsfraktion hat mit Erfolg darauf gedrängt, dass die in Brandenburg ankommenden unbegleiteten
39 minderjährigen Geflüchteten entsprechend ihrer Bedürfnisse als Jugendliche in speziellen
40 Betreuungseinrichtungen untergebracht und nach einheitlichen „Clearingstandards“ behandelt werden. Wir
41 möchten, dass künftig Maßnahmen, die für alleinreisende Kinder- und Jugendliche entwickelt wurden, allen
42 jungen Erwachsenen bis 27 Jahren zur Verfügung stehen.

43 **Gesundheitsangebote für Geflüchtete ausbauen**

44 Die Gesundheitsversorgung, vor allem die psychotherapeutische Versorgung, wollen wir für Geflüchtete
45 sicherstellen. Zugänge zu psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten müssen vereinfacht und
46 vereinheitlicht, Sprachmittlungsangebote verstetigt werden. Die Behandlungsstelle für traumatisierte
47 Geflüchtete in Fürstenwalde wollen wir erhalten und mit mehr Mitteln ausstatten und darüber hinaus
48 Angebote von psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Folteropfer landesweit ausbauen. Die Einführung
49 der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete ist ein voller Erfolg, sie erleichtert Ärzt*innen die
50 Behandlung und entlastet die Sozialämter. Leider ist sie bisher noch nicht in allen Landkreisen Standard,
51 wir wollen die noch fehlenden kommunalen Träger bei der Einführung tatkräftig unterstützen.

52 **Schutz für die Schwächsten verbessern**

53 Je größer die Unterkunft, desto größer das Konfliktpotential. Dieser Zusammenhang zeigt sich immer
54 wieder bei gewalttätigen Auseinandersetzungen, wie beispielsweise in der Erstaufnahme in
55 Eisenhüttenstadt. Auf unsere Forderung nach einer besseren psychosozialen Versorgung hat die
56 Landesregierung zumindest mit der Neueinstellung von Sozialarbeiter*innen reagiert. Das begrüßen wir.
57 Besonders gefährdete Geflüchtete, alleinreisende Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderung und mit
58 anderen sexuellen oder religiösen Orientierungen brauchen auch besonderen Schutz.

59 **Faire Asylverfahren garantieren**

60 Wir wollen die bestehenden Ermessensspielräume zugunsten von Geflüchteten nutzen. Insgesamt 624
61 Personen wurden 2017 aus Brandenburg abgeschoben. Erschreckend hoch ist die Zahl der minderjährigen
62 Abgeschobenen: Allein im Jahr 2017 waren es 92 Jugendliche.

63 Die Sicherheitslage in Afghanistan und Syrien ist weiterhin prekär. Nach wie vor sind weite Teile beider
64 Länder heftig umkämpft. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sind daher auf unbekannte Dauer
65 nicht zu verantworten. Wir fordern die allgemeine Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an alle
66 geflüchteten Menschen aus Afghanistan und Syrien, wie es das Aufenthaltsgesetz vorsieht.

67
68 Um allen Geflüchteten ein faires und schnelles Verfahren gewähren zu können, muss die angemessene
69 Ausstattung der Verwaltungsgerichte sichergestellt sein.

70 **Keine Abschiebehaftanstalt und keine AnKER-Zentren in Brandenburg**

71 Die wegen Brandschutzmängeln geschlossene Abschiebehaftanstalt in Eisenhüttenstadt wollen wir nicht
72 wieder in Betrieb nehmen. Um die Zahl von Abschiebungen unter Zwang zu minimieren, wollen wir auch
73 künftig finanzielle Mittel für landeseigene Programme zur Förderung einer freiwilligen Rückkehr von
74 Flüchtlingen bereitstellen.

75 AnKERzentren sind integrationsfeindlich und Zeichen einer Politik der Abschreckung. Brandenburg darf sich
76 an dem Aufbau von AnKERzentren nicht beteiligen und muss auch auf Bundesebene diesen Vorstoß
77 entschlossen zurückweisen.

78 **Aufnahmeprogramm für Jesidinnen starten**

79 Die Aufnahme von Schutzsuchenden über humanitäre Sonderkontingente erspart den Betroffenen
80 lebensgefährliche Fluchtrouten, Ausbeutung und horrenden Geldzahlungen an Schlepper. Die IS-Terrormiliz
81 ist dabei, die religiöse Minderheit der Jesidinnen in Syrien und im Nordirak zu vernichten. Wir haben 2016
82 im Landtag ein Aufnahmeprogramm für verfolgte Jesidinnen mit ihren Kindern initiiert. Das muss nun
83 zügig starten.

2.7-A (Projekt) Integration voranbringen: Mehr Ressourcen für die Kommunen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Erfolgreiche Integration braucht viele Eltern und ist eine facettenreiche, anspruchsvolle Aufgabe. Deswegen
2 werden wir die Kommunen bei der Integration von Geflüchteten mit mehr Migrationssozialarbeiter*innen
3 unterstützen. Dadurch wollen wir die Quartiersarbeit stärken und sicherstellen, dass Geflüchtete in den
4 ersten Monaten von Ausbildung und Angestelltenverhältnis professionell begleitet werden. Das
5 Sprachförderprogramm für Geflüchtete werden wir flexibler gestalten, damit der Besuch von
6 Deutschkursen auch in den Abendstunden und am Wochenende möglich wird. Kitas, Schulen und
7 Ausbildungsbetriebe wollen wir finanziell und personell unterstützen, z.B. mit Lerntherapeut*innen und
8 Qualifizierungsangeboten für Erzieher*innen, Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen. Maßnahmen, die für
9 alleinreisende, minderjährige Kinder- und Jugendliche entwickelt wurden, sollen angelehnt an die
10 Altersvorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes bis zum Alter von 27 Jahren bedarfsgerecht für alle
11 Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Für die Stärkung ehrenamtlicher Initiativen sowie
12 gemeinnütziger Träger der Alltags- und Freizeitkultur, die mit Geflüchteten arbeiten, werden wir die
13 Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen einführen.

Beschluss

(Projekt) Integration voranbringen: Mehr Ressourcen für die Kommunen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Erfolgreiche Integration braucht viele Eltern und ist eine facettenreiche, anspruchsvolle Aufgabe. Deswegen
2 werden wir die Kommunen bei der Integration von Geflüchteten mit mehr Migrationssozialarbeiter*innen
3 unterstützen. Dadurch wollen wir die Quartiersarbeit stärken und sicherstellen, dass Geflüchtete in den
4 ersten Monaten von Ausbildung und Angestelltenverhältnis professionell begleitet werden. Das
5 Sprachförderprogramm für Geflüchtete werden wir flexibler gestalten, damit der Besuch von
6 Deutschkursen auch in den Abendstunden und am Wochenende möglich wird. Kitas, Schulen und
7 Ausbildungsbetriebe wollen wir finanziell und personell unterstützen, z.B. mit Lerntherapeut*innen und
8 Qualifizierungsangeboten für Erzieher*innen, Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen. Maßnahmen, die für
9 alleinreisende, minderjährige Kinder- und Jugendliche entwickelt wurden, sollen angelehnt an die
10 Altersvorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes bis zum Alter von 27 Jahren bedarfsgerecht für alle
11 Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Für die Stärkung ehrenamtlicher Initiativen sowie
12 gemeinnütziger Träger der Alltags- und Freizeitkultur, die mit Geflüchteten arbeiten, werden wir die
13 Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen einführen.

Beschluss

Willkommen bei uns: Integration von Geflüchteten

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Weltweit sind über 68 Millionen Menschen auf der Flucht. Von ihnen kommt in Brandenburg nur ein
2 geringer Teil an: Im Jahr 2017 wurden 4.340 Geflüchtete im Land Brandenburg aufgenommen und im
3 ersten Halbjahr 2018 etwa 1.500. Wir setzen uns für eine Integrationspolitik ein, in der der einzelne
4 Mensch zählt. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und lehnen die zunehmende Verschärfung der
5 Flüchtlingspolitik auf europäischen und Bundesebene ab. Im Land Brandenburg fordern wir faire,
6 qualifizierte und effiziente Verfahren und setzen uns für eine nachhaltige Integrationspolitik ein. Dazu
7 gehört auch, sie mit dem Wertekanon unseres Grundgesetz vertraut zu machen: Dessen Vorrang gegenüber
8 Geboten der Religion, dessen Postulat religiöser Toleranz und der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung
9 aller Menschen, so auch von Mädchen und Frauen sowie aller LSBTTIQ*-Menschen.

10 **Kommunen bei Integration unterstützen**

11 Integration findet vor allem in den Kommunen statt. Vieles können die Landkreise und kreisfreien Städte
12 eigenständig entscheiden: Die Einführung der Gesundheitskarte, den Vollzug der Abschiebungen, die
13 Festlegung der Gebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Selbstzahler*innen. Das führt dazu, dass
14 Integration in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich gelingt. Wir wollen die
15 Kommunen stärker unterstützen, indem wir mehr in die Integration investieren - in Sprachkurse, Bildung
16 und Ausbildung und den Zugang zu Arbeit und Wohnungen. Die zu uns geflüchteten Menschen sollen ein
17 selbstbestimmtes Leben führen können.

18 Migrant*innen sind in Brandenburg nach wie vor in politischen Entscheidungsprozessen deutlich
19 unterrepräsentiert. Daher setzen wir uns dafür ein, die bestehenden politischen Beteiligungsformen wie
20 Beiräte zu stärken und weitere Formen zu prüfen.

21 Außerdem möchten wir die interkulturelle Kompetenzen in der öffentlichen Verwaltung stärken und die
22 Zahl der Migrationssozialarbeiter*innen deutlich aufstocken.

23 Den zahlreichen Willkommensinitiativen im Land gebührt Anerkennung für das großartige ehrenamtliche
24 Engagement. Wir setzen uns dafür ein, dass sie weiter gestärkt und für notwendige Verwaltungsaufgaben
25 durch finanzielle Zuschüsse des Landes entlastet werden.

26 **Integration in Arbeit voranbringen**

27 Geflüchtete Menschen machen 6 Prozent aller Arbeitssuchenden im Land Brandenburg aus. Unter allen
28 arbeitslosen Menschen beträgt ihr Anteil 4,4 Prozent.

29 Eine wichtige Voraussetzung für gelingende Integration ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Dafür müssen
30 geflüchtete Menschen schnell und ausreichend Deutsch lernen. Sprachlernangebote und
31 Arbeitsmarktprogramme wollen wir daher deutlich ausbauen und flexibilisieren. Für neu angekommene
32 geflüchtete Menschen sind Sprachmittlungsangebote eine wichtige Bedingung für den Anfang in der
33 neuen Umgebung.

34 **Geflüchtete Kinder und Jugendliche besser integrieren**

35 Der Besuch von Kitas und Schulen ist der Schlüssel zum Erfolg der Integration von Kindern und
36 Jugendlichen. Wir wollen Kitas und Schulen stärken, um den Umgang mit Vielfalt und individuelle
37 Förderung zu gewährleisten. Daher setzen wir uns für eine grundsätzliche Verbesserung des
38 Betreuungsschlüssels und die Qualitätssicherung in Kitas ein.

39 Der Schulbesuch geflüchteter Kinder und Jugendlicher muss für jedes Kind gesichert sein, ihre Verteilung
40 in den Schulen hat sich nach anfänglicher Konzentration etwas verbessert. Auf unseren Druck hin wurden
41 so auch die Freien Schulen mit einbezogen. Die Schulsozialarbeit wollen wir weiter ausbauen.

42 In Brandenburg leben rund 1.300 unbegleitete minderjährige Geflüchtete in jugendhilferechtlicher
43 Zuständigkeit. Das Land erfüllt mit einer Quote von ca. 80 Prozent das Aufnahmesoll nicht. Unsere
44 Landtagsfraktion hat mit Erfolg darauf gedrängt, dass die in Brandenburg ankommenden unbegleiteten
45 minderjährigen Geflüchteten entsprechend ihrer Bedürfnisse als Jugendliche in speziellen
46 Betreuungseinrichtungen untergebracht und nach einheitlichen „Clearingstandards“ behandelt werden. Wir
47 möchten, dass künftig Maßnahmen, die für alleinreisende Kinder- und Jugendliche entwickelt wurden, allen
48 jungen Erwachsenen bis 27 Jahren zur Verfügung stehen.

49 **Gesundheitsangebote für Geflüchtete ausbauen**

50 Die Gesundheitsversorgung, vor allem die psychotherapeutische Versorgung, wollen wir für Geflüchtete
51 sicherstellen. Zugänge zu psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten müssen vereinfacht und
52 vereinheitlicht, Sprachmittlungsangebote verstetigt werden. Die Behandlungsstelle für traumatisierte
53 Geflüchtete in Fürstenwalde wollen wir erhalten und mit mehr Mitteln ausstatten und darüber hinaus
54 Angebote von psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Folteropfer landesweit ausbauen. Die Einführung
55 der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete ist ein voller Erfolg, sie erleichtert Ärzt*innen die
56 Behandlung und entlastet die Sozialämter. Leider ist sie bisher noch nicht in allen Landkreisen Standard,
57 wir wollen die noch fehlenden kommunalen Träger bei der Einführung tatkräftig unterstützen.

58 **Schutz für die Schwächsten verbessern**

59 Je größer die Unterkunft, desto größer das Konfliktpotential. Dieser Zusammenhang zeigt sich immer
60 wieder bei gewalttätigen Auseinandersetzungen, wie beispielsweise in der Erstaufnahme in
61 Eisenhüttenstadt. Auf unsere Forderung nach einer besseren psychosozialen Versorgung hat die
62 Landesregierung zumindest mit der Neueinstellung von Sozialarbeiter*innen reagiert. Das begrüßen wir.
63 Besonders gefährdete Geflüchtete, alleinreisende Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderung und mit
64 anderen sexuellen oder religiösen Orientierungen brauchen auch besonderen Schutz.

65 **Faire Asylverfahren garantieren**

66 Wir wollen die bestehenden Ermessensspielräume zugunsten von Geflüchteten nutzen. Insgesamt 624
67 Personen wurden 2017 aus Brandenburg abgeschoben. Erschreckend hoch ist die Zahl der minderjährigen
68 Abgeschobenen: Allein im Jahr 2017 waren es 92 Jugendliche.

69 Die Sicherheitslage in Afghanistan und Syrien ist weiterhin prekär. Nach wie vor sind weite Teile beider
70 Länder heftig umkämpft. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sind daher auf unbekannte Dauer
71 nicht zu verantworten. Wir fordern die allgemeine Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an alle
72 geflüchteten Menschen aus Afghanistan und Syrien, wie es das Aufenthaltsgesetz vorsieht.

73
74 Um allen Geflüchteten ein faires und schnelles Verfahren gewähren zu können, muss die angemessene
75 Ausstattung der Verwaltungsgerichte sichergestellt sein.

76 **Keine Abschiebehaftanstalt und keine AnKER-Zentren in Brandenburg**

77 Die wegen Brandschutzmängeln geschlossene Abschiebehaftanstalt in Eisenhüttenstadt wollen wir nicht
78 wieder in Betrieb nehmen. Um die Zahl von Abschiebungen unter Zwang zu minimieren, wollen wir auch

79 künftig finanzielle Mittel für landeseigene Programme zur Förderung einer freiwilligen Rückkehr von
80 Flüchtlingen bereitstellen.

81 AnKERzentren sind integrationsfeindlich und Zeichen einer Politik der Abschreckung. Brandenburg darf sich
82 an dem Aufbau von AnKERzentren nicht beteiligen und muss auch auf Bundesebene diesen Vorstoß
83 entschlossen zurückweisen.

84 **Aufnahmeprogramm für Jesidinnen starten**

85 Die Aufnahme von Schutzsuchenden über humanitäre Sonderkontingente bewahrt die Betroffenen vor
86 lebensgefährlichen Fluchtrouten, Ausbeutung und horrenden Geldzahlungen an Schlepper. Die
87 IS-Terrormiliz ist dabei, die religiöse Minderheit der Jesidinnen in Syrien und im Nordirak zu vernichten. Wir
88 haben 2016 im Landtag ein Aufnahmeprogramm für verfolgte Jesidinnen mit ihren Kindern initiiert und
89 unterstützen die Umsetzung.

90
91 **Aufnahmen von geflüchteten Menschen aus Seenot und aus den Notunterkünften ermöglichen**

92
93 Wir unterstützen Initiativen der „Seebrücke“ die bundesweit entstehen, so auch in den Kommunen des
94 Landes Brandenburg, wie z.B. Oranienburg, Eberswalde oder Potsdam, die „sichere Häfen“ zur Aufnahme von
95 geflüchteten Menschen aus Seenot werden wollen.

2.8. Das, was das Leben bereichert: Kultur

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Kultur liefert unserer Gesellschaft sehr wichtige Impulse. Eine grüne Kulturpolitik fördert nicht nur die
2 etablierte Kultur (Theater, Orchester, große Museen), sondern auch viele Formen der Kleinkunst und
3 Subkultur. Eine offene und demokratische Gesellschaft gibt es nur mit kultureller Vielfalt, künstlerischer
4 Freiheit und dem Zugang zu kultureller Bildung für alle Menschen. Kulturelle Bildung soll als fester
5 Bestandteil im Alltag aller Bildungseinrichtungen und an außerschulischen Lernorten stattfinden.

6 Brandenburg bietet eine große Vielfalt an kulturellen Einrichtungen und engagierten Kulturschaffenden in
7 Stadt und Land. Es ist Ziel unserer Kulturpolitik, das kulturelle Leben des gesamten Landes in Theatersälen,
8 Museen, Galerien und Ateliers, Kirchen, Bibliotheken und Musikschulen zu beleben und zu vernetzen.

9 Die „Kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburg“ unterstützen wir. Die Ziele sind aber nur zu
10 erreichen, wenn Brandenburgs Kommunen solide finanziert sind, denn es sind die Landkreise, Städte und
11 Gemeinden, die den größten Teil der kulturellen Infrastruktur des Landes tragen. Wir wollen diese dabei
12 zukünftig stärker unterstützen.

13 **Musik- und Kunstschulen in ländlichen Räumen voranbringen**

14 In der kulturellen Bildung spielen die Musik- und Kunstschulen eine entscheidende Rolle. Wir wollen eine
15 Strategie für mehr Musik- und Kunstschulen im ländlichen Raum entwickeln, das Förderprogramm "Klasse
16 Kunst" und "Klasse Musik" ausbauen und eine bessere Ausstattung ermöglichen. Weiterhin setzen wir uns
17 für eine angemessene Bezahlung von Personal und Honorarkräften ein.

18 **Kulturschaffende, Freie Szene und Soziokultur stärker fördern**

19 Die berufliche Existenz vieler Kulturschaffender ist prekär. Viele zieht es nach Brandenburg, weil sie hier oft
20 noch bezahlbare Ateliers, Proberäume, Werkstätten und Spielstätten finden. Das muss auch im
21 Ballungsraum um Berlin und in Potsdam möglich bleiben. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche
22 Auftraggeber angemessene Ausstellungs- und Aufführungshonorare für die freie Kunst- und Kreativszene
23 zahlen.

24 Auf die gut dreißig freien Theater im Land kommen ein Drittel aller Theaterbesuche, aber nur vier Prozent
25 der Förderung. Uns ist es gelungen, die Förderung der freien Theater ab 2017 deutlich zu verbessern. Das
26 wollen wir fortsetzen. Außerdem treten wir für die Schaffung eines Fonds ein, aus dem nicht nur die
27 Kommunen sondern auch gesellschaftlich aktive Vereine Geld für Theateraufführungen an ihrem Ort
28 beantragen können. Auch für die Kulturarbeit mit Geflüchteten wollen wir mehr Geld bereitstellen.

29 **Erinnerungskultur und Aufarbeitung lebendig halten**

30 Wir sehen uns in der politischen Verantwortung, Konsequenzen aus unserer wechselvollen Geschichte zu
31 ziehen. Gerade angesichts zunehmender nationalistischer und rassistischer Tendenzen in unserer
32 Gesellschaft kommt den Gedenkstätten eine wichtige aufklärende und demokratiefördernde Funktion zu.
33 Die Erinnerungsorte an die Gräueltaten des Nationalsozialismus und an das Unrecht in der DDR sowie die damit

34 verbundene Bildungsarbeit werden wir finanziell und personell verlässlich weiter fördern. Außerdem
35 wollen wir bisher vernachlässigte Erinnerungsorte in den Blick nehmen, wie zum Beispiel der Armenier, der
36 Sinti und Roma, der Kolonialgeschichte oder jüdischen Lebens vor 1933.

37 **Dörfer und historische Ortsbilder erhalten, Denkmalschutz besser ausstatten**

38 Unsere Baudenkmäler sind wichtige Zeugen der vielfältigen Landesgeschichte Brandenburgs. Sie stiften
39 kulturelle Identität und Heimatverbundenheit. Deshalb haben wir ergänzend zu den bestehenden
40 Förderprogrammen einen Denkmalfonds initiiert, um historisch herausragende Gebäude schnell
41 notzusichern und vor dem endgültigen Verfall zu bewahren. Diesen Fonds wollen wir auf mindestens zwei
42 Millionen Euro aufstocken. Bauherr*innen und Vereine, die ortsbildprägende Gebäude wie Bahnhöfe,
43 Gutshäuser oder Schulen erhalten und sanieren, wollen wir mit einer Erleichterung bei den Bauauflagen,
44 besserer Beratung und einer Sonderförderung unter die Arme greifen.

45 **Filmförderung und Kreativwirtschaft unterstützen**

46 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist mit mehr als 27.000 Erwerbstätigen eine wichtige Branche in
47 Brandenburg und ein starker Motor für Innovationen: Die rund 12.000 Unternehmen setzen jedes Jahr etwa
48 1,4 Milliarden Euro um. Netzwerkarbeit und Mentoring-Angebote sind wichtige Förderungen für die
49 Branche, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Wir begrüßen daher den Start der Beratungs- und
50 Serviceagentur für Kultur und Kreativwirtschaft als wichtigen Baustein zur Stärkung der
51 Kultureinrichtungen und der Unternehmen der Kreativwirtschaft im Land. Viele Kulturschaffende sind
52 selbstständig und Kleinunternehmer*innen. Die geistigen, kreativen, kulturellen und sozialen Innovationen,
53 die sie schaffen und die zu einer lebendigen Demokratie beitragen, fallen aber bei den klassischen
54 Wirtschaftsförderprogrammen durch das Raster. Das wollen wir durch die Anpassung der Programme
55 ändern.

56 Babelsberg hat sich zu einem international anerkannten Medienstandort entwickelt, immer mehr
57 Menschen finden in der Kultur- und Medienwirtschaft Arbeit. Wir wollen die Entwicklung der Branche
58 gezielt fördern und für bessere Arbeitsbedingungen sorgen. Die gemeinsame Filmförderung mit Berlin
59 durch das Medienboard hat sich bewährt. Da der Film ein wichtiger Wirtschafts- und Werbefaktor der
60 Region geworden ist, möchten wir die Film-Förderung durch das Medienboard fortsetzen. Die technische
61 Umsetzung wollen wir aber an ökologische Standards sowie soziale Kriterien (Bezahlung) knüpfen und die
62 Frauenförderquote einführen.

63 **Sorbische und wendische Traditionen machen unser Land bunt und vielfältig**

64 Die Sprach- und Kulturförderung für die lange unterdrückte sorbische/wendische Minderheit in der Lausitz
65 zahlt sich aus. Sie trägt zum kulturellen Reichtum unseres Landes bei, macht unser Land vielfältiger und
66 bunter und verbindet uns mit unseren östlichen Nachbarn. Deshalb wollen wir die Zuschüsse deutlich
67 aufstocken.

2.8-A (Projekt) Lebendige Erinnerungskultur für Brandenburg

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Brandenburgs Geschichte ist bekanntlich mehr als Großer Kurfürst, Alter Fritz und Preußens "Glanz und
2 Gloria". Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, dem Stalinismus und der SED-Diktatur hat
3 inzwischen ihren festen Platz in der Brandenburger Gedenkkultur. Zusätzlich zu den zentralen Orten der
4 Erinnerung wollen wir weitere dezentrale Erinnerungsorte erhalten und in die Arbeit der
5 Gedenkstättenstiftung einbeziehen. Dazu gehört auch, die bislang vernachlässigten Militärliegenschaften
6 zu Orten der politischen Bildung zu entwickeln. Die Außenstelle der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) in
7 Brandenburg wollen wir erhalten. Außerdem wollen wir die deutsche Kolonialgeschichte vor 1918
8 aufarbeiten und an einem authentischen Ort sichtbar machen. Ebenso wollen wir an den Völkermord an
9 den Armeniern, die Geschichte der Sinti und Roma und die Geschichte jüdischen Lebens in Brandenburg
10 vor dem nationalsozialistischen Völkermord erinnern. Eine lebendige Erinnerungskultur setzt mehr als
11 staatlich verordnete Gedenktage, den Erhalt historischer Relikte und die Gestaltung von Ausstellungen
12 voraus: Wir wollen die Bildungsangebote für Schulen und Jugendliche weiter entwickeln und die Zahl der
13 an den Gedenkstätten eingesetzten Lehrkräfte erhöhen. Alle Schüler und Schülerinnen sollen in ihrer
14 Schulzeit mindestens einen Erinnerungsort des Nationalsozialismus und einen der DDR-Zeit in
15 pädagogischer Begleitung besuchen können. Um dies zu ermöglichen wollen wir die Stiftung
16 Brandenburgische Gedenkstätten und die freien Träger finanziell und personell besser ausstatten und die
17 Gedenkstättenlehrkräfte im Haushalt absichern.

Beschluss

(Projekt) Lebendige Erinnerungskultur für Brandenburg

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Brandenburgs Geschichte ist bekanntlich mehr als Großer Kurfürst, Alter Fritz und Preußens "Glanz und
2 Gloria". Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, dem Stalinismus und der SED-Diktatur hat
3 inzwischen ihren festen Platz in der Brandenburger Gedenkkultur. Zusätzlich zu den zentralen Orten der
4 Erinnerung wollen wir weitere dezentrale Erinnerungsorte erhalten und in die Arbeit der
5 Gedenkstättenstiftung einbeziehen. Dazu gehört auch, die bislang vernachlässigten Militärliegenschaften
6 zu Orten der politischen Bildung zu entwickeln. Die Außenstelle der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) in
7 Brandenburg wollen wir erhalten. Außerdem wollen wir die deutsche Kolonialgeschichte vor 1918
8 aufarbeiten und an einem authentischen Ort sichtbar machen. Ebenso wollen wir an den Völkermord an
9 den Armeniern, die Geschichte der Sinti und Roma und die Geschichte jüdischen Lebens in Brandenburg
10 vor dem nationalsozialistischen Völkermord erinnern. Eine lebendige Erinnerungskultur setzt mehr als
11 staatlich verordnete Gedenktage, den Erhalt historischer Relikte und die Gestaltung von Ausstellungen
12 voraus: Wir wollen die Bildungsangebote für Schulen und Jugendliche weiter entwickeln und die Zahl der
13 an den Gedenkstätten eingesetzten Lehrkräfte erhöhen. Alle Schüler und Schülerinnen sollen in ihrer
14 Schulzeit mindestens einen Erinnerungsort des Nationalsozialismus und einen der DDR-Zeit in
15 pädagogischer Begleitung besuchen können. Um dies zu ermöglichen wollen wir die Stiftung
16 Brandenburgische Gedenkstätten und die freien Träger finanziell und personell besser ausstatten und die
17 Gedenkstättenlehrkräfte im Haushalt absichern.
18 Wir wollen auch an Orte rassistischer, fremdenfeindlicher Verbrechen sowie an Orte bürgerschaftlichen
19 Engagements nach 1990 erinnern, zum Beispiel an den erfolgreichen Kampf der Bürgerinitiative "FREIE
20 HEIDE" für eine friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide.

2.8-B (Projekt) Von Anfang an und lebenslang – Kulturelle Bildung für Alle

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Unter kultureller Bildung verstehen wir den Lern- und Auseinandersetzungsprozess des Menschen mit sich,
- 2 seiner Umwelt und der Gesellschaft im Medium der Künste. Sie trägt wesentlich zur gesellschaftlichen
- 3 Teilhabe bei. Daher wollen wir kulturelle Bildung zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit machen und das
- 4 Angebotsnetz für Schulen stärken. Wir wollen das Programm „Klasse Musik“ fortführen, das Programm
- 5 „Klasse Kunst“ ausbauen und die bestehenden Fördermöglichkeiten zur Unterstützung von
- 6 Kooperationsprojekten zwischen Schulen und Anbietern der Kulturellen Bildung ausweiten. Zudem
- 7 möchten wir Träger bei der Realisierung von ausbildungs- und studienvorbereitenden Angeboten
- 8 künstlerisch-kreativer Sparten besser unterstützen und einen Jugendkulturpreis des Landes Brandenburg
- 9 etablieren. In der kulturellen Bildung spielen die Musik- und Kunstschulen eine entscheidende Rolle. Wir
- 10 wollen eine Strategie für mehr Musik- und Kunstschulen im ländlichen Raum auflegen und eine bessere
- 11 Ausstattung
- 12 ermöglichen. Weiterhin setzen wir uns für eine angemessene Bezahlung von Personal und Honorarkräften
- 13 ein. Für die Entwicklung des ländlichen Raums setzen wir verstärkt auf mobile Bildungsprojekte,
- 14 Maßnahmen der Soziokultur und die Gründung von „Kinder- und Jugendmuseen“.

Beschluss

(Projekt) Von Anfang an und lebenslang – Kulturelle Bildung für Alle

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Unter kultureller Bildung verstehen wir den Lern- und Auseinandersetzungsprozess des Menschen mit sich,
- 2 seiner Umwelt und der Gesellschaft im Medium der Künste. Sie trägt wesentlich zur gesellschaftlichen
- 3 Teilhabe bei. Daher wollen wir kulturelle Bildung zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit machen und das
- 4 Angebotsnetz für Schulen stärken. Wir wollen das Programm „Klasse Musik“ fortführen, das Programm
- 5 „Klasse Kunst“ ausbauen und die bestehenden Fördermöglichkeiten zur Unterstützung von
- 6 Kooperationsprojekten zwischen Schulen und Anbietern der Kulturellen Bildung ausweiten. Zudem
- 7 möchten wir Träger bei der Realisierung von ausbildungs- und studienvorbereitenden Angeboten
- 8 künstlerisch-kreativer Sparten besser unterstützen und einen Jugendkulturpreis des Landes Brandenburg
- 9 etablieren. In der kulturellen Bildung spielen die Musik- und Kunstschulen eine entscheidende Rolle. Wir
- 10 wollen eine Strategie für mehr Musik- und Kunstschulen im ländlichen Raum auflegen und eine bessere
- 11 Ausstattung
- 12 ermöglichen. Weiterhin setzen wir uns für eine angemessene Bezahlung von Personal und Honorarkräften
- 13 ein. Für die Entwicklung des ländlichen Raums setzen wir verstärkt auf mobile Bildungsprojekte,
- 14 Maßnahmen der Soziokultur und die Gründung von „Kinder- und Jugendmuseen“.

Beschluss

Das, was das Leben bereichert: Kultur

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Kultur liefert unserer Gesellschaft sehr wichtige Impulse. Eine grüne Kulturpolitik fördert nicht nur die
2 etablierte Kultur (Theater, Orchester, große Museen), sondern auch viele Formen der Kleinkunst und
3 Subkultur. Eine offene und demokratische Gesellschaft gibt es nur mit kultureller Vielfalt, künstlerischer
4 Freiheit und dem Zugang zu kultureller Bildung für alle Menschen. Kulturelle Bildung soll als fester
5 Bestandteil im Alltag aller Bildungseinrichtungen und an außerschulischen Lernorten stattfinden.

6 Brandenburg bietet eine große Vielfalt an kulturellen Einrichtungen und engagierten Kulturschaffenden in
7 Stadt und Land. Es ist Ziel unserer Kulturpolitik, das kulturelle Leben des gesamten Landes in Theatersälen,
8 Museen, Galerien und Ateliers, Kirchen, Clubs und Kneipen, Bibliotheken und Musikschulen zu beleben und
9 zu vernetzen.

10 Die „Kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburg“ unterstützen wir. Die Ziele sind aber nur zu
11 erreichen, wenn Brandenburgs Kommunen solide finanziert sind, denn es sind die Landkreise, Städte und
12 Gemeinden, die den größten Teil der kulturellen Infrastruktur des Landes tragen. Wir wollen diese dabei
13 zukünftig stärker unterstützen.

14 **Musik- und Kunstschulen in ländlichen Räumen voranbringen**

15 In der kulturellen Bildung spielen die Musik- und Kunstschulen eine entscheidende Rolle. Wir wollen eine
16 Strategie für mehr Musik- und Kunstschulen im ländlichen Raum entwickeln, das Förderprogramm "Klasse
17 Kunst" und "Klasse Musik" ausbauen und eine bessere Ausstattung ermöglichen. Weiterhin setzen wir uns
18 für eine angemessene Bezahlung von Personal und Honorarkräften ein.

19 **Kunstschaffende, Freien Szene und Soziokultur stärker fördern**

20 Die berufliche Existenz vieler Kulturschaffender ist prekär. Viele zieht es nach Brandenburg, weil sie hier oft
21 noch bezahlbare Ateliers, Proberäume, Werkstätten und Spielstätten finden. Das muss auch im
22 Ballungsraum um Berlin und in Potsdam möglich bleiben. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche
23 Auftraggeber angemessene Ausstellungs- und Aufführungshonorare für die freie Kunst- und Kreativszene
24 zahlen.

25 Auf die gut dreißig freien Theater im Land kommen ein Drittel aller Theaterbesuche, aber nur vier Prozent
26 der Förderung. Uns ist es gelungen, die Förderung der freien Theater ab 2017 deutlich zu verbessern. Das
27 wollen wir fortsetzen. Außerdem treten wir für die Schaffung eines Fonds ein, aus dem nicht nur die
28 Kommunen sondern auch gesellschaftlich aktive Vereine Geld für Theateraufführungen an ihrem Ort
29 beantragen können. Auch für die Kulturarbeit mit Geflüchteten wollen wir mehr Geld bereitstellen.

30 **Erinnerungskultur und Aufarbeitung lebendig halten**

31 Wir sehen uns in der politischen Verantwortung, Konsequenzen aus unserer wechselvollen Geschichte zu
32 ziehen. Gerade angesichts zunehmender nationalistischer und rassistischer Tendenzen in unserer

33 Gesellschaft kommt den Gedenkstätten eine wichtige aufklärende und demokratiefördernde Funktion zu.
34 Die Erinnerungsorte an die Gräueltaten des Nationalsozialismus und an das Unrecht in der DDR sowie die damit
35 verbundene Bildungsarbeit werden wir finanziell und personell verlässlich weiter fördern. Außerdem
36 wollen wir bisher vernachlässigte Erinnerungsorte in den Blick nehmen, wie zum Beispiel der Armenier, der
37 Sinti und Roma, der Kolonialgeschichte und des jüdischen Lebens vor 1933.

38 **Dörfer und historische Ortsbilder erhalten, Denkmalschutz besser ausstatten**

39 Unsere Baudenkmäler sind wichtige Zeugen der vielfältigen Landesgeschichte Brandenburgs. Sie stiften
40 kulturelle Identität und Verbundenheit mit der Region. Deshalb haben wir ergänzend zu den bestehenden
41 Förderprogrammen einen Denkmalfonds initiiert, um historisch herausragende Gebäude schnell
42 notzusichern und vor dem endgültigen Verfall zu bewahren. Diesen Fonds wollen wir auf mindestens zwei
43 Millionen Euro aufstocken und eine Landesstiftung Baukultur in die Wege leiten. Bauherr*innen und
44 Vereine, die ortsbildprägende Gebäude wie Bahnhöfe, Gutshäuser oder Schulen erhalten und sanieren,
45 wollen wir mit einer Erleichterung bei den Bauauflagen, besserer Beratung und einer Sonderförderung
46 unter die Arme greifen.

47 **Filmförderung und Kreativwirtschaft unterstützen**

48 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist mit mehr als 27.000 Erwerbstätigen eine wichtige Branche in
49 Brandenburg und ein starker Motor für Innovationen: Die rund 12.000 Unternehmen setzen jedes Jahr etwa
50 1,4 Milliarden Euro um. Netzwerkarbeit und Mentoring-Angebote sind wichtige Förderungen für die
51 Branche, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Wir begrüßen daher den Start der Beratungs- und
52 Serviceagentur für Kultur und Kreativwirtschaft als wichtigen Baustein zur Stärkung der
53 Kultureinrichtungen und der Unternehmen der Kreativwirtschaft im Land. Viele Kulturschaffende sind
54 selbstständig und Kleinunternehmer*innen. Die geistigen, kreativen, kulturellen und sozialen Innovationen,
55 die sie schaffen und die zu einer lebendigen Demokratie beitragen, fallen aber bei den klassischen
56 Wirtschaftsförderprogrammen durch das Raster. Das wollen wir durch die Anpassung der Programme
57 ändern.

58 Babelsberg hat sich zu einem international anerkannten Medienstandort entwickelt, immer mehr
59 Menschen finden in der Kultur- und Medienwirtschaft Arbeit. Wir wollen die Entwicklung der Branche
60 gezielt fördern und für bessere Arbeitsbedingungen sorgen. Die gemeinsame Filmförderung mit Berlin
61 durch das Medienboard hat sich bewährt. Da der Film ein wichtiger Wirtschafts- und Werbefaktor der
62 Region geworden ist, möchten wir die Film-Förderung durch das Medienboard fortsetzen. Die technische
63 Umsetzung wollen wir aber an ökologische Standards sowie soziale Kriterien (Bezahlung) knüpfen und die
64 Frauenförderquote einführen.

65 **Sorbische/wendische Traditionen machen unser Land bunt und vielfältig**

66 Die Sprach- und Kulturförderung für die lange unterdrückte sorbische/wendische Minderheit in der Lausitz
67 zahlt sich aus. Sie trägt zum kulturellen Reichtum unseres Landes bei, macht unser Land vielfältiger und
68 bunter. Deshalb wollen wir die dafür Zuschüsse deutlich aufstocken.

70 **Jugendkultur stärken**

71
72 Ganz egal ob Schülerin, Student oder Auszubildende - ganz egal ob aus Wittenberge, Bernau oder
73 Elsterwerda: Jugendliche brauchen Zugang zu Kultur, dazu zählen auch Kneipen, Bars und Clubs. Wir wollen
74 Clubs im ländlichen Räumen erhalten und das Kulturangebot aufwerten. Dort, wo es keine
75 Ausgehmöglichkeiten gibt, wollen wir durch guten ÖPNV dafür sorgen, dass niemand die Nacht zu Hause
76 verbringen muss. Viele Beispiele zeigen, dass nonkommerzielle Projekte besonders beliebt sind. So sind z.B.
77 Studierendenkneipen, Vereine, Projekthäuser und Jugendclubs nicht auf hohe Gewinne angewiesen und
78 können die Preise niedrig halten. Besonders für Jugendliche ohne eigenes Einkommen stellt dies einen
79 enormen Mehrwert dar. Das Land Brandenburg soll gemeinsam mit den Kommunen dafür Sorge tragen,
80 dass für nonkommerzielle Projekte genügend Räume und qualifizierte Anleitung garantiert wird. Mit

81 Kunstausstellungen, Bandauftritten, Vorträgen und Workshops in Kneipen und Jugendclubs lassen sich
82 viele Formen
83 der Kunst, Kultur und Bildung vernetzen. Kultur soll zugänglich und aktiv gestaltbar sein. Nur so kann das
84 Interesse an ihr bestehen bleiben. Wir sollten die klassischen Orte für Kunst, Theater und Musik verlassen
85 und Kultur dort hinbringen, wo sie die jungen Menschen auch erreicht.

2.9 Gemeinsam fit bleiben: Sport

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Sport bringt Menschen in Bewegung und schafft soziale Kontakte. Er hält nicht nur den Körper, sondern
2 auch den Geist fit. Sport fördert soziale sowie kulturelle Integration und lebt vom bürgerschaftlichen
3 Engagement. Nirgendwo sonst wird so viel ehrenamtliche Arbeit geleistet, wie im Sport.
- 4 Sport muss für alle möglich sein – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder sozialem Status. Wir
5 werden Breiten- als auch Spitzensport fördern und wollen so die Beteiligung der Brandenburger*innen am
6 Vereinssport erhöhen und gleichzeitig gesundheitsorientierte Sportangebote stark ausbauen. Ebenso
7 werden wir berücksichtigen, dass immer mehr Menschen vereinsungebunden Sport treiben möchten.
- 8 Initiativen für Frauen- und Mädchensport, die Integration von Geflüchteten und gegen Homo- und
9 Transphobie werden wir besonders unterstützen. *Turbine Potsdam* zeigt zum Beispiel eindrucksvoll, dass es
10 sich lohnt, ein größeres Augenmerk auf den Frauenfußball zu legen. Zudem werden wir dafür Sorge tragen,
11 dass unsere Sportvereine und Fußballclubs nicht von rechts unterwandert oder in irgendeiner Weise
12 instrumentalisiert werden.
- 13 Inklusion im Sport braucht bauliche Barrierefreiheit, aber auch die aktive Aufnahme und Integration von
14 Parasporthler*innen in Vereine und Sportgruppen. *Jugend trainiert für Olympia* und *Jugend trainiert für*
15 *Paralympics* oder auch Sportveranstaltungen für Menschen mit und ohne Behinderungen sind gute
16 Beispiele dafür, wie Inklusion funktioniert, diese Projekte wollen wir stärker unterstützen.
- 17 Selbstvertrauen und Teamgeist sind zwei Werte, die Kinder in großem Maße auch bei sportlichen
18 Aktivitäten erlernen und vertiefen. Die Förderung von Verein- und Breitensports verstehen wir auch als
19 einen wichtigen Bestandteil präventiver Sozialarbeit. Im Schulsport und im Ganztagsmodell
20 verstärken wir die Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen.
- 21 Wir wollen in der Sportförderung ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Breiten- und Spitzensport
22 erreichen. Die Fördermittel des Landessportbunds sollen zukünftig verstärkt den vielen kleinen Vereinen
23 zufließen, die bisher kaum von den Landesförderprogrammen profitiert haben. Die Infrastruktur für den
24 Spitzensport, die Olympiastützpunkte und die Sportschulen wollen wir erhalten.
- 25 **Mitbestimmung und Umweltschutz voranbringen**
- 26 In der Sportpolitik plädieren wir für mehr Umweltschutz und demokratische Mitbestimmung. Die Verbände,
27 Vereine und andere Träger des Sports werden wir bei der Erstellung von Konzepten zur Nachhaltigkeit
28 unterstützen. Sportstätten und -veranstaltungen sollen umwelt- und klimaverträglich sein. Vor allem bei
29 größeren Veranstaltungen sollen Themen wie Abfallvermeidung, Klimaschutz und umweltverträgliche
30 Mobilität stärker in den Blick genommen werden.
- 31 Unser Ziel sind demokratische Entscheidungsstrukturen in allen Bereichen des Sports. Das beginnt bei der
32 Sportförderung, die wir transparenter gestalten wollen, und reicht über den Alltag im Sportverein bis hin
33 zu mehr direkter Bürger*innenbeteiligung bei der Gestaltung kommunaler Infrastruktur für den
34 Freizeitsport.

35 **Schwimmunterricht nicht untergehen lassen**

36 Nach Angaben der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) kann mindestens jede*r zweite
37 Grundschüler*in in Brandenburg nicht richtig schwimmen, die Zahl der tödlichen Badeunfälle steigt. Für
38 die Grundschulen wird es immer schwieriger, den Schwimmunterricht durchzuführen, da öffentliche
39 Schwimmbäder gerade in ländlichen Regionen von Schließungen betroffen und oft schwer erreichbar sind.
40 Wir unterstützen die Kommunen beim Erhalt aller Frei- und Hallenbäder.

41 Aus der Doping-Geschichte Brandenburgs müssen wir Lehren ziehen. Daher setzen wir uns für einen
42 dopingfreien und fairen Sport ein und unterstützen Maßnahmen zur Prävention und Aufklärung.

Beschluss

Gemeinsam fit bleiben: Sport

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Sport bringt Menschen in Bewegung und schafft soziale Kontakte. Er hält nicht nur den Körper, sondern
2 auch den Geist fit. Sport fördert soziale sowie kulturelle Integration und lebt vom bürgerschaftlichen
3 Engagement. Nirgendwo sonst wird so viel ehrenamtliche Arbeit geleistet, wie im Sport.
- 4 Sport muss für alle möglich sein – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder sozialem Status. Wir
5 werden Breiten- als auch Spitzensport fördern und wollen so die Beteiligung der Brandenburger*innen am
6 Vereinssport erhöhen und gleichzeitig gesundheitsorientierte Sportangebote stark ausbauen. Ebenso
7 werden wir berücksichtigen, dass immer mehr Menschen vereinsungebunden Sport treiben möchten.
- 8 Initiativen für Frauen- und Mädchensport, die Integration von Geflüchteten und gegen Homo- und
9 Transphobie werden wir besonders unterstützen. *Turbine Potsdam* zeigt zum Beispiel eindrucksvoll, dass es
10 sich lohnt, ein größeres Augenmerk auf den Frauenfußball zu legen. Zudem werden wir dafür Sorge tragen,
11 dass unsere Sportvereine und Fußballclubs nicht von rechts unterwandert werden.
- 12 Inklusion im Sport braucht bauliche Barrierefreiheit, aber auch die aktive Aufnahme und Integration von
13 Parasporthler*innen in Vereine und Sportgruppen. *Jugend trainiert für Olympia* und *Jugend trainiert für*
14 *Paralympics* oder auch Sportveranstaltungen für Menschen mit und ohne Behinderungen sind gute
15 Beispiele dafür, wie Inklusion funktioniert, diese Projekte wollen wir stärker unterstützen.
- 16 Selbstvertrauen und Teamgeist sind zwei Werte, die Kinder in großem Maße auch bei sportlichen
17 Aktivitäten erlernen und vertiefen. Die Förderung von Verein- und Breitensports verstehen wir auch als
18 einen wichtigen Bestandteil präventiver Sozialarbeit. Im Schulsport und im Ganztagsmodell
19 verstärken wir die Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen.
- 20 Wir wollen in der Sportförderung ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Breiten- und Spitzensport
21 erreichen. Dafür wollen wir die Sportförderung komplett evaluieren. Dadurch kann aufgezeigt werden, wie
22 wir in Brandenburg noch erfolgreicher den Sport fördern können, um die in der Landesverfassung
23 verankerten Ziele zu erreichen. Die Fördermittel des Landessportbunds sollen zukünftig verstärkt den
24 vielen kleinen Vereinen zufließen, die bisher kaum von den Landesförderprogrammen profitiert haben. Die
25 Infrastruktur für den Spitzensport, die Olympiastützpunkte und die Sportschulen wollen wir erhalten.
- 26 **Mitbestimmung und Umweltschutz voranbringen**
- 27 In der Sportpolitik plädieren wir für mehr Umweltschutz und demokratische Mitbestimmung. Die Verbände,
28 Vereine und andere Träger des Sports werden wir bei der Erstellung von Konzepten zur Nachhaltigkeit
29 unterstützen. Sportstätten und -veranstaltungen sollen umwelt- und klimaverträglich sein. Vor allem bei
30 größeren Veranstaltungen sollen Themen wie Abfallvermeidung, Klimaschutz und umweltverträgliche
31 Mobilität stärker in den Blick genommen werden.
- 32 Unser Ziel sind demokratische Entscheidungsstrukturen in allen Bereichen des Sports. Das beginnt bei der
33 Sportförderung, die wir transparenter gestalten wollen, und reicht über den Alltag im Sportverein bis hin

34 zu mehr direkter Bürger*innenbeteiligung bei der Gestaltung kommunaler Infrastruktur für den
35 Freizeitsport.

36 **Schwimmunterricht nicht untergehen lassen**

37 Nach Angaben der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) kann mindestens jede*r zweite
38 Grundschüler*in in Brandenburg nicht richtig schwimmen, die Zahl der tödlichen Badeunfälle steigt. Für
39 die Grundschulen wird es immer schwieriger, den Schwimmunterricht durchzuführen, da öffentliche
40 Schwimmbäder gerade in ländlichen Regionen von Schließungen betroffen und oft schwer erreichbar sind.
41 Wir unterstützen die Kommunen beim Erhalt aller Frei- und Hallenbäder.

42 Aus der Doping-Geschichte Brandenburgs müssen wir Lehren ziehen. Daher setzen wir uns für einen
43 dopingfreien und fairen Sport ein und unterstützen Maßnahmen zur Prävention und Aufklärung.

44
45 Wir Grüne setzen uns für eine unabhängige und wissenschaftlich begründete Brandenburg-Studie zur
46 Transformation des Sports seit 1989/90 ein. Damit wollen wir die Strukturen ausleuchten, die bis heute
47 den Kampf gegen Doping erschweren.

3.0 Innovativ, modern und vielfältig – für ein weltoffenes Brandenburg

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Unsere Wurzeln in der Bürger*innenrechtsbewegung bestimmen unseren Blick auf das Verhältnis zwischen
- 2 Staat und Gesellschaft, das für uns von Freiheit und Verantwortung, Toleranz und Selbstbestimmung
- 3 geprägt ist. Teilhabe an Infrastruktur, Verwaltung und gesellschaftlicher Willensbildung darf nicht vom
- 4 Wohnort abhängen. Die ländlichen Räume bringen wir in die der Landespolitik. Basta-Ansagen von oben
- 5 stellen wir unseren Ansatz der breiten Beteiligung entgegen, die den einzelnen Menschen ernst nimmt. Wir
- 6 stehen für eine politische Kultur in der mehr debattiert wird, in der politische Sachlichkeit herrscht und in
- 7 der die Findung von Lösungen das Ziel ist. Wir wollen ein modernes Brandenburg, in dem die Verwaltung
- 8 transparent für die Bürger*innen arbeitet und die Chancen der Digitalisierung im Sinne der
- 9 Gesamtgesellschaft genutzt werden. Maßnahmen der Exekutive wollen wir auf konkrete Verdächtige
- 10 beschränken, statt einer anlasslosen Massenüberwachung aller Bürger*innen Bahn zu brechen.

- 11 Wir haben eine klare pro-europäische, weltoffene und humanistische Grundeinstellung. Zu unserem
- 12 wertegeleiteten Menschenbild gehört, dass wir vorwärts in eine Zukunft wollen, in der jeder Mensch nach
- 13 seiner Fassung glücklich werden kann. Frauen- und Familienbild der westdeutschen Adenauer-Zeit stellen
- 14 wir unseren Ansatz von Gleichberechtigung und Emanzipation entgegen. Homo- und Transphobie,
- 15 Rassismus und Sexismus stellen wir unseren universellen Humanismus und die allgemeinen
- 16 Menschenrechte entgegen. Statt auf die Geflüchteten zu zeigen, wollen wir die Fluchtursachen bekämpfen,
- 17 auch bei uns vor Ort. Wir setzen auf Brücken statt auf Mauern. Statt den Rückzug in eingemauerte
- 18 Nationalstaaten anzutreten, streben wir nach dem Zusammenwachsen eines solidarischen, friedlichen und
- 19 weltoffenen Europas.

Beschluss

Innovativ, modern und vielfältig – für ein weltoffenes Brandenburg

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Unsere Wurzeln in der Bürger*innenrechtsbewegung bestimmen unseren Blick auf das Verhältnis zwischen
- 2 Staat und Gesellschaft, das für uns von Freiheit und Verantwortung, Toleranz und Selbstbestimmung
- 3 geprägt ist. Teilhabe an Infrastruktur, Verwaltung und gesellschaftlicher Willensbildung darf nicht vom
- 4 Wohnort abhängen. Die ländlichen Räume bringen wir in die der Landespolitik. Basta-Ansagen von oben
- 5 stellen wir unseren Ansatz der breiten Beteiligung entgegen, die den einzelnen Menschen ernst nimmt. Wir
- 6 stehen für eine politische Kultur in der mehr debattiert wird, in der politische Sachlichkeit herrscht und in
- 7 der die Findung von Lösungen das Ziel ist. Wir wollen ein modernes Brandenburg, in dem die Verwaltung
- 8 transparent für die Bürger*innen arbeitet und die Chancen der Digitalisierung im Sinne der
- 9 Gesamtgesellschaft genutzt werden. Maßnahmen der Exekutive wollen wir auf konkrete Verdächtige
- 10 beschränken, statt einer anlasslosen Massenüberwachung aller Bürger*innen Bahn zu brechen.

- 11 Wir haben eine klare pro-europäische, weltoffene und humanistische Grundeinstellung. Zu unserem
- 12 wertegeleiteten Menschenbild gehört, dass wir vorwärts in eine Zukunft wollen, in der jeder Mensch nach
- 13 seiner Fassung glücklich werden kann. Frauen- und Familienbild der westdeutschen Adenauer-Zeit stellen
- 14 wir unseren Ansatz von Gleichberechtigung und Emanzipation entgegen. Homo- und Transphobie,
- 15 Rassismus und Sexismus stellen wir unseren universellen Humanismus und die allgemeinen
- 16 Menschenrechte entgegen. Statt auf die Geflüchteten zu zeigen, wollen wir die Fluchtursachen bekämpfen,
- 17 auch bei uns vor Ort. Wir setzen auf Brücken statt auf Mauern. Statt den Rückzug in eingemauerte
- 18 Nationalstaaten anzutreten, streben wir nach dem Zusammenwachsen eines solidarischen, friedlichen und
- 19 weltoffenen Europas.

3.1. Sehnsucht und Zukunft: Ländliche Räume

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Ein Flächenland wie Brandenburg muss sich auch über den Zustand seiner ländlichen Räume definieren. In
2 der Landespolitik aber kommen sie kaum vor oder werden einseitig mit Schlagworten wie Abwanderung,
3 Verlust, Alterung verbunden. Die Wirklichkeit ist viel differenzierter und im ständigen Wandel: Immer mehr
4 Menschen ziehen aus Großstädten wie Berlin bewusst in ländliche Räume, immer mehr
5 Dorfbewohner*innen engagieren sich für ihre Region, Rückkehrer*innen und Digitalisierung tragen zur
6 Landlust bei. Diesen Trend und diese Menschen muss die Landespolitik unterstützen. Gutes Leben muss
7 überall möglich sein!

8 **Eine Landesstrategie für die Ländlichen Räume entwickeln**

9 Den bisherigen Blick auf die ländlichen Räume, der in ihnen im Vergleich zum Urbanen vor allem das
10 Defizitäre sieht, wollen wir ändern. Die ländlichen Räume sind nicht grundsätzlich strukturschwach,
11 sondern verfügen über eine andere Struktur, die wir bewahren und stärken wollen. Natürlich kann nicht
12 jedes Dorf ein Kino, eine Ärztin oder eine Schule haben. Dafür können Dörfer viel Ruhe, Direktanschluss an
13 die Natur oder ein besonderes Miteinander bieten. Auch deshalb ist die Zufriedenheit der
14 Brandenburger*innen in den ländlichen Räumen in allen Umfragen insgesamt groß. Allerdings sinkt sie
15 deutlich mit abnehmender Gemeinde- bzw. Dorfgröße: In den kleineren Gemeinden und Dörfern haben nur
16 16 Prozent der Menschen das Gefühl, dass ihre örtlichen Interessen von der Landes- oder Kommunalpolitik
17 wahrgenommen und vertreten werden. Dies ist für uns ein Alarmsignal, auf das wir entsprechend reagieren
18 wollen. Als dafür notwendige Voraussetzung wollen wir in der amtlichen Statistik des Landes
19 überhaupt erstmal Daten über Dörfer bzw. Ortsteile erfassen. Dies ist bisher nicht der Fall und Teil des
20 Problems.

21
22 Die Landespolitik muss daher eine landesplanerische Strategie für den ländlichen Raum entwerfen.
23 Raumordnungsprogramme müssen den Dörfern und kleinen Städten wieder mehr Raum geben. Der
24 Landesentwicklungsplan (LEP) geht auf die planerischen Erfordernisse im ländlichen Raum jedoch nur am
25 Rande ein. Schon der Name „LEP Hauptstadtregion“ zeigt eine starke Berlin-Zentrierung. Planerische
26 Aussagen zu den grundlegenden Herausforderungen des ländlichen Raums und zur Sicherung der
27 Daseinsvorsorge werden hingegen kaum getroffen, eine landesplanerische Strategie ist nicht erkennbar.
28 Die 2009 unter der SPD erfolgte Abschaffung der Grundzentren hat zur Ausdünnung der Infrastruktur
29 beigetragen. Wir wollen die Grundzentren wieder als Anker in der Fläche einführen. Bei der finanziellen
30 Ausstattung der Gemeinden, müssen wir zwischen Berliner Umland und dem weiteren Metropolenraum
31 klarer differenzieren. Im Berliner Umland geht es eher um die Bündelung und den Ausbau der
32 Infrastrukturen, im weiteren
33 Metropolenraum hingegen mehr um die Sicherung der Daseinsvorsorge.

34 **Mehr Mitbestimmung bei der Dorfentwicklung ermöglichen**

35 Dorfbewohner*innen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft und schaffen erst
36 lebendige Dörfer. Der Sicht der lokalen Handlungsebene fällt daher eine zentrale Rolle zu. Deshalb streiten

37 wir für mehr Selbstbestimmung von Dörfern und Ortsteilen. Die jüngere Entwicklung von
 38 Bürgerhaushalten ist beachtenswert und wir wollen sie in den ländlichen Räumen weiter vorantreiben.
 39 Bürgerschaftliche und politische Beteiligung als „kommunale Selbstgestaltungsaufgaben“ sind jedoch
 40 ohne ausreichende Finanzen nicht denkbar. Doch gerade daran mangelt es: Alle Kommunen in
 41 Haushaltssicherung im Land Brandenburg befinden sich in den ländlichen Regionen, ebenso nahezu alle
 42 Kommunen mit Kassenkrediten! Damit Gemeinden und Dörfer auch Mittel für freiwillige Aufgaben haben
 43 und die Bewohner*innen sich an Lösungen vor Ort beteiligen können ist eine Umstellung des kommunalen
 44 Finanzausgleichs nötig, um die ländlichen Räume zu stärken.

45 Im Unterschied zu den bestehenden Fördermaßnahmen im Rahmen der Dorfentwicklung wollen wir vor
 46 allem die dörfliche Lebenskultur sowie den Erhalt des Charakters ländlicher Gemeinden und deren Kultur
 47 stärken und dabei auch Dorfbewohner*innen verschiedener Altersgruppen einbeziehen. Wir wollen ein
 48 neues Landesförderprogramm für Dorfentwicklungskonzepte der sogenannten zweiten Generation
 49 einführen. Diese sollen explizit auch den sozialen Zusammenhalt stärken und sich nicht alleine auf den
 50 Erhalt des baukulturellen Erbes beschränken. Maßnahmen und Prozesse einer solchen sozialen
 51 Dorfentwicklung, wie sie auch auf Bundesebene vorangetrieben werden, können Anreize für die
 52 Verbundenheit mit dem dörflichen Umfeld schaffen. Dies gilt vor allem für Jugendliche sowie für die
 53 Stärkung des Miteinanders zwischen Altansässigen und Zugezogenen.

54 **Infrastruktur: Anschließen statt abhängen**

55
 56 Je kleiner die Gemeinde, desto größer ist in Brandenburg die Unzufriedenheit mit dem ÖPNV und der
 57 digitalen Infrastruktur. Dabei ist Mobilität Voraussetzung für Teilhabe am öffentlichen Leben. Weite Wege
 58 bis zur Haltestelle, lange Fahrzeiten in Bus und Bahn, oft nur noch Schülerverkehr – diese Realität führt zu
 59 großer Abhängigkeit vom Auto. Das erschwert vor allem für Jugendliche und ältere Menschen die
 60 Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten, Arbeit oder Ausbildungsplatz sowie Arzt und schränkt die
 61 Freizeitgestaltung ein. Eine bestehende Zugsbindung ist in ländlichen Gegenden für die Bewohner*innen
 62 außerordentlich wichtig. Ebenso besitzen auch gering frequentierte Bahnhöfe für das gesamte
 63 Streckennetz eine gewisse Relevanz, da sie eine Art Eingangstür darstellen, wovon wiederum andere
 64 Strecken und Halte profitieren.

65 Außerdem möchten wir, dass in ländlichen Regionen flexible Angebote einen höheren Stellenwert
 66 erhalten. Intelligente Mobilitätslösungen wie Rufbusse, Sammeltaxis, Carsharing auf dem Land oder lokale
 67 Mitfahrzentralen können hier Abhilfe schaffen. Sollten Teile der klassischen Linien durch flexible Angebote
 68 ersetzt werden, darf die Qualität nicht sinken. Nur wenn zusätzliche Angebote attraktiv und verlässlich
 69 sind, werden sie von den Menschen auch genutzt und können in den Öffentlichen Nahverkehr integriert
 70 werden. Wir fordern daher mehr Geld für den Öffentlichen Nahverkehr, überregionale Buslinien und das
 71 Ende der Stilllegungen von Bahnhalten. Außerdem wollen wir prüfen bei welchen aufgegebenen
 72 Bahnstrecken eine Reaktivierung erfolgsversprechend wäre. Darüber hinaus gilt es aber auch unnötige
 73 Wege zu vermeiden. Schulwege müssen kurz gehalten werden. Die Kita und die Schule im Dorf sind für
 74 viele Familien entscheidende Faktoren auf das Land zu ziehen oder dort zu bleiben.

76 **Brandenburg- Gibt's das auch digital?**

77 Eine schlechte Internetanbindung ist generell ein massiver Standortnachteil für Lebens-, Wohn- und
 78 Wirtschaftsentscheidungen. Gerade in den ländlichen Räumen ist die Netzabdeckung mangelhaft. Der
 79 geringen Aufmerksamkeit von Landespolitik und den großen Anbietern wollen wir durch die Möglichkeit
 80 zum Aufbau einer eigenen kommunalen Infrastruktur begegnen. So könnten Landkreise, z.B. über Stadt-
 81 bzw. Kreiswerke, Netze aufbauen und durch die Leitungsgebühren Einnahmen generieren, wie sie dies bei
 82 anderen Netzen auch tun. Dabei wollen wir sie unterstützen.

83 **Chancen der ökologischen Landwirtschaft nutzen**

84 Die Agrarindustrie schafft menschenleere Landschaften. Eine ökologische und regional verankerte
 85 Landwirtschaft kann hingegen Rückgrat einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in unseren ländlichen

86 Räumen sein. Brandenburg liefert bereits viele Rohstoffe in Bioqualität, die Verarbeitung findet jedoch
87 größtenteils außerhalb der Landesgrenzen statt. Deswegen brauchen wir eine Verarbeitungs- und
88 Vermarktungsoffensive für brandenburgische Produkte. Dazu wollen wir die Errichtung eines
89 "Kompetenzzentrum Ökolandbau" unterstützen, in welchem Experten neue Produktkonzepte aus
90 Brandenburger Bio-Zutaten entwickeln und den Aufbau entsprechender Verarbeitungsstrukturen fördern.

91
92 Zusammen mit Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben, Betrieben der Lebensmittelverarbeitung und
93 -vermarktung, der Gastronomie, dem ländlichen Tourismus, der Erzeugung erneuerbarer Energien, der
94 Umweltbildung und dem Gesundheitswesen bilden Landwirtschaftsbetriebe Wirtschaftsstrukturen, welche
95 Werte schaffen und die Wertschöpfung in den Regionen halten. Allein im unterversorgten Absatzmarkt
96 Berlin liegen große Chancen für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung in den ländlichen
97 Regionen. Aber auch der Landtourismus sowie die Imkerei, Fischerei und Aquakultur oder Wildvermarktung
98 bergen erhebliche Potenziale. Mehr noch: Die Produkte und Dienstleistungen einer stark diversifizierten
99 Landwirtschaft stabilisieren auch ländliche Strukturen, gestalten das dörfliche Leben lebendiger und
100 können dazu beitragen, in unseren Kleinstädten und auf unseren Dörfern eine funktionierende
101 Infrastruktur zu erhalten und voranzubringen. Die Vernetzung der ländlichen Wirtschaftsstrukturen und
102 Vermarktung von Produkten wollen wir deshalb stärker fördern.

3.1-A (Projekt) Unsere Dörfer bewahren: Bahnhöfe und ortsbildprägende Gebäude vor dem Verfall retten

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Denkmäler in Brandenburg schaffen Identität und einen kulturellen Wert, ihr Erhalt sorgt für
2 Arbeitsplätze in Handwerk und Tourismus auch in den ländlichen Räumen. Da der Denkmalfonds zur
3 Sicherung von gefährdeten Denkmalen und zur Anschubfinanzierung von wichtigen Bauarbeiten nicht
4 reicht, wollen wir ihn auf zwei Millionen Euro erweitern. Wir wollen die Unterstützung eines
5 Landesdenkmalpflegevereins mit beratenden Funktionen für private und öffentliche Bauherren prüfen.
6 Insbesondere gefährdete und ortsbildprägende Gebäude in Dörfern und Kleinstädten, wie z.B. Bahnhöfe,
7 alte Schulen oder Gutshäuser wollen wir sichern und so den Verfall stoppen. Dafür soll es einen
8 landesweiten Katalog geben, mit dem die Gemeinden diese Gebäude vermitteln können. Dieser soll über
9 den Sanierungsstand, die Baunutz- und die Grundstücksfläche, sowie über die Geschichte und
10 architektonische Eigenschaften Auskunft geben. Ehrenamtliche Vereine und Initiativen brauchen mehr
11 Unterstützung,
12 Nutzungskonzepte wie die Einrichtung von Dorfläden, Gemeindezentren, Museen oder Kultureinrichtungen
13 wollen wir fördern. Das Personal der Denkmalschutzbehörden wollen wir aufstocken, damit private
14 Eigentümer*innen, Vereine und Investor*innen eine gute Beratung erhalten und ihre Anträge in kürzeren
15 Fristen bearbeitet werden können. Die Neunutzung zum Wohnen oder als Werkstätten, Ateliers oder
16 Seminarhäusern mit Beherbergung wollen wir erleichtern und die Bauordnung entsprechend anpassen.
17 Konflikte zwischen etappenweisem Umbau und Beantragung des Gesamtprojekts, zwischen Denkmalschutz
18 und geplanter Nutzung, zwischen Vorschriften für Neu- und Umbau wollen wir pragmatisch lösen. Dafür
19 wollen wir auf Landesebene zwei Stellen für einen „Initiatoren-Lotsendienst“ schaffen, welcher gemeinsam
20 mit den lokalen Bauämtern und den Antragstellenden nach Lösungen sucht. Wir werden uns dafür
21 einsetzen, dass analog zum Naturschutz auch im Denkmalschutz ein Verbandsklagerecht im Gesetz
22 verankert wird.

Beschluss

(Projekt) Unsere Dörfer bewahren: Bahnhöfe und ortsbildprägende Gebäude vor dem Verfall retten

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Denkmäler in Brandenburg schaffen Identität und einen kulturellen Wert, ihr Erhalt sorgt für
2 Arbeitsplätze in Handwerk und Tourismus auch in den ländlichen Räumen. Da der Denkmalfonds zur
3 Sicherung von gefährdeten Denkmälern und zur Anschubfinanzierung von wichtigen Bauarbeiten nicht
4 reicht, wollen wir ihn auf zwei Millionen Euro erweitern. Wir wollen die Unterstützung eines
5 Landesdenkmalpflegevereins mit beratenden Funktionen für private und öffentliche Bauherren prüfen.
6 Insbesondere gefährdete und ortsbildprägende Gebäude in Dörfern und Kleinstädten, wie z.B. Bahnhöfe,
7 alte Schulen oder Gutshäuser wollen wir sichern und so den Verfall stoppen. Dafür soll es einen
8 landesweiten Katalog geben, mit dem die Gemeinden diese Gebäude vermitteln können. Dieser soll über
9 den Sanierungsstand, die Baunutz- und die Grundstücksfläche, sowie über die Geschichte und
10 architektonische Eigenschaften Auskunft geben. Ehrenamtliche Vereine und Initiativen brauchen mehr
11 Unterstützung,
12 Nutzungskonzepte wie die Einrichtung von Dorfläden, Gemeindezentren, Museen oder Kultureinrichtungen
13 wollen wir fördern. Das Personal der Denkmalschutzbehörden wollen wir aufstocken, damit private
14 Eigentümer*innen, Vereine und Investor*innen eine gute Beratung erhalten und ihre Anträge in kürzeren
15 Fristen bearbeitet werden können. Die Neunutzung zum Wohnen oder als Werkstätten, Ateliers oder
16 Seminarhäusern mit Beherbergung wollen wir erleichtern und die Bauordnung entsprechend anpassen.
17 Konflikte zwischen etappenweisem Umbau und Beantragung des Gesamtprojekts, zwischen Denkmalschutz
18 und geplanter Nutzung, zwischen Vorschriften für Neu- und Umbau wollen wir pragmatisch lösen. Dafür
19 wollen wir auf Landesebene zwei Stellen für einen „Initiatoren-Lotsendienst“ schaffen, welcher gemeinsam
20 mit den lokalen Bauämtern und den Antragstellenden nach Lösungen sucht. Wir werden uns dafür
21 einsetzen, dass analog zum Naturschutz auch im Denkmalschutz ein Verbandsklagerecht im Gesetz
22 verankert wird.

3.1-B (Projekt) Es lebe das Dorf!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Dörfer finden in der Kommunal- und Landespolitik kaum Gehör und haben nur wenig
- 2 Einflussmöglichkeiten. Das liegt vor allem an der letzter Gemeindegebietsreform, bei der viele Dörfer zu
- 3 größeren Gemeinden zusammengelegt oder gleich in mehr oder weniger große Städte eingegliedert
- 4 wurden. Dieser Prozess halbierte die landesweite Zahl von in den Gemeindevertretungen aktiven
- 5 Menschen von 12.000 auf nur noch rund 6.000. Wir wollen die Reform nicht zurücknehmen, aber die
- 6 Mitbestimmung der Dörfer deutlich verbessern. Dazu gehört für uns, dass die Dörfer durch Ortsteilbudgets
- 7 mehr finanzielle Eigenverantwortung erhalten. Für Entscheidungen der Gemeindevertretung, die den
- 8 Ortsteil betreffen, wollen wir in der Kommunalverfassung ein aufschiebendes Veto-Recht der Ortsbeiräte
- 9 festschreiben. Der Ortsbeirat wäre dann in der folgenden Gemeindevertretung anzuhören und die
- 10 Entscheidung kann anschließend überdacht werden. Um die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung
- 11 der Dörfer zu stärken, wollen wir
- 12 ein sogenanntes „Parlament der Dörfer“ im Sinne der Vorschläge der brandenburgischen und europäischen
- 13 Dorfbewegung ins Leben rufen, bei dem sich u.a. die Landespolitik jährlich den Gedanken, Fragen und
- 14 Anmerkungen aus den Dörfern stellen muss.

Beschluss

(Projekt) Es lebe das Dorf!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Dörfer finden in der Kommunal- und Landespolitik kaum Gehör und haben nur wenig
- 2 Einflussmöglichkeiten. Das liegt vor allem an der letzter Gemeindegebietsreform, bei der viele Dörfer zu
- 3 größeren Gemeinden zusammengelegt oder gleich in mehr oder weniger große Städte eingegliedert
- 4 wurden. Dieser Prozess halbierte die landesweite Zahl von in den Gemeindevertretungen aktiven
- 5 Menschen von 12.000 auf nur noch rund 6.000. Wir wollen die Reform nicht zurücknehmen, aber die
- 6 Mitbestimmung der Dörfer deutlich verbessern. Dazu gehört für uns, dass die Dörfer durch Ortsteilbudgets
- 7 mehr finanzielle Eigenverantwortung erhalten. Für Entscheidungen der Gemeindevertretung, die den
- 8 Ortsteil betreffen, wollen wir in der Kommunalverfassung ein aufschiebendes Veto-Recht der Ortsbeiräte
- 9 festschreiben. Der Ortsbeirat wäre dann in der folgenden Gemeindevertretung anzuhören und die
- 10 Entscheidung kann anschließend überdacht werden. Auch Bürgerbegehren wollen wir auf Ortsteilebene
- 11 zulassen, wenn das Begehren
- 12 lediglich den Ortsteil betrifft. Um die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung der Dörfer zu stärken,
- 13 wollen wir ein sogenanntes „Parlament der Dörfer“ im Sinne der Vorschläge der brandenburgischen und
- 14 europäischen Dorfbewegung ins Leben rufen, bei dem sich u.a. die Landespolitik jährlich den Gedanken,
- 15 Fragen und Anmerkungen aus den Dörfern stellen muss.

Beschluss

Sehnsucht und Zukunft: Ländliche Räume

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Ein Flächenland wie Brandenburg muss sich auch über den Zustand seiner ländlichen Räume definieren. In
2 der Regierungspolitik aber kommen sie kaum vor, oder werden einseitig mit Schlagworten wie
3 Abwanderung, Verlust, Alterung verbunden. Die Wirklichkeit ist viel differenzierter und im ständigen
4 Wandel: Immer mehr Menschen ziehen aus Großstädten wie Berlin bewusst in ländliche Räume, immer
5 mehr Dorfbewohner*innen engagieren sich für ihre Region, Rückkehrer*innen und Digitalisierung tragen
6 zur Landlust bei. Diesen Trend und diese Menschen muss die Landespolitik unterstützen. Gutes Leben muss
7 überall möglich sein!

8 **Eine Landesstrategie für die Ländlichen Räume entwickeln**

9 Wir arbeiten weiter daran, den bisherigen Blick auf die ländlichen Räume - der in ihnen im Vergleich zum
10 Urbanen vor allem das Defizitäre sieht - zu ändern. Die ländlichen Räume sind nicht grundsätzlich
11 strukturschwach, sondern verfügen über eine andere Struktur, die es teils zu bewahren aber auch
12 an neue Herausforderung anzupassen gilt. Natürlich kann nicht jedes Dorf ein Kino, eine Ärztin oder eine
13 Schule haben. Dafür können Dörfer viel Ruhe, Direktanschluss an die Natur oder ein besonderes
14 Miteinander bieten. Auch deshalb ist die Zufriedenheit der Brandenburger*innen in den ländlichen Räumen
15 in allen Umfragen insgesamt groß. Allerdings sinkt sie deutlich mit abnehmender Gemeinde- bzw.
16 Dorfgröße: In den kleineren Gemeinden und Dörfern haben nur 16 Prozent der Menschen das Gefühl, dass
17 ihre örtlichen Interessen von der Landes- oder Kommunalpolitik wahrgenommen und vertreten werden.
18 Dies ist für uns ein Alarmsignal, auf das wir entsprechend reagieren wollen. Eine wichtige Grundlage für
19 diese Aufgabe sind die Ergebnisse der von uns angestoßenen Enquetekommission "Zukunft der Ländlichen
20 Räume vor dem Hintergrund des demografischen Wandels". Wir setzen uns dafür ein, diese zu nutzen und
21 durch eine Stabsstelle in der Staatskanzlei zu verantworten. Als dafür notwendige Voraussetzung
22 wollen wir in der amtlichen Statistik des Landes überhaupt erstmal Daten über Dörfer bzw. Ortsteile
23 erfassen. Dies ist bisher nicht der Fall - und Teil des Problems.

24
25 Die Landespolitik muss daher eine landesplanerische Strategie für den ländlichen Raum entwerfen.
26 Raumordnungsprogramme müssen den Dörfern und kleinen Städten wieder mehr Raum geben. Der
27 Landesentwicklungsplan (LEP) geht auf die planerischen Erfordernisse im ländlichen Raum jedoch nur am
28 Rande ein. Schon der Name „LEP Hauptstadtregion“ zeigt eine starke Berlin-Zentrierung. Planerische
29 Aussagen zu den grundlegenden Herausforderungen des ländlichen Raums und zur Sicherung der
30 Daseinsvorsorge werden hingegen kaum getroffen, eine landesplanerische Strategie ist nicht erkennbar.
31 Die 2009 unter der SPD erfolgte Abschaffung der Grundzentren hat zur Ausdünnung der Infrastruktur
32 beigetragen. Wir wollen die Grundzentren wieder als Anker in der Fläche einführen. Bei der finanziellen
33 Ausstattung der Gemeinden, müssen wir zwischen Berliner Umland und dem weiteren Metropolenraum
34 klarer differenzieren. Im Berliner Umland geht es eher um die Bündelung und den Ausbau der
35 Infrastrukturen, im weiteren
36 Metropolenraum hingegen mehr um die Sicherung der Daseinsvorsorge.

37 **Mehr Mitbestimmung bei der Dorfentwicklung ermöglichen**

38 Dorfbewohner*innen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft und schaffen erst
39 lebendige Dörfer. Der Sicht der lokalen Handlungsebene fällt daher eine zentrale Rolle zu. Deshalb streiten
40 wir für mehr Selbstbestimmung von Dörfern und Ortsteilen. Die jüngere Entwicklung von
41 Bürgerhaushalten ist beachtenswert und wir wollen sie in den ländlichen Räumen weiter vorantreiben.
42 Bürgerschaftliche und politische Beteiligung als „kommunale Selbstgestaltungsaufgaben“ sind jedoch
43 ohne ausreichende Finanzen nicht denkbar. Doch gerade daran mangelt es: Alle Kommunen in
44 Haushaltssicherung im Land Brandenburg befinden sich in den ländlichen Regionen, ebenso nahezu alle
45 Kommunen mit Kassenkrediten! Damit Gemeinden und Dörfer auch Mittel für freiwillige Aufgaben haben
46 und die Bewohner*innen sich an Lösungen vor Ort beteiligen können ist eine Umstellung des kommunalen
47 Finanzausgleichs nötig, um die ländlichen Räume zu stärken.

48 Im Unterschied zu den bestehenden Fördermaßnahmen im Rahmen der Dorfentwicklung wollen wir vor
49 allem die dörfliche Lebenskultur sowie den Erhalt des Charakters ländlicher Gemeinden und deren Kultur
50 stärken und dabei auch Dorfbewohner*innen verschiedener Altersgruppen einbeziehen. Wir wollen ein
51 neues Landesförderprogramm für Dorfentwicklungskonzepte der sogenannten zweiten Generation
52 einführen. Diese sollen explizit auch den sozialen Zusammenhalt stärken und sich nicht alleine auf den
53 Erhalt des baukulturellen Erbes beschränken. Maßnahmen und Prozesse einer solchen sozialen
54 Dorfentwicklung, wie sie auch auf Bundesebene vorangetrieben werden, können Anreize für die
55 Verbundenheit mit dem dörflichen Umfeld schaffen. Dies gilt vor allem für Jugendliche sowie für die
56 Stärkung des Miteinanders zwischen Altansässigen und Zugezogenen.

57 **Infrastruktur: Anschließen statt abhängen**

58
59 Je kleiner die Gemeinde, desto größer ist in Brandenburg die Unzufriedenheit mit dem ÖPNV und der
60 digitalen Infrastruktur. Dabei ist Mobilität Voraussetzung für Teilhabe am öffentlichen Leben. Weite Wege
61 bis zur Haltestelle, lange Fahrzeiten in Bus und Bahn, oft nur noch Schülerverkehr – diese Realität führt zu
62 großer Abhängigkeit vom Auto. Das erschwert vor allem für Jugendliche und ältere Menschen die
63 Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten, Ärzt*innen, Arbeit oder Ausbildungsplatz und schränkt die
64 Freizeitgestaltung ein. Eine bestehende Zugsbindung ist in ländlichen Gegenden für die Bewohner*innen
65 außerordentlich wichtig. Ebenso besitzen auch gering frequentierte Bahnhöfe für das gesamte
66 Streckennetz eine Relevanz, da sie eine Art Eingangstür darstellen, wovon wiederum andere Strecken und
67 Halte profitieren.

68 Außerdem möchten wir, dass in ländlichen Regionen flexible Angebote einen höheren Stellenwert
69 erhalten. Intelligente Mobilitätslösungen wie Rufbusse, Sammeltaxis, Carsharing auf dem Land oder lokale
70 Mitfahrzentralen und Fahrradleihsysteme können hier Abhilfe schaffen. Sollten Teile der klassischen Linien
71 durch flexible Angebote ersetzt werden, darf die Qualität nicht sinken. Nur wenn zusätzliche Angebote
72 attraktiv und verlässlich sind, werden sie von den Menschen auch genutzt und können in den Öffentlichen
73 Nahverkehr integriert werden. Wir fordern daher mehr Geld für den Öffentlichen Nahverkehr, überregionale
74 Buslinien und das Ende der Stilllegungen von Bahnhalten. Außerdem wollen wir prüfen bei welchen
75 aufgegebenen Bahnstrecken eine Reaktivierung erfolgsversprechend wäre. Darüber hinaus gilt es aber
76 auch unnötige Wege zu vermeiden. Schulwege müssen kurz gehalten werden. Die Kita und die Schule im
77 Dorf sind für viele Familien entscheidende Faktoren auf das Land zu ziehen oder dort zu
78 bleiben.

79
80 **Brandenburg- Gibt's das auch digital?**

81 Eine schlechte Internetanbindung ist ein massiver Standortnachteil für Lebens-, Wohn- und
82 Wirtschaftsentscheidungen. Gerade in den ländlichen Räumen ist die Netzabdeckung von Mobilfunk und
83 Datenleitungen mangelhaft. Der geringen Aufmerksamkeit von Landespolitik und den großen Anbietern
84 wollen wir durch die Möglichkeit zum Aufbau einer eigenen kommunalen Leitungsinfrastruktur begegnen.
85 So könnten Landkreise, z.B. über Stadt- bzw. Kreiswerke, Netze aufbauen und durch die Leitungsgebühren
86 Einnahmen generieren, wie sie dies bei anderen Netzen auch tun. Dabei wollen wir sie unterstützen.

87 **Chancen der ökologischen Landwirtschaft nutzen**

88 Die Agrarindustrie schafft menschenleere Landschaften. Eine ökologische und regional verankerte
89 Landwirtschaft kann hingegen Rückgrat einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in unseren ländlichen
90 Räumen sein. Brandenburg liefert bereits viele Rohstoffe in Bioqualität, die Verarbeitung findet jedoch
91 größtenteils außerhalb der Landesgrenzen statt. Deswegen brauchen wir eine Verarbeitungs- und
92 Vermarktungsoffensive für brandenburgische Produkte. Dazu wollen wir die Errichtung eines
93 "Kompetenzzentrum Ökolandbau" unterstützen, in welchem Experten neue Produktkonzepte aus
94 Brandenburger Bio-Zutaten entwickeln und den Aufbau entsprechender Verarbeitungsstrukturen fördern.
95
96 Zusammen mit Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben, Betrieben der Lebensmittelverarbeitung und
97 -vermarktung, der Gastronomie, dem ländlichen Tourismus, der Erzeugung erneuerbarer Energien, der
98 Umweltbildung und dem Gesundheitswesen bilden Landwirtschaftsbetriebe Wirtschaftsstrukturen, welche
99 Werte schaffen und die Wertschöpfung in den Regionen halten. Allein im unterversorgten Absatzmarkt
100 Berlin liegen große Chancen für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung in den ländlichen
101 Regionen. Aber auch der Landtourismus sowie die Imkerei, Fischerei und Aquakultur oder Wildvermarktung
102 bergen erhebliche Potenziale. Mehr noch: Die Produkte und Dienstleistungen einer stark diversifizierten
103 Landwirtschaft stabilisieren auch ländliche Strukturen, gestalten das dörfliche Leben lebendiger und
104 können dazu beitragen, in unseren Kleinstädten und auf unseren Dörfern eine funktionierende
105 Infrastruktur zu erhalten und voranzubringen. Die Vernetzung der ländlichen Wirtschaftsstrukturen und
106 Vermarktung von Produkten wollen wir deshalb stärker fördern.

3.2. Es könnte so einfach sein: Digitalisierung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Digitalisierung bietet unschätzbare Chancen in allen Lebensbereichen um Menschen näher
2 zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und transparenter zu gestalten, Verwaltung effizienter zu
3 machen und Teilhabe zu stärken. Digitalisierung ermöglicht auch neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum,
4 die bisher an die Stadt gebunden waren. Gleichzeitig entsteht bei vielen ein Gefühl der Entfremdung, des
5 Abgehängt-Seins und der ständigen Beobachtung immer weiterer Lebensbereiche durch Firmen und den
6 Staat. Wir wollen daran mitwirken, die Chancen zu nutzen. Wir wollen die Begeisterung, mit der Neues
7 ausprobiert wird, fördern wo immer es geht und gerade junge Menschen in die Lage versetzen, sich
8 selbstbestimmt mit Technik auseinanderzusetzen.

9
10 Große Auswirkungen auf die Gesellschaft werden wir weiterhin sehr genau im Blick behalten und eine
11 breite gesellschaftliche Debatte einfordern, bevor Fakten geschaffen werden. Bei staatlichen Projekten gilt
12 für uns: Datenschutz und IT-Sicherheit sind nicht optionale Anhängsel, sondern Vorbedingung um
13 überhaupt zu starten. Großprojekte mit erheblichen Auswirkungen auf das alltägliche Leben, wie z.B.
14 Smart-City-Projekte müssen von Anfang an die Bürger*Innen sehr intensiv einbinden, damit tatsächlich die
15 Gesellschaft als ganzes profitiert. Eine bündnisgrüne Digitalisierung fördert nicht Monopole,
16 Abhängigkeiten und Bevormundung, sondern dient der Allgemeinheit und einem selbstbestimmten
17 Leben.

18 **Breitband, W-LAN und Mobilfunk - Wo gibt's denn hier Netz?**

19 Ein Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe im 21.
20 Jahrhundert. Die gleichberechtigte Teilhabe an der Errungenschaft eines leistungsfähigen Internets
21 betrachten wir als ein Grundrecht für alle Menschen. Mangelnde Internetanbindung ist außerdem ein
22 massiver Standortnachteil für Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsentscheidungen. Wir wollen das Internet als
23 partizipatorisches Medium erhalten und ausbauen. Dafür muss eine Teilhabe auch technisch möglich sein.
24 Daher lehnen wir stark asymmetrische Verbindungsmodelle (unterschiedliche Up- &
25 Downloadgeschwindigkeiten) ab und setzen uns auf allen Ebenen für eine Stärkung der Netzneutralität
26 ein. Aus all diesen Gründen setzen wir uns für einen zügigen und zukunftsfähigen Ausbau von
27 Glasfasernetzen bis in die Gebäude ein (Fibre to the home - FTTH). Dabei sollte das ganze Land durch den
28 weiteren Ausbau eines schnellen Internets profitieren.

29 Die Landesregierung hat zu lange zu wenig getan, um den Breitbandausbau voranzubringen. Statt eine
30 klare Strategie vorzugeben, ließ die Brandenburger Landesregierung die überforderten Kommunen
31 jahrelang im Regen stehen. Wir wollen das Ziel einer durchgehenden Glasfaserversorgung bis ins Haus und
32 Up- wie Downstream-Geschwindigkeiten von 1.000 Mbit/s in einem klaren Ausbauplan festlegen. Jeder
33 einzelne Schritt und jede einzelne Maßnahme müssen anhand dieses Ziels bewertet werden. Wir wollen
34 die Kommunen in die Lage versetzen, Netze schnell auszubauen. Dazu gehört ein zentrales Monitoring der
35 Situation, gezielte Initiativen und Unterstützung mit Informationen. Musterausschreibungen, wie sie

36 beispielsweise in Baden-Württemberg genutzt werden, können sehr effektiv zu einer flächendeckend
37 hohen Qualität des Ausbaus führen. Wo nötig, wollen wir ergänzende Fördermittel zur Verfügung stellen.

38 Besonders fördern wollen wir Initiativen zum Aufbau eigener kommunaler Infrastruktur. So könnten
39 insbesondere Landkreise, z.B. über Stadt- bzw. Kreiswerke, Netze aufbauen und durch die Leitungsgebühren
40 Einnahmen generieren, wie sie dies bei anderen Netzen auch tun. Auch Zusammenschlüsse von
41 Bürger*innen wollen wir dabei unterstützen, den Ausbau in die eigene Hand zu nehmen. Dabei ist uns
42 besonders wichtig, dass sich einzelne Akteure nicht nur die Regionen rauspicken, in denen der Netzausbau
43 profitabel ist, sondern auch die anderen davon profitieren.

44 Eine Förderung von Vectoring, das existierende Monopole noch verstärkt und nicht langfristig
45 zukunftsfähig ist, lehnen wir genauso ab, wie das Ausspielen der Breitbandversorgung gegen den
46 anlaufenden 5G-Ausbau. Rund um die Gebäude der Landesverwaltung möchten wir freies W-LAN anbieten.
47 Kommunen wollen wir ermutigen, dies bei passend gelegenen Gebäuden ebenfalls zu tun. Dabei wollen
48 wir Initiativen aus der Zivilgesellschaft, wie z.B. den Freifunk, aufgreifen und einbeziehen.

49 Der Mobilfunkausbau hat mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie Breitbandanschlüsse: Dünn
50 besiedelte Regionen können wirtschaftlich nicht entsprechend versorgt werden.

51 Die Landesregierung hat zu lange nur auf die Provider verwiesen; der sog. "Mobilfunkgipfel" zwischen der
52 Landesregierung, den Providern und Vertretern der Wirtschaft hat kaum Ergebnisse geliefert. Hier ist ein
53 stärkeres Engagement dringend geboten. Auf Bundesebene muss sich die Landesregierung vehement dafür
54 einsetzen, dass sich bei den anstehenden Frequenzversteigerungen die prozentuale Ausbaupflichtung
55 der Netzbetreiber nicht allein an den Haushalten, sondern auch an der Fläche und an vorhandenen
56 Verkehrswegen orientiert. Zudem muss bei der Bundesnetzagentur die Mobilfunkversorgung als
57 Universaldienstleistung – also Daseinsvorsorge – eingestuft werden.

58 **Datenschutz ist Grundrechtsschutz!**

59 Das Grundrecht auf Privatsphäre gerät durch staatliche und private Stellen unter immer stärkerem Druck.
60 Wir sehen Datenschutz als zentralen Bestandteil einer freien und sicheren Gesellschaft. Wir werden uns auf
61 Landesebene dafür einsetzen, dass Umsetzungsspielräume der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
62 dazu genutzt werden, den Datenschutz zu stärken.

63 Die Landesregierung hat eine effektive Durchsetzung des Datenschutzrechts gegenüber Behörden
64 verhindert. Bisher sind Geldbußen gegenüber öffentliche Stellen ausgeschlossen. Das wollen wir ändern.
65 Gerade bei Behörden müssen sich die Bürger*Innen darauf verlassen können, dass mit Ihren Daten
66 ordentlich umgegangen wird.

67 Um die tatsächliche Durchsetzung der geltenden Regeln zu sichern wollen wir außerdem die Stellung der
68 Landesbeauftragten für den Datenschutz erheblich stärken. Wir wollen die Stelle der Landesbeauftragten
69 entsprechend der gesetzlich vorgeschriebenen Unabhängigkeit als oberste Landesbehörde einrichten und
70 festschreiben, dass sie wie in der DSGVO vorgesehen in einem transparenten Prozess besetzt wird.
71 Außerdem müssen Bildungs- Beratungs- und Prüftätigkeiten der Datenschutzbeauftragten entsprechend
72 des gesetzlichen Auftrags auch personell möglich sein.

73 Den immer übergreifenderen Bestrebungen nach verdachtsunabhängiger Massenüberwachung durch
74 Sicherheitsbehörden und Unternehmen stellen wir uns entschieden entgegen. Whistleblower, die die
75 Gesellschaft auf wichtige Missstände hinweisen, wollen wir bestmöglich vor Repressionen schützen.

76 **Verwaltung digitalisieren – downloaden statt abholen**

77 Die Digitalisierung von Behörden-Dienstleistungen kann Zeit, Geld und Stress für Bürger*Innen und
78 Wirtschaft sowie die Verwaltung selbst sparen. Gerade im Flächenland Brandenburg ist ein einfacher
79 Online-Zugang zur Verwaltung auch eine Frage der Teilhabe, da lange Wege und beschränkte
80 Öffnungszeiten eine ernsthafte Hürde darstellen können. Außerdem kann durch eine sinnvolle
81 Digitalisierung die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigen.

82 Wir wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit
83 und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Um niemanden auszuschließen ist für uns dabei aber
84 auch klar, dass jede Behörden-Dienstleistung auf absehbare Zeit auch analog vor Ort angeboten werden
85 muss.

86 Ein Ansatz um Bürger*Innen die Interaktion mit der Verwaltung deutlich zu erleichtern ist das
87 "Once-Only-Prinzip", bei dem die bei den Behörden bereits vorhandene Daten nicht erneut angegeben
88 werden müssen. Wir setzen uns dafür ein, dieses Prinzip für die Daten innerhalb einzelner Behörden, die
89 regelmäßigen Kontakt mit Antragssteller*Innen pflegen zu erproben.

90 **Hohe Standards bei der IT-Sicherheit durchsetzen**

91 Grundvoraussetzung für jede Art von E-Government ist die Umsetzungsfähigkeit durch die Kommunen,
92 Landkreise und das Land. Bevor ein neuer Dienst an den Start gehen kann, müssen Datenschutz und
93 IT-Sicherheit sichergestellt sein. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann,
94 braucht es qualifizierte IT-Mitarbeiter*innen, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Wir wollen
95 auf allen Ebenen das IT-Know-How in den Behörden halten und ausbauen. Insbesondere den
96 IT-Dienstleister ZIT-BB der Brandenburger Landesverwaltung wollen wir stärken und als
97 Kompetenzzentrum aufbauen. Da Fachleute in diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss
98 besonderes Augenmerk auf Nachwuchsförderung und Ausbildung gelegt werden.

99 Bei der Beschaffung und dem Einsatz von Hard- und Software wollen wir Sozial- und Umweltstandards,
100 standardisierte Schnittstellen für den Datenaustausch sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards
101 zwingend festschreiben. Bei IT-Verträgen wollen wir eine "No-Spy-Klausel" einführen, damit Anbieter, die
102 mit ausländischen Geheimdiensten u.ä. zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können.
103 Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten wollen wir grundsätzlich durch Verschlüsselung
104 absichern. Bei der Kommunikation mit Bürger*innen und Wirtschaft wollen wir dies anbieten. Wie
105 vergangene Skandale zeigen, muss außerdem sehr viel größere Sorgfalt bei der Vergabe von
106 Zugriffsrechten gepflegt werden, um Missbrauch zu verhindern.

107 Die Abhängigkeit von einzelnen Softwareanbietern führt zu erheblichen Problemen, da nötige
108 Spezialanforderungen dadurch nicht effektiv durchgesetzt werden können. Sie muss daher dringend
109 verringert werden, nötigenfalls auch durch Eigenentwicklungen, z.B. in einem Zusammenschluss mehrerer
110 betroffener Behörden. Langfristig streben wir im Bereich der öffentlichen IT-Infrastruktur einen kompletten
111 Wechsel auf freie und quelloffene Software an, wie es z.B. schon Schleswig-Holstein beschlossen hat.
112 Damit auch Städte, Gemeinden und Landkreise an der Entwicklung teilhaben können, wollen wir, dass die
113 Landesverwaltung bei Planung, Umsetzung und Infrastruktur unterstützt. Das Anbieten von zentralisierten
114 Diensten kann an vielen Stellen sinnvoll sein, um Überforderung vor Ort zu vermeiden.

3.2-A (Projekt) Breitbandausbau im ganzen Land voranbringen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Ein Zugang zu schnellem Internet ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe im 21. Jahrhundert. Wir
2 wollen das Ziel einer durchgehenden Glasfaser-Versorgung bis ins Haus und Up- wie
3 Downstream-Geschwindigkeiten von 1.000 Mbits in einem klaren Ausbaukonzept festlegen. Jede einzelne
4 Maßnahme muss anhand dieses Ziels bewertet werden. Um die Kommunen in die Lage zu versetzen, den
5 zügigen Ausbau der Netze zu organisieren, wollen wir ein regelmäßiges Monitoring der Situation, gezielte
6 Initiativen und Unterstützung mit Informationen in einem Kompetenzzentrum. Musterausschreibungen,
7 können sehr effektiv zu einer flächendeckend hohen Qualität des Ausbaus führen. Wo nötig soll das Land
8 ergänzende Fördermittel zur Verfügung stellen, die zwingend an das Kriterium des Ausbaus von
9 Gigabit-Infrastrukturen zu knüpfen sind. Besonders fördern wollen wir Initiativen zum Aufbau eigener
10 kommunaler Infrastruktur. So könnten insbesondere Landkreise, z.B. über Stadt- bzw. Kreiswerke Netze
11 aufbauen und
12 durch die Leitungsgebühren Einnahmen generieren, wie sie dies bei anderen Netzen auch tun. Auch
13 Zusammenschlüsse von Bürger*innen wollen wir dabei unterstützen, den Ausbau in die eigene Hand zu
14 nehmen. Rund um die Gebäude der Landesverwaltung möchten wir freies W-LAN anbieten. Kommunen
15 wollen wir ermutigen, dies bei wichtigen Gebäuden ebenfalls zu tun. Dabei wollen wir Initiativen aus der
16 Zivilgesellschaft, wie z.B. den Freifunk, einbeziehen.

Beschluss

(Projekt) Breitbandausbau im ganzen Land voranbringen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Ein Zugang zu schnellem Internet ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe im 21. Jahrhundert. Wir
- 2 wollen das Ziel einer durchgehenden Glasfaser-Versorgung bis ins Haus und Up- wie
- 3 Downstream-Geschwindigkeiten von 1.000 Mbits in einem klaren Ausbaukonzept festlegen. Jede einzelne
- 4 Maßnahme muss anhand dieses Ziels bewertet werden. Um die Kommunen in die Lage zu versetzen, den
- 5 zügigen Ausbau der Netze zu organisieren, wollen wir ein regelmäßiges Monitoring der Situation, gezielte
- 6 Initiativen und Unterstützung mit Informationen in einem Kompetenzcenter. Musterausschreibungen,
- 7 können sehr effektiv zu einer flächendeckend hohen Qualität des Ausbaus führen. Wo nötig soll das Land
- 8 ergänzende Fördermittel zur Verfügung stellen, die zwingend an das Kriterium des Ausbaus von
- 9 Gigabit-Infrastrukturen zu knüpfen sind. Besonders fördern wollen wir Initiativen zum Aufbau eigener
- 10 kommunaler Infrastruktur. So könnten insbesondere Landkreise, z.B. über Stadt- bzw. Kreiswerke Netze
- 11 aufbauen und
- 12 durch die Leitungsgebühren Einnahmen generieren, wie sie dies bei anderen Netzen auch tun. Auch
- 13 Zusammenschlüsse von Bürger*innen wollen wir dabei unterstützen, den Ausbau in die eigene Hand zu
- 14 nehmen. Rund um die Gebäude der Landesverwaltung möchten wir freies W-LAN anbieten. Kommunen
- 15 wollen wir ermutigen, dies bei wichtigen Gebäuden ebenfalls zu tun. Dabei wollen wir Initiativen aus der
- 16 Zivilgesellschaft, wie z.B. den Freifunk, einbeziehen.

Beschluss

Es könnte so einfach sein: Digitalisierung

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Digitalisierung bietet unschätzbare Chancen in allen Lebensbereichen um Menschen näher
2 zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und transparenter zu gestalten, Verwaltung effizienter zu
3 machen und Teilhabe zu stärken. Digitalisierung ermöglicht auch neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum,
4 die bisher an größere Städte gebunden waren. Gleichzeitig entsteht bei vielen ein Gefühl der Entfremdung,
5 des Abgehängt-Seins und der ständigen Beobachtung immer weiterer Lebensbereiche durch Firmen und
6 den Staat. Wir wollen die Chancen im Sinne der Gesamtgesellschaft nutzen und dabei die Rechte der
7 Bürger*innen im digitalen Raum verteidigen. Wir wollen die Begeisterung, mit der Neues ausprobiert wird,
8 fördern wo immer es geht und gerade junge Menschen in die Lage versetzen, sich selbstbestimmt mit
9 Technik auseinanderzusetzen.

10
11 Auswirkungen auf die Gesellschaft werden wir weiterhin sehr genau im Blick behalten und eine breite
12 gesellschaftliche Debatte einfordern, bevor durch Politik oder Verwaltung Fakten geschaffen werden, die
13 schwer zurück zu nehmen sind. Bei staatlichen Projekten gilt für uns: Datenschutz und IT-Sicherheit sind
14 nicht optionale Anhängsel, sondern Vorbedingung um überhaupt zu starten. Großprojekte mit erheblichen
15 Auswirkungen auf das alltägliche Leben, wie z.B. Smart-City-Projekte müssen von Anfang an die
16 Bürger*Innen sehr intensiv einbinden, damit tatsächlich die Gesellschaft als ganzes profitiert. Eine
17 bündnisgrüne Digitalisierung fördert nicht Monopole, Abhängigkeiten und Bevormundung, sondern dient
18 der Allgemeinheit und einem selbstbestimmten Leben.

19 **Breitband, W-LAN und Mobilfunk - Wo gibt's denn hier Netz?**

20 Ein Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe im 21.
21 Jahrhundert. Die gleichberechtigte Teilhabe an der Errungenschaft eines leistungsfähigen Internets
22 betrachten wir als ein Grundrecht für alle Menschen. Mangelnde Internetanbindung ist außerdem ein
23 massiver Standortnachteil für Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsentscheidungen. Wir wollen das Internet als
24 partizipatorisches Medium erhalten und ausbauen. Dafür muss eine aktive Teilhabe auch technisch
25 möglich sein. Daher wollen wir stark asymmetrische Verbindungsmodelle (unterschiedliche Up- &
26 Downloadgeschwindigkeiten) perspektivisch ablösen und setzen uns auf allen Ebenen für eine Stärkung
27 der Netzneutralität ein. Aus all diesen Gründen setzen wir uns für einen zügigen und zukunftsfähigen
28 Ausbau von Glasfasernetzen bis in die Gebäude ein (Fibre to the home - FTTH). Dabei sollte das ganze Land
29 durch den weiteren Ausbau eines schnellen Internets profitieren. Zusätzlich setzen wir uns dafür
30 ein, dass auf Bundesebene ein Breitbandanschluss als Universaldienst eingestuft wird und damit zur
31 Daseinsvorsorge zählt.

32
33 Die Landesregierung hat zu lange zu wenig getan, um den Breitbandausbau voranzubringen. Statt eine
34 klare Strategie vorzugeben, ließ die Brandenburger Landesregierung die überforderten Kommunen
35 jahrelang im Regen stehen. Wir wollen das Ziel einer durchgehenden Glasfaserversorgung bis ins Haus und
36 Up- wie Downstream-Geschwindigkeiten von 1.000 Mbit/s in einem klaren Ausbaukonzept festlegen. Jeder

37 einzelne Schritt und jede einzelne Maßnahme müssen anhand dieses Ziels bewertet werden. Wir wollen
38 die Kommunen in die Lage versetzen, Netze schnell auszubauen. Dazu gehört ein zentrales Monitoring der
39 Situation, gezielte Initiativen und Unterstützung mit Informationen. Musterausschreibungen, wie sie
40 beispielsweise in Baden-Württemberg genutzt werden, können sehr effektiv zu einer flächendeckend
41 hohen Qualität des Ausbaus führen. Wo nötig, wollen wir ergänzende Fördermittel zur Verfügung stellen.

42 Besonders fördern wollen wir Initiativen zum Aufbau eigener kommunaler Infrastruktur. So könnten
43 insbesondere Landkreise, z.B. über Stadt- bzw. Kreiswerke, Netze aufbauen und durch die Leitungsgebühren
44 Einnahmen generieren, wie sie dies bei anderen Netzen auch tun. Auch Zusammenschlüsse von
45 Bürger*innen wollen wir dabei unterstützen, den Ausbau in die eigene Hand zu nehmen. Dabei ist uns
46 besonders wichtig, dass sich einzelne Akteure nicht nur die Regionen rauspicken, in denen der Netzausbau
47 profitabel ist, sondern auch die anderen davon profitieren.

48 Eine Förderung von Vectoring, das existierende Monopole noch verstärkt und nicht langfristig
49 zukunftsfähig ist, lehnen wir genauso ab, wie das Auspielen der Breitbandversorgung gegen den
50 anlaufenden 5G-Ausbau. Rund um die Gebäude der Landesverwaltung möchten wir freies W-LAN anbieten.
51 Kommunen wollen wir ermutigen, dies bei passend gelegenen Gebäuden ebenfalls zu tun. Dabei wollen
52 wir Initiativen aus der Zivilgesellschaft, wie z.B. den Freifunk, aufgreifen und einbeziehen. Wir setzen uns
53 dafür ein, dass Freifunk-Initiativen endlich als gemeinnützig anerkannt werden können.

54 Der Mobilfunkausbau hat mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie Breitbandanschlüsse: Dünn
55 besiedelte Regionen können wirtschaftlich nicht entsprechend versorgt werden.

56 Die Landesregierung hat zu lange nur auf die Provider verwiesen; der sog. "Mobilfunkgipfel" zwischen der
57 Landesregierung, den Providern und Vertretern der Wirtschaft hat kaum Ergebnisse geliefert. Hier ist ein
58 stärkeres Engagement dringend geboten. Auf Bundesebene muss sich die Landesregierung vehement dafür
59 einsetzen, dass sich bei den anstehenden Frequenzversteigerungen die prozentuale Ausbaupflichtung
60 der Netzbetreiber nicht allein an den Haushalten, sondern auch an der Fläche und an vorhandenen
61 Verkehrswegen orientiert.

62 **Datenschutz ist Grundrechtsschutz!**

63 Das Grundrecht auf Privatsphäre gerät durch staatliche und private Stellen unter immer stärkerem Druck.
64 Wir sehen Datenschutz als zentralen Bestandteil einer freien und sicheren Gesellschaft. Wir werden uns auf
65 Landesebene dafür einsetzen, dass Umsetzungsspielräume der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
66 dazu genutzt werden, den Datenschutz zu stärken.

67 Die Landesregierung hat eine effektive Durchsetzung des Datenschutzrechts gegenüber Behörden
68 verhindert. Bisher sind Geldbußen gegenüber öffentliche Stellen ausgeschlossen. Das wollen wir ändern.
69 Gerade bei Behörden müssen sich die Bürger*Innen darauf verlassen können, dass mit Ihren Daten
70 ordentlich umgegangen wird.

71 Um die tatsächliche Durchsetzung der geltenden Regeln zu sichern wollen wir außerdem die Stellung der
72 Landesbeauftragten für den Datenschutz erheblich stärken. Wir wollen die Stelle der Landesbeauftragten
73 entsprechend der gesetzlich vorgeschriebenen Unabhängigkeit als oberste Landesbehörde einrichten und
74 festschreiben, dass sie wie in der DSGVO vorgesehen in einem transparenten Prozess besetzt wird.
75 Außerdem müssen Bildungs- Beratungs- und Prüftätigkeiten der Datenschutzbeauftragten entsprechend
76 des gesetzlichen Auftrags auch personell möglich sein.

77 Den immer übergreifenderen Bestrebungen nach verdachtsunabhängiger Massenüberwachung durch
78 Sicherheitsbehörden und Unternehmen stellen wir uns entschieden entgegen. Whistleblower, die die
79 Gesellschaft auf wichtige Missetände hinweisen, wollen wir bestmöglich vor Repressionen schützen.

80 **Verwaltung digitalisieren – downloaden statt abholen**

81 Die Digitalisierung von Behörden-Dienstleistungen kann Zeit, Geld und Stress für Bürger*Innen und
82 Wirtschaft sowie die Verwaltung selbst sparen. Gerade im Flächenland Brandenburg ist ein einfacher

83 Online-Zugang zur Verwaltung auch eine Frage der Teilhabe, da lange Wege und beschränkte
84 Öffnungszeiten eine ernsthafte Hürde darstellen können. Außerdem kann durch eine sinnvolle
85 Digitalisierung die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigen.

86 Wir wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit,
87 Bürger*innenfreundlichkeit und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Um niemanden
88 auszuschließen ist für uns dabei aber auch klar, dass jede Behörden-Dienstleistung auf absehbare Zeit
89 auch analog vor Ort angeboten werden muss.

90 Ein Ansatz um Bürger*Innen die Interaktion mit der Verwaltung deutlich zu erleichtern ist das
91 "Once-Only-Prinzip", bei dem die bei den Behörden bereits vorhandene Daten nicht erneut angegeben
92 werden müssen. Wir setzen uns dafür ein, dieses Prinzip für die Daten innerhalb einzelner Behörden, die
93 regelmäßigen Kontakt mit Antragssteller*Innen pflegen zu erproben.

94 **Hohe Standards bei der IT-Sicherheit durchsetzen**

95 Grundvoraussetzung für jede Art von E-Government ist die Umsetzungsfähigkeit durch die Kommunen,
96 Landkreise und das Land. Bevor ein neuer Dienst an den Start gehen kann, müssen Datenschutz und
97 IT-Sicherheit sichergestellt sein. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann,
98 braucht es qualifizierte IT-Mitarbeiter*innen, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Wir wollen
99 auf allen Ebenen das IT-Know-How in den Behörden halten und ausbauen. Insbesondere den
100 IT-Dienstleister ZIT-BB der Brandenburger Landesverwaltung wollen wir stärken und als
101 Kompetenzzentrum aufbauen. Da Fachleute in diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss
102 besonderes Augenmerk auf Nachwuchsförderung und Ausbildung gelegt werden.

103 Bei der Beschaffung und dem Einsatz von Hard- und Software wollen wir Sozial- und Umweltstandards,
104 standardisierte Schnittstellen für den Datenaustausch sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards
105 zwingend festschreiben. Bei IT-Verträgen wollen wir eine "No-Spy-Klausel" einführen, damit Anbieter, die
106 mit ausländischen Geheimdiensten u.ä. zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können. Die
107 IT-Infrastruktur wollen wir klimaneutral betreiben. Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten wollen
108 wir grundsätzlich durch Verschlüsselung absichern. Bei der Kommunikation mit Bürger*innen und
109 Wirtschaft wollen wir dies anbieten. Wie vergangene Skandale zeigen, muss außerdem sehr viel größere
110 Sorgfalt bei der Vergabe von Zugriffsrechten gepflegt werden, um Missbrauch zu verhindern.

111 Die Abhängigkeit von einzelnen Softwareanbietern führt zu erheblichen Problemen, da nötige
112 Spezialanforderungen dadurch nicht effektiv durchgesetzt werden können. Sie muss daher dringend
113 verringert werden, nötigenfalls auch durch Eigenentwicklungen, z.B. in einem Zusammenschluss mehrerer
114 betroffener Behörden. Langfristig streben wir im Bereich der öffentlichen IT-Infrastruktur einen kompletten
115 Wechsel auf freie und quelloffene Software an, wie es z.B. schon Schleswig-Holstein beschlossen hat.
116 Damit auch Städte, Gemeinden und Landkreise an der Entwicklung teilhaben können, wollen wir, dass die
117 Landesverwaltung bei Planung, Umsetzung und Infrastruktur unterstützt. Das Anbieten von zentralisierten
118 Diensten kann an vielen Stellen sinnvoll sein, um Überforderung vor Ort zu vermeiden.

3.3 Kein Widerspruch: Freiheit und Sicherheit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 **Polizei bürgernah machen sowie personell und materiell gut ausstatten**

2 Bündnis 90/Die Grünen verstehen sich als die Partei der Grund- und Bürgerrechte. Vorschläge zur
3 Verbesserung der inneren Sicherheit prüfen wir nach drei Kriterien sorgfältig: Rechtsstaatlichkeit,
4 Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit. Die Sicherheit im Land wird dagegen nicht gestärkt, indem man
5 Bürgerrechte massiv beschneidet. Maßnahmen, die die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken,
6 lehnen wir ab. Instrumentarien, die das Bundesverfassungsgericht dem Bundeskriminalamt ausnahmsweise
7 zur Terrorabwehr zugestanden hat, dürfen nicht Alltag im Polizeiwesen werden. Laut Polizeilicher
8 Kriminalstatistik 2017 geht die Kriminalität in Brandenburg auch weiterhin zurück. Dies unterstreicht, dass
9 keine grundsätzlich neuen Befugnisse für die Polizei vonnöten sind. Brandenburg kann beides:
10 Bürgerrechte bewahren und gleichzeitig sicher sein!

11 Wir wollen eine bürgernahe, personell und materiell gut ausgestattete Polizei. Brandenburg braucht mehr
12 Polizistinnen und Polizisten in der Fläche, die ansprechbar, gut geschult und auf Augenhöhe mit den
13 Sorgen der Bürger*innen sind. Wir wollen eine weltoffene und moderne Polizei und sie in die Lage
14 versetzen, die zunehmenden Hass-Delikte im Internet und die Wirtschaftskriminalität wirksam zu
15 verfolgen. Auch in ländlichen Räumen muss wieder mehr Präsenz möglich sein, um Vieh- und
16 Maschinendiebstähle effektiv verhindern bzw. aufklären zu können. Wir wollen die Alltags-Ausrüstung der
17 Polizei verbessern und modernisieren. Außerdem werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für
18 Polizeibeamt*innen stärken. Um die Motivation zu erhöhen und den Krankenstand zu senken, wollen wir
19 das Gesundheitsmanagement ausweiten. Beamt*innen, die länger als bis zum Pensionierungsalter arbeiten
20 wollen, sollen dies tun können. Dafür wollen wir den Pensionseintritt flexibler gestalten. Das inzwischen
21 undurchschaubar gewordene Zulagensystem wollen wir entrümpeln und fair für alle gestalten.

22 Zu einer bürgernahen Polizei gehört auch ein transparenter Umgang mit Kritik. Wir streben die Schaffung
23 einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle an, die gleichermaßen Anlaufstelle für Bürger*innen als auch
24 für Polizeibeamt*innen sein soll. Damit schaffen wir eine Art Kontaktzentrum für die Zivilgesellschaft mit
25 der Aufgabe, reale oder vermeintliche Übergriffe aus dem Polizeiapparat überprüfen zu lassen. Zur
26 Wahrung der Unabhängigkeit soll die Beschwerdestelle beim Landtag angesiedelt sein. So schaffen wir
27 mehr Vertrauen in eine bürgernahe Polizei.

28 29 **Maß halten: Überwachung und Militarisierung zurückweisen**

30 Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und Online-Durchsuchung stellen tiefgreifende Eingriffe
31 in das Privatleben dar, da ein Schadprogramm auf dem Gerät installiert werden muss, das prinzipiell
32 privateste Informationen mitschneiden kann. Noch problematischer sind diese Maßnahmen aber, weil sie
33 erfordern, dass der Staat aktiv Sicherheitslücken, die alle Geräte betreffen, geheim hält, um sie gegen
34 einzelne Verdächtige einzusetzen. Damit wird die innere Sicherheit nicht gestärkt, sondern massiv
35 geschwächt. Von IT-Sicherheit hängt nicht nur die Privatsphäre aller Bürger*Innen ab, sondern auch das
36 Funktionieren unserer Behörden, Infrastruktur und der gesamten Wirtschaft. Bereits erfolgte verheerende

37 Angriffe z.B. auf Britische Krankenhäuser auf Basis von Sicherheitslücken, die Geheimdiensten bereits
38 jahrelang bekannt waren, zeigen, welch immenser Schaden dadurch angerichtet werden kann. Wir wollen
39 Vertraulichkeit und Integrität von IT-Systemen gewährleisten. Das bedeutet für uns,
40 Sicherheitslücken zu beseitigen statt auszunutzen.

41 Die Elektronische Fußfessel stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte des Betroffenen dar
42 und wird daher bisher nur gegen schwere, gerichtlich verurteilte Straftäter*innen eingesetzt. Einen
43 vorbeugenden Einsatz lehnen wir als grundgesetzwidrig und unverhältnismäßig ab, zumal sie
44 erwiesenermaßen niemanden an einem Terroranschlag oder einer Straftat hindern kann. Auch eine
45 flächendeckende Schleierfahndung lehnen wir ab. Sie bindet im Verhältnis zum Ertrag viel zu viele
46 Ressourcen, die an anderen Stellen dringender benötigt werden. Die Sammlung und Auswertung von
47 Massendaten beispielsweise aus dem Bereich der Telekommunikation halten wir für einen
48 unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte aller Bürger*innen. Außerdem ist sie weitgehend
49 ungeeignet, um terrorbereite Personen zu ermitteln. Sowohl der Berliner Weihnachtsmarktattentäter Anis
50 Amri als auch die NSU-Rechtsterrorist*innen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe waren
51 bereits vor ihren Attentaten den
52 Sicherheitsbehörden aufgefallen. Es waren also keine solchen Massendaten erforderlich, um diese
53 Terrorist*innen als solche zu erkennen.

54 Videoüberwachung kann potenzielle Straftäter*innen und Terrorist*innen nicht abschrecken. Sie kann an
55 neuralgischen Orten mit erhöhtem Gefahrenpotential Menschen ein Gefühl von Sicherheit vermitteln und
56 helfen, Straftaten besser aufzuklären. Um dem präventiven Ansatz der Videoüberwachung gerecht zu
57 werden, wird genügend Personal benötigt, damit bei einem erkannten Ereignis unmittelbar reagiert
58 werden kann. Eine flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raums ist mit unseren Grund- und
59 Freiheitsrechten nicht vereinbar. Auch eine technische Aufrüstung der Videoüberwachungssysteme in
60 Richtung einer automatisierten Verhaltensbewertung oder Identifikation von Personen lehnen wir ab.

61
62 Eine Militarisierung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten weisen wir als völlig
63 unverhältnismäßig zurück. Dafür gibt es andere Spezialeinheiten. Die Aufgaben von Polizeihunden
64 beschränken wir auf Such- und Spürtätigkeiten. Tiere sind keine Waffen und dürfen nicht als solche
65 eingesetzt werden.

66 Wir wollen gesetzliche Regelungen, die auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren,
67 grundsätzlich zeitlich befristen, um ihre tatsächliche Wirksamkeit sowie ihre anhaltende Notwendigkeit
68 überprüfen zu können. Als wichtigsten Baustein der Terrorabwehr sehen wir die Prävention gegen
69 Radikalisierung an. Die Prävention wollen wir beispielsweise in Schulen, in den Gemeinden, in der
70 Sozialarbeit und in Gefängnissen stärker fördern. Daneben müssen angesichts neuer Herausforderungen
71 durch internationalen Terrorismus hohe Aus- und Fortbildungsstandards für die Kriminalpolizei,
72 insbesondere für Spezialist*innen im Staatsschutzbereich, geschaffen werden, die bundesweit gelten. Wir
73 wollen für eine ausreichende Personaldecke sorgen.

74 **Hass, Hetze und Mobbing im Netz bekämpfen**

75 Wir erleben gerade in den sozialen Medien eine Verrohung der Sprache, eine sich ausbreitende
76 Respektlosigkeit gegen Andersdenkende und offen vorgetragene Hassparolen gegen Nichtdeutsche,
77 Glaubensgemeinschaften, Minderheiten, einzelne Bevölkerungsgruppen oder schlicht Andersdenkende.
78 Hass, Hetze und Mobbing stellen eine Bedrohung für unsere offene Gesellschaft dar, da sie Menschen
79 gezielt von der gleichberechtigten Teilnahme an einer Debatte abhalten. Wir fordern, dass
80 Einschüchterungen und Straftaten dieser Art mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Der
81 Ausweitung der privaten Rechtsdurchsetzung widersprechen wir, stattdessen fordern wir einen Ausbau der
82 Kapazitäten und gezielte Schulungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in diesem Bereich. Wir wollen
83 auch Opferschutzverbände, Beratungsstellen und psychotherapeutischen Einrichtungen entsprechend
84 unterstützen. Zudem braucht es einfachere Wege, solche Inhalte zu melden und anzuzeigen. Die
85 massenhafte Nichtbearbeitung

86 von Anzeigen in diesem Bereich aufgrund von Überlastung der Sicherheitsbehörden darf nicht mehr
87 vorkommen.

88 **Die Justiz arbeitsfähig machen**

89 Ein funktionierender Rechtsstaat ist zu allererst ein Schutz für die schwächsten Mitglieder einer
90 Gesellschaft, die nicht die Macht haben, auf anderen Wegen zu ihrem Recht zu kommen. Damit erfüllt er
91 eine unverzichtbare Funktion für den Sozialen Frieden und Gerechtigkeit im Land und ist eine wichtige
92 Säule jedes demokratischen Staates. Wir sind stolz auf den guten Rechtsstaat, der in 25 Jahren in
93 Brandenburg aufgebaut wurde und wollen alles daran setzen, ihn weiter zu verbessern und Missstände zu
94 beheben.

95
96 Die Verfahrensdauer in Brandenburg zählt zu den längsten bundesweit, was das Vertrauen in den
97 Rechtsstaat schwer beschädigt. Dies führt auch regelmäßig zu sogenannten „Strafrabatten“ für Verurteilte.
98 Ursache ist eine andauernde Personalnot und der hohe Krankenstand im gesamten Justizwesen, aufgrund
99 von Arbeitsbelastung und Personalengpässen. Durch die Überalterung und die damit verbundene hohe
100 Anzahl an Bediensteten, die in den kommenden Jahren in Pension gehen, wird sich das Problem sogar noch
101 weiter verschärfen. Wir wollen den Rechtsstaat reaktionsschnell machen und eine angemessene
102 Verfahrensdauer erreichen. Kleine Amtsgerichte und Außenstellen möchten wir erhalten und alle
103 Formulare via Internet erreichbar machen. Diese wollen wir in puncto Verständlichkeit deutlich verbessern.
104 Für die Umsetzung aller Maßnahmen bedarf es entsprechend ausgebildeten Personals in ausreichender
105 Zahl. Die von der Landesregierung angekündigten Verbesserungen sind nicht ausreichend.

106 Statt Gefängnis-Karrieren zu befördern oder Menschen einfach wegzusperren setzen wir im Justizvollzug
107 auf die Chance auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Das grundsätzlich gut aufgestellte
108 Strafvollzugsgesetz des Landes mit seinem Fokus auf Resozialisierung wollen wir dahingehend auch
109 konsequenter umsetzen. Eine gelungene Resozialisierung ist der beste Schutz für die Bevölkerung. Die
110 Diskussion über Gewalt wird vor allem nach besonders drastischen Fällen immer wieder auf das Strafrecht
111 verengt. Doch anstatt medienwirksam nach drakonischen Strafen zu rufen, brauchen wir dringend eine
112 Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt, insbesondere bei Jugendlichen. Im Jugendvollzug steht
113 für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund.

114
115 Wir wollen außerdem Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung schaffen und Gerichte entlasten z.B.
116 durch Umstrukturierungen - wie Amtsanwält*innen und Rechtspfleger*innen in Rheinland-Pfalz - sowie der
117 Zurückdrängung von Ersatzfreiheitsstrafen.

118 **Die Feuerwehren fit für die Zukunft machen: Handeln, bevor es brennt**

119
120
121 Die verheerenden Waldbrände letzten Sommer haben allen vor Augen geführt, wie wichtig ein
122 funktionierender Brand- und Katastrophenschutz für Brandenburg ist. In Anbetracht des Klimawandels und
123 der hohen Munitionsbelastung weiter Landesflächen durch ehemalige Militärgelände bleibt die
124 Waldbrandgefahr hoch. Gleichzeitig sinken die Mitgliederzahlen bei den freiwilligen Wehren und den
125 Hilfsorganisationen kontinuierlich aufgrund der demografischen Entwicklung, vielen Berufspendler*innen
126 und eines geänderten Freizeitverhaltens. Damit ist die Tageseinsatzbereitschaft vielerorts gefährdet.
127 Zudem hat die Häufigkeit und Komplexität der Einsatzlagen in den vergangenen Jahren zugenommen.

128
129 Die gestiegenen Anforderungen schlagen sich auch in einem gestiegenen Bedarf an Aus- und
130 Weiterbildung nieder. Wir fordern eine Ausweitung der Ausbildungs- und Schulungskapazitäten an der
131 Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE). Diese soll zudem neben Eisenhüttenstadt einen
132 zweiten Standort erhalten, um den Anforderungen eines großen Flächenlandes gerecht zu werden.

133
134 Das bewährte System unserer Stützpunktfeuerwehren wollen wir erhalten und fortentwickeln. Für die
135 Beschaffung von modernen Einsatzmitteln und Modernisierung von Feuerwachen halten wir auch

136 weiterhin Landesmittel für angebracht und unverzichtbar. Mittelfristig wird aber zur Aufrechterhaltung der
137 Einsatzbereitschaft die Unterfütterung von stark belasteten freiwilligen Wehren mit hauptamtlichen
138 Kräften unvermeidbar sein. Hier wollen wir, dass Land und Kommunen gemeinsam ein tragfähiges
139 Finanzierungskonzept entwickeln. Das Berufsbild „Kommunalbedienstete mit Feuerwehraufgaben“ sollte
140 rasch eingeführt werden.

141

142 Ein wertschätzender Umgang mit dem Ehrenamt ist unabdingbar. Wir unterstützen ein Prämiensystem,
143 welches langjährig tätige Freiwillige im Brand- und Katastrophenschutz mit Einmalzahlungen in
144 Zehnjahresstufen eine monetäre Anerkennung zuteil werden lässt. Nicht hinnehmbar sind Unterschiede in
145 der Hinterbliebenenversorgung. Ein Unfall im Ehrenamt darf nicht zu einem finanziellen Desaster führen.
146 Hier wollen wir weiterhin für einen Ausgleich über den Landeshaushalt sorgen, bis
147 Sozialversicherungssysteme angepasst sind.

148

149 Wir wollen Feuerwehrräfte von Aufgaben entlasten, die auch von anderer Stelle qualifiziert durchgeführt
150 werden können, solange keine Gefahr für Leib und Leben droht: Beseitigung von Ölsuren auf Straßen,
151 Tragehilfe im Rettungsdienst sowie Notöffnung von Türen. Dem Waldumbau weg von Kiefermonokulturen
152 kommt bei der Prävention von Waldbränden große Bedeutung zu. Bei der Waldbrandbekämpfung aus der
153 Luft bei Großschadenslagen setzen wir uns für vertiefte Kooperationen mit dem Bund und anderen
154 Ländern ein.

155 **Mehr Freiheit wagen**

156 Freiheit ist kein Tool im politischen Baukasten, sondern ein Grundwert, der auf Recht und Verantwortung
157 beruht. Überall kämpfen Menschen um ihre Freiheit. Sie wird von verschiedensten Seiten immer wieder
158 bedroht und muss gesellschaftlich immer wieder neu ausgehandelt werden. Aktuell gibt es neue autoritäre
159 Bestrebungen, die auf eine einheitliche "Volksgemeinschaft" hinarbeiten und damit auf die Rückabwicklung
160 vieler erkämpfter Freiheiten des Einzelnen Menschen. Aber auch Umweltverschmutzung, wirtschaftliche
161 Zwänge, unkontrollierte Machtkonzentrationen beeinflussen maßgeblich, welche Freiheiten wir tatsächlich
162 ausleben können.

163 Wir wollen grundsätzlich die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund stellen. Wo
164 durch die Summe des Verhaltens einzelner ein gesamtgesellschaftlicher Schaden entsteht, können
165 gesetzliche Regelungen und Verbote nach ausführlicher gesellschaftlicher Debatte nötig und sinnvoll sein.
166 Alles, was anderen nicht schadet, geht hingegen den Staat nichts an und sollte nur der persönlichen
167 Lebensgestaltung überlassen werden.

168 Daher wollen wir unnütze Verbote abschaffen. Dazu gehört beispielsweise das Tanzverbot am Karfreitag:
169 solange die Feiertagsruhe von anderen nicht beeinträchtigt wird, soll jede*r, der tanzen will, dies auch tun!
170 Cannabis-Konsum und Schwarzfahren wollen wir entkriminalisieren. Damit entlasten wir auch Polizei und
171 Justiz, die sich dann stärker den wirklichen Verbrechen und Gefahren widmen können.

3.3-A (Projekt) Bürgernahe Polizei mit mehr Personal und guter Ausstattung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir wollen eine bürgernahe, personell und materiell gut ausgestattete Polizei. Brandenburg braucht mehr
2 Polizist*innen in der Fläche, die ansprechbar, gut geschult und auf Augenhöhe mit den Sorgen der
3 Bürger*innen sind. Auch in ländlichen Räumen muss wieder mehr Präsenz möglich sein, um Vieh- und
4 Maschinendiebstähle effektiv verhindern bzw. aufklären zu können. Wir wollen die Vereinbarkeit von
5 Familie und Beruf stärken und das Gesundheitsmanagement ausweiten um den Krankenstand zu senken.
6 Beamt*innen, die länger als bis zum Pensionierungsalter arbeiten wollen, sollen dies tun dürfen. Dafür
7 wollen wir den Pensionseintritt flexibler gestalten. Das inzwischen undurchschaubar gewordene
8 Zulagensystem wollen wir entrümpeln und fair für alle gestalten. Um mehr Transparenz herzustellen und
9 das Vertrauen und Ansehen der Polizei zu stärken streben wir die Schaffung einer unabhängigen
10 Polizeibeschwerdestelle an. Sie soll gleichermaßen Anlaufstelle für Bürger*innen als auch für
11 Polizeibeamt*innen
12 und beim Landtag angesiedelt sein. Maßnahmen, die die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken,
13 lehnen wir ab. Dazu gehören Militarisierung der Polizei z.B. mit Handgranaten, elektronische Fußfesseln für
14 nicht gerichtlich Verurteilte, Staatstrojaner oder flächendeckende Videoüberwachung. Wir wollen
15 gesetzliche Regelungen, die auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren, grundsätzlich
16 zeitlich befristen, um ihre tatsächliche Wirksamkeit sowie ihre anhaltende Notwendigkeit überprüfen zu
17 können.

Beschluss

(Projekt) Bürgernahe Polizei mit mehr Personal und guter Ausstattung

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen eine bürgernahe, personell und materiell gut ausgestattete Polizei. Brandenburg braucht mehr
- 2 Polizist*innen in der Fläche, die ansprechbar, gut geschult und auf Augenhöhe mit den Sorgen der
- 3 Bürger*innen sind. Auch in ländlichen Räumen muss wieder mehr Präsenz möglich sein, um Vieh- und
- 4 Maschinendiebstähle effektiv verhindern bzw. aufklären zu können. Wir wollen die Vereinbarkeit von
- 5 Familie und Beruf stärken und das Gesundheitsmanagement ausweiten um den Krankenstand zu senken.
- 6 Beamt*innen, die länger als bis zum Pensionierungsalter arbeiten wollen, sollen dies tun dürfen. Dafür
- 7 wollen wir den Pensionseintritt flexibler gestalten. Das inzwischen undurchschaubar gewordene
- 8 Zulagensystem wollen wir entrümpeln und fair für alle gestalten. Um mehr Transparenz herzustellen und
- 9 das Vertrauen und Ansehen der Polizei zu stärken streben wir die Schaffung einer unabhängigen
- 10 Polizeibeschwerdestelle an. Sie soll gleichermaßen Anlaufstelle für Bürger*innen als auch für
- 11 Polizeibeamt*innen
- 12 und beim Landtag angesiedelt sein. Maßnahmen, die die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken,
- 13 lehnen wir ab. Dazu gehören Militarisierung der Polizei z.B. mit Handgranaten, elektronische Fußfesseln für
- 14 nicht gerichtlich Verurteilte, Staatstrojaner oder Ausweitung der Videoüberwachung. Wir wollen gesetzliche
- 15 Regelungen, die auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren, grundsätzlich zeitlich
- 16 befristen, um ihre tatsächliche Wirksamkeit sowie ihre anhaltende Notwendigkeit überprüfen zu können.

Beschluss

Kein Widerspruch: Freiheit und Sicherheit

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 **Polizei bürgernah machen sowie personell und materiell gut ausstatten**

2 Bündnis 90/Die Grünen verstehen sich als die Partei der Grund- und Bürgerrechte. Vorschläge zur
3 Verbesserung der inneren Sicherheit prüfen wir nach drei Kriterien sorgfältig: Rechtsstaatlichkeit,
4 Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit. Die Sicherheit im Land wird dagegen nicht gestärkt, indem man
5 Bürgerrechte massiv beschneidet. Maßnahmen, die die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken,
6 dürfen nicht Alltag im Polizeiwesen werden und lehnen wir ab. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2017
7 geht die Kriminalität in Brandenburg auch weiterhin zurück. Dies unterstreicht, dass keine grundsätzlich
8 neuen Befugnisse für die Polizei vonnöten sind. Brandenburg kann beides: Bürgerrechte bewahren und
9 gleichzeitig sicher sein!

10 Wir wollen eine bürgernahe, personell und materiell gut ausgestattete Polizei. Brandenburg braucht mehr
11 Polizistinnen und Polizisten in der Fläche, die ansprechbar, gut geschult und auf Augenhöhe mit den Sorgen
12 der Bürger*innen sind. Wir wollen eine weltoffene und moderne Polizei und sie in die Lage versetzen, auch
13 auf neue Herausforderungen, wie zunehmende Hass-Delikte Internet und Wirtschaftskriminalität wirksam
14 zu reagieren. Auch in ländlichen Räumen muss wieder mehr Präsenz möglich sein, um Vieh- und
15 Maschinendiebstähle effektiv verhindern bzw. aufklären zu können. Wir wollen die Alltags-Ausrüstung der
16 Polizei verbessern und modernisieren. Außerdem werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für
17 Polizeibeamt*innen stärken. Um die Motivation zu erhöhen und den Krankenstand zu senken, wollen wir
18 das Gesundheitsmanagement ausweiten. Beamt*innen, die länger als bis zum Pensionierungsalter arbeiten
19 wollen, sollen dies tun können. Dafür wollen wir den Pensionseintritt flexibler
20 gestalten. Das inzwischen undurchschaubar gewordene Zulagensystem wollen wir entrümpeln und fair für
21 alle gestalten.

22 Zu einer bürgernahen Polizei gehört auch ein transparenter Umgang mit Kritik. Wir streben die Schaffung
23 einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle an, die gleichermaßen Anlaufstelle für Bürger*innen als auch
24 für Polizeibeamt*innen sein soll. Damit schaffen wir eine Art Kontaktzentrum für die Zivilgesellschaft mit
25 der Aufgabe, reale oder vermeintliche Übergriffe aus dem Polizeiapparat überprüfen zu lassen. Zur
26 Wahrung der Unabhängigkeit soll die Beschwerdestelle beim Landtag angesiedelt sein. So schaffen wir
27 mehr Vertrauen in eine bürgernahe Polizei.

28 **Maß halten: Überwachung und Militarisierung zurückweisen**

30 Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und Online-Durchsuchung stellen tiefgreifende Eingriffe
31 in das Privatleben dar, da ein Schadprogramm auf dem Gerät installiert werden muss, das privateste
32 Informationen mitschneidet. Noch problematischer sind diese Maßnahmen aber, weil sie erfordern, dass
33 der Staat aktiv Sicherheitslücken, die alle Geräte betreffen, geheim hält, um sie gegen einzelne Verdächtige
34 einzusetzen. Damit wird die innere Sicherheit nicht gestärkt, sondern massiv geschwächt. Von IT-Sicherheit
35 hängt nicht nur die Privatsphäre aller Bürger*Innen ab, sondern auch das Funktionieren unserer Behörden,

36 Infrastruktur und der gesamten Wirtschaft. Bereits erfolgte verheerende Angriffe z.B. auf Britische
37 Krankenhäuser auf Basis von Sicherheitslücken, die Geheimdiensten bereits jahrelang bekannt waren,
38 zeigen, welch immenser Schaden dadurch angerichtet werden kann. Wir wollen Vertraulichkeit und
39 Integrität von IT-Systemen gewährleisten. Das bedeutet für uns, Sicherheitslücken zu
40 beseitigen statt auszunutzen.

41 Die Elektronische Fußfessel stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte des Betroffenen dar
42 und wird daher bisher nur gegen schwere, gerichtlich verurteilte Straftäter*innen eingesetzt. Einen
43 vorbeugenden Einsatz lehnen wir als grundgesetzwidrig und unverhältnismäßig ab, zumal sie
44 erwiesenermaßen niemanden an einem Terroranschlag oder einer Straftat hindern kann. Die
45 Schleierfahndung lehnen wir ab. Sie bindet im Verhältnis zum Ertrag viel zu viele Ressourcen, die an
46 anderen Stellen dringender benötigt werden. Die Sammlung und Auswertung von Massendaten
47 beispielsweise aus dem Bereich der Telekommunikation halten wir für einen unverhältnismäßigen Eingriff
48 in die Grundrechte aller Bürger*innen. Außerdem ist sie weitgehend ungeeignet, um terrorbereite Personen
49 zu ermitteln. Sowohl der Berliner Weihnachtsmarktattentäter Anis Amri als auch die
50 NSU-Rechtsterrorist*innen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe waren bereits vor ihren
51 Attentaten den Sicherheitsbehörden
52 aufgefallen. Es waren also keine solchen Massendaten erforderlich, um diese Terrorist*innen als solche zu
53 erkennen.

54 Videoüberwachung kann potenzielle Straftäter*innen und Terrorist*innen nicht abschrecken. Sie kann
55 lediglich an neuralgischen Orten mit erhöhtem Gefahrenpotential Menschen ein Gefühl von Sicherheit
56 vermitteln und helfen, Straftaten besser aufzuklären. Um dem präventiven Ansatz der Videoüberwachung
57 gerecht zu werden, wird genügend Personal benötigt, damit bei einem erkannten Ereignis unmittelbar
58 reagiert werden kann. Eine Überwachung des öffentlichen Raums ist mit unseren Grund- und
59 Freiheitsrechten in der Regel nicht vereinbar. Auch eine technische Aufrüstung der
60 Videoüberwachungssysteme in Richtung einer automatisierten Verhaltensbewertung oder Identifikation
61 von Personen lehnen wir ab.

62
63 Eine allgemeine Militarisierung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten weisen wir als
64 völlig unverhältnismäßig zurück. Allein Spezialeinheiten der Polizei (SEK, MEK) dürfen die unabdingbar
65 notwendigen Waffen für den Antiterror-Einsatz erhalten. Die Aufgaben von Polizeihunden beschränken wir
66 auf Such- und Spürtätigkeiten. Tiere sind keine Waffen und dürfen nicht als solche eingesetzt werden,
67 daher setzen wir uns dafür ein, dass die in Stahnsdorf stationierte Reiterstaffel der Bundespolizei oder die
68 anderer Bundesländer in Zukunft in Brandenburg nur noch zu repräsentativen und protokollarischen
69 Zwecken zum Einsatz kommen.

70 Wir wollen aber auch die Gesellschaft entmilitarisieren. Den Besitz von voll- und halbautomatischen
71 Schusswaffen wollen wir generell verbieten. Dies gilt auch und gerade für Sportschütz*innen und
72 Jäger*innen. Das frühere Verbot von Schalldämpfern wollen wir wieder in Kraft setzen, Schusswaffen mit
73 Nachtsichtgeräten nicht zulassen. Sportschütz*innen sollen keine Munition mehr zu Hause einlagern
74 dürfen. Die Ausgabe von Waffenscheinen ist maximal zu beschränken, die gesetzlich vorgeschriebene
75 Kontrolle des Waffenbesitzes konsequent umzusetzen.

76
77 Wir wollen gesetzliche Regelungen, die auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren,
78 grundsätzlich zeitlich befristen, um ihre tatsächliche Wirksamkeit sowie ihre anhaltende Notwendigkeit
79 überprüfen zu können. Als wichtigsten Baustein der Terrorabwehr sehen wir die Prävention gegen
80 Radikalisierung an. Die Prävention wollen wir beispielsweise in Schulen, in den Gemeinden, in der
81 Sozialarbeit und in Gefängnissen stärker fördern. Daneben müssen angesichts neuer Herausforderungen
82 durch internationalen Terrorismus hohe Aus- und Fortbildungsstandards für die Kriminalpolizei,
83 insbesondere für Spezialist*innen im Staatsschutzbereich, geschaffen werden, die bundesweit gelten. Wir
84 wollen für eine ausreichende Personaldecke sorgen.

85 **Hass, Hetze und Mobbing im Netz bekämpfen**

86 Wir erleben gerade in den sozialen Medien eine Verrohung der Sprache, eine sich ausbreitende
87 Respektlosigkeit gegen Andersdenkende und offen vorgetragene Hassparolen gegen Nichtdeutsche,
88 Glaubensgemeinschaften, Minderheiten, einzelne Bevölkerungsgruppen oder schlicht Andersdenkende.
89 Hass, Hetze und Mobbing stellen eine Bedrohung für unsere offene Gesellschaft dar, da sie Menschen
90 gezielt von der gleichberechtigten Teilnahme an einer Debatte abhalten. Wir fordern, dass
91 Einschüchterungen und Straftaten dieser Art mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Der
92 Ausweitung der privaten Rechtsdurchsetzung durch Online-Plattformen widersprechen wir, stattdessen
93 fordern wir einen Ausbau der Kapazitäten und gezielte Schulungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in
94 diesem Bereich. Wir wollen auch Opferschutzverbände, Beratungsstellen und psychotherapeutischen
95 Einrichtungen entsprechend unterstützen. Zudem braucht es einfachere Wege, illegale Inhalte zu melden
96 und anzuzeigen. Die
97 massenhafte Nichtbearbeitung von Anzeigen in diesem Bereich aufgrund von Überlastung der
98 Sicherheitsbehörden darf nicht mehr vorkommen.

99 **Die Justiz arbeitsfähig machen - und weiterentwickeln**

100 Ein funktionierender Rechtsstaat erfüllt eine unverzichtbare Funktion für den Sozialen Frieden und
101 Gerechtigkeit im Land und ist eine wichtige Säule jedes demokratischen Staates. Er muss für alle
102 Mitglieder der Gesellschaft Schutz bieten, insbesondere für die Schwächsten. Die Möglichkeit, zum eigenen
103 Recht zu kommen, darf nicht vom Geldbeutel oder vom Status abhängen.
104 Wir sind stolz auf den Rechtsstaat, der in 25 Jahren in Brandenburg aufgebaut wurde und wollen alles
105 daran setzen, ihn weiter zu verbessern und Missstände zu beheben.

106
107 Die Verfahrensdauer in Brandenburg zählt zu den längsten bundesweit, was das Vertrauen in den
108 Rechtsstaat schwer beschädigt. Dies führt auch regelmäßig zu sogenannten „Strafrabatten“ für Verurteilte.
109 Ursache ist eine andauernde Personalnot und der hohe Krankenstand im gesamten Justizwesen, aufgrund
110 von Arbeitsbelastung und Personalengpässen. Durch die Überalterung und die damit verbundene hohe
111 Anzahl an Bediensteten, die in den kommenden Jahren in Pension gehen, wird sich das Problem sogar noch
112 weiter verschärfen. Wir wollen den Rechtsstaat reaktionsschnell machen und eine angemessene
113 Verfahrensdauer erreichen. Kleine Amtsgerichte und Außenstellen möchten wir erhalten und alle
114 Formulare via Internet erreichbar machen. Diese wollen wir in puncto Verständlichkeit deutlich verbessern.
115 Für die Umsetzung aller Maßnahmen bedarf es entsprechend ausgebildeten Personals in ausreichender
116 Zahl. Die von der Landesregierung angekündigten Verbesserungen sind nicht ausreichend.

117 Statt Gefängnis-Karrieren zu befördern oder Menschen einfach wegzusperren setzen wir im Justizvollzug
118 auf die Chance auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Das grundsätzlich gut aufgestellte
119 Strafvollzugsgesetz des Landes mit seinem Fokus auf Resozialisierung wollen wir dahingehend auch
120 konsequenter umsetzen. Eine gelungene Resozialisierung ist der beste Schutz für die Bevölkerung. Die
121 Diskussion über Gewalt wird vor allem nach besonders drastischen Fällen immer wieder auf das Strafrecht
122 verengt. Doch anstatt medienwirksam nach drakonischen Strafen zu rufen, brauchen wir dringend eine
123 Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt, insbesondere bei Jugendlichen. Im Jugendvollzug steht
124 für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund.

125
126 Wir wollen außerdem Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung schaffen und Gerichte entlasten z.B.
127 durch Umstrukturierungen - wie Amtsanwält*innen und Rechtspfleger*innen in Rheinland-Pfalz - sowie der
128 Zurückdrängung von Ersatzfreiheitsstrafen.

129
130 Wir wollen die Justiz in Brandenburg weiterentwickeln. Bedarf dazu wird seit langem an ganz
131 verschiedenen Stellen geäußert, etwa bei der Digitalisierung, beim Ausbau moderner
132 Personalführungsmodelle wie Vertrauensarbeitszeiten, zum Ausbau der Justizakademie, oder bei
133 Aufgabenübertragungen etwa zwischen Richter*innen, Rechtspfleger*innen und Gerichtsvollzieher*innen,
134 Entkriminalisierung. Hierzu wollen wir unter anderem eine "Zukunftskonferenz Justiz" anstoßen.

135

136 **Die Feuerwehren fit für die Zukunft machen: Handeln, bevor es brennt**

137

138 Die verheerenden Waldbrände letzten Sommer haben allen vor Augen geführt, wie wichtig ein
139 funktionierender Brand- und Katastrophenschutz für Brandenburg ist. In Anbetracht des Klimawandels und
140 der hohen Munitionsbelastung weiter Landesflächen durch ehemalige Militärgelände bleibt die
141 Waldbrandgefahr hoch. Gleichzeitig sinken die Mitgliederzahlen bei den freiwilligen Wehren und den
142 Hilfsorganisationen kontinuierlich aufgrund der demografischen Entwicklung, vielen Berufspendler*innen
143 und eines geänderten Freizeitverhaltens. Damit ist die Tageseinsatzbereitschaft vielerorts gefährdet.
144 Zudem hat die Häufigkeit und Komplexität der Einsatzlagen in den vergangenen Jahren zugenommen.

145

146 Die gestiegenen Anforderungen schlagen sich auch in einem gestiegenen Bedarf an Aus- und
147 Weiterbildung nieder. Wir fordern eine Ausweitung der Ausbildungs- und Schulungskapazitäten an der
148 Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE). Diese soll zudem neben Eisenhüttenstadt einen
149 zweiten Standort erhalten, um den Anforderungen eines großen Flächenlandes gerecht zu werden.

150

151 Das bewährte System unserer Stützpunktfeuerwehren wollen wir erhalten und fortentwickeln. Für die
152 Beschaffung von modernen Einsatzmitteln und Modernisierung von Feuerwachen halten wir auch
153 weiterhin Landesmittel für angebracht und unverzichtbar. Mittelfristig wird aber zur Aufrechterhaltung der
154 Einsatzbereitschaft die Unterfütterung von stark belasteten freiwilligen Wehren mit hauptamtlichen
155 Kräften unvermeidbar sein. Hier wollen wir, dass Land und Kommunen gemeinsam ein tragfähiges
156 Finanzierungskonzept entwickeln. Das Berufsbild „Kommunalbedienstete mit Feuerwehraufgaben“ sollte
157 rasch eingeführt werden. Eine Mitgliedschaft in örtlichen Feuerwehren sollte sich bei Bewerbungen für
158 Arbeitsplätze in solchen Verwaltungen positiv auswirken bzw. die Bereitschaft zur Mitarbeit in der örtlichen
159 Feuerwehr abgefragt werden dürfen.

160

161 Ein wertschätzender Umgang mit dem Ehrenamt ist unabdingbar. Wir unterstützen ein Prämiensystem,
162 welches langjährig tätige Freiwillige im Brand- und Katastrophenschutz mit Einmalzahlungen in
163 Zehnjahresstufen eine monetäre Anerkennung zuteil werden lässt. Nicht hinnehmbar sind Unterschiede in
164 der Hinterbliebenenversorgung. Ein Unfall im Ehrenamt darf nicht zu einem finanziellen Desaster führen.
165 Hier wollen wir weiterhin für einen Ausgleich über den Landeshaushalt sorgen, bis
166 Sozialversicherungssysteme angepasst sind.

167

168 Wir wollen Feuerwehkräfte von Aufgaben entlasten, die auch von anderer Stelle qualifiziert durchgeführt
169 werden können, solange keine Gefahr für Leib und Leben droht: Beseitigung von Öls Spuren auf Straßen,
170 Tragehilfe im Rettungsdienst sowie Notöffnung von Türen. Dem Waldumbau weg von Kiefermonokulturen
171 kommt bei der Prävention von Waldbränden große Bedeutung zu. Bei der Waldbrandbekämpfung aus der
172 Luft bei Großschadenslagen setzen wir uns für vertiefte Kooperationen mit dem Bund und anderen
173 Ländern ein.

174 **Kampfmittel schneller beräumen**

175 Mehr als 70 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs schlummern immer noch viele Bomben in
176 brandenburgischen Böden. Die Wahrscheinlichkeit, dass Bomben mit chemischen Langzeitzündern
177 detonieren, steigt von Tag zu Tag. Der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) der Brandenburger Polizei ist
178 aktuell jedoch weder finanziell noch personell hinreichend ausgestattet, um dieser Herausforderung
179 gerecht zu werden. Bearbeitungszeiten von mehreren Monaten für eine Kampfmittelfreigabe behindern
180 den Wohnungsbau und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Städte und Gemeinden. Daher fordern wir
181 eine bessere Finanzierung und personelle Ausstattung des KMBD. Wir brauchen darüber hinaus
182 einheitliche rechtliche Regelungen zur Kostenübernahme der Kampfmittelsuche und -beseitigung. Um
183 Planungssicherheit herzustellen, muss die Rechtsauffassung darüber, wann eine Fläche als kampfmittelfrei
184 zu betrachten ist, zwischen Bau- und Innenministerium vereinheitlicht werden.

185 **Mehr Freiheit wagen**

186 Freiheit ist kein Tool im politischen Baukasten, sondern ein Grundwert, der auf Recht und Verantwortung
187 beruht. Überall kämpfen Menschen um ihre Freiheit. Sie wird von verschiedensten Seiten immer wieder
188 bedroht und muss gesellschaftlich immer wieder neu ausgehandelt werden. Aktuell gibt es neue autoritäre
189 Bestrebungen, die auf eine einheitliche "Volksgemeinschaft" hinarbeiten und damit auf die Rückabwicklung
190 vieler erkämpfter Freiheiten des Einzelnen Menschen. Aber auch Umweltverschmutzung, Klimawandel,
191 wirtschaftliche Zwänge oder Machtkonzentrationen bei großen Konzernen beeinflussen maßgeblich,
192 welche Freiheiten wir tatsächlich ausleben können.

193 Wir wollen grundsätzlich die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund stellen. Wo
194 durch die Summe des Verhaltens einzelner ein gesamtgesellschaftlicher Schaden entsteht, können
195 gesetzliche Regelungen nach ausführlicher gesellschaftlicher Debatte nötig und sinnvoll sein. Alles, was
196 anderen nicht schadet, geht hingegen den Staat nichts an und sollte nur der persönlichen
197 Lebensgestaltung überlassen werden.

198 Daher wollen wir nicht mehr zeitgemäße Verbote abschaffen. Dazu gehört beispielsweise das Tanzverbot
199 am Karfreitag: solange die Feiertagsruhe von anderen nicht beeinträchtigt wird, soll jede*r, der tanzen will,
200 dies auch tun! Cannabis-Konsum und Schwarzfahren wollen wir entkriminalisieren. Damit entlasten wir
201 auch Polizei und Justiz, die sich dann stärker den wirklichen Verbrechen und Gefahren widmen können.

3.4-A (Projekt) Direkte Demokratie und Mitbestimmung stärken

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Die direkte Demokratie in Brandenburg hat es im Ländervergleich immer noch besonders schwer. Wir
- 2 wollen die Themenausschlusskataloge weiter entschlacken, Hürden senken, die freie
- 3 Unterschriftensammlung für Volksbegehren zulassen und Volksbegehren und -entscheiden eine
- 4 Kampagnenkostensersatzung von 25 Cent je Stimme bewilligen. Über Privatisierungen von Landeseigentum
- 5 mit landesweiter Bedeutung, die im Parlament keine Zwei-Drittel-Mehrheit gefunden haben, soll es
- 6 obligatorisch einen Volksentscheid geben. Ausgeschlossen sind dabei Privatisierungen, die aus
- 7 Entscheidungen höherer Ebenen resultieren. Termine von Abstimmungen und Wahlen wollen wir
- 8 weitestgehend zusammenlegen. Bürgerbegehren wollen wir auch auf Orts- und Stadteilebene zulassen,
- 9 wenn die Begehren sich lediglich auf diese beziehen.

- 10 Auch die parlamentarische Demokratie wollen wir für Bürgerbeteiligung öffnen. Dafür sollen auf einem
- 11 Beteiligungsportal zentrale Gesetzesentwürfe der Regierung offen kommentiert werden können. Das
- 12 zuständige Ministerium soll nach einer Sichtung eine zusammenfassende Stellungnahme abgeben, die auf
- 13 dem Beteiligungsportal veröffentlicht wird. In Workshops, Bürgerdialogen, Bürgerforen und Bürgerpanels,
- 14 Runden Tischen, World-Cafés u.a. sollen Betroffene oder zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger
- 15 einbezogen und die Gesetzesentwürfe diskutiert und Vorschläge und Hinweise gesammelt werden. Ein*e
- 16 Staatssekretär*in für Bürgerbeteiligung soll das Ganze verantworten und potentiell Interessierte aktiv auf
- 17 laufende Beteiligungsverfahren hinweisen.

Beschluss

(Projekt) Direkte Demokratie und Mitbestimmung stärken

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Die direkte Demokratie in Brandenburg hat es im Ländervergleich immer noch besonders schwer. Wir
- 2 wollen die Themenausschlusskataloge weiter entschlacken, Hürden senken, die freie
- 3 Unterschriftensammlung für Volksbegehren zulassen und Volksbegehren und -entscheiden eine
- 4 Kampagnenkostenersatzung von 25 Cent je Stimme bewilligen. Termine von Abstimmungen und Wahlen
- 5 wollen wir weitestgehend zusammenlegen. Bürgerbegehren wollen wir auch auf Orts- und Stadtelebene
- 6 zulassen, wenn die Begehren sich lediglich auf diese beziehen.

- 7 Auch die parlamentarische Demokratie wollen wir für Bürgerbeteiligung öffnen. Dafür sollen auf einem
- 8 Beteiligungsportal zentrale Gesetzesentwürfe der Regierung offen kommentiert werden können. Das
- 9 zuständige Ministerium soll nach einer Sichtung eine zusammenfassende Stellungnahme abgeben, die auf
- 10 dem Beteiligungsportal veröffentlicht wird. In Workshops, Bürgerdialogen, Bürgerforen und Bürgerpanels,
- 11 Runden Tischen, World-Cafés u.a. sollen Betroffene oder zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger
- 12 einbezogen und die Gesetzesentwürfe diskutiert und Vorschläge und Hinweise gesammelt werden. Ein*e
- 13 Staatssekretär*in für Bürgerbeteiligung soll das Ganze verantworten und potentiell Interessierte aktiv auf
- 14 laufende Beteiligungsverfahren hinweisen.

3.4-B (Projekt) Transparenzgesetz einführen, Informationen zugänglich machen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Politik und Verwaltung sollten stets offenlegen welche Grundlagen hinter ihrem Handeln stehen, um
- 2 fundierte politische Debatten zu ermöglichen. Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch
- 3 eine Kultur der Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch, maschinenlesbar und zur
- 4 weiteren Verwendung veröffentlicht werden, wenn nicht wichtige Gründe dagegen stehen. Dafür wollen
- 5 wir die verschiedenen Informationsgesetze (UIG, IFG, Verbraucherinformationsgesetz) zu einem
- 6 Transparenzgesetz weiter entwickeln, das sich an den Regelungen des Hamburger Beispiels orientiert. Alle
- 7 Verwaltungsdaten sowie Verträge, Regierungsdokumente oder Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit
- 8 unterliegen (z.B. personenbezogen oder als geheim eingestuft) sollen in offenen, maschinenlesbaren
- 9 Formaten proaktiv und zeitnah auf einer zentralen Online-Plattform („Open Data-Portal“) verfügbar
- 10 gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch die Offenlegung von
- 11 Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

3.4 Alle für eine, eine für alle: Demokratie

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Für uns bedeutet Demokratie mehr als Parlamentarismus. Und Demokratie ist kein starrer Rahmen, sondern
2 ist einem steten Wandel unterworfen. Diesen Wandel wollen wir aktiv im Sinne demokratischer
3 Willensbildung voranbringen. Wir wollen direkte, dialogische und repräsentative Formen der Beteiligung
4 miteinander verzahnen, um die Vorteile der verschiedenen Verfahren zur Geltung zu bringen. Bereits als
5 Opposition konnten wir in den letzten Jahren die rot-rote Landesregierung zu einigen Veränderungen
6 bewegen. So tagen seit 2009 die Ausschüsse des Landtages auf unseren Antrag hin öffentlich und nicht
7 mehr hinter verschlossenen Türen. Ebenfalls auf unseren Antrag hin wurde das Wahlalter in Brandenburg
8 auf 16 gesenkt. Zuletzt konnten wir im Bereich der direkten Demokratie Verbesserungen erreichen. So
9 braucht es zukünftig bei Bürgerbegehren nur noch eine amtliche Kostenschätzung statt eines konkreten
10 Kostendeckungsvorschlags, weiterhin wird das jeweilige Anliegen nicht mehr von der betroffenen
11 Gemeinde, sondern von der neutraleren Kommunalaufsicht auf seine Rechtmäßigkeit geprüft. Im siebten
12 Anlauf konnten wir die Landesregierung schließlich überzeugen, die Kinder- und Jugendbeteiligung
13 obligatorisch in der Kommunalverfassung zu verankern. Endlich sollen Kinder und Jugendliche einbezogen
14 werden, wenn es in der Kommunalpolitik um ihre Belange geht. Für uns gibt es in diesem Bereich aber
15 weiterhin viel zu tun. Wir wollen die Demokratie in Brandenburg weiter voranbringen und sie gegen Feinde
16 verteidigen.

17 **Repräsentative Demokratie weiter entwickeln**

18 Die parlamentarische Demokratie ist der Regelfall und sie soll es auch bleiben, denn trotz aller Unkenrufe
19 funktioniert sie sehr gut. Das bedeutet allerdings nicht, dass keine Verbesserungen mehr möglich sind. Die
20 Unterrepräsentanz bestimmter Teile der Bevölkerung, geringe Einflussnahme auf die personelle
21 Zusammensetzung des Parlaments sowie mangelnde Möglichkeiten zur Beteiligung am
22 Gesetzgebungsverfahren wollen wir angehen. Wir wollen das Wahlrecht dahingehend reformieren, dass
23 zum einen eine 50-prozentige Repräsentanz von Frauen im Parlament sichergestellt wird. Zum anderen
24 sollen die Menschen über offene Listen und Rangfolgewahlverfahren mehr Einfluss auf die konkrete
25 personelle Zusammensetzung des Landtags haben. Wir wollen eine Debatte über die Senkung des
26 Wahlalters auf 14 Jahre anstoßen. Damit würde sichergestellt, dass die erste Wahl in allen Fällen noch
27 während der Schulzeit stattfindet, und diese schulisch begleitet werden könnte. Untersuchungen betonen,
28 dass die Teil- oder
29 Nichtteilnahme an der ersten Wahl entscheidend für die Teilnahme an weiteren Wahlen ist.
30 Bürgermeister*innen sowie Landrätinnen und Landräte wollen wir parallel zu den Gemeindevertretungen
31 und Kreistagen wählen und die Amtszeiten synchronisieren. Stichwahlen und Mindestquoten wollen wir
32 abschaffen und stattdessen ein Rangfolgeverfahren einführen.

33 Bei der Gesetzgebung wollen wir die Erfahrungen aus Baden-Württemberg mit der „Politik des Gehört
34 Werdens“ aufgreifen. So sollen auch Bürger*innen wichtige Gesetzesvorschläge der Regierung auf einem
35 zentralen Beteiligungsportal im Zuge der ohnehin stattfindenden Verbändeanhörung kommentieren
36 können. Das zuständige Ministerium gibt nach einer Sichtung eine zusammenfassende Stellungnahme ab,
37 die auf dem Beteiligungsportal veröffentlicht wird. In Workshops, Bürgerdialogen, Bürgerforen und

38 Bürgerpanels, Runden Tischen, World-Cafés u.a. werden Betroffene oder zufällig ausgewählte Bürger*innen
39 einbezogen und können die Gesetzesentwürfe diskutieren und Vorschläge und Hinweise sammeln. Ein*e
40 Staatssekretär*in für Bürgerbeteiligung verantwortet das Ganze und weist potentiell Interessierte aktiv auf
41 laufende Beteiligungsverfahren hin. Wir wollen dies in eine Gesamtstrategie einbetten, welche die
42 Anregungen der Bürger*innen mit bestehenden Beteiligungsinstrumenten verzahnt, die nötigen
43 Kompetenzen in der Verwaltung aufbaut und den gesamten Ablauf transparent auf dem Beteiligungsportal
44 zusammenführt. Alle öffentlichen Ausschuss- und Plenums-Sitzungen sollen durch einen Livestream auch
45 im Internet verfolgbar sein, wie es in einigen Gemeinden bereits der Fall ist.

46 **Direkter Demokratie zum Durchbruch verhelfen**

47 Die auch von uns angeschobenen Verbesserungen der letzten Jahre können nicht darüber hinwegtäuschen,
48 dass es die direkte Demokratie in Brandenburg immer noch deutlich schwerer hat als in anderen
49 Bundesländern. Wir wollen die Themenausschlusskataloge weiter entschlacken, Hürden senken, die freie
50 Unterschriftensammlung für Volksbegehren zulassen und Volksbegehren und -Entscheiden eine
51 Kampagnenkostenersatzung von 25 Cent je Stimme bewilligen. Auf der kommunalen Ebene wollen wir
52 insbesondere die Möglichkeit auch über Themen der Bauleitplanung abzustimmen schaffen und die
53 Fristen für Bürgerbegehren gegen Entscheidungen der Kommunalvertretungen verlängern. Sollte es zu
54 Privatisierungen von landesweiter Bedeutung kommen, wollen wir dafür eine Zwei-Drittel-Mehrheit
55 vorschreiben. Sollten diese lediglich mit einfacher Mehrheit zustande kommen, müsste ein dann
56 obligatorischer Volksentscheid dem zustimmen. Ausgeschlossen sind dabei Privatisierungen, die aus
57 Entscheidungen höherer Ebenen
58 resultieren. Termine von Abstimmungen und Wahlen wollen wir nach Möglichkeit zusammenlegen.
59 Bürgerbegehren wollen wir auch auf Orts- und Stadtebene zuzulassen, wenn das Begehren sich lediglich
60 auf diese Ebene bezieht.

61 **Dialogische Verfahren stärker nutzen**

62 Dialogische Verfahren jenseits von Parlament und direkter Entscheidung helfen gegen Falschinformationen
63 und können Debatten versachlichen. Damit wirken sie Pauschalurteilen, Polarisierung und innerer
64 Emigration vor. Dafür gibt es eine Fülle von Formaten, welche teilweise auch schon genutzt werden, wie
65 zum Beispiel Bürgerhaushalte, Einwohnerversammlungen oder durch Los bestimmte Zufallsgruppen.
66 Sogenannte aufsuchende Formate, wie sie z.B. in Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ praktiziert
67 werden, können dabei helfen, eher politik- und bildungsferne Bevölkerungsgruppen, junge Erwachsene und
68 Familien, sowie Menschen mit Migrationshintergrund an der Gestaltung der Gesellschaft teilhaben zu
69 lassen. Wichtig ist, dass auch die Verwaltung die nötigen Kompetenzen für die Beteiligungsformate erhält.
70 Bereits im Verwaltungsstudium und in späteren Weiterbildungen wollen wir in Brandenburg
71 Bürgerbeteiligung als Bestandteil des Lehrplans etablieren. Diese Kenntnisse ermöglichen es, den Wert von
72 Beteiligung zu erkennen und Beteiligungsprozesse souverän zu initiieren und zu gestalten.

73 **Transparenzgesetz einführen**

74 Politik und Verwaltung sollten stets offenlegen, welche Grundlagen hinter ihrem Handeln stehen, um
75 fundierte politische Debatten zu ermöglichen. Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch
76 eine Kultur der Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch, maschinenlesbar und zur
77 weiteren Verwendung veröffentlicht werden, wenn nicht wichtige Gründe dagegen stehen. Dafür wollen
78 wir die verschiedenen Informationsgesetze (UIG, AIG, Verbraucherinformationengesetz) zu einem
79 Transparenzgesetz weiter entwickeln, das sich an den Regelungen des Hamburger Beispiels orientiert. Alle
80 Verwaltungsdaten sowie Verträge, Regierungsdokumente oder Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit
81 unterliegen (z.B. personenbezogen oder als geheim eingestuft), sollen in offenen, maschinenlesbaren
82 Formaten proaktiv und zeitnah auf einer zentralen Online-Plattform („Open Data-Portal“) verfügbar
83 gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch die Offenlegung von
84 Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

85 **DDR-Unrecht weiter aufarbeiten**

86 Knapp 30 Jahre nach dem Ende der DDR ist eine Aufarbeitung des dort geschehenen Unrechts weiterhin
 87 wichtig. Viele der Betroffenen bzw. ehemals Verfolgten leiden bis heute unter den Folgen und müssen
 88 unterstützt werden. Zugleich gilt es, die Erinnerung wachzuhalten und hieraus das Bewusstsein für die
 89 Demokratie zu stärken. Der Brandenburger Landtag hat insbesondere aufgrund unserer Initiative für eine
 90 Enquetekommission in der letzten Legislaturperiode einen umfangreichen Aufarbeitungsprozess
 91 durchlaufen, welcher nach wie vor andauert. Von 2010 bis 2014 setzte sich die Enquetekommission 5/1 des
 92 Landtags Brandenburg ausführlich mit dem Thema „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von
 93 Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“
 94 auseinander. Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussionen stehen die Verbesserung der sozialen Lage
 95 ehemals Verfolgter sowie das Engagement dafür, dass es auch zukünftig eine Außenstelle der Stasi-
 96 Unterlagenbehörde (BStU) in Brandenburg geben wird.

97 Wir fordern eine fortdauernde und umfangreiche Aufarbeitung von DDR-Unrecht und eine Umsetzung der
 98 Empfehlungen der Enquetekommission. Maßnahmen zum Gedenken an das geschehene Unrecht, z.B. in
 99 Form von Mahnmalen und Gedenkstättenbesuchen, wollen wir weiter fördern. Opfer der kommunistischen
 100 Gewaltherrschaft brauchen die Unterstützung und Solidarität des Landes bei der Anerkennung,
 101 Rehabilitierung und Entschädigung.

102 **Ehrenamt stärken**

103 Brandenburg lebt vom Ehrenamt. In Willkommensinitiativen, in Sportvereinen, in der Jugendarbeit, im
 104 Kulturbereich, beim Bürgerbus, bei sozialen Organisationen und den Tafeln, im Umweltschutz, in der Politik,
 105 bei der Feuerwehr, in Kirchen und an vielen weiteren Orten. In ungezählten Stunden bringen sich viele
 106 Menschen für die Gesellschaft ein. Und stützen somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
 107 Alteingesessene und Neuzugewanderte packen im Land freiwillig an und füllen so manche Lücke in der
 108 Versorgung. Wir machen uns für die Belange der Ehrenamtlichen stark und wollen sie dabei weiter
 109 unterstützen.

110 Wir wollen die Ehrenamtskarte, die es in Brandenburg seit 2013 gibt und von der viele Ehrenamtler*innen
 111 profitieren, attraktiver und bekannter machen sowie den Inhaber*innen vergünstigte Fahrten im
 112 Öffentlichen Nahverkehr in Berlin und Brandenburg ermöglichen. Wer sich unbezahlt in die Dienste der
 113 Gesellschaft stellt, soll nicht auch noch für die vollen Fahrtkosten zu einer Fortbildung aufkommen
 114 müssen. Auf einen Großteil der Angebote der Ehrenamtskarte kann man derzeit nur in Berlin und im
 115 berlinnahen Raum zugreifen. Von Vergünstigungen im Öffentlichen Nahverkehr würden daher
 116 Ehrenamtler*innen in ländlichen Regionen besonders stark profitieren.

117 Die freiwillige Arbeit junger Menschen wollen wir honorieren, wo wir nur können. Ein freiwilliges soziales,
 118 ökologisches oder kulturelles Jahr ist eine Bereicherung für die persönliche Entwicklung ebenso wie für
 119 unsere Gesellschaft. Es muss dafür ausreichend Angebote geben. Wir werben auch dafür, dieses
 120 Engagement zu berücksichtigen, etwa bei der Vergabe von Ausbildungs- oder Studienplätzen. Auch in der
 121 Schule wollen wir ehrenamtliches Engagement stärken, etwa die Mitarbeit bei der Schüler*innenvertretung
 122 oder Schüler*innenzeitung. Die Schulen wollen wir ermuntern, den Schüler*innen den Einsatz innerhalb
 123 eines Ehrenamtes näher zu bringen und dieses in Projekttag oder Wochen zu integrieren.

124 Die Arbeit der Freiwilligen benötigt auch professionelle Unterstützung. Deshalb wollen wir in der
 125 Projektförderung für die Arbeit mit Geflüchteten die Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen
 126 einführen. Außerdem möchten wir Angebote zu Fortbildung, Beratung und Supervision fördern. Wir wissen,
 127 dass der Staat für ein funktionierendes Verwaltungshandeln und professionelle Sozialarbeit zuständig ist.
 128 Ehrenamtliches Engagement kann qualifizierte Arbeit, vor allem im Sozialbereich, nur ergänzen, nicht
 129 ersetzen. Gerade weil das ehrenamtliche Engagement ein Kernstück der aktiven Gesellschaft ist, wollen wir
 130 es vor Missbrauch schützen.

131 Auf Bundesebene werden wir prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit auch zusätzliche Rentenpunkte zu
 132 erwerben sind.

Beschluss

(Projekt) Transparenzgesetz einführen, Informationen zugänglich machen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Politik und Verwaltung sollten stets offenlegen welche Grundlagen hinter ihrem Handeln stehen, um
- 2 fundierte politische Debatten zu ermöglichen. Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch
- 3 eine Kultur der Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch, maschinenlesbar und zur
- 4 weiteren Verwendung veröffentlicht werden, wenn nicht wichtige Gründe dagegen stehen. Dafür wollen
- 5 wir die verschiedenen Informationsgesetze (UIG, IFG, Verbraucherinformationsgesetz) zu einem
- 6 Transparenzgesetz weiter entwickeln, das sich an den Regelungen des Hamburger Beispiels orientiert. Alle
- 7 Verwaltungsdaten sowie Verträge, Regierungsdokumente oder Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit
- 8 unterliegen (z.B. personenbezogen oder als geheim eingestuft) sollen in offenen, maschinenlesbaren
- 9 Formaten proaktiv und zeitnah auf einer zentralen Online-Plattform („Open Data-Portal“) verfügbar
- 10 gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch die Offenlegung von
- 11 Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

Beschluss

Alle für eine, eine für alle: Demokratie

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Für uns bedeutet Demokratie mehr als Parlamentarismus. Und Demokratie ist kein starrer Rahmen, sondern
2 ist einem steten Wandel unterworfen. Diesen Wandel wollen wir aktiv im Sinne demokratischer
3 Willensbildung voranbringen. Wir wollen direkte, dialogische und repräsentative Formen der Beteiligung
4 miteinander verzahnen, um die Vorteile der verschiedenen Verfahren zur Geltung zu bringen. Bereits als
5 Opposition konnten wir in den letzten Jahren die rot-rote Landesregierung zu einigen Veränderungen
6 bewegen. So tagen seit 2009 die Ausschüsse des Landtages auf unseren Antrag hin öffentlich und nicht
7 mehr hinter verschlossenen Türen. Ebenfalls auf unseren Antrag hin wurde das Wahlalter in Brandenburg
8 auf 16 gesenkt. Zuletzt konnten wir im Bereich der direkten Demokratie Verbesserungen erreichen. So
9 braucht es zukünftig bei Bürgerbegehren nur noch eine amtliche Kostenschätzung statt eines konkreten
10 Kostendeckungsvorschlags, weiterhin wird das jeweilige Anliegen nicht mehr von der betroffenen
11 Gemeinde, sondern von der neutraleren Kommunalaufsicht auf seine Rechtmäßigkeit geprüft. Im siebten
12 Anlauf konnten wir die Landesregierung schließlich überzeugen, die Kinder- und Jugendbeteiligung
13 obligatorisch in der Kommunalverfassung zu verankern. Endlich sollen Kinder und Jugendliche einbezogen
14 werden, wenn es in der Kommunalpolitik um ihre Belange geht. Für uns gibt es in diesem Bereich aber
15 weiterhin viel zu tun. Wir wollen die Demokratie in Brandenburg weiter voranbringen und sie gegen Feinde
16 verteidigen.

17 **Repräsentative Demokratie weiter entwickeln**

18 Die parlamentarische Demokratie ist der Regelfall und sie soll es auch bleiben, denn trotz aller Unkenrufe
19 funktioniert sie sehr gut. Das bedeutet allerdings nicht, dass keine Verbesserungen mehr möglich sind.
20 Ganz im Gegenteil: Sie sind notwendig. Die Unterrepräsentanz bestimmter Teile der Bevölkerung, geringe
21 Einflussnahme auf die personelle Zusammensetzung des Parlaments sowie mangelnde Möglichkeiten zur
22 Beteiligung am Gesetzgebungsverfahren wollen wir angehen. Wir wollen das Wahlrecht dahingehend
23 reformieren, dass zum einen eine 50-prozentige Repräsentanz von Frauen im Parlament sichergestellt
24 wird. Zum anderen sollen die Menschen über offene Listen und Rangfolgewahlverfahren mehr Einfluss auf
25 die konkrete personelle Zusammensetzung des Landtags haben. Wir wollen eine Debatte über die Senkung
26 des Wahlalters auf 14 Jahre anstoßen. Damit würde sichergestellt, dass die erste Wahl in allen Fällen noch
27 während der Schulzeit stattfindet, und diese schulisch begleitet werden könnte.

28 Untersuchungen betonen, dass die Teil- oder Nichtteilnahme an der ersten Wahl entscheidend für die
29 Teilnahme an weiteren Wahlen ist. Bürgermeister*innen sowie Landrätinnen und Landräte wollen wir
30 parallel zu den Gemeindevertretungen und Kreistagen wählen und die Amtszeiten synchronisieren.
31 Stichwahlen und Mindestquoren wollen wir abschaffen und stattdessen ein Rangfolgeverfahren einführen.
32 Gewählte Beiräte sollen in den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen ein aktives
33 Teilnahmerecht erhalten.

34 Bei der Gesetzgebung wollen wir die Erfahrungen aus Baden-Württemberg mit der „Politik des Gehört
35 Werdens“ aufgreifen. So sollen auch Bürger*innen wichtige Gesetzesvorschläge der Regierung auf einem
36 zentralen Beteiligungsportal im Zuge der ohnehin stattfindenden Verbändeanhörung kommentieren

37 können. Das zuständige Ministerium gibt nach einer Sichtung eine zusammenfassende Stellungnahme ab,
38 die auf dem Beteiligungsportal veröffentlicht wird. In Workshops, Bürgerdialogen, Bürgerforen und
39 Bürgerpanels, Runden Tischen, World-Cafés u.a. werden Betroffene oder zufällig ausgewählte Bürger*innen
40 einbezogen und können die Gesetzesentwürfe diskutieren und Vorschläge und Hinweise sammeln. Wenn
41 Kinder und Jugendliche betroffen sind, muss sichergestellt werden, dass diese auch aktiv in das Verfahren
42 einbezogen werden. Ein*e Staatssekretär*in für Bürgerbeteiligung verantwortet das Ganze und weist
43 potentiell Interessierte aktiv auf laufende Beteiligungsverfahren hin. Wir wollen dies in eine
44 Gesamtstrategie einbetten, welche die Anregungen der Bürger*innen mit bestehenden
45 Beteiligungsinstrumenten verzahnt, die nötigen Kompetenzen in der Verwaltung aufbaut und den
46 gesamten Ablauf transparent auf dem Beteiligungsportal zusammenführt. Alle öffentlichen Ausschuss- und
47 Plenums-Sitzungen sollen durch einen Livestream auch im Internet verfolgbar sein, wie es in einigen
48 Gemeinden bereits der Fall ist.

49 **Direkter Demokratie zum Durchbruch verhelfen**

50 Die auch von uns angeschobenen Verbesserungen der letzten Jahre können nicht darüber hinwegtäuschen,
51 dass es die direkte Demokratie in Brandenburg immer noch deutlich schwerer hat als in anderen
52 Bundesländern. Wir wollen die Themenauschlusskataloge weiter entschlacken, Hürden senken, die freie
53 Unterschriftensammlung für Volksbegehren zulassen und Volksbegehren und -Entscheiden eine
54 Kampagnenkostenersatzung von 25 Cent je Stimme bewilligen. Auf der kommunalen Ebene wollen wir
55 insbesondere die Möglichkeit auch über Themen der Bauleitplanung abzustimmen schaffen und die
56 Fristen für Bürgerbegehren gegen Entscheidungen der Kommunalvertretungen verlängern. Termine von
57 Abstimmungen und Wahlen wollen wir nach Möglichkeit zusammenlegen. Bürgerbegehren wollen wir
58 auch auf Orts- und Stadtebene zuzulassen, wenn das Begehren sich lediglich auf diese Ebene bezieht.

59 **Dialogische Verfahren stärker nutzen**

60 Dialogische Verfahren jenseits von Parlament und direkter Entscheidung helfen gegen Falschinformationen
61 und können Debatten versachlichen. Damit wirken sie Pauschalurteilen, Polarisierung und innerer
62 Emigration vor. Dafür gibt es eine Fülle von Formaten, welche teilweise auch schon genutzt werden, wie
63 zum Beispiel Bürgerhaushalte, Einwohnerversammlungen oder durch Los bestimmte Zufallsgruppen.
64 Sogenannte aufsuchende Formate, wie sie z.B. in Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ praktiziert
65 werden, können dabei helfen, eher politik- und bildungsferne Bevölkerungsgruppen, junge Erwachsene und
66 Familien, sowie Menschen mit Migrationshintergrund an der Gestaltung der Gesellschaft teilhaben zu
67 lassen. Wichtig ist, dass auch die Verwaltung die nötigen Kompetenzen für die Beteiligungsformate erhält.
68 Bereits im Verwaltungsstudium und in späteren Weiterbildungen wollen wir in Brandenburg
69 Bürgerbeteiligung als Bestandteil des Lehrplans etablieren. Diese Kenntnisse ermöglichen es, den Wert von
70 Beteiligung zu erkennen und Beteiligungsprozesse souverän zu initiieren und zu gestalten.

71 **Transparenzgesetz einführen**

72 Politik und Verwaltung sollten stets offenlegen, welche Grundlagen hinter ihrem Handeln stehen, um
73 fundierte politische Debatten zu ermöglichen. Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch
74 eine Kultur der Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch, maschinenlesbar und zur
75 weiteren Verwendung veröffentlicht werden, wenn nicht wichtige Gründe dagegen stehen. Dafür wollen
76 wir die verschiedenen Informationsgesetze (UIG, AIG, Verbraucherinformationsgesetz) zu einem
77 Transparenzgesetz weiter entwickeln, das sich an den Regelungen des Hamburger Beispiels orientiert. Alle
78 Verwaltungsdaten sowie Verträge, Regierungsdokumente oder Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit
79 unterliegen (z.B. personenbezogen oder als geheim eingestuft), sollen in offenen, maschinenlesbaren
80 Formaten proaktiv und zeitnah auf einer zentralen Online-Plattform („Open Data-Portal“) verfügbar
81 gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch die Offenlegung von
82 Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

83 **DDR-Unrecht weiter aufarbeiten**

84 Knapp 30 Jahre nach dem Ende der DDR ist eine Aufarbeitung des dort geschehenen Unrechts weiterhin

85 wichtig. Viele der Betroffenen bzw. ehemals Verfolgten leiden bis heute unter den Folgen und müssen
86 unterstützt werden. Zugleich gilt es, die Erinnerung wachzuhalten und hieraus das Bewusstsein für die
87 Demokratie zu stärken. Der Brandenburger Landtag hat insbesondere aufgrund unserer Initiative für eine
88 Enquetekommission in der letzten Legislaturperiode einen umfangreichen Aufarbeitungsprozess
89 durchlaufen, welcher nach wie vor andauert. Von 2010 bis 2014 setzte sich die Enquetekommission 5/1 des
90 Landtags Brandenburg ausführlich mit dem Thema „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von
91 Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“
92 auseinander. Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussionen stehen die Verbesserung der sozialen Lage
93 ehemals Verfolgter sowie das Engagement dafür, dass es auch zukünftig eine Außenstelle der Stasi-
94 Unterlagenbehörde (BStU) in Brandenburg geben wird.

95 Wir fordern eine fortdauernde und umfangreiche Aufarbeitung von DDR-Unrecht und eine Umsetzung der
96 Empfehlungen der Enquetekommission. Maßnahmen zum Gedenken an das geschehene Unrecht, z.B. in
97 Form von Mahnmalen und Gedenkstättenbesuchen, wollen wir weiter fördern. Opfer der kommunistischen
98 Gewaltherrschaft brauchen die Unterstützung und Solidarität des Landes bei der Anerkennung,
99 Rehabilitierung und Entschädigung.

100 **Ehrenamt stärken**

101 Brandenburg lebt vom Ehrenamt. In Willkommensinitiativen, in Sportvereinen, in der Jugendarbeit, im
102 Kulturbereich, beim Bürgerbus, bei sozialen Organisationen und den Tafeln, im Umweltschutz, in der Politik,
103 bei der Feuerwehr, in Kirchen und an vielen weiteren Orten. In ungezählten Stunden bringen sich viele
104 Menschen für die Gesellschaft ein. Und stützen somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
105 Alteingesessene und Neuzugewanderte packen im Land freiwillig an und füllen so manche Lücke in der
106 Versorgung. Wir machen uns für die Belange der Ehrenamtlichen stark und wollen sie dabei weiter
107 unterstützen.

108 Wir wollen die Ehrenamtskarte, die es in Brandenburg seit 2013 gibt und von der viele Ehrenamtler*innen
109 profitieren, attraktiver und bekannter machen sowie den Inhaber*innen vergünstigte Fahrten im
110 Öffentlichen Nahverkehr in Berlin und Brandenburg ermöglichen. Wer sich unbezahlt in die Dienste der
111 Gesellschaft stellt, soll nicht auch noch für die vollen Fahrtkosten zu einer Fortbildung aufkommen
112 müssen. Auf einen Großteil der Angebote der Ehrenamtskarte kann man derzeit nur in Berlin und im
113 berlinnahen Raum zugreifen. Von Vergünstigungen im Öffentlichen Nahverkehr würden daher
114 Ehrenamtler*innen in ländlichen Regionen besonders stark profitieren.

115 Die freiwillige Arbeit junger Menschen wollen wir honorieren, wo wir nur können. Ein freiwilliges soziales,
116 ökologisches oder kulturelles Jahr ist eine Bereicherung für die persönliche Entwicklung ebenso wie für
117 unsere Gesellschaft. Es muss dafür ausreichend Angebote geben. Wir werben auch dafür, dieses
118 Engagement zu berücksichtigen, etwa bei der Vergabe von Ausbildungs- oder Studienplätzen. Auch in der
119 Schule wollen wir ehrenamtliches Engagement stärken, etwa die Mitarbeit bei der Schüler*innenvertretung
120 oder Schüler*innenzeitung. Die Schulen wollen wir ermuntern, den Schüler*innen den Einsatz innerhalb
121 eines Ehrenamtes näher zu bringen und dieses in Projekttag oder Wochen zu integrieren.

122 Die Arbeit der Freiwilligen benötigt auch professionelle Unterstützung. Deshalb wollen wir in der
123 Projektförderung für die Arbeit mit Geflüchteten die Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen
124 einführen. Außerdem möchten wir Angebote zu Fortbildung, Beratung und Supervision fördern. Wir wissen,
125 dass der Staat für ein funktionierendes Verwaltungshandeln und professionelle Sozialarbeit zuständig ist.
126 Ehrenamtliches Engagement kann qualifizierte Arbeit, vor allem im Sozialbereich, nur ergänzen, nicht
127 ersetzen. Gerade weil das ehrenamtliche Engagement ein Kernstück der aktiven Gesellschaft ist, wollen wir
128 es vor Missbrauch schützen.

129 Auf Bundesebene werden wir prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit auch zusätzliche Rentenpunkte zu
130 erwerben sind.

3.5. Bunt statt Grauland: Konsequenz gegen rechts

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 2017 war das Jahr, in dem seit Beginn der Ermittlung im Jahr 1993 mit 1440 Personen die zweithöchste
2 Zahl an rechtsextremen Personen im Land verzeichnet wurde. Von ihnen gelten knapp 70 Prozent als
3 „gewaltorientiert“ und stellen ein großes Bedrohungspotential für alle hier lebenden Geflüchteten sowie
4 für unser friedliches Zusammenleben dar. Wir streiten für eine weltoffene Gesellschaft und treten
5 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Homo-, Trans- und Biphobie sowie jeglicher Form von
6 Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Wir wollen unsere Demokratie gegenüber allen Formen
7 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken. Wenn Geflüchtete und Menschen mit
8 Migrationshintergrund Zielscheibe von Rassismus und rechtsmotivierter Gewalt werden, brauchen sie
9 unseren besonderen Schutz. Für die Opfer solcher Straftaten haben wir im Landtag ein Bleiberecht
10 durchgesetzt.

11 Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch Rechtsextreme
12 gewappnet sind. Vor allem die Analysekompetenz muss verbessert werden, indem Fachpersonal gewonnen
13 und vorhandenes Personal weitergebildet wird. Zuletzt zeigte sich die fehlende Analysekompetenz
14 insbesondere des Verfassungsschutzes darin, dass er Teile der Brandenburger AfD und die „Pegida“-Partner
15 von „Zukunft Heimat“ immer noch nicht als rechtsextremistisch identifiziert hat. Dabei erfüllt deren
16 Propaganda längst die Rechtsextremismus-Definition. Als da wären aggressiver Nationalismus, der Wunsch
17 nach einer Volksgemeinschaft auf rassistischer Grundlage, Antipluralismus und die ständige Diffamierung der
18 demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten. Gehetzt wird gegen alle Parteien außer der AfD,
19 gegen Gerichte, gegen Kirchen und gegen Gewerkschaften. Der Verein „Zukunft Heimat“ und Teile der AfD
20 müssen folglich dringend vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

21
22

23 **Verfassungsschutz auf den Prüfstand**

24 Wir stehen einem nachrichtendienstlich organisierten Verfassungsschutz zwar kritisch gegenüber – aber so
25 lange es ihn gibt, muss er auch seine Aufgaben erfüllen. Nicht erst der NSU-Untersuchungsausschuss im
26 Brandenburger Landtag hat allerdings erschreckende Missstände bei diesem Verfassungsschutz deutlich
27 gemacht. Wir wollen eine grundlegende Überprüfung und Reform des Verfassungsschutzes, weil wir der
28 Meinung sind, dass eine wissenschaftliche Institution die Verfassung wahrscheinlich besser schützen kann
29 als ein Nachrichtendienst. Sofern der Verfassungsschutz als Nachrichtendienst organisiert bleibt, muss aber
30 eine parlamentarische Kontrolle sichergestellt sein, die diesen Namen auch verdient hat. Das heißt, die
31 Kontrolle darf nicht überwiegend auf Informationspflichten des Verfassungsschutzes gegenüber der
32 Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) beschränkt bleiben, sondern PKK-Mitglieder und ihre
33 Mitarbeiter*innen müssen umfassende individuelle Zugangs- und Akteneinsichtsrechte
34 bekommen. Abgesehen davon lehnen wir das V-Leute-System in seiner heutigen Form ab. Es kann nicht
35 sein, dass die zu beobachtenden Milieus vom Staat mittelbar finanziert und teilweise die
36 verfassungsfeindlichen Strukturen erst geschaffen werden, über die hinterher berichtet wird. Die Mittel für

³⁷ Initiativen, Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen rechts engagieren, wollen
³⁸ wir deutlich und dauerhaft aufstocken.

3.5-A (Projekt) Herz statt Hetze – Demokratie und weltoffene Gesellschaft stärken

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Hass und Hetze im Netz und auf der Straße: Rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen und ihr
2 Gedankengut nehmen in erschreckender Weise zu und werden hoffähig. Wir streiten für eine weltoffene
3 Gesellschaft und treten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entschieden entgegen. Wir
4 wollen unsere Demokratie im Widerstand gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
5 stärken. Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch
6 Rechtsextreme gewappnet sind. Der Verein „Zukunft Heimat“ und Teile der AfD müssen dringend vom
7 Verfassungsschutz beobachtet werden. Wir stehen einem nachrichtendienstlich organisierten
8 Verfassungsschutz kritisch gegenüber und wollen einen grundlegenden Neustart. Aber so lange es ihn gibt,
9 muss er auch seine Aufgaben erfüllen und die parlamentarische Kontrolle muss sichergestellt sein.
10 Mitglieder und ihre Mitarbeiter*innen der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) müssen
11 umfassende individuelle
12 Zugangs- und Akteneinsichtsrechte bekommen. Das V-Leute-System lehnen wir ab. Es kann nicht sein, dass
13 die zu beobachtenden Milieus vom Staat mittelbar finanziert und teilweise die verfassungsfeindlichen
14 Strukturen erst geschaffen werden, über die hinterher berichtet wird. Die Mittel für Initiativen,
15 Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen rechts engagieren, wollen wir deutlich
16 und dauerhaft aufstocken.

Beschluss (vorläufig)

(Projekt) Herz statt Hetze – Demokratie und weltoffene Gesellschaft stärken

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Hass und Hetze im Netz und auf der Straße: Rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen und ihr
- 2 Gedankengut nehmen in erschreckender Weise zu und werden hoffähig. Wir streiten für eine weltoffene
- 3 Gesellschaft und treten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entschieden entgegen. Wir
- 4 wollen unsere Demokratie im Widerstand gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- 5 stärken. Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch
- 6 Rechtsextreme gewappnet sind. Der Verein „Zukunft Heimat“ und Teile der AfD müssen dringend vom
- 7 Verfassungsschutz beobachtet werden. Wir stehen einem nachrichtendienstlich organisierten
- 8 Verfassungsschutz kritisch gegenüber und wollen einen grundlegenden Neustart. Aber so lange es ihn gibt,
- 9 muss er auch seine Aufgaben erfüllen und die parlamentarische Kontrolle muss sichergestellt sein.
- 10 Mitglieder und ihre Mitarbeiter*innen der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) müssen
- 11 umfassende individuelle
- 12 Zugangs- und Akteneinsichtsrechte bekommen. Das V-Leute-System lehnen wir ab. Es kann nicht sein, dass
- 13 die zu beobachtenden Milieus vom Staat mittelbar finanziert und teilweise die verfassungsfeindlichen
- 14 Strukturen erst geschaffen werden, über die hinterher berichtet wird. Die Mittel für Initiativen,
- 15 Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen rechts engagieren, wollen wir deutlich
- 16 und dauerhaft aufstocken.

Beschluss

Bunt statt Grauland: Konsequenz gegen rechts

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 2017 war das Jahr, in dem seit Beginn der Ermittlung im Jahr 1993 mit 1440 Personen die zweithöchste
2 Zahl an rechtsextremen Personen im Land verzeichnet wurde. Von ihnen gelten knapp 70 Prozent als
3 „gewaltorientiert“ und stellen ein großes Bedrohungspotential für alle hier lebenden Geflüchteten sowie
4 für unser friedliches Zusammenleben dar. Wir streiten für eine weltoffene Gesellschaft und treten
5 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Homo-, Trans- und Biphobie sowie jeglicher Form von
6 Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Wir wollen unsere Demokratie gegenüber allen Formen
7 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken. Wenn Geflüchtete und Menschen mit
8 Migrationshintergrund Zielscheibe von Rassismus und rechtsmotivierter Gewalt werden, brauchen sie
9 unseren besonderen Schutz. Für die Opfer solcher Straftaten haben wir im Landtag ein Bleiberecht
10 durchgesetzt.

11 Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch Rechtsextreme
12 gewappnet sind. Vor allem die Analysekompetenz muss verbessert werden, indem Fachpersonal gewonnen
13 und vorhandenes Personal weitergebildet wird. Zuletzt zeigte sich die fehlende Analysekompetenz
14 insbesondere des Verfassungsschutzes darin, dass er politische Gruppierungen, Vereine, Parteien mit
15 rechtem, fremdenfeindlichen Hintergrund sowie deren Mitglieder immer noch nicht als rechtsextremistisch
16 identifiziert hat obwohl deren Propaganda längst die Rechtsextremismus-Definition erfüllt. Als da wären
17 aggressiver Nationalismus, der Wunsch nach einer Volksgemeinschaft auf rassistischer Grundlage,
18 Antipluralismus und die ständige Diffamierung der demokratischen Institutionen und ihrer
19 Repräsentanten. Gehetzt wird gegen alle demokratischen Parteien, gegen Gerichte, gegen Kirchen und
20 gegen Gewerkschaften. Folgerichtig müssen diese rechtsextremen Gruppen, Vereine, Parteien und Personen
21 dringend vom
22 Verfassungsschutz beobachtet werden.

23

24

25 **Verfassungsschutz auf den Prüfstand**

26 Wir stehen einem nachrichtendienstlich organisierten Verfassungsschutz zwar kritisch gegenüber – aber so
27 lange es ihn gibt, muss er auch seine Aufgaben erfüllen. Nicht erst der NSU-Untersuchungsausschuss im
28 Brandenburger Landtag hat allerdings erschreckende Missstände bei diesem Verfassungsschutz deutlich
29 gemacht. Wir wollen eine grundlegende Überprüfung und Reform des Verfassungsschutzes, weil wir der
30 Meinung sind, dass eine wissenschaftliche Institution die Verfassung wahrscheinlich besser schützen kann
31 als ein Nachrichtendienst. Sofern der Verfassungsschutz als Nachrichtendienst organisiert bleibt, muss aber
32 eine parlamentarische Kontrolle sichergestellt sein, die diesen Namen auch verdient hat. Das heißt, die
33 Kontrolle darf nicht überwiegend auf Informationspflichten des Verfassungsschutzes gegenüber der
34 Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) beschränkt bleiben, sondern PKK-Mitglieder und ihre
35 Mitarbeiter*innen müssen umfassende individuelle Zugangs- und Akteneinsichtsrechte

36 bekommen. Abgesehen davon lehnen wir das V-Leute-System in seiner heutigen Form ab. Es kann nicht
37 sein, dass die zu beobachtenden Milieus vom Staat mittelbar finanziert und teilweise die
38 verfassungsfeindlichen Strukturen erst geschaffen werden, über die hinterher berichtet wird. Die Mittel für
39 Initiativen, Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen rechts engagieren, wollen
40 wir deutlich und dauerhaft aufstocken.

3.6. Modern, effizient, bürgernah: Verwaltung, Finanzen, Kommunales

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 **Verwaltung modernisieren**

2 Die Landespolitik hat es bisher versäumt, die Verwaltung modern aufzustellen und auszustatten und
3 Verwaltungshandeln transparenter zu gestalten. Wir wollen die Verwaltung fit für den demographischen
4 Wandel machen und modernisieren. Starke Gemeinden und Verbandsgemeinden sollen in Zukunft das
5 Eingangstor zur gesamten Kommunalverwaltung sein, also auch für Angebote der Kreisverwaltung. Beim
6 neu eingeführten Mitverwaltungsmodell, bei dem eine Gemeinde durch eine andere mitverwaltet wird,
7 sehen wir erhebliche Legitimationsprobleme und lehnen es daher ab. Gemeinsam mit den neuen Chancen
8 des E-Government wollen wir so eine möglichst wohnortnahe Verwaltung aus einer Hand schaffen – mit
9 kurzen Wegen für die Bürger*innen. Der Gang zum Amt wird damit in den meisten Fällen überflüssig.
10 Darüber hinaus wird Verwaltungshandeln insgesamt schneller, kostengünstiger und transparenter. Die
11 anstehende Digitalisierung von immer mehr Verwaltungsvorgängen wollen wir nutzen, um die Transparenz
12 zu stärken. Im

13 Rahmen eines Transparenzgesetzes wollen wir ein zentrales Datenportal einrichten, in welchem alle
14 nicht-personenbezogenen oder als vertraulich eingestuften Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger
15 öffentlich abrufbar sind (Open Data-Portal). Bei der Modernisierung der Verwaltung sind für uns
16 Barrierefreiheit, Informationssicherheit und Datenschutz zwingende Voraussetzungen.

17 Die Verwaltungsstrukturen im Land wollen wir langfristig so ordnen, dass die staatlichen Aufgaben auf
18 allen Ebenen dauerhaft finanzierbar bleiben. Wichtig ist uns hierbei, dass die kulturelle Identität der
19 kleineren Städte und Dörfer erhalten bleibt und gefördert wird. Zwangsfusionen von Gemeinden sind nicht
20 nötig und werden von uns abgelehnt. Freiwillige Zusammenschlüsse wollen wir auch weiterhin
21 unterstützen. Perspektivisch wollen wir alle Ämter zur brandenburgischen Verbandsgemeinde
22 weiterentwickeln, mit direkt gewählten Bürgermeister*innen und Verbandsgemeindevertretungen. Deutlich
23 ausweiten wollen wir die demokratischen Mitbestimmungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der
24 Bürger*innen. Mit Berlin wollen wir die Zusammenarbeit deutlich ausweiten. Während das gemeinsame
25 Tarifgebiet des VBB oder der Rundfunk Berlin-Brandenburg gute Beispiele der Zusammenarbeit abgeben,
26 gibt es in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Energie Nachholbedarf. Ein gemeinsames Bundesland
27 Brandenburg-

28 Berlin sehen wir grundsätzlich positiv, dieses kann es aber nur geben, wenn die Bevölkerung beider Länder
29 in einem Volksentscheid die Fusion befürwortet. Voraussetzung ist, dass die zentralen Fragen - wie der
30 Umgang mit der milliarden schweren Verschuldung beider Länder – vorab geklärt sind.

31 **Nachhaltige Haushaltspolitik betreiben**

32 Die gute Konjunktur der letzten Jahre wirkt sich auch auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte
33 insgesamt sehr positiv aus. Alleine für den Landeshaushalt Brandenburg wird für 2020 ein
34 Steuereinnahmenplus von mehr als einer Milliarde Euro gegenüber 2017 veranschlagt. Seit 2010 wurden
35 keine neuen Schulden gemacht. Durch unerwartete Haushaltsüberschüsse konnte die Verschuldung zudem

36 auf unter 18 Milliarden Euro leicht gesenkt und Rücklagen von über einer Milliarde Euro aufgebaut
37 werden. Die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundeszuweisungen werden absehbar
38 weiter steigen. Während für 2017 noch 8,5 Milliarden Euro eingeplant wurden, wird dieser Betrag 2020 die
39 10 Milliarden-Grenze übersteigen.

40 Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht, dass die Landesregierung in den
41 letzten Jahren nicht einmal den Werteverzehr bzw. die Abnutzung an der öffentlichen Infrastruktur ersetzt
42 hat. Zugleich wurde durch jahrelangen massiven Personalabbau in Verwaltung, Polizei und Justiz des
43 Landes deren Funktionen gefährdet. Unverändert bedrohen Risiken wie langfristig wieder steigende
44 Kreditzinsen oder die rapide anwachsenden Pensionslasten zukünftige Haushalte. Immer noch steht jede
45 fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht, d.h. deren Einnahmen decken die Ausgaben auch bei
46 sparsamster Haushaltsführung nicht und Rücklagen sind nicht vorhanden. Ohne Finanzhilfen des Landes
47 und einer Neuausrichtung des Kommunalen Finanzausgleichs kommen sie nie auf einen grünen Zweig. Die
48 Sicherstellung der hohen Rekultivierungskosten der Braunkohletagebaue bergen genauso wie mögliche
49 Folgekosten für den künftigen Flughafen BER weitere finanzielle Risiken für den Landeshaushalt.

50 Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass die Ausgaben für Konsum und Verbrauch immer stärker ansteigen, die
51 Investitionsquote dagegen seit Jahren sinkt. Öffentliche Investitionen, ein guter Zustand der Verkehrswege,
52 der Grad der Digitalisierung und eine hohe Qualität der Bildungseinrichtungen sind aber wesentlich um
53 die finanziellen Möglichkeiten des Landes auch morgen sicherzustellen oder auszuweiten. Zugleich steigen
54 die Ausgaben für Personal, Pensionszahlungen und eingegangenen Versorgungsverpflichtungen. Unser
55 Vorschlag, die durch Verbeamtungen eingesparten Rentenversicherungsbeiträge zur Pensionsvorsorge in
56 die Schuldentilgung zu stecken wurde von der Landesregierung abgelehnt.

57 Vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich wachsenden Hauptstadtregion und eines dauerhaft höheren
58 Haushaltsrahmens können jetzt die Chancen viel stärker genutzt werden, um den sich abzeichnenden
59 Risiken in der Zukunft erfolgreich begegnen zu können, ohne das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu
60 gefährden. Wir wollen mehr Mittel für Qualitätsverbesserungen und den Einstieg in die Beitragsfreiheit bei
61 der Kinderbetreuung, für Bildung, Umwelt und Justiz zur Verfügung stellen. Zugleich benötigen wir deutlich
62 mehr Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr und den Breitbandausbau. Die Kommunen in
63 Brandenburg müssen ihre volle finanzielle Souveränität erlangen und im Berliner Umland das Wachstum
64 meistern können. Wir wollen den Werteverzehr im Landeshaushalt transparent machen und dafür das
65 Landesvermögen inventarisieren. Dadurch wird für später auch eine Umstellung der Buchführung auf ein
66 Verfahren möglich, das die Entwicklung des öffentlichen Vermögens deutlicher darstellt (Ablösung der
67 Kameralistik durch Doppik). Die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung unterstützen wir, uns
68 ist es aber auch wichtig, die Tilgung der Altschulden nach klaren Regeln voranzutreiben. Die Gelder im
69 Pensionsfonds des Landes wollen wir nachhaltig anlegen. Um transparent zu machen, wie die Geschlechter
70 von den Ausgaben des Landes profitieren, wollen wir wie in Berlin die Auswirkungen der
71 Mittelverwendung auf diese erkennbar machen ("Genderbudgeting").

72 **Brandenburgs Kommunen auskömmlich finanzieren**

73 Brandenburgs Kommunen erbringen täglich enorme Leistungen für die Dinge, die das Leben der Menschen
74 vor Ort lebenswert machen: gute Kitas und Schulen, sauberes Trinkwasser, Müllbeseitigung, gepflegte
75 Grünanlagen, Gesundheitsversorgung, die Gemeindebücherei, schnelles Internet, der Bus vom Dorf in die
76 nächste Stadt und vieles mehr. All das sind Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, die unsere Städte,
77 Gemeinden, Dörfer und Landkreise auch in Zukunft zuverlässig erbringen sollen. Die kommunale
78 Finanzkraft ostdeutscher Kommunen lag 2016 jedoch nur bei durchschnittlich 56 Prozent der
79 West-Kommunen. Dazu kommen die unterschiedlichen Entwicklungen der Kommunen innerhalb
80 Brandenburgs, auf die die Kommunen nur wenig Einfluss haben. Derzeit befinden sich rund 20 Prozent der
81 brandenburgischen Kommunen in der Haushaltssicherung, d.h. die Einnahmen decken die Ausgaben auch
82 bei sparsamster Haushaltsführung nicht und Rücklagen stehen nicht zur Verfügung. Hinzu kommen
83 kommunale Kassenkredite von
84 knapp 750 Millionen Euro. Die rot-rote Landesregierung will das Problem mit einer höheren Verbundquote

85 (Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes) lindern und hat angekündigt, den
86 Sozillastenausgleich von 20 auf 60 Millionen Euro zu erhöhen. Letzteres ist bei einer Gesamtsumme von
87 zwei Milliarden Euro aber viel zu wenig; der Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Kommunen kann
88 mit beiden Maßnahmen alleine nicht gelingen. Hinzu kommt eine angestrebte Teilentschuldung der
89 Kommunen mit besonders hohen Kassenkrediten, die wir für unzureichend halten. Wir wollen die
90 kommunale Ebene dauerhaft besser finanzieren, indem wir nach dem Vorbild Thüringens den Anteil der
91 Kommunen an den Steuereinnahmen über einen Bedarfsansatz ermitteln, die Ausgleichsmechanismen
92 zwischen armen und reichen Kommunen stärken und an Stelle der sogenannten Einwohnerveredelung den
93 Fokus auf die Zentrums- bzw. Dienstleistungsfunktion für das Umland setzen. Mit einer solchen
94 nachhaltigen Finanzausstattung
95 der Kommunen wollen wir die kommunale Selbstverwaltung wieder mit Inhalt füllen, die nötigen
96 Finanzmittel für freiwillige Leistungen sicherstellen und damit die Kommunen als Basis unseres föderalen
97 Staates stärken.

3.6-A (Projekt) Verwaltung digitalisieren: E-Government, Datenschutz und IT-Sicherheit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Die Digitalisierung von Behördendienstleistungen spart Zeit, Geld und Stress für Bürger*Innen und
- 2 Wirtschaft sowie für die Verwaltung selbst. Gerade in einem Flächenland kann der Online-Zugang zur
- 3 Verwaltung die Teilhabe verbessern und die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigern. Wir
- 4 wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit
- 5 und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Wir wollen innerhalb einzelner Behörden, das
- 6 "Once-Only-Prinzip" erproben, so dass Bürger*innen ihre bereits vorhandenen Daten nicht jedes Mal erneut
- 7 angeben müssen. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann, braucht es
- 8 qualifizierte IT-Mitarbeiter*innen, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Da Fachleute in
- 9 diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss besonderes Augenmerk auf Nachwuchsförderung und
- 10 Ausbildung gelegt werden.
- 11 Bei Beschaffung und Einsatz von Hard- und Software sind Sozial- und Umweltstandards, standardisierte
- 12 Schnittstellen sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards zwingend festzuschreiben. Bei IT-Verträgen
- 13 wollen wir eine "No-Spy-Klausel" einführen, damit Anbieter, die mit ausländischen Geheimdiensten u.Ä.
- 14 zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können. Langfristig streben wir bei der öffentlichen
- 15 IT-Infrastruktur einen kompletten Wechsel auf freie und quelloffene Software an. Kommunikation zwischen
- 16 Verwaltungseinheiten wollen wir grundsätzlich durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung absichern.

Beschluss

(Projekt) Verwaltung digitalisieren: E-Government, Datenschutz und IT-Sicherheit

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Die Digitalisierung von Behördendienstleistungen spart Zeit, Geld und Stress für Bürger*Innen und
- 2 Wirtschaft sowie für die Verwaltung selbst. Gerade in einem Flächenland kann der Online-Zugang zur
- 3 Verwaltung die Teilhabe verbessern und die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigern. Wir
- 4 wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit
- 5 und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Wir wollen innerhalb einzelner Behörden, das
- 6 "Once-Only-Prinzip" erproben, so dass Bürger*innen ihre bereits vorhandenen Daten nicht jedes Mal erneut
- 7 angeben müssen. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann, braucht es
- 8 qualifizierte IT-Mitarbeiter*innen, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Da Fachleute in
- 9 diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss besonderes Augenmerk auf Nachwuchsförderung und
- 10 Ausbildung gelegt werden.
- 11 Bei Beschaffung und Einsatz von Hard- und Software sind Sozial- und Umweltstandards, standardisierte
- 12 Schnittstellen sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards zwingend festzuschreiben. Bei
- 13 IT-Verträgen wollen wir eine "No-Spy-Klausel" einführen, damit Anbieter, die mit ausländischen
- 14 Geheimdiensten u.Ä. zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können.
- 15 Um der Abhängigkeit von einzelnen Firmen bei der Wartung und Weiterentwicklung von Software
- 16 entgegen zu wirken und damit bei Problemen sofort eingegriffen werden kann, streben wir langfristig bei
- 17 der öffentlichen IT-Infrastruktur einen kompletten Wechsel auf freie und quelloffene Software an. Wo
- 18 möglich sollen auch Eigenentwicklungen in Kooperation mehrerer Behörden in Betracht gezogen und vom
- 19 Land unterstützt werden. Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten wollen wir grundsätzlich durch
- 20 Ende-zu-Ende-Verschlüsselung absichern, bei Kommunikation mit Bürger*innen und Wirtschaft muss dies
- 21 angeboten werden.

3.6-B (Projekt) Nachhaltige Finanzen für das Land und die Kommunen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Schulden schränken die finanzielle Handlungsfähigkeit ein, da ein Teil der vorhandenen Mittel in der
- 2 Zinszahlung gebunden werden. In guten Zeiten müssen deshalb Schulden getilgt werden, um die
- 3 Handlungsfähigkeit der nachkommenden Generationen nicht über die Maßen einzuschränken. Wir wollen
- 4 die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern und Regeln aufstellen, nach denen die
- 5 aufgelaufenen Schulden planmäßig abgebaut werden.
- 6 Auch ausbleibende Investitionen belasten zukünftige Generationen, wenn erst einmal der aufgelaufene
- 7 Investitionsstau aus der Vergangenheit abgearbeitet werden muss. Im Moment zehrt das Land vom
- 8 aufgebauten Vermögen, während der Anteil der Investitionen am Landeshaushalt dramatisch gesunken ist.
- 9 Wir wollen das Landesvermögen inventarisieren und den Werteverzehr transparent machen.
- 10 Um die kommunale Ebene ausreichend zu finanzieren, streben wir eine Neuordnung des kommunalen
- 11 Finanzausgleichs in Brandenburg an. Wir wollen uns stärker am Bedarf orientieren und soziale Aspekte wie
- 12 zum Beispiel die Anzahl von Bedarfsgemeinschaften bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen
- 13 wesentlich stärker berücksichtigen. Die investiven Schlüsselzuweisungen wollen wir auf hohem Niveau
- 14 stabilisieren, damit auch finanzschwache Städte und Gemeinden Zukunftsinvestitionen tätigen können.
- 15 Außerdem wollen wir die Kontrolle über die Kommunalen Finanzen wieder dem Landesrechnungshof
- 16 übertragen.

Beschluss

(Projekt) Nachhaltige Finanzen für das Land und die Kommunen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Schulden schränken die finanzielle Handlungsfähigkeit ein, da ein Teil der vorhandenen Mittel in der
- 2 Zinszahlung gebunden werden. In guten Zeiten müssen deshalb Schulden getilgt werden, um die
- 3 Handlungsfähigkeit der nachkommenden Generationen nicht über die Maßen einzuschränken. Wir wollen
- 4 die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern und Regeln aufstellen, nach denen die
- 5 aufgelaufenen Schulden planmäßig abgebaut werden.
- 6 Auch ausbleibende Investitionen belasten zukünftige Generationen, wenn erst einmal der aufgelaufene
- 7 Investitionsstau aus der Vergangenheit abgearbeitet werden muss. Im Moment zehrt das Land vom
- 8 aufgebauten Vermögen, während der Anteil der Investitionen am Landeshaushalt dramatisch gesunken ist.
- 9 Wir wollen das Landesvermögen inventarisieren und den Werteverzehr transparent machen.
- 10 Um die kommunale Ebene ausreichend zu finanzieren, streben wir eine Neuordnung des kommunalen
- 11 Finanzausgleichs in Brandenburg an. Wir wollen uns stärker am Bedarf orientieren und soziale Aspekte wie
- 12 zum Beispiel die Anzahl von Bedarfsgemeinschaften bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen
- 13 wesentlich stärker berücksichtigen. Die investiven Schlüsselzuweisungen wollen wir auf hohem Niveau
- 14 stabilisieren, damit auch finanzschwache Städte und Gemeinden Zukunftsinvestitionen tätigen können.
- 15 Außerdem wollen wir die Kontrolle über die Kommunalen Finanzen wieder dem Landesrechnungshof
- 16 übertragen.

Beschluss

Modern, effizient, bürgernah: Verwaltung, Finanzen, Kommunales

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 **Verwaltung modernisieren**

2 Die Landespolitik hat es bisher versäumt, die Verwaltung modern aufzustellen und auszustatten und
3 Verwaltungshandeln transparenter zu gestalten. Wir wollen die Verwaltung fit für den demographischen
4 Wandel machen und modernisieren. Starke Gemeinden und Verbandsgemeinden sollen in Zukunft das
5 Eingangstor zur gesamten Kommunalverwaltung sein, also auch für Angebote der Kreisverwaltung. Beim
6 neu eingeführten Mitverwaltungsmodell, bei dem eine Gemeinde durch eine andere mitverwaltet wird,
7 sehen wir erhebliche Legitimationsprobleme und lehnen es daher ab. Gemeinsam mit den neuen Chancen
8 des E-Government wollen wir so eine möglichst wohnortnahe Verwaltung aus einer Hand schaffen – mit
9 kurzen Wegen für die Bürger*innen. Der Gang zum Amt wird damit in den meisten Fällen überflüssig.
10 Darüber hinaus wird Verwaltungshandeln insgesamt schneller, kostengünstiger und transparenter. Die
11 anstehende Digitalisierung von immer mehr Verwaltungsvorgängen wollen wir nutzen, um die Transparenz
12 zu stärken. Im
13 Rahmen eines Transparenzgesetzes wollen wir ein zentrales Datenportal einrichten, in welchem alle
14 nicht-personenbezogenen oder als vertraulich eingestuft Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger
15 öffentlich abrufbar sind (Open Data-Portal). Bei der Modernisierung der Verwaltung sind für uns
16 Barrierefreiheit, Informationssicherheit und Datenschutz zwingende Voraussetzungen.

17 Die Verwaltungsstrukturen im Land wollen wir langfristig so ordnen, dass die staatlichen Aufgaben auf
18 allen Ebenen dauerhaft finanzierbar bleiben. Wichtig ist uns hierbei, dass die kulturelle Identität der
19 kleineren Städte und Dörfer erhalten bleibt und gefördert wird. Zwangsfusionen von Gemeinden sind nicht
20 nötig und werden von uns abgelehnt. Freiwillige Zusammenschlüsse wollen wir auch weiterhin
21 unterstützen. Perspektivisch wollen wir alle Ämter zur brandenburgischen Verbandsgemeinde
22 weiterentwickeln, mit direkt gewählten Bürgermeister*innen und Verbandsgemeindevertretungen. Deutlich
23 ausweiten wollen wir die demokratischen Mitbestimmungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der
24 Bürger*innen. Mit Berlin wollen wir die Zusammenarbeit deutlich ausweiten. Während das gemeinsame
25 Tarifgebiet des VBB oder der Rundfunk Berlin-Brandenburg gute Beispiele der Zusammenarbeit abgeben,
26 gibt es in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Energie Nachholbedarf. Ein gemeinsames Bundesland
27 Brandenburg-
28 Berlin sehen wir grundsätzlich positiv, dieses kann es aber nur geben, wenn die Bevölkerung beider Länder
29 in einem Volksentscheid die Fusion befürwortet. Voraussetzung ist, dass die zentralen Fragen - wie der
30 Umgang mit der milliardenschweren Verschuldung beider Länder – vorab geklärt sind.

31 **Nachhaltige Haushaltspolitik betreiben**

32 Die gute Konjunktur der letzten Jahre wirkt sich auch auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte
33 insgesamt sehr positiv aus. Alleine für den Landeshaushalt Brandenburg wird für 2020 ein
34 Steuereinnahmenplus von mehr als einer Milliarde Euro gegenüber 2017 veranschlagt. Seit 2010 wurden
35 keine neuen Schulden gemacht. Durch unerwartete Haushaltsüberschüsse konnte die Verschuldung zudem

36 auf unter 18 Milliarden Euro leicht gesenkt und Rücklagen von über einer Milliarde Euro aufgebaut
37 werden. Die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundeszuweisungen werden absehbar
38 weiter steigen. Während für 2017 noch 8,5 Milliarden Euro eingeplant wurden, wird dieser Betrag 2020 die
39 10 Milliarden-Grenze übersteigen.

40 Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht, dass die Landesregierung in den
41 letzten Jahren nicht einmal den Werteverzehr bzw. die Abnutzung an der öffentlichen Infrastruktur ersetzt
42 hat. Zugleich wurde durch jahrelangen massiven Personalabbau in Verwaltung, Polizei und Justiz des
43 Landes deren Funktionen gefährdet. Unverändert bedrohen Risiken wie langfristig wieder steigende
44 Kreditzinsen oder die rapide anwachsenden Pensionslasten zukünftige Haushalte. Immer noch steht jede
45 fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht, d.h. deren Einnahmen decken die Ausgaben auch bei
46 sparsamster Haushaltsführung nicht und Rücklagen sind nicht vorhanden. Ohne Finanzhilfen des Landes
47 und einer Neuausrichtung des Kommunalen Finanzausgleichs werden sie nie auf einen grünen Zweig
48 kommen. Die Sicherstellung der hohen Rekultivierungskosten der Braunkohletagebaue bergen genauso
49 wie mögliche Folgekosten für den künftigen Flughafen BER weitere finanzielle Risiken für den
50 Landeshaushalt.

51 Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass die Ausgaben für Konsum und Verbrauch immer stärker ansteigen, die
52 Investitionsquote dagegen seit Jahren sinkt. Öffentliche Investitionen, ein guter Zustand der Verkehrswege,
53 der Grad der Digitalisierung und eine hohe Qualität der Bildungseinrichtungen sind aber wesentlich um
54 die finanziellen Möglichkeiten des Landes auch morgen sicherzustellen oder auszuweiten. Zugleich steigen
55 die Ausgaben für Personal, Pensionszahlungen und eingegangene Versorgungsverpflichtungen. Unser
56 Vorschlag, die durch Verbeamtungen eingesparten Rentenversicherungsbeiträge zur Pensionsvorsorge in
57 die Schulden tilgung zu stecken wurde von der Landesregierung abgelehnt.

58 Vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich wachsenden Hauptstadtregion und eines dauerhaft höheren
59 Haushaltsrahmens können jetzt die Chancen viel stärker genutzt werden, um den sich abzeichnenden
60 Risiken in der Zukunft erfolgreich begegnen zu können, ohne das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu
61 gefährden. Wir wollen mehr Mittel für Qualitätsverbesserungen und den Einstieg in die Beitragsfreiheit bei
62 der Kinderbetreuung, für Bildung, Umwelt und Justiz zur Verfügung stellen. Zugleich benötigen wir deutlich
63 mehr Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr und den Breitbandausbau. Die Kommunen in
64 Brandenburg müssen ihre volle finanzielle Souveränität erlangen und im Berliner Umland das Wachstum
65 meistern können. Um den Werteverzehr im Landeshaushalt transparent zu machen und die langfristige
66 Entwicklung des öffentlichen Vermögens deutlicher darzustellen, wollen wir genauso wie im kommunalen
67 Bereich auch in der Landesverwaltung die Krameralistik durch die doppelte Buchführung ablösen. Als
68 einen ersten Schritt werden wir dafür zunächst das Landesvermögen inventarisieren. Ziel ist aber ein
69 kultureller Wandel, der den Fokus auf die langfristigen Auswirkungen administrativer und politischer
70 Entscheidungen legt. Sollte es zu Privatisierungen von landesweiter Bedeutung kommen, wollen wir dafür
71 eine Zwei-Drittel-Mehrheit vorschreiben.

72 Auch die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung unterstützen wir, uns ist es aber auch wichtig,
73 die Tilgung der Altschulden nach klaren Regeln voranzutreiben. Die Gelder im Pensionsfonds des Landes
74 wollen wir nachhaltig anlegen. Um transparent zu machen, wie die Geschlechter von den Ausgaben des
75 Landes profitieren, wollen wir wie in Berlin die Auswirkungen der Mittelverwendung auf diese erkennbar
76 machen ("Genderbudgeting").

77 **Brandenburgs Kommunen auskömmlich finanzieren**

78 Brandenburgs Kommunen erbringen täglich enorme Leistungen für die Dinge, die das Leben der Menschen
79 vor Ort lebenswert machen: gute Kitas und Schulen, sauberes Trinkwasser, Müllbeseitigung, gepflegte
80 Grünanlagen, Gesundheitsversorgung, die Gemeindebücherei, schnelles Internet, der Bus vom Dorf in die
81 nächste Stadt und vieles mehr. All das sind Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, die unsere Städte,
82 Gemeinden, Dörfer und Landkreise auch in Zukunft zuverlässig erbringen sollen. Die kommunale
83 Finanzkraft ostdeutscher Kommunen lag 2016 jedoch nur bei durchschnittlich 56 Prozent der
84 West-Kommunen. Dazu kommen die unterschiedlichen Entwicklungen der Kommunen innerhalb

85 Brandenburgs, auf die die Kommunen nur wenig Einfluss haben. Derzeit befinden sich rund 20 Prozent der
86 brandenburgischen Kommunen in der Haushaltssicherung, d.h. die Einnahmen decken die Ausgaben auch
87 bei sparsamster Haushaltsführung nicht und Rücklagen stehen nicht zur Verfügung. Hinzu kommen
88 kommunale Kassenkredite von
89 knapp 750 Millionen Euro. Die rot-rote Landesregierung will das Problem mit einer höheren Verbundquote
90 (Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes) lindern und hat angekündigt, den
91 Sozillastenausgleich von 20 auf 60 Millionen Euro zu erhöhen. Letzteres ist bei einer Gesamtsumme von
92 zwei Milliarden Euro aber viel zu wenig; der Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Kommunen kann
93 mit beiden Maßnahmen alleine nicht gelingen. Hinzu kommt eine angestrebte Teilentschuldung der
94 Kommunen mit besonders hohen Kassenkrediten, die wir für unzureichend halten. Wir wollen die
95 kommunale Ebene dauerhaft besser finanzieren, indem wir nach dem Vorbild Thüringens den Anteil der
96 Kommunen an den Steuereinnahmen über einen Bedarfsansatz ermitteln, die Ausgleichsmechanismen
97 zwischen armen und reichen Kommunen stärken und an Stelle der sogenannten Einwohnerveredelung den
98 Fokus auf die Zentrums- bzw. Dienstleistungsfunktion für das Umland setzen. Der Bedarf der Kommunen
99 für die Sanierung von
100 Altlasten, wie bspw. die systematische Kampfmittelsuche in Oranienburg, soll ebenfalls bei der Verteilung
101 berücksichtigt werden. Mit einer solchen nachhaltigen Finanzausstattung der Kommunen wollen wir die
102 kommunale Selbstverwaltung wieder mit Inhalt füllen, die nötigen Finanzmittel für freiwillige Leistungen
103 sicherstellen und damit die Kommunen als Basis unseres föderalen Staates stärken.

3.7. Frauen an die Spitze: Gleichstellung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist vielfach noch ein uneingelöstes Versprechen. Wir wollen
2 gleiche Chancen für alle, in allen Bereichen und Lebenslagen.
- 3 Was die Gleichstellung angeht, steht Brandenburg in vielen Bereichen im Bundesvergleich ganz gut da: Die
4 Erwerbsbeteiligungsquote von Frauen ist mit 73 Prozent relativ hoch und die geschlechtsspezifische
5 Lohnungleichheit („gender pay-gap“) mit sechs Prozent niedrig. Aber: Unter den Teilzeitbeschäftigten sind
6 drei Viertel Frauen, viele unfreiwillig, weil sie gerne mehr arbeiten würden. In Brandenburg legen 46
7 Prozent der Mädchen gegenüber 35 Prozent der Jungen das Abitur ab. Aber: An den Hochschulen sind
8 trotzdem nur 23 Prozent der Professuren weiblich besetzt. Obwohl sie durchschnittlich erfolgreicher in der
9 Schule abschneiden, entscheiden sich weiterhin fast 50 Prozent aller junger Frauen für nur zehn
10 Ausbildungsberufe – darunter viele der sogenannten „Frauenberufe“ mit schlechter Bezahlung und
11 geringen Aufstiegschancen. Wir wollen überkommene Rollenbilder aufbrechen und mehr Männer in die
12 sozialen Berufe und mehr Frauen in Technik und Naturwissenschaft holen. Deshalb möchten wir aus
13 dem jetzigen „Zukunftstag“ wieder einen echten „Girl’s Day“ machen und analog dazu einen „Boy’s Day“
14 einführen.
- 15 Wir wollen die Armut von Frauen wirksam bekämpfen. In der Regel sind es noch immer die Frauen, die
16 unentgeltlich die Kinder versorgen, die Hausarbeit leisten und Angehörige pflegen. Das Armutsrisiko von
17 Alleinerziehenden liegt sehr hoch, und Alleinerziehende sind zu über 90 Prozent Frauen. Dabei ist die
18 Armut von Alleinerziehenden meist untrennbar mit der Armut der Kinder verbunden. Die besten Mittel
19 gegen Frauen-, Kinder- und Altersarmut sind eine gut bezahlte familienfreundliche Arbeit oder
20 selbstständige berufliche Existenz und die gerechte Verteilung der Erziehungs-, Pflege- und Sorgearbeit.
21 Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die Eindämmung von prekärer Beschäftigung, für die
22 Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, für existenzsichernde
23 Mindestlöhne, für eine Kindergrundsicherung und die Verbesserung des Familienlastenausgleichs im
24 Steuer-, Sozial- und Familienrecht ein. Auf Landesebene wollen wir Möglichkeiten zu einer
25 weiterführenden Unterstützung alleinerziehender Frauen prüfen.
- 26 Den öffentlichen Dienst und die landeseigenen Unternehmen wollen wir zu einem Vorbild für gleiche
27 Chancen und Chancengerechtigkeit machen. Insbesondere wollen wir Möglichkeiten zur besseren
28 Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und für angehende Lehrer*innen und Jurist*innen ein
29 Teilzeitreferendariat ermöglichen.
- 30 Da es noch immer Defizite bei der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes gibt, wollen wir in der
31 nächsten Legislaturperiode gezielte Initiativen und Maßnahmen zur konsequenten Umsetzung des
32 Landesgleichstellungsgesetzes entwickeln.
- 33 Mit dem Aufstieg der AfD in Brandenburg sind auch frauenfeindliche Tendenzen verbunden. Wir müssen
34 wieder heftige Reaktionen des neurechten Milieus gegen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und
35 Mädchen in unserer Gesellschaft erleben. Wir werden der antiemanzipatorischen Propaganda der Neuen

36 Rechten gegen Frauen, LSBTTIQ*, Menschen mit Behinderungen, Migranten*innen, Langzeitarbeitslose
37 entschieden Einhalt gebieten.

38 Auffällig ist, dass der Frauenanteil in der Politik im Bundestag stark gesunken ist und in Brandenburg von
39 der Landtagebene zur kommunalen Ebene hin kontinuierlich abnimmt. So beträgt der Frauenanteil im
40 Bundestag 37,1 Prozent, im Landtag Brandenburg zu Beginn der 6. Wahlperiode 36,4 Prozent, bei den
41 Kreistagsmandaten 25 Prozent und in den Gemeindevertretungen gerade einmal 23 Prozent. Hier wollen
42 wir mit mehr Unterstützung wie einem „Mentoring-Programm“ und einem „Parité-Gesetz“, das wir 2018 in
43 den Landtag eingebracht haben, entgegenwirken.

44 Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wollen wir in ihrer Arbeit stärken.
45 Gleichstellungsbeauftragte setzen den Wandel für mehr Geschlechtergerechtigkeit um, sie wirken nach
46 innen und außen und benötigen mehr Rechte. Unser Ziel sind volle, hauptamtliche
47 Gleichstellungsbeauftragte in allen Kommunen mit mehr als 20.000 Menschen.

48 Wir werden bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen die Lebenssituation und die Interessen von Frauen
49 berücksichtigen, d.h. wir setzen uns konsequent für das Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit
50 („Gender-Mainstreaming“) ein. Wir stehen für den geschlechtergerechten Haushalt („Gender Budgeting“),
51 damit sich Gleichberechtigung auch im Landeshaushalt als gerechte Verteilung der Mittel niederschlägt.

52 Damit Frauen frei wählen können, wo und wie sie ihr Kind zur Welt bringen, stärken wir die
53 Hebammenversorgung.

54 Frauen und Kinder sind leider immer noch in allen sozialen Schichten besonders häufig Gewalt ausgesetzt
55 und können sich oft aus strukturellen Gründen dieser besonders schwer entziehen. Daher wollen wir für
56 den Schutz von Frauen und Kindern vor sexualisierter oder häuslicher Gewalt deutlich mehr tun.

57 Wir begrüßen das Leitbild der Landesregierung Brandenburg „Gleiche Chancen für Frauen und Mädchen“
58 und wollen das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm fortschreiben, mit verbindlichen Zielvorgaben
59 und verlässlicher Mittelausstattung. Die Brandenburgische Frauenwoche mit ihren vielfältigen Aktivitäten
60 und die Arbeit des Frauenpolitischen Rats unterstützen wir.

3.7-A (Projekt) Die Hälfte der Macht den Frauen – Parität in Parlamenten und in Führungspositionen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir fordern: Die Hälfte der Macht den Frauen – in der Politik, in der Verwaltung, in der Wissenschaft und in
- 2 der Wirtschaft. Damit haben wir innerhalb unserer Partei Erfahrung: Frauenquote, Doppelspitze und
- 3 Frauenstatut gehören bei uns seit der Gründung von Bündnis 90/Die Grünen dazu. Mit der Einbringung
- 4 unseres Paritégesetzes wollen wir erreichen, dass Frauen entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung, in
- 5 allen gewählten Gremien der Politik Brandenburgs (Landtag, Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen,
- 6 Gemeindevertretungen) vertreten sind. Für die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes, das einen
- 7 Frauenanteil von 50 Prozent für die Landes- und Kommunalverwaltungen und eine entsprechende Quote
- 8 für Aufsichtsgremien und Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes, vorsieht, fordern wir klare
- 9 zeitliche Zielvorgaben. Bei allen durch das Land geförderten Programmen in Wirtschaft und Kultur, z.B.
- 10 Wirtschaftsförderung oder Medienboard Berlin-Brandenburg, wollen wir die Förderung
- 11 an die Vorlage von Frauenförderplänen und gleiche Bezahlung für Frauen koppeln.

Beschluss

(Projekt) Die Hälfte der Macht den Frauen – Parität in Parlamenten und in Führungspositionen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir fordern: Die Hälfte der Macht den Frauen – in der Politik, in der Verwaltung, in der Wissenschaft und in
- 2 der Wirtschaft. Damit haben wir innerhalb unserer Partei Erfahrung: Frauenquote, Doppelspitze und
- 3 Frauenstatut gehören bei uns seit der Gründung von Bündnis 90/Die Grünen dazu. Mit der Einbringung
- 4 unseres Paritégesetzes wollen wir erreichen, dass Frauen entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung, in
- 5 allen gewählten Gremien der Politik Brandenburgs (Landtag, Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen,
- 6 Gemeindevertretungen) vertreten sind. Für die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes, das einen
- 7 Frauenanteil von 50 Prozent für die Landes- und Kommunalverwaltungen und eine entsprechende Quote
- 8 für Aufsichtsgremien und Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes, vorsieht, fordern wir klare
- 9 zeitliche Zielvorgaben. Bei allen durch das Land geförderten Programmen in Wirtschaft und Kultur, z.B.
- 10 Wirtschaftsförderung oder Medienboard Berlin-Brandenburg, wollen wir die Förderung
- 11 an die Vorlage von Frauenförderplänen und gleiche Bezahlung für Frauen koppeln.

3.7-B (Projekt) Zuflucht und Hilfe vor Gewalt für Frauen und Kinder

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Gewalt gegen Frauen gibt es in allen Kulturen und Schichten. Die Dunkelziffer ist hoch, oft werden Frauen
- 2 allein gelassen. Beim Schutz von Frauen und Kindern vor sexualisierter und häuslicher Gewalt wollen wir
- 3 deutlich mehr tun. Polizei und Justiz müssen umfassender geschult und weitergebildet werden als bisher.
- 4 Wir setzen uns dafür ein, dass Opfer von Sexualstraftaten in allen Krankenhäusern die Möglichkeit
- 5 erhalten, die Spuren sichern und anonymisiert verwahren zu lassen, ohne direkt Anzeige zu erstatten.
- 6 Frauenberatungsangebote und präventive Maßnahmen müssen auch in den ländlichen Räumen erreichbar
- 7 sein. Wir wollen alle Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen in Brandenburg erhalten und die
- 8 Kommunen besser in die Lage versetzen, sie verlässlich zu finanzieren. Dazu gehört auch ein Konzept, wie
- 9 die Kommunen die Frauenhäuser mit mehr Personal ausstatten können. Insbesondere wollen wir, dass
- 10 mehr in die qualifizierte Betreuung der dort mit Zufluchtsuchenden Kinder investiert wird. Wir
- 11 setzen uns darüber hinaus für ein ausreichendes Angebot an Sprachmittlung und den kultursensiblen
- 12 Umgang mit geflüchteten Frauen ein. Die Koordinierungsstelle des Netzwerks Brandenburgischer
- 13 Frauenhäuser und Kampagnen wie "rosaROT" unterstützen wir.

Beschluss

(Projekt) Zuflucht und Hilfe vor Gewalt für Frauen und Kinder

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Gewalt gegen Frauen gibt es in allen Kulturen und Schichten. Die Dunkelziffer ist hoch, oft werden Frauen
- 2 allein gelassen. Beim Schutz von Frauen und Kindern vor sexualisierter und häuslicher Gewalt wollen wir
- 3 deutlich mehr tun. Polizei und Justiz müssen umfassender geschult und weitergebildet werden als bisher.
- 4 Wir setzen uns dafür ein, dass Opfer von Sexualstraftaten in allen Krankenhäusern die Möglichkeit
- 5 erhalten, die Spuren sichern und anonymisiert verwahren zu lassen, ohne direkt Anzeige zu erstatten.
- 6 Frauenberatungsangebote und präventive Maßnahmen müssen auch in den ländlichen Räumen erreichbar
- 7 sein. Wir wollen alle Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen in Brandenburg erhalten und die
- 8 Kommunen besser in die Lage versetzen, sie verlässlich zu finanzieren. Dazu gehört auch ein Konzept, wie
- 9 die Kommunen die Frauenhäuser mit mehr Personal ausstatten können. Insbesondere wollen wir, dass
- 10 mehr in die qualifizierte Betreuung der dort mit Zufluchtsuchenden Kinder investiert wird. Wir
- 11 setzen uns darüber hinaus für ein ausreichendes Angebot an Sprachmittlung und den kultursensiblen
- 12 Umgang mit geflüchteten Frauen ein. Die Koordinierungsstelle des Netzwerks Brandenburgischer
- 13 Frauenhäuser und Kampagnen wie "rosaROT" unterstützen wir.

Beschluss

Frauen an die Spitze: Gleichstellung

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist vielfach noch ein uneingelöstes Versprechen. Wir wollen
2 gleiche Chancen für alle, in allen Bereichen und Lebenslagen.
- 3 Was die Gleichstellung angeht, steht Brandenburg in vielen Bereichen im Bundesvergleich ganz gut da: Die
4 Erwerbsbeteiligungsquote von Frauen ist mit 73 Prozent relativ hoch und die geschlechtsspezifische
5 Lohnungleichheit („gender pay-gap“) mit sechs Prozent niedrig. Aber: Unter den Teilzeitbeschäftigten sind
6 drei Viertel Frauen, viele unfreiwillig, weil sie gerne mehr arbeiten würden. In Brandenburg legen 46
7 Prozent der Mädchen gegenüber 35 Prozent der Jungen das Abitur ab. Aber: An den Hochschulen sind
8 trotzdem nur 23 Prozent der Professuren weiblich besetzt. Obwohl sie durchschnittlich erfolgreicher in der
9 Schule abschneiden, entscheiden sich weiterhin fast 50 Prozent aller junger Frauen für nur zehn
10 Ausbildungsberufe – darunter viele der sogenannten „Frauenberufe“ mit schlechter Bezahlung und
11 geringen Aufstiegschancen. Wir wollen überkommene Rollenbilder aufbrechen und mehr Männer in die
12 sozialen Berufe und mehr Frauen in Technik und Naturwissenschaft holen. Deshalb möchten wir aus
13 dem jetzigen „Zukunftstag“ wieder einen echten „Girl’s Day“ machen und analog dazu einen „Boy’s Day“
14 einführen.
- 15 Wir wollen die Armut von Frauen wirksam bekämpfen. In der Regel sind es noch immer die Frauen, die
16 unentgeltlich die Kinder versorgen, die Hausarbeit leisten und Angehörige pflegen. Das Armutsrisiko von
17 Alleinerziehenden liegt sehr hoch, und Alleinerziehende sind zu über 90 Prozent Frauen. Dabei ist die
18 Armut von Alleinerziehenden meist untrennbar mit der Armut der Kinder verbunden. Die besten Mittel
19 gegen Frauen-, Kinder- und Altersarmut sind eine gut bezahlte familienfreundliche Arbeit oder
20 selbstständige berufliche Existenz und die gerechte Verteilung der Erziehungs-, Pflege- und Sorgearbeit.
21 Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die Eindämmung von prekärer Beschäftigung, für die
22 Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, für existenzsichernde
23 Mindestlöhne, für eine Kindergrundsicherung und die Verbesserung des Familienlastenausgleichs im
24 Steuer-, Sozial- und Familienrecht ein. Auf Landesebene wollen wir Möglichkeiten zu einer
25 weiterführenden Unterstützung alleinerziehender Frauen prüfen.
- 26 Den öffentlichen Dienst und die landeseigenen Unternehmen wollen wir zu einem Vorbild für gleiche
27 Chancen und Chancengerechtigkeit machen. Insbesondere wollen wir Möglichkeiten zur besseren
28 Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und für angehende Lehrer*innen und Jurist*innen ein
29 Teilzeitreferendariat ermöglichen.
- 30 Da es noch immer Defizite bei der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes gibt, wollen wir in der
31 nächsten Legislaturperiode gezielte Initiativen und Maßnahmen zur konsequenten Umsetzung des
32 Landesgleichstellungsgesetzes entwickeln. Wir streben eine Überarbeitung des
33 Landesgleichstellungsgesetzes an und wollen u.a. prüfen, ob Gleichstellungsteams (eine Frau, ein Mann)
34 dazu dienen können, Väter bei der Inanspruchnahme von mehr als zwei Monaten Elternzeit zu
35 unterstützen. Eine paritätische Aufteilung der Familienarbeit beginnt schon bei der paritätischen

36 Aufteilung der Elternzeit.

37

38 Wir müssen wieder heftige Reaktionen des neurechten Milieus gegen die gleichberechtigte Teilhabe von
39 Frauen und Mädchen in unserer Gesellschaft erleben. Wir werden der antiemanzipatorischen Propaganda
40 der Neuen Rechten gegen Frauen, LSBTTIQ*, Menschen mit Behinderungen, Migranten*innen,
41 Langzeitarbeitslose entschieden Einhalt gebieten.

42 Auffällig ist, dass der Frauenanteil in der Politik im Bundestag stark gesunken ist und in Brandenburg von
43 der Landtagebene zur kommunalen Ebene hin kontinuierlich abnimmt. So beträgt der Frauenanteil im
44 Bundestag 37,1 Prozent, im Landtag Brandenburg zu Beginn der 6. Wahlperiode 36,4 Prozent, bei den
45 Kreistagsmandaten 25 Prozent und in den Gemeindevertretungen gerade einmal 23 Prozent. Hier wollen
46 wir mit mehr Unterstützung wie einem „Mentoring-Programm“ und einem „Parité-Gesetz“, das wir 2018 in
47 den Landtag eingebracht haben, entgegenwirken.

48 Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wollen wir in ihrer Arbeit stärken.
49 Gleichstellungsbeauftragte setzen den Wandel für mehr Geschlechtergerechtigkeit um, sie wirken nach
50 innen und außen und benötigen mehr Rechte. Unser Ziel sind volle, hauptamtliche
51 Gleichstellungsbeauftragte in allen Kommunen mit mehr als 20.000 Menschen.

52 Wir werden bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen die Lebenssituation und die Interessen von Frauen
53 berücksichtigen, d.h. wir setzen uns konsequent für das Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit
54 („Gender-Mainstreaming“) ein. Wir stehen für den geschlechtergerechten Haushalt („Gender Budgeting“),
55 damit sich Gleichberechtigung auch im Landeshaushalt als gerechte Verteilung der Mittel niederschlägt.

56 Damit Frauen frei wählen können, wo und wie sie ihr Kind zur Welt bringen, stärken wir die
57 Hebammenversorgung.

58 Frauen und Kinder sind leider immer noch in allen sozialen Schichten besonders häufig Gewalt ausgesetzt
59 und können sich oft aus strukturellen Gründen dieser besonders schwer entziehen. Daher wollen wir für
60 den Schutz von Frauen und Kindern vor sexualisierter oder häuslicher Gewalt deutlich mehr tun.

61 Wir begrüßen das Leitbild der Landesregierung Brandenburg „Gleiche Chancen für Frauen und Mädchen“
62 und wollen das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm fortschreiben, mit verbindlichen Zielvorgaben
63 und verlässlicher Mittelausstattung. Die Brandenburgische Frauenwoche mit ihren vielfältigen Aktivitäten
64 und die Arbeit des Frauenpolitischen Rats unterstützen wir.

3.8 Vielfältig und frei leben: Selbstbestimmung und Anti-Diskriminierung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Unsere Gesellschaft ist im Wandel. In unseren Dörfern und Städten, am Arbeitsplatz, in Schulen und
2 Sportvereinen begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, mit unterschiedlichen sexuellen
3 Identitäten und Hautfarben, mit und ohne Zuwanderungsgeschichten. Diese Vielfalt bereichert unser Land.
4 Ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt funktioniert nur mit Rechten und Pflichten, die für alle
5 gleichermaßen gelten müssen, und einer klaren Positionierung gegen jede Form von Diskriminierung und
6 Menschenfeindlichkeit. Wir stehen für eine inklusive Gesellschaft, die in ihrer Vielfalt zusammenhält. Eine
7 Gesellschaft, in der jede*r selbst bestimmt leben kann und die individuelle Freiheit sowie die persönliche
8 Identität geschützt sind, auch im Netz.

9 **Religion: Alle nach ihrer Fassung**

10 Glaubensfreiheit hat in Brandenburg eine lange Tradition. Alle Menschen sollen "nach ihrer Fassung selig
11 werden" und müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben, sei er jüdisch, christlich, muslimisch,
12 buddhistisch, hinduistisch usw. oder auch ganz frei von religiös-weltanschaulichem Bekenntnis. Unsere
13 vielfältige, offene Gesellschaft basiert auf dem Grundgesetz, das wir achten und verteidigen. Wir
14 verurteilen die Diskriminierung Andersgläubiger, antidemokratische Einstellungen und
15 menschenverachtenden Fanatismus. Wir verurteilen insbesondere, wenn Religionen in diesem Sinne
16 instrumentalisiert werden oder sich instrumentalisieren lassen. Wir schätzen es zudem sehr, wenn sich
17 Religionsgemeinschaften mit wertgebundenen Positionen aktiv an der Meinungsbildung zur Stärkung
18 unseres demokratischen Gemeinwesens beteiligen

19 Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben heraus oder aus Überzeugung gemeinsam mit uns für
20 Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut. Sie leisten damit einen
21 wertvollen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Da stehen wir Seit an Seit. Das
22 friedensstiftende und befreiende Element findet sich in nahezu allen Religionen. Der Glaube soll frei
23 machen, nicht fesseln. Unsere Geschichte in Brandenburg ist eng mit dem emanzipatorischem Wirken der
24 Kirchen verbunden.

25 Wir unterstützen den Brandenburger Weg, das Schulfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER)“ in
26 den Klassen fünf bis zehn zu unterrichten und einen zusätzlichen, freiwilligen Religions- oder
27 Weltanschauungsunterricht der Kirchen oder des Humanistischen Verbands zu ermöglichen.

28 Das kirchliche Arbeitsrecht sehen wir kritisch. Wir wollen die Rechte der kirchlichen Arbeitnehmer*innen
29 außerhalb des religiösen Verkündigungsbereiches stärken und Ausnahmeregelungen beschränken.

30 In staatliche Zuwendungen an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wollen wir mehr
31 Transparenz bringen.

32 **Queeres Brandenburg**

33
34 Wir wollen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTTIQ*)

35 frei von Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt in Brandenburg leben können. Nach einer im Jahr 2017
36 durchgeführten Online-Befragung hat fast die Hälfte (48 Prozent) aller LSBTTIQ* in Brandenburg in den
37 vergangenen fünf Jahre Diskriminierung erfahren. Jede sechste befragte Person erlebte in dieser
38 Zeitspanne Gewalt oder ein Verbrechen aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität. Um für
39 Betroffene mögliche Hemmnisse vor einer Kontaktaufnahme mit der Brandenburger Polizei oder der
40 Staatsanwaltschaft abzubauen, wollen wir dort Stellen für hauptamtliche Ansprechpartner*innen für die
41 Belange der LSBTTIQ* schaffen. Wir fordern eine systematische Erfassung homo- und trans*feindlicher
42 Straftaten wie Hasskriminalität und eine entsprechende Präventionsarbeit bei Polizei, Justiz und
43 Sozialarbeit.

44
45 Die bestehenden Beratungsstrukturen für Opfer trans*- und homophober Gewalt wollen wir stärken und
46 landesweit ausbauen. Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) wollen wir mit mindestens einer*m
47 hauptamtlichen Landesantidiskriminierungsbeauftragten mit entsprechender Ausstattung und
48 Qualifizierung besetzen.

49 Das Land hat mit dem Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ einen ersten Schritt gegen Diskriminierung und
50 für gleiche Rechte von LSBTTIQ* gemacht. Der Aktionsplan stellt bisher allerdings lediglich eine einfache
51 Zustandsbeschreibung dar. Wir wollen den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ in Bezug auf Maßnahmen
52 und Kosten konkretisieren und seine schnelle Umsetzung angehen. Diese soll anhand eines regelmäßigen
53 Berichts überprüft werden. Wir wollen, dass vom Land Brandenburg für die gesamte Verwaltung eine
54 Handreichung für den Umgang mit LSBTTIQ*-Menschen entwickelt wird und Beschäftigte entsprechend
55 geschult werden.

56
57 Die gesundheitliche und soziale Situation der LSBTTIQ* wollen wir deutlich verbessern. Sexuelle
58 Gesundheit wollen wir fördern und die Präventionsarbeit stärken, wir bekennen uns zu den
59 UN-AIDS-Zielen, um HIV bis 2030 zu beenden.

60 Ein erhöhtes Selbstmordrisiko, gerade unter Jugendlichen, ist leider traurige Realität, ebenso wie
61 psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Sucht. Die Schulsozial- und die Jugendarbeit wollen wir
62 stärken und Beratungs- und Begleitungsprojekte, die sich an LSBTTIQ* richten, verlässlich und dauerhaft
63 fördern.

64 Der von unserer Landtagsfraktion eingebrachte Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz hat noch
65 keine parlamentarische Mehrheit gefunden. Wir werden das Ziel weiterhin energisch verfolgen.

66 Den Schutz vor Diskriminierung wollen wir auch auf Bundesebene vorantreiben und unterstützen
67 entsprechende Bundesratsinitiativen. Artikel 3 des Grundgesetzes muss um die Merkmale der sexuellen
68 und geschlechtlichen Identität ergänzt werden. Das menschenrechtsverletzenden Transsexuellengesetz
69 wollen wir abschaffen und fordern eine neue Gesetzgebung, die sich konkret an den Bedürfnissen von
70 Trans*Personen ausrichtet. Operationen an Inter*Personen im Kindesalter wollen wir verbieten und die
71 Aufbewahrungsfrist für Krankenakten verlängern. Inter*-Personen und ihre Eltern brauchen qualifizierte
72 Informations- und Beratungsangebote. Entsprechende Initiativen des Nachbarlands Berlin begrüßen wir.

73 **Inklusion und Teilhabe: Barrierefrei und gleichberechtigt leben**

74 Selbstbestimmt leben. Das sollen die 370.000 in Brandenburg wohnenden Menschen mit Behinderung
75 können – genauso wie alle anderen. Unsere Behindertenpolitik im Land Brandenburg ist eine
76 menschenrechtsorientierte Politik ohne Wenn und Aber. Die Selbstvertretungsorganisationen behinderter
77 Menschen sind bei der Gestaltung dieser Politik unsere Partner auf Augenhöhe. „Nicht ohne uns über uns“,
78 das gilt für unsere grüne Politik für Menschen mit Behinderung.

79 Im Land Brandenburg wollen wir die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) konsequent umsetzen.
80 Artikel 19 der UN-BRK erkennt das Recht von Menschen mit Beeinträchtigungen an, mit den gleichen
81 Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben. Sie müssen selbst darüber
82 entscheiden können, wo und mit wem sie leben. Niemand darf in besondere Wohnformen gezwungen

83 werden. Wir haben deshalb im Landtag eine Debatte über das Bundesteilhabegesetz initiiert. Damit haben
84 wir erreicht, dass sich Brandenburg beim Bund für das Wunsch- und Wahlrecht von beeinträchtigten
85 Menschen eingesetzt hat.

86 Wir wollen eine bunte, vielfältige Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, in der niemand
87 ausgegrenzt wird und alle das Gefühl haben: Ich gehöre dazu. Jede und jeder soll die Unterstützung
88 erhalten, die jeweils benötigt wird. Uns geht es um Selbstentfaltung und die Möglichkeit individueller
89 Lebensentwürfe ebenso wie um die gesellschaftlichen Voraussetzungen für individuelle Freiheit.

90 Grundsätzlich gilt: Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deshalb braucht es neben der
91 staatlichen Verantwortung die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Kommunale Beauftragte und Beiräte für
92 Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag. Brandenburg muss zukünftig die
93 UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Ziel der Inklusion vollständig umsetzen und die
94 Menschenrechte behinderter Menschen umfassend garantieren. Unter diesem Aspekt wollen wir das
95 „Behindertenpolitische Maßnahmenpaket der Landesregierung 2.0“ evaluieren und mit konkreten
96 Maßnahmen fortschreiben. Dazu gehört auch ein entsprechendes Monitoring.

97 **Für eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung setzt**

98 Kanada und die Niederlande machen mit ihrer liberalen Cannabispolitik vor, dass Prohibition kein
99 besonders wirksames Mittel im Kampf gegen Suchterkrankungen ist. Kriminalisierung und Repression sind
100 keine erfolgreichen Maßnahmen gegen Drogen. Unser Ziel ist es, die Selbstbestimmungsrechte von
101 Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir wollen dem Schwarzmarkt das
102 Wasser abgraben und zugleich Konsumfreiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der
103 Bürger*innen stärken. Wir befürworten eine Entkriminalisierung von Cannabis, beginnend mit der
104 Anpassung an die Berliner Rechtslage. Diese besagt, dass gegen den Besitz von weniger als 10 Gramm
105 Marihuana nicht strafrechtlich ermittelt werden darf und auch noch bei Mengen von bis zu 15 Gramm eine
106 Einstellung des Verfahrens möglich ist. Wir möchten diese Regelung auch in Brandenburg einführen.
107 Außerdem soll ein Modellprojekt die legale Abgabe von Cannabis an Volljährige ermöglichen. Als letzten
108 Schritt wollen wir uns im
109 Bundesrat gemeinsam mit anderen Bundesländern für eine Streichung von Cannabis aus dem
110 Betäubungsmittelgesetz und einen strikt regulierten, legalen Markt für Cannabis starkmachen. Wir wollen
111 Jugendschutz mit strengen Kontrollen und mehr Prävention – ganz nach dem Prinzip „Aufklärung und
112 Transparenz statt Vorenthaltung von Information“.

113 Da sich der Konsum illegaler Drogen nie hundertprozentig verhindern lassen wird, wollen wir zur
114 Minimierung von Gesundheitsrisiken und vermeidbaren Todesfällen, Drugchecking, also die anonyme
115 Überprüfung von chemischen Substanzen auf Streckmittel, ermöglichen. Die Zulässigkeit der Praxis wollen
116 wir gutachterlich prüfen lassen.

117 Unsere Leitlinie ist klar: Gesundheit und Mündigkeit, statt Repression und Angst.

3.8-A (Projekt) Diskriminierung beenden, Homo- und trans*phobe Gewalt bekämpfen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*,inter* und queere Menschen (LSBTTIQ*)
- 2 frei von Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt in Brandenburg leben können. Menschen, die wegen ihrer
- 3 (vermuteten) sexuellen oder geschlechtlichen Identität Beleidigungen, Schmähungen oder sogar tätliche
- 4 Übergriffe erleben, leiden häufig erheblich unter den physischen und psychischen Folgen. Die bestehenden
- 5 Beratungsstrukturen für Opfer trans*-und homophober Gewalt wollen wir daher stärken und landesweit
- 6 ausbauen. Um Betroffenen den Kontakt zur Brandenburger Polizei und zur Staatsanwaltschaft zu
- 7 erleichtern, wollen wir dort hauptamtliche Ansprechpersonen für die Belange der LSBTTIQ* schaffen.
- 8 Wir wollen die in Brandenburg eingerichtete Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) stärken. Diese soll
- 9 mit mindestens einer bzw. einem hauptamtlichen Landesantidiskriminierungsbeauftragten besetzt werden.
- 10 In einem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) nach Berliner Vorbild wollen wir alle Fragen regeln, die
- 11 in die Zuständigkeit des Landes fallen, z.B. Diskriminierung im Bereich der Polizei und an den Schulen.
- 12 Beratungs- und Begleitungsprojekte, die sich an LSBTTIQ* richten, wollen wir verlässlich und dauerhaft
- 13 unterstützen.
- 14 Geflüchteten, die in ihrer Heimat wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden,
- 15 wollen wir in Brandenburg ein Zuhause bieten und dafür die entsprechenden Richtlinien zur Aufnahme von
- 16 Asylsuchenden modifizieren. In bestehenden Unterkünften und in Notfall- bzw. Übergangswohnungen
- 17 wollen wir Schutzräume für besonders Schutzbedürftige einrichten.

Beschluss

(Projekt) Diskriminierung beenden, Homo- und trans*phobe Gewalt bekämpfen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*,inter* und queere Menschen (LSBTTIQ*)
- 2 frei von Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt in Brandenburg leben können. Menschen, die wegen ihrer
- 3 (vermuteten) sexuellen oder geschlechtlichen Identität Beleidigungen, Schmähungen oder sogar tätliche
- 4 Übergriffe erleben, leiden häufig erheblich unter den physischen und psychischen Folgen. Die bestehenden
- 5 Beratungsstrukturen für Opfer trans*-und homophober Gewalt wollen wir daher stärken und landesweit
- 6 ausbauen. Um Betroffenen den Kontakt zur Brandenburger Polizei und zur Staatsanwaltschaft zu
- 7 erleichtern, wollen wir dort hauptamtliche Ansprechpersonen für die Belange der LSBTTIQ* schaffen.
- 8 Wir wollen die in Brandenburg eingerichtete Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) stärken. Diese soll
- 9 mit mindestens einer bzw. einem hauptamtlichen Landesantidiskriminierungsbeauftragten besetzt werden.
- 10 In einem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) nach Berliner Vorbild wollen wir alle Fragen regeln, die
- 11 in die Zuständigkeit des Landes fallen, z.B. Diskriminierung im Bereich der Polizei und an den Schulen.
- 12 Beratungs- und Begleitungsprojekte, die sich an LSBTTIQ* richten, wollen wir verlässlich und dauerhaft
- 13 unterstützen.
- 14 Geflüchteten, die in ihrer Heimat wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden,
- 15 wollen wir in Brandenburg ein Zuhause bieten und dafür die entsprechenden Richtlinien zur Aufnahme von
- 16 Asylsuchenden modifizieren. In bestehenden Unterkünften und in Notfall- bzw. Übergangswohnungen ist
- 17 der Schutz für besonders Schutzbedürftige sicherzustellen.

3.8-B (Projekt) Inklusive Gesellschaft – Teilhabe für alle!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die frei von Hindernissen und Vorurteilen sowie
2 Diskriminierungen ist – eine Gesellschaft, an der alle teilhaben können, Menschen mit Behinderung
3 genauso wie alle anderen auch. Wir wollen umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen
4 voranbringen: durch die Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen, der Fördermöglichkeiten und durch
5 Bewusstseinsbildung. Das Thema Inklusion muss als Querschnittsaufgabe im Land Brandenburg sowie in
6 den Kommunen verankert sein. Das Land soll durch Empfehlungen zur Sozialraumentwicklung die
7 Kommunen unterstützen. Dabei geht es nicht nur um den Abbau baulicher Barrieren, sondern auch um
8 kommunikative und soziale Barrieren. Wir wollen Politik verständlicher für alle machen. Deshalb wollen
9 wir bei öffentlichen Informationen sowie bei Anträgen und Formularen für Übersetzungen in leichte
10 Sprache sorgen und Kommunen und Verbände dazu beraten. Das vom Land gezahlte Pflegegeld müssen
11 alle Menschen erhalten, auch
12 wenn sie in Heimen oder ähnlichen Einrichtungen leben. Wir setzen uns dafür ein, dass es mehr
13 Alternativen zur Heimunterbringung gibt, zum Beispiel inklusive Wohnkonzepte. Zu einem
14 selbstbestimmten Leben gehört auch, selbst zu entscheiden, wie und wo man leben, arbeiten oder zur
15 Schule gehen möchte. Wir möchten eine echte Teilhabe für alle Menschen ermöglichen und sehen daher
16 großen Nachbesserungsbedarf beim Bundesteilhabegesetz und der Umsetzung in Brandenburg.

Beschluss

(Projekt) Inklusive Gesellschaft – Teilhabe für alle!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die frei von Hindernissen und Vorurteilen sowie
- 2 Diskriminierungen ist – eine Gesellschaft, an der alle teilhaben können, Menschen mit Behinderung
- 3 genauso wie alle anderen auch. Wir wollen umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen
- 4 voranbringen: durch die Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen, der Fördermöglichkeiten und durch
- 5 Bewusstseinsbildung. Das Thema Inklusion muss als Querschnittsaufgabe im Land Brandenburg sowie in
- 6 den Kommunen verankert sein. Das Land soll durch Empfehlungen zur Sozialraumentwicklung die
- 7 Kommunen unterstützen. Dabei geht es nicht nur um den Abbau baulicher Barrieren, sondern auch um
- 8 kommunikative und soziale Barrieren. Wir wollen Politik verständlicher für alle machen. Deshalb wollen
- 9 wir bei öffentlichen Informationen sowie bei Anträgen und Formularen für Übersetzungen in leichte
- 10 Sprache sorgen und Kommunen und Verbände dazu beraten. Das vom Land gezahlte Pflegegeld müssen
- 11 alle Menschen erhalten, auch
- 12 wenn sie in Heimen oder ähnlichen Einrichtungen leben. Wir setzen uns dafür ein, dass es mehr
- 13 Alternativen zur Heimunterbringung gibt, zum Beispiel inklusive Wohnkonzepte. Zu einem
- 14 selbstbestimmten Leben gehört auch, selbst zu entscheiden, wie und wo man leben, arbeiten oder zur
- 15 Schule gehen möchte. Wir möchten eine echte Teilhabe für alle Menschen ermöglichen und sehen daher
- 16 großen Nachbesserungsbedarf beim Bundesteilhabegesetz und der Umsetzung in Brandenburg.

3.8-C (Projekt) Neue Wege in der Sucht- und Drogenpolitik – Cannabis legalisieren

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen eine grundlegende Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention,
- 2 Entkriminalisierung und die Minimierung von Gesundheitsrisiken. Die Regulierung von Drogen soll sich an
- 3 den tatsächlichen Risiken orientieren. Deshalb wollen wir den Cannabisvertrieb und -konsum aus dem
- 4 rechtsfreien Raum in die staatliche Kontrolle holen. Bisher beschert der Schwarzmarkt der organisierten
- 5 Kriminalität hohe Gewinne, Streckmittel und unklarer Wirkstoffgehalt sind ein hohes Risiko für
- 6 Konsumierende. Mit einem Cannabismodellprojekt wollen wir die legale Abgabe an volljährige
- 7 Konsument*innen ermöglichen und dem Schwarzmarkt das Wasser abgraben. Entsprechend der Berliner
- 8 Rechtslage soll das Mitführen von bis zu 10 bzw. 15 Gramm Marihuana nicht mehr strafrechtlich verfolgt
- 9 werden. Im Bundesrat setzen wir uns für eine generelle Streichung von Cannabis aus dem
- 10 Betäubungsmittelgesetz. Wir wollen eine umfassende Ausweitung und Verbesserung präventiver und
- 11 therapeutischer Angebote an Kitas,
- 12 Schulen und im Freizeitbereich durch mehr qualifiziertes Personal. Werbung für Drogen – somit auch
- 13 Werbung für Alkohol und Tabak – wird von vielen Minderjährigen wahrgenommen und steuert der
- 14 Prävention aktiv entgegen. Das Land Brandenburg soll sich daher für ein generelles Verbot von Alkohol-
- 15 und Tabakwerbung einsetzen. Da sich der Konsum illegaler Drogen nie hundertprozentig verhindern lassen
- 16 wird, wollen wir Drugchecking, also die anonyme Überprüfung von chemischen Substanzen auf
- 17 Streckmittel, ermöglichen und somit die Gesundheitsrisiken senken.

Beschluss

(Projekt) Neue Wege in der Sucht- und Drogenpolitik – Cannabis legalisieren

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Welttoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen eine grundlegende Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention,
- 2 Entkriminalisierung und die Minimierung von Gesundheitsrisiken. Die Regulierung von Drogen soll sich an
- 3 den tatsächlichen Risiken orientieren. Deshalb wollen wir den Cannabisvertrieb und -konsum aus dem
- 4 rechtsfreien Raum in die staatliche Kontrolle holen. Bisher beschert der Schwarzmarkt der organisierten
- 5 Kriminalität hohe Gewinne, Streckmittel und unklarer Wirkstoffgehalt sind ein hohes Risiko für
- 6 Konsumierende. Mit einem Cannabismodellprojekt wollen wir die legale Abgabe an volljährige
- 7 Konsument*innen ermöglichen und dem Schwarzmarkt das Wasser abgraben. Entsprechend der Berliner
- 8 Rechtslage soll das Mitführen von bis 15 Gramm Marihuana nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden. Im
- 9 Bundesrat setzen wir uns für eine generelle Streichung von Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz.
- 10
- 11 Werbung für Drogen – somit auch Werbung für Alkohol und Tabak – wird von vielen Minderjährigen
- 12 wahrgenommen und steuert der Prävention aktiv entgegen. Wir wollen eine umfassende Ausweitung und
- 13 Verbesserung präventiver und therapeutischer Angebote an Kitas, Schulen und im Freizeitbereich durch
- 14 mehr qualifiziertes Personal. Das Land Brandenburg soll sich daher für ein generelles Verbot von Alkohol-
- 15 und Tabakwerbung einsetzen. Da sich der Konsum illegaler Drogen nie hundertprozentig verhindern lassen
- 16 wird, wollen wir Drugchecking, also die anonyme Überprüfung von chemischen Substanzen auf
- 17 Streckmittel, ermöglichen und somit die Gesundheitsrisiken senken.

Beschluss

Vielfältig und frei leben: Selbstbestimmung und Anti-Diskriminierung

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Unsere Gesellschaft ist im Wandel. In unseren Dörfern und Städten, am Arbeitsplatz, in Schulen und
2 Sportvereinen begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, mit unterschiedlichen sexuellen
3 Identitäten und Hautfarben, mit und ohne Zuwanderungsgeschichten. Diese Vielfalt bereichert unser Land.
4 Ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt funktioniert nur mit Rechten und Pflichten, die für alle
5 gleichermaßen gelten müssen, und einer klaren Positionierung gegen jede Form von Diskriminierung und
6 Menschenfeindlichkeit. Wir stehen für eine inklusive Gesellschaft, die in ihrer Vielfalt zusammenhält. Eine
7 Gesellschaft, in der jede*r selbst bestimmt leben kann und die individuelle Freiheit sowie die persönliche
8 Identität geschützt sind, auch im Netz.

9 **Religion: Alle nach ihrer Fassung**

10 Glaubensfreiheit hat in Brandenburg eine lange Tradition. Alle Menschen sollen "nach ihrer Fassung selig
11 werden" und müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben, sei er jüdisch, christlich, muslimisch,
12 buddhistisch, hinduistisch usw. oder auch ganz frei von religiös-weltanschaulichem Bekenntnis. Unsere
13 vielfältige, offene Gesellschaft basiert auf dem Grundgesetz, das wir achten und verteidigen. Wir
14 verurteilen die Diskriminierung Andersgläubiger, antidemokratische Einstellungen und
15 menschenverachtenden Fanatismus. Wir verurteilen insbesondere, wenn Religionen in diesem Sinne
16 instrumentalisiert werden oder sich instrumentalisieren lassen. Wir schätzen es zudem sehr, wenn sich
17 Religionsgemeinschaften mit wertebundenen Positionen aktiv an der Meinungsbildung zur Stärkung
18 unseres demokratischen Gemeinwesens beteiligen

19 Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben heraus oder aus Überzeugung gemeinsam mit uns für
20 Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut. Sie leisten damit einen
21 wertvollen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Da stehen wir Seit an Seit. Das
22 friedensstiftende und befreiende Element findet sich in nahezu allen Religionen. Der Glaube soll frei
23 machen, nicht fesseln. Unsere Geschichte in Brandenburg ist eng mit dem emanzipatorischem Wirken der
24 Kirchen verbunden.

25 Wir unterstützen den Brandenburger Weg, das Schulfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER)“ in
26 den Klassen fünf bis zehn zu unterrichten und einen zusätzlichen, freiwilligen Religions- oder
27 Weltanschauungsunterricht der Kirchen oder des Humanistischen Verbands zu ermöglichen.

28 Das kirchliche Arbeitsrecht sehen wir kritisch. Wir wollen die Rechte der kirchlichen Arbeitnehmer*innen
29 außerhalb des religiösen Verkündigungsbereiches stärken und Ausnahmeregelungen beschränken.

30 In staatliche Zuwendungen an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wollen wir mehr
31 Transparenz bringen.

32 **Queeres Brandenburg**

33

34 Wir wollen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTTIQ*)
35 frei von Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt in Brandenburg leben können. Nach einer im Jahr 2017
36 durchgeführten Online-Befragung hat fast die Hälfte (48 Prozent) aller LSBTTIQ* in Brandenburg in den
37 vergangenen fünf Jahre Diskriminierung erfahren. Jede sechste befragte Person erlebte in dieser
38 Zeitspanne Gewalt oder ein Verbrechen aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität. Um für
39 Betroffene mögliche Hemmnisse vor einer Kontaktaufnahme mit der Brandenburger Polizei oder der
40 Staatsanwaltschaft abzubauen, wollen wir dort Stellen für hauptamtliche Ansprechpartner*innen für die
41 Belange der LSBTTIQ* schaffen. Wir fordern eine systematische Erfassung homo- und trans*feindlicher
42 Straftaten wie Hasskriminalität und eine entsprechende Präventionsarbeit bei Polizei, Justiz und
43 Sozialarbeit.

44
45 Die bestehenden Beratungsstrukturen für Opfer trans*- und homophober Gewalt wollen wir stärken und
46 landesweit ausbauen. Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) wollen wir mit mindestens einer*m
47 hauptamtlichen Landesantidiskriminierungsbeauftragten mit entsprechender Ausstattung und
48 Qualifizierung besetzen.

49 Das Land hat mit dem Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ einen ersten Schritt gegen Diskriminierung und
50 für gleiche Rechte von LSBTTIQ* gemacht. Der Aktionsplan stellt bisher allerdings lediglich eine einfache
51 Zustandsbeschreibung dar. Wir wollen den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ in Bezug auf Maßnahmen
52 und Kosten konkretisieren und seine schnelle Umsetzung angehen. Diese soll anhand eines regelmäßigen
53 Berichts überprüft werden. Wir wollen, dass vom Land Brandenburg für die gesamte Verwaltung eine
54 Handreichung für den Umgang mit LSBTTIQ*-Menschen entwickelt wird und Beschäftigte entsprechend
55 geschult werden.

56
57 Die gesundheitliche und soziale Situation der LSBTTIQ* wollen wir deutlich verbessern. Sexuelle
58 Gesundheit wollen wir fördern und die Präventionsarbeit stärken, wir bekennen uns zu den
59 UN-AIDS-Zielen, um HIV bis 2030 zu beenden.

60
61 Familienformen sind vielfältig. Ob Vater-Mutter-Kind, Mutter-Kind-Kind oder Vater-Vater-Kind – Familie ist
62 dort, wo Kinder sind und wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen die Vielfalt der
63 Familien stärken und die Beratungsmöglichkeiten für LSBTTIQ* mit Kindern sowie für Eltern mit
64 LSBTTIQ*-Kindern in allen Regionen Brandenburgs ausbauen, weiterentwickeln und stärker vernetzen. In
65 der Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften sollen unterschiedliche Familienmodelle
66 angemessen berücksichtigt werden (Diversitykompetenz).

67
68 Wir wollen vielfältige Familienformen in möglichst allen gesellschaftlichen Bereichen sichtbar machen.
69 Dazu gehört zum Beispiel die repräsentative und realitätsbezogene Darstellung in Schulbüchern oder
70 Elterninformationen. In der öffentlichen Verwaltung wollen wir Vorschriften und Formulare entsprechend
71 anpassen.

72
73 Die Rechte lesbischer Ehefrauen, die gemeinsam ein in der Ehe geborenes Kind erziehen, wollen wir
74 stärken, indem wir uns dafür einsetzen, dass auch die nichtleibliche Mutter künftig von Geburt des Kindes
75 an rechtliche Mutter sein kann.

76 Ein erhöhtes Selbstmordrisiko, gerade unter Jugendlichen, ist leider traurige Realität, ebenso wie
77 psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Sucht. Die Schulsozial- und die Jugendarbeit wollen wir
78 stärken und Beratungs- und Begleitungsprojekte, die sich an LSBTTIQ* richten, verlässlich und dauerhaft
79 fördern.

80 Der von unserer Landtagsfraktion eingebrachte Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz hat noch
81 keine parlamentarische Mehrheit gefunden. Wir werden das Ziel weiterhin energisch verfolgen.

82 Den Schutz vor Diskriminierung wollen wir auch auf Bundesebene vorantreiben und unterstützen
83 entsprechende Bundesratsinitiativen. Artikel 3 des Grundgesetzes muss um die Merkmale der sexuellen

84 und geschlechtlichen Identität ergänzt werden. Das menschenrechtsverletzenden Transsexuellengesetz
85 wollen wir abschaffen und fordern eine neue Gesetzgebung, die sich konkret an den Bedürfnissen von
86 Trans*Personen ausrichtet. Operationen an Inter*Personen im Kindesalter wollen wir verbieten und die
87 Aufbewahrungsfrist für Krankenakten verlängern. Inter*-Personen und ihre Eltern brauchen qualifizierte
88 Informations- und Beratungsangebote. Entsprechende Initiativen des Nachbarlands Berlin begrüßen wir.

89 **Inklusion und Teilhabe: Barrierefrei und gleichberechtigt leben**

90 Selbstbestimmt leben. Das sollen die 370.000 in Brandenburg wohnenden Menschen mit Behinderung
91 können – genauso wie alle anderen. Unsere Behindertenpolitik im Land Brandenburg ist eine
92 menschenrechtsorientierte Politik ohne Wenn und Aber. Die Selbstvertretungsorganisationen behinderter
93 Menschen sind bei der Gestaltung dieser Politik unsere Partner auf Augenhöhe. „Nicht ohne uns über uns“,
94 das gilt für unsere grüne Politik für Menschen mit Behinderung.

95 Im Land Brandenburg wollen wir die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) konsequent umsetzen.
96 Artikel 19 der UN-BRK erkennt das Recht von Menschen mit Beeinträchtigungen an, mit den gleichen
97 Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben. Sie müssen selbst darüber
98 entscheiden können, wo und mit wem sie leben. Niemand darf in besondere Wohnformen gezwungen
99 werden. Wir haben deshalb im Landtag eine Debatte über das Bundesteilhabegesetz initiiert. Damit haben
100 wir erreicht, dass sich Brandenburg beim Bund für das Wunsch- und Wahlrecht von beeinträchtigten
101 Menschen eingesetzt hat.

102 Wir wollen eine bunte, vielfältige Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, in der niemand
103 ausgegrenzt wird und alle das Gefühl haben: Ich gehöre dazu. Jede und jeder soll die Unterstützung
104 erhalten, die jeweils benötigt wird. Uns geht es um Selbstentfaltung und die Möglichkeit individueller
105 Lebensentwürfe ebenso wie um die gesellschaftlichen Voraussetzungen für individuelle Freiheit.

106 Grundsätzlich gilt: Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deshalb braucht es neben der
107 staatlichen Verantwortung die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Kommunale Beauftragte und Beiräte für
108 Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag. Brandenburg muss zukünftig die
109 UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Ziel der Inklusion vollständig umsetzen und die
110 Menschenrechte behinderter Menschen umfassend garantieren. Unter diesem Aspekt wollen wir das
111 „Behindertenpolitische Maßnahmenpaket der Landesregierung 2.0“ evaluieren und mit konkreten
112 Maßnahmen fortschreiben. Dazu gehört auch ein entsprechendes Monitoring.

113 **Für eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung setzt**

114 Kanada und die Niederlande machen mit ihrer liberalen Cannabispolitik vor, dass Prohibition kein
115 besonders wirksames Mittel im Kampf gegen Suchterkrankungen ist. Kriminalisierung und Repression sind
116 keine erfolgreichen Maßnahmen gegen Drogen. Unser Ziel ist es, die Selbstbestimmungsrechte von
117 Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir wollen dem Schwarzmarkt das
118 Wasser abgraben und zugleich Konsumfreiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der
119 Bürger*innen stärken. Wir befürworten eine Entkriminalisierung von Cannabis, beginnend mit der
120 Anpassung an die Berliner Rechtslage. Diese besagt, dass gegen den Besitz von weniger als 10 Gramm
121 Marihuana nicht strafrechtlich ermittelt werden darf und auch noch bei Mengen von bis zu 15 Gramm eine
122 Einstellung des Verfahrens möglich ist. Wir möchten diese Regelung auch in Brandenburg einführen.
123 Außerdem soll ein Modellprojekt die legale Abgabe von Cannabis an Volljährige ermöglichen. Als letzten
124 Schritt wollen wir uns im

125 Bundesrat gemeinsam mit anderen Bundesländern für eine Streichung von Cannabis aus dem
126 Betäubungsmittelgesetz und einen strikt regulierten, legalen Markt für Cannabis starkmachen. Wir wollen
127 Jugendschutz mit strengen Kontrollen und mehr Prävention – ganz nach dem Prinzip „Aufklärung und
128 Transparenz statt Vorenthaltung von Information“.

129 Da sich der Konsum illegaler Drogen nie hundertprozentig verhindern lassen wird, wollen wir zur
130 Minimierung von Gesundheitsrisiken und vermeidbaren Todesfällen, Drugchecking, also die anonyme

- 131 Überprüfung von chemischen Substanzen auf Streckmittel, ermöglichen. Die Zulässigkeit der Praxis wollen
132 wir gutachterlich prüfen lassen.
- 133 Unsere Leitlinie ist klar: Gesundheit und Mündigkeit, statt Repression und Angst.

3.9. Vereint und solidarisch: Pro-Europa

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Europäische Union ist eine politische und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte, für Europa und ganz
2 besonders auch für Brandenburg. Durch die EU-Osterweiterung 2004 ist Brandenburg von der Peripherie in
3 die wirtschaftliche und gesellschaftliche Mitte des Kontinents gerutscht. Niemals zuvor in der Geschichte
4 unseres Kontinents gab es eine vergleichbare Periode des weitreichenden Friedens, der politischen und
5 persönlichen Freiheit für alle und des relativen Wohlstands für viele. Dennoch steht Europa vor vielen
6 Herausforderungen, die seinen Bestand als Staatenunion in Frage stellen. Im Vereinigten Königreich hat
7 eine Mehrheit der Bürger*innen für den Brexit gestimmt, in Ungarn, Polen, der Slowakei und mittlerweile
8 auch in Italien machen die Regierungschefs Stimmung gegen die EU

9 Wir Brandenburger Bündnisgrünen können uns eine gute Zukunft für Brandenburg nur im Rahmen eines
10 gemeinsamen Europas vorstellen. Weil Europa ein Erfolgsmodell ist, wollen wir es gegen Populist*innen
11 verteidigen. Natürlich sehen auch wir Defizite in der derzeitigen Verfasstheit des europäischen
12 Staatenbündnisses – aber genau deshalb arbeiten wir auch mit aller Kraft daran, Europa
13 weiterzuentwickeln. Wir haben konkrete Vorstellungen, was wir uns für Europa in Brandenburg und für
14 Brandenburg in Europa wünschen.

15 **EU-Mittel für ein ökologisches und soziales Brandenburg einsetzen**

16 Für uns bedeutet die Förderung durch den Europäischen Strukturfonds nicht nur einen wesentlichen
17 Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa, sondern sie sind auch ein wichtiges Instrument
18 um ein friedliches Miteinander innerhalb Europas zu sichern. Der Brexit führt jedoch zu einer deutlichen
19 Kürzung der verfügbaren EU-Mittel. Damit ist für uns klar, dass wir keine Förderung für Brandenburg auf
20 Kosten viel ärmerer Regionen in der EU verlangen werden. Das Land muss andererseits auch
21 verantwortungsvoll und transparent mit den Mitteln umgehen. Die Verzögerung oder der Stopp der
22 Auszahlung von Fördermitteln hat verheerende Auswirkungen auf die Projekte im Land und beschädigt
23 Brandenburgs Reputation maßgeblich. Es muss gelingen, den Haushalt der Europäischen Union für den
24 Strukturfonds aufzustocken, ansonsten müssen zusätzliche Mittel aus dem bundesdeutschen Haushalt
25 dafür zur Verfügung gestellt werden.

26 Die Europäische Union hat sich mit dem Übereinkommen von Paris dazu verpflichtet, der Klimakrise
27 wirkungsvoll entgegen zu treten. Deshalb gilt: Europa muss auf dreckigen Kohlestrom verzichten. Wir
28 fordern neben dem absolut notwendigen Ausstieg aus den Kohlekraftwerken ein zukunftsweisendes
29 EU-Programm zur Gestaltung des Strukturwandels, das auch unsere Lausitz begleitet. Der Ausstieg aus der
30 Kohle ist eine gesamteuropäische Aufgabe und darf nicht alleine den Regionen überlassen werden.

31 Die Förderarchitektur der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stellt mit rund 40 Prozent des Gesamtbudgets
32 der Europäischen Union den zweitgrößten Posten im EU-Haushalt dar. Gefördert wird jedoch keine
33 bäuerlich orientierte und naturverträgliche Landwirtschaft, sondern ein agroindustrieller Kurs auf Kosten
34 von Umwelt, bäuerlichen Erzeuger*innen, Verbraucher*innen- und Tierschutz, der auch in Brandenburg
35 deutlich spürbar ist. Das wollen wir ändern und die europäische Agrarwende einleiten. Vor allem kann

36 Europa noch viel mehr für die Junglandwirt*innen und Existenzgründungen in der Brandenburger
37 Landwirtschaft tun.

38 **Mehr Europa in den Kommunen – und die Kommunen europäisch stärken**

39 Europa spielt für die Brandenburger*innen eine immer stärkere Rolle, sowohl für die einzelnen
40 Bürger*innen, aber auch für Initiativen, Vereine, Kultur und Sport, für die kommunale Verwaltung und die
41 Brandenburger Wirtschaft, von selbstständig Tätigen bis hin zum mittelständischen Unternehmen. Vor
42 allem im Bereich der Europäischen Förderpolitik, aber auch bei Auswirkungen europäischer Richtlinien und
43 Verordnungen ist oft europapolitische Kompetenz oder wenigstens der Zugang zu Informationen gefordert.
44 Hier sehen wir Grüne in Brandenburg starken Nachholbedarf – zu viele Möglichkeiten können nicht
45 genutzt werden, die Expertise ist oft am falschen Ort.

46 Wir wollen deshalb zentrale Anlaufstellen, sogenannte „One-Stop-Shops“ für alle Fragen rund um
47 Europäische Politik und Förderung einrichten. In der Brandenburger Landesvertretung in Brüssel soll
48 außerdem eine Informations- und Kontaktstelle für die Brandenburger Kommunen eingerichtet werden. Im
49 Rahmen des Erasmus-Programms möchten wir einen Austausch für kommunale und regionale
50 Mandatsträger*innen in Brandenburg einführen.

51 **Brücken und Verbindungen herstellen**

52 Durch den Großraum Berlin-Brandenburg führen entscheidende, paneuropäische Verkehrsachsen. Volle
53 Autobahnen und anwachsender Auto- und LKW-Verkehr sprechen eine deutliche Sprache. Waren und
54 Menschen kennen innerhalb Europas und vor allem zwischen Brandenburg und Polen keine Grenzen mehr.
55 Trotzdem mangelt es an schnellen Zugverbindungen zwischen Brandenburg und Polen, besonders an einer
56 schnellen, konkurrenzfähigen Zugverbindung zwischen Berlin, Frankfurt (Oder) und den polnischen
57 Großstädten und an einem konsequenten grenzüberschreitenden Verkehrskonzept.

58 Verständigung funktioniert vor allem dort, wo sich Menschen begegnen können. Daher wollen wir
59 grenzüberschreitende ÖPNV-Angebote weiter ausbauen. In den letzten Jahren sind hier bereits viele
60 Fortschritte erreicht worden, es gibt aber noch immer viel zu tun. Dabei trägt ein attraktiver und faktisch
61 gemeinsamer öffentlicher Personen- und Schienennahverkehr zu einem Zusammenwachsen der
62 Ballungsgebiete und zu einer Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in einer integrierten
63 Grenzregion bei und kann eine spürbare Abnahme des autogebundenen Individualverkehrs und der damit
64 verbundenen Belastungen bewirken.

65 **Gutes Miteinander mit unseren polnischen Nachbarn**

66 Die zwischenmenschliche Grenze zwischen Brandenburg und Polen ist gefühlt noch immer größer als
67 diejenige, zwischen den westdeutschen Bundesländern und ihren jeweiligen Nachbarn. Polen hat die
68 Gräueltaten der NS-Zeit in besonderem Ausmaß erlebt. Gleichzeitig ist die aktuelle Situation in Polen und
69 vor allem die Politik der PiS-Nationalregierung in Warschau besorgniserregend. Beide lassen sich nicht
70 mehr auf diesen geschichtlichen Hintergrund beziehen. Die gefühlte und tatsächliche Abkehr der
71 PiS-Regierung von einigen europäischen Idealen und Werten, der zunehmende Nationalismus und das
72 Erstarren von Xenophobie, Homophobie und religiösem Eifer in der polnischen Politik nehmen
73 erschreckende Züge an.

74 Die Vergangenheit hat schon oft gezeigt: Europa wächst auch von unten. Hier gibt viele positive
75 Entwicklungen: Menschen in den Grenzregionen wohnen immer öfter auf der jeweils anderen Seite. Täglich
76 pendeln mittlerweile mehr als 1600 Pol*innen nach Ost-Brandenburg und mehr als 2100 Pol*innen nach
77 Berlin und die Zahlen steigen stetig an. Pol*innen sind die mit Abstand häufigsten Ehepartner*innen in
78 binationalen Ehen. Vor Ort entstehen grenzüberschreitende Vereine und Initiativen, wie „Slubfurt“ in
79 Frankfurt (Oder) und Slubice. Daher wollen wir gerade jetzt die Zusammenarbeit und den Austausch
80 zwischen brandenburgischen und polnischen Bürger*innen weiter intensivieren, insbesondere bei den
81 Städte- und Gemeindepartnerschaften. In diesem Zusammenhang spielt auch die Gemeinschaftsinitiative
82 der EU „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (INTERREG) für uns Grüne in Brandenburg eine

83 besondere Rolle. Wir möchten mehr Polnisch-Unterricht an Brandenburger Schulen und die Gründung von
84 deutsch-
85 polnischen Schulen unterstützen. Auch die Brandenburgisch-Polnische Zusammenarbeit bei Film- und
86 Serienproduktionen soll stärker gefördert werden, z.B. über das Medienboard Berlin-Brandenburg. Polen ist
87 unser Nachbar und wir freuen uns auf unsere gemeinsame Zukunft.

3.9-A (Projekt) Europa vor Ort erfahrbar machen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir stehen zu Europa. Wir wollen Europa für die Brandenburger*innen erfahrbar machen. Dafür wollen wir
2 in allen Regionen, vorzugsweise in den kreisfreien Städten und in den Kreisstädten, in zentral gelegenen
3 Ladenlokalen Anlaufstellen, sogenannte „One-stop-shops“ einrichten. Hier stehen kompetente
4 Ansprechpartner*innen zur Verfügung, die auf alle Fragen rund um Europa eine Antwort geben können,
5 egal ob es sich um Fördermöglichkeiten oder Erasmusprogramme handelt. Die „One-Stop-Shops“ können
6 auch die Funktion eines Willkommens-Centers für EU-Bürger*innen erfüllen, die sich in Brandenburg
7 niederlassen wollen und einen Arbeitsplatz suchen. Sie bieten Hilfe bei allen notwendigen Formalitäten: bei
8 der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, bei der Vermittlung von Sprachkursen und
9 Weiterbildungsmaßnahmen, bei Existenzgründungen oder Rechtsfragen. Gleichzeitig wollen wir, dass die
10 Brandenburger Kommunen in Brüssel besser vertreten sind. Deshalb wollen wir in der Landesvertretung in
11 Brüssel eine Informations- und Kontaktstelle einrichten, die u.a. regelmäßig einen Newsletter herausgibt,
12 um die Brandenburger Kommunen über alle europapolitisch relevanten Fragen und Ausschreibungen zu
13 informieren. Wir wollen den Austausch zwischen Kommunalpolitiker*innen und
14 Verwaltungsmitarbeiter*innen aus Brandenburg und den anderen Ländern Europas konsequent ausbauen
15 und erleichtern. Daher setzen wir uns für den entsprechenden Ausbau des ERASMUS-Programms ein.

Beschluss

(Projekt) Europa vor Ort erfahrbar machen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir stehen zu Europa. Wir wollen Europa für die Brandenburger*innen erfahrbar machen. Dafür wollen wir
2 in allen Regionen, vorzugsweise in den kreisfreien Städten und in den Kreisstädten, in zentral gelegenen
3 Ladenlokalen Anlaufstellen, sogenannte „One-stop-shops“ einrichten. Hier stehen kompetente
4 Ansprechpartner*innen zur Verfügung, die auf alle Fragen rund um Europa eine Antwort geben können,
5 egal ob es sich um Fördermöglichkeiten oder Erasmusprogramme handelt. Die „One-Stop-Shops“ können
6 auch die Funktion eines Willkommens-Centers für EU-Bürger*innen erfüllen, die sich in Brandenburg
7 niederlassen wollen und einen Arbeitsplatz suchen. Sie bieten Hilfe bei allen notwendigen Formalitäten: bei
8 der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, bei der Vermittlung von Sprachkursen und
9 Weiterbildungsmaßnahmen, bei Existenzgründungen oder Rechtsfragen. Gleichzeitig wollen wir, dass die
10 Brandenburger Kommunen in Brüssel
11 besser vertreten sind. Deshalb wollen wir in der Landesvertretung in
12 Brüssel eine Informations- und Kontaktstelle für die Kommunen
13 einrichten, die u.a. einen Newsletter speziell für die Kommunen
14 herausgibt, um sie über alle europapolitisch relevanten Fragen und
15 Ausschreibungen zu informieren. Ebenso wollen wir die Arbeit des
16 Europäischen Ausschusses der Regionen besser für die Belange der
17 Brandenburger Kommunen nutzen. Die bestehenden EU-Austauschprogramme für
18 Verwaltungsmitarbeiter*innen wie z.B. „ERASMUS staff mobility“ wollen
19 wir konsequent ausbauen und erweitern, um sie für weitere Zielgruppen,
20 zum Beispiel Kommunal- und Landespolitiker*innen, zu öffnen.

Beschluss

Vereint und solidarisch: Pro-Europa

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Die Europäische Union ist eine politische und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte, für Europa und ganz
2 besonders auch für Brandenburg. Durch die EU-Osterweiterung 2004 ist Brandenburg von der Peripherie in
3 die wirtschaftliche und gesellschaftliche Mitte des Kontinents gerutscht. Niemals zuvor in der Geschichte
4 unseres Kontinents gab es eine vergleichbare Periode des weitreichenden Friedens, der politischen und
5 persönlichen Freiheit für alle und des relativen Wohlstands für viele. Dennoch steht Europa vor vielen
6 Herausforderungen, die seinen Bestand als Staatenunion in Frage stellen. Im Vereinigten Königreich hat
7 eine Mehrheit der Bürger*innen für den Brexit gestimmt, in Ungarn, Polen, der Slowakei und mittlerweile
8 auch in Italien machen die Regierungschefs Stimmung gegen die EU

9 Wir Brandenburger Bündnisgrünen können uns eine gute Zukunft für Brandenburg nur im Rahmen eines
10 gemeinsamen Europas vorstellen. Weil Europa ein Erfolgsmodell ist, wollen wir es gegen Populist*innen
11 verteidigen. Natürlich sehen auch wir Defizite in der derzeitigen Verfasstheit des europäischen
12 Staatenbündnisses – aber genau deshalb arbeiten wir auch mit aller Kraft daran, Europa
13 weiterzuentwickeln. Wir haben konkrete Vorstellungen, was wir uns für Europa in Brandenburg und für
14 Brandenburg in Europa wünschen.

15 **EU-Mittel für ein ökologisches und soziales Brandenburg einsetzen**

16 Für uns bedeutet die Förderung durch den Europäischen Strukturfonds nicht nur einen wesentlichen
17 Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa, sondern sie sind auch ein wichtiges Instrument
18 um ein friedliches Miteinander innerhalb Europas zu sichern. Der Brexit führt jedoch zu einer deutlichen
19 Kürzung der verfügbaren EU-Mittel. Damit ist für uns klar, dass wir keine Förderung für Brandenburg auf
20 Kosten viel ärmerer Regionen in der EU verlangen werden. Das Land muss andererseits auch
21 verantwortungsvoll und transparent mit den Mitteln umgehen. Hier hat es in der Vergangenheit Defizite
22 gegeben, die die Landesregierung zu verantworten hat. Eine daraus folgende Verzögerung oder gar der
23 Stopp der Auszahlung von Fördermitteln hat verheerende Auswirkungen auf die Projekte im Land und
24 beschädigt Brandenburgs Reputation maßgeblich. Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, den
25 Haushalt der Europäischen Union für den Strukturfonds aufzustocken, auch wenn dafür möglicherweise
26 zusätzliche Mittel aus dem bundesdeutschen Haushalt zur Verfügung gestellt müssen.

27 Die Europäische Union hat sich mit dem Übereinkommen von Paris dazu verpflichtet, der Klimakrise
28 wirkungsvoll entgegen zu treten. Deshalb gilt: Europa muss auf dreckigen Kohlestrom verzichten. Wir
29 fordern neben dem absolut notwendigen Ausstieg aus den Kohlekraftwerken ein zukunftsweisendes
30 EU-Programm zur Gestaltung des Strukturwandels, das auch unsere Lausitz begleitet. Der Ausstieg aus der
31 Kohle ist eine gesamteuropäische Aufgabe und darf nicht alleine den Regionen überlassen werden.

32 Die Förderarchitektur der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stellt mit rund 40 Prozent des Gesamtbudgets
33 der Europäischen Union den zweitgrößten Posten im EU-Haushalt dar. Gefördert wird jedoch keine
34 bäuerlich orientierte und naturverträgliche Landwirtschaft, sondern ein agroindustrieller Kurs auf Kosten

35 von Umwelt, bäuerlichen Erzeuger*innen, Verbraucher*innen- und Tierschutz, der auch in Brandenburg
36 deutlich spürbar ist. Das wollen wir ändern und die europäische Agrarwende einleiten. Vor allem kann
37 Europa noch viel mehr für die Junglandwirt*innen und Existenzgründungen in der Brandenburger
38 Landwirtschaft tun.

39 **Mehr Europa in den Kommunen – und die Kommunen europäisch stärken**

40 Europa spielt für die Brandenburger*innen eine immer stärkere Rolle, sowohl für die einzelnen
41 Bürger*innen, aber auch für Initiativen, Vereine, Kultur und Sport, für die kommunale Verwaltung und die
42 Brandenburger Wirtschaft, von selbstständig Tätigen bis hin zum mittelständischen Unternehmen. Vor
43 allem im Bereich der Europäischen Förderpolitik, aber auch bei Auswirkungen europäischer Richtlinien und
44 Verordnungen ist oft europapolitische Kompetenz oder wenigstens der Zugang zu Informationen gefordert.
45 Hier sehen wir Grüne in Brandenburg starken Nachholbedarf – zu viele Möglichkeiten können nicht
46 genutzt werden, die Expertise ist oft am falschen Ort.

47 Wir wollen deshalb zentrale Anlaufstellen, sogenannte „One-Stop-Shops“ für alle Fragen rund um
48 Europäische Politik und Förderung einrichten. In der Brandenburger Landesvertretung in Brüssel soll
49 außerdem eine Informations- und Kontaktstelle für die Brandenburger Kommunen eingerichtet werden. Im
50 Rahmen des Erasmus-Programms möchten wir einen Austausch für kommunale und regionale
51 Mandatsträger*innen in Brandenburg einführen.

52 **Brücken und Verbindungen herstellen**

53 Durch den Großraum Berlin-Brandenburg führen entscheidende, paneuropäische Verkehrsachsen. Volle
54 Autobahnen und anwachsender Auto- und LKW-Verkehr sprechen eine deutliche Sprache. Waren und
55 Menschen kennen innerhalb Europas und vor allem zwischen Brandenburg und Polen keine Grenzen mehr.
56 Trotzdem mangelt es an schnellen Zugverbindungen zwischen Brandenburg und Polen, besonders an einer
57 schnellen, konkurrenzfähigen Zugverbindung zwischen Berlin, Frankfurt (Oder) und den polnischen
58 Großstädten und an einem konsequenten grenzüberschreitenden Verkehrskonzept.

59 Verständigung funktioniert vor allem dort, wo sich Menschen begegnen können. Daher wollen wir
60 grenzüberschreitende ÖPNV-Angebote weiter ausbauen. In den letzten Jahren sind hier bereits viele
61 Fortschritte erreicht worden, es gibt aber noch immer viel zu tun. Dabei trägt ein attraktiver und faktisch
62 gemeinsamer öffentlicher Personen- und Schienennahverkehr zu einem Zusammenwachsen der
63 Ballungsgebiete und zu einer Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in einer integrierten
64 Grenzregion bei und kann eine spürbare Abnahme des autogebundenen Individualverkehrs und der damit
65 verbundenen Belastungen bewirken.

66 **Gutes Miteinander mit unseren polnischen Nachbarn**

67 Die zwischenmenschliche Grenze zwischen Brandenburg und Polen ist gefühlt noch immer größer als
68 diejenige, zwischen den westdeutschen Bundesländern und ihren jeweiligen Nachbarn. Polen hat die
69 Gräueltaten der NS-Zeit in besonderem Ausmaß erlebt. Gleichzeitig ist die aktuelle Situation in Polen und
70 vor allem die Politik der PiS-Nationalregierung in Warschau besorgniserregend. Beide lassen sich nicht
71 mehr auf diesen geschichtlichen Hintergrund beziehen. Die gefühlte und tatsächliche Abkehr der
72 PiS-Regierung von einigen europäischen Idealen und Werten, der zunehmende Nationalismus und das
73 Erstarken von Xenophobie, Homophobie und religiösem Eifer in der polnischen Politik nehmen
74 erschreckende Züge an.

75 Die Vergangenheit hat schon oft gezeigt: Europa wächst auch von unten. Hier gibt viele positive
76 Entwicklungen: Menschen in den Grenzregionen wohnen immer öfter auf der jeweils anderen Seite. Täglich
77 pendeln immer mehr Menschen von Polen nach Brandenburg und Berlin sowie in die Gegenrichtung.
78 Pol*innen sind die mit Abstand häufigsten Ehepartner*innen in binationalen Ehen. Vor Ort entstehen
79 grenzüberschreitende Vereine und Initiativen, wie „Slubfurt“ in Frankfurt (Oder) und Slubice. Daher wollen
80 wir gerade jetzt die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen brandenburgischen und polnischen
81 Bürger*innen weiter intensivieren, insbesondere bei den Städte- und Gemeindepartnerschaften. In diesem

82 Zusammenhang spielt auch die Gemeinschaftsinitiative der EU „Europäische territoriale Zusammenarbeit“
83 (INTERREG) für uns Grüne in Brandenburg eine besondere Rolle. Wir möchten mehr Polnisch-Unterricht an
84 Brandenburger Schulen und die Gründung von deutsch-polnischen Schulen unterstützen. Auch die
85 Brandenburgisch-Polnische Zusammenarbeit bei Film- und Serienproduktionen soll stärker gefördert
86 werden, z.B. über das Medienboard Berlin-Brandenburg. Polen ist unser Nachbar und wir freuen uns auf
87 unsere gemeinsame Zukunft.

3.10. Global denken, lokal handeln: Für eine faire und friedliche Welt

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Durch die Globalisierung ist die Welt kleiner geworden. Mit ihr werden alle Folgen unseres Handelns auch
2 in Brandenburg deutlicher und direkter spürbar. Während die anderen Parteien zumeist noch im
3 nationalstaatlichen Rahmen denken, haben wir Bündnisgrünen frühzeitig auf die globalen Auswirkungen
4 unserer Lebens- und Wirtschaftsweise aufmerksam gemacht. Die Auseinandersetzung um die neuen
5 Fluchtbewegungen zeigt beispielhaft, welche Auswirkungen dies auf die Politik hat: Während die politische
6 Rechte und auch große Teile der Linken sich auf Maßnahmen konzentrieren, die Fluchtwege unpassierbar
7 zu machen, konzentrieren wir Bündnisgrüne uns auf die Fluchtursachen. Auf den ersten Blick mag das nach
8 Außen- und Entwicklungspolitik klingen, aber auch Brandenburg kann einen Beitrag dazu leisten, dass die
9 Welt für möglichst alle Menschen friedlich und fair wird. Wir wollen nicht auf Kosten anderer leben. Wir
10 wollen, dass kein Mensch flüchten muss.

11 **Zur Beilegung militärischer Krisen beitragen**

12 Während sich ausgerechnet die rot-rote Landesregierung über neue Ansiedlungen von Rüstungsfirmen in
13 Brandenburg freut und die verkappte Militärshow der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) fleißig
14 fördert, wollen wir Brandenburg zu einem Ort der zivilen Krisenprävention machen.

15 Alle Einsätze der Bundeswehr - ob im nationalen oder multinationalen Rahmen - werden grundsätzlich
16 vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow geplant und geführt. Brandenburg muss
17 gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass von Geltow aus keine Einsätze ohne völkerrechtliche
18 Mandate geplant oder geführt werden.

19 Wir wollen die Friedensforschung fördern und die gesellschaftliche Debatte über Militärforschung
20 vorantreiben. Die Annahme von Drittmittelprojekten für Militärforschung an Hochschulen und
21 Universitäten soll transparent werden. Hochschulen sollen gefördert werden, wenn sie sich in freiwilligen
22 Selbstverpflichtungen (Zivilklauseln) zum Verzicht auf rüstungsnaher Forschung bekennen. Zur Beratung
23 und unabhängigen Bewertung sind Kommissionen nach dem Vorbild der Ethikkommissionen in der
24 Medizinforschung zu schaffen. Wie bereits in Rheinland-Pfalz geschehen, wollen wir auch in Brandenburg
25 eine Friedensakademie gründen. Mit ihr sollen die vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen
26 Brandenburgs vernetzt werden. Sie soll Friedensfachkräfte für die Konfliktprävention und Nachsorge vor
27 Ort ausbilden und qualifizieren, sowie Forschung und Lehre anwendungs- und lösungsorientierter
28 Friedensarbeit leisten. Auch inwieweit Umweltveränderungen zu Konflikten führen, soll analysiert werden.

29 Zur
30 Finanzierung können die eingesparten Mittel der ILA-Förderung herangezogen werden.

31 **Als öffentliche Hand nachhaltiges und fair Wirtschaften**

32 Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise hat Auswirkungen auf andere Teile der Welt. Leergefischte Meere,
33 aufgrund von Klimawandel devastierte Landstriche, Müllhalden unseres Mülls, Wasserknappheit aufgrund
34 von Futtermittelexporten nach Europa, Regenwaldabholzungen, militärische Konflikte mit aus Deutschland
35 exportierten Waffen uvm. Nicht alles davon kann die Brandenburger Politik lösen. Mit weit über drei

36 Milliarden Euro Vergabevolumen pro Jahr sind Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen
37 wichtige Auftraggeber und könnten damit Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein – vor allem auch,
38 wenn es um den Import von Produkten geht. So können wir stärker unseren Einfluss auf die
39 Produktionsbedingungen andernorts geltend machen. Nachhaltigkeitskriterien, wie der ökologische
40 Fußabdruck von Produkten, Klimaneutralität sowie faire Löhne und Produktionsbedingungen in den
41 Herkunftsländern spielen bislang keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle. Entscheidungen werden
42 hierzulande immer
43 noch zu häufig am Beschaffungspreis und zu wenig an den Lebenszykluskosten eines Produktes
44 ausgerichtet.

45 Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht ändern. Außer der Einhaltung von Tarifbindung und
46 Mindestlöhnen bei allen beauftragten Unternehmen sollen künftig auch Nachhaltigkeitskriterien für die zu
47 beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Für die Beschaffung von Importprodukten
48 sind, soweit möglich, Zertifizierungen vorzuschreiben, die die Einhaltung der Arbeitsnormen der
49 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz vor Ausbeutung und Verbot von Kinderarbeit
50 gewährleisten oder zur nachhaltigen Bewirtschaftung wie z.B. eine Zertifizierung nach dem "Forest Steward
51 Ship Council" (FSC) vorschreiben. Die Beachtung dieser Kriterien wird auch das Verantwortungsbewusstsein
52 in breiten Bevölkerungskreisen im Sinne von „Global denken, lokal handeln“ sehr positiv beeinflussen. Dazu
53 kommen die in Pensionsfonds, Versicherungen, Aktien, Anleihen etc. angelegten Mittel. Im Rahmen einer
54 Divest-Strategie wollen wir diese Mittel von Unternehmen abziehen, die z.B. fossile
55 oder nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut
56 gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen. Alle Brandenburger Behörden
57 sollen zudem mit dem EU-Öko-Audit (EMAS) zertifiziert werden.

58 Eine Globalisierung ohne starke Regeln nützt vor allem globalen Konzernen und vergrößert die weltweite
59 Ungleichheit und verschärft die Fluchtursachen, statt sie zu lindern. In der Logik der aktuell von der EU
60 verhandelten Handelsabkommen CETA (EU-Kanada), TTIP (EU-USA), JEFTA (EU-Japan) und TiSA (weltweites
61 Dienstleistungsabkommen) gelten Regulierungen zum Schutz von Mensch und Umwelt als störende
62 Handelshemmnisse. Zugleich sollen durch die angedachten Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren
63 Unternehmen unnötige und gefährliche Klageprivilegien gegen staatliche Regulierung erhalten. Im
64 Bundesrat lehnen wir deshalb CETA ab. Die Verhandlungen zu TTIP und dem Dienstleistungsabkommen
65 TiSA wollen wir stoppen und fordern einen Neustart der europäischen Handelspolitik. Wir setzen uns für
66 gerechte Handelsregeln ein, die fairen Wettbewerb und eine ressourcenschonende Produktionsweise
67 fördern und Beschäftigte und Verbraucher*innen schützen.

68 **Die Eine Welt in Brandenburg**

69 Unabhängig davon, ob Menschen aus unmittelbarer Angst um Leib und Leben fliehen oder aufgrund
70 wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit emigrieren, ist eine ökonomische und sozialpolitische Zusammenarbeit
71 mit den betroffenen Regionen zur Bekämpfung der Ursachen notwendig. Wir wollen nach dem Vorbild
72 anderer Bundesländer in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
73 Entwicklung mit einer Region eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft aufbauen,
74 aus der viele Menschen emigrieren und/oder flüchten. Ziel ist eine langfristige Kooperation von Wirtschaft,
75 Kommunen, Hochschulen, Kirchen und Zivilgesellschaft. Dabei kann auf etablierte Verbindungen und
76 Vorleistungen aufgebaut und diese fortentwickelt werden. Dabei wollen wir mit den
77 Entwicklungsorganisationen wie die Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., das
78 entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg einbinden, auch um neue Verbindungen für den
79 Fairen Handel und die Eine-
80 Welt-Läden herzustellen. Ziele wären z.B. eine industriepolitische Zusammenarbeit zum Ausbau der
81 Erneuerbaren Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des Gesundheitssystems oder eine
82 agrarpolitische Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE)
83 Eberswalde, des Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung Müncheberg (ZALF) und dem Deutschen
84 Institut für Ernährungsforschung (DIFE) in Potsdam-Rehbrücke.

3.10-A (Projekt) Marktmacht der öffentlichen Hand nutzen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen sind mit weit über drei Milliarden Euro
- 2 Vergabevolumen pro Jahr wichtige Auftraggeber. Damit kann die öffentliche Hand Vorreiterin einer
- 3 nachhaltigen Entwicklung sein. Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht so gestalten, dass Arbeit
- 4 gerecht bezahlt wird. Die Höhe des Mindestlohns darf sich nicht nur an der Tarifentwicklung orientieren,
- 5 sondern muss es auch ermöglichen, von der Arbeit in Würde leben zu können. Wir begrüßen eine deutliche
- 6 Erhöhung des Mindestlohns. Wir richten unabhängige Ombudsstellen ein, die sowohl die
- 7 Arbeitnehmer*innen als auch die Arbeitgeber*innen beraten, um Tricksereien beim Mindestlohn
- 8 zurückzudrängen.
- 9 Bei öffentlichen Aufträgen sollen ökologische Kriterien für die zu beschaffenden Produkte verbindlich
- 10 vorgeschrieben werden. Im Rahmen einer Nullemissionsstrategie sollen nur noch klimaneutrale Produkte,
- 11 wie Strom aus Erneuerbaren Energien, Busse und Dienstwagen mit E-Motor, Biogas- oder
- 12 Wasserstoffantrieb, erworben werden. Stehen solche Produkte noch nicht oder nicht ausreichend zur
- 13 Verfügung sollen anteilig Ausgleichsmaßnahmen (z.B. Moorfutures, Atmosfair) finanziert werden.
- 14 Auf den Prüfstand kommen auch die in Pensionsfonds, Versicherungen, Aktien, Anleihen etc. angelegten
- 15 Mittel. Im Rahmen einer Divest-Strategie wollen wir Mittel von Unternehmen abziehen, die z.B. fossile oder
- 16 nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut gentechnisch
- 17 verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen.

Beschluss

(Projekt) Marktmacht der öffentlichen Hand nutzen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen sind mit weit über drei Milliarden Euro
- 2 Vergabevolumen pro Jahr wichtige Auftraggeber. Damit kann die öffentliche Hand Vorreiterin einer
- 3 nachhaltigen Entwicklung sein. Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht so gestalten, dass Arbeit
- 4 gerecht bezahlt wird. Die Höhe des Mindestlohns darf sich nicht nur an der Tarifentwicklung orientieren,
- 5 sondern muss es auch ermöglichen, von der Arbeit in Würde leben zu können. Wir begrüßen eine deutliche
- 6 Erhöhung des Mindestlohns. Wir richten unabhängige Ombudsstellen ein, die sowohl die
- 7 Arbeitnehmer*innen als auch die Arbeitgeber*innen beraten, um Trickereien beim Mindestlohn
- 8 zurückzudrängen.
- 9 Bei öffentlichen Aufträgen sollen Nachhaltigkeitskriterien für die zu beschaffenden Produkte verbindlich
- 10 vorgeschrieben werden. Diese sollen nicht nur ökologische Standards, sondern auch Standards des fairen
- 11 Handels und den Ausschluss von Produkten aus Kinderarbeit beinhalten. Im Rahmen einer
- 12 Nullemissionsstrategie sollen nur noch möglichst klimaneutrale Produkte, wie Strom aus Erneuerbaren
- 13 Energien, Busse und Dienstwagen mit E-Motor, Biogas- oder Wasserstoffantrieb, erworben werden. Stehen
- 14 solche Produkte noch nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung sollen anteilig Ausgleichsmaßnahmen
- 15 (z.B. Moorfutures, Atmosfair) finanziert werden.
- 16 Auf den Prüfstand kommen auch die in Pensionsfonds, Versicherungen, Aktien, Anleihen etc. angelegten
- 17 Mittel. Im Rahmen einer Divest-Strategie wollen wir Mittel von Unternehmen abziehen, die z.B. fossile oder
- 18 nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut gentechnisch
- 19 verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen.

3.10-B (Projekt) Brandenburgs Beitrag zu Frieden und Entwicklung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen die Förderung der Internationalen Luftfahrtaustellung (ILA) beenden, da dort Militärausrüstung
- 2 im großen Stil zur Schau gestellt wird. Das eingesparte Geld wollen wir zum Aufbau einer kleinen
- 3 Friedensakademie wie in Rheinland-Pfalz nutzen. Dort wollen wir die vielen verschiedenen
- 4 friedenspolitischen Initiativen Brandenburgs vernetzen, Kurse für Friedensfachkräfte anbieten und
- 5 anwendungs- und lösungsorientierte Friedensarbeit leisten. Dabei wollen wir auch Umweltkatastrophen
- 6 und Klimakrise als Konfliktursachen thematisieren.
- 7 Nach dem Vorbild einiger Bundesländer wollen wir in Absprache mit dem Bundesministerium für
- 8 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine konkrete und breit aufgestellte
- 9 Entwicklungspartnerschaft mit einer zu bestimmenden Region aufbauen. Etablierte Verbindungen und
- 10 Vorleistungen wollen wir fortentwickeln und mit Entwicklungsorganisationen wie der Stiftung
- 11 Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., dem entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg,
- 12 zusammenarbeiten. Ziele sind z.B. eine industriepolitische Zusammenarbeit zum Ausbau der Erneuerbaren
- 13 Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des Gesundheitssystems oder eine agrarpolitische
- 14 Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) Eberswalde, des
- 15 Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) Müncheberg und des Deutschen Instituts für
- 16 Ernährungsforschung (DIFE) in Potsdam-Rehbrücke.

Beschluss

(Projekt) Brandenburgs Beitrag zu Frieden und Entwicklung

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir wollen die Förderung der Internationalen Luftfahrtaustellung (ILA) beenden, da dort Militärausrüstung
- 2 im großen Stil zur Schau gestellt wird. Das eingesparte Geld wollen wir zum Aufbau einer kleinen
- 3 Friedensakademie wie in Rheinland-Pfalz nutzen. Dort wollen wir die vielen verschiedenen
- 4 friedenspolitischen Initiativen Brandenburgs vernetzen, Kurse für Friedensfachkräfte anbieten und
- 5 anwendungs- und lösungsorientierte Friedensarbeit leisten. Dabei wollen wir auch Umweltkatastrophen
- 6 und Klimakrise als Konfliktursachen thematisieren.
- 7 Nach dem Vorbild einiger Bundesländer wollen wir in Absprache mit dem Bundesministerium für
- 8 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine konkrete und breit aufgestellte
- 9 Entwicklungspartnerschaft mit einer zu bestimmenden Region aufbauen. Etablierte Verbindungen und
- 10 Vorleistungen wollen wir fortentwickeln und mit Entwicklungsorganisationen wie der Stiftung
- 11 Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., dem entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg,
- 12 zusammenarbeiten. Ziele sind z.B. eine industriepolitische Zusammenarbeit zum Ausbau der Erneuerbaren
- 13 Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des Gesundheitssystems oder eine agrarpolitische
- 14 Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) Eberswalde, des
- 15 Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) Müncheberg und des Deutschen Instituts für
- 16 Ernährungsforschung (DIFE) in Potsdam-Rehbrücke.

Beschluss

Global denken, lokal handeln: Für eine faire und friedliche Welt

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Durch die Globalisierung ist die Welt kleiner geworden. Mit ihr werden alle Folgen unseres Handelns auch
2 in Brandenburg deutlicher und direkter spürbar. Während die anderen Parteien zumeist noch im
3 nationalstaatlichen Rahmen denken, haben wir Bündnisgrünen frühzeitig auf die globalen Auswirkungen
4 unserer Lebens- und Wirtschaftsweise aufmerksam gemacht. Die Auseinandersetzung um die neuen
5 Fluchtbewegungen zeigt beispielhaft, welche Auswirkungen dies auf die Politik hat: Während die politische
6 Rechte und auch große Teile der Linken sich auf Maßnahmen konzentrieren, die Fluchtwege unpassierbar
7 zu machen, konzentrieren wir Bündnisgrüne uns auf die Fluchtursachen. Auf den ersten Blick mag das nach
8 Außen- und Entwicklungspolitik klingen, aber auch Brandenburg kann einen Beitrag dazu leisten, dass die
9 Welt für möglichst alle Menschen friedlicher und fairer wird. Wir wollen nicht auf Kosten anderer leben.
10 Wir wollen, dass kein Mensch flüchten muss.

11 **Zur Beilegung militärischer Krisen beitragen**

12 Während sich ausgerechnet die rot-rote Landesregierung über neue Ansiedlungen von Rüstungsfirmen in
13 Brandenburg freut und die verkappte Militärshow der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) fleißig
14 fördert, wollen wir Brandenburg zu einem Ort der zivilen Krisenprävention machen.

15 Alle Einsätze der Bundeswehr - ob im nationalen oder multinationalen Rahmen - werden grundsätzlich
16 vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow geplant und geführt. Brandenburg muss
17 gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass von Geltow aus keine Einsätze ohne völkerrechtliche
18 Mandate geplant oder geführt werden.

19 Wir wollen die Friedensforschung fördern, nicht Militärforschung vorantreiben. Die Annahme von
20 Drittmittelprojekten für Militärforschung an Hochschulen und Universitäten soll transparent werden. Wir
21 wollen eine Zivilklausel zum Verzicht auch Rüstungsforschung im Hochschulgesetz verankern. Wie bereits
22 in Rheinland-Pfalz geschehen, wollen wir auch in Brandenburg eine Friedensakademie gründen. Mit ihr
23 sollen die vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen Brandenburgs vernetzt werden. Sie soll
24 Friedensfachkräfte für die Konfliktprävention und Nachsorge vor Ort ausbilden und qualifizieren, sowie
25 Forschung und Lehre anwendungs- und lösungsorientierter Friedensarbeit leisten. Auch inwieweit
26 Umweltveränderungen zu Konflikten führen, soll analysiert werden. Zur Finanzierung können die
27 eingesparten Mittel der ILA-Förderung herangezogen werden.

28 **Als öffentliche Hand nachhaltiges und fair Wirtschaften**

29 Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise hat Auswirkungen auf andere Teile der Welt. Leergefischte Meere,
30 aufgrund von Klimawandel devastierte Landstriche, Müllhalden unseres Mülls, Wasserknappheit aufgrund
31 von Futtermittelexporten nach Europa, Regenwaldabholzungen, militärische Konflikte mit aus Deutschland
32 exportierten Waffen uvm. Brandenburg kann Beiträge zur Linderung leisten. Mit weit über drei Milliarden
33 Euro Vergabevolumen pro Jahr sind Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen wichtige
34 Auftraggeber und könnten damit Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein – vor allem auch, wenn es

35 um den Import von Produkten geht. So können wir stärker unseren Einfluss auf die
36 Produktionsbedingungen andernorts geltend machen. Nachhaltigkeitskriterien, wie der ökologische
37 Fußabdruck von Produkten, Klimaneutralität sowie faire Löhne und Produktionsbedingungen in den
38 Herkunftsländern spielen bislang keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle. Entscheidungen werden
39 hierzulande immer noch zu
40 häufig am Beschaffungspreis und zu wenig an den Lebenszykluskosten eines Produktes ausgerichtet.

41 Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht ändern. Außer der Einhaltung von Tarifbindung und
42 Mindestlöhnen bei allen beauftragten Unternehmen sollen künftig auch Nachhaltigkeitskriterien für die zu
43 beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Für die Beschaffung von Importprodukten
44 sind, soweit möglich, Zertifizierungen vorzuschreiben, die die Einhaltung der Arbeitsnormen der
45 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz vor Ausbeutung und Verbot von Kinderarbeit
46 gewährleisten oder zur nachhaltigen Bewirtschaftung wie z.B. eine Zertifizierung nach dem "Forest Steward
47 Ship Council" (FSC) vorschreiben. Die Beachtung dieser Kriterien wird auch das Verantwortungsbewusstsein
48 in breiten Bevölkerungskreisen im Sinne von „Global denken, lokal handeln“ sehr positiv beeinflussen. Dazu
49 kommen die in Pensionsfonds, Versicherungen, Aktien, Anleihen etc. angelegten Mittel. Im Rahmen einer
50 Divest-Strategie wollen wir diese Mittel von Unternehmen abziehen, die z.B. fossile
51 oder nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut
52 gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen. Alle Brandenburger Behörden
53 sollen zudem mit dem EU-Öko-Audit (EMAS) zertifiziert werden.

54 Eine Globalisierung ohne starke Regeln nützt vor allem globalen Konzernen und vergrößert die weltweite
55 Ungleichheit und verschärft die Fluchtursachen, statt sie zu lindern. In der Logik der von der EU
56 verhandelten Handelsabkommen CETA (EU-Kanada), TTIP (EU-USA), JEFTA (EU-Japan) und TiSA (weltweites
57 Dienstleistungsabkommen) gelten Regulierungen zum Schutz von Mensch und Umwelt als störende
58 Handelshemmnisse. Zugleich sollen durch die angedachten Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren
59 Unternehmen unnötige und gefährliche Klageprivilegien gegen staatliche Regulierung erhalten. Solche
60 Abkommen lehnen wir im Bundesrat ab
61 und fordern einen Neustart der europäischen Handelspolitik. Wir setzen uns für gerechte Handelsregeln
62 ein, die fairen Wettbewerb und eine ressourcenschonende Produktionsweise fördern und Beschäftigte und
63 Verbraucher*innen schützen.

64 **Die Eine Welt in Brandenburg**

65 Unabhängig davon, ob Menschen aus unmittelbarer Angst um Leib und Leben fliehen oder aufgrund
66 wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit emigrieren, ist eine ökonomische und sozialpolitische Zusammenarbeit
67 mit den betroffenen Regionen zur Bekämpfung der Ursachen notwendig. Wir wollen nach dem Vorbild
68 anderer Bundesländer in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
69 Entwicklung mit einer Region eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft aufbauen,
70 aus der viele Menschen emigrieren und/oder flüchten. Ziel ist eine langfristige Kooperation von Wirtschaft,
71 Kommunen, Hochschulen, Kirchen und Zivilgesellschaft. Dabei kann auf etablierte Verbindungen und
72 Vorleistungen aufgebaut und diese fortentwickelt werden. Dabei wollen wir mit den
73 Entwicklungsorganisationen wie die Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., das
74 entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg einbinden, auch um neue Verbindungen für den
75 Fairen Handel und die Eine-
76 Welt-Läden herzustellen. Ziele wären z.B. eine industriepolitische Zusammenarbeit zum Ausbau der
77 Erneuerbaren Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des Gesundheitssystems oder eine
78 agrarpolitische Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE)
79 Eberswalde, des Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung Müncheberg (ZALF) und dem Deutschen
80 Institut für Ernährungsforschung (DIFE) in Potsdam-Rehbrücke.